

Band 226

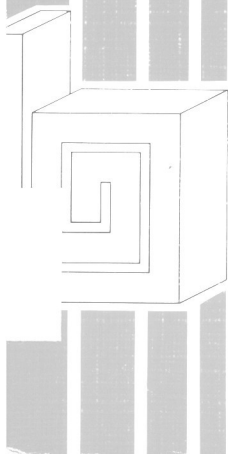
Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3
der Universitäten Frankfurt und Mannheim

Datenreport 1985

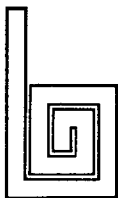
Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Schriftenreihe der
Bundeszentrale
für politische Bildung



Arbeitshilfen für die politische Bildung

Statistisches Bundesamt (Hrsg.)
Datenreport 1985



Statistisches Bundesamt (Hrsg.)

In Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3
der Universitäten Frankfurt und Mannheim

Datenreport 1985

Zahlen und Fakten über die
Bundesrepublik Deutschland

Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung · Bonn
Band 226



1985

ISBN 3-921352-35-7

Redaktionsschluß: 1. September 1985

© dieser Ausgabe:

Bundeszentrale für politische Bildung · Bonn

Redaktion:

Martina Sprengel und Rüdiger Thomas

Graphische Darstellungen:

Günther Frohmüller · Bonn

Statistisches Bundesamt · Wiesbaden

Gesamtherstellung:

A. Bernecker · 3508 Melsungen

Buchhandelsausgabe:

Verlag BONN AKTUELL GmbH, Stuttgart

Inhalt

Vorwort	15
Einführung	17
<i>Walter Müller:</i>	
Gesellschaftliche Daten – Wissen für die Politik	

Teil I: Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

1	Bevölkerung	
1.1	Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik	33
1.2	Bevölkerungsentwicklung	34
1.3	Die räumliche Bevölkerungsverteilung	37
1.4	Altersaufbau	39
1.5	Geburten und Sterbefälle	41
1.6	Familien und Haushalte	44
1.7	Eheschließungen, Scheidungen	45
1.8	Ausländer	48
1.9	Bevölkerungsvorausschätzungen	51
2	Bildung	
2.1	Einführung	53
2.2	Kindergärten und Schulkindergärten	53
2.3	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	55

2.4	Betriebliche Berufsausbildung	60
2.5	Studienabsichten	63
2.6	Hochschulen	63
2.7	Weiterbildung	68
2.8	Bildungsniveau der Bevölkerung	70
2.9	Bildung und individuelle Merkmale	72
2.10	Öffentliches Bildungsbudget	74
2.11	Ausbildungsförderung	75

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1	Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose	77
3.2	Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle	78
3.3	Beteiligung am Erwerbsleben	80
3.4	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	80
3.5	Berufe und Tätigkeitsmerkmale	82
3.6	Stellung im Beruf	83
3.7	Arbeitslosigkeit	85

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1	Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben	96
4.2	Von den Einnahmen zu den Ausgaben	96
4.3	Einnahmen der privaten Haushalte	97
4.4	Ausgaben der privaten Haushalte	101
4.5	Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf	102
4.6	Zusammensetzung des privaten Verbrauchs	102
4.7	Ausstattung der Haushalte	111
4.8	Sparen und Vermögen	113
4.9	Haushalte mit Schulden	118

5 Wohnen

5.1	Entwicklung der Wohnraumversorgung	120
5.2	Qualität des Wohnungsbestandes und Mieten	121
5.3	Wohnsituation der Haushalte	127
5.4	Wohnungsbautätigkeit	130

6	Freizeit und Kultur	
6.1	Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?	134
6.2	Arbeitszeit und Urlaubstage	134
6.3	Ausgaben für Freizeit und Kultur	135
6.4	Unterhaltung und Kultur	136
6.5	Reisen	144
6.6	Sport und Musizieren	148
7	Gesellschaftliche Mitwirkung	
7.1	Einführung	150
7.2	Teilnahme am politischen Leben	150
7.3	Engagement in Berufsverbänden	159
7.4	Teilnahme am religiösen Leben	167
8	Gesundheit	
8.1	Gesundheitszustand der Bevölkerung	171
8.2	Medizinische Versorgung	177
8.3	Gesundheitsvorsorge	180
8.4	Schwangerschaftsabbrüche	183
8.5	Behinderte	184
8.6	Rehabilitationsmaßnahmen	185
8.7	Ausgaben für die Gesundheit	186
9	Soziale Sicherung	
9.1	Entwicklung der Sozialversicherung	190
9.2	Das Sozialbudget	190
9.3	Die Elemente des Sozialbudgets	193
9.4	Gesetzliche Rentenversicherung	195
9.5	Gesetzliche Krankenversicherung	198
9.6	Arbeitsförderung	200
9.7	Sozialhilfe	202
9.8	Kindergeld	204
10	Rechtspflege	
10.1	Einführung	206
10.2	Gerichte	206
10.3	Straffälligkeit	210

11	Öffentliche Haushalte	
11.1	Die Aufgaben des Staates	215
11.2	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	215
11.3	Einnahmen der öffentlichen Haushalte	218
11.4	Schulden der öffentlichen Haushalte	223
11.5	Personal der öffentlichen Haushalte	226
12	Gesamtwirtschaft im Überblick	
12.1	Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens	228
12.2	Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung	228
12.3	Außenwirtschaft	240
13	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
13.1	Bedeutung des primären Sektors	248
13.2	Bodennutzung	249
13.3	Landwirtschaftliche Betriebe	249
13.4	Beschäftigte in der Landwirtschaft	250
13.5	Pflanzliche Produktion	251
13.6	Tierische Produktion	254
13.7	Selbstversorgungsgrad	256
13.8	Forstwirtschaft	258
13.9	Fischerei	259
14	Produzierendes Gewerbe	
14.1	Bedeutung des Produzierenden Gewerbes	260
14.2	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	261
14.3	Baugewerbe	268
14.4	Energie- und Wasserversorgung	271
14.5	Handwerk	271
15	Dienstleistungsbereich	
15.1	Bedeutung des Dienstleistungsbereichs	276
15.2	Handel	276
15.3	Gastgewerbe	283
15.4	Kreditinstitute	286
15.5	Versicherungen	290
15.6	Freie Berufe	292

16	Preise und Löhne	
16.1	Einführung	295
16.2	Preise	295
16.3	Löhne und Gehälter	304
17	Verkehr	
17.1	Einführung	311
17.2	Verkehrsinfrastruktur	311
17.3	Fahrzeugbestände	312
17.4	Verkehrsleistungen	315
17.5	Energieverbrauch	318
17.6	Verkehrsunfälle	318
18	Energie und Rohstoffe	
18.1	Energieverbrauch im Meinungsstreit	322
18.2	Entwicklung des Energieverbrauchs	322
18.3	Energieverbrauch und Wirtschaftsentwicklung	323
18.4	Pro-Kopf-Energieverbrauch im Ländervergleich	324
18.5	Rohstoffgewinnung	325
18.6	Energieträger	326
18.7	Energieverbraucher	329
18.8	Energiepreise	330
19	Umweltbelastung und Umweltschutz	
19.1	Umweltgefährdung als Herausforderung	333
19.2	Umweltbelastung	333
19.3	Auswirkungen	343
19.4	Umweltschutz	347
20	Internationale Übersichten	
20.1	Bevölkerung	351
20.2	Bildung	352
20.3	Erwerbstätigkeit	353
20.4	Gesundheitswesen	354
20.5	Bruttoinlandsprodukt	355
20.6	Außenhandel	356
20.7	Wirtschaftsdaten	357

Teil II: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden

A. Einleitung

1	Lebensqualität: Meßmethoden und Datenquellen	361
1.1	Lebensbedingungen und ihre Bewertung	362
1.2	Subjektives Wohlbefinden	363
1.3	Was ist wichtig für das subjektive Wohlbefinden?	363
1.4	Die Wohlfahrtssurveys 1978, 1980 und 1984	366

B. Subjektives Wohlbefinden

2	Komponenten des Wohlbefindens	
2.1	Positive Komponenten subjektiven Wohlbefindens	370
2.2	Negative Komponenten subjektiven Wohlbefindens	372
2.3	Subjektives Wohlbefinden bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen	373
2.4	Vergangene und zukünftig erwartete Lebenszufriedenheit	375
3	Zufriedenheit nach Lebensbereichen	
3.1	Zufriedenheitsunterschiede nach Lebensbereichen	377
3.2	Vergleich 1978/1984	379
3.3	Die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen	382

C. Lebensbedingungen und ihre Bewertung

4	Einkommen	
4.1	Einkommensverteilung: Fragestellungen und Meßverfahren	384
4.2	Einkommensungleichheit und Ungleichheit der Lebensqualität	385
4.3	Die Einkommenszufriedenheit nach Einkommensniveau und Haushaltsgröße	387
4.4	Die Wahrnehmung der eigenen Einkommensposition	389

5	Gesundheit	
5.1	Gesundheitliche Beeinträchtigung und therapeutische Maßnahmen	391
5.2	Gesundheit aus subjektiver Sicht	393
5.3	Gesundheit und Gesundheitszufriedenheit	394
5.4	Gesundheit und allgemeines Wohlbefinden	395
6	Bildung	
6.1	Bildungschancen und Stellenwert der Bildung	397
6.2	Verteilung von Bildungsabschlüssen	400
6.3	Der Ertrag von Bildung	400
7	Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit	
7.1	Erwerbsbeteiligung	406
7.2	Nichterwerbstätige: Erwerbspotential und -barrieren	408
7.3	Befürchtung des Arbeitsplatzverlustes und subjektive Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit	410
7.4	Subjektive Arbeitsmarktchancen	414
8	Arbeitsplatz und Arbeitszufriedenheit	
8.1	Einstellungen zur Arbeit und Wichtigkeit von Arbeitsplatzmerkmalen	418
8.2	Erträge und Anforderungen der Arbeit	423
8.3	Arbeitszufriedenheit	423
9	Wohnverhältnisse	
9.1	Objektive Wohnbedingungen und wahrgenommene Wohnqualität	429
9.2	Soziale Vergleiche bei der Bewertung der Wohnung	433
9.3	Zufriedenheitsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen	434
10	Der private Haushalt	
10.1	Leistungen privater Haushalte	437
10.2	Arbeitsteilung im Haushalt	440
10.3	Die Zufriedenheit mit Haushaltsführung und Arbeitsteilung und die wahrgenommene Arbeitsbelastung	443

11	Ehe und Familie	
11.1	Der Stellenwert von Familie	446
11.2	Lebens- und Familienphasen	447
11.3	Zufriedenheit mit der Ehe und dem Familienleben	450
11.4	Familiäre Konflikte	453
12	Private Netzwerke	
12.1	Häufigkeit von Netzwerkkontakten	454
12.2	Leistungen für andere Haushalte	457
12.3	Empfang von Hilfeleistungen	459
12.4	Bewertung der empfangenen Hilfeleistungen	460
13	Gesellschaftliche Beteiligung	
13.1	Kirchliche Beteiligung	462
13.2	Beteiligung in Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften	465
13.3	Beteiligung in Musik-, Gesang- und Sportvereinen	467
13.4	Beteiligungskombinationen und Häufung von Mitgliedschaften	469
14	Umweltschutz	
14.1	Umweltbewußtsein und Zufriedenheit mit dem Umweltschutz	471
14.2	Wahrgenommene Zuständigkeit und Veränderungswünsche	474

D. Sozialstruktur

15	Schichtung und Mobilität	
15.1	Statuslagen und subjektive Schichtzugehörigkeit	477
15.2	Intergenerationale Mobilität	479
15.3	Intragenerationale Mobilität	484
16	Problemgruppen	
16.1	Objektive und subjektive Problemlagen	487
16.2	Problemlagen und betroffene Gruppen	488
16.3	Zusammenhänge zwischen Problemlagen	491
16.4	Kumulationen von Problemlagen	493
16.5	Problemlagen und Lebenszufriedenheit	493

17	Gastarbeiter	
17.1	Konflikte und Kontakte zwischen Ausländern und Deutschen	495
17.2	Deutschkenntnisse und nationale Identität	497
17.3	Interethnische Freundschaften und soziale Beteiligung von Ausländern	498
17.4	Lebenszufriedenheit von Ausländern	500
17.5	Private Netzwerke von Ausländern	501
17.6	Rückkehrabsichten von Ausländern	502

E. Gesellschaftspolitik

18	Bürger und Politik	
18.1	Innovationsbereitschaft, Wertewandel	504
18.2	Gesellschaftspolitisches Interesse	506
18.3	Interesse an Politik und politische Teilhabe	509
18.4	Öffentliche und private Lebensbereiche im Urteil der Bürger	510
19	Öffentliche und private Aufgaben	
19.1	Öffentliche und private Aufgaben – wer ist tatsächlich zuständig?	514
19.2	Wer sollte für gesellschaftliche Aufgaben zuständig sein?	514
19.3	„Mehr“ oder „weniger“ Staat? Zuständigkeitszuschreibung und -verlagerung bei einzelnen Aufgaben	518
19.4	Öffentliche und private Aufgaben: Ausbau oder Abbau staatlicher Zuständigkeit?	520
	Literaturverzeichnis	522
	Stichwortverzeichnis	527

Vorwort

Als die Bundeszentrale für politische Bildung und das Statistische Bundesamt 1983 zum erstenmal als Gemeinschaftsveröffentlichung den „Datenreport“ herausgaben, verfolgten sie in erster Linie das Ziel, interessierten Staatsbürgern wichtige Ergebnisse der amtlichen Statistik in verständlicher Form näherzubringen. Damit sollten vor allem Einsichten in Größenordnungen von Gegebenheiten und Problemen vermittelt, zugleich aber auch die Bedeutung statistischer Zahlen für eine rationale Entscheidungsfindung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herausgearbeitet und ihr enger Bezug zur persönlichen Lebenssituation jedes einzelnen deutlich gemacht werden. Diese Absicht wurde von einem großen Leserkreis über Erwarten positiv aufgenommen.

Deshalb hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung rasch zu einer aktualisierten Neuauflage entschlossen. Das Statistische Bundesamt hat hierfür seine Texte überarbeitet, aktuelle Zahlen aufgenommen und einige neue Akzente gesetzt. Die wichtigste Änderung gegenüber der ersten Ausgabe ist aber die Erweiterung um einen Teil II „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden“, der vom Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim konzipiert wurde.

Damit schlägt der „Datenreport“ nun eine Brücke zwischen den Zahlen und Fakten aus der amtlichen Statistik und den Erkenntnissen der Sozialwissenschaft über subjektive Tatbestände, also Meinungen, Bewertungen und Vorstellungen, die außerhalb des Erhebungsprogramms amtlicher Umfragen liegen. Dies ist ein wichtiger Schritt zu einer umfassenderen Darstellung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland in Form einer „Sozialberichterstattung“, die beide Aspekte in sich vereinigt. Die Herausgeber danken dem Sonderforschungsbereich 3 für die Aufgeschlossenheit bei der Verwirklichung dieses Vorhabens und für seine Pionierdienste.

Sie hoffen, daß der Datenreport damit weitere Benutzerkreise gewinnen kann und auch für jene Leser neue Einsichten bringt, die diese Veröffentlichung bereits zu schätzen gelernt haben.

Das Direktorium der Bundeszentrale für politische Bildung

Franklin Schultheiß

Horst Dahlhaus

Dr. Gerd Langguth

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Egon Hölder

Einführung

Walter Müller

Gesellschaftliche Daten – Wissen für die Politik

Dieser Band zeichnet mit aufschlußreichen Zahlen, Tabellen und Graphiken ein Bild über Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und analysiert die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden ihrer Bevölkerung. Er ist für eine breite Öffentlichkeit bestimmt und versucht auch Leser zu erreichen, die weder das Statistische Jahrbuch noch andere Datensammlungen in ihrem Bücherschrank oder auf andere Weise leicht verfügbar haben. Deshalb richtet sich auch meine Einführung vor allem an die Leser, die nicht professionelle Nutzer von Statistiken sind. Sie versucht die Bedeutung von statistischen Daten über eine Gesellschaft darzustellen und Hinweise zu geben, wie die in diesem Band gebotenen Informationen in ein Gesamtbild von Daten, die wir benötigen, einzuordnen sind:

- Weshalb sind moderne Gemeinwesen zunehmend auf verlässliche Daten und Informationen statistischer Art über sich selbst angewiesen, und weshalb kann eine informierte Auseinandersetzung mit modernen Gesellschaften und ihrer Entwicklung auf grundlegende empirische Kennziffern nicht verzichten?
- Welche Bedeutung haben solche Informationen für rationale politische Entscheidungen?
- Welche Sachverhalte über diese Gesellschaft können wir aus den Daten erfahren, die in diesem Band enthalten sind? Welche Wirklichkeitsausschnitte zeigen sie auf, und wie beleuchten sie diese Wirklichkeit? Wie sind diese Zahlen einzuordnen in die Vorstellungen einer umfassenden Sozialberichterstattung, wie sie in den zurückliegenden 20 Jahren entwickelt wurden?

Gesellschaftlicher Wandel und der Bedarf an systematischer Information

Wozu ein Gesellschaftsbild aus Zahlen, zumal jeder aus alltäglichen Beobachtungen und Erfahrungen – am Arbeitsplatz und in der Freizeit, in der privaten Welt, in der Öffentlichkeit und in den Medien – die Wirklichkeit dieser Gesellschaft weit hautnah und konkreter erlebt, als es noch so viele aufwendig berechnete Zahlen zu demonstrieren vermögen?

Lebensnäher ist die Alltagserfahrung ohne Zweifel, aber darin liegt auch ihre große Begrenzung: Jeder lebt in seiner eigenen kleinen Welt und erfährt nur das, womit ihn diese Welt in Kontakt bringt. Was er beobachtet, ist verzerrt durch die Brille seiner sozialen Lage und seiner Interessen. Sozialwissenschaftler sagen, daß Wahrnehmungen und Beobachtungen selektiv sind, ausgewählt aus einer unendlichen Fülle unterschiedlicher Wirklichkeiten und möglicher Wirklichkeitsansichten. Der Akademiker hat keinen direkten Zugang zur Lebenswelt des Arbeiters. Der Arbeiter mit dem Risiko, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, sieht die Gesellschaft anders als der gesicherte Beamte, und junge Menschen kennen Erfahrungen und Nöte älterer Menschen kaum. Aus persönlichen Beobachtungen etwas Allgemeines über die Wirklichkeit dieser Gesellschaft und ihre Entwicklung aussagen zu wollen, erscheint deshalb ein hoffnungsloses Unterfangen.

Daß die Gesellschaft in zahlreiche unterschiedliche Lebenswelten zerfällt, ist ein Wesenszug moderner industrieller, vielleicht schon nachindustrieller, Gesellschaften. Sie unterscheiden sich darin von den vorindustriellen Gesellschaften. Gesellschaften vor der Industrialisierung sind vergleichsweise einfache soziale Gebilde. Die Lebensräume, in denen Menschen sich bewegen, haben enge Grenzen: Dörfer oder Städte mit wenigen tausend Einwohnern und ihre unmittelbare Umgebung. Diese Einheiten versorgen sich weitgehend selbst. Einen Staat im heutigen Sinne gibt es nicht. Über lange Zeiträume verändert sich die Gesellschaft kaum. Diese Gesellschaft ist klein, überschaubar, und die Bindung an die Tradition sichert ihren Bestand.

Eine solche Gesellschaft kommt ohne statistische Informationssysteme aus. Aber es ist kein Zufall, daß der allmähliche Ausbau statistischer Ämter und die systematische Gesellschaftsbeobachtung mit dem weitgehenden gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß zusammenfällt, der mit der Industrialisierung und der Bildung moderner Nationalstaaten einsetzt (Flora 1977).

Mit der Industrialisierung weiten sich Arbeitsteilung und Spezialisierung aus und vergrößern die Abhängigkeiten zwischen Personen und Institutionen, die unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Die Bevölkerung wächst mit großer Geschwindigkeit und wandert in die Städte ab, in denen es industrielle Arbeitsplätze gibt. Städte werden zu Großstädten. Wachsende Anteile der Güterproduktion verlagern sich in getrennte Arbeitsstätten aus den bisherigen Selbstversorgerhaushalten heraus. Arbeitsmärkte und Gütermärkte mit dem Problem der Abstimmung von Angebot und Nachfrage nehmen an Bedeutung zu. Je mehr sich die Güterproduktion zur industriellen Massenfertigung wandelt, um so größer werden die Unsicherheiten, ob die Konsumenten die angebotenen

Güter nachfragen werden. Die Zusammenballung von Kapital, die technische Entwicklung und die Konkurrenz zwischen Unternehmen, bei denen die stärkeren die schwächeren vom Markt verdrängen, führen zu zunehmend größeren Produktionseinheiten. Entscheidungen, die zentral in Großunternehmen getroffen werden, haben weiterreichende Konsequenzen als Entscheidungen in Kleinbetrieben. Fehlentscheidungen bringen wachsende Kosten und treffen größere Kreise der Bevölkerung.

Gleichzeitig entsteht der moderne Staat. Er durchdringt die Gesellschaft mehr und mehr, da ihm ständig neue Aufgaben zuwachsen oder er solche bewußt an sich zieht. Mittlerweile gibt es kaum gesellschaftliche Bereiche, in die seine Aktivitäten nicht hineinwirken. Mit Gesetzen erläßt er Regeln, Gebote und Verbote. Durch Beiträge und Steuern, Subventionen und Transferzahlungen setzt er finanzielle Anreize. Er steht in der Verantwortung, durch globale Steuerungsimpulse oder selektive Interventionen die Vollbeschäftigung sicherzustellen, aber auch in jenen Bereichen tätig zu sein, die trotz gesellschaftlichen Bedarfs privaten Unternehmen nicht ausreichend gewinnbringend erscheinen. Dem Staat obliegt es, die Infrastruktur für wirtschaftliche Aktivitäten, für das private und öffentliche Leben zu schaffen: Verkehrswege zu erstellen, die wissenschaftliche Forschung zu sichern, Kommunikationssysteme, Freizeiteinrichtungen und Institutionen der Kulturpflege aufzubauen oder zu unterstützen. Er sorgt für Sicherheit und gilt als zuständig dafür, daß die natürlichen Ressourcen nicht verschwendet werden und die Umwelt nicht zerstört wird. Um die Wunden des Kapitalismus zu heilen oder sie zu begrenzen, hat er als Wohlfahrtsstaat auch die Garantie der Grundversorgung der Bevölkerung in den materiellen Lebensbedürfnissen übernommen. Durch Kompensationszahlung im Falle von Krankheit, Invalidität, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Alter werden durch ihn große Teile des Sozialprodukts umverteilt. Schließlich hat der Staat insbesondere in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten das Netz seiner Dienstleistungen in großem Stil ausgedehnt: durch den Ausbau des Bildungswesens, den Aufwand für die medizinische Versorgung und zahlreiche Beratungs- und Betreuungsdienste der sozialen und psychologischen Lebenshilfe.

Mit Staat und Wirtschaft wandelt sich auch die Sozialstruktur im engeren Sinne. Das Bildungs- und Qualifikationsprofil der Bevölkerung unterliegt ständigem Wandel. Die Erwerbstätigen teilen sich auf in eine zunehmend größere Zahl unterschiedlicher Berufe, von denen manche an Bedeutung zunehmen, andere zurückgehen. Selbst innerhalb gleicher Berufe ändern sich durch technische Entwicklungen und Neuerungen in der Arbeitsorganisation laufend die Inhalte von Tätigkeiten. Lohnarbeit wird zwar für weit überwiegende Teile der Bevölkerung zur Basis des Lebensunterhalts, aber mit sehr unterschiedlichen Erwerbschancen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherheit. Durch diese Entwicklungen verändern sich Interessenlagen und Bedingungen der Interessenformierung. Die traditionellen Klassenstrukturen verlieren an Bedeutung. Es kommt zu neuen Formierungen in der Parteienarena und zu neuen direkteren Formen politischer Partizipation durch Bürgerinitiativen, Betroffenen- und Protestgruppen.

Eine weitere mit dem gesellschaftlichen Differenzierungsprozeß verbundene Entwicklung der Sozialstruktur betrifft die Einbindung des Individuums in die Gesellschaft überhaupt.

Sie erfolgt in der durch weitgehende Anonymität gekennzeichneten Massengesellschaft nicht mehr über die Familie und ihren Platz in der überschaubaren Welt des Dorfes oder der Kleinstadt, sondern durch eine Vielzahl spezifischer Rollenbeziehungen, die sich zum Teil konflikthaft widersprechen, zum Teil nur situationsspezifisch wirksam sind. Die Integration des Individuums in die Gesamtgesellschaft vollzieht sich heute typischerweise durch außerfamiliäre Einbindung in Institutionen wie die Schule, Arbeitsstätten, Interessenverbände, Parteien, Kirchen, Sport- und Freizeitvereine. Damit verbunden ist eine Aufteilung des Lebenslaufs in standardisierte Lebensabschnitte, die von gesellschaftlichen Institutionen geprägt sind: vom Lebensabschnitt des Kleinkindes über die Kindergartenzeit und das Schüler- oder Studentendasein hin zum Erwachsenenalter als Erwerbsperson und schließlich einem vom übrigen Leben und der übrigen Gesellschaft deutlicher als früher abgegrenzten Ruhestand.

In der Summe all dieser, allgemein als gesellschaftlicher Differenzierungsprozeß bezeichneten Entwicklungen in Wirtschaft, Staat und Sozialstruktur gliedert sich die Gesellschaft in vielfältige Einheiten auf. Sie haben je eigene Zuständigkeiten und Leistungsverpflichtungen, stehen aber in komplexen Abhängigkeitsbeziehungen zueinander, und ihre Integration muß sichergestellt werden. Vom Individuum aus gesehen, werden „Bedürfnisbefriedigungen, die früher in ein und demselben sozialen Zusammenhang erfolgten, auseinandergerissen“ (Hondrich 1982, S. 7). Ihre Befriedigung muß durch das Zusammenwirken verschiedenster gesellschaftlicher Institutionen und Teilsysteme erfolgen.

Je differenzierter die Gesellschaft wird, um so ausgeprägter und häufiger werden Abstimmungsprobleme zwischen verschiedenen Bereichen und Institutionen. Je mehr zum Beispiel in diesem Differenzierungsprozeß der kontinuierliche Fluß des Lebens sich in unterschiedliche, mehr oder weniger standardisierte Lebensabschnitte aufteilt, um so schwerwiegender und zahlreicher werden Übergangsprobleme zwischen verschiedenen Abschnitten. Die sich zuspitzenden Abstimmungsprobleme zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem sind nur eines unter vielen Beispielen.

Offensichtlich ist nun, daß mit zunehmender Differenzierung auch der Informationsbedarf über die Entwicklung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wächst, da weder die Annahme einer vorherbestimmten Harmonie der verschiedenen Entwicklungsprozesse noch die einer allgemeinen Abstimmung durch eine unsichtbare Hand sehr realistisch ist. Je weniger sich eine Gesellschaft an fixierte Traditionen bindet, sondern sich Optionen für Wandel und Entwicklungen öffnet, um so dringender wird genaues Wissen über ihren Zustand und über Trends ihrer Entwicklung.

Je differenzierter eine Gesellschaft wird, um so eingegrenzter, selektiver und durch die eigene Lokalisierung in der Gesellschaft verzerrt, wird aber gleichzeitig die Alltagswahrnehmung. Um so dringender werden Versuche der systematischen Informationssammlung und -verarbeitung, die die Grenzen des individuellen Beobachters überwinden und ein möglichst umfassendes und getreues Abbild der Gesellschaft und ihrer Entwicklung in den verschiedenen Lebensbereichen, Institutionen und Entscheidungsarenen zu liefern

vermögen. Verlässliche Informationen und ihre Verarbeitung sind eine der preiswertesten Ressourcen, über die eine Gesellschaft verfügt, nicht nur um sich ihres eigenen Zustands zu vergewissern, sondern auch um ihre Entwicklung bewußt steuern zu können. Je vollständiger und besser die Informationen sind, um so größer ist die Chance, daß Probleme adäquat diagnostiziert werden, um so eher können Fehlentscheidungen vermieden und kann ein Konsensus im Entscheidungsprozeß gefunden werden.

Statistisch aufbereitete Daten sind das wichtigste Instrument solcher systematischer Informationssammlung und -verarbeitung. Sie bilden eine besonders herausragende Informationsquelle, weil sie über eine Reihe von Qualitäten verfügen, die sie über die Alltagsbeobachtung herausheben. Sie beruhen auf gezielter Beobachtung aller in Betracht kommenden Fälle oder einer kontrollierten Auswahl aus allen Fällen. Damit können auch Stichproben mit Hilfe von Wahrscheinlichkeitskalkülen innerhalb bestimmbarer, in der Regel kleiner Fehlermargen ein unverzerrtes Abbild des beobachteten Realitätsausschnittes liefern. Im Idealfall sind statistische Befunde auch durch Methoden gewonnen, deren Ergebnis unabhängig vom Beobachter ist. Dabei werden komplexe Sachverhalte in einzelne voneinander trennbare Eigenschaftsdimensionen aufgelöst. Ein Beschäftigungsverhältnis etwa kann getrennt charakterisiert werden: nach dem Wirtschaftszweig, in dem es geschlossen wird; danach, ob der Arbeitnehmer als Arbeiter, als Angestellter oder Beamter eingestellt ist; nach dem Beruf, den der Arbeitnehmer ausübt; nach dem Inhalt der Tätigkeit; ob es sich um eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung handelt oder nach zahlreichen anderen Merkmalsdimensionen. Wenn auch in der Gesamtheit seiner Eigenschaften ein Beschäftigungsverhältnis einzigartig sein mag, so wird es in den Elementen der einzelnen Dimensionen mit anderen Beschäftigungsverhältnissen vergleichbar. Die vergleichbaren Elementardimensionen können gezählt und gemessen werden, und ein quantitatives Abbild komplexer Realität kann entstehen.

Daß komplexe Sachverhalte in einzelne Elemente oder Aspekte aufgelöst werden, bedeutet nicht, daß Statistiken die Realität bis zur Unkenntlichkeit zerlegen. Durch Methoden der statistischen Analyse können die einzelnen Elemente, nachdem sie quantifizierbar wurden, miteinander in Beziehung gesetzt und damit systematisch Realitätszusammenhänge aufgedeckt werden. Es läßt sich dann – um Beispiele anzuführen – bestimmen, um wieviel besser oder schlechter die Bildungschancen von Kindern verschiedener Herkunft sind, ob Gesamtschulen im Vergleich zum dreigliedrigen Schulsystem diese Abhängigkeiten abschwächen oder nicht, ob in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit die Kriminalitätsraten schneller steigen als in Regionen mit niedriger Jugendarbeitslosigkeit, ob durch Geschwindigkeitsbegrenzungen die Zahl der Verkehrsunfälle abnimmt. Wenn selbst in diesen einfachen Beispielen weitere Faktoren zu berücksichtigen wären, um adäquate Antworten auf interessierende Fragen zu bekommen, so zeigt dies, wie sehr wir auf eine genaue Messung der einzelnen Größen angewiesen sind, um ihre Bedeutung und ihr Gewicht in komplexen Abhängigkeitsbeziehungen zu bestimmen. Die Beispiele sollten aber deutlich machen, daß auch für den politischen Bereich eine Basis für rationale Entscheidungen erst dann gefunden ist, wenn Beziehungen zwischen Ursache und Wirkung bekannt und quantifizierbar sind.

Gesellschaftsbeobachtung und rationale Politik

Verlässliche Informationen und die Kenntnis sozialer Gesetzmäßigkeiten garantieren nicht, daß eine „gute“ Politik gemacht wird. Aber ohne gute Informationen kann es eine solche Politik nicht geben.

Die Politiker treffen bei weitem nicht immer die Entscheidungen, die im Lichte vorhandener Informationen die angemessensten wären. Sie nehmen Rücksicht auf die Interessen, die sie vertreten oder die eine starke Machtposition in der Gesellschaft haben. Sie folgen eigenen Präferenzen und Vorurteilen oder verteilen unsinnige Wahlgeschenke, um wieder ins Amt zu kommen. Manchmal sind sie an Versprechungen gebunden, die sie gegeben haben, oder treffen aus kurzfristigen strategischen Überlegungen Entscheidungen, die langfristig bedenklich sind. Manchmal gelingt es ihnen nicht, die Zustimmung der Bevölkerung zu einer als richtig erkannten Politik zu gewinnen, und manchmal ist der Entscheidungsspielraum eingegrenzt durch Verpflichtungen und Abhängigkeiten internationaler Art. Daß schließlich im politischen Macht- und Interessenkampf auch Mißbrauch mit Informationen getrieben wird, ändert dennoch nichts an ihrer prinzipiellen Unersetzlichkeit für eine Vielzahl von Verwendungszwecken. Ich will die wichtigsten kurz darstellen: ihre Verwendung für die Beschreibung und die Analyse fortgeschrittener Industriegesellschaften, für die gesellschaftliche Planung und die Vorbereitung rationaler politischer Entscheidungen sowie für die Erfolgskontrolle politischen Handelns.

Schon aus dem weiter oben Gesagten dürfte deutlich geworden sein, daß differenzierte Gesellschaften wie die modernen hochindustrialisierten Wohlfahrtsstaaten auf systematisch gesammelte und analysierte Beobachtungen allein schon für die Information über sich selbst angewiesen sind. Ohne statistische Buchführung kennt niemand die Entwicklung der Bevölkerung, die Zahl der Ausbildungs- oder Arbeitsplätze, die für die ins Erwerbsleben eintretende junge Generation bereitgestellt werden müssen, den Finanzierungsbedarf, den die Rentenversicherungsträger aufgrund von Neuzugängen und Anspruchsveränderungen zu erwarten haben. Niemand könnte mit Gewißheit sagen, ob die nachwachsende Generation tatsächlich veränderte Einstellungen zum Arbeitsleben hat oder ob dies nichts weiter als eine von den Medien aufgegriffene Modethese ist oder eine Variante der bekannten Klage der älteren Generation, daß früher alles besser war. Der Vergleich mit früher ist durchaus wichtig, aber aussagefähig ist er nur, wenn wir im Zeitablauf Sachverhalte mit den *gleichen* Instrumenten immer wieder messen. Erst dadurch wird es möglich, langfristige Entwicklungen zu erkennen, sie von kurzfristigen Schwankungen zu unterscheiden, neue Trends zu erfassen und den Regelmäßigkeiten sozialen Wandels auf die Spur zu kommen.

In der Verbesserung solcher Kenntnisse liegt die Voraussetzung, um die ohnehin unvermeidlichen Entscheidungen staatlicher oder privatwirtschaftlicher Instanzen allmählich aus der Nebelzone von Unwissenheit herauszuführen. Bei empirischen Daten allein können wir nicht stehenbleiben. Sinnvoll interpretiert und in Entscheidungen nutzbringend angewandt werden können sie nur im Lichte von Theorien, die wir über die

Wirklichkeit haben. Prüft man aber die sozialwissenschaftlichen Disziplinen, so sind sie um so erfolgreicher gewesen, Anleitungen für politisches Handeln zu geben, je mehr es ihnen gelungen ist, zentrale Begriffe ihrer Theorien auch empirisch zu messen. Früher und mit größerer Beständigkeit als andere Disziplinen hat die Wirtschaftswissenschaft es verstanden, in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die entscheidenden Größen des wirtschaftlichen Kreislaufs regelmäßig zu messen, daraus Problemdiagnosen abzuleiten und – wenn auch nicht immer, so doch oft – erfolgreich Anleitungen für gesamtwirtschaftliche Steuerungsimpulse zu geben.

Mit dem Wachstum der Staatsaufgaben haben sich die Anforderungen an die Informationsbereitstellung durch systematische Gesellschaftsbeobachtung zweifelsohne erhöht. Die zunehmende Aktivität des Staates und die zunehmende Abhängigkeit der gesellschaftlichen Wohlfahrt von seinem Handeln kann man an den langfristig steigenden Staatsanteilen oder Sozialbudgetanteilen am Sozialprodukt verfolgen. In dieser Entwicklung zeigt sich eine Verschiebung von der Produktion privater hin zur Bereitstellung öffentlicher Güter. Private Güter werden über Märkte bereitgestellt, auf denen Preise darüber entscheiden, ob sie produziert und von Konsumenten oder anderen Produzenten auch gekauft werden. Öffentliche Güter dagegen schafft der Staat, weil sie entweder Hoheitsaufgaben (z. B. Sicherheit, Rechtspflege) darstellen und damit prinzipiell in seine Zuständigkeit fallen oder weil sie auf einem Markt keine profitablen Preise erzielen und deshalb keinen privatwirtschaftlichen Anbieter finden, obgleich ein öffentliches Interesse und ein Bedarf dafür bestehen (z. B. allgemeine Infrastruktur, Kultur, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherung, Umwelt). Öffentliche Güter haben keinen Preis, der Angebot oder Nachfrage regelt. In Wahlen wird allenfalls über globale Politiken der Bereitstellung von mehr oder weniger öffentlicher Kaufkraft abgestimmt. Ihre Verteilung auf einzelne Güter erfolgt in Verhandlungen (Lobbyismus) und über Tätigkeit der staatlichen Instanzen und Bürokratien (vgl. Zapf 1977 a). Aus den Zahlen dieses Bandes (S. 191) ist zu entnehmen, daß allein über das Sozialbudget im Jahre 1983 Ausgaben in der Höhe von 537 Mrd. DM getätigt wurden. Minimale Verbesserungen in der Effizienz der Sozialleistungen von 1 % dieser Zahl ergäben die beachtliche Größenordnung von über 5 Mrd. DM, ein Betrag, mit dem man z. B. das Rentenalter um mehrere Jahre absenken oder mit dem man fast 100 000 junge Lehrer zusätzlich finanzieren könnte.

Da der Preis als Allokationsmechanismus für öffentliche Güter ausfällt, bekommen aktuelle Informationen ein besonderes Gewicht. Sie werden nicht nur benötigt, um Fehlplanungen zu vermeiden. Sie sind eine Grundvoraussetzung für eine vorausschauende Politik. Manche Entwicklungen, insbesondere etwa die Problemlage, die sich aus demographischen Prozessen ergeben, können heute durch Simulationsstudien sehr genau vorhergesagt werden. So ist seit Jahren die Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen, die eine Arbeit suchen werden, mit großer Treffsicherheit prognostiziert. Wenn Entscheidungsträger in ihrem Handeln vorliegende Erkenntnisse nicht in Rechnung stellen, weil etwa der Wahlzyklus dies nicht als opportun erscheinen läßt, ist dieses nicht den Zahlen anzulasten, die eine drohende Krise mit Vorlauf signalisieren und frühzeitige Maßnahmen zu ihrer Abwendung prinzipiell möglich machen.

Neben dem frühzeitigen Erkennen von Problemen beinhaltet eine rationale Politik, daß Entscheidungen für den Einsatz bestimmter Mittel und Instrumente unter Kenntnis der Folgen und Nebenfolgen dieser Instrumente, aber auch unter Kenntnis von Nutzen und Kosten alternativer Entscheidungen getroffen werden. Je mehr Kenntnis über Wirkungszusammenhänge aus systematischer Wirklichkeitsbeobachtung gewonnen wird und je mehr sie das politische Handeln bestimmt, um so größer wird die Chance, auch das zu erreichen, was wir erreichen wollen.

Mit wachsenden Staatsanteilen am Sozialprodukt muß auch die Forderung an Nachdruck gewinnen, zu kontrollieren, ob Maßnahmen tatsächlich die Ergebnisse erbringen, die sie zu erzielen vorgeben. Das amerikanische Office of the Budget hat deshalb als Regel durchgesetzt, daß jedes staatliche Programm auch evaluiert wird. Wenn wir auch in der Bundesrepublik Deutschland noch weit von einer derart konsequenten Erfolgskontrolle entfernt sind, so zeigen doch die oben genannten Zahlen über das Sozialbudget die Dringlichkeit dieses Anliegens gerade bei knapper werdenden Ressourcen an. Die bisher verfügbaren empirischen Daten reichen zwar für eine Erfolgskontrolle politischen Handelns, die diesen Namen verdient, noch keineswegs aus. Auf viele staatliche Programme müßten spezifische Evaluationsstudien zugeschnitten werden, die die Durchführung eines Programms (Implementation) beobachten, seine Ergebnisse erfassen und im Hinblick auf die verfolgten Ziele bewerten.

Nur so kann langfristig der politische Prozeß durchsichtiger werden. Viele statistische Meßziffern tragen jedoch schon heute dazu bei, einzelne Leistungen des Staates und der Wirtschaft zu quantifizieren und wichtige Entwicklungen der Gesellschaft abzubilden. Ihre heilsamen Konsequenzen für die Politik hat ein politischer Praktiker und Mann der Verwaltung fernab aller Technokratievorstellungen einmal so beschrieben: „Den Grauschleier von den Resultaten der Politik wegziehen zu wollen, mag zwar manchem Praktiker den Atem verschlagen, es mag die sozialen Kennziffern in der Verwaltungspraxis in Verruf bringen, aber es ist der größte Dienst, den man der Politik erweisen kann. Kaum eine Opposition kann so wirkungsvoll und leistungssteigernd sein, wie eine Serie intelligent ausgewählter Indikatoren, deren Konstruktion und Meßergebnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit kritisch verfolgt werden können.“ (Bartholomäi, 1978, S. 199) Wissenssoziologisch hoch interessant ist dabei, daß solche Meßziffern in unserer Gesellschaft bereits zu einer verselbständigten Größe, zu einer Realität eigener Art geworden sind. Sie definieren in einem hohen Maße die öffentlich wahrgenommene Realität dieser Gesellschaft. Statistische Kennziffern haben deshalb eine hohe politische Brisanz bekommen.

Ziffern über die Bevölkerungsentwicklung und die Lebenserwartung, über die Quote der Arbeitslosen oder die Wachstumsrate des Sozialprodukts, über die Inflationsrate oder den Produktivitätsfortschritt, über den Anteil der Abiturienten am Geburtsjahrgang, die Scheidungsquoten oder Kriminalitätszahlen usw. vermitteln uns Kenntnisse über die Gesellschaft. Sie verfremden die Gesellschaft aber auch und stilisieren zum Teil eine eigenartige Kunstwelt, die jedoch in hohem Maße handlungsrelevant geworden ist. Ein Beispiel mag verdeutlichen, was damit gemeint ist. Jeder erfährt zwar das Auf und Ab von

Preisen für Nahrung, Kleidung, Wohnung, technische Geräte, Heizöl und Benzin, wenn er einkauft oder Rechnungen bezahlt. Aber ohne das Produkt statistischer Kunst „Preisindex“ wird er am Ende des Jahres nicht in der Lage sein, zu beurteilen, wieviel mehr ihn nun das Leben wirklich kostet als zu Beginn des Jahres und welchen Ausgleich er im Einkommen braucht, um seinen Lebensstandard zu halten. Zugleich kann ein exakter Lebenskostenindex aus praktischen Gründen nur für eine begrenzte Zahl von Durchschnittsverbrauchertypen berechnet werden, und dennoch ist dieser Index mit ebensolchen Kunstprodukten wie Produktivitätsindex und Entwicklung der Unternehmergewinne eine magische Größe im jährlichen Lohn- und Gehaltspoker. Jeder, der sich mit dem politischen Gemeinwesen befaßt, hat also Anlaß, sich solcher Grundtatbestände über die Gesellschaft zu vergewissern. Bei der Bedeutung vieler Kennziffern im politischen Prozeß sollte dabei der kritischen Frage, welche Aussagekraft den einzelnen Zahlen und Statistiken zukommt, große Aufmerksamkeit zugemessen werden.

Jede Statistik ist der Natur der Sache nach ein auswählendes, bestimmte Aspekte hervorhebendes Abbild der Wirklichkeit. Keine statistische Zahl kann deshalb für sich die ganze Wahrheit sein. Nehmen wir ein Beispiel. Die volle Wahrheit über die „Einkommen“ in der Bundesrepublik Deutschland sind die exakten Daten jedes einzelnen Einkommensbezieher. Diese Daten vermag niemand zu überblicken. Selbst die größten Computer speichern sie auf externen Medien ab und verarbeiten sie nur schrittweise nach Anweisungen, die ihnen ein Programm vorgibt. Wollen wir uns Kenntnis über die Einkommen oder gar ihre Entwicklung im Verlauf der Zeit verschaffen, sind wir gezwungen, uns vereinfachender Abstraktionen zu bedienen, die uns in wenigen Zahlen ein faßbares Abbild geben. Durch Berechnung von Meßgrößen für das durchschnittliche Einkommen (z. B. das arithmetische Mittel) erfahren wir etwas über das allgemeine Einkommensniveau und können seine Veränderung in der Zeit verfolgen. Andere Meßgrößen informieren über die Streuung der Einkommen; sie zeigen, wie sich die Einkommen über verschiedene Einkommensgruppen verteilen. Schließlich können Zahlen konstruiert werden, die Einkommensungleichheit abbilden: Wievielfach größer ist das durchschnittliche Einkommen der leitenden Angestellten im Vergleich zu den Durchschnittseinkommen ungelernter Arbeiter, und wie hat sich dieses Verhältnis über die Zeit verschoben? Welcher Teil des gesamten Einkommenskuchens entfällt auf die obersten Zehntausend oder auf diejenigen 5 % der Einkommensbezieher, die die höchsten Einkommen erzielen, im Vergleich zu den 5 % der Einkommensbezieher mit den niedrigsten Einkommen?

Jede dieser Zahlen sagt etwas Richtiges aus, obwohl jede etwas anderes aussagt. In diesem Sinn ist jede Zahl dieses Bandes richtig, aber hebt ein jeweils spezifisches Detail hervor. Wenn auch der erläuternde Text nicht in jedem Fall im einzelnen darauf eingehen kann, welchen Aspekt die Zahlen hervorheben, welchen sie vernachlässigen, so wird doch verständlich, wie die Zahlen zu verstehen sind.

Jeder Datenband kann also nur eine kleine Auswahl möglicher und sinnvoller Zahlen enthalten. Um so dringender ist es, zu fragen, welche Auswahl und besonderen Hervorhebungen einem solchen Unternehmen zugrunde liegen.

Amtliche Statistik, empirische Sozialforschung und Sozialberichterstattung

Der vorliegende Band ist eine Neuheit, die es bislang in der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Er ist entstanden aus der Kooperation des Statistischen Bundesamtes und einer Gruppe von Soziologen des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“, der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an den Universitäten Frankfurt und Mannheim gefördert wird. Beide Partner haben aus dem Datenfundus, über den sie verfügen, die wichtigsten Grundzahlen über die Bundesrepublik und ihre Entwicklung zusammengestellt, verständlich erläutert und kenntnisreich kommentiert. Das Ergebnis ist ein informationsreicher Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.

Welche besonderen Möglichkeiten ergeben sich aus dieser Verbindung der amtlichen Statistik und der empirischen Sozialforschung für das Ziel einer umfassenden Sozialberichterstattung? Für die Bundesrepublik Deutschland hat Wolfgang Zapf (1972) das Programm einer solchen Sozialberichterstattung beschrieben und begründet. Dieses Programm basiert letztlich auf der Vorstellung, neben oder an Stelle der kontinuierlichen Erhöhung des materiellen Reichtums sei als viel umfassenderes Ziel eine Verbesserung der Qualität des Lebens zu setzen. Verbunden ist damit eine kritische Beurteilung rein ökonomischer oder weitgehend ökonomischer Kennziffern als Maß für die Entwicklung des Wohlstandes einer Gesellschaft, wie sie etwa in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder zusammengefaßt in der Maßzahl des Bruttosozialprodukts zum Ausdruck kommt.

Die Kritik richtet sich dabei nicht nur auf die ökonomische Einseitigkeit dieser Erfolgsziffern, sondern darauf, daß sie systematisch verzerrt sind, weil sie die Belastung der Gesellschaft mit externen Kosten des Wirtschaftens außer acht lassen (z. B. Belastung der Umwelt oder soziale Kosten etwa in höherem Arbeitsstreß oder monotoner Arbeit). Beim Konzept der Qualität des Lebens geht es dagegen „um die Bewertung eines politischen Systems oder der Gesellschaft insgesamt – und zwar im Hinblick auf die Lebensumstände jedes einzelnen Bürgers“ (Zapf 1972, S. 354) und um die Entwicklung eines entsprechenden Systems sozialer Indikatoren, d. h. Kennziffern, die jeweils einen ausgewählten Aspekt der Qualität des Lebens abzubilden vermögen. Im Rahmen eines solchen Systems sozialer Indikatoren werden zunächst eine Reihe von gesellschaftlichen Zielen bestimmt, die Konkretisierungen der Qualität des Lebens in einzelnen Lebens- und gesellschaftlichen Bereichen darstellen. Es ist dann die wesentliche Aufgabe einer kontinuierlichen Sozialberichterstattung, Veränderungen im Grad des Erreichens der verschiedenen Ziele regelmäßig zu messen.

Eine explizite Zielbestimmung nimmt der vorliegende Band nicht vor (vgl. dazu Zapf 1977). Implizit richten sich jedoch viele der im Band präsentierten Daten auf die Messung der in den letzten Jahren erreichten Verbesserung oder eingetretenen Verschlechterung im Hinblick auf eine Reihe von Zielen, über die große Übereinstimmung besteht, z. B. Abbau von Armut, Arbeitslosigkeit, Chancenungleichheit, Benachteiligung der Frau,

Kriminalität, soziale Isolierung, Wohnungsnot, Lärmbelästigung usw. Dabei haben die beiden Institute, die den Band verfaßt haben, in sich ergänzender Weise jene Bereiche bearbeitet, in denen sie ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte sehen.

Die statistischen Ämter sind seit langem die wichtigsten Produzenten von Grunddaten über die vielfältigsten Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in der Bundesrepublik. So reichen die in diesem Band behandelten Themen von Abendgymnasien bis Zulassung von Kraftfahrzeugen, von Abfall bis Zuckerrüben, von Abgeordneten bis Zivilverfahren bei Gerichten, von Abtreibungen bis Zigaretten, von Abwässern bis Zeitungen und Zeitschriften, von Akademisierungsgrad bis Zahnärzte, von Aktien bis Zahlungsbilanz. Neben der großen Breite an Fragestellungen, für die die amtliche Statistik Informationen zur Verfügung stellt, liegt ihre besondere Stärke im Umfang und der Kontinuität ihrer Erhebungen. Viele Ergebnisse der amtlichen Statistik basieren auf Vollerhebungen oder doch auf sehr großen Stichproben. Nur eine solche Basis erlaubt präzise Aussagen über kleine Teilgruppen der Bevölkerung, beispielsweise wie sich die Einkommen in einzelnen Berufen unterscheiden oder wie sich die Zahl der Arbeitsplätze eines bestimmten Industriezweiges in verschiedenen Regionen des Landes entwickelt. Die amtliche Statistik führt ihre Erhebungen in regelmäßigen Abständen durch und schafft damit die Möglichkeit, Entwicklungen über Jahrzehnte hinweg zu verfolgen.

Es ist nützlich, auch auf einige Besonderheiten hinzuweisen, die mit den Aufgaben der amtlichen Statistik und den Entstehungsbedingungen ihrer Datenproduktion zusammenhängen. Die amtliche Statistik ist zunächst ein Teil der Staatsverwaltung. Damit will ich nicht betonen, daß die amtliche Statistik die Wirklichkeit nur so darstellt, wie es die Regierungspolitik sehen will. Obwohl es auch Fälle einer Politik der opportunen Zahl gibt, ist ein solcher globaler Vorwurf unberechtigt. Unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation produzieren und veröffentlichen die statistischen Ämter über Jahre hinweg die gleichen Statistiken. Am ehesten noch kann man vielleicht den Grad unseres Nicht-Wissens in bestimmten Bereichen als Ausdruck der jeweils herrschenden Machtverhältnisse und der Interessen, die sich in der politischen Auseinandersetzung durchzusetzen vermögen, sehen.

Der Umstand, daß die amtliche Statistik Teil der politischen Administration ist, kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß viele ihrer Statistiken eine Art Buchhaltung des Regierungs- und Verwaltungsgeschehens darstellen und daß sie die Gesellschaft mit Vorliebe so abbilden, wie sich der Gesetzgeber in seinen rechtlichen Regelungen die Gesellschaft vorstellt. Nicht unbeteiligt daran ist der Umstand, daß die amtlichen Statistiken selbst durch Gesetze angeordnet sind.

Viele der Kategorien, in denen die gesellschaftliche Wirklichkeit durch die amtliche Statistik abgebildet ist, entsprechen rechtlich fixierten Sachverhalten. Eines der am häufigsten verwandten Instrumente zur Abbildung der sozialen Differenzierung der Bevölkerung ist die Aufgliederung nach der Stellung im Beruf – Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige, Mithelfende. Diese Aufteilung ist eine Differenzierung nach arbeitsrechtlichen Kategorien, im Ursprung auch danach, durch welche rechtliche

Institution ein Erwerbstätiger für die Rente oder seine Pension im Alter versichert ist, ob in der Arbeiterrentenversicherung, über die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte oder im beamtenrechtlichen Sicherungssystem.

Für die Planung dieser Sicherungssysteme ist die Kenntnis der Entwicklung der entsprechenden Beschäftigtenzahlen eine wichtige Größe und deshalb unverzichtbar. Für soziologische Analysen der sozialen Differenzierung ist diese Unterscheidung dagegen nur begrenzt nützlich. Bezogen auf die sozio-ökonomische Lage sind nämlich Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbständige einerseits in sich selbst sehr heterogene Kategorien, während andererseits bestimmte Untergruppen dieser sozial-rechtlichen Kategorien sich in einer sehr ähnlichen Lage befinden können und deshalb sinnvollerweise besser zusammengefaßt als voneinander getrennt würden.

Weitere Beispiele der bevorzugten Abbildung rechtlich sanktionierter gegenüber faktisch bedeutsamen sozialen Verhältnissen finden sich z. B. in der Erfassung nur ehelicher und der Vernachlässigung nichtehelicher Lebensgemeinschaften oder in der Abbildung religiöser Bindungen nach dem rechtlichen Tatbestand der Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft und nicht etwa nach der Intensität der religiösen Orientierung. Soweit sich die amtliche Statistik auf die Abbildung der Gesellschaft nach solchen normativ-institutionellen Regelungen beschränkt, kann es für einzelne Bereiche zutreffen, daß sie genau die signifikanten gesellschaftlichen Entwicklungen selbst nicht erfaßt. Die manchmal beklagte geringe Innovationsfreudigkeit amtlicher Statistiken hat aber auf der anderen Seite auch einen nicht gering zu schätzenden Vorzug. Nur über unveränderte Statistiken können Entwicklungen über lange Zeiträume hinweg verfolgt werden.

Ein großer Teil der Daten der amtlichen Statistiken ist nicht wie die Volkszählung oder der Mikrozensus durch Erhebung gewonnen, sondern resultiert direkt aus den Verwaltungsgeschäften der staatlichen Instanzen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger kommt dadurch zustande, daß jede Auszahlung von Sozialhilfe zu einer Registrierung in der entsprechenden Statistik führt. Man spricht in diesem Fall von sogenannten prozeßproduzierten Daten, weil sie im Verwaltungsprozeß selbst anfallen. Die amtliche Statistik ist in dieser Hinsicht Buchführung über die Tätigkeit der öffentlichen Institutionen. Auch damit sind Vor- und Nachteile verbunden. Das wohl bekannteste Beispiel ist die Arbeitslosigkeitsstatistik, in der diejenigen als arbeitslos gezählt werden, für die es einen entsprechenden Geschäftsvorgang bei einem Arbeitsamt gibt. Um als Arbeitsloser gezählt zu werden, genügt es nicht, daß man keine Arbeit hat, obwohl man dringend Arbeit sucht, man muß auch beim Arbeitsamt als arbeitslos gemeldet sein. Andererseits zählt jeder als arbeitslos, der aus einem rechtlichen Anspruch heraus Arbeitslosengeld bezieht, auch wenn er faktisch an Arbeit nicht interessiert ist.

Mit diesen Orientierungen an rechtlich fixierten Tatbeständen ist mit dem Erhebungsprogramm und Untersuchungen der amtlichen Statistik eine weitgehende Abstinenz von allem verbunden, was mit Einstellungen und subjektiven Werthaltungen der Bevölkerung zu tun hat. Gleichzeitig finden ökonomische Tatbestände deutlich stärkere Berücksichtigung als die sozialen Lebensumstände von Menschen.

Der zweite Teil dieses Bandes ergänzt deshalb den ersten genau in diesen Punkten. Für die Lebensqualität zählen nicht nur objektive Lebensbedingungen, wie Arbeitsplatzverhältnisse, Wohnbedingungen, Versorgungsniveaus mit privaten und öffentlichen Gütern. Für das Ausmaß an erfahrener Wohlfahrt des Bürgers zählt ihre Bedeutung in den Bewertungsmaßstäben der Menschen, ihre Relation zu den Präferenzen, Interessen, Erwartungen und Standards, die die Bürger haben. Die Zusammenhänge und Diskrepanzen zwischen objektiv feststellbaren Bedingungen und den subjektiven Zufriedenheiten sind deshalb das zentrale Thema, um das es im zweiten Teil dieses Bandes geht. Auf einem hohen Niveau der materiellen Güterversorgung, wie es in unserer Gesellschaft trotz ökonomischer Krise und Verlangsamung ökonomischen Wachstums besteht, hängt die Steigerung von Wohlfahrt vermehrt davon ab, wie auf gegebenem materiellen Wohlstandsniveau ein Mehr an subjektiver Befriedigung für alle erzielt werden kann. Und dies ist natürlich keineswegs nur ein individualpsychologisches Problem, sondern ist bestimmt durch die sozialen Bedingungen, unter denen wir leben, durch die Organisation der Güterproduktion wie ihre Verteilung, durch die Qualität der gesellschaftlichen Institutionen und der Partizipationschancen ebenso sehr wie durch die Qualität der Interaktionsmöglichkeiten (vgl. dazu Schmidtchen 1978).

Dieser zweite Teil hätte vor wenigen Jahren noch nicht geschrieben werden können. Er ist das Ergebnis umfangreicher Forschungsaktivitäten, die durch die Initiative von Wolfgang Zapf seit einigen Jahren vor allem an der Universität Mannheim vor sich gehen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat die Durchführung von drei Wohlfahrtssurveys finanziert, aus denen hier in komprimierter Form wichtige Ergebnisse vorgestellt werden (ausführlicher in Glatzer/Zapf 1984).

Die empirische Sozialforschung verfügt mit diesen Umfragen nicht über die großen Stichproben der amtlichen Statistik und muß deshalb mit größeren Unsicherheitsmargen rechnen. Dafür kann sie Antworten geben auf Fragen, über die wir aus der amtlichen Statistik nur wenig erfahren, etwa zur Entwicklung der sozialen Schichtung, den sich differenzierenden Lebensstilen der Bevölkerung, zu den zunehmenden Beteiligungswünschen der Bürger oder zu ihren Erwartungen an den Staat. Sie besitzt auch nicht Datenbestände, die mehrere Jahrzehnte oder sogar ein Jahrhundert zurückreichen. Aber immerhin kann für den nicht unbedeutenden Zeitraum von 1978 bis 1984 mit vielen Zahlen belegt werden, wie sich durch die Jahre der ökonomischen Krise die Lebensbedingungen der Bürger verändert haben und wie und bei wem sich dieses im subjektiven Wohlergehen auswirkt.

Vieles, was in der Einführung zur ersten Ausgabe des Datenreportes noch als fehlend beklagt werden mußte, konnte für diese Ausgabe in erstaunlich kurzer Zeit aufgenommen werden. Er ist damit ohne Zweifel noch wertvoller geworden. Die gemeinsame Publikation der beiden Teile dieses Bandes belegt eindrucklich, daß früher vielleicht einmal vorhandene Scheuklappen und Berührungsängste von amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung abgelegt sind. Der damit verbundene Gewinn reicht weit über den wechselseitigen Nutzen hinaus, den beide Parteien daraus ziehen. Der Leser wird dies selbst beurteilen können, wenn er sich in die bereichernden Beiträge vertieft.

Literaturhinweise

Bartholomäi, R. Chr., 1978: Wünsche der politischen Praxis an die sozialen Indikatoren, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.), Messung sozialer Disparitäten. Soziale Indikatoren VI, Frankfurt/New York.

Flora, P., 1977: Quantitative Historical Sociology, Paris.

Gesellschaftliche Daten 1973. Erweiterte Ausgaben 1977, 1979, 1982, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.

Glatzer, W./Zapf, W. (Hrsg.), 1984: Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York.

Hondrich, K.-O., 1982: Soziale Differenzierung. Langzeitanalysen zum Wandel von Politik, Arbeit und Familie, Frankfurt/New York.

Schmidtchen, G., 1978: Gesellschaft der falschen Bedürfnisse. Beitrag zur Entwicklung eines Konzepts sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.), Messung sozialer Disparitäten. Soziale Indikatoren VI, Frankfurt/New York.

Zapf, W., 1972: Zur Messung der Lebensqualität, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 1/1972, S. 353–376.

Ders. (Hrsg.) 1977: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York.



Der Autor ist Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung und angewandte Soziologie an der Universität Mannheim.

Teil I:

Gesellschaft, Wirtschaft, Staat im Spiegel der Statistik

Bearbeitung im Statistischen Bundesamt:

Wolfgang Buchwald
Ursula Lauber
Marlene Renck
Gerhard Richter

mit Unterstützung von zahlreichen Mitarbeitern
aus den Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Länder und Regierungsbezirke
Gebietsstand 31.12.1982



1 Bevölkerung

1.1 Die Bevölkerung im Spiegel der Statistik

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – etwa im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage exakter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demographische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie u. a. Informationen über den Menschen als Arbeitskraft, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den bloßen Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wider. Der Altersaufbau hat direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weitreichenden Bedarfs an demographischen Daten ist es nicht verwunderlich, daß die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik gehört. Seit langem finden in Deutschland – wie in den meisten anderen hochentwickelten Ländern – in längerfristigen Abständen Volkszählungen statt. Sie sind als umfassende Bestandsaufnahmen angelegt und erfassen alle Einwohner nach wichtigen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Erwerbstätigkeit usw.

Dadurch sind langfristige Vergleiche zum Teil über Jahrhunderte hinweg möglich. Für das Jahr 1983 war in der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit internationalen Empfehlungen wieder eine Volkszählung vorgesehen. Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts konnte sie aber nicht zum vorgesehenen Zeitpunkt durchgeführt werden. Das Urteil des höchsten deutschen Gerichts bestätigte zwar die Notwendigkeit und Unverzichtbarkeit der Erhebung, machte ihre Durchführung aber von zusätzlichen organisatorischen und verfahrensmäßigen Absicherungen abhängig. Im Entwurf des neuen Volkszählungsgesetzes wurden die Forderungen des Bundesverfassungsgerichts voll berücksichtigt und als neuer Stichtag für die Zählung der 25. Mai 1987 festgesetzt.

Zwar wird zwischen zwei Zählungsterminen, die in der Regel etwa zehn Jahre auseinanderliegen, die Bevölkerung von den Statistischen Ämtern fortgeschrieben. Hierzu werden die Aufzeichnungen der Standesämter über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle

herangezogen. Über die Wanderungsbewegungen, das heißt die Zu- und Fortzüge, geben die Unterlagen der Einwohnermeldeämter Auskunft. Die Daten der Bevölkerungsfortschreibung werden allerdings um so ungenauer, je weiter der Zeitpunkt der letzten Zählung zurückliegt. Nach Schätzungen ist das gegenwärtige Fortschreibungsergebnis um rund eine Million Personen überhöht. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Meldungen über Zu- und Fortzüge oftmals mit zeitlicher Verzögerung erfolgen oder ganz unterbleiben.

Mit Rücksicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde auch auf die Durchführung der Mikrozensus 1983 und 1984 verzichtet. Diese Erhebung, die sich an eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung wendet, durch Hochrechnung aber Angaben über die Gesamtheit ermöglicht, liefert normalerweise jährlich aktuelle Daten über die Struktur der Bevölkerung. Die zweimalige Aussetzung hat die unzureichende Datensituation noch wesentlich verschärft. Ab 1985 wird der Mikrozensus auf neuer gesetzlicher Grundlage durchgeführt.

Tab. 1: Eckdaten zur Bevölkerungsstruktur am Jahresende 1983
fortgeschriebenes Ergebnis der Volkszählung von 1970

Alter	Bevölkerung				
	insgesamt		darunter		
	absolut (1 000)	%	männlich	verheiratet	Ausländer
				%	
Unter 15	9 738	15,9	51,1	0,0	12,2
15–39	22 868	37,3	51,3	42,7	9,7
40–64	19 720	32,2	48,0	81,1	5,4
65 und älter	8 981	14,6	34,7	44,4	1,4
Insgesamt	61 307	100	47,8	48,5	7,5

1.2 Bevölkerungsentwicklung

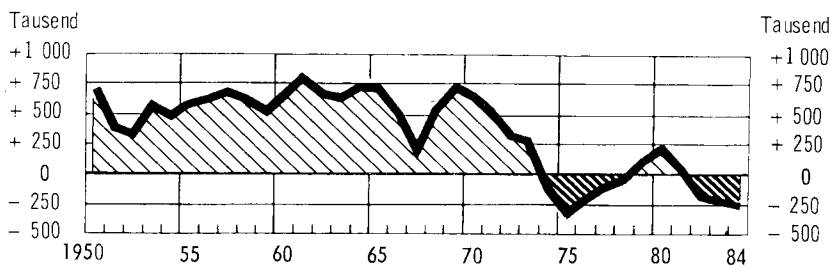
Zwischen 1871 und 1974 hat sich die im heutigen Bundesgebiet lebende Bevölkerung etwa verdreifacht, und zwar von 20,4 Mill. auf 62,1 Mill. Einwohner. Danach sank sie wieder unter die 62-Millionen-Grenze und lag 1983 im Jahresdurchschnitt bei rund 61,4 Mill. Einwohnern.

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung seit 1871

Jahr	Bevölkerung (1 000)	Jahr	Bevölkerung (1 000)
1871	20 410	1974	62 054
1900	29 838	1975	61 829
1910	35 590	1976	61 531
1930	40 334	1977	61 400
1939	43 008	1978	61 327
1946	46 190	1979	61 359
1950	50 809	1980	61 566
1960	55 433	1981	61 682
1970	60 651	1982	61 638
1972	61 672	1983	61 423

Bis in die dreißiger Jahre wuchs die Bevölkerung hauptsächlich durch die hohen Geburtenüberschüsse, bedingt durch eine rasch sinkende Sterblichkeit aufgrund des medizinischen Fortschritts. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Während vor etwa 100 Jahren 25 % der Neugeborenen im ersten Lebensjahr starben, sind es gegenwärtig nur noch 1,0 %. Mit dem gleichzeitigen Rückgang der Sterblichkeit in allen übrigen Altersgruppen stieg die durchschnittliche Lebenserwartung von rund 35 Jahren gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts bereits auf etwa 50 Jahre vor dem Ersten Weltkrieg und 60 Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg. Gegenwärtig beträgt sie 70,5 Jahre für neugeborene Jungen und 77,1 Jahre für neugeborene Mädchen.

Abb. 1: Jährliche Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme

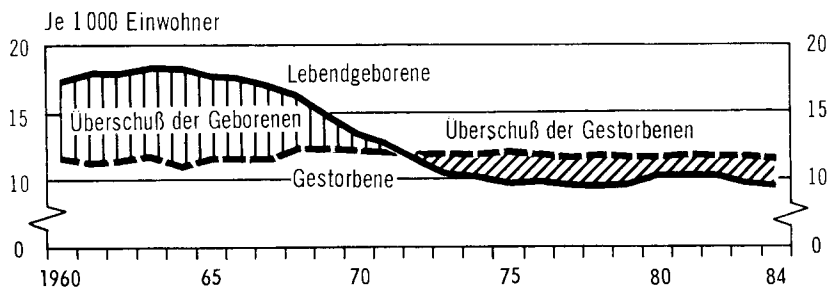


Der Zuwachs der Bevölkerungszahl gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg (trotz der Kriegsverluste) beruhte zunächst im wesentlichen auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Anzahl der Vertriebenen im Bundesgebiet rund acht Millionen; das entsprach einem Anteil an der Bevölkerung von 16 %. Zwischen 1950 und 1961 war der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich auf den Zuwanderungsstrom aus der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost), zum Teil auch auf die Aufnahme der Spätaussiedler aus Ost- und Südosteuropa, zurückzuführen. Die Anzahl der Zugewanderten aus der DDR erreichte bis zum Jahr 1961 – rechnet man die erst nach der Flucht geborenen Kinder mit – 3,1 Millionen oder 5,5 % der Bevölkerung des Bundesgebiets; die Zahl der Spätaussiedler belief sich auf etwa 400 000.

Seit Mitte der sechziger Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland entscheidend durch Zu- und Abwanderungen von Ausländern beeinflusst. Die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften führte dazu, daß ihre Zahl von annähernd 690 000 im Jahr 1961 auf rund vier Millionen im Jahr 1974 stieg. Nach einem vorübergehenden Absinken erreichte die Ausländerzahl 1982 – hauptsächlich als Folge des verstärkten Familiennachzugs und des großen Zustroms von Asylbewerbern – erneut einen Höchststand (4,7 Mill.). Seither kam diese Entwicklung zum Stillstand und die Zahl der Fortzüge von Ausländern überstieg die Zahl von Zuzügen. Durch diese negative Wanderungsbilanz verminderte sich die Ausländerzahl im Bundesgebiet 1983 auf 4,5 Millionen und 1984 auf 4,4 Millionen.

Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr, d. h. die Zahl der Gestorbenen ist größer als die Zahl der Geburten. Für die deutsche Bevölkerung liegt das jährliche Geburtendefizit seit 1973 zwischen 159 000 und 235 000 Personen. Da die im Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen im Vergleich zu den deutschen Frauen relativ viele Kinder zur Welt bringen, starben jährlich – auf die Gesamtbevölkerung bezogen – lediglich 93 000 bis 149 000 Menschen mehr als geboren wurden.

Abb. 2: Lebendgeborene und Gestorbene seit 1960



1.3 Die räumliche Bevölkerungsverteilung

Dem Zuwachs der Bevölkerungszahl entsprechend nahm in der Bundesrepublik Deutschland auch die Bevölkerungsdichte, d. h. die Zahl der Einwohner je Quadratkilometer, bis 1974 zu. Sie stieg von 82 im Jahr 1871 auf 250 im Jahr 1974. Bei einer Ausdehnung von insgesamt knapp 250 000 Quadratkilometern lag die Bundesrepublik Deutschland 1983 hinsichtlich der Fläche an elfter Stelle, in bezug auf die Bevölkerungsdichte aber mit 247 Einwohnern je Quadratkilometer – nach den Niederlanden (352) und Belgien (323) – an dritter Stelle in Europa. Die skandinavischen Länder mit einer Bevölkerungsdichte zwischen zwei je Quadratkilometer in Island und 19 in Schweden wirken im Vergleich hierzu fast menschenleer. Am dichtesten sind die Stadtstaaten (Berlin 3 863, Hamburg 2 133, Bremen 1 675 Einwohner je Quadratkilometer) sowie das Land Nordrhein-Westfalen (494 Einwohner je Quadratkilometer) und am geringsten Niedersachsen und Bayern (153 bzw. 155 Einwohner je Quadratkilometer) besiedelt.

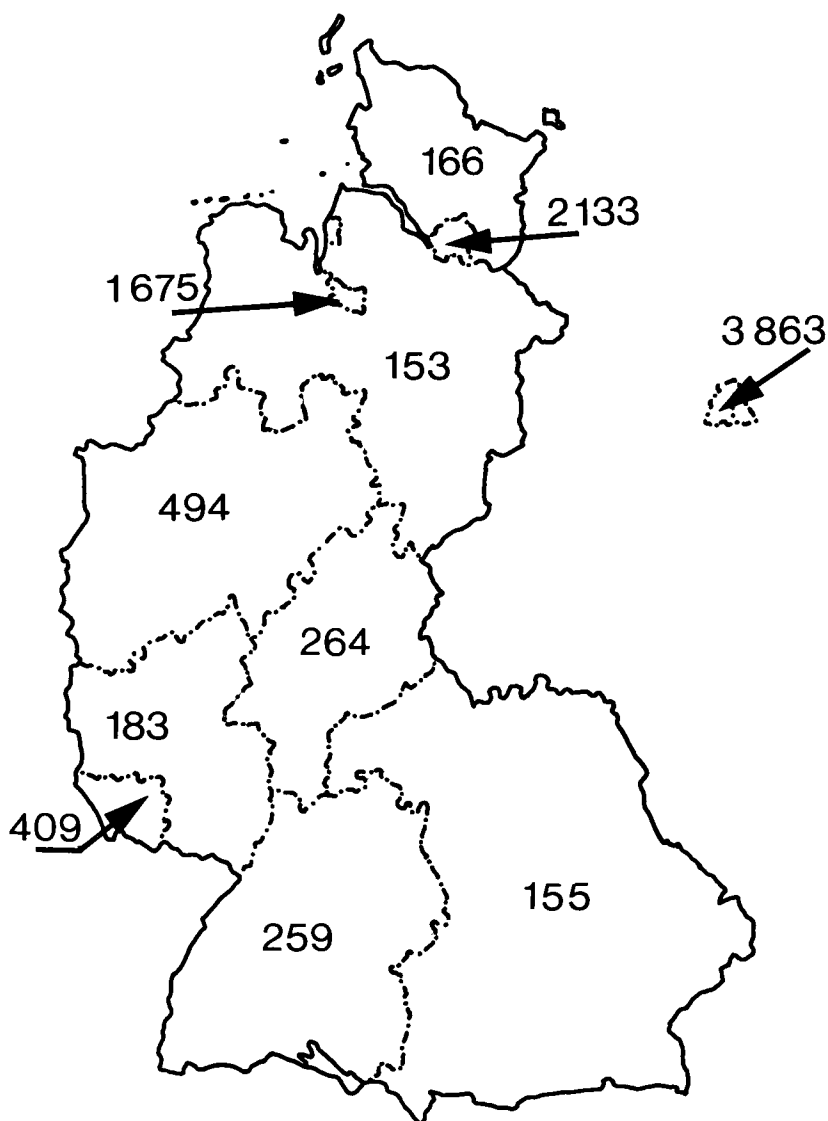
Charakteristisch für die Bundesrepublik Deutschland ist wie für viele andere Industriestaaten die Tendenz zur Verstädterung. Unter den Ballungsgebieten fällt das Ruhrgebiet dadurch auf, daß der überwiegende Teil seiner Großstädte ausgesprochen hohe Bevölkerungsdichten aufweist.

Vor rund 100 Jahren lebten im heutigen Bundesgebiet fast zwei Drittel der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern. In den Großstädten (mit mehr als 100 000

Tab. 3: Bundesländer nach Fläche und Einwohnern

Bundesländer	Regierungssitz	Fläche	Einwohner am 31. Dez. 1983	
		1 000 km ²	1 000	je km ²
Schleswig-Holstein	Kiel	15,7	2 617	166
Hamburg	Hamburg	0,8	1 610	2 133
Niedersachsen	Hannover	47,4	7 249	153
Bremen	Bremen	0,4	677	1 675
Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	34,1	16 837	494
Hessen	Wiesbaden	21,1	5 565	264
Rheinland-Pfalz	Mainz	19,8	3 633	183
Baden-Württemberg	Stuttgart	35,8	9 243	259
Bayern	München	70,6	10 970	155
Saarland	Saarbrücken	2,6	1 053	409
Berlin (West)	Berlin (West)	0,5	1 855	3 863
Bundesgebiet	Bonn	248,7	61 307	247

Abb. 3: Bevölkerungsdichte in den Ländern und Stadtstaaten am 31. 12. 1983
Einwohner je km²



Einwohnern) wohnten damals nur 5 % der Bevölkerung. Mit der fortschreitenden Industrialisierung vollzog sich eine zunehmende Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die Großstädte. Im Jahr 1960 lebte in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern bereits etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung; seitdem ist der Anteil nahezu konstant. Auch in den Klein- und Mittelstädten (10 000 bis 100 000 Einwohner) wuchs der Bevölkerungsanteil beträchtlich an, und zwar von etwa 15 % um die Jahrhundertwende auf 28 % im Jahre 1970 und auf 41 % 1983.

Deutlich rückläufig war der Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, in denen 1970 nur noch 18 % der Bevölkerung wohnten. In den siebziger Jahren setzte sich diese Tendenz verstärkt fort. Am Jahresende 1983 lebten nur noch 6 % der Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern. Diese Entwicklung ist weniger auf Fortzüge zurückzuführen, sondern überwiegend durch die Eingemeindungen im Rahmen der Gebietsreform bedingt, durch die sich die Zahl der Kommunen mit weniger als 2000 Einwohnern von rund 18 700 im Jahr 1970 auf 4 688 Mitte 1983 verringert hat.

Tab. 4: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten
in ausgewählten Großstädten am 31. Dezember 1983

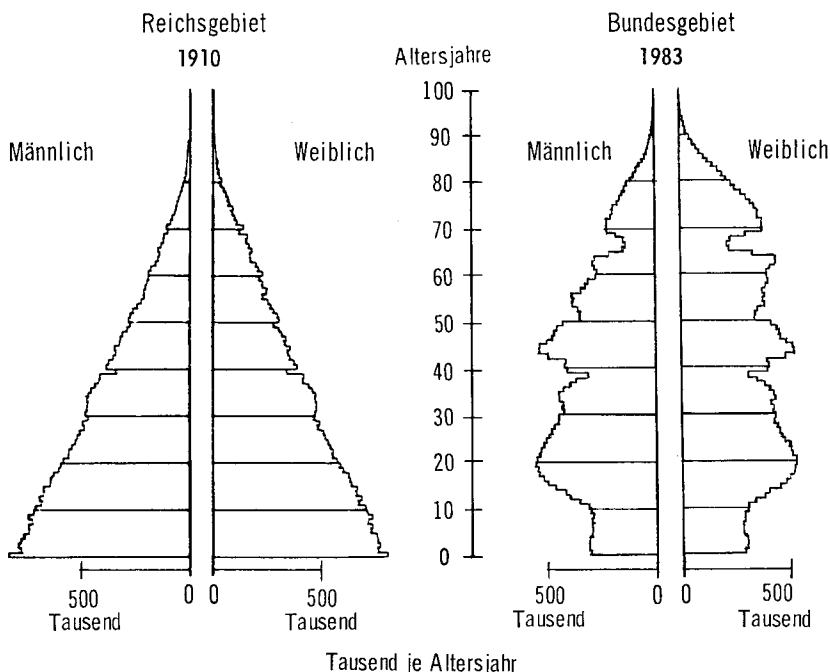
Rangfolge	Stadt	Einwohner absolut (1 000)	Stadt	Einwohner pro km ²
1	Berlin (West)	1 854	München	4 135
2	Hamburg	1 610	Berlin (West)	3 863
3	München	1 283	Herne	3 429
4	Köln	941	Essen	3 004
5	Essen	631	Oberhausen	2 923
6	Frankfurt	610	Gelsenkirchen	2 798
7	Dortmund	590	Stuttgart	2 737
8	Düsseldorf	570	Bochum	2 676
9	Stuttgart	567	Düsseldorf	2 653
10	Bremen	540	Nürnberg	2 553

1.4 Altersaufbau

Zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung und der Zahl der Geburten sowie der Sterbefälle bestehen enge Wechselbeziehungen. So beeinflusst z. B. die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Umgekehrt wirken sich Veränderungen der Geburtenhäufigkeit oder der Sterblichkeit unmittelbar auf die zahlen-

mäßige Besetzung der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen u. a. zu einer Verschiebung der Relationen zwischen den Bevölkerungsgruppen im Kindes- bzw. Jugendalter, im erwerbsfähigen Alter und im Rentenalter. Gleichzeitig ändern sich damit auch die Quoten zwischen dem Teil der Bevölkerung, der sich aktiv am Erwerbsleben beteiligt, und dem, der von den Erwerbstätigen unterhalten werden muß.

Abb. 4: Altersaufbau

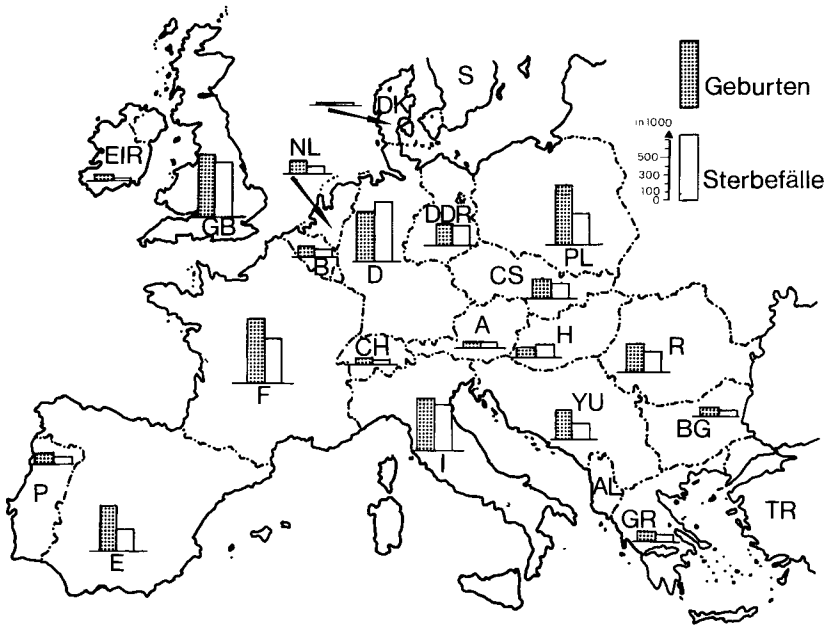


Um die Altersstruktur der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet man in der Statistik eine graphische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird. Während sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts die klassische Pyramidenform noch deutlich erkennen ließ, gleicht ihr Bild heute eher einer „zerzausten Wettertanne“, wie sie der Bevölkerungsstatistiker Paul Flaskämper treffend beschrieben hat. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus optisch besonders deutlich zutage.

Wegen der hohen Geburtenzahlen vor dem Ersten Weltkrieg lag damals der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung bei über 30 %, Ende 1983 dagegen nur noch bei etwa 16 %. Umgekehrt hat sich in diesem Zeitraum die Altersgruppe der über 65jährigen prozentual von knapp 5 % auf rund 15 % vergrößert.

Gegenwärtig sind die Altersjahrgänge zwischen 16 und 29 (die sogenannten „geburtstarken Jahrgänge“ von 1956 bis 1969) sowie zwischen 43 und 49 Jahren am stärksten besetzt. Dazwischen macht sich der Geburtenausfall gegen Ende des Zweiten Weltkriegs bemerkbar. In den unteren Altersgruppen ist die männliche Bevölkerung etwas stärker vertreten als die weibliche; ab 56 Jahren überwiegt der weibliche Bevölkerungsanteil. Das liegt zum einen an der geringeren Lebenserwartung der Männer und ist zum anderen durch die stärkeren Kriegsverluste bei der männlichen Bevölkerung bedingt.

Abb. 5: Geburten und Sterbefälle in ausgewählten europäischen Ländern 1984¹



¹ Teilweise 1982 oder 1983.

1.5 Geburten und Sterbefälle

Viele Industrieländer verzeichneten in den letzten Jahren einen Geburtenrückgang. Die Bundesrepublik Deutschland gehört jedoch neben Ungarn zu den wenigen Ländern, in denen jährlich mehr Menschen sterben als Kinder geboren werden. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr; 1984 betrug der Überschuß der Gestorbenen über die Geborenen 113000 Personen.

Die Geburtenzahl in der Bundesrepublik Deutschland hatte im Jahr 1964 mit 1,065 Millionen ihren höchsten Stand erreicht. Sie ging bis 1978 auf 576 000 zurück. In den drei darauffolgenden Jahren kamen vorübergehend mehr Kinder zur Welt; seit 1982 ist aber wieder ein Geburtenrückgang zu verzeichnen. 1984 wurden 581 000 Geburten registriert. Damit haben sich die Erwartungen nicht erfüllt, daß die Geburtenzahl durch das Aufrücken stärkerer Jahrgänge ins Heiratsalter nachhaltig steigen würde. Im internationalen Vergleich lag die Bundesrepublik Deutschland 1984 mit einer Geburtenziffer von 9,5 Lebendgeborenen je 1 000 Einwohner an letzter Stelle. Ähnlich niedrige Geburtenziffern hatten Dänemark (1982: 10,3) und Italien (1982: 10,9).

Aussagekräftiger als die absoluten Geburtenzahlen ist die sogenannte Fruchtbarkeitsziffer (Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren), weil sie Veränderungen der Bevölkerungszahl und des Altersaufbaus weitgehend ausschaltet. Sie hat sich in den letzten 100 Jahren um fast 74 % verringert.

In entscheidender Weise wird die Geburtenhäufigkeit von der Einstellung zu Kindern bestimmt. In der vorindustriellen Zeit hatten die Eltern wichtige ökonomische Motive, sich

Tab. 5: Geborene und Gestorbene
in der Bundesrepublik Deutschland
in Tausend

Jahr	Lebend- geborene	Gestorbene	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
1950	813	529	+ 284
1960	969	643	+ 326
1965	1 044	678	+ 367
1970	811	735	+ 76
1971	779	731	+ 48
1972	701	731	- 30
1973	636	731	- 95
1974	626	728	- 101
1975	601	749	- 149
1976	603	733	- 130
1977	582	705	- 123
1978	576	723	- 147
1979	582	712	- 130
1980	621	714	- 93
1981	625	722	- 98
1982	621	716	- 95
1983	594	718	- 124
1984	581	694	- 113

Tab. 6: Lebendgeborene auf 1 000 Frauen
im Alter von 15 bis 45 Jahren

Jahr	Fruchtbarkeitsziffer	Jahr	Fruchtbarkeitsziffer
1880	167	1960	82
1900	158	1966	86
1920	100	1970	67
1930	67	1975	48
1938	81	1980	47
1946	65	1983	44
1950	70		

viele Kinder zu wünschen (z. B. zur Sicherung der Altersversorgung und als mithelfende Familienangehörige). Inzwischen sind längst andere Überlegungen in den Vordergrund gerückt. Insbesondere fällt die mit Kindern verbundene Änderung des Lebensstils (finanzielle Einschränkungen, Aufgabe der Berufstätigkeit eines Partners, Einbußen an Unabhängigkeit usw.) ins Gewicht. Vielfach verkannt wird, daß die modernen Mittel der Empfängnisverhütung nicht die eigentliche Ursache des Geburtenrückgangs sind, sondern nur dazu beigetragen haben, die gewünschte Kinderzahl auch tatsächlich realisieren zu können.

Nach der gegenwärtigen Geburtenhäufigkeit werden von je 1 000 Frauen im Durchschnitt 1 330 Kinder geboren. Die zur Erhaltung des Bevölkerungsbestandes auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2 100 Kindern je 1 000 Frauen wird damit um mehr als ein Drittel unterschritten.

Während in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts auf jede Ehe in Deutschland durchschnittlich sechs lebendgeborene Kinder kamen – von denen allerdings nur vier wegen der hohen Sterblichkeit das Erwachsenenalter erreichten – hatten die um 1900 geschlossenen Ehen nur noch vier und die um 1925 geschlossenen Ehen im Durchschnitt 2,2 Kinder. Für die Ehejahrgänge bis 1955 blieb die durchschnittliche Kinderzahl mit ungefähr zwei Kindern relativ stabil. Bei den bis 1967 geschlossenen Ehen ging die Kinderzahl auf 185 pro 100 Ehen zurück. Die für den späteren Zeitraum ermittelten Werte können noch nicht als endgültig betrachtet werden, weil in diesen Ehen aufgrund ihrer relativ kurzen Dauer noch Kinder geboren werden können.

Durchschnittliche Kinderzahlen sagen allerdings allein wenig über die konkreten Lebensverhältnisse in den Familien aus. Denkbar wäre beispielsweise eine große Anzahl von Ehepaaren mit vielen Kindern bei einer ähnlich hohen Zahl kinderloser Ehepaare. Tatsächlich ist es aber so, daß im Laufe der Zeit die Zahl der Ehen mit vier und mehr Kindern abnahm, während die Zahl kinderloser Ehen, aber auch die der Ehen mit einem oder zwei Kindern, anstieg.

Tab. 7: Ehen aus den Jahren 1900 bis 1972
nach der Zahl der lebendgeborenen Kinder

Eheschließungsjahr	Von 100 Ehen haben					
	keine Kinder	1 Kind	2	3 Kinder	4 u. mehr	Kinder insgesamt
1900–1909	10	14	18	16	43	364
1910–1918	13	19	23	17	29	273
1919–1930	17	23	24	15	20	226
1931–1940	15	24	29	17	16	212
1941–1950	13	26	31	17	14	206
1951–1962	13	24	34	18	12	203
1963–1972	15	28	38	14	6	173

1.6 Familien und Haushalte

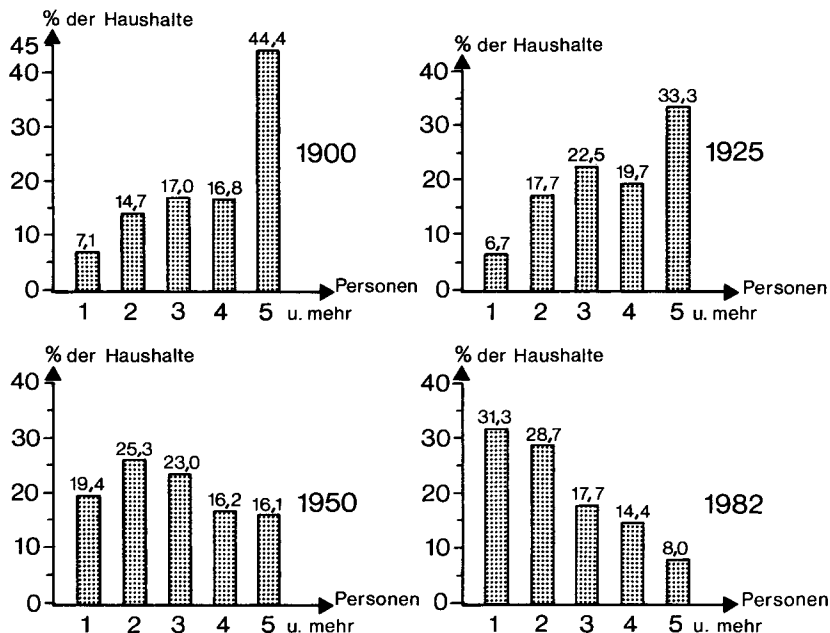
In der Entwicklung der Kinderzahl pro Ehe spiegelt sich der Übergang von der Groß- zur Kleinfamilie wider. Damit einher geht die Abnahme der Haushaltsgröße bei wachsender Zahl der Haushalte. Im April 1982 wurden 25,3 Mill. Haushalte im Bundesgebiet ermittelt.

Im Jahre 1900 lebten in rund 44 % aller Privathaushalte fünf oder mehr Personen, 1982 lag der entsprechende Wert nur noch bei 8 %. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte nahm von 15 % im Jahr 1900 auf 29 % 1982 zu, und der Anteil der Einpersonenhaushalte stieg im gleichen Zeitraum von 7 % auf etwa 31 %. Somit lebten 1982 in der Bundesrepublik etwa 7,9 Mill. Personen, also rund 13 % der Bevölkerung, allein. Die durchschnittliche Haushaltsgröße belief sich um die Jahrhundertwende auf 4,5 Personen, 1982 hingegen nur noch auf 2,4.

Als Ursache für die abnehmende Haushaltsgröße kann u. a. der Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft angesehen werden. Damit im Zusammenhang steht die Zunahme der städtischen Haushalte, die auch heute noch im Durchschnitt kleiner sind als die in ländlichen Gemeinden. In den Großstädten sind insbesondere die Einpersonenhaushalte (50 % dieser Haushalte befinden sich dort) zahlreich vertreten. Im Jahre 1982 lebte jeder fünfte Großstadtbewohner allein, während in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern nur etwa jeder zehnte einen Einpersonenhaushalt führte.

Neben der Frage des Zusammenlebens in Haushalten und der Haushaltsstruktur ist auch die Frage des Familienverbandes – besonders im Hinblick auf die Kinder – von großer Bedeutung. Hier richtet sich das Augenmerk insbesondere auf die sogenannten „unvollständigen Familien“, also Alleinstehende mit Kindern. 1982 gab es in der Bundesrepublik

Abb. 6: Haushaltsgrößen



insgesamt 927 000 alleinstehende Väter oder Mütter mit einem oder mehreren Kindern unter 18 Jahren. Diese Situation war in 232 000 Fällen auf den Tod des Partners und in 564 000 Fällen auf Scheidung oder Trennung zurückzuführen. 131 000 der Alleinerziehenden waren nie verheiratet.

Besonders bemerkenswert ist die Entwicklung bei den alleinstehenden Vätern, deren Zahl sich von 88 000 im Jahr 1972 auf 145 000 im Jahr 1982 erhöht hat. Von ihnen hatten rund 107 000 für ein Kind, 28 000 für zwei und 10 000 für drei und mehr Kinder zu sorgen.

Die Zahl der alleinerziehenden Frauen mit Kindern unter 18 Jahren ist zwischen 1972 und 1982 von 618 000 auf 782 000 gestiegen. Auch hier war in der überwiegenden Zahl der Fälle (521 000) nur ein Kind vorhanden. Immerhin hatten aber 199 000 Mütter zwei und 63 000 drei Kinder und mehr alleine zu erziehen.

1.7 Eheschließungen, Scheidungen

Der Familienstand ist im Unterschied zum Alter und Geschlecht lediglich ein soziales bzw. rechtliches Merkmal. Demographisch gesehen beruht seine Bedeutung auf seinem

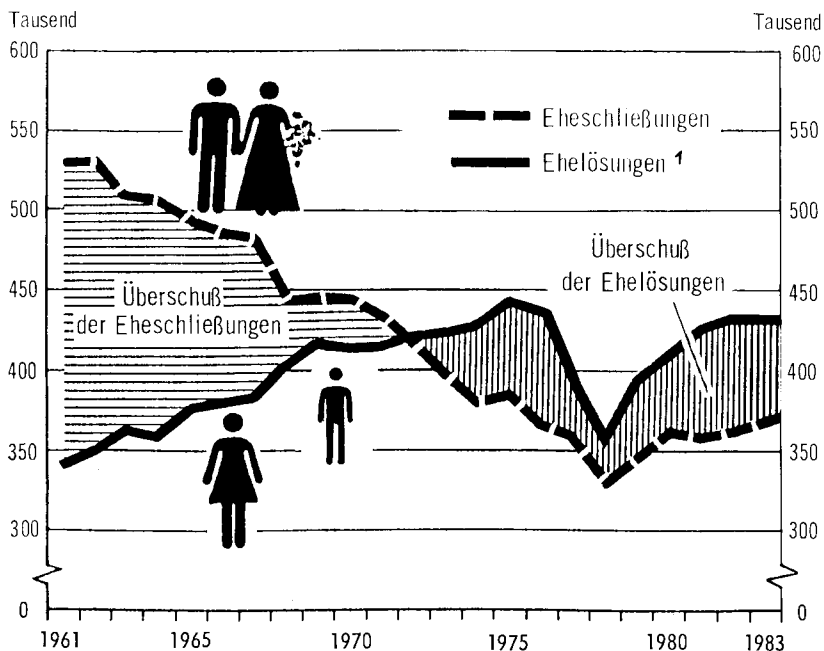
Einfluß auf die Geburtenentwicklung, da gegenwärtig rund 91 % aller Kinder ehelichen Verbindungen entstammen.

Über einen Zeitraum von 100 Jahren hinweg ist der Anteil der ledigen gegenüber dem Anteil der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Bevölkerung von 60 % im Jahr 1880 auf etwa 40 % im Jahr 1980 zurückgegangen. Dabei ist jedoch der veränderte Altersaufbau, d. h. insbesondere die starke Abnahme des Bevölkerungsanteils unter 15 Jahren, zu berücksichtigen.

1983 waren rund 65 % aller Männer und etwa 71 % aller Frauen zwischen 20 und 60 Jahren verheiratet. Das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer lag 1950 bei 28,1 Jahren, 1975 bei 25,3 und 1983 bei 26,9 Jahren. Bei den ledigen Frauen ging es von 25,4 Jahren 1950 auf 22,7 im Jahr 1975 zurück und stieg dann bis 1983 auf 24,1 Jahre an.

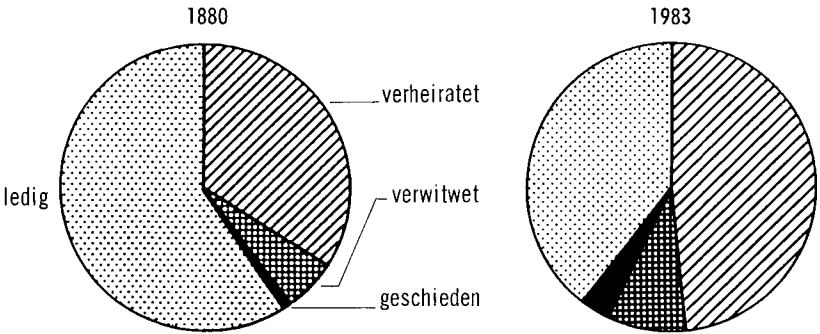
Die Zahl der Eheschließungen, die u. a. auch vom Altersaufbau der Bevölkerung abhängt, verringerte sich zwischen 1960 und 1984 von rund 521 000 auf 364 000. Die Heiratshäu-

Abb. 7: Eheschließungen und Ehelösungen



1 Durch Tod, Scheidung, Aufhebung oder Nichtigkeit der Ehe.

Abb. 8: Familienstand der Bevölkerung



figkeit – gemessen an der Zahl der Eheschließungen je 1 000 Einwohner – ist in diesem Zeitraum von 9,4 (1960) auf 5,9 (1984) gesunken. Die geringste Zahl von Eheschließungen wurde 1978 mit rund 328 000 registriert; der nachfolgende Anstieg ist aber lediglich auf den veränderten Altersaufbau zurückzuführen. Aufgrund der ins heiratsfähige Alter nachrückenden starken Geburtsjahrgänge hätte eine wesentlich stärkere Zunahme an Eheschließungen erwartet werden können.

Tab. 8: Eheschließungen und -scheidungen

Jahr	Eheschließungen		Ehescheidungen	
	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner	insgesamt 1 000	je 1 000 Einwohner
1950	536	10,7	86	1,7
1955	462	8,8	49	0,9
1960	521	9,4	49	0,9
1965	492	8,3	59	1,0
1970	445	7,3	77	1,3
1975	387	6,3	107	1,7
1980	362	5,9	96	1,6
1981	360	5,8	110	1,8
1982	362	5,9	118	1,9
1983	370	6,0	121	2,0
1984	364	5,9

Ehen können entweder durch Tod eines Ehepartners oder durch Scheidung gelöst werden, wobei der erstgenannte Fall weitaus überwiegt. Allerdings wuchs der prozentuale Anteil der Scheidungen an den Ehelösungen in den letzten Jahren beträchtlich: während 1960 14 % aller Ehelösungen durch Scheidung erfolgten, waren es 1983 28 %. Hielte diese hohe Scheidungshäufigkeit an, so hätte das zur Folge, daß mindestens jede vierte Ehe geschieden würde.

Nachdem im Jahre 1977 das 1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft getreten war, ging die Zahl der Scheidungen zunächst stark zurück. 1978 erfolgten nur noch 9 % aller Ehelösungen durch Scheidung. Seitdem hat die Zahl der Ehescheidungen jedoch wieder stark zugenommen. Von dieser Entwicklung sind seit einiger Zeit auch die längerandauernden Ehen betroffen. 1983 betrug die durchschnittliche Ehedauer im Zeitpunkt der Scheidung 11,6 Jahre, wobei Ehen im fünften Ehejahr besonders gefährdet waren. In rund 60 % der Fälle stellten Frauen den Scheidungsantrag. 47 % aller geschiedenen Ehen waren kinderlos. Von Scheidungen ihrer Eltern wurden 1983 rund 95 000 minderjährige Kinder betroffen.

1.8 Ausländer

1.8.1 Stand und Entwicklung

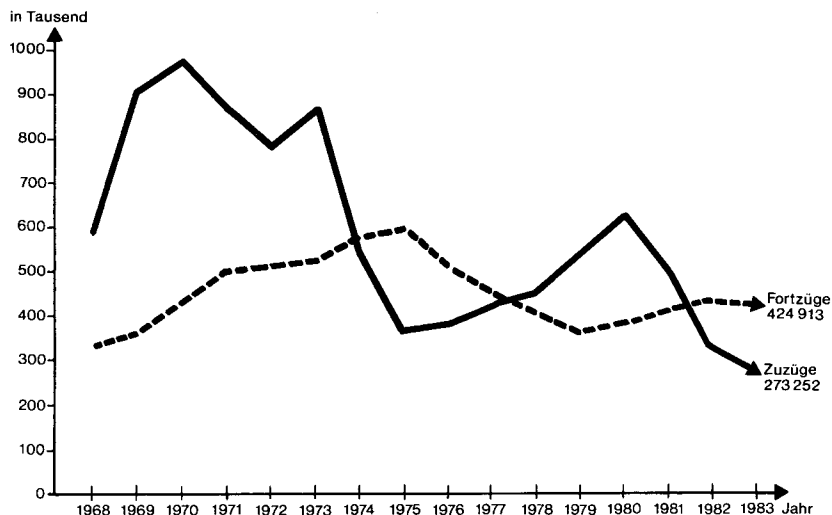
Der wirtschaftliche Aufschwung, Änderungen in der Altersstruktur und längere Ausbildungszeiten verursachten in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik Deutschland einen zunehmenden Arbeitskräftemangel. Mit der verstärkten Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer wurde versucht, dem entgegenzuwirken. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im Bundesgebiet lebenden Ausländer von 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 4,1 Millionen im Jahre 1974 (6,7 % der Bevölkerung). Nach einem

Tab. 9: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland
nach Alter und Geschlecht 1984

Alter	Insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Unter 15	983,2	22,5	526,9	21,1	456,3	24,5
15-44	2 533,8	58,1	1 429,4	57,2	1 104,4	59,2
45-64	743,3	17,0	491,5	19,7	251,8	13,5
65 und mehr	103,3	2,4	51,7	2,1	51,6	2,8
Insgesamt	4 363,6	100	2 499,5	100	1 864,1	100

vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps erreichte die Ausländerzahl als Folge der Familienzusammenführungen und des starken Zustroms von Asylbewerbern 1982 mit 4,7 Millionen (7,6 % der Bevölkerung) ihren bisher höchsten Stand. Seitdem geht sie erneut zurück und betrug 1984 rund 4,4 Millionen (7,1 % der Bevölkerung).

Abb. 9: Zu- und Fortzüge von Ausländern



Die meisten Ausländer kamen in die Bundesrepublik Deutschland, um hier Arbeit zu finden. Sie sind deshalb größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm allerdings der Anteil der weiblichen Ausländer aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf 43 % im Jahr 1984 zu. Gleichfalls war ein Anstieg der Zahl ausländischer Kinder zu verzeichnen. So lebten 1984 bereits knapp eine Million Personen mit fremder Staatsangehörigkeit im Alter unter 15 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland.

1.8.2 Aufenthaltsdauer

Nach dem Anwerbestopp standen die im Bundesgebiet lebenden ausländischen Arbeitnehmer vor der Entscheidung, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren oder hierzubleiben. Offensichtlich hat sich die Mehrzahl zum Bleiben entschlossen und ihre Frauen und Kinder nachgeholt. 1984 hielten sich schon rund 57 % der Ausländer zehn Jahre oder länger im Bundesgebiet auf. Von den gegebenen Einbürgerungsmöglichkeiten haben bislang erst sehr wenige Ausländer Gebrauch gemacht (1983: rund 14 000 eingebürgerte Personen).

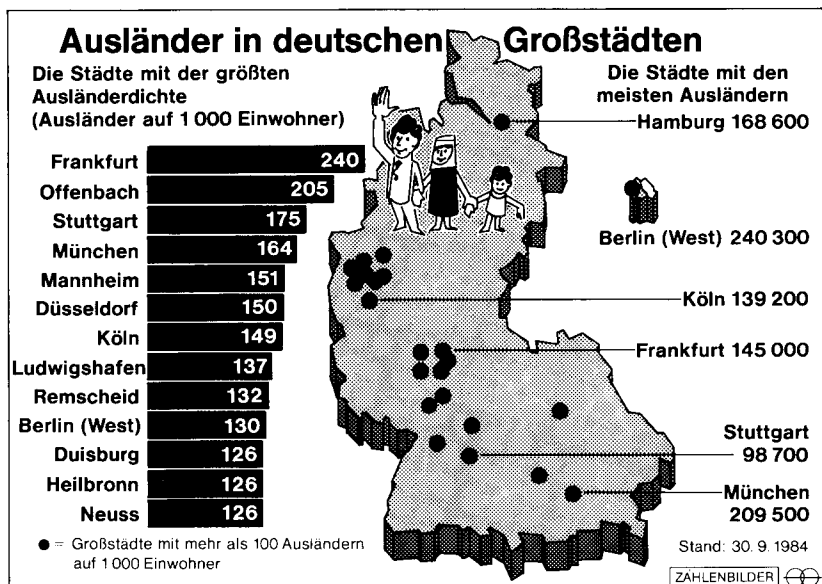
1.8.3 Geburtenentwicklung

1983 kamen etwa 61 000 ausländische Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zur Welt. Dies bedeutet gegenüber 1974, dem Jahr, in dem die höchste Zahl an ausländischen Geburten im Bundesgebiet registriert wurde, einen Rückgang um rund 43 %. Gegenwärtig hat etwa jedes zehnte im Bundesgebiet geborene Kind eine ausländische Staatsangehörigkeit, während 1974 noch jedes sechste ausländischer Herkunft war.

Die Ursache für diesen Rückgang ist nicht zuletzt in einer Anpassung der Ausländerinnen an die deutschen Verhältnisse zu suchen. Allerdings ist die Geburtenhäufigkeit bei den in der Bundesrepublik lebenden Ausländerinnen immer noch wesentlich höher als bei den deutschen Frauen, wenn auch zwischen den einzelnen Nationalitäten erhebliche Unterschiede bestehen. Während 1 000 Türkinnen – bei derzeitigem Geburtenverhalten – im Laufe ihres Lebens rechnerisch fast 2 600 Kinder haben, sind es bei den italienischen Frauen rund 1 700, bei den Jugoslawinnen knapp 1 600 und den Spanierinnen etwa 1 400. Bei den deutschen Frauen beläuft sich der Vergleichswert auf rund 1 300.

1.8.4 Regionale Verteilung

In welchen Regionen des Bundesgebietes die Gastarbeiter ihren Wohnsitz nehmen, hängt im wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der Ausländer in den industriellen Ballungsge-



bieten, z. B. an Rhein und Ruhr oder im Rhein-Main-Gebiet, wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen – beispielsweise im gesamten Zonenrandgebiet – dagegen erheblich darunter.

Wie sehr sich die Ausländer auf wenige Teile des Bundesgebietes konzentrieren, zeigt sich daran, daß etwa 2,3 Millionen oder 50 % von ihnen in Städten mit über 100 000 Einwohnern leben (Bevölkerungsanteil dieser Städte an der Gesamtbevölkerung etwa ein Drittel). So war 1984 beispielsweise in Frankfurt nahezu jeder vierte und in Offenbach am Main jeder fünfte Einwohner Ausländer. Annähernd gleich hoch lagen mit 18 % bzw. 16 % die entsprechenden Werte für Stuttgart und München. Die Großstädte mit den geringsten Ausländeranteilen waren Oldenburg mit 3 % sowie Regensburg und Würzburg mit jeweils annähernd 4 %.

1.8.5 Staatsangehörigkeit

Der weit überwiegende Teil der 1984 im Bundesgebiet lebenden Ausländer, ungefähr drei Viertel, kam aus folgenden sechs Staaten:

Türkei	1 426 000 = 32,7 %
Jugoslawien	600 000 = 13,8 %
Italien	545 000 = 12,5 %
Griechenland	287 000 = 6,6 %
Österreich	172 000 = 3,9 %
Spanien	159 000 = 3,6 %

Im Vergleich zu 1970 hat sich die Anzahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken mehr als verdreifacht. Dagegen veränderte sich in diesem Zeitraum die Zahl der übrigen Ausländer aus dem europäischen Raum jeweils nur geringfügig. Noch relativ klein, in den vergangenen zehn Jahren aber doch stark angestiegen, ist die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Asiaten. Zwischen 1974 und 1984 erhöhte sie sich von 114 000 auf 247 000, also um 117 %. Insbesondere fällt der starke Zustrom von Vietnamesen (1974: 1 900; 1984: 26 900) und Pakistanern (1974: 3 300; 1984: 14 300) auf. Ein Teil von ihnen nimmt das Recht auf Asylgewährung für politisch Verfolgte in Anspruch.

1980 erreichte die Zahl der Asylbewerber mit mehr als 100 000 Personen ihren Höhepunkt und verminderte sich bis 1983 auf knapp 20 000. 1984 stieg sie wieder auf rund 35 000 an.

1.9 Bevölkerungsvorausschätzungen

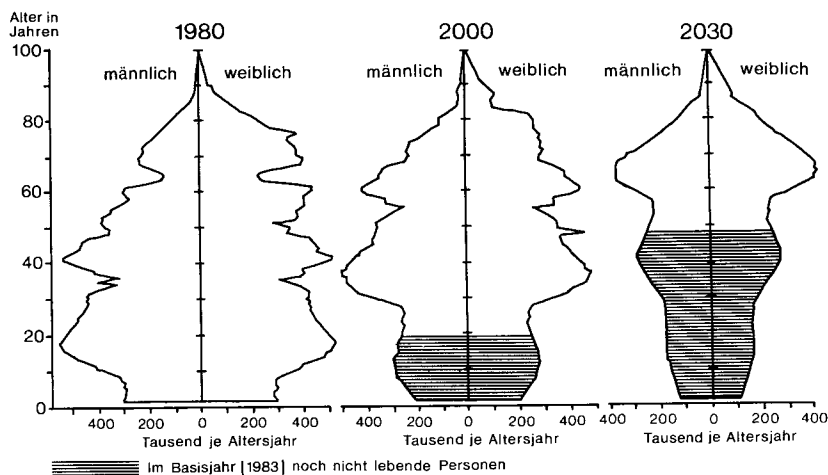
Bevölkerungsvorausschätzungen arbeiten mit Annahmen über die künftige Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Sterblichkeit und der Wanderungsbewegungen über die Grenzen des Bundesgebiets. Ob die Vorausberechnungen auch tatsächlich eintreffen, wird um so fraglicher, je weiter der Prognosezeitraum in die Zukunft reicht.

Wenn sich die Vorausschätzung nur auf die nächsten zwei Jahrzehnte erstreckt, ist die Aussagefähigkeit – zumindest der Modellrechnungen für die deutsche Bevölkerung – hoch, weil die meisten Menschen, die das Jahr 2000 erleben werden, bereits geboren sind. Unsicherheiten bestehen insofern nur im Hinblick auf die ungeborene Generation.

Alle Bevölkerungsvorausschätzungen weisen für die deutsche Bevölkerung eine sinkende Bevölkerungszahl aus, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, je nach den zugrunde gelegten Annahmen. Unterstellt man als wesentliche Vorgaben z. B. weitgehende Konstanz der Sterblichkeit und eine Fortdauer der Geburtenhäufigkeit des Jahres 1983, so werden im Jahr 2000 im Bundesgebiet etwa 54 Mill. Deutsche leben. Wenn man diese Alternative bis ins Jahr 2030 durchspielt, ergibt sich rein rechnerisch eine Bevölkerungszahl von 41 Millionen. 38 % der Deutschen wären nach dieser Vorausberechnung im Jahre 2030 älter als 59 Jahre.

Abb. 10: Altersaufbau der deutschen Bevölkerung

(Vorausberechnung für die Jahre 2000 und 2030 unter Annahme der Konstanz von Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit)
Basisjahr 1983



Unsicherer als die Prognose der Deutschen ist eine Vorausberechnung der Ausländer in der Bundesrepublik wegen der starken Schwankungen der Wanderungsbewegungen dieses Personenkreises. Gegenwärtig wird eher mit leicht negativen Wanderungssalden gerechnet. Danach könnte die Zahl der Ausländer im Jahr 2000 zwischen 4 und 4,5 Millionen liegen.

2 Bildung

2.1 Einführung

Kaum ein Politikbereich wird mit so vielen, zum Teil kontroversen Schlagworten belegt wie die Bildungspolitik. Lehrerschwemme, Studentenberg, Pillenknick, Bildungsnotstand, Akademikerarbeitslosigkeit oder Lehrstellenmangel sind nur eine kleine Auswahl aus dem Vokabular, das zur Kennzeichnung der Bildungssituation dienen soll. Dabei wird oft mehr Verwirrung gestiftet als Klarheit herbeigeführt. Deshalb ist es notwendig, die Diskussion durch fundiertes statistisches Material zu versachlichen.

Nicht alle Bildungsprozesse lassen sich statistisch erfassen. „Bildung“ erfährt schon das Kleinkind in der Familie, indem es beispielsweise die Sprache und soziale Verhaltensweisen lernt. Hierüber können kaum quantitative Aussagen getroffen werden. Die vorhandenen statistischen Unterlagen vermitteln in erster Linie Erkenntnisse über die Schüler, Auszubildenden und Studenten sowie über die eingesetzten Lehrkräfte. Abb. 1 zeigt die Bereiche, für die statistisches Material zur Verfügung steht.

Darüber hinaus geben die Statistiken aber auch Einblick in die Rahmenbedingungen des Bildungsbereichs, die sich in den vergangenen Jahren grundlegend geändert haben. Entscheidende Einflüsse gehen dabei von der demographischen Entwicklung aus. So ist der Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet durch die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre mit rund einer Million Neugeborenen pro Jahr und die nachfolgenden geburtenschwachen Jahrgänge mit etwa 600 000 Neugeborenen im Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1983. Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei den Schülern, Auszubildenden und Studenten. Allerdings ist die Bevölkerungsentwicklung nicht der einzige Einflußfaktor des Bildungsangebots und der Bildungsnachfrage. Von großer Bedeutung sind auch die individuellen Bildungsentscheidungen und die Maßnahmen zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

2.2 Kindergärten und Schulkindergärten

Die Vermittlung von Kenntnissen durch die Eltern wird in Kindergärten, Kinderhorten, Schulkindergärten sowie „Vorklassen“ und „Klassen der Eingangsstufe“ an Grundschulen (vorschulische Einrichtungen) ergänzt und fortgeführt. Die Schulkindergärten (für schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder) und die Vorklassen (für schulreife, aber noch nicht schulpflichtige Kinder) bereiten auf den Eintritt in die Grundschule vor. 1983 besuchten rund 64 100 Kinder (5,6 % der Kinder von fünf bis unter sieben Jahren) diese Einrichtungen.

Weiterbildung				Lebensalter	Bildungsbereich	
(allgemeine und berufsbezogene Weiterbildung in vielfältiger Trägerschaft)				23	Ter-tiärer Bereich	
Universitäten Theologische Hochschulen Pädagogische Hochschulen Kunsthochschulen Gesamthochschulen	Fachhochschulen Gesamthochschulen Verwaltungs-fachhochschulen		Fach-schulen	Abend-schulen und Kollegs	Betrie-bliche Weiter-bildung	
			Zwischenzeitliche Berufstätigkeit			
			Berufs-aufbauschulen			Duales System (Betriebliche Ausbildung und Berufsschulen)
	Berufs- grundbildungsjahr					
Gesamtschulen	Fach-gym-nasien	Fach-oberschulen	Berufs-fach-schulen	Schulen des Gesundheitswesens		
						Realschulen
	Hauptschulen					
			Orientierungsstufe (schulformabhängig oder schulformunabhängig)			
Grundschulen				9	Primär-bereich	
Kindergärten				5	Ele-mentar-bereich	

54

2.3 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

2.3.1 Schüler

Die Schulpflicht beginnt nach Vollendung des sechsten Lebensjahres. Sie beträgt zwölf Jahre, davon in der Regel neun Vollzeitschuljahre und drei Teilzeitschuljahre.

Alle Kinder besuchen zunächst die Grundschule, die in der Regel vier Schuljahre dauert. Mit zeitlicher Verzögerung zur rückläufigen Geburtenentwicklung (vgl. Kap. 1) verringerte sich die Anzahl der Kinder, die jährlich eingeschult wurden. Während zwischen 1970 und 1974 noch über eine Million Einschulungen pro Jahr erfolgten, waren es zu Beginn des Schuljahres 1983/84 nur noch 562 000. Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag in rückläufigen Schülerzahlen an den Grundschulen (1983: 2,4 Mill.) sowie in der verringerten Gesamtzahl der Schüler an allgemeinbildenden Schulen.

1976 erreichte die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen mit über zehn Millionen ihren Höchststand und verminderte sich dann kontinuierlich auf knapp acht Millionen im Jahr 1983. Verringert hat sich allerdings nur die Zahl deutscher Schüler, während die Zahl ausländischer Kinder an den Schulen seit Jahren stetig steigt. War 1975 noch jeder 26. Schüler an allgemeinbildenden Schulen ausländischer Herkunft, war es 1983 schon fast jeder elfte.

Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz über die weitere Entwicklung bis zum Jahr 2000 werden ab 1985 auch die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen sinken.

Welche weiterführende Schulart nach dem Besuch der Grundschule in Betracht kommt – Hauptschule, Realschule, Gymnasium oder Gesamtschule – richtet sich nach der Empfehlung der Grundschule, dem Wunsch der Eltern sowie den Leistungen des Schülers; außerdem dienen die Schuljahre fünf und sechs der allgemeinbildenden Schulen der Förderung und Orientierung aller Schüler im Hinblick auf ihre weitere Schullaufbahn (Orientierungsstufe). 1983 wurden in den Hauptschulen 1,9 Mill. Schüler, in den Realschulen 1,2 Mill. Schüler und in den Gymnasien 2,0 Mill. Schüler unterrichtet. Außerdem besuchten 225 000 Schüler Gesamtschulen, in denen die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium in unterschiedlicher organisatorischer und inhaltlicher Ausgestaltung zusammengefaßt sind.

Im Schulbesuch spiegelt sich der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen wider. Dies wird anschaulich, wenn man die Verteilung eines bestimmten Altersjahrgangs auf die unterschiedlichen Schularten im Zeitablauf betrachtet. Für eine solche Untersuchung erscheinen die 13jährigen besonders geeignet, weil in diesem Alter in der Regel die Entscheidung für die weiterführende Schulart gefallen ist und sie andererseits noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen. Dabei wird deutlich, daß sich der Schulbesuch in dieser Altersstufe kontinuierlich von den Hauptschulen auf die Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen verlagert hat. So wurden z. B. im Jahr 1960 noch 70 % der 13jährigen an Hauptschulen, aber nur 26 % an Realschulen und Gymnasien unterrichtet; 1983 lag das Verhältnis bei 37 % zu 54 %.

Abb. 2: Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

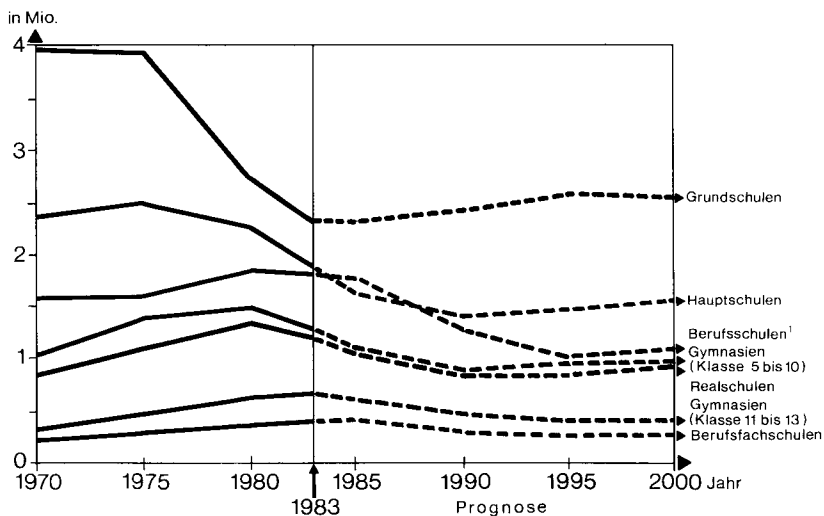
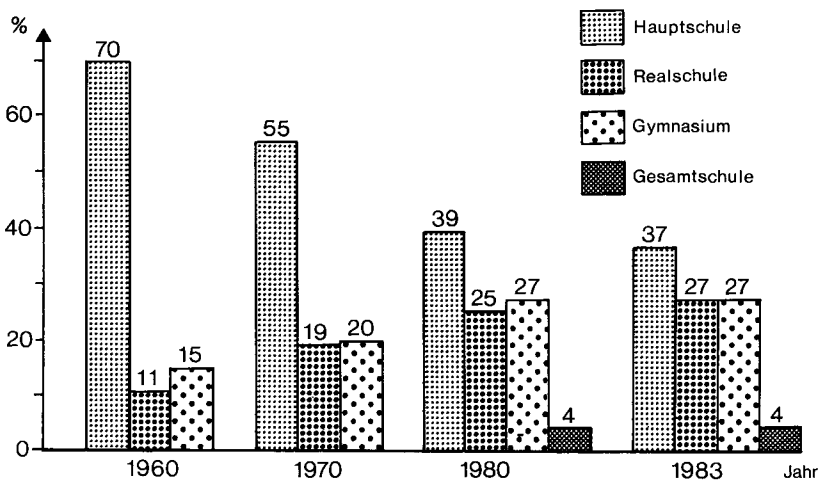


Abb. 3: Schulbesuch der 13jährigen



Neben den bereits genannten Schularten gibt es die Sonderschulen. Das sind Einrichtungen zur Förderung und Betreuung körperlich, geistig oder seelisch benachteiligter oder sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. 1983 besuchten 302 000 Kinder Sonderschulen, also knapp 4 % der insgesamt etwa 8 Mill. Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Der überwiegende Teil (64 %) der Behinderten wurde in Klassen für Lernbehinderte unterrichtet.

Außerhalb der allgemeinen Schulpflicht besteht die Möglichkeit, Schulabschlüsse an Abendschulen und Kollegs (Einrichtungen des zweiten Bildungsweges) nachzuholen. 1983 nutzten 41 000 Erwachsene dieses Bildungsangebot.

Tab. 1: Schüler an allgemeinbildenden Schulen
in Tausend

Schulart	1960	1970	1980	1983
Grundschulen	5 219	3 978	2 771	2 352
Hauptschulen		2 369	2 274	1 895
Sonderschulen	143	322	354	302
Realschulen	431	863	1 351	1 214
Gymnasien	853	1 379	2 119	1 961
davon Klasse 5–10	642	1 062	1 496	1 289
Klasse 11–13	212	317	624	672
Gesamtschulen	–	–	220	225
Abendschulen und Kollegs	9	25	39	41
Insgesamt	6 655	8 938	9 128	7 990

Im Gegensatz zur rückläufigen Zahl der Kinder, die jährlich eingeschult werden, steigt die Gesamtzahl der Abgänger aus den Schulen wegen der geburtenstarken Jahrgänge seit 1970 nahezu kontinuierlich an. Bereits jetzt und noch in den nächsten zehn Jahren werden sie in das Beschäftigungssystem eintreten.

Auch bei den Schulabgängern wird der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen deutlich. Allerdings gibt es immer noch eine Reihe von Jugendlichen, die die Schule ohne einen Schulabschluß verlassen. 1983 beendeten 7,7 % der Abgänger aus dem allgemeinbildenden oder beruflichen Schulwesen ihre Vollzeitschulpflicht ohne Hauptschulabschluß. In dieser Gruppe sind Jungen stärker vertreten als Mädchen.

Die Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluß setzen überwiegend ihre Ausbildung im dualen System von (Teilzeit-)Berufsschule und Betrieb fort. Die Berufsschule ergänzt hier die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Berufsschule aber auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag

Tab. 2: Schulabgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen¹ Schulen

Jahr	Insgesamt 1000	Davon (%)			
		nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht		mit Realschul- oder gleichw. Abschluß	mit Hochschul- oder Fachhoch- schulreife
		ohne Haupt- schulabschluß	mit Haupt- schulab- schluß		
1970	769	17,5	45,0	26,0	11,4
1975	921	11,8	38,2	31,6	18,4
1980	1 105	10,1	35,6	34,5	19,8
1983	1 194	7,7	30,0	36,7	25,6

¹ Schulabgänger aus beruflichen Schulen sind hier nur insoweit erfaßt, als sie Abschußzeugnisse erhalten haben, die dem Realschulabschluß gleichwertig sind oder zum Besuch einer Fachhochschule oder Hochschule berechtigen.

besucht, die noch der dreijährigen Teilzeitschulpflicht unterliegen. Im Jahr 1983 gab es insgesamt 1,8 Mill. (Teilzeit-)Berufsschüler, davon waren 1,7 Mill. Auszubildende im dualen System.

Eine Sonderstellung nimmt das Berufsgrundbildungsjahr (Berufsschule in Vollzeitform) ein, das als erstes Jahr der Berufsausbildung in verschiedenen Berufsfeldern durchgeführt wird. Es vermittelt eine berufliche Grundbildung und wird in der Regel auf die weitere Berufsausbildung angerechnet. Daneben werden Jugendlichen, die aufgrund unterschiedlicher Beeinträchtigungen keine oder noch keine Berufsausbildung erhalten können, berufsvorbereitende vollzeitschulische Bildungsgänge (Berufsvorbereitungsjahr) angeboten. 1983 wurden rund 128 000 Jugendliche im Berufsgrundbildungs- oder Berufsvorbereitungsjahr unterrichtet. Von ihnen hatten etwa 35 % keinen Hauptschulabschluß.

Außerdem besteht nach der Entlassung aus den allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit, eine Berufsfachschule zu besuchen. Es handelt sich dabei um Vollzeitschulen, die ein bis drei Jahre besucht werden und zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung dienen. 1983 wurden rund 406 000 Schüler an Berufsfachschulen unterrichtet, und zwar bevorzugt in Wirtschafts-, Handels- und Verwaltungsberufen. Fachoberschulen bzw. Fachgymnasien, die den Zugang zu den Fachhochschulen bzw. Hochschulen eröffnen, besuchten 1983 150 000 Jugendliche.

Die Fachschulen (einschließlich Schulen des Gesundheitswesens) werden in der Regel freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 1983 gab es rund 205 000 Fachschüler.

Tab. 3: Schüler an beruflichen Schulen
in Tausend

Schulart	1960	1970	1980	1983
(Teilzeit-)Berufsschulen ¹	1 662	1 600	1 861	1 813
Berufsgrundbildungsjahr ²	–	–	109	128
Berufsaufbauschulen	–	40	22	16
Berufsfachschulen	139	205	352	406
Fachoberschulen, Fachgymnasien	–	59	134	150
Fachschulen	142	167	192	205
Insgesamt	1 943	2 072	2 669	2 718

1 Einschließlich Berufssonderschulen.

2 Einschließlich Berufsvorbereitungsjahr.

2.3.2 Lehrer

Die Qualität der schulischen Ausbildung wird durch die Schüler-Lehrer-Relation beeinflusst, die anzeigt, wie intensiv sich der Lehrer mit dem einzelnen Schüler beschäftigen kann. An allen Schularten konnte im letzten Jahrzehnt die Betreuungsrelation verbessert werden. So verminderte sich beispielsweise die Anzahl der Schüler je Lehrer an den Grund- und Hauptschulen zwischen 1970 und 1983 von durchschnittlich 31,6 auf 19,1, an den Sonderschulen von 15,3 auf 7,6.

Tab. 4: Schüler je Lehrer¹ an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

Schulart	1970	1980	1983
Grund- und Hauptschulen	31,6	21,6	19,1
Sonderschulen	15,3	8,7	7,6
Realschulen	23,1	21,5	19,8
Gymnasien	18,8	17,4	15,7
Gesamtschulen	–	15,4	14,1
Abendschulen und Kollegs	16,3	14,8	14,7
Berufliche Schulen	.	32,0	29,8

1 Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete Teilzeitlehrer.

Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder.

1983 unterrichteten 468 000 Lehrer an allgemeinbildenden Schulen und 87 000 an beruflichen Schulen. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1970 aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der gestiegenen Bildungsnachfrage wesentlich erhöht, insbesondere bei den Realschulen und Gymnasien. Allerdings sind die Lehrerzahlen angesichts sinkender Schülerzahlen teilweise bereits wieder rückläufig. So unterrichteten 1983 221 000 Lehrer an den Grund- und Hauptschulen, 12 000 weniger als 1980.

Tab. 5: Lehrer¹ an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen
in Tausend

Schulart	1970	1980	1983
Allgemeinbildende Schulen	339	477	468
Grund- und Hauptschulen	202	233	221
Sonderschulen	21	41	40
Realschulen	38	63	61
Gymnasien	77	122	125
Gesamtschulen	—	16	18
Abendschulen und Kollegs	2	2	3
Berufliche Schulen	.	80	87
Insgesamt	.	557	555

1 Vollzeitlehrer und in Vollzeitlehrer umgerechnete Teilzeitlehrer.

Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder.

2.4 Betriebliche Berufsausbildung

Während der Besuch der (Teilzeit-)Berufsschulen zur Vermittlung der fachtheoretischen Ausbildungsinhalte dient, vollzieht sich die praktische Berufsausbildung durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den Ausbildungswerkstätten.

Im Bereich der betrieblichen Berufsausbildung haben die geburtenstarken Jahrgänge zu einer anhaltend hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen geführt. 1984 bewarben sich 764 000 Jugendliche um eine Lehrstelle, das waren 6 % mehr als 1983. Trotz einer Steigerung des Ausbildungsplatzangebots um 4 % auf insgesamt 727 000 Plätze konnten nicht alle Bewerber, die sich beim Arbeitsamt um eine Ausbildungsstelle bemühten, vermittelt werden. Insgesamt wurden 706 000 Ausbildungsverträge bis zum 30. September 1984 neu abgeschlossen, was einem neuen Höchststand entspricht. 21 000 angebotene Ausbildungsplätze waren zu diesem Zeitpunkt noch unbesetzt, 58 000 Bewerber suchten noch eine Lehrstelle. Durch die Fortsetzung der Vermittlungsbemühungen konnte allerdings die Zahl der unvermittelten Bewerber bis zum Jahresende auf 37 000 abgebaut werden.

Tab. 6: Auszubildende, Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen sowie bestandene Abschlußprüfungen in Tausend

Jahr	Auszubildende insgesamt ¹	Angebot an Ausbildungsplätzen ²	Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ²	Neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse ²	Bestandene Abschlußprüfungen
1975	1 329	480	486	462	461
1980	1 715	695	667	650	568
1983	1 722	696	724	677	616
1984	1 799	727	764	706	...

1 Stand: Jeweils 31. Dezember.

2 Stand: Jeweils 30. September.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Berufsbildungsbericht.

Abb. 4: Ausbildungsplätze 1976–1984

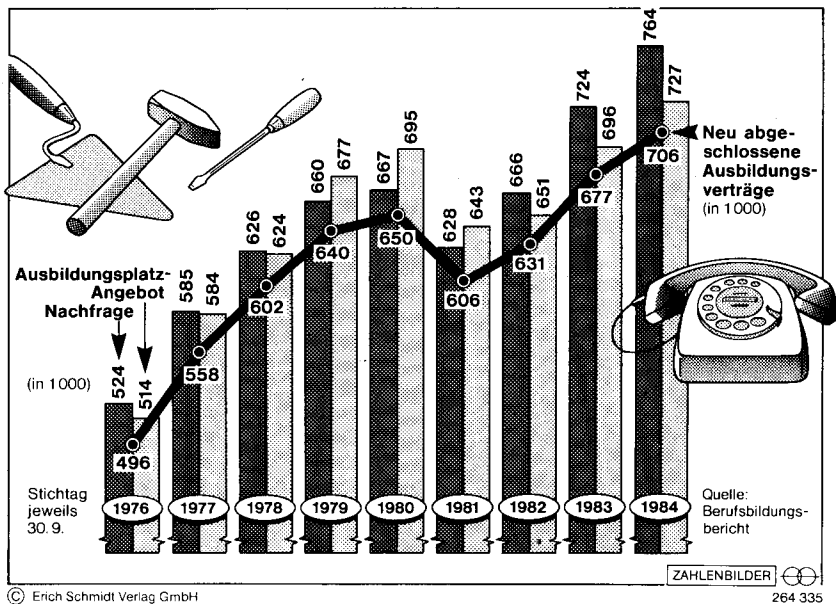
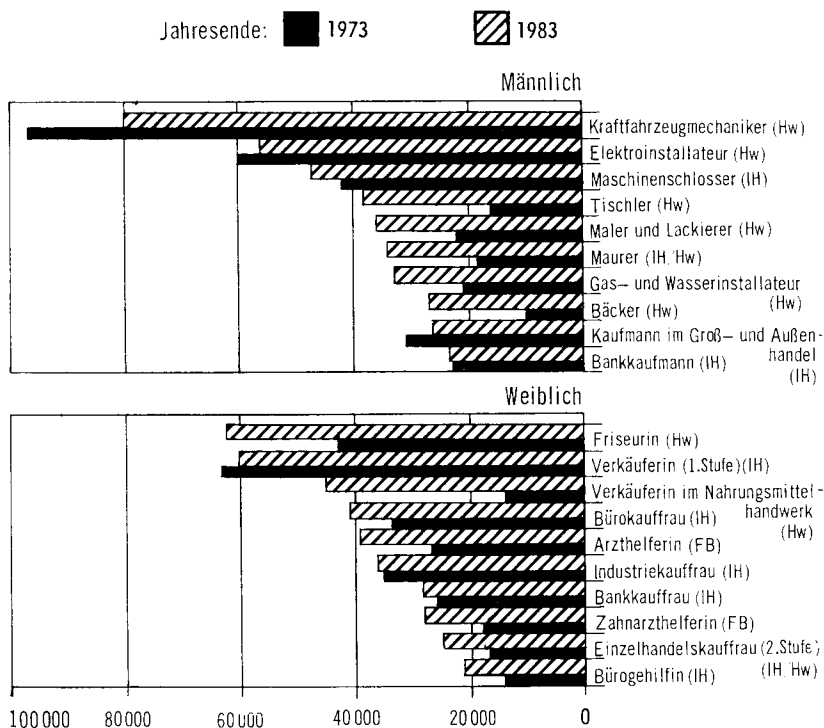


Abb. 4 zeigt, daß das Ausbildungsplatzangebot der seit 1976 stark gestiegenen Nachfrage weitgehend gefolgt ist. Ursache der hohen Nachfrage sind allerdings nicht ausschließlich die geburtenstarken Jahrgänge, sondern auch ein verändertes Auszubildungsverhalten. Nicht nur Hauptschul- und Realschulabgänger, sondern auch Abiturienten wünschen verstärkt eine betriebliche Berufsausbildung. Unter den rund 1,7 Mill. Jugendlichen, die 1983 in einem Auszubildungsverhältnis standen, besaßen 8,4 % das Abitur. Etwa die Hälfte der Auszubildenden hatte den Abschluß einer Realschule oder einer beruflichen Vollzeitschule, weitere 43 % kamen – mit und ohne Abschluß – von der Hauptschule.

Die Verteilung der Auszubildenden läßt deutliche Schwerpunkte erkennen: 1983 konzentrierten sich 64 % aller Ausbildungsplätze männlicher und 82 % aller Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf nur 25 von insgesamt 434 anerkannten Ausbildungsberufen.

Abb. 5: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen



IH = Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe); Hw = Handwerk; FB = Freie Berufe.

fen. Viele Jugendliche finden im Beruf ihrer Wahl keinen Ausbildungsplatz und müssen deshalb auf andere Ausbildungsgänge ausweichen oder Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen.

Bei den männlichen Jugendlichen rangiert der Beruf Kraftfahrzeugmechaniker in der Beliebtheitskala eindeutig an erster Stelle: nahezu jeder dreizehnte Auszubildende ergreift ihn. Ein großer Teil der Mädchen entscheidet sich für die Berufe Verkäuferin und Friseurin. Neuerdings lassen sie sich verstärkt auch in einigen typischen „Männerberufen“ ausbilden; so durchliefen 1983 beispielsweise bereits rund 3600 weibliche Jugendliche eine Ausbildung als Malerin und Lackiererin.

Am Ende der Berufsausbildung sind Abschlußprüfungen durchzuführen. Die Erfolgsquote lag 1983 bei 89 %, d. h. von 692000 Prüfungen wurden 616000 bestanden. Nach Abschluß der Berufsausbildung treten allerdings zunehmend Probleme beim Berufsstart auf. Im September 1983 gab es 85000 Arbeitslose, die zuvor in einer betrieblichen Berufsausbildung standen. 65000 wurden nach Abschluß der Ausbildung vom Betrieb nicht übernommen, 20000 schieden durch Abbruch der Ausbildung aus. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit nach vorheriger Ausbildung bei Kraftfahrzeuginstandsetzern (22 %), bei Friseurinnen (18 %) und Arzthelferinnen (11 %).

2.5 Studienabsichten

Jährlich werden die Schüler, die kurz vor der Reifeprüfung stehen, nach ihren Studien- und Berufswünschen befragt. 1984 äußerten 59 % der Schüler, die die Hochschulreife anstrebten, den Wunsch zu studieren, 17 % bekundeten keine Studienabsichten und die restlichen 24 % waren noch unentschlossen. Von den Schülern, die sich auf die Fachhochschulreife vorbereiteten, beabsichtigten 61 % die Aufnahme eines Studiums, während 12 % nicht studieren wollten; 27 % hatten diesbezüglich noch keine konkreten Zukunftspläne. Bei den Mädchen war die Studienneigung insgesamt geringer ausgeprägt als bei den Jungen.

Der Anteil der Studienwilligen lag in der Vergangenheit wesentlich höher als heute. So strebten beispielsweise 1972 90 % aller Abiturienten ein Studium an, und nur 4 % äußerten den Wunsch, unmittelbar nach ihrem Schulabschluß in das Berufsleben einzutreten. Stark erhöhte sich in den letzten Jahren insbesondere der Anteil der Unentschlossenen.

2.6 Hochschulen

2.6.1 Studenten

Die Furcht der sechziger Jahre vor einer drohenden „Bildungskatastrophe“, d. h. einem Bildungsrückstand der deutschen Bevölkerung im internationalen Vergleich, besteht schon seit einiger Zeit nicht mehr. Denn die Zahl der Studenten hat sich zwischen 1960 und 1984 von annähernd 250000 auf 1,3 Millionen mehr als verfünffacht. Diese

Tab. 7: Studienabsicht der Abiturienten

Jahr	Befragte insgesamt	Studienwillige	Unent- schlossene	Ohne Studienabsicht
	1000		%	
		Männlich		
1972	82	90,3	6,5	3,2
1976	109	78,7	15,4	6,0
1980	113	72,5	20,9	6,6
1984	154	67,2	23,4	9,5
		Weiblich		
1972	45	88,6	5,6	5,8
1976	75	70,4	15,5	14,1
1980	88	63,0	21,8	15,3
1984	127	49,6	26,6	23,8
		Insgesamt		
1972	126	89,7	6,2	4,2
1976	183	75,3	15,4	9,3
1980	201	68,3	21,3	10,4
1984	281	59,2	24,8	15,9

Tab. 8: Studenten an Hochschulen
in Tausend

Hochschulart	1960	1970	1980	1984
Universitäten ¹	239	412	749	915
Gesamthochschulen	–	–	69	86
Kunsthochschulen	7	10	18	21
Fachhochschulen ²	–	–	200	292
Insgesamt	247	422	1 036	1 314
darunter Studienanfänger	51	87	176	233

¹ Einschließlich pädagogischer und theologischer Hochschulen.

² Ohne Studierende der ehemaligen Ingenieurakademien.

Entwicklung hängt nicht nur mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Hochschulbereich, sondern auch mit einem höheren Anteil der Studienberechtigten an der Bevölkerung zusammen. 1984 kamen 215 Studenten auf 10000 Einwohner gegenüber 44 im Jahr 1960.

Nach einer Vorausschätzung der Kultusministerkonferenz wird sich die Gesamtzahl der Studenten zunächst noch weiter erhöhen und Ende der achtziger Jahre mit 1,35 bis 1,48 Mill. Studenten einen Höchstwert erreichen. Danach wird ihre Zahl wieder abnehmen, 1995 wird noch mit 1,0 bis 1,14 Mill. Studenten gerechnet.

Im Wintersemester 1984/85 waren 69,6% aller Studenten an Universitäten sowie pädagogischen und theologischen Hochschulen eingeschrieben. Die Anteile für die übrigen Hochschularten betrugen: Fachhochschulen 22,2%, Gesamthochschulen 6,5%, Kunsthochschulen 1,6%.

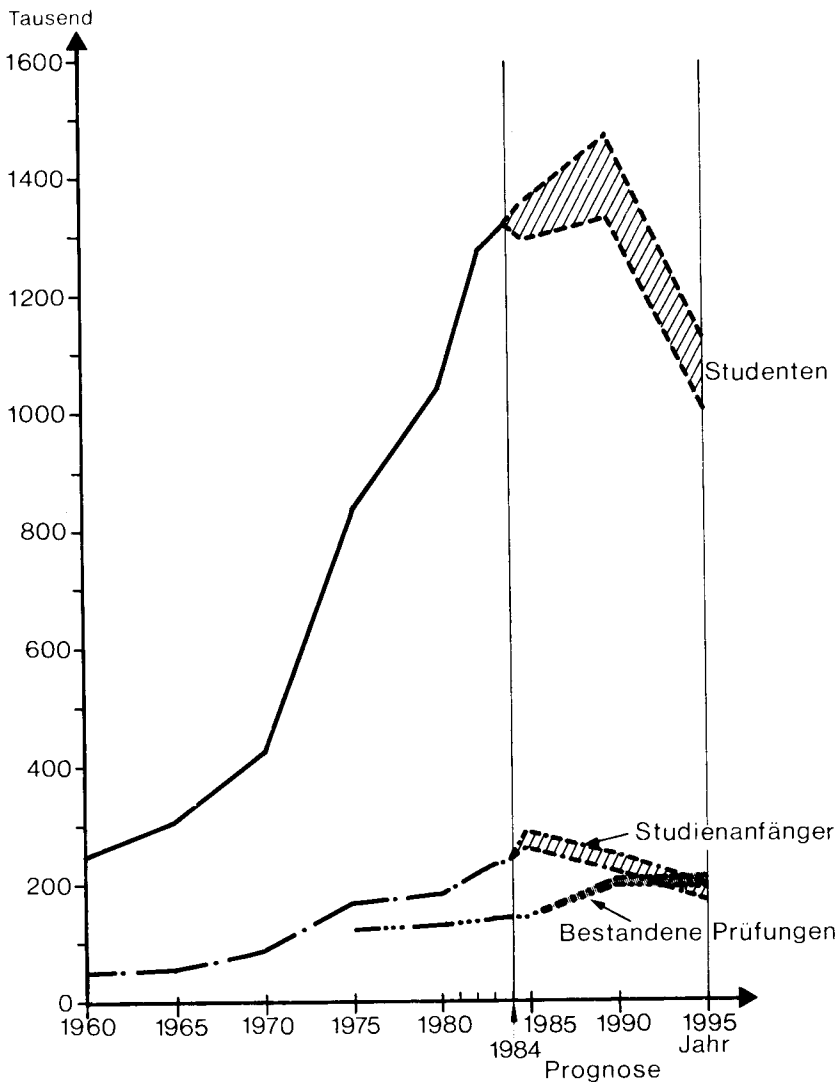
Numerus clausus und schlechte Berufsaussichten in verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes haben bewirkt, daß die Studenten das Studienfach nicht ausschließlich nach dem Interessenschwerpunkt wählen (können). Deutlich zeigt sich dies bei den Lehramtsstudenten. Lag ihr Anteil im Wintersemester 1975/76 noch bei 30% der Studenten, betrug er im Wintersemester 1984/85 nur noch 12,2%. Kräftig zugenommen hat demgegenüber die Anzahl der Studenten in den Fächergruppen Humanmedizin sowie Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften; zwischen 1975 und 1984 war hier ein Zuwachs von 88 bzw. 86% zu verzeichnen.

Was die Beliebtheit der einzelnen Studienfächer betrifft, gibt es bei Männern und Frauen deutliche Unterschiede. Während von den männlichen Studenten technische Studienfächer bevorzugt werden, wenden sich die Studentinnen viel stärker den Sprach- und Kulturwissenschaften zu. Bei beiden Geschlechtern gehören Rechtswissenschaft, Medi-

Tab. 9: Studenten nach ausgewählten Fächergruppen
in Tausend

Wintersemester	Ins-gesamt	Darunter				
		Sprach- und Kulturwissenschaften	Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	Mathematik, Naturwissenschaften	Humanmedizin	Ingenieurwissenschaften
1975/76	836	214	190	143	50	154
1980/81	1 032	236	265	160	78	185
1984/85	1 314	275	353	201	94	266

Abb. 6: Studenten, Studienanfänger sowie bestandene Hochschulprüfungen



Prognose: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder, Dokumentation Nr. 86, Prognose der Studienanfänger, Studenten und Hochschulabsolventen bis 1995.

Tab. 10: Die zehn am stärksten besetzten Studienfächer
im Wintersemester 1983/84
nur deutsche Studenten

Rang- folge	Studienfach	Männl. %	Rang- folge	Studienfach	Weibl. %
1	Maschinenbau/-wesen	7,1	1	Germanistik/Deutsch	7,5
2	Rechtswissenschaft	7,1	2	Rechtswissenschaft	6,8
3	Elektrotechnik/Elektronik	7,1	3	Medizin (Allgemeinmedizin)	6,6
4	Medizin (Allgemeinmedizin)	6,0	4	Erziehungswissenschaft (Pädagogik)	4,4
5	Betriebswirtschaftslehre	5,9	5	Betriebswirtschaftslehre	4,2
6	Wirtschaftswissenschaften	4,1	6	Anglistik/Englisch	3,9
7	Bauingenieurwesen/ Ingenieurbau	3,4	7	Biologie	3,8
8	Physik	3,3	8	Psychologie	2,6
9	Chemie	3,0	9	Wirtschaftswissenschaften	2,5
10	Architektur	2,8	10	Architektur	2,4

Medizin (Allgemeinmedizin), Betriebswirtschaftslehre, Wirtschaftswissenschaften und Architektur zu den zehn am stärksten besetzten Studienfächern.

Die Zahl der bestandenen Prüfungen gibt Aufschluß über die Schar der Hochschulabsolventen, die in den letzten Jahren deutlich angewachsen ist.

Nach einer Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz wird sich die Zahl der Hochschulabsolventen zunächst noch weiter erhöhen und Anfang der neunziger Jahre mit 197 000 bis 214 000 ein Maximum erreichen. Danach wird ihre Zahl langsam wieder abnehmen.

Tab. 11: Bestandene Prüfungen an Hochschulen
in Tausend

Prüfungsgruppe	1970	1980	1983
Diplom (U)- und entsprechende Abschlußprüfungen	26	46	55
Doktorprüfungen	11	12	14
Lehramtsprüfungen	14	30	27
Diplom (FH)/Kurzstudiengänge	.	35	42
Insgesamt	.	124	138

2.6.2 Personal

An den Hochschulen des Bundesgebietes wurden im Jahre 1982 311 000 Beschäftigte gezählt. Von den 266 000 hauptberuflich Tätigen gehörten 90 000 zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 176 000 zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen Personal. 46 000 übten ihre Tätigkeiten nebenberuflich aus; dazu zählten insbesondere die Lehrbeauftragten, Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Abschlußprüfung. Bei einem Vergleich mit den Personalzahlen der Vorjahre ist zu berücksichtigen, daß seit 1982 die studentischen Hilfskräfte nicht mehr erfaßt werden; dies wirkt sich deutlich bei den Angaben über das nebenberufliche Verwaltungs-, technische und sonstige Personal aus. Trotzdem kann festgestellt werden, daß sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen um mindestens 90 000 erhöht hat, das hauptberufliche wissenschaftliche und künstlerische Personal um 24 000. Im gleichen Zeitraum ist aber die Studentenzahl noch stärker gestiegen, so daß 1972 im Durchschnitt zehn, 1982 aber vierzehn Studenten auf eine hauptberufliche Lehrperson kamen.

Tab. 12: Personal an Hochschulen
in Tausend

Merkmal	1972	1980	1982
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal			
Hauptberuflich	66	86	90
Nebenberuflich	22	42	41
Zusammen	88	127	131
Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal			
Hauptberuflich	108	164	176
Nebenberuflich	22	28	5
Zusammen	130	191	181
Insgesamt	218	319	311
Studenten je hauptberuflicher Lehrperson	10	12	14

2.7 Weiterbildung

Breite Bevölkerungsschichten haben die Notwendigkeit des „lebenslangen Lernens“ erkannt. In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige

Tab. 13: Weiterbildungsteilnahme nach Weiterbildungsbereichen
in Prozent der Bevölkerung im Alter von 19 bis unter 65 Jahren

Weiterbildungsbereiche	Teilnahme an Weiterbildung im letzten Jahr ¹	
	1979	1982
Berufliche Weiterbildung insgesamt, und zwar:	10	12
Lehrgänge/Kurse zur Umschulung auf einen anderen Beruf	1	1
Lehrgänge/Kurse für den beruflichen Aufstieg (z. B. zum Meister, Techniker, Betriebswirt)	2	2
Besondere Lehrgänge/Kurse im Betrieb zur Einarbeitung in eine neue Arbeit	3	4
Sonstige Lehrgänge/Kurse im Beruf	6	8
Allgemeine Weiterbildung insgesamt, darunter Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zu den Themenschwerpunkten:	12	14
Fragen der Gesundheit und der gesundheitsgerechten Lebensführung	3	3
Versicherungs-, Renten-, Steuer- und sonstige Rechtsfragen	2	2
Sprachkenntnisse	3	4
Praktische Kenntnisse, die man manchmal braucht, z. B. Erste Hilfe, Reparaturen im Haus, am Auto usw.	3	3
Wie man aktiv seine Freizeit gestalten kann, z. B. basteln, ein Musikinstrument spielen usw.	2	3
Wissen auf Gebieten, wie z. B. Kunst, Literatur, Religion, Geschichte oder Länderkunde	2	2
Politische Weiterbildung		
Besuch von Kursen, Lehrgängen oder Vorträgen zum Themenbereich:		
Rechte und Pflichten des Staatsbürgers, Wissen über Politik	2	2
An mindestens einem der genannten Bereiche (berufliche, allgemeine und politische Weiterbildung) teilgenommen	18	22
Wiederaufgenommene Ausbildung	2	4
Sonstige Weiterbildung	3	5
Gesamtteilnahmequote	23	29

¹ „Im letzten Jahr“ bedeutet in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung.

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Bildung-Wissenschaft-Aktuell, Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1982.

damit rechnen, daß sie ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben können. Immer häufiger nehmen deshalb Beschäftigte an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teil. Aber auch die allgemeine Weiterbildung erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie insbesondere der starke Zuspruch zu den Volkshochschulen erkennen läßt.

Eine in den Jahren 1979 und 1982 im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft durchgeführte repräsentative Umfrage unter 19- bis 64jährigen Bundesbürgern bestätigt diese Tendenz. Danach hatten 1979 23 % aller 19- bis 64jährigen an Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen, 1982 waren es bereits 29 % oder rund neun Millionen.

Die Weiterbildungsbeteiligung stieg in nahezu allen Bereichen. Bei der allgemeinen Weiterbildung erhöhte sich die Teilnehmerzahl zwischen 1979 und 1982 von 3,9 auf 4,8 Mill. (oder von 12 % auf 14 % der Befragten). Für das berufliche Fortkommen engagierten sich 1979 3,2 Mill., 1982 schon 4,0 Mill. Personen. Auch bei der Wiederaufnahme einer Schul- oder Berufsausbildung nach einer Zeit der Berufstätigkeit ist eine deutlich steigende Tendenz zu erkennen. Lediglich die politische Weiterbildung stagnierte bei 2 % der 19- bis 64jährigen.

Hochqualifizierte Personen bemühen sich verstärkt um ihre Weiterbildung (jeder vierte Hochschulabsolvent nahm 1982 an entsprechenden Maßnahmen teil). Dagegen wenden die Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung weniger Zeit für ihr Fortkommen auf; nur etwa jeder zehnte von ihnen besuchte 1982 entsprechende Veranstaltungen.

Der wichtigste Träger der beruflichen Weiterbildung ist der Betrieb. Knapp die Hälfte (47 %) aller beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen werden vom Arbeitgeber durchgeführt. In der allgemeinen und politischen Weiterbildung sind vor allem die Volkshochschulen engagiert, bei denen über ein Viertel aller Veranstaltungen dieser Art stattfindet.

Insgesamt verzeichneten die Volkshochschulen 1983 4,6 Mill. Teilnehmer an Lehrgängen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften, 3,2 Mill. Personen besuchten Einzelveranstaltungen. (Dabei sind Mehrfachzählungen durch Belegung mehrerer Veranstaltungen möglich.) Zum beliebtesten Volkshochschulangebot gehören die Sprachkurse, die 1983 von rund 29 % aller Teilnehmer belegt wurden. Etwa 64000 Personen besuchten Lehrgänge, um einen Schulabschluß nachzuholen, davon wollten rund 54 % den Hauptschulabschluß erwerben.

2.8 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist auch von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Für den einzelnen stellt die Ausbildung einen entscheidenden Schritt zur Selbstentfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit dar.

Tab. 14: Bildungsniveau der Bevölkerung im April 1982:
Allgemeinbildender Schulabschluß

Alter	Noch in der Schul- ausbildung		Volksschule/ Hauptschule ¹		Realschul- od. gleichwertiger Abschluß		Fachhoch-/ Hochschulreife	
	1 000	% ²	1 000	% ²	1 000	% ²	1 000	% ²
15-19	2 454	45,6	1 892	35,1	915	17,0	127	2,4
20-29	185	2,1	4 690	53,7	2 056	23,6	1 795	20,6
30-39	29	0,4	5 239	66,7	1 434	18,3	1 149	14,6
40-49	26	0,3	7 145	76,7	1 347	14,5	792	8,5
50-59	-	-	6 061	80,1	944	12,5	561	7,4
60 und älter	-	-	10 330	82,8	1 457	11,7	684	5,5
Insgesamt	2 693	5,2	35 359	68,9	8 151	15,9	5 109	10,0

1 Abgänger von der Volks- bzw. Hauptschule mit oder ohne entsprechenden Abschluß.

2 Anteil an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

Tab. 15: Bildungsniveau der Bevölkerung im April 1982:
Beruflicher Bildungsabschluß

Alter	Lehr-, Anlern- ausbildung ¹		Fachschul- ²		Fachhochschul- ³ abschluß		Hochschul- ⁴	
	1 000	% ⁵	1 000	% ⁵	1 000	% ⁵	1 000	% ⁵
15-29	5 596	39,6	303	2,1	175	1,2	324	2,3
30-44	7 094	55,1	879	6,8	386	3,0	929	7,2
45-59	5 590	47,2	685	5,8	229	1,9	429	3,6
60 und älter	4 666	37,4	521	4,2	166	1,3	296	2,4
Insgesamt	22 946	44,7	2 386	4,7	956	1,9	1 978	3,9

1 Einschließlich gleichwertigem Berufsfachschulabschluß sowie beruflichem Praktikum.

2 Einschließlich einer Meister-/Technikerausbildung.

3 Einschließlich Ingenieurschulabschluß.

4 Einschließlich Lehrerausbildung.

5 Anteil an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

Im Jahre 1982 hatten 26% der Bevölkerung über 15 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland einen sogenannten „höherwertigen“ Bildungsabschluß (Realschulabschluß/Fachhoch-, Hochschulreife). In der Gruppe der 20- bis 30jährigen konnte bereits fast die Hälfte (44 %) einen solchen Abschluß nachweisen, während die Altersjahrgänge ab 60 lediglich zu etwa 17 % eine Realschule oder ein Gymnasium erfolgreich absolviert hatten.

Etwa 55 % der Bevölkerung über 15 Jahre absolvierten außer der allgemeinbildenden Schule auch eine berufliche Ausbildung, und zwar überwiegend in Form einer Lehre. Bei der Mikrozensusbefragung im April 1982 gaben etwa 45 % der Befragten eine Lehre als beruflichen Ausbildungsabschluß an. Rund 2 % hatten einen Fachhochschul- und 4 % einen Hochschulabschluß.

Fast jeder dritte Erwerbstätige (30,2 %) war im April 1982 ohne beruflichen Ausbildungsabschluß. Dieser Anteil erreichte bei den erwerbstätigen Männern 25 % und bei den erwerbstätigen Frauen sogar 39 %.

2.9 Bildung und individuelle Merkmale

In einem Zeitraum von einer Generation hat sich die Bildungssituation der Frauen erheblich verbessert. So besaßen im Jahr 1982 bei den 50- bis 54jährigen etwa 9 % der männlichen, aber nur 5 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur. Bei der jüngeren Generation fallen dagegen die geschlechtsspezifischen Bildungsunterschiede kaum ins Gewicht: In der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen hatten 21 % der Männer und 20 % der Frauen die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Diese Entwicklung wird sich auch in Zukunft fortsetzen. So wurden an den Gymnasien im Jahr 1984 etwa gleich viele Mädchen (50,7 %) wie Jungen unterrichtet; an den Realschulen waren sie sogar stärker (53,3 %) vertreten. Auch an den Berufsfachschulen (66,5 %) und den Schulen des Gesundheitswesens (86,3 %) stellten sie die Mehrheit der Schüler. Außerdem durchliefen Mädchen die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt schneller als Jungen, da sie seltener Klassen wiederholen mußten.

In der betrieblichen Berufsausbildung sind die weiblichen Auszubildenden dagegen noch erheblich unterrepräsentiert: Im Jahr 1984 waren nur 40 % aller Auszubildenden Mädchen. Etwa gleich hoch lag im Wintersemester 1984/85 der Frauenanteil an den Hochschulen mit 38 %. Während sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden gegenüber 1970 jedoch nur um 5 % erhöht hat, ist er an den Hochschulen im gleichen Zeitraum um 7 % gestiegen.

Der Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen, ist sehr gering: 1983 wurden nur etwa 7 % aller Ausländerkinder, die auf allgemeinbildende Schulen gingen, an Gymnasien unterrichtet, dagegen besuchten rund 78 % Grund- und Hauptschulen. Offenbar führen ungenügende Sprachkenntnisse, eine andere Einstellung der Eltern zur Notwendigkeit der Ausbildung sowie finanzielle Probleme in vielen Fällen zur geringeren Qualifikation der Ausländerkinder. Auch in der betrieblichen Berufsausbil-

derung sind Ausländer unterrepräsentiert. 1983 betrug ihr Anteil an den Auszubildenden 2,6%. Ein Vergleich der ausländischen Auszubildenden insgesamt mit den für die Berufsausbildung besonders bedeutsamen Altersjahrgängen ergibt, daß 1983 19,4 % der 16- bis 18jährigen Ausländer eine betriebliche Berufsausbildung durchliefen. Für die deutschen Jugendlichen liegt die Vergleichsquote bei rund 58 %. Etwas günstiger sieht es an den Hochschulen aus. Im Wintersemester 1984/85 war jeder achtzehnte Student ausländischer Herkunft. Allerdings ist bei diesen Zahlenangaben zu berücksichtigen, daß die ausländischen Schüler und Auszubildenden überwiegend ihren ständigen Wohnsitz im Bundesgebiet haben, während sich die ausländischen Studenten in der Mehrzahl hier nur vorübergehend zu Studienzwecken aufhalten.

Ein enger Zusammenhang besteht auch zwischen der Ausbildung der Kinder und dem Bildungsabschluß bzw. der beruflichen Stellung der Eltern, insbesondere des Vaters. Dies zeigt eine Auswertung der Mikrozensen 1972 und 1982. Unterscheidet man nach den Kategorien Selbständiger, Beamter, Angestellter oder Arbeiter, bestätigt sich, daß Arbeiterkinder immer noch deutlich häufiger als Kinder von Eltern anderer Berufsgruppen die Hauptschule besuchen und an Realschulen und Gymnasien schwächer vertreten sind. Allerdings hat sich der Anteil der Arbeiterkinder, die diese beiden Schulformen besuchen, von 17,1 % 1972 auf 25,3 % 1982 erhöht.

Tab. 16: Bildung und soziale Herkunft

Schulbesuch von Kindern im Alter von 10 bis unter 15 Jahren
aus vollständigen Familien nach der beruflichen Stellung des
Familienvorstandes 1972/1982 in Prozent

Schultyp	Familienvorstand ist erwerbstätig als							
	Selb- ständiger		Beamter		Angestellter		Arbeiter	
	1972	1982	1972	1982	1972	1982	1972	1982
Grund-, Haupt- (Volks-)schule	63,3	48,0	45,9	33,0	51,6	37,1	80,1	68,0
Real-/Mittelschule	16,2	21,2	15,1	18,2	17,4	21,5	11,5	16,8
Gymnasium	20,1	25,0	36,8	42,7	28,7	34,8	5,6	8,5
Integrierte Gesamtschule	–	4,6	–	4,9	–	5,3	–	4,8
Angabe fehlt	2,4	1,2	2,2	1,2	2,3	1,4	2,9	1,9
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Informationen Bildung-Wissenschaft, 9 (1984).

Kinder, deren Eltern einen gymnasialen Schulabschluß haben, besuchen zu einem sehr viel größeren Prozentsatz das Gymnasium (57,3 %) als Kinder von Eltern mit Hauptschulabschluß (13,3 %) oder Realschulabschluß (37,3 %).

Tab. 17: Schulbesuch der Kinder und Bildungsniveau der Eltern

Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren nach derzeitigem Schulbesuch und letztem allgemeinbildenden Schulabschluß des Familienvorstandes 1972/82 in Prozent

Schultyp	Schulabschluß des Familienvorstandes					
	Grund-, Haupt- (Volks-)schule		Real-/Mittelschule u. dgl.		Gymnasium	
	1972	1982	1972	1982	1972	1982
Grund-, Haupt- (Volks-)schule	73,5	61,1	41,4	33,9	24,7	25,6
Real-/Mittelschule	14,7	18,9	21,9	21,5	–	11,2
Gymnasium	9,9	13,3	36,3	37,3	66,9	57,3
Integrierte Gesamtschule	–	5,1	–	5,6	–	5,1
Sonstige/Angabe fehlt	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Informationen Bildung-Wissenschaft, 9 (1984).

2.10 Öffentliches Bildungsbudget

In der Bundesrepublik Deutschland gehört Bildung im Sinne der „organisierten Wissensvermittlung“ seit über 150 Jahren zu den Aufgaben des Staates und ist damit Gegenstand öffentlicher Finanzierung. Das Bildungsbudget belief sich 1982 auf rund 82 Mrd. DM, das entsprach rund 15 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherungsträger). Dieser Betrag stellt nach der sozialen Sicherung den zweitgrößten Posten im öffentlichen Gesamthaushalt dar.

Zwischen 1970 und 1982 hat sich das Bildungsbudget etwa verdreifacht. Allerdings bedeutet diese Zunahme keine ebenso starke Erhöhung der realen Leistungen (z. B. Stellenaufstockungen, Neubauten von Schulen und Hochschulen u. ä.), vielmehr ist ein erheblicher Teil des Ausgabenwachstums auf Preissteigerungen sowie auf Lohn- und

Gehaltserhöhungen zurückzuführen. Pro Kopf der Bevölkerung stieg das Bildungsbudget zwischen 1970 und 1982 ebenfalls auf rund das Dreifache an; je Schüler wurden etwas kleinere, je Student dagegen wesentlich geringere Zuwächse verzeichnet.

Tab. 18: Bildungsbudget

Jahr	Ausgaben insgesamt Mrd. DM	DM je Einwohner	Laufende Ausgaben für	
			Schulen ¹ DM je Schüler	Hochschulen ¹ DM je Student
1970	27,8	458	.	.
1975	56,8	919	2 300	11 340
1980	77,1	1 253	3 700	12 450
1982	81,8	1 327	4 300	11 850

1 Finanzausstattung der öffentlichen Schulen bzw. der Hochschulen für Forschung und Lehre (ohne Investitionsausgaben) einschließlich Zuschläge für den Versorgungsaufwand für Beamte.

2.11 Ausbildungsförderung

Die Ausbildungsförderung ist zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen Bestandteil der Maßnahmen, die dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch Ausbildungsförderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen die Möglichkeit erhalten, eine Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung durchzuführen.

Die Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ist im Zuge der staatlichen Sparmaßnahmen in den letzten Jahren mehrfach eingeschränkt worden. Ab Herbst 1983 wurde die BAföG-Förderung im Hochschulbereich vollständig auf Darlehen umgestellt und im Schulbereich auf die notwendigerweise auswärts untergebrachten Schüler sowie die Abendschüler, Kollegiaten und eine Gruppe von Fachschülern beschränkt. Die Förderung der zu Hause wohnenden Schüler wurde eingestellt, da dies als Aufgabe der einzelnen Bundesländer angesehen wurde. Die Mehrzahl der Länder hat inzwischen auch eigene Landesausbildungsförderungsgesetze zur Förderung von Schülern, die bei den Eltern wohnen, geschaffen oder vorbereitet; Angaben über die Gesamtzahl dieser Leistungsempfänger liegen aber noch nicht vor.

Leistungen nach dem BAföG erhielten im Jahr 1983 962 000 Schüler und Studenten. Da sich die Förderung jedoch zum Teil nicht über ein ganzes Jahr erstreckte, belief sich die Zahl der im Durchschnitt je Monat geförderten Personen nur auf 625 000. Von den 505 000 geförderten Schülern besuchten 146 000 ein Gymnasium und 219 000 eine

Berufsfachschule oder eine Berufsschule in Vollzeitform; unter den 457 000 geförderten Studenten waren 302 000 an wissenschaftlichen Hochschulen (Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen, Gesamthochschulen) und 142 000 an Fachhochschulen eingeschrieben.

3,1 Mrd. DM wurden für die Ausbildungsförderung nach dem BAföG im Jahr 1983 ausgegeben, 1,1 Mrd. DM für die Schüler- und 2,0 Mrd. DM für die Studentenförderung. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler 299 DM je Monat, ein geförderter Student 516 DM.

Aufgrund der verschiedenen Einschränkungen der Leistungen nach dem BAföG – insbesondere im Schulbereich – lag die Zahl der Geförderten 1983 um 25 % – bei den Schülern um 37 % und bei den Studenten um 4 % – niedriger als 1980. Im gleichen Zeitraum verringerte sich der Finanzaufwand um 15 %.

Tab. 19: Geförderte Schüler und Studenten sowie finanzieller Aufwand

Jahr	Geförderte	Finanz- aufwand	Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person
	1 000	Mill. DM	DM je Monat
	Schüler		
1977	450	862	266
1980	799	1 592	271
1983	505	1 069	299
	Studenten		
1977	458	1 680	441
1980	475	2 044	500
1983	457	2 025	516
	Insgesamt		
1977	908	2 542	361
1980	1 274	3 636	365
1983	962	3 094	412

3 Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

3.1 Im Blickpunkt: Erwerbstätige und Arbeitslose

Statistische Angaben über den Problembereich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vermitteln wichtige Aussagen über das Wirtschaftsleben und die Konjunkturentwicklung. Ihr hoher Stellenwert in der Wirtschaftspolitik resultiert in erster Linie aus den nun schon seit 1975 anhaltenden Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit ist keine abstrakte wirtschaftliche Größe, sondern greift entscheidend in das Leben der Betroffenen ein. Dementsprechend zählen ihr Abbau und die schrittweise Erreichung der Vollbeschäftigung zu den vordringlichsten politischen Zielen.

Dennoch sollte der Blick nicht zu einseitig auf das Thema Arbeitslosigkeit verengt werden. Die Erwerbstätigkeit nimmt im menschlichen Leben einen zentralen Platz ein, nicht nur zur Sicherung des Lebensunterhalts, sondern auch bei der persönlichen Selbstentfaltung und weil die Arbeitsbedingungen die gesamten Lebensumstände entscheidend beeinflussen.

Das Zahlenmaterial über Erwerbstätige und Arbeitslose stammt aus unterschiedlichen Quellen. Zu nennen sind die Statistiken der Arbeitsämter und die Beschäftigtenstatistiken der Sozialversicherungsträger, die beide vorhandene Verwaltungsunterlagen auswerten, sowie die Erhebungen der Statistischen Ämter, wie Mikrozensus oder die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften. Sie gehen zum Teil von unterschiedlichen Begriffsabgrenzungen aus, die beachtet werden müssen, damit bei der Interpretation der Zahlen keine Mißverständnisse auftreten. Vielfach wird nicht sauber genug zwischen Erwerbspersonen und Erwerbstätigen sowie Erwerbslosen und Arbeitslosen unterschieden.

Zu den Erwerbspersonen gehören aus statistischer Sicht sowohl die Erwerbstätigen als auch die Erwerbslosen:

$$\text{Erwerbspersonen} = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose}$$

Erwerbstätig (umgangssprachlich auch berufstätig) sind alle Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen (abhängig Beschäftigte) sowie alle Selbständigen, Freiberufler und mithelfenden Familienangehörigen. Ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit handelt und wie hoch das Entgelt ist, spielt für die Zuordnung keine Rolle.

Erwerbslos sind alle Nichtbeschäftigten, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt registriert sind oder nicht. Als Arbeitslose gelten hingegen nur diejenigen Personen, die beim Arbeitsamt als solche gemeldet sind.

Nach diesen Abgrenzungen gab es im Jahresdurchschnitt 1984 rund 27,4 Mill. Erwerbspersonen, darunter knapp 25,2 Mill. Erwerbstätige. Im Vergleich zu 1980 zeigt sich bei geringfügig gestiegener Erwerbspersonenzahl ein Rückgang der Erwerbstätigen um über eine Million, dem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in etwa gleicher Höhe gegenüberstand.

Tab. 1: Eckdaten zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit 1984

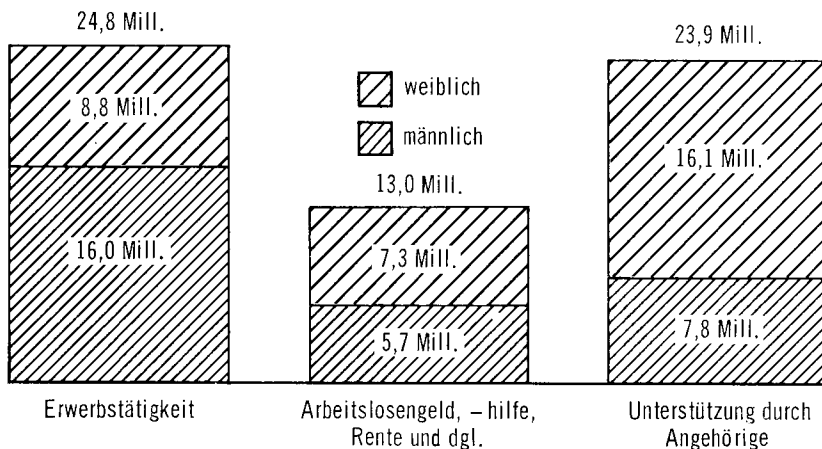
Merkmal	Erwerbstätige (geschätzte Jahresdurchschnitte)		Arbeitslose (Durchschnitt)	
	1 000	%	1 000	Arbeitslosen- quote ¹
Insgesamt	25 173	100	2 266	9,1
männlich	15 590	61,9	1 277	8,5
weiblich	9 583	38,1	989	10,2

¹ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten).

3.2 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

Für 40 % der Bevölkerung war im April 1982 die eigene Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle. Ein fast gleich hoher Prozentsatz (39 %) wurde ganz oder zum Teil durch Angehörige (Eltern, Ehepartner, Kinder usw.) versorgt. 20 % lebten überwiegend

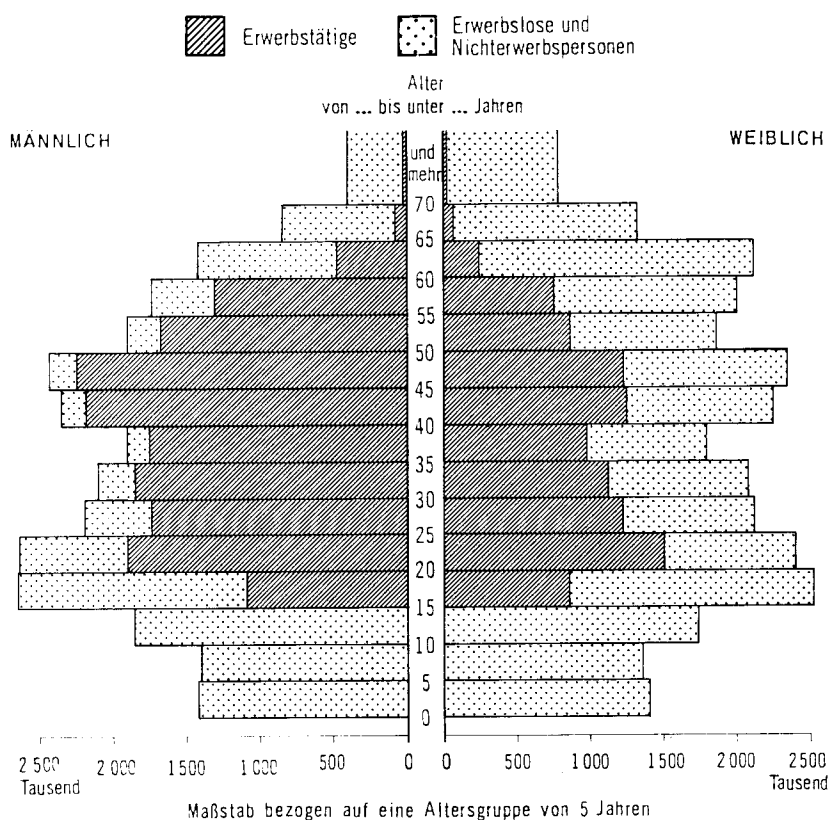
Abb. 1: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt im April 1982



von Renten, Pensionen und Erträgen aus Vermögen und rund 1 % bezog seinen Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Nicht für alle Erwerbstätigen reicht das Arbeitseinkommen als einzige Unterhaltsquelle aus. 1,7 Mill. Berufstätige (6,3 % der Erwerbstätigen) wurden 1982 überwiegend von ihren Angehörigen unterstützt. Es handelt sich dabei mehrheitlich um jüngere Personen (Auszubildende) und Frauen im Alter von 25 bis 55 Jahren, die in vielen Fällen nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen.

Abb. 2: Wohnbevölkerung im Juni 1984¹ nach Alter und Beteiligung am Erwerbsleben



¹ Ergebnis der EG-Arbeitskräfteerhebung

3.3 Beteiligung am Erwerbsleben

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung (Erwerbsquote) lag 1984 mit 47,1 % etwas höher als 1950 (46,2 %), obwohl sich die Ausbildungszeiten verlängert haben und die Möglichkeit besteht, früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Hier machen sich vor allem die Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung bemerkbar. Sie werden dazu führen, daß die Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen bis in die neunziger Jahre zunehmen wird. Hinzu kommt noch die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen. Besonders hoch war der Anstieg der Erwerbsquote bei verheirateten Frauen, nämlich von 25 % 1950 auf rund 43 % 1984.

Bezogen auf die 15- bis 65jährigen Männer lag die Erwerbsquote 1984 bei 81,4 %, für die gleichaltrigen Frauen bei 51,7 %.

Tab. 2: Erwerbsquoten

Anteil der Erwerbspersonen an 100 Männern bzw. Frauen

Jahr	Männer	Frauen	Verheiratete Frauen	Insgesamt
1950	63,2	31,3	25,0	46,2
1960	63,2	33,6	32,5	47,7
1970	58,3	30,2	35,6	43,5
1980	58,4	32,6	40,6	44,9
1984	60,0	35,3	42,5	47,1

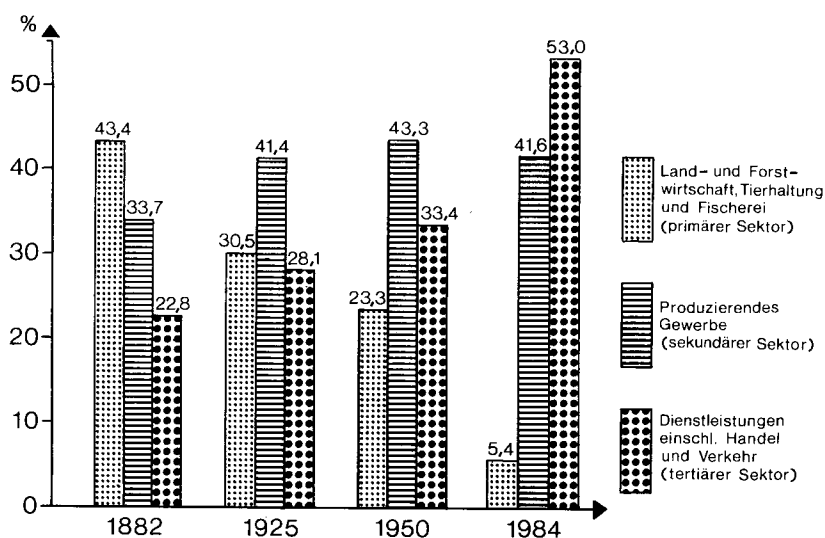
3.4 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (Produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tiefgreifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung und die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen geführt.

Am auffälligsten ist die Schrumpfung des primären Sektors: Während die zur Landwirtschaft zählenden Erwerbspersonen vor hundert Jahren zahlenmäßig an der Spitze der drei großen Wirtschaftsbereiche standen, lagen sie 1984 mit Abstand an letzter Stelle.

1882 war nahezu jeder zweite Erwerbstätige im primären Sektor beschäftigt, 1984 dagegen nur noch ungefähr jeder zwanzigste. In dieser Entwicklung spiegelt sich insbesondere der Einsatz moderner arbeitskräftesparender landwirtschaftlicher Maschinen wider.

Abb. 3: Erwerbstätige¹ nach Wirtschaftsbereichen



1 1882 und 1925 Erwerbspersonen

Tab. 3: Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftsbereichen
Geschätzte Jahresdurchschnitte

Wirtschaftsbereiche	in 1 000				
	1950	1960	1970	1980	1984
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	5 037	3 581	2 262	1 436	1 370
Produzierendes Gewerbe	9 026	12 506	13 024	11 633	10 464
Dienstleistungen (einschließlich Handel und Verkehr)	7 090	10 160	11 382	13 233	13 339
Insgesamt	21 153	26 247	26 668	26 302	25 173

Der Abnahme im Agrarbereich steht eine starke Zunahme im tertiären Sektor gegenüber. Hier arbeitet heutzutage rund die Hälfte aller Erwerbstätigen, während vor hundert Jahren nicht einmal ein Viertel im Dienstleistungsgewerbe beschäftigt war. Der Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe hat sich im selben Zeitraum demgegenüber

trotz erheblicher Produktionssteigerungen nur verhältnismäßig schwach von etwa 34 % auf 42 % erhöht.

Der kurzfristige Vergleich der Erwerbstätigenzahlen des Produzierenden Gewerbes zeigt eine Abnahme im Jahresdurchschnitt 1984 gegenüber 1980 um knapp 1,2 Millionen oder rund 10 % und gegenüber 1970 sogar um fast 20 %. Der Dienstleistungssektor ist – in dieser groben Untergliederung betrachtet – der einzige Bereich, in dem in den zurückliegenden Jahren Arbeitsplätze geschaffen wurden. 1984 lag die Erwerbstätigenzahl hier um knapp 1 % höher als 1980 und um 17 % höher als 1970.

3.5 Berufe und Tätigkeitsmerkmale

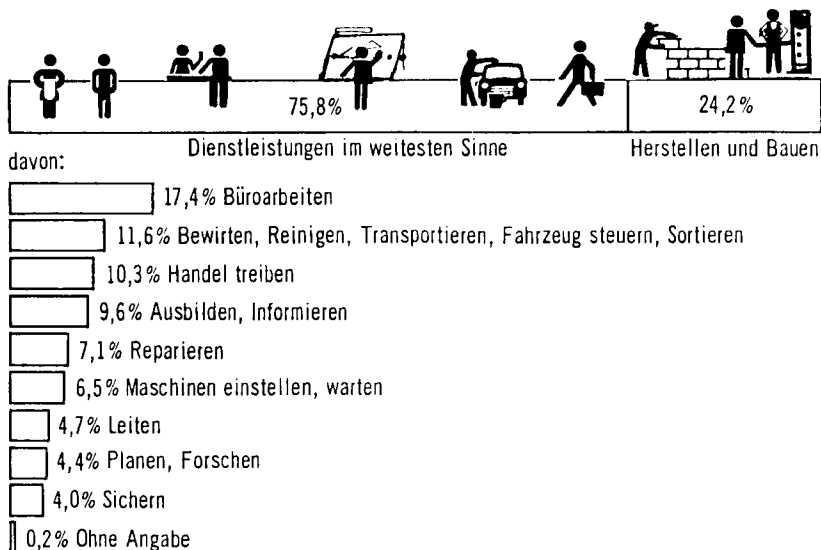
Von der Wandlung der Wirtschaftsstruktur sind auch viele Berufe bzw. Berufsbereiche betroffen. So geht der Rückgang des primären Sektors mit einer abnehmenden Besetzung der landwirtschaftlichen Berufe einher. Auch die Anzahl der Erwerbstätigen in Fertigungsberufen ist seit Jahren rückläufig. Dagegen strömen viele Arbeitskräfte in technische Berufe und Dienstleistungsberufe.

Unterteilt man die Erwerbstätigen nach der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit, so war 1982 nur noch knapp ein Viertel aller Erwerbstätigen (24 %) unmittelbar mit dem Herstellen von Waren sowie mit Tätigkeiten im Bereich Bauen befaßt. Gut drei Viertel aller Erwerbstätigen (76 %) übten Tätigkeiten aus, die im weitesten Sinne als Dienstleistungen (auch Reparieren, Maschinen einstellen, warten) gelten können.

Tab. 4: Deutsche Erwerbstätige nach Berufsbereichen

Berufsbereich	April 1982		Veränderung der Erwerbstätigenzahl in den einzelnen Berufsbereichen gegenüber 1961 (%)
	insgesamt 1 000	darunter weiblich %	
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	1 360	47,4	– 62,5
Bergleute, Mineralgewinner	94	–	– 74,6
Fertigungsberufe	7 276	18,7	– 24,7
Technische Berufe	1 488	10,9	+ 76,1
Dienstleistungsberufe	14 161	51,0	+ 29,1
Sonstige Arbeitskräfte	253	48,1	– 67,4
Insgesamt	24 632	38,6	– 6,2

Abb. 4: Erwerbstätige 1982 nach der Art der überwiegenden Tätigkeit



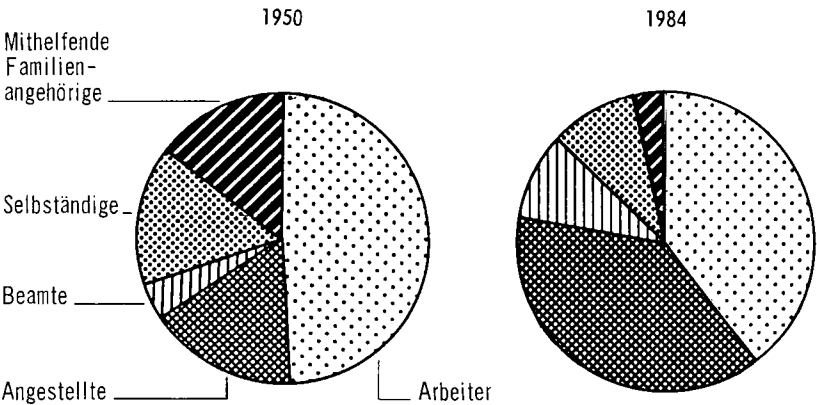
3.6 Stellung im Beruf

Die traditionelle Aufgliederung nach der Stellung im Beruf (Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter) spiegelt heutzutage nur noch in sehr eingeschränktem Maße die soziale Struktur der Erwerbstätigen wider, weil jede einzelne Gruppe – insbesondere die der Angestellten – eine breite Palette hierarchischer Einstufungsmöglichkeiten bietet. Als historisch gewachsene Einteilung bringt sie jedoch im Zeitablauf gesellschaftliche Veränderungen zum Ausdruck und ist darüber hinaus weiterhin für das rechtliche Beschäftigungsverhältnis (z. B. Zugehörigkeit zur Rentenversicherung u. ä.) von Bedeutung.

1984 standen 87,2% aller Erwerbstätigen in einem abhängigen Arbeitsverhältnis, d. h. sie waren als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig. Die Arbeiter stellten mit 39,7% das größte Kontingent, gefolgt von den Angestellten mit 38,0%. Beamte und Selbständige waren mit 9,5% bzw. 9,4% nahezu gleich stark vertreten. Auf die unbezahlten, zumeist in der Landwirtschaft tätigen mithelfenden Familienangehörigen entfiel ein Anteil von 3,5%.

Die Struktur der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf hat sich in den letzten drei Jahrzehnten erheblich gewandelt: Während der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen von 1950 bis 1984 um etwa 60% zurückging, konnten die Angestellten und Beamten ihren Anteil mehr als verdoppeln. Diese Veränderung muß im Zusammenhang mit dem bereits angedeuteten langfristigen Wandel in der Wirtschafts-

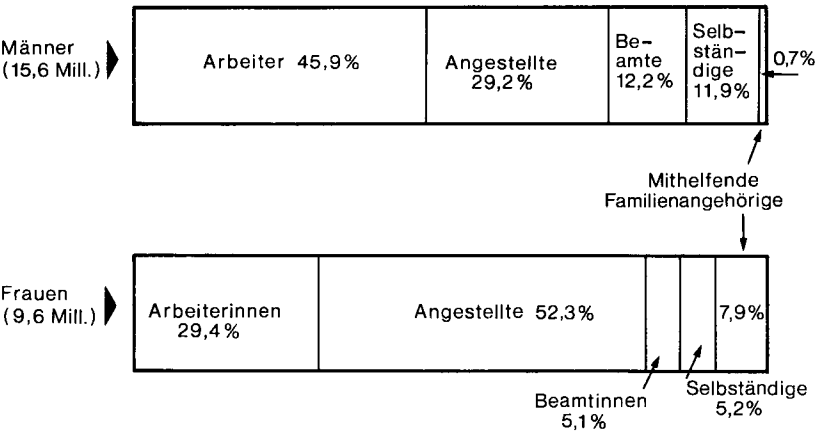
Abb. 5: Erwerbstätige nach Stellung im Beruf



struktur gesehen werden. So hat z. B der Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen zu einem Rückgang dieser beiden Gruppen insgesamt beigetragen und das starke Anwachsen des tertiären Sektors (Dienstleistungen) zu einer beträchtlichen Zunahme der Zahl der Angestellten geführt.

Der Anteil der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und abhängig Erwerbstätigen weist für Männer und Frauen typische Unterschiede auf. Bei den Männern ist der

Abb. 6: Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1984 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



Anteil der Selbständigen und Beamten etwa doppelt so hoch wie bei den Frauen (1984 jeweils rund 12 % gegenüber etwa 5 %). Die weiblichen Erwerbstätigen üben überwiegend Angestelltenberufe aus (52,3 %); dagegen ist fast jeder zweite erwerbstätige Mann als Arbeiter tätig (45,9 %).

Die berufliche Stellung zeigt darüber hinaus einen engen Zusammenhang zum Ausbildungsstand der Erwerbstätigen. So sind Personen mit qualifizierteren Ausbildungsabschlüssen unter den Selbständigen und Beamten wesentlich häufiger vertreten als in den übrigen Berufsgruppen. Die Lehre bzw. eine Anlernausbildung dominiert dagegen bei den Angestellten und Arbeitern.

Tab. 5: Erwerbstätige¹ nach Stellung im Beruf und Ausbildungsabschluß April 1982

Stellung im Beruf	Insgesamt 1 000	Darunter mit	
		Lehr-, Anlern- ausbildung	Fach-, Fachhoch-, Hochschul- abschluß
		%	%
Selbständige	2 324	45,0	32,7
Mithelfende Familienangehörige	818	30,6	3,8
Beamte	2 324	43,2	43,0
Angestellte	9 666	65,5	21,3
Arbeiter	10 249	57,0	2,1
Insgesamt	25 381	57,1	16,0

1 Ohne Auszubildende.

3.7 Arbeitslosigkeit

3.7.1 Arbeitslose und offene Stellen

Der Grundsatz der Vollbeschäftigung ist schon im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 postuliert worden und gehört zu den wichtigsten politischen Zielen. Denn Arbeitslosigkeit ist sowohl ein schwerwiegendes persönliches Problem für die Betroffenen als auch eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Zum einen müssen die Arbeitslosen gravierende finanzielle Einbußen hinnehmen und stehen zusätzlich unter großer psychischer Belastung; zum anderen stellen sie für den Staat einen erheblichen Kostenfaktor

dar, während sie mit dem Einsatz ihrer Arbeitskraft zur gesamtwirtschaftlichen Leistung beitragen könnten.

Vollbeschäftigung ist allerdings nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel lassen sich nie ganz vermeiden. Daher wird üblicherweise solange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

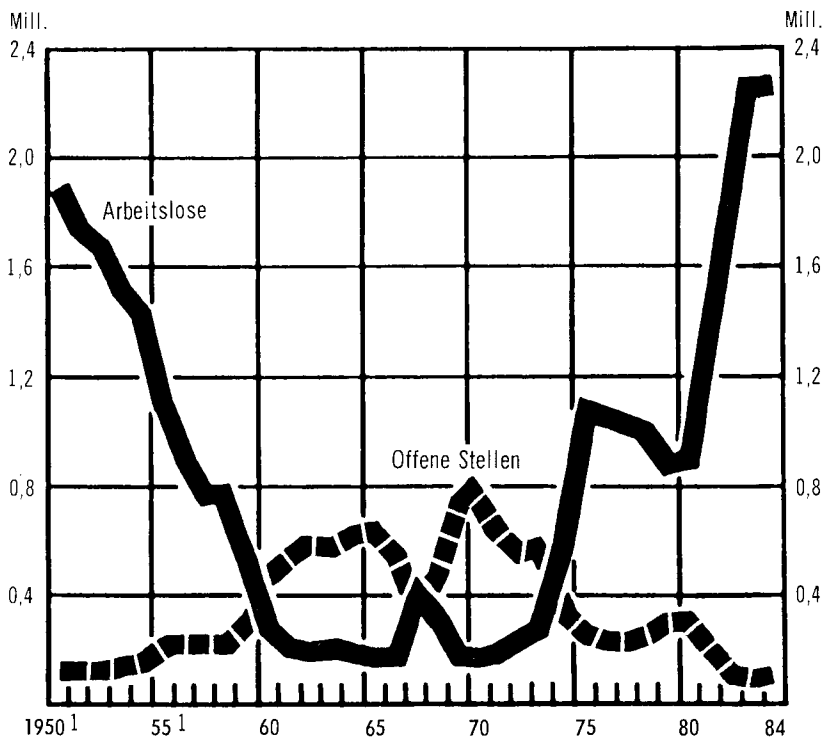
Zu Beginn der sechziger Jahre war nach dieser Abgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch den Zustrom von ausländischen Arbeitnehmern gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Anzahl der Arbeitslosen erheblich über der Zahl der offenen Stellen. 1975 gab es im Jahresdurchschnitt bereits mehr als eine Million Arbeitslose, und nach einem vorübergehenden geringfügigen Rückgang hat die

Tab. 6: Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquote
Jahresdurchschnittswerte

Jahr	Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslosenquote
	1 000		%
1950 ¹	1 868,5	118,5	11,0
1954 ¹	1 410,7	139,7	7,6
1958 ¹	763,9	221,6	3,7
1962	154,5	573,8	0,7
1966	161,1	539,8	0,7
1970	148,8	794,8	0,7
1974	582,5	315,4	2,6
1975	1 074,2	236,2	4,7
1976	1 060,3	235,0	4,6
1977	1 030,0	231,2	4,5
1978	992,9	245,6	4,3
1979	876,1	304,0	3,8
1980	888,9	308,3	3,8
1981	1 271,6	207,9	5,5
1982	1 833,2	104,9	7,5
1983	2 258,3	75,8	9,1
1984	2 265,6	87,9	9,1

¹ Ohne Saarland.

Abb. 7: Arbeitslose und offene Stellen
Jahresdurchschnittswerte



1 Ohne Saarland.

Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 1981 die Millionengrenze wiederum erheblich überstiegen.

Im Laufe der Jahre 1982, 1983 und 1984 verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Seit Herbst 1982 sank die Arbeitslosenzahl nicht unter zwei Millionen. Die bislang höchste Zahl wurde Anfang 1985 mit 2,6 Millionen registriert. Somit haben sich die konjunkturellen Erholungstendenzen nicht auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Im Jahresdurchschnitt 1984 gab es 2,3 Mill. Arbeitslose, damit hatte etwa jede zwölfte Erwerbsperson keine Arbeitsstelle.

Um diese Zahlen richtig zu deuten, muß man sich vergegenwärtigen, daß es sich sowohl bei der Arbeitslosenzahl als auch bei der Zahl der offenen Stellen lediglich um Fälle handelt, die beim Arbeitsamt gemeldet sind. Die „tatsächliche“ Zahl der Arbeitslosen liegt

vermutlich höher, weil es Arbeitssuchende gibt, die den Weg zum Arbeitsamt scheuen bzw. sich keine Vorteile davon erhoffen, wenn sie sich dort melden (sogenannte stille Reserve). Ähnliches gilt für die offenen Stellen, die in vielen Fällen ohne Einschaltung des Arbeitsamtes vergeben werden. Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell bekanntgegebenen Zahlen bieten dafür aber den Vorteil, daß sie anhand der Unterlagen der Arbeitsämter, ohne Befragung der Betroffenen, laufend aktualisiert werden können.

3.7.2 Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit

Der Zugang an Arbeitslosen belief sich von Januar bis Dezember 1983 und 1984 auf insgesamt je 3,7 Millionen, darunter waren sehr viele Berufsanfänger. Kündigungen von Arbeitnehmern spielen als Ursache eine vergleichsweise geringe Rolle. Nach einer im Mai/Juni 1983 durchgeführten Erhebung der Bundesanstalt für Arbeit hatten 18 % aller Personen, die sich nach vorangegangener Beschäftigung arbeitslos meldeten, selbst gekündigt. Der Anteil der Arbeitslosenmeldungen wegen Kündigung durch den Arbeitgeber lag dagegen bei 62 %. Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen sind sehr selten. Häufiger kommt es zu Arbeitslosenmeldungen im Anschluß an befristete Arbeitsverträge (8 %) oder eine Lehre (7 %).

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals zunächst zu Kurzarbeit über. Mitte der siebziger Jahre wurde dieses arbeitsmarktpolitische Instrument häufig eingesetzt; 1975 gab es im Jahresdurchschnitt 773 000 Kurzarbeiter. Mit der vorübergehend abnehmenden Arbeitslosigkeit verringerte sich auch das Ausmaß der Kurzarbeit und stieg dann von 1980 bis 1983 wieder an; 1984 wurden im Jahresdurchschnitt 384 000 Kurzarbeiter ermittelt.

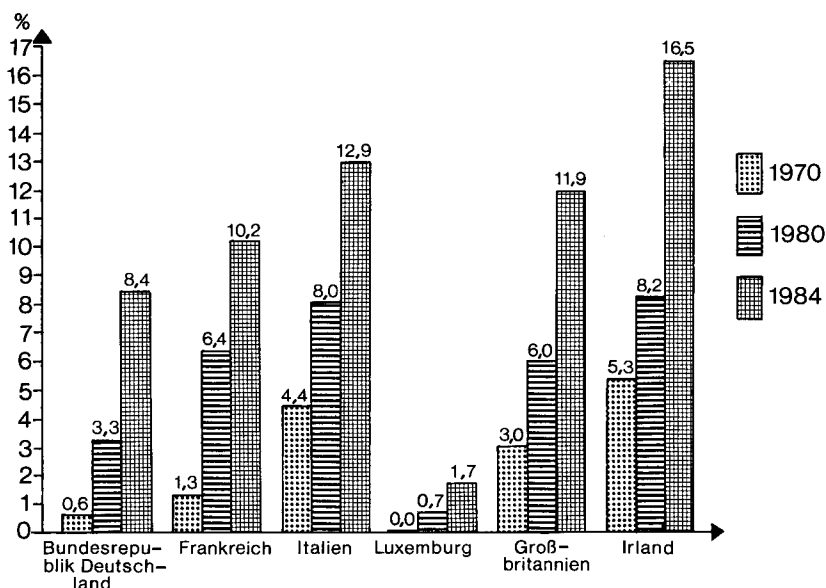
3.7.3 Arbeitslosenquoten im Vergleich

Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem weltweiten Problem geworden. Zwar läßt sich ihr Ausmaß über Ländergrenzen hinweg wegen unterschiedlicher Erhebungsmethoden nicht exakt vergleichen, gleichwohl bemühen sich aber die internationalen Organisationen, insbesondere das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, die Arbeitslosenstatistiken soweit zu vereinheitlichen, daß die Daten näherungsweise vergleichbar werden.

Bei der Betrachtung der Arbeitslosenquoten¹ fällt auf, daß die Arbeitslosigkeit in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaften seit 1970 kräftig zugenommen hat, wobei sich die Ausgangslage in vielen Staaten (z. B. in Italien oder Irland) weit ungünstiger darstellt als in der Bundesrepublik. 1984 wurden in den Europäischen Gemeinschaften insgesamt 12,7 Mill. Arbeitslose registriert, das entspricht einer Arbeitslosenquote von 10,9 %. Niedriger lag die Arbeitslosenquote in den USA (7,5 %).

1 In der EG wird die Arbeitslosenquote nach dem Verhältnis der Arbeitslosen zu allen Erwerbspersonen (ohne Soldaten), in den USA zu allen Erwerbspersonen einschließlich Soldaten berechnet.

Abb. 8: Eingeschriebene Arbeitslose in Prozent der zivilen Erwerbspersonen in ausgewählten europäischen Ländern



Tab. 7: Arbeitslose nach Bundesländern Ende Januar 1985

Bundesland	Anzahl	Arbeitslosenquote in %
Schleswig-Holstein	132 283	12,6
Hamburg	89 032	12,4
Niedersachsen	397 996	14,1
Bremen	40 595	14,6
Nordrhein-Westfalen	769 106	11,6
Hessen	187 610	8,2
Rheinland-Pfalz	150 694	10,5
Baden-Württemberg	239 528	6,1
Bayern	468 902	10,5
Saarland	57 123	14,2
Berlin (West)	86 540	10,5
Bundesgebiet	2 619 409	10,6

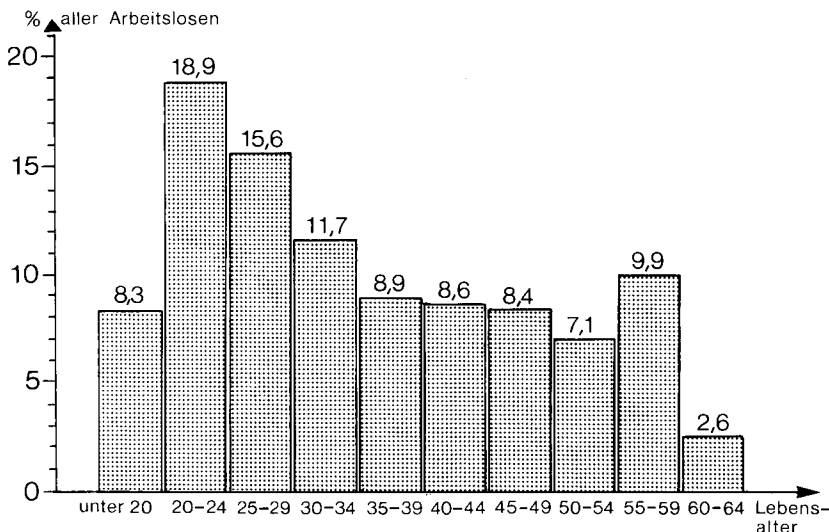
Innerhalb des Bundesgebietes gibt es einige strukturschwache Regionen, die besonders hart von Arbeitslosigkeit betroffen sind. So liegen die Arbeitslosenquoten in den norddeutschen Küstengebieten, in Teilen des Ruhrgebiets und im Saarland erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

3.7.4 Problemgruppen des Arbeitsmarktes

Für die wirtschaftspolitische Beurteilung der Arbeitslosigkeit ist nicht nur deren Höhe, sondern vor allem auch ihre Struktur von Bedeutung. Nicht alle Personengruppen werden in gleichem Ausmaß durch die Beschäftigungskrise betroffen. Jugendliche und ältere Arbeitnehmer, Frauen, Ausländer, Schwerbehinderte und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gehören zu den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes.

Schwierig ist schon der Start ins Berufsleben. Aufgrund der demographischen Entwicklung kann man davon ausgehen, daß zur Zeit jährlich rund eine Million jüngerer Arbeitnehmer in das Arbeitsleben eintreten; viele von ihnen finden keine Stelle. So waren im September 1984 rund 115000 Personen unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet, die bislang noch keine Berufstätigkeit ausgeübt hatten. Besonders problematisch ist für die Betroffenen die Tatsache, daß sie noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben. Die Ausweitung des Kindergeldanspruchs (vgl. 9.8) kann nur eine geringe finanzielle Entlastung bedeuten.

Abb. 9: Altersgliederung der Arbeitslosen im September 1984



Tab. 8: Altersspezifische Arbeitslosenquoten¹ seit 1980

Alter	Sept. 1980	Sept. 1981	Sept. 1982	Sept. 1983	Sept. 1984
unter 20	3,5	5,9	9,1	9,7	8,4
20 bis 24	5,1	8,5	11,5	13,3	12,9
25 bis 29	4,4	7,0	9,8	11,3	11,4
30 bis 34	3,4	5,6	7,4	8,6	8,7
35 bis 39	2,3	3,3	5,8	7,2	7,3
40 bis 44	2,3	3,6	4,9	5,7	5,4
45 bis 49	2,4	3,7	5,2	6,1	6,4
50 bis 54	2,9	3,9	5,2	6,0	6,4
55 bis 59	5,5	6,6	7,8	9,6	11,4
60 bis 64	9,1	11,9	10,7	9,4	9,5
Insgesamt	3,5	5,4	7,5	8,6	8,6

¹ Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) in der jeweiligen Altersgruppe.

Die Altersgliederung der Arbeitslosen zeigt, daß fast jeder fünfte Arbeitslose im September 1984 20 bis 24 Jahre alt war. Insgesamt waren rund 43 % der Arbeitslosen jünger als 30 Jahre.

Etwas entschärft hat sich seit 1983 das Problem bei älteren Arbeitnehmern ab 59 Jahren. Hier macht sich vermutlich die Möglichkeit des vorzeitigen Bezugs von Altersruhegeld und die Erstattungspflicht der Arbeitgeber für Arbeitslosengeld bei Entlassungen von 59jährigen bemerkbar. Dagegen stieg die Arbeitslosigkeit bei den 55- bis 59jährigen in den letzten Jahren rapide an.

Frauen sind insgesamt gesehen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer. 1984 lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen bei 10,2 %, die der Männer dagegen bei 8,5 %. Ein Grund hierfür dürfte darin liegen, daß ein nicht geringer Teil der arbeitslosen Frauen ausschließlich Teilzeitarbeit wünscht (September 1984: 22,3 %). Bemerkenswerterweise ist der Anteil der arbeitslos gemeldeten Frauen, die Teilzeitbeschäftigung wünschen, rückläufig; eine Ursache hierfür könnte die verschlechterte Einkommenssituation vieler Familien sein. Von der Angebotsseite her ist zwischen 1980 und 1983 eine Zunahme an Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen (bis zu 30 Wochenstunden) um 13,6 % auf 3,1 Millionen zu verzeichnen.

Während es für Frauen schwieriger ist als für Männer, eine Arbeitsstelle zu bekommen, verlieren sie andererseits ihren Arbeitsplatz nicht so schnell in konjunkturellen Abschwungphasen, da sie überwiegend in weniger konjunkturabhängigen Berufen tätig sind. Dies läßt sich daraus ersehen, daß sich in den Rezessionsjahren zwischen 1980 und 1983 die Arbeitslosigkeit bei Männern um 846 700 oder 199 % erhöhte, während sich „nur“ 522 600 oder 113 % mehr Frauen arbeitslos meldeten.

Als besonders schwierig erweist sich die Arbeitsmarktlage für Ausländer. Während zwischen 1960 und 1970 der Zustrom von Gastarbeitern willkommen war, um den bestehenden Arbeitskräftemangel zu beheben, gehören die ausländischen Arbeitnehmer heute zu den Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Im Jahresdurchschnitt 1984 waren 14 % aller ausländischen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet. Dabei kann man davon ausgehen, daß bereits eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Rückkehr von Gastarbeitern in ihre Heimatländer zu verzeichnen war. Die Bundesanstalt für Arbeit schätzt, daß sich 1984 das Angebot an ausländischen Arbeitskräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt um rund 70 000 verringert hat. Darüber hinaus wurden 1984 weniger Arbeitserlaubnisse als in den Vorjahren erteilt: 7 % der Anträge wurden abgelehnt, gegenüber 6 % im Jahr 1983 und 5 % im Jahr 1982.

Geringere Beschäftigungschancen als Gesunde haben Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen lag 1984 bei 19,5 %. 6,5 % waren schwerbehindert und deshalb besonders schwer zu vermitteln. Allerdings ist die Gefahr, arbeitslos zu werden, für beschäftigte Schwerbehinderte aufgrund gesetzlicher Bestimmungen geringer als für die übrigen Arbeitnehmer.

Abb. 10: Arbeitslosenquoten sogenannter Problemgruppen



1 Jahresdurchschnitt.

2 Ende September.

3.7.5 Arbeitslosigkeit und Qualifikationsstruktur

Bei den sogenannten „Problemgruppen“ des Arbeitsmarktes verschärft sich die Situation insbesondere noch dann, wenn eine geringe berufliche Qualifikation vorliegt. Zwar ist eine gute Ausbildung längst keine Garantie mehr für einen sicheren Arbeitsplatz. Dennoch sind die Arbeitsmarktchancen bei einer höheren Qualifikation günstiger bzw. das Risiko des Arbeitsplatzverlustes ist bei qualifizierten Arbeitnehmern bedeutend geringer. Während von allen Beschäftigten rund 30 % nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen, stellt dieser Personenkreis unter den Arbeitslosen etwa die Hälfte. Die Arbeitslosenquote für Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung lag im September 1984 bei 18 %. Die mangelnde Qualifikation reduziert die ohnehin geringen Vermittlungschancen noch mehr; denn für etwa 70 % der gemeldeten offenen Stellen wurden ausdrücklich nur Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung gewünscht.

Nicht jedes Ausbildungsverhältnis mündet in einen sicheren Arbeitsplatz. Im September 1984 waren rund 70 000 Personen aus einem betrieblichen oder sonstigen Ausbildungsverhältnis nicht übernommen worden, weitere 25 000 hatten ihre Berufsausbildung abgebrochen (vgl. 2.4).

Auch die Arbeitslosigkeit von Akademikern gibt Anlaß zur Sorge. So ist die Zahl der Arbeitslosen mit Fachhoch- oder Hochschulabschluß von September 1983 bis September 1984 um rund 9 % auf 114 600 gestiegen. Betroffen waren auch hier insbesondere Berufsanfänger. Dennoch lag die spezifische Arbeitslosenquote für die abhängigen Erwerbspersonen mit Fachhoch- oder Hochschulabschluß im September 1984 mit 5 % weit unter der Gesamtarbeitslosenquote von 8,6 %.

Tab. 9: Arbeitslose nach der Art ihrer Berufsausbildung
September 1984

Berufsausbildung	Arbeitslose		Arbeitslosenquote
	absolut	%	%
Ohne abgeschlossene	1 058 104	49,4	18,0
Mit abgeschlossener	1 084 904	50,6	6,0
– betrieblicher	861 474	40,2	7,0
– Berufsschule/Fachschule	108 820	5,1	4,0
– Fachhochschule	35 534	1,7	5,0
– Hochschule	79 076	3,7	5,0
Insgesamt	2 143 008	100	8,6

3.7.6 Dauer der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit trifft insbesondere diejenigen hart, die auch nach längerer Suche keinen Arbeitsplatz finden. Im September 1984 waren bereits rund 702000 Arbeitslose, also ungefähr jeder dritte, ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung. Nur noch wenigen gelingt es, schon nach kurzer Zeit einen neuen Arbeitsplatz zu erhalten. Der Anteil der Arbeitslosen, die weniger als drei Monate beim Arbeitsamt registriert waren, verminderte sich zwischen 1974 und 1984 von 57,3 auf 29,1 %. Die Verschiebung zu Lasten der längerfristig Arbeitslosen ließ die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ansteigen. Im September 1984 belief sie sich auf 11,6 Monate, ein Jahr zuvor hatte sie 10,3 Monate betragen. Dabei gilt, daß es gut ausgebildeten Arbeitnehmern in der Regel gelingt, die Zeit der Arbeitslosigkeit kürzer zu halten als beruflich weniger qualifizierten.

Tab. 10: Arbeitslose nach Dauer der Arbeitslosigkeit
jeweils September

Jahr	Arbeitslose insgesamt	Darunter waren arbeitslos (%)		
		unter 3 Monaten	3 Monate bis unter 1 Jahr	1 Jahr und länger
1971	146 740	60,7	34,0	5,3
1973	219 105	57,2	34,3	8,5
1975	1 006 554	41,9	48,5	9,6
1977	911 257	41,6	39,9	18,6
1979	736 690	41,8	38,3	19,9
1981	1 256 396	42,3	41,4	16,2
1982	1 818 638	35,4	43,4	21,2
1983	2 133 900	29,2	42,3	28,5
1984	2 143 008	29,1	38,2	32,7

3.7.7 Einkommen der Arbeitslosen

Mit der Dauer der Arbeitslosigkeit wächst die finanzielle Belastung der Betroffenen. Während die meisten Arbeitslosen im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit noch Arbeitslosengeld erhalten – es beläuft sich je nach Familienstand auf 68 % bzw. 63 % des letzten Nettoeinkommens – wird die niedrigere Arbeitslosenhilfe (58 % des letzten Nettoeinkommens) nur bei nachweisbarer Bedürftigkeit gewährt.

Von den Arbeitslosen, die Ende September 1984 gemeldet waren, bezogen 34,0 % Arbeitslosengeld und 26,3 % Arbeitslosenhilfe; weitere 10,7 % hatten zu diesem Zeitpunkt Leistungen beantragt. Nach den Erfahrungen der Arbeitsämter erfüllen fast alle

Antragsteller die Voraussetzungen für einen Anspruch. Damit betrug der Anteil der Leistungsberechtigten unter den Arbeitslosen im September 1984 rund 71 %. 1983 lag die Quote der Leistungsberechtigten noch bei 73 % und 1982 bei 76 %.

Insgesamt hat also etwa jeder vierte beim Arbeitsamt registrierte Arbeitslose weder Anspruch auf Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Hinzuzurechnen ist die gesamte „stille Reserve“, die sich in dem Bewußtsein, keine Leistungen beanspruchen zu können, erst gar nicht beim Arbeitsamt meldet. Unter diesen Personen sind viele Berufsanfänger, die noch keine Gelegenheit hatten, durch Beitragszahlungen Leistungsansprüche zu erwerben. Sie sind entweder auf die Unterstützung von Angehörigen oder auf Sozialhilfe angewiesen.

4 Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte

4.1 Zielsetzung der Statistik über Einnahmen und Ausgaben

Mit Einnahmen und Ausgaben beschäftigen sich viele Statistiken. Zu nennen sind insbesondere die Verdienststatistiken (vgl. Kap. 16), die Steuerstatistiken (vgl. Kap. 11), die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 12) und die Wirtschaftsrechnungen. Sie alle betrachten das Thema unter verschiedenen Blickwinkeln und bedienen sich darüber hinaus einer abweichenden Terminologie, so daß eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse nicht möglich ist. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die Wirtschaftsrechnungen, also die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in mehrjährigen Abständen – zuletzt 1983, davor 1978 – Einnahme- und Ausgabedaten für alle Haushalte (ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit besonders hohen Einkommen) bereitstellt, und die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die Jahr für Jahr Angaben für ausgewählte Haushaltstypen liefern. Nur gelegentlich werden aufgrund der Aktualität oder wichtiger Zusatzinformationen andere Statistiken herangezogen.

Die Wirtschaftsrechnungen konzentrieren sich vor allem auf die Frage, wieviel Geld die Haushalte zur Verfügung haben, ausgeben und sparen. Sie greifen dabei auf die Aufzeichnungen ausgewählter Haushalte aus unterschiedlichen sozialen Schichten zurück, die für die Statistik freiwillig über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch führen. Die anfallenden Daten, die für die Wirtschafts- und Sozialpolitik und für verbraucherpolitische Zwecke unentbehrlich sind, ermöglichen eine Beurteilung der Einkommenssituation und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung und liefern zugleich Informationen über den Lebensstandard. Es handelt sich also um eine sehr lebensnahe Statistik, die dem vielgeäußerten Klagespruch, daß mit dem Einkommen kein Auskommen sei, ein wenig auf den Grund gehen möchte.

4.2 Von den Einnahmen zu den Ausgaben

Die Zusammenhänge zwischen Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung werden besonders deutlich am Aufbau des Schemas, das den Wirtschaftsrechnungen zugrunde liegt. Es geht von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus, berücksichtigt die öffentlichen Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) und die Transferleistungen des Staates (z.B. Renten, Kindergeld) und führt zu den ausgabefähigen

Einkommen. Aus ihnen ergibt sich nach Abzug der Ausgaben für den privaten Verbrauch als Restgröße die Ersparnis.

- Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
- + Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Einnahmen aus Einkommensübertragungen (öffentliche Renten, Kindergeld u. ä.) und Untervermietung
- = *Haushaltsbruttoeinkommen*
- Einkommen- und Vermögensteuern
- Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
- = *Haushaltsnettoeinkommen*
- + sonstige Einnahmen (z. B. Einnahmen aus dem Verkauf gebrauchter Waren)
- = *Ausgabefähige Einkommen bzw. Einnahmen*
- Ausgaben für den privaten Verbrauch
- Übrige Ausgaben (z. B. Kraftfahrzeugsteuern, freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung)
- = *Ersparnis*

4.3 Einnahmen der privaten Haushalte

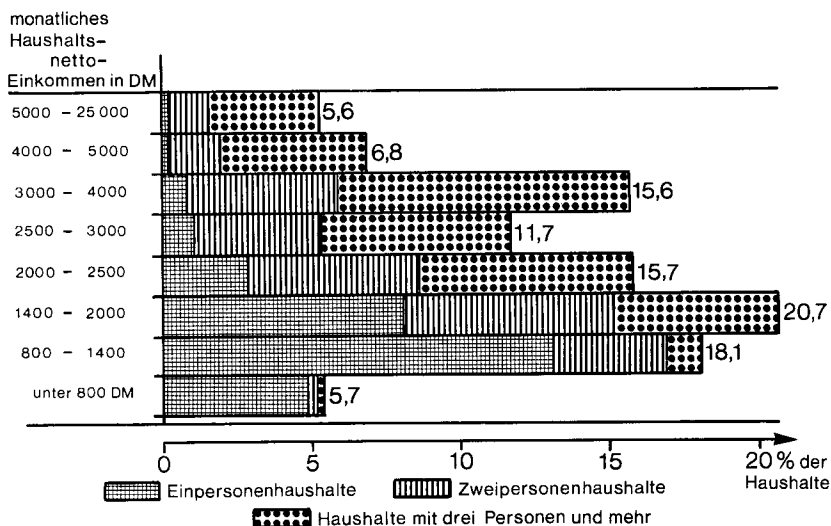
4.3.1 Verteilung des Haushaltseinkommens

Jeder Haushalt weiß ungefähr, wieviel Geld ihm monatlich zur Verfügung steht. Dieser Überlegung folgend wird im sogenannten Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe das gesamte monatliche Haushaltsnettoeinkommen (Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder) erfragt. Dabei stufen sich die Haushalte in vorgegebene Einkommensgrößenklassen ein. Erfahrungsgemäß neigen sie zu einer Unterschätzung ihrer Einkünfte, so daß sich für die Auswertung weniger die absolute Höhe als die Struktur der Einkommen eignet.

1983 verfügten 48,1 % der Haushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1 400 und 3 000 DM. 22,5 % hatten netto monatlich 3 000 bis 5 000 DM. In der Einkommensklasse von 5 000 DM bis 25 000 DM befanden sich 5,6 % der Haushalte; am anderen Ende der Skala mußten 23,8 % mit weniger als 1 400 DM monatlich auskommen, wobei nach eigenen Angaben 5,7 % der Haushalte sogar weniger als 800 DM hatten.

Die Haushalte mit den geringsten Einkommen bestanden überwiegend aus einer Person. Die oberen Einkommensklassen waren dagegen fast ausschließlich mit Mehrpersonenhaushalten besetzt, in denen häufig mehrere Haushaltsmitglieder zum Einkommen beitragen.

Abb. 1: Einkommensverteilung 1983¹



¹ Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

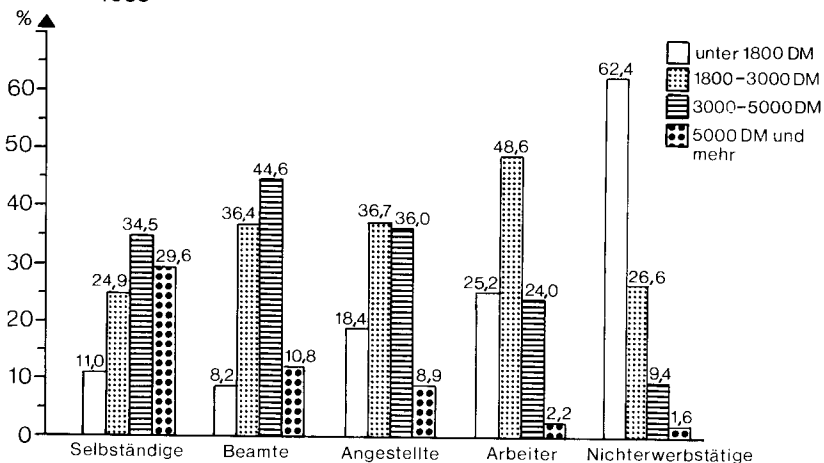
Eine Durchschnittsbetrachtung der Einkommen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Hier wird das verfügbare Einkommen herangezogen, das in der Abgrenzung nicht genau mit dem Nettoeinkommen in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe übereinstimmt; diese Abweichungen sollen aber im Rahmen dieser Darstellung nicht weiter vertieft werden. Danach betrug das verfügbare Einkommen je Haushalt 1982 rund 39000 DM, je Haushaltsmitglied rund 16000 DM.

4.3.2 Soziale Stellung und Höhe des Haushaltseinkommens

Differenziert man nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, so liegen die Haushalte der Selbständigen (ohne Landwirte) – gemessen am Nettoeinkommen – an der Spitze der Einkommenspyramide. Etwa 64 % von ihnen gaben in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 an, über ein monatliches Nettoeinkommen von 3000 DM oder mehr zu verfügen. Bei den Beamtenhaushalten waren es etwa 55 %. Von den Angestelltenhaushalten hatten etwa 45 % ein Einkommen dieser Größenordnung und von den Arbeiterhaushalten rund 26 %. Dagegen floß nur 11 % der Nichterwerbstätigenhaushalte ein Nettoeinkommen von 3000 DM und mehr zu.

In der Durchschnittsbetrachtung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergibt sich folgendes Bild: Die Selbständigenhaushalte (außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) lagen 1982 hinsichtlich ihres verfügbaren Einkommens mit knapp

Abb. 2: Aufgliederung der Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung 1983¹



1 Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten, Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

Tab. 1: Verfügbares Einkommen der Privathaushalte 1982

Haushalte von	DM je Haushalt	DM je Haushaltsmitglied
Landwirten	47 502	10 898
übrigen Selbständigen	106 633	34 278
Beamten	49 711	16 415
Angestellten	45 622	17 102
Arbeitern	36 394	11 825
Arbeitslosengeld-/hilfeempfängern	20 790	8 324
Rentnern/Pensionären	27 003	16 176
sonstigen Nichterwerbstätigen	24 148	12 700
Insgesamt	39 355	16 044

107000 DM je Haushalt an der Spitze. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sie erhebliche Teile ihrer Aufwendungen für die Alterssicherung aus dem verfügbaren Einkommen bestreiten müssen, während bei den übrigen Erwerbstätigenhaushalten die meisten derartigen Aufwendungen in Form von Sozialbeiträgen als geleistete laufende

Übertragungen bereits abgezogen sind. Unter den Arbeitnehmerhaushalten erreichten die Beamten mit knapp 50 000 DM ein etwas höheres verfügbares Einkommen als die Angestellten mit knapp 46 000 DM je Haushalt. Deutlich niedriger lag hingegen das verfügbare Einkommen der Arbeiterhaushalte mit gut 36 000 DM. Haushalte von Rentnern bzw. Pensionären konnten 1982 über 27 000 DM verfügen; Haushalte von Arbeitslosengeld- oder -hilfeempfängern mußten mit einem durchschnittlichen Einkommen von knapp 21 000 DM auskommen.

4.3.3 Einkommensquellen

Über die Herkunft der Haushaltseinkommen gibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Aufschluß. Die Ergebnisse der Stichprobe von 1983 liegen derzeit noch nicht vor. 1978 stammten rund 57 % der gesamten Haushaltsbruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, 12 % aus Unternehmertätigkeit, 8 % aus Vermögen (Zinsen, Dividenden, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung usw.), 20 % aus staatlichen Transferleistungen und 3 % aus sonstigen Quellen. An diesen Strukturdaten ändert sich im Zeitablauf nur wenig, vergleichbare Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen lassen zu Beginn der achtziger Jahre einen leichten Anstieg des Einkommensanteils aus Transferleistungen erkennen. Allerdings sind diese Zahlen nur Durchschnittswerte. Erhebliche Unterschiede werden sichtbar, wenn man die soziale Stellung der Haushalte berücksichtigt.

So bezogen die Erwerbstätigenhaushalte 86 % ihrer monatlichen Haushaltsbruttoeinkommen aus eigener – selbständiger oder unselbständiger – Arbeit. Leistungen des Staates spielen hier eine untergeordnete Rolle. Öffentliche Renten und Pensionen sowie

Tab. 2: Zusammensetzung des Einkommens privater Haushalte 1978
in Prozent

Quellen des Haushalts- bruttoeinkommens	Soziale Stellung der Bezugsperson des Haushalts						Haushalte insge- samt
	Landwirt	Selbstän- diger	Beamter	Ange- stellter	Arbeiter	Nichter- werbs- tätiger	
Unselbständige Arbeit	11,9	11,4	84,5	86,1	84,6	10,3	57,3
Selbständige Arbeit	64,3	73,4	1,8	1,6	1,5	2,1	11,8
Vermögen	13,7	10,4	6,5	6,2	6,1	10,7	7,9
Zahlungen aus öffentlichen Kassen	9,5	4,0	3,9	4,2	6,1	71,3	20,3
Übrige Quellen	0,6	0,8	3,3	1,9	1,7	5,6	2,7
Haushaltsbrutto- einkommen	100	100	100	100	100	100	100

Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe usw. trugen bei den meisten Erwerbstätigenhaushalten mit weniger als 8 % zum Haushaltsbruttoeinkommen bei.

Die Nichterwerbstätigenhaushalte (1978 waren das etwa 40 % aller Haushalte) lebten hingegen überwiegend von staatlichen Transferzahlungen, und zwar insbesondere von Renten und Pensionen, die zusammen etwa 71 % des Bruttoeinkommens dieses Haushaltstyps ausmachten.

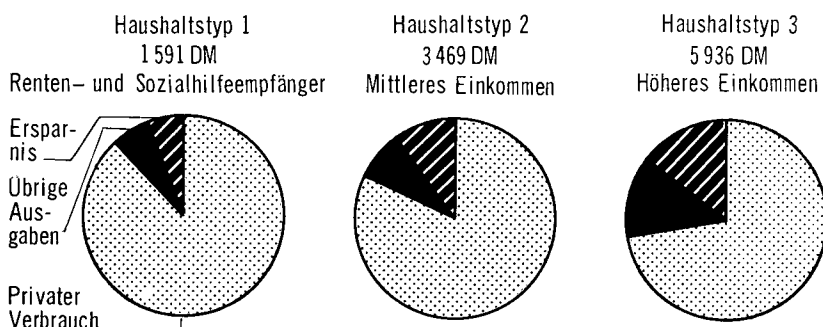
Die Einkommen aus Vermögen, zu denen auch der Mietwert des eigenen Hauses gehört, erreichten insbesondere bei den Selbständigen und den Landwirten – aber auch bei den Nichterwerbstätigen – hohe Anteile am gesamten Haushaltsbruttoeinkommen. Bei den Selbständigen waren es rund 10 %, bei den Landwirten 14 % und bei den Nichterwerbstätigen 11 %. Bei Beamten, Angestellten und Arbeitern hatten die Vermögenserträge jeweils einen Anteil von etwa 6 % am Haushaltsbruttoeinkommen.

4.4 Ausgaben der privaten Haushalte

Über die Ausgabenstruktur der Haushalte gibt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1978 Aufschluß. Danach verwenden die privaten Haushalte den größten Teil ihrer ausgabefähigen Einkommen (76,6 %) für die Käufe von Waren und Dienstleistungen, den sogenannten „privaten Verbrauch“. Ein wesentlich geringerer Teil (9,8 %) entfällt auf „übrige Ausgaben“, die u. a. freiwillige Beitragszahlungen an Versicherungen sowie Kraftfahrzeugsteuern umfassen. Der Rest (13,5 %) wird gespart.

Unterschiede in der Zusammensetzung der Ausgaben ergeben sich je nach der Höhe der Einkommen. Dies zeigen die laufenden Wirtschaftsrechnungen, die für ausgewählte Haushaltstypen aktuelles Datenmaterial bereitstellen. Im Rahmen dieser Statistik werden drei Haushaltstypen unterschieden, und zwar Zweipersonenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringerem Einkommen (Typ 1), Vierpersonen-Arbeitnehmer-

Abb. 3: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen 1983



haushalte mit mittlerem Einkommen (Typ 2) und Vierpersonenhaushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen (Typ 3). Das monatliche Einkommen bewegte sich 1983 in folgenden vorgegebenen Grenzen:

Typ 1: unter 1800 DM
(Bruttoeinkommen des gesamten Haushalts)

Typ 2: 2450 bis 3700 DM
(Bruttoarbeitseinkommen des alleinverdienenden Familienvaters)

Typ 3: 4750 bis 6500 DM
(Bruttoarbeitseinkommen aller Haushaltsmitglieder; darunter mindestens 4450 DM des Hauptverdieners)

Je niedriger das Einkommen, desto höher ist in der Regel der Anteil der Verbrauchsausgaben und desto weniger wird gespart. So entfielen 1983 beim einkommensschwachen Haushaltstyp 1 rund 88 % des ausgabenfähigen Einkommens auf den privaten Verbrauch, bei den Beziehern mittlerer Einkommen knapp 82 % und bei den Haushalten mit höherem Einkommen ungefähr 72 %.

4.5 Entwicklung der Verbrauchsausgaben im Zeitablauf

In den drei vergangenen Jahrzehnten konnten die privaten Haushalte ihren Lebensstandard nahezu kontinuierlich erhöhen. Das zeigt sich, wenn man die Ausgaben für den privaten Verbrauch im Zeitablauf verfolgt. Besser als die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen eignen sich für diesen Zweck die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die die Daten auch preisbereinigt und in Form von Pro-Kopf-Werten bereitstellen.

Im Jahr 1983 wurden danach in der Bundesrepublik Deutschland je Einwohner im Durchschnitt 15423 DM für Zwecke des privaten Verbrauchs ausgegeben. Gegenüber 1960 hat sich dieser Wert fast verfünffacht. Rechnet man die Preissteigerungen heraus, so verbleibt real immer noch eine Zuwachsrate von 100 %. 1981 und 1982 ging zum erstenmal in der Nachkriegszeit der private Verbrauch real zurück. 1983 und 1984 konnten wieder leichte Zuwächse verzeichnet werden, so daß gerade das Niveau von 1980 erreicht wurde.

4.6 Zusammensetzung des privaten Verbrauchs

Ein erheblicher Teil der Verbrauchsausgaben entfällt auf die Grundbedürfnisse. Rund 25 % der Ausgaben privater Haushalte im Inland wurden 1984 für den Kauf von Nahrungs- und Genußmitteln verwendet. Einen weiteren großen Posten stellten mit etwa 16 % die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung dar.

Abb. 4: Verbrauchsausgaben je Einwohner und Jahr
in Preisen von 1976

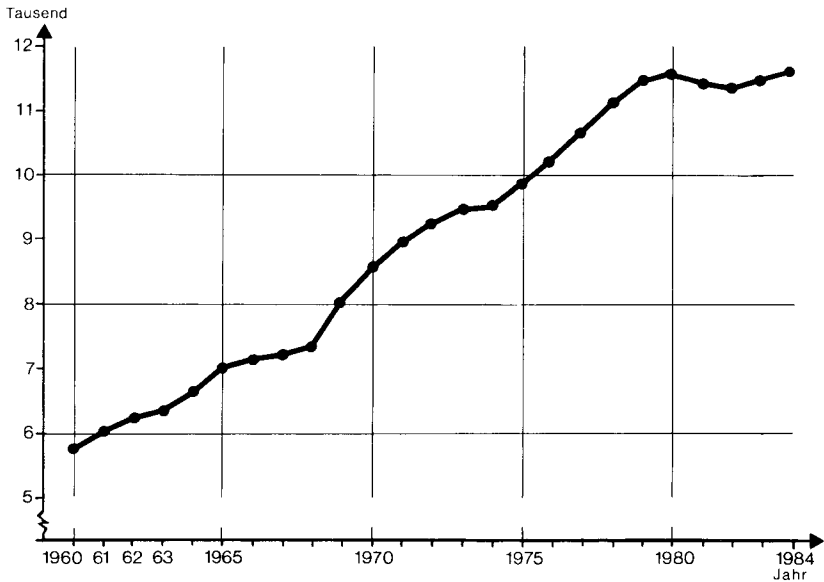
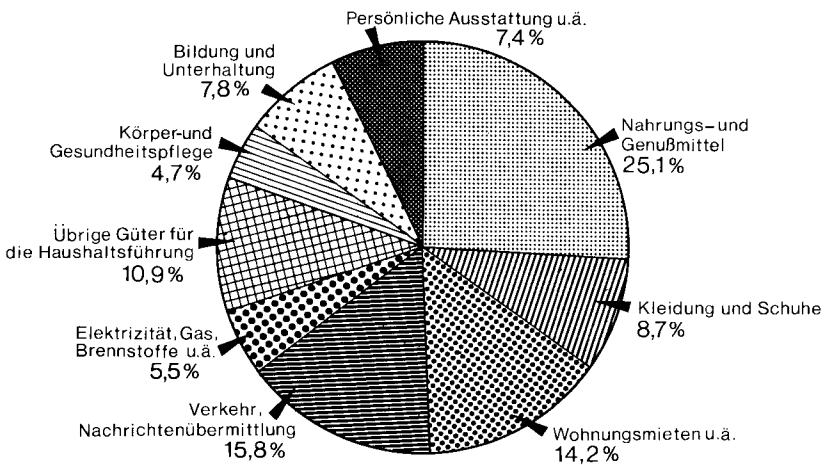


Abb. 5: Struktur des privaten Verbrauchs 1984



Bei den einzelnen Haushaltstypen sind zum Teil beträchtliche Unterschiede in der Zusammensetzung des privaten Verbrauchs zu beobachten. So liegt z. B. der Anteil für die Grundbedürfnisse bei einkommensschwachen Haushalten wesentlich höher als bei einkommensstarken.

1983 entfielen beim Haushaltstyp 1 71,2% der Verbrauchsausgaben auf Essen, Trinken, Wohnen, Heizen und Kleidung, während der Anteil beim Haushaltstyp 3 nur 51,8% betrug. Die Haushalte des Typs 1 verwendeten 1983 allein 32,1% für den Kauf von Nahrungs- und Genußmitteln, die des Typs 2 26,1% und des Typs 3 nur 21,5%.

Diese Zahlen belegen die Erkenntnis, die schon 1857 der Pionier der Verbrauchsstatistiken, Ernst Engel, in dem nach ihm benannten „Gesetz“ zusammengefaßt hat. Es besagt, daß mit steigendem Haushaltseinkommen der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel an den Gesamtausgaben sinkt. Das Gesetz bestätigt sich auch, wenn man die Entwicklung der einzelnen Ausgabenanteile im Zeitablauf betrachtet: Während sich der Prozentsatz, der für Essen und Trinken ausgegeben wird, in den letzten zwei Jahrzehnten unter dem Einfluß gestiegener Einkommen reduzierte, stiegen die Anteile anderer Ausgabengruppen, wie Wohnen und Energieversorgung, beträchtlich an.

Auch in den absoluten Beträgen spiegelt sich die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Ausgabengruppen wider. Während sich beispielsweise beim Haushaltstyp 2 die Ausgaben für Wohnungsmieten zwischen 1965 und 1983 in etwa verfünffachten, stiegen die Aufwendungen für Nahrungs- und Genußmittel nur gut auf das Doppelte.

Tab. 3: Monatliche Ausgaben für den privaten Verbrauch 1983

Ausgabenposten	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%	DM	%
Privater Verbrauch insgesamt	1 401	100	2 837	100	4 294	100
davon:						
Nahrungs- und Genußmittel	450	32,1	740	26,1	922	21,5
Wohnungsmieten	325	23,2	492	17,3	689	16,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	132	9,4	189	6,7	233	5,4
Kleidung, Schuhe	91	6,5	229	8,1	382	8,9
Verkehr,						
Nachrichtenübermittlung	110	7,8	450	15,9	755	17,6
Bildung u. Unterhaltung	65	4,7	247	8,7	415	9,7
Übrige Güter u. Dienstleistungen für den privaten Verbrauch	228	16,3	491	17,3	898	21,0

Tab. 4: Anteile am privaten Verbrauch
in Prozent

Ausgabengruppe Nahrungs- und Genußmittel

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	50,2	40,0	28,5
1970	43,0	35,3	26,1
1975	38,2	29,8	23,0
1980	33,5	28,1	22,0
1983	32,1	26,1	21,5

Ausgabengruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	2,8	9,7	16,2
1970	3,9	10,9	15,1
1975	4,9	13,8	16,4
1980	7,2	14,0	15,3
1983	7,8	15,9	17,6

Ausgabengruppe Wohnungsmieten u. ä.

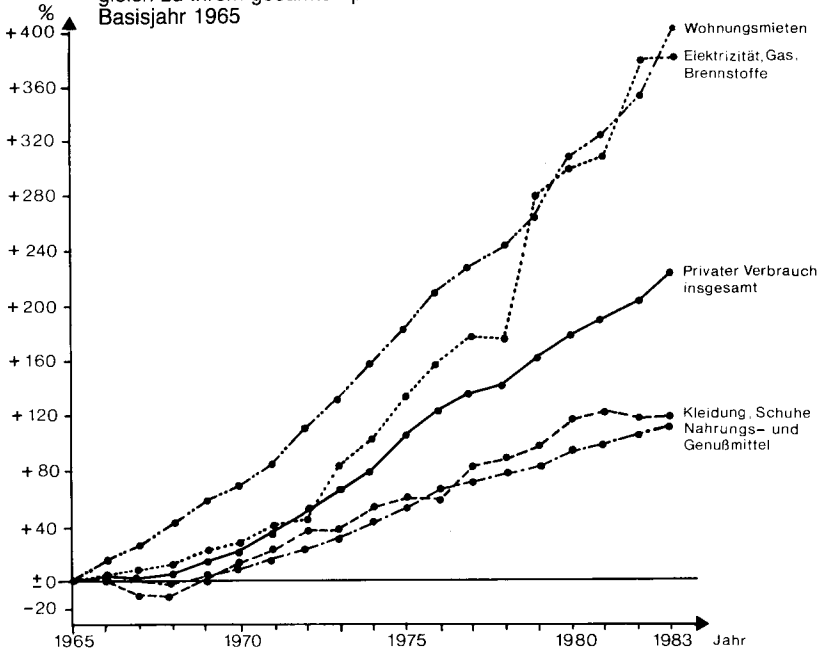
Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	16,2	11,2	12,1
1970	20,5	15,5	14,0
1975	22,2	15,5	14,8
1980	22,4	16,4	15,5
1983	23,2	17,3	16,0

Ausgabengruppe Elektrizität, Gas, Brennstoffe

Jahr	Haushaltstyp 1	Haushaltstyp 2	Haushaltstyp 3
1965	7,1	4,5	3,8
1970	7,7	4,7	3,8
1975	7,6	5,1	4,2
1980	8,8	6,5	5,4
1983	9,4	6,7	5,4

Dabei ist zu berücksichtigen, daß in die Ausgaben sowohl die Preis- wie die Mengenkomponente eingeht. Der Anstieg eines Ausgabenpostens kann also durch Preissteigerungen und/oder Erhöhung der nachgefragten Menge verursacht werden. Als dritte Möglichkeit ist der Übergang auf höherwertige und damit teurere Waren denkbar (Substitution). In der Regel ist die Ausgabensteigerung auf eine Kombination aller drei Faktoren zurückzuführen, wobei eine Komponente durchaus überwiegen kann.

Abb. 6: Entwicklung einzelner Ausgabengruppen
bei Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im Vergleich zu ihrem gesamten privaten Verbrauch
Basisjahr 1965



4.6.1 Nahrungs- und Genußmittel

Für die Ausgabensteigerungen im Bereich der Nahrungs- und Genußmittel spielt der Substitutionsvorgang eine große Rolle. In ihm wirken sich die Änderung der Verbrauchsgewohnheiten aus. Besonders auffallend ist die beträchtliche Zunahme des Konsums hochwertiger Nahrungsmittel. So lag der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch im Wirtschaftsjahr 1983/84 bei etwa 89 kg, gegenüber 37 kg 1950/51. Der Verzehr von Getreideerzeugnissen und Kartoffeln wurde dagegen erheblich eingeschränkt. Besonders zugenommen hat der Konsum von Tabakwaren und alkoholischen Getränken. So stieg beispielsweise der Weinverbrauch mit 26 l je Einwohner im Jahr 1984 gegenüber 1950 auf mehr als das Vierfache an.

Tab. 5: Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln
je Einwohner und Jahr

Erzeugnis	Einheit	Wirtschaftsjahr				
		1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1983/84
Getreide	kg	99	80	66	68	72
Kartoffeln	kg	184	132	102	81	70
Gemüse	kg	49	49	64	64	68
Frischobst	kg	40	94	93	84	74
Fleisch	kg	37	57	79	91	89
Käse	kg	4	8	10	14	15
Butter	kg	6	9	7	6	5
Zigaretten	St.	476	1 282	1 946	2 085	1 951 ¹
Bier	l	37	95	141	147	144 ¹
Trinkwein/Schaumwein	l	6	13	16	25	26 ¹

1 1984.

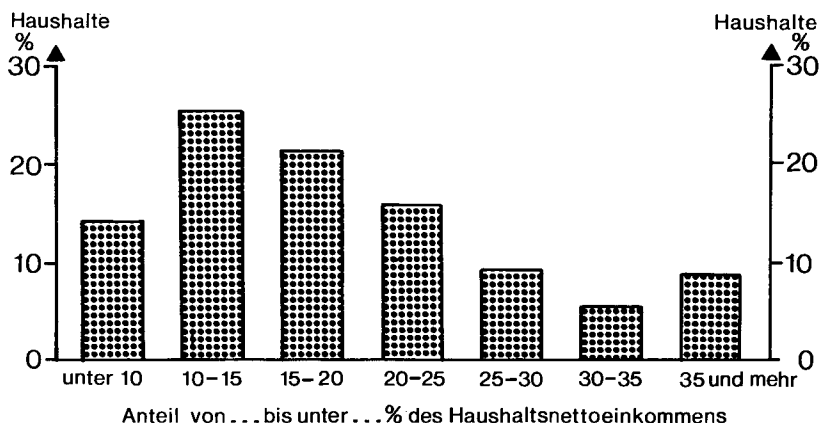
4.6.2 Wohnungsmieten

Die Ausgaben für Wohnungsmieten sind im letzten Jahrzehnt überdurchschnittlich gestiegen. 1983 gaben z.B. die Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen im Schnitt 492 DM (17,3 % des privaten Verbrauchs) für ihre Wohnung aus, während sie 1970 noch mit knapp 170 DM (15,5 % des privaten Verbrauchs) ausgekommen waren. Die Ursache hierfür liegt nicht zuletzt in einer erheblichen Verbesserung der Wohnungsausstattung. Während 1972 nur 42 % aller Wohneinheiten mit Sammelheizung, Bad und WC ausgestattet waren, verfügten 1982 bereits rund 66 % über diesen Komfort. Die durchschnittliche Quadratmetermiete einer Wohnung mit Bad, WC und Sammelheizung betrug 1982 6,04 DM, während Wohnungen, die lediglich mit WC ausgestattet waren, durchschnittlich 4,23 DM pro Quadratmeter kosteten. Neben anderen Gründen spielt insbesondere auch der Trend zu größeren Wohnungen für die Erhöhung der Mietbelastung eine wesentliche Rolle (vgl. Kap. 5).

4.6.3 Elektrizität, Gas, Brennstoffe

Zu den auffälligsten Erscheinungen im Bereich der Ausgabenentwicklung zählen die Aufwendungen für die Energieversorgung (vgl. Kap. 18). Die jährlichen Veränderungsraten der Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe zeigen im letzten Jahrzehnt keinen kontinuierlichen Verlauf, sondern sind in erster Linie durch die Preisschübe beim Erdöl gekennzeichnet.

Abb. 7: Mietbelastung der Hauptmieterhaushalte 1982



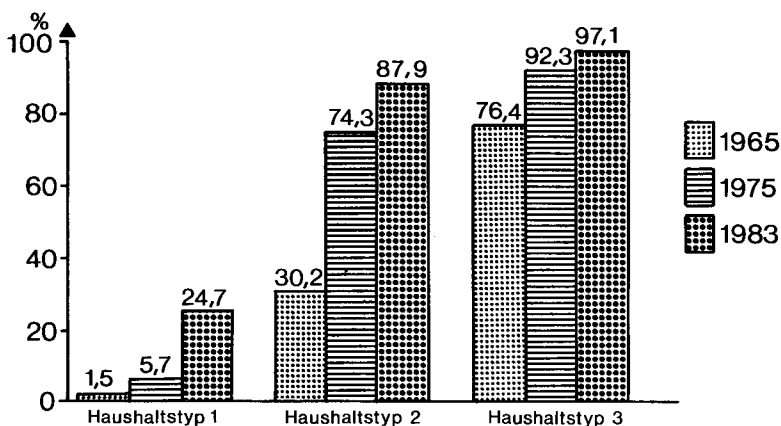
Der Anteil der Energieausgaben am privaten Verbrauch hat sich seit 1972 fast ständig erhöht. Von dieser Entwicklung sind alle Haushaltstypen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Die Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern gaben 1983 fast jede zehnte Mark für die Energieversorgung aus, wobei die Aufwendungen für den Kauf von Kraftstoffen, die statistisch zum Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ rechnen, noch nicht einmal berücksichtigt sind.

4.6.4 Ausgaben für Kraftfahrzeuge

Die Ausgaben für Kraftfahrzeuge haben sich insbesondere wegen der gestiegenen Kraftstoffpreise erhöht. Bemerkenswerterweise ist der Bestand an Fahrzeugen trotz der Benzinverteuerungen seit 1973 noch kräftig angewachsen. Während 1973 in der Bundesrepublik annähernd 17 Mill. Personenkraftwagen zugelassen waren, lag diese Zahl 1983 bereits bei 24,6 Mill. Rein rechnerisch hätte 1983 fast jeder Haushalt über ein Kraftfahrzeug verfügen können. Nach den Ergebnissen der laufenden Wirtschaftsrechnungen besaß 1983 allerdings nur von den Vierpersonenhaushalten mit höherem Einkommen nahezu jeder (97,1 %) mindestens ein Auto. Bei den Vierpersonenhaushalten mit mittlerem Einkommen waren es 87,9 % und bei den Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalten 24,7 %.

Die Haushalte des Typs 2, die ein Kraftfahrzeug besitzen, gaben 1983 im Durchschnitt etwa 275 DM monatlich für die Unterhaltung ihres Personenkraftwagens aus. Nicht eingerechnet sind dabei Anschaffungskosten bzw. Abschreibungen. Fast die Hälfte der Ausgaben (45,6 %) entfiel allein auf Kraftstoffe, knapp ein Viertel (23 %) auf Steuer und Versicherung, rund 9 % auf Garagenmieten und der Rest auf Ersatzteile, Reparaturen u. ä. Gegenüber 1970 haben sich die Ausgaben für das Kraftfahrzeug bei diesem Haushaltstyp mehr als verdoppelt.

Abb. 8: Besitz eines Pkw



Tab. 6: Monatliche Kosten der Kraftfahrzeughaltung 1983¹

Art der Aufwendung	Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	DM	%	DM	%
Kraftstoffe	125,34	45,6	169,79	45,0
Garagenmieten	24,01	8,7	32,60	8,6
Kraftfahrzeugsteuer	19,89	7,2	23,49	6,2
Kraftfahrtversicherung	43,41	15,8	49,25	13,1
Reparaturen, Ersatzteile u. ä.	62,17	22,7	102,14	27,1
Insgesamt	274,82	100	377,27	100

¹ Je Haushalt mit Kraftfahrzeug.

4.6.5 Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub

Die Ausgaben für Freizeitgüter einschließlich Urlaub weisen weit überdurchschnittliche Steigerungsraten auf. Beim Haushaltstyp 2 hat sich dieser Budgetposten zwischen 1965 und 1983 von 94 DM auf 438 DM monatlich, also um 366 % erhöht. Im Vergleich dazu stiegen die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch im selben Zeitraum lediglich um 222 %.

Einkommensstarke Haushalte wenden für diese Zwecke erheblich höhere Beträge auf als einkommensschwache. Bei den Haushalten des Typs 3 erreichten die monatlichen

Verbrauchsausgaben für Freizeitgüter und Urlaub 1983 mit etwa 807 DM (202 DM pro Person) einen Anteil von 19 % an den Gesamtausgaben. Aber auch den Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern war das Freizeitvergnügen immerhin noch 141 DM (71 DM pro Person) wert – das entspricht einem Anteil von rund 10 % am privaten Verbrauch.

Tab. 7: Monatliche Aufwendungen für Freizeitgüter und Urlaub

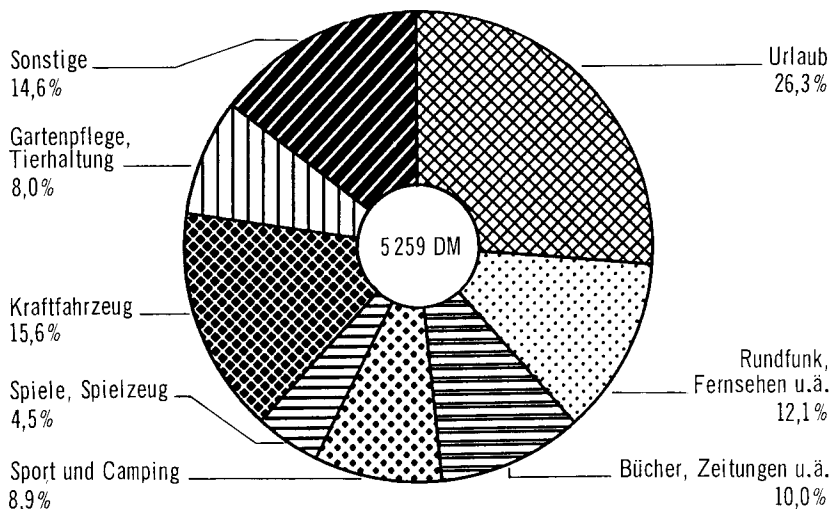
Jahr	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	%		%		%	
	DM	des privaten Verbrauchs	DM	des privaten Verbrauchs	DM	des privaten Verbrauchs
1965	21,07	5,5	94,05	10,7	233,51	14,9
1970	35,12	6,8	134,42	12,3	301,52	16,1
1975	63,95	7,8	283,08	15,7	502,61	17,6
1980	106,86	9,1	405,66	16,6	737,33	19,4
1983	141,29	10,1	438,27	15,4	807,32	18,8

Ein großer Teil der Aufwendungen für Freizeitgüter entfällt auf die Unterhaltungselektronik (Rundfunk-, Fernsehgeräte u. ä.), aber auch Bücher, Zeitschriften und Zeitungen stehen hoch im Kurs. Ein wichtiges Freizeitgut stellt für viele das Kraftfahrzeug dar; allerdings ist die anteilige Nutzung für Freizeit Zwecke schwer zu ermitteln und der von der Statistik unterstellte Wert (30 % der laufenden Kosten) nur als grober Anhaltspunkt zu betrachten.

Ein erheblicher Teil des Freizeitbudgets entfällt auf den Urlaub. Insgesamt ließen sich die Bundesbürger 1981/82 ihre Reiselust 35,4 Mrd. DM kosten. Die Hälfte von ihnen fuhr für mindestens fünf Tage in Urlaub; jeder fünfte Urlauber unternahm sogar zwei oder mehr derartige Reisen.

Von den Zweipersonenhaushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern traten 1983 rund 41 % eine Ferienreise an. Sie gaben dafür im Durchschnitt 1 369 DM aus. Dagegen leisteten sich knapp 67 % aller Haushalte des Typs 2 einen Urlaubsaufenthalt, der ihnen durchschnittlich 2076 DM wert war. Allerdings scheinen insbesondere die Vierpersonenhaushalte mit mittlerem Einkommen 1983 eher auf einen Urlaub verzichtet zu haben; denn 1981 und 1982 verreisten noch 70 % der Haushalte dieses Typs und gaben durchschnittlich dafür mehr Geld aus als 1983. Am reisefreudigsten waren die Haushalte mit höherem Einkommen (Typ 3). Von ihnen fuhren 1983 82 % in Urlaub, der im Durchschnitt fast 4 106 DM kostete (vgl. zu Reisen auch 6.5).

Abb. 9: Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub 1983 beim Haushaltstyp 2



4.7 Ausstattung der Haushalte

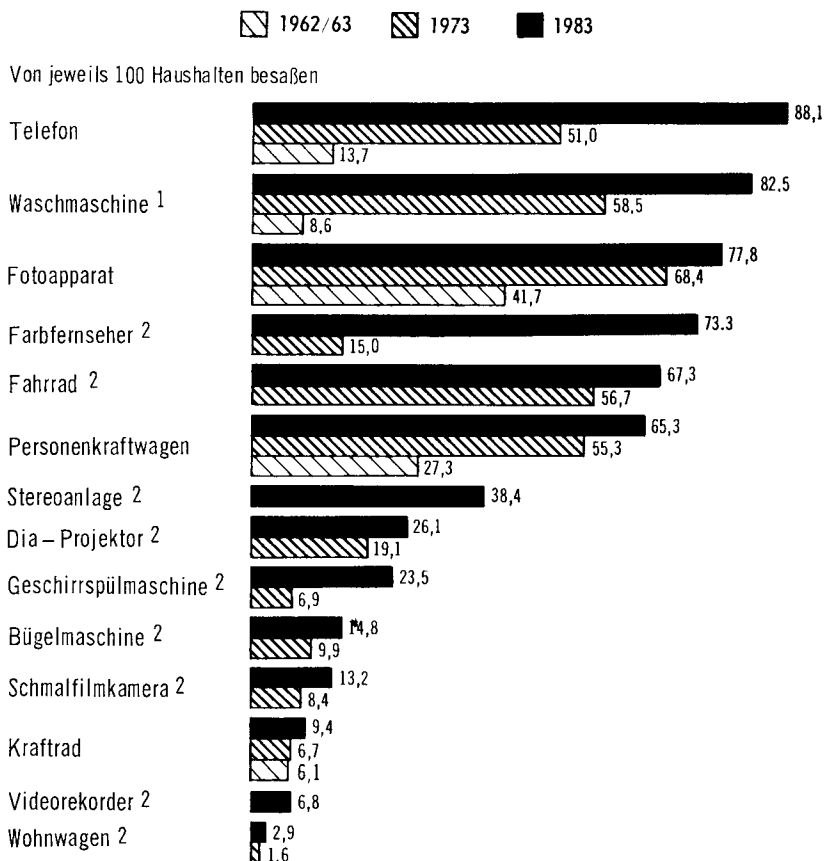
Auch aus dem Besitz bestimmter Güter, die das Leben erleichtern und verschönern, lassen sich Anhaltspunkte über den materiellen Lebensstandard der Haushalte gewinnen. Bei einigen Geräten mit besonderer Bedeutung für die Haushaltsführung, wie Waschmaschine, Kühlgeräte, Staubsauger u.ä., ist inzwischen fast Vollversorgung erreicht. Weitere Güter des gehobenen Bedarfs dringen in immer mehr Haushalte vor. So verfügten nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 bereits fast 24 % aller Haushalte über eine Geschirrspülmaschine, gegenüber knapp 7 % im Jahr 1973.

Auch die Ausstattung mit Gütern für Verkehr und Nachrichtenübermittlung hat sich wesentlich verbessert. So besitzen immer mehr Personen ein Auto.

Bemerkenswert ist ferner die gestiegene Anzahl der Fernsprechanchlüsse. 1983 war in 88 % der Haushalte Telefon vorhanden, gegenüber 51 % im Jahre 1973 und knapp 14 % 1962.

Güter zu Unterhaltungs- und Freizeitzielen sind ebenfalls weit verbreitet. Es gibt kaum noch Haushalte, die kein Fernsehgerät besitzen. Inzwischen dringen Videogeräte als neue Produkte vor. 1983 gaben bereits 6,8 % der Haushalte an, einen Videorekorder zu besitzen.

Abb. 10: Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern



1 1962/63 und 1973 nur Waschautomat.

2 In den vorhergehenden Erhebungen nicht erfragt.

Zwischen den einzelnen Haushaltstypen bestehen Unterschiede in der Versorgung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die sich im Zeitablauf allerdings schon reduziert haben. Die Abweichungen im Ausstattungsgrad beruhen zudem nicht nur auf den ungleichen Einkommensverhältnissen, sondern sind auch durch Haushaltsgröße, soziale Stellung und Lebensalter bedingt.

**Tab. 8: Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern
1973 und 1983**
nach ausgewählten Haushaltstypen

Gegenstand	%					
	Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	1973	1983	1973	1983	1973	1983
Pkw	5,3	24,7	69,4	87,9	89,6	97,1
Telefon	20,5	84,7	36,6	90,4	87,9	99,1
Farbfernsehgerät	4,5	67,3	10,9	85,1	20,0	83,3
Videorekorder	–	1,3	–	10,6	–	9,5
Fotoapparat	25,0	59,3	93,2	94,7	96,9	98,6
Motor-, Segelboot	–	–	1,3	1,8	2,2	2,7
Kühlschrank	92,4	83,8	96,9	82,1	98,1	84,0
Kühl-, Gefrierkombination	–	15,3	–	21,7	–	24,2
Gefrierschrank, -truhe ¹	7,6	30,7	37,7	69,5	41,1	76,1
Geschirrspülmaschine	0,8	2,0	2,6	33,2	26,6	72,5
Waschvollautomat	25,0	63,3	49,1	76,1	57,5	70,7
Staubsauger	89,4	98,7	95,1	98,2	98,3	99,3
Handrührer od. -mixer, elektrisch	44,7	77,3	79,2	92,4	78,7	90,7

1 1973 einschließlich Kühl-, Gefrierkombination.

4.8 Sparen und Vermögen

4.8.1 Sparleistung

Die Sparleistung der Haushalte wird in hohem Maße durch das verfügbare Einkommen bestimmt. Haushalte mit hohem Einkommen verwenden einen größeren Einkommensanteil auf die Ersparnis als Haushalte mit geringem Einkommen. Bei jedem der untersuchten Haushaltstypen hat sich die Sparleistung zu Beginn der achtziger Jahre verringert. Während z. B. der Haushaltstyp 2 1981 noch 13,3 % seiner ausgabenfähigen Einkommen sparte, verwendete er 1983 nur 10,2 % auf die Ersparnis.

4.8.2 Formen der Vermögensbildung

Private Haushalte bilden zum einen Geldvermögen durch Sparen, Wertpapierkauf, Lebensversicherungen u. ä. und zum anderen Sachvermögen durch den Erwerb von Wohnungen bzw. Häusern und Grundstücken, aber auch von langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgütern wie Möbeln, Personenkraftwagen, Fernsehgeräten, Schmuck u. ä.

Abb. 11: Anteil der Aufwendungen für Vermögensbildung am ausgabefähigen Einkommen 1983

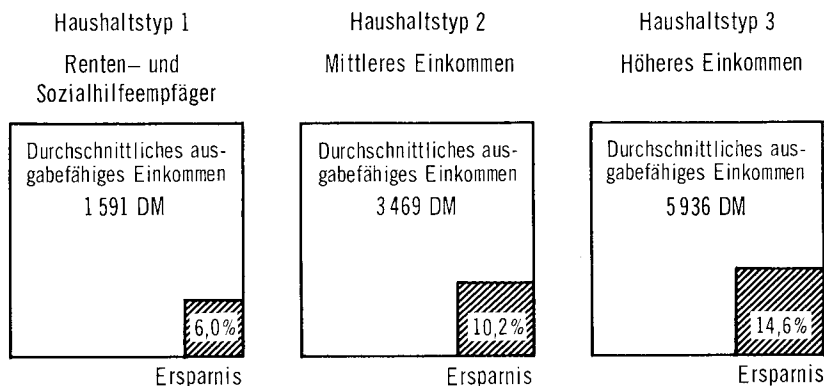
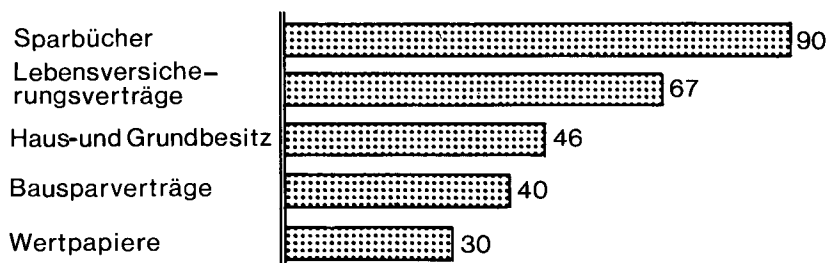


Abb. 12: Ausgewählte Vermögensbestände privater Haushalte¹ 1983
Von 100 Haushalten hatten:



¹ Ohne Ausländer, Anstaltsbevölkerung und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM und mehr.

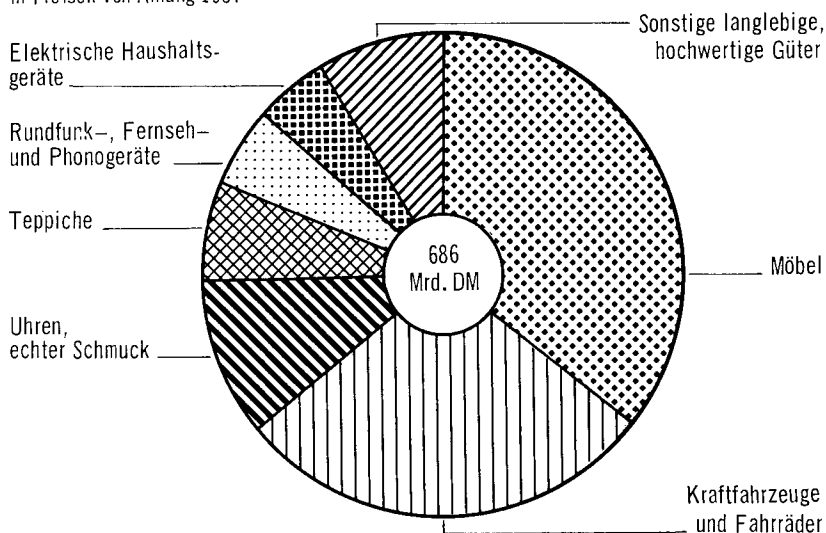
4.8.3 Gebrauchsgütervermögen

Anfang 1984 belief sich der Wert der langlebigen, hochwertigen Gebrauchsgüter der privaten Haushalte (bewertet zu Preisen von Anfang 1984) auf rund 686 Mrd. DM. Davon entfiel rund ein Drittel auf Möbel, gut ein Viertel auf Kraftfahrzeuge und etwa ein Zehntel auf Uhren und echten Schmuck. Das restliche Viertel bestand vor allem aus Teppichen, Fernseh- und Phonogeräten sowie größeren Haushaltsgeräten.

Im Durchschnitt machte damit Anfang 1984 der Wert des Gebrauchsvermögens je Privathaushalt 27 700 DM aus. Anfang 1970 waren es zu damaligen Preisen erst 182 Mrd. DM oder 8 400 DM je Haushalt gewesen.

**Abb. 13: Gebrauchsvermögen privater Haushalte
in Preisen von Anfang 1984**

in Preisen von Anfang 1984



4.8.4 Geldvermögen

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird auch nach dem Geldvermögen gefragt. 1983 erwies sich – wie schon bei früheren Erhebungen – die Geldanlage auf Sparbüchern als die am weitesten verbreitete Form der Vermögensbildung: In neun von zehn Haushalten war mindestens ein Sparbuch vorhanden. Allerdings waren die auf den Sparbüchern angesammelten Beträge im allgemeinen nicht sehr hoch und wohl häufig nur als „Notgroschen“ gedacht. So befanden sich in jedem achten Haushalt, der über Sparbücher verfügte, weniger als 1000 DM auf dem Konto. Das durchschnittliche Sparguthaben dieser Haushalte belief sich auf 10800 DM.

Nach dem Kontensparen sind Lebensversicherungsverträge die beliebteste Form der Geldanlage. 1983 nutzten 67 % der Haushalte diese Form der Vermögensbildung; 1978 waren es noch 70 % gewesen. Mit 84 % machten die Selbständigenhaushalte am häufigsten Gebrauch von Lebensversicherungen, die oftmals einen wesentlichen Teil ihrer Altersversorgung sicherstellen. Dagegen war nur die Hälfte der Nichterwerbstätigenhaushalte durch Lebensversicherungsverträge abgesichert.

1983 besaßen in der Bundesrepublik rund 30 % der Haushalte Wertpapiere in Form von Aktien, Investmentzertifikaten, festverzinslichen Wertpapieren, Sparbriefen u. ä. Im Durchschnitt belief sich der Wert dieser Depots zu Börsenkursen von Ende 1983 auf 24300 DM.

Abb. 14: Haushalte mit Sparbüchern 1983 nach der Höhe des Guthabens

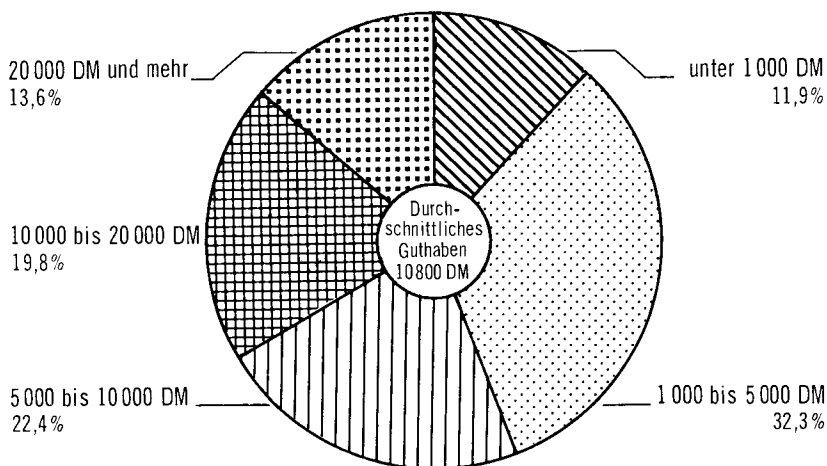
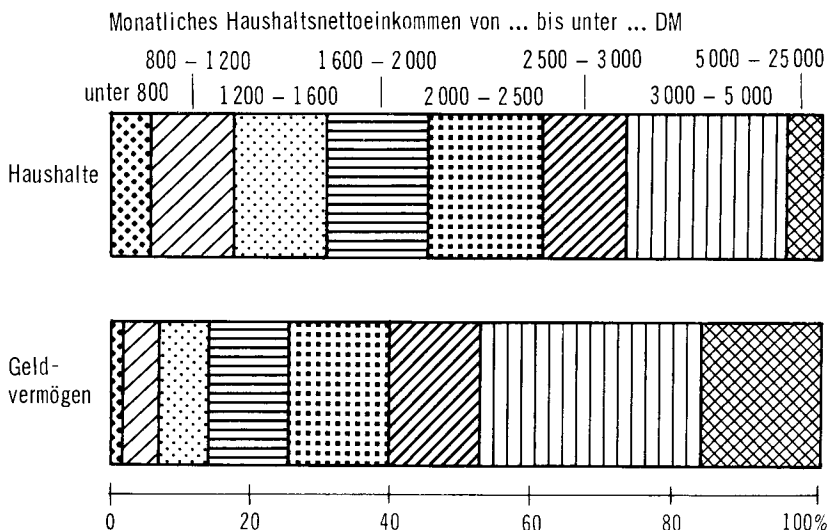


Abb. 15: Geldvermögen der Haushalte¹ nach ihrem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen Ende 1983



¹ Ohne Haushalte von Ausländern, Landwirten, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

Etwa 40 % der Haushalte verfügten Ende 1983 über noch nicht zugeteilte Bausparverträge. Die durchschnittliche Höhe der angesammelten Bausparguthaben lag im Schnitt der Haushalte mit Bausparverträgen bei 11900 DM.

An sonstigem Geldvermögen (z. B. Festgeld, aber keine Guthaben auf Girokonten) wurden 1983 im Durchschnitt der privaten Haushalte knapp 1600 DM erfaßt. Damit belief sich das erhobene Geldvermögen je Haushalt auf 23250 DM. Umgerechnet auf die Gesamtheit der in der Stichprobe repräsentierten 23,5 Mill. Haushalte entspricht dies einem Gesamtgeldvermögen von 545,3 Mrd. DM.

An diesem Geldvermögen sind die einkommensschwachen Haushalte – gemessen an ihrem Anteil der Gesamtbevölkerung – prozentual deutlich niedriger beteiligt und die finanzstarken Haushalte deutlich höher. So entfielen 1983 auf Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen unter 800 DM, die rund 6 % aller privaten Haushalte ausmachten, nur ungefähr 2 % des erfaßten Geldvermögens. Dagegen verfügten Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 5000 und 25000 DM, deren Anteil an allen privaten Haushalten ebenfalls etwa 6 % betrug, über rund 17 % des Geldvermögens.

Das angesammelte Geldvermögen wächst mit dem Einkommen der Haushalte. 1983 belief es sich bei Haushalten mit einem Nettoeinkommen unter 800 DM im Schnitt aller Haushalte dieser Einkommensgrößenklasse auf 6598 DM, bei einem Einkommen von 5000 bis 25000 DM auf 68340 DM.

Tab. 9: Haushalte¹ nach Einkommen und durchschnittlichem Geldvermögensbestand 1983

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM	Durchschnittliches Vermögen ² je Haushalt in DM
Unter 800	6 598
800– 1 200	9 975
1 200– 1 600	12 352
1 600– 2 000	17 735
2 000– 2 500	20 888
2 500– 3 000	25 108
3 000– 4 000	29 631
4 000– 5 000	39 616
5 000–25 000	68 340
Insgesamt	23 250

¹ Ohne Ausländer und Anstaltsbevölkerung.

² Guthaben auf Sparkonten, Bausparguthaben und Wertpapierbestände (zum Tageskurs) sowie sonstiges Geldvermögen.

4.8.5 Haus- und Grundbesitz

Eigentum an Grund und Boden hat sich langfristig als sichere und krisenfeste Form der Vermögensanlage erwiesen. In Verbindung mit dem weitverbreiteten Wunsch nach dem Wohnen in den eigenen vier Wänden hat dies dazu geführt, daß Ende 1983 10,7 Mill. private Haushalte über Wohnungs-, Haus- und Grundstückseigentum verfügten. Das entsprach einem Anteil an allen Haushalten von 46 %. Ende 1973 hatte dieser Anteil noch bei etwa 40 % gelegen.

Der Einheitswert des Haus- und Grundvermögens betrug im Durchschnitt der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz 44800 DM. Über drei Viertel der Haushalte hatten ihr Grundvermögen selbst erworben, in knapp einem Fünftel der Fälle wurde es ererbt.


Haus- und Grundbesitz war 1983 am häufigsten in Haushalten von selbständigen Landwirten (93 % dieser Haushalte). Es folgen die übrigen Selbständigenhaushalte (72 %), die Haushalte von Beamten (54 %), Arbeitern (50 %) und Angestellten (48 %). 36 % der Haushalte von Rentnern und anderen Nichterwerbstätigen und nur 28 % der Arbeitslosenhaushalte waren Eigentümer von Haus- und Grundbesitz.

4.9 Haushalte mit Schulden

Das Bild über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte bleibt unvollständig, wenn man die Schulden außer acht läßt. Ende 1983 zahlten 17 von 100 Haushalten kurzfristige Kredite (ohne Hypothekenschulden und Baudarlehen) ab. Am häufigsten verschuldet waren Haushalte mit 25- bis unter 35jährigen Bezugspersonen (knapp 35 %) bzw. mit einem Arbeitslosen als Bezugsperson (29 %) und am seltensten Haushalte mit über 70jährigen Bezugspersonen (knapp 4 %). Die noch zu zahlende Restschuld belief

Abb. 16: Haushalte¹ mit Haus- und Grundbesitz 1983 nach ihrer Restschuld

Haushalte¹ mit Haus- und Grundbesitz insgesamt: 10,7 Millionen

	Restschuld (DM)				
	unter 10 000	10 000 40 000	40 000 75 000	75 000 150 000	150 000 u. mehr
 <p>Schuldenfrei 40 %</p>	11 %	17 %	11 %	11 %	10 %

1 Ohne Haushalte von Ausländern, Privathaushalte in Anstalten und Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 25000 DM und mehr.

sich im Durchschnitt der Haushalte mit Kreditverpflichtungen auf 10200 DM. Als Verwendungszweck für die Kredite gaben 39 % der verschuldeten Haushalte den Kauf eines Autos, 15 % die Anschaffung von Möbeln und 4 % Urlaubsreisen an.

Weiter verbreitet als die kurzfristige Verschuldung ist die Aufnahme von Hypotheken und Baudarlehen. Wer Vermögen in Form von Haus- und Grundbesitz bilden will, kommt meist nicht umhin, zur Finanzierung seines Vorhabens längerfristige Gelder in Anspruch zu nehmen. Ende 1983 mußten 60 % aller Haushalte mit Grundvermögen Hypotheken, Baudarlehen u. ä. zurückzahlen. Die Höhe der Restschuld belief sich im Durchschnitt der Haushalte mit Tilgungs- und Zinszahlungen auf 82000 DM, 28 % dieser Haushalte hatten eine Restschuld von 100000 DM und mehr nachgewiesen.

5 Wohnen

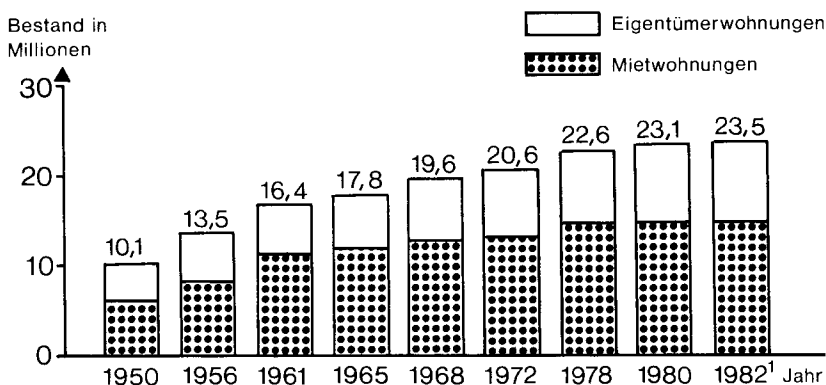
5.1 Entwicklung der Wohnraumversorgung

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg standen bei der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum quantitative Probleme im Vordergrund. Die Kriegszerstörungen und der Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen belasteten in besonderem Maß den Wohnungsmarkt. Nach den Ergebnissen der ersten Wohnungszählung von 1950 mußten sich durchschnittlich 4,7 Einwohner eine der 10,1 Mill. Wohnungen teilen. Eine beispiellose Neubautätigkeit in den fünfziger und sechziger Jahren mit jährlicher Fertigstellung von rund einer halben Mill. Wohnungen führte dazu, daß bis 1968 ein Wohnungsbestand von 19,6 Mill. erreicht wurde. Damit kamen durchschnittlich 3,0 Einwohner auf jede Wohnung.

Da seit 1968 keine umfassende statistische Bestandsaufnahme der Wohnungen mehr stattgefunden hat, sind neuere Angaben entsprechend unsicher. Gleichwohl kann die im Rahmen des Mikrozensus für 1982 ermittelte Zahl der bewohnten Wohneinheiten von 24,2 Mill. eine allgemeine Größenordnung vermitteln.

Im Rahmen einer Stichprobenerhebung, die sich an den Wohnungsinhaber richtet, ist es dagegen nahezu unmöglich, sinnvolle Ergebnisse etwa zu den viel diskutierten Proble-

Abb. 1: Bestand an bewohnten Wohnungen – mit Küche/Kochnische – in Gebäuden 1950 bis 1982



¹ Um den langfristigen Vergleich zu ermöglichen, sind für 1982 ausschließlich Wohnungen (mit Küche oder Kochnische) erfaßt, während die im Text enthaltene Zahl von 24,2 Millionen alle Wohneinheiten – auch ohne Küche – einbezieht.

men der leerstehenden Wohnungen oder der Zweckentfremdung von Wohnraum zu erhalten. Beispielsweise schwanken die Schätzungen über die Zahl der leerstehenden Wohnungen zwischen 250 000 und einer Million, wobei diese Schätzungen auf sehr unterschiedlichen Annahmen basieren.

Stellt man die Zahl der Wohneinheiten der entsprechenden Zahl der Haushalte gegenüber, so ergibt sich eine annähernde rechnerische Übereinstimmung beider Größen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sämtliche Wohnungsprobleme gelöst wären. So ist es insbesondere für junge Familien und alte Menschen, für kinderreiche Haushalte oder für sozial schwächere Bevölkerungskreise weiterhin schwierig, eine Wohnung zu finden, die ihren Bedürfnissen und ihren finanziellen Möglichkeiten gleichermaßen gerecht wird. Besondere Probleme gibt es auch auf regionalen Märkten – insbesondere in den Ballungsgebieten –, wo die Nachfrage vor allem nach günstigem Wohnraum das entsprechende Angebot häufig übersteigt. Um solchen Versorgungsproblemen auf die Spur zu kommen, wird im folgenden überwiegend auf das Material des Mikrozensus 1982 zurückgegriffen. Er liefert zur Zeit die aktuellsten Ergebnisse über Struktur und Belegung der Wohnungen.

5.2 Qualität des Wohnungsbestandes und Mieten

5.2.1 Wohnungsgröße

Im Mikrozensus 1982 wurden insgesamt 24,2 Mill. bewohnte Wohneinheiten erfaßt. Angaben über Größe, Ausstattung und Belegung der Wohneinheiten liegen aus dieser Quelle für bewohnte Wohneinheiten in Wohngebäuden vor. Freizeitwohnungen und Wohnungen in Wohnheimen sowie in sogenannten Nichtwohngebäuden, die überwiegend nicht für Wohnzwecke genutzt werden – z. B. die Hausmeisterwohnung in einer Schule, Behörde usw. – bleiben außer Betracht.

1982 waren von den so abgegrenzten 23,2 Mill. Wohneinheiten 13,9 Mill. von Mietern und 9,3 Mill. von Eigentümern bewohnt. Gegenüber 1978 ist damit die Zahl der Mietwohnungen nahezu unverändert geblieben, während die Zahl der Eigentümerwohnungen sich um fast eine Million erhöht hat. Hier dürften u. a. die Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen eine Rolle spielen.

Die Eigentümerwohneinheiten waren mit durchschnittlich 105 Quadratmeter Fläche und 5,2 Räumen wesentlich größer als die Mietwohneinheiten mit 67 Quadratmeter Fläche und 3,6 Räumen.

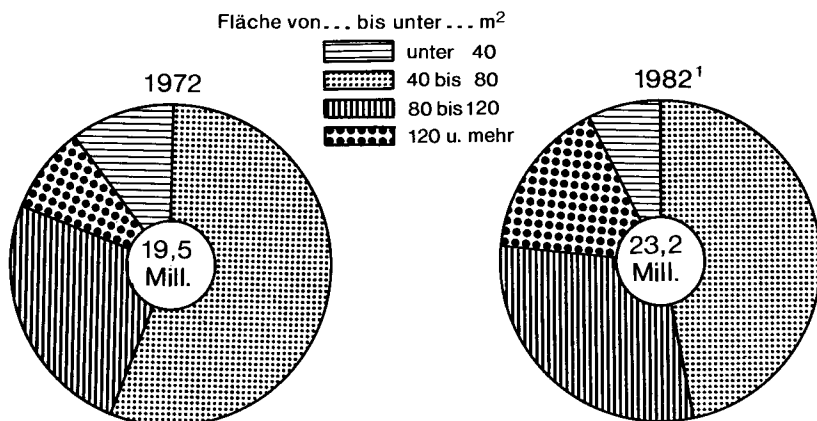
Aus den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 geht ferner hervor, daß die Wohnungen im Vergleich zur Wohnungsstichprobe 1972 geräumiger geworden sind. 1982 waren bereits 46 % aller Wohneinheiten größer als 80 Quadratmeter, 1978 waren es 43 %, 1972 lediglich 34 %. Dieser Trend zur größeren Wohnung hat sich damit vor allem in den Jahren von 1972 bis 1978 bemerkbar gemacht.

Tab. 1: Fläche der bewohnten Wohneinheiten¹ 1982

Art der Wohneinheit	Bewohnte Wohneinheiten mit einer Fläche von . . . bis unter . . . m ²					Durch- schnittliche Fläche je Wohn- einheit
	ins- gesamt ¹	unter 40	40–80	80–120	120 und mehr	
	1 000	%				
Insgesamt	23 232	7	47	31	16	82
Mietwohneinheiten	13 911	10	63	23	4	67
Eigentümerwohneinheiten	9 322	1	23	42	34	105

¹ In Wohngebäuden (ohne Wohnheime); ohne Freizeitwohneinheiten.

Abb. 2: Fläche der bewohnten Wohneinheiten



¹ In Wohngebäuden (ohne Wohnheime); ohne Freizeitwohneinheiten.

5.2.2 Wohnungsausstattung

Die Wohnqualität läßt sich am besten an der Ausstattung mit bestimmten Standardeinrichtungen messen. 1982 waren in 66 % aller bewohnten Wohneinheiten Sammelheizung (Zentral-, Etagen-, Block- oder Fernheizung) sowie Bad/Dusche und WC vorhanden. Ein Anteil von 24 % entfiel auf Wohneinheiten mit Bad/Dusche und WC, aber ohne Sammelheizung.

Eigentümerwohneinheiten waren nicht nur wesentlich größer als Mietwohneinheiten, sondern auch im Durchschnitt besser ausgestattet. Beispielsweise waren 1982 in 71 % der Eigentümerwohneinheiten, aber nur in 63 % der Mietwohneinheiten Bad/Dusche, WC und Sammelheizung zugleich vorhanden.

Tab. 2: Ausstattung der bewohnten Wohneinheiten¹ 1982

Art der Wohneinheit	Ausstattung der bewohnten Wohneinheiten			
	insgesamt	mit Bad, WC und Sammel- heizung	ohne	mit sonstiger Ausstattung (ohne Bad bzw. mit Bad, aber WC nicht in Wohneinheit, mit oder ohne Sammelheizung)
	1 000		%	
Insgesamt	23 232	66	24	10
Mietwohneinheiten	13 911	63	25	12
Eigentümerwohn- einheiten	9 322	71	22	7

1 In Wohngebäuden (ohne Wohnheime); ohne Freizeitwohneinheiten.

Gegenüber 1978 hat sich der Komfort des Wohnungsbestandes erheblich verbessert. Damals waren lediglich 65 % der Eigentümerwohneinheiten und 56 % der Mietwohneinheiten mit Bad, WC und Sammelheizung zugleich ausgestattet. Hier wirkt sich nicht nur der Neubau von Wohnungen aus, sondern auch eine Vielzahl von Modernisierungsmaßnahmen.

Einzelheiten darüber, wie der Wohnungsbestand, der zu einem Drittel bereits vor 1949 errichtet worden war (nahezu die Hälfte aller Wohnungen entstand zwischen 1949 und 1971, 18 % danach), modernisiert wurde, konnten im Rahmen des Mikrozensus 1982 nicht erfragt werden. Daher werden hier nochmals kurz einige interessante Ergebnisse der letzten Wohnungsstichprobe dargestellt.

Nach 1972 bis 1978, dem Jahr der letzten Wohnungsstichprobe, wurden an 37 % der Wohngebäude (zum Teil mehrere) Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Am häufigsten (58 %) handelte es sich um größere Instandsetzungen (z. B. Dacherneuerung, neue Hausfassade) im oder am Gebäude. Es folgten Verbesserungen der Energie- und Wasserversorgung sowie der Entwässerung mit 36 %. Bei jedem dritten Wohngebäude

fand ein Innenausbau statt (z. B. Versetzen von Wänden, Einziehen von Zwischendecken) und an jedem fünften wurden Erweiterungen vorgenommen.

Von den Modernisierungsmaßnahmen waren sowohl Altbauten (bis 1948 errichtet) als auch Neubauten (nach 1948 errichtet) betroffen. Von den vor 1919 und von den im Zeitraum 1919 bis 1948 errichteten nichtlandwirtschaftlichen Wohngebäuden wurden jeweils etwa 45 % modernisiert. Der nahezu gleich hohe Anteil (43 %) bei den im Zeitraum 1949 bis 1964 fertiggestellten Wohngebäuden zeigt, daß auch ein großer Teil dieser Gebäude heutigen Wohnansprüchen nicht mehr genügt. Neben den Instandsetzungen wurden bei Altbauten vor allem Bäder oder Duschen, bei Neubauten vor allem Sammelheizungen eingebaut.

Tab. 3: Modernisierung der Gebäude und Wohneinheiten
nach 1972 bis 1978

Art der Modernisierung	Gebäude		Darin Wohneinheiten	
	1 000	%	1 000	%
Wohngebäude, für die Angaben zur Modernisierung vorliegen, insgesamt	10 108	100	22 718	100
davon:				
mit Modernisierung	3 736	37	8 014	35
ohne Modernisierung	6 372	63	14 704	65

5.2.3 Wohnumfeld

Die Qualität einer Wohnung hängt nicht nur von ihrer Ausstattung, sondern ganz wesentlich auch von der Umgebung ab. Hierzu gehören vor allem ihre städtebauliche Lage und verkehrsmäßige Erschließung, die Erreichbarkeit wichtiger Infrastruktureinrichtungen sowie mögliche Beeinträchtigungen durch Lärm, Luftverschmutzung u. ä. Auch hier muß auf die Wohnungsstichprobe von 1978 zurückgegriffen werden, da neuere Ergebnisse nicht zur Verfügung stehen (vgl. hierzu Teil II, Kap. 9).

Nach entsprechenden Feststellungen im Rahmen dieser Befragung erreichten 85 % aller Haushalte in höchstens zehn Gehminuten ein öffentliches Verkehrsmittel. In gleicher Entfernung waren 75 % der Haushalte Läden und Geschäfte, 69 % ein Park, Grünanlagen, Felder, Wiesen oder Wälder und 55 % ein praktischer Arzt zugänglich.

Für 62 % der Haushalte mit Kindern war in weniger als zehn Gehminuten ein öffentlicher Kinderspielplatz, für 58 % ein Kindergarten und für 53 % eine Grundschule erreichbar.

Tab. 4: Infrastruktureinrichtungen im Wohnumfeld 1978

Infrastruktureinrichtungen	Entfernung der Infrastruktureinrichtungen von der Wohnung in Gehminuten				
	bis 5	6–10	11–20	mehr als 20	unbekannt bzw. „ohne Angabe“
% der Haushalte					
Einkaufsmöglichkeiten	46	29	12	7	6
Praktischer Arzt	31	24	18	19	8
Öffentlich zugängliche Grünflächen	49	20	13	9	9
Öffentliche Verkehrsmittel	60	25	8	3	4
Kindergarten (nur bezogen auf Haushalte mit Kindern)	30	28	17	13	12
Grundschule (nur bezogen auf Haushalte mit Kindern)	25	28	22	16	9
Öffentlicher Kinderspielplatz (nur be- zogen auf Haushalte mit Kindern)	39	23	12	10	16

Tab. 5: Beurteilung des Wohnumfeldes 1978

Versorgung bzw. Belastung	Beurteilung der Haushalte				
	gut	mittel- mäßig	sollte besser sein	unzu- mutbar	keine Meinung, Angabe
% der Haushalte					
Versorgung mit					
Einkaufsmöglichkeiten	53	20	17	3	7
ärztlichen Diensten	61	14	14	3	8
Grün- und Freiflächen	66	15	11	1	7
öffentl. Verkehrsmitteln	62	16	13	2	7
Belastung durch					
Lärm	41	27	14	7	11
Luftverschmutzung	50	22	10	4	14

Neben den meßbaren Entfernungen zu den Infrastruktureinrichtungen wurde in der Wohnungsstichprobe 1978 versucht, auch die subjektive Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld in Erfahrung zu bringen. Die Versorgung mit Grün- und Freiflächen beurteilten danach 66 % der befragten Haushalte als gut, nur etwa 12 % fanden, sie sollte besser sein bzw. sie sei unzumutbar. Deutlich weniger zufrieden zeigten sich die Haushalte hinsichtlich der Versorgung mit Läden (Einkaufsmöglichkeiten). Etwa 53 % fühlten sich gut versorgt, fast 20 % hielten das entsprechende Angebot für verbesserungsbedürftig bzw. unzureichend.

Im Hinblick auf die Lärmbelastung schätzten nur 41 % der Haushalte ihre Wohngegend als gut ein, bezüglich der Luftverschmutzung waren es 50 % (vgl. Kap. 19). Es ist denkbar, daß ein in den letzten Jahren geschärftes Umweltbewußtsein die Zufriedenheit in diesem Bereich weiter vermindert hat.

5.2.4 Mieten

Die Angaben über die 1982 gezahlten Mieten aus dem Mikrozensus sind durch die Entwicklung am Wohnungsmarkt inzwischen überholt. Sie können aber dennoch zu allgemeinen Aussagen darüber herangezogen werden, wie Ausstattung und Größe einer Wohnung die Miethöhe beeinflussen und wie die Haushaltsbudgets durch Mietzahlungen belastet sind.

Die durchschnittliche Quadratmetermiete liegt um so höher, je besser die Wohnung ausgestattet ist und je später sie fertiggestellt wurde. Eine Wohnung ist im allgemeinen auch um so teurer, je größer sie ist; die Miete je Quadratmeter Wohnfläche geht jedoch mit zunehmender Größe zurück. Wichtig für die Höhe der Miete ist zudem die Lage der Wohnung (Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Stadtvierteln usw.).

Darüber hinaus wurde ermittelt, daß die Miete um so niedriger ist je länger ein Haushalt die Wohnung bereits bewohnt. Offensichtlich werden Mieterhöhungen besonders dann vorgenommen, wenn ein Mieterwechsel erfolgt, während bereits vermietete Wohnungen von Erhöhungen weniger stark betroffen sind. Die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche betrug 1982 5,48 DM, 1978 hatte sie noch bei 4,32 DM gelegen.

Hinsichtlich der Mietbelastung der Haushalte zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus 1982, daß vier von zehn Mieterhaushalten (1978: 47 %) unter 15 % ihres Nettoeinkommens für die Miete (einschließlich Umlagen, z. B. für Kanalisation und Müllabfuhr, aber ohne Nebenkosten, z. B. für Heizung, Elektrizität, Garage o. ä.) ausgeben. Mehr als jeder dritte Haushalt (37 %, 1978: 35 %), der zur Miete wohnt, mußte zwischen 15 % und 25 % seines Nettoeinkommens für Miete abzweigen. 23 % (1978: 18 %) der Mieter wendeten für ihre Wohnung mehr als ein Viertel des Einkommens auf (vgl. 4.6). Die Miete beansprucht demzufolge bei immer mehr Mietern größere Anteile des Einkommens.

Tab. 6: Quadratmetermieten¹ 1978 und 1982

Ausstattungen und Baujahr	Durchschnittliche Miete je m ² Wohnfläche in DM	
	1978	1982
Insgesamt	4,32	5,48
Ausstattung:		
Mit Sammelheizung, Bad und WC	4,87	6,04
Ohne Sammelheizung, mit Bad und WC	3,56	4,33
Ohne Bad, mit WC in der Wohnung	3,47	} 4,23
Sonstige Ausstattung	3,07	
Baujahr		
bis 1948	3,62	4,59
1949–1964	4,22	} 5,59
1965–1971	5,05	
1972 und später	5,52	

¹ Mietwohnungen mit Mietangabe.

Tab. 7: Mietbelastung der Haushalte¹ 1982

Monatliches Haushalts- nettoeinkommen von . . . bis unter . . . DM	Haushalte ¹ insgesamt	Haushalte mit einer monatlichen Mietbelastung von . . . bis unter . . . % des Haushaltsnettoeinkommens		
		unter 15	15–25	25 und mehr
	1 000	%		
Insgesamt	10 308,0	39	37	23
Unter 800	676,0	5	18	77
800–1 200	1 346,5	13	34	53
1 200–1 600	1 676,8	24	44	32
1 600–2 000	1 718,8	34	47	19
2 000–2 500	1 752,6	45	44	11
2 500–3 000	1 213,5	58	36	5
3 000–4 000	1 420,1	70	27	3
4 000–5 000	503,7	77	20	3

¹ Haushalte mit Miet- und Einkommensangaben in reinen Mietwohnungen.

Dabei sind Haushalte besonders belastet, die ein niedriges Einkommen haben. Beispielsweise mußten nahezu zwei Drittel aller Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 800 DM einen Anteil von 30 % oder mehr für Wohnungsmiete ausgeben. Demgegenüber zahlte die Mehrzahl der Haushalte in der Nettoeinkommensklasse über 2000 DM monatlich weniger als 15 % ihres Einkommens für Miete.

5.3 Wohnsituation der Haushalte

An der Belegungsdichte der Wohnungen, die sich aus der Relation der Haushaltsangehörigen zur Zahl der bewohnten Räume (einschließlich Küche) bzw. zur Wohnfläche errechnen läßt, zeigt sich ebenfalls die kontinuierliche Verbesserung der Wohnverhältnisse zwischen 1950 und 1982.

Die Zahl der Haushalte je Wohnung ist von 1950 bis 1982 stark gesunken. Zugleich ist auch die Anzahl der Personen je Wohnung und je Raum in dieser Zeitspanne erheblich zurückgegangen.

Jeder Person stand 1982 eine durchschnittliche Wohnfläche von 33,2 Quadratmetern zur Verfügung, gegenüber 26,4 Quadratmetern im Jahr 1972 und 31,1 Quadratmetern 1978. Dabei ergaben sich 1982 in bezug auf die Haushaltsgröße erhebliche Unterschiede. Die

Wohnungen von Einpersonenhaushalten hatten im Durchschnitt eine Fläche von 59 Quadratmeter, bei Zweipersonenhaushalten waren es 79 Quadratmeter (39 Quadratmeter pro Person), bei Dreipersonenhaushalten 93 Quadratmeter (31 Quadratmeter pro Person), bei Vierpersonenhaushalten 104 Quadratmeter (26 Quadratmeter pro Person) und bei fünf und mehr Haushaltsmitgliedern 118 Quadratmeter (weniger als 24 Quadratmeter pro Person).

Die Haushalte mit fünf und mehr Personen hatten also deutlich weniger Wohnraum je Person zur Verfügung als die kleineren Haushalte mit bis zu vier Personen. Immerhin

Tab. 8: Belegung der Wohnungen 1950 bis 1982

Haushalte bzw. Personen	Belegungsziffern					
	1950 ¹	1956 ¹	1960	1968	1972	1982
Haushalte je Wohnung	1,5	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0
Personen je Wohnung	4,7	3,7	3,6	2,9	2,9	2,5
Personen je Raum	1,2	1,0	0,9	0,7	0,7	0,6

1 Ohne Saarland.

mußten sich sogar 16 % der Haushalte mit fünf oder mehr Haushaltsmitgliedern (36 % der Hauptmieter, 5 % der Eigentümer) mit weniger als 80 Quadratmeter Fläche bescheiden.

Von beengten Wohnverhältnissen sind vor allem Haushalte mit Kindern betroffen. Ihnen standen im Durchschnitt nur 26 Quadratmeter je Haushaltsmitglied zur Verfügung, gegenüber 42 Quadratmetern je Person in kinderlosen Haushalten. Besonders eng geht es in Wohnungen kinderreicher Familien zu. Leben vier oder mehr Kinder in einem Haushalt, verfügt jedes Haushaltsmitglied durchschnittlich nur über 17 Quadratmeter Wohnraum.

Haushalte ausländischer Familien lebten in der Regel in wesentlich beengteren Wohnverhältnissen als deutsche Familien. Zudem waren die Gebäude, in denen sie wohnten, in der Regel älter und schlechter ausgestattet. So hatte 1982 z. B. etwa jeder sechste ausländische Haushalt kein WC innerhalb der Wohneinheit. Allerdings zahlten auch mehr als die Hälfte der ausländischen Haushalte weniger als 15 % ihres Nettoeinkommens für Miete.

Bei Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß die Wohnansprüche ausländischer und deutscher Haushalte nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden können. Häufig spielt die Qualität der wohnungsmäßigen Unterbringung bei Ausländern nur eine untergeordnete Rolle, da versucht wird, Verbrauchsausgaben möglichst niedrig zu halten, um mehr Geld für die Rückkehr in die Heimat ansparen zu können. Außerdem sind Vorstellungen und

Tab. 9: Haushalte mit Kindern¹ und bewohnte Fläche 1982

Haushalte	Haus- halte- insgesamt	Davon in Wohneinheiten mit einer Fläche von . . . bis unter . . . m ²					Wohn- fläche je Person
		unter 40	40–80	80–100	100–120	120 u. mehr	
		1 000	%				m ²
Haushalte insgesamt	23 213	7	47	19	11	16	34
Mit Kindern	7 530	1	30	24	17	28	26
1 Kind	3 921	1	36	24	16	23	29
2 Kinder	2 670	1	25	24	19	32	25
3 Kinder	700	–	20	22	18	39	21
4 Kinder u. mehr	239	–	24	21	15	39	17
Ohne Kinder	15 683	10	55	17	9	10	42

¹ Kinder unter 18 Jahren.

Ansprüche in bezug auf Größe, Raumzahl und Ausstattung der Wohnung vielfach von den Verhältnissen in den Heimatländern geprägt.

Die Wohnungsprobleme älterer Menschen sind anders gelagert. Sie verfügen, bedingt durch die geringe Zahl der Haushaltsmitglieder, zwar über relativ viel Wohnraum (im Durchschnitt 41 Quadratmeter je Haushaltsmitglied eines „älteren Haushalts“), ihre Wohnungen sind jedoch eher weniger gut ausgestattet als die der übrigen Haushalte. So hatten 1982 6,4 % der Mieterhaushalte mit einem Haushaltsvorstand über 65 Jahre kein WC in der Wohnung, 13,7 % hatten kein Bad. (Bei den Mieterhaushalten insgesamt lagen die entsprechenden Anteile bei 5,8 % und 8,8 %.) Darüber hinaus ist die Mietbelastung bei den älteren Haushalten relativ hoch. 1982 mußten 25,7 % dieser Haushalte mehr als ein Viertel ihres Einkommens für Miete verwenden (bei den übrigen Haushalten waren es 20,3 %).

Eine Momentaufnahme der Wohnsituation, wie sie der Mikrozensus liefert, wird manchen unbefriedigt lassen. So erfaßt sie z. B. nicht die Wünsche hinsichtlich einer Veränderung im Wohnbereich und den damit verbundenen weiteren Bedarf an Wohnungen. Wie viele junge Menschen bei den Eltern wohnen, aber lieber einen eigenen Hausstand gründen würden, wer von der Stadt aufs Land, vom Hochhaus ins Einfamilienhaus, von der modernen Wohnsiedlung in den Altbau oder von der größeren in die kleinere Wohnung ziehen möchte – all diese Fragen werden nicht beantwortet. (Vgl. zusätzlich Teil II, Kap. 9.)

5.4 Wohnungsbautätigkeit

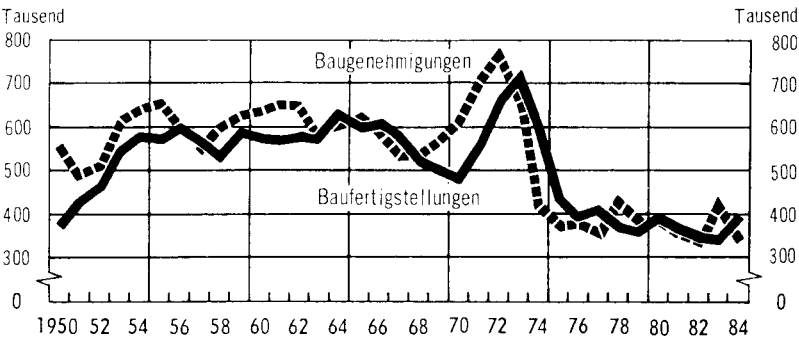
Obwohl 1983 rechnerisch auf jeden Haushalt eine Wohnung entfiel, ist nach wie vor eine weitere Neubautätigkeit erforderlich. Dies hat vor allem folgende Gründe:

1. wächst die Zahl der Haushalte weiter, z. B. durch Verkleinerung der deutschen Haushalte,
2. werden Jahr für Jahr Wohnungen durch Abriß, Brand oder Nutzungsänderung vernichtet (1983 rund 20 000 Wohnungen),
3. bestehen regionale Unterschiede in der Wohnungsversorgung, so daß vor allem in den Ballungsgebieten das Wohnungsangebot nicht der Nachfrage entspricht, und
4. verfügen einige Bevölkerungsgruppen – wie in den vorangegangenen Abschnitten erläutert – nicht über bedarfsgerechten Wohnraum.

Die Zahl der genehmigten und fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden blieb nach einer Belebung der Wohnungsbautätigkeit Anfang der fünfziger Jahre bis etwa Mitte der sechziger Jahre relativ konstant; in dieser Zeit wurden jährlich 500 000 bis 600 000 Wohnungen fertiggestellt. 1970 bis 1972 gab es einen starken Anstieg der Wohnungsbau-Genehmigungen auf rund 769 000 im Jahr 1972, denen mit zeitlicher Verzögerung die Fertigstellungen folgten, wobei jedoch nicht alle genehmigten Bauvorhaben realisiert wurden. Ab 1973 war ein starker Rückgang im Wohnungsbau zu

verzeichnen, der sich auf einem Niveau von etwa 350 000 bis 400 000 genehmigten und fertiggestellten Einheiten pro Jahr einpendelte. 1982 und 1984 erreichte die Zahl der genehmigten Wohnungen einen Tiefstand (335 000 bzw. 336 000 Einheiten), unterbrochen von einem durch wohnungsbaupolitische Maßnahmen bedingten Anstieg auf rund 420 000 genehmigte Wohneinheiten 1983. Bei den Fertigstellungen zeigte sich der entsprechende Anstieg 1984 mit 399 000 Einheiten.

Abb. 3: Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen
in Wohn- und Nichtwohngebäuden



Tab. 10: Fertiggestellte und im sozialen Wohnungsbau
geförderte Wohnungen 1950 bis 1984

Jahr	Wohnungen	
	fertiggestellt	im sozialen Wohnungsbau gefördert
1950	371 900	319 400
1955	568 400	341 400
1960	574 400	326 700
1965	591 900	209 300
1970	478 100	165 100
1975	436 800	154 000
1980	388 900	97 200
1981	365 500	92 900
1982	347 000	98 900
1983	340 600	104 100
1984	398 600	79 400

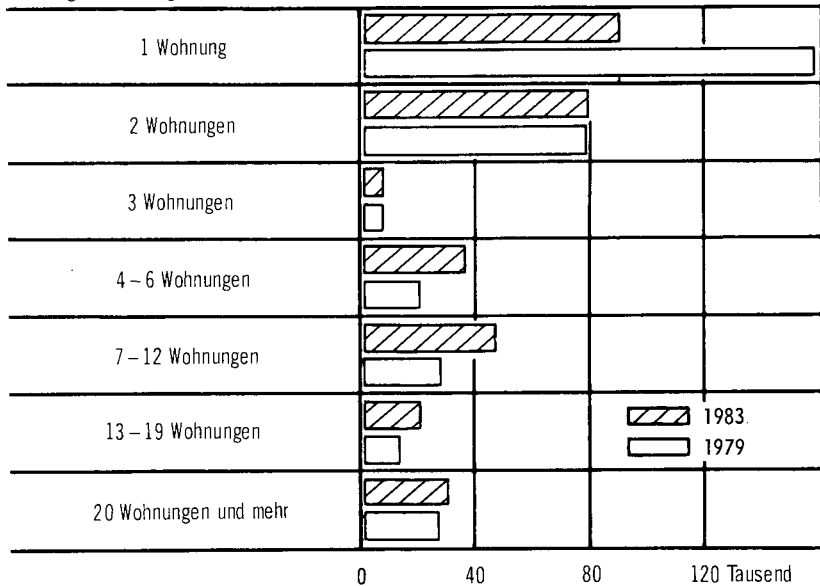
Zur Förderung der Wohnungsbautätigkeit hat der Staat vielfältige Hilfen geschaffen. Sie reichen von Steuerermäßigungen für Bauherren über die Begünstigung des Bausparens (z. B. durch Zahlung von Wohnungsbauprämien) bis zum sogenannten sozialen Wohnungsbau, bei dem der Bau von Wohnungen mit öffentlichen finanziellen Zuwendungen (Darlehen, Zuschüsse usw.) direkt unterstützt wird. Damit verbunden ist eine Mietpreis- bzw. Belastungsbegrenzung sowie die Koppelung an bestimmte Einkommenshöchstgrenzen der Wohnungsinhaber.

Während in den fünfziger und zum Teil auch noch in den sechziger Jahren etwa die Hälfte der fertiggestellten Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert wurde, waren es in den siebziger Jahren nur noch etwa ein Drittel bis ein Viertel.

Von den fertiggestellten Wohnungen waren 1983 rund 28 % Einfamilienhäuser, ebenso viele lagen in Gebäuden mit zwei und drei Wohnungen, 17 % der errichteten Wohnungen entfielen auf große Mehrfamilienhäuser mit mehr als zwölf Wohnungen. 1972 spielten die großen Mehrfamilienhäuser eine wesentlich bedeutendere Rolle im Wohnungsbau. Damals lagen 55 % der fertiggestellten Wohnungen in Gebäuden mit mehr als zwölf Wohnungen, während nur 10 % der Wohnungen Einfamilienhäuser waren.

Abb. 4: Wohnungen in fertiggestellten Wohngebäuden

Wohnungen in Wohngebäuden mit :



Ein- und Zweifamilienhäuser werden im wesentlichen von privaten Bauherren errichtet. 1983 waren bei 78 % der fertiggestellten Wohnungen private Haushalte die Bauherren. Mehrfamilienhäuser werden dagegen im wesentlichen von Wohnungsunternehmen und sonstigen Bauherren, z. B. Versicherungsunternehmen, errichtet.

Für die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit sind neben dem Zinsniveau und der Entwicklung der Grundstückspreise die Baukosten von besonderer Bedeutung (siehe auch 16.2.3).

Tab. 11: Kosten¹ von neu errichteten Wohnbauten

Jahr	Kosten je m ² Wohnfläche	Wohnfläche je Wohnung	Kosten je Wohnung
	DM	m ²	DM
1960	386	74	27 800
1965	586	81	47 600
1970	695	85	58 800
1975	1 159	96	111 000
1980	1 629	99	160 800
1984	1 944	87	169 400

1 Reine Baukosten, keine Grundstückskosten u. a.

Um einen Quadratmeter Wohnfläche zu errichten, mußten 1983 fast 1 812 DM aufgewendet werden, 1970 waren es 695 DM, 1960 386 DM. Diese Beträge umfassen nur die reinen Baukosten, nicht dagegen die Grundstückskosten u. a. (zu den Grundstückskosten siehe 16.2.3). Je Wohnung waren 1983 durchschnittlich 166 000 DM aufzubringen, wobei sich hinter dieser Zahl eine Bandbreite von 244 800 DM für ein Einfamilienhaus konventioneller Bauart, bis 119 500 DM für eine Wohnung in einem im Fertigteilbau errichteten Mehrfamilienhaus verbirgt.

6 Freizeit und Kultur

6.1 Auf dem Weg zur Freizeitgesellschaft?

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland werden oft mit den unterschiedlichsten Schlagworten beschrieben. Man spricht von der Leistungsgesellschaft, der Konsumgesellschaft, aber auch der Freizeitgesellschaft, und stellt damit – je nach Intention – verschiedene Aspekte in den Vordergrund. Daß zwei so gegensätzliche Begriffe wie Freizeit- und Leistungsgesellschaft überhaupt nebeneinander bestehen können, liegt daran, daß heutzutage Arbeitswelt und Privatleben zeitlich und räumlich weitgehend voneinander getrennt sind.

Zu Aspekten der Freizeitgesellschaft gibt es leider kein geschlossenes Indikatorensystem. Während Leistung – mit Einschränkungen – gemessen werden kann, gilt dies für die Freizeitgestaltung nur unter Vorbehalt. Das ist vor allem durch inhaltliche Abgrenzungsschwierigkeiten bedingt. Die Frage, was alles zur Freizeit gehört, werden verschiedene Personen unterschiedlich beantworten, zumal die Übergänge zwischen Arbeit und Freizeit fließend sind. Gilt z. B. die Essenszubereitung für einen Hobbykoch als beliebte Freizeitgestaltung, gehört sie für eine Hausfrau eher zur täglichen Pflicht. Wegen dieser definitorischen Schwierigkeiten gibt es keine gesicherten statistischen Angaben über das Ausmaß der Freizeit. Hilfsweise können aber einige meßbare Tatbestände herangezogen werden, wie Arbeitszeiten, Urlaubstage, Ausgaben für Freizeitgüter usw., die darauf hindeuten, daß der Teilbereich der Freizeit an Bedeutung gewonnen hat.

6.2 Arbeitszeit und Urlaubstage

Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit ist in den vergangenen 20 Jahren ständig zurückgegangen. Damit hat sich der Spielraum für Freizeitaktivitäten vergrößert. Leistete ein Erwerbstätiger 1960 durchschnittlich 46 Wochenstunden, waren es 1980 nur noch knapp 40 und 1983 38,5 Stunden. 1983 gab es immerhin noch 4,1 Mill. Erwerbstätige (15,5 %), die normalerweise 42 Stunden oder mehr in der Woche an ihrem Arbeitsplatz verbrachten. Andererseits hatten 8,1 % eine Wochenarbeitszeit von weniger als 21 Stunden. Die Tarifabschlüsse zu Beginn der achtziger Jahre brachten vielen Erwerbstätigen zusätzliche Urlaubstage ein. Nach dem Bundesurlaubsgesetz steht jedem Arbeitnehmer ein Mindesturlaub von 18 Werktagen (3 Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch zumeist weit längere Zeiten vereinbart. So erhielten bereits Ende 1984 58 % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer sechs Wochen Urlaub im Jahr. Zwischen 1960 und 1984 ist die tarifliche Urlaubsdauer im Durchschnitt aller Arbeitnehmer um etwa 17 auf 29 Tage angestiegen.

Tab. 1: Tariflich vereinbarte Urlaubsdauer

Wochen	Betroffene Arbeitnehmer (in % aller von Tarifverträgen erfaßten Arbeitnehmer)	
	Ende 1980	Ende 1984
3 bis unter 4	5	2
4 bis unter 5	22	7
5 bis unter 6	69	33
6	4	58

6.3 Ausgaben für Freizeit und Kultur

6.3.1 Ausgaben der privaten Haushalte

In zunehmendem Maße lassen sich die Bundesbürger ihre Freizeitaktivitäten Geld kosten. Beliefen sich die Ausgaben für Freizeitgüter und Urlaub bei einem Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 1965 monatlich auf 94 DM, gab er 1983 für denselben Zweck schon 438 DM aus. Das entspricht einer Steigerung um 366 %. Im

Tab. 2: Aufwendungen von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen für Freizeitgüter je Haushalt und Monat im Jahr 1983

Gegenstand der Nachweisung	DM	%
Aufwendungen für Freizeitgüter insgesamt	438,27	100
davon entfielen auf		
Urlaub	115,22	26,3
Bücher, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften	43,71	10,0
Rundfunk, Fernsehen u. ä. einschließlich Gebühren	53,24	12,2
Kraftfahrzeug	68,52	15,6
Sport und Camping	38,93	8,9
Gartenpflege und Tierhaltung	34,85	8,0
Spielen und Spielzeug	19,80	4,5
Besuch von Bildungs- u. Unterhaltungsstätten	11,77	2,7
Fotografieren, Filmen	7,61	1,7
Sonstiger Freizeitbedarf	44,62	10,2

Vergleich dazu erhöhten sich die Gesamtausgaben für den privaten Verbrauch zwischen 1965 und 1983 lediglich um 222 %.

Der Anteil für Freizeitgüter und Urlaub an den gesamten privaten Verbrauchsausgaben von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen stieg dementsprechend von 10,7 % im Jahr 1965 auf 15,4 % im Jahr 1983. Allerdings hat er sich gegenüber 1980 (16,6 %) unter dem Einfluß sinkender Realeinkommen wieder vermindert.

Je nach Haushaltstyp fließt etwa ein Viertel bis ein Drittel des Freizeitbudgets allein in die Urlaubskasse. Weitere wichtige Ausgabeposten sind das Kraftfahrzeug, Fernsehen und Rundfunk.

6.3.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Auch die öffentlichen Haushalte wenden mehr Geld für den Freizeitbereich auf. So erhöhten sich beispielsweise die Ausgaben für Sport und Erholung zwischen 1970 und 1982 von rund 2,1 Mrd. DM auf 7,2 Mrd. DM, also um 243 %. Anteilsmäßig sind dies unverändert etwa 1 % des gesamten öffentlichen Haushalts.

Von den 7,2 Mrd. DM für Sport und Erholung wurden 2,0 Mrd. DM für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1,8 Mrd. DM für Badeanstalten, 2,1 Mrd. DM für Sportstätten und 0,9 Mrd. DM für die Förderung des Sports.

Außerdem gab die öffentliche Hand 1982 ungefähr 5,5 Mrd. DM für kulturelle Angelegenheiten aus. Mit 2,7 Mrd. DM entfiel etwa die Hälfte auf Theater und Musik, weitere 0,8 Mrd. DM wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen aufgewendet und 0,3 Mrd. DM für Denkmalschutz und Denkmalpflege. Damit erreichten die Ausgaben für kulturelle Angelegenheiten einen Anteil von 0,7 % am gesamten öffentlichen Haushalt.

6.4 Unterhaltung und Kultur

Unterhaltung und Kultur bieten ein breites Angebot von Freizeitaktivitäten. Eine Trennung der beiden Aspekte ist kaum möglich, weil kulturelle Einrichtungen – zu denen neben Theatern und Museen u. a. auch Presse, Hörfunk und Fernsehen rechnen – meist auch zur Unterhaltung beitragen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit die Massenkommunikationsmittel bereits die traditionellen Kultureinrichtungen verdrängt haben.

6.4.1 Theater

In der Spielzeit 1983/84 gab es in 74 Gemeinden 84 Theaterunternehmen mit 273 Spielstätten und insgesamt 157 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von 7,9 je 1 000 Einwohner. Die insgesamt rund 33 000 Aufführungen verzeichneten 16,5 Mill. Besucher, also durchschnittlich

501 je Veranstaltung. Damit wurden 87 % des Platzangebots genutzt. Gut zwei Drittel der Karten wurden über das Abbonnentensystem und Besucherorganisationen abgesetzt.

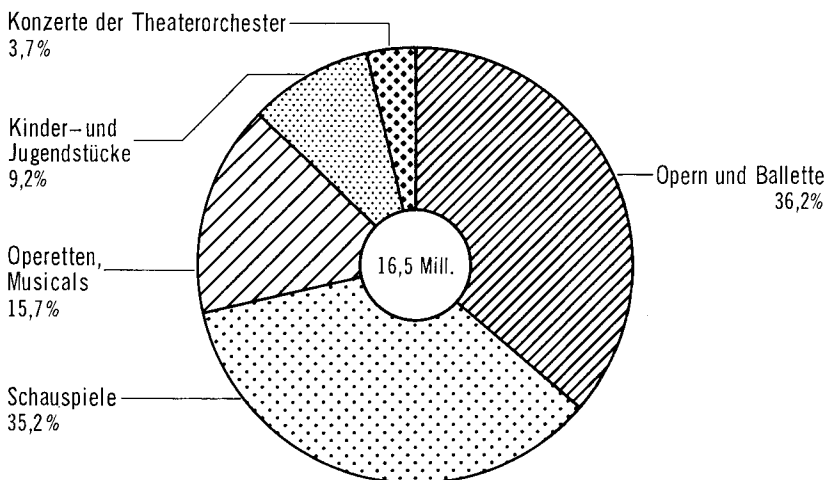
Mit 6 Mill. Zuschauern lagen Opern und Ballette hinsichtlich der Besucherzahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,8 Mill., Operetten und Musicals mit 2,6 Mill. Besuchern. Kinder- und Jugendstücke sahen sich 1,5 Mill. Personen an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich 0,6 Mill. Zuhörer.

In den letzten zwei Jahrzehnten, insbesondere zwischen 1965 und 1972, haben die Theater offensichtlich an Attraktivität verloren. Verzeichneten sie in der Spielzeit 1964/65 noch 20,4 Mill. Zuschauer, waren es 1972/73 – bei nahezu gleichbleibender Veranstaltungszahl – nur noch 17,2 Millionen. Seither ist die Besucherzahl ziemlich konstant geblieben.

Der Personalbestand der Bühnen hat sich in den letzten zwanzig Jahren stark erhöht. Während die Theater 1959/60 etwa 17 000 Personen ständig beschäftigten, waren 1983/84 bereits 11 560 Künstler und 15 000 sonstiges Personal auf den „Brettern, die die Welt bedeuten“, tätig.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Zuschüsse – insbesondere von Ländern und Städten. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen, also im wesentlichen aus dem Kartenverkauf, finanzieren können, wird immer geringer. Machten die eigenen Betriebseinnahmen 1969/70 26 % aus, betrug das Einspielergebnis 1983/84 nur noch 16,6 %. In der Spielzeit 1983/84 lag der Zuschuß je Besucher im Durchschnitt bei 88 DM.

Abb. 1: Theaterbesucher 1983/84

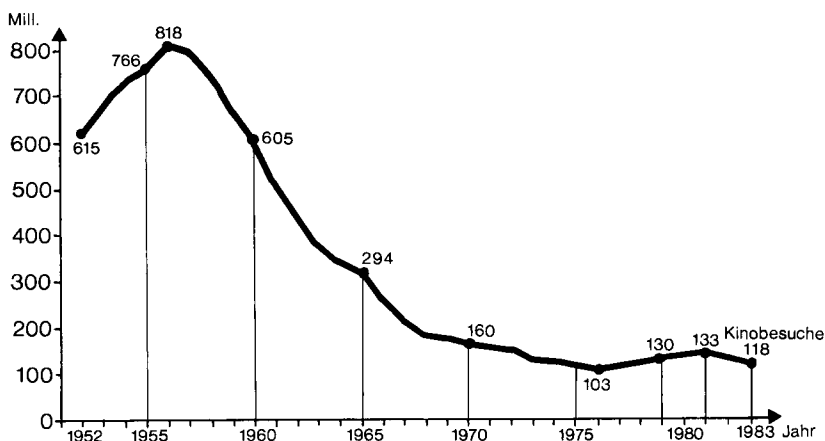


6.4.2 Kino

1981 gab es in der Bundesrepublik 1 243 Filmtheaterunternehmen mit insgesamt 3 144 Spielstellen (aktuellere Angaben liegen zur Zeit nicht vor). In jeder liefen im Durchschnitt 930 Vorstellungen. Durchschnittlich konnte jede Spielstelle bei einer Kapazität von 225 Sitzplätzen lediglich 43 Eintrittskarten je Vorstellung verkaufen. So wurde nur knapp jeder fünfte Platz genutzt.

Das Vordringen des Fernsehens hat die frühere Beliebtheit des Kinos offensichtlich stark gemindert. Die höchsten Besucherzahlen hatten die Filmtheater in den Jahren 1954 bis 1958 mit jährlich mehr als 700 Millionen; das waren rechnerisch 14 bis 15 Besuche je Einwohner im Jahr. In den darauffolgenden Jahren bis 1976 ging der Kinobesuch kontinuierlich zurück. 1976 wurden nur noch rund 103 Mill. Eintrittskarten verkauft. Gleichzeitig sank die Zahl der Filmtheater zwischen 1959 und 1976 auf weniger als die Hälfte. Von 1977 bis 1980 registrierten die Kinobesitzer vorübergehend steigende Besucherzahlen, die seit 1981 wieder zurückgehen.

Abb. 2: Kinobesuch



6.4.3 Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 1 560 Museen und ähnliche Einrichtungen unterschiedlicher Fachgebiete und Trägerschaften dar, die 1983 insgesamt 52 Mill. Besucher aufwiesen. Damit ist das Interesse an den Sammlungen in den letzten 20 Jahren stark angestiegen. Den größten Zuspruch fanden 1983 die Heimatmuseen mit 11 Mill. Besuchern, gefolgt von den Kunstmuseen mit 10 Mill. Besuchern.

6.4.4 Fernsehen und Rundfunk

Inzwischen gibt es kaum noch Haushalte, die nicht über Rundfunk- und Fernsehgeräte verfügen. Ende 1983 standen in bundesdeutschen Wohnstuben 24,6 Mill. angemeldete Hörfunk- und 22,1 Mill. Fernsehempfänger.

Im Hörfunkprogramm nehmen Musiksendungen mit 56 % der Sendezeit den breitesten Raum ein. Der Werbefunk beansprucht etwa 2 % der Sendestunden; die übrige Zeit entfällt auf Wortbeiträge. Am ausführlichsten wird das Thema Politik behandelt. Die dritten Programme der Rundfunkanstalten widmen mit 18 % einen großen Teil der Zeit den Gastarbeitersendungen; Radio Bremen strahlt im dritten Programm sogar zu 87 % Ausländerprogramme aus.

Für das Fernsehprogramm liefert das Zweite Deutsche Fernsehen eine Aufgliederung nach Programmbereichen. Hier überwogen 1984 Filme, Fernseh- und Dokumentarspiele (21,3 % der Sendezeit), gefolgt von Unterhaltung, Theater, Musik (13,9 %) sowie aktuellen Beiträgen (10,4 %).

Abb. 3: Hörfunk 1983 (alle Programme)

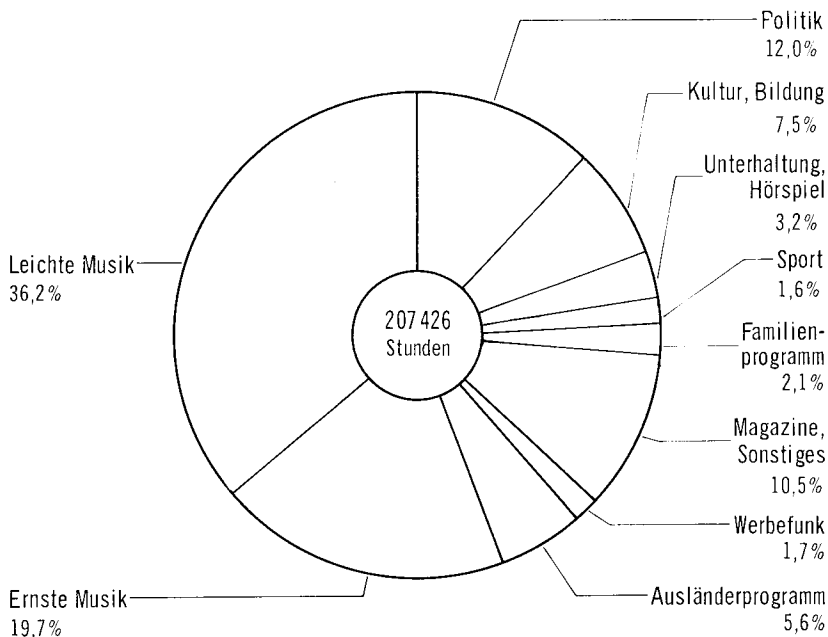
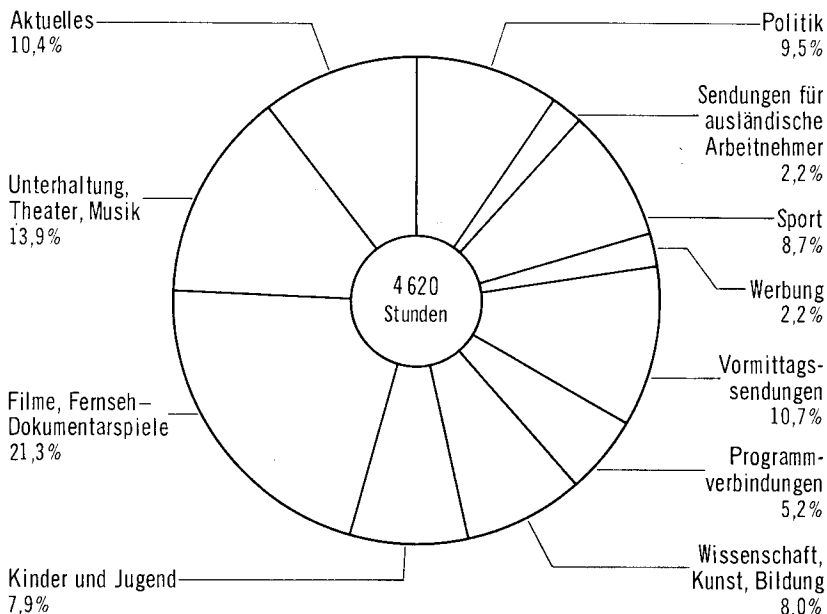


Abb. 4: Fernsehprogramm 1984 (Zweites Deutsches Fernsehen)



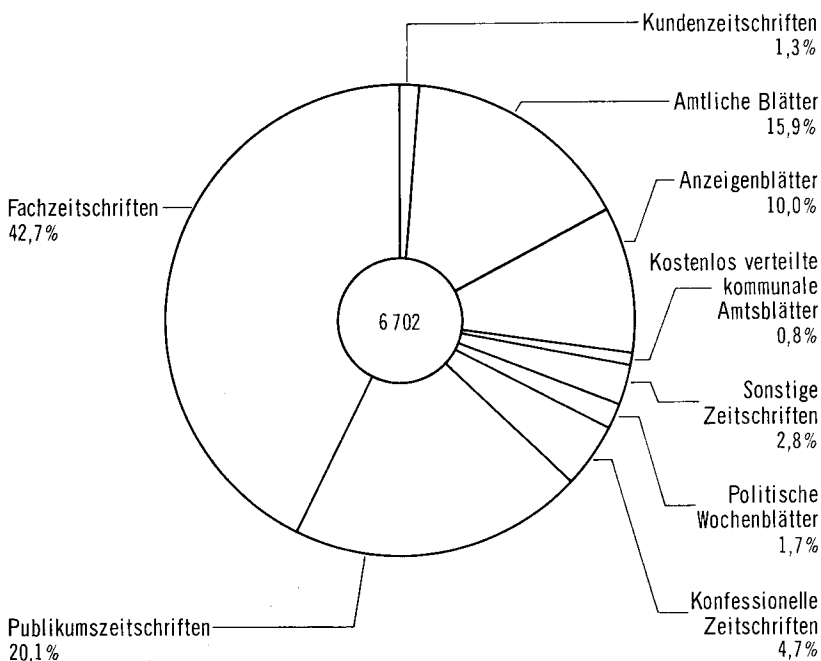
6.4.5 Zeitungen und Zeitschriften

Zeitungen und Zeitschriften sind neben Fernsehen und Rundfunk die wichtigsten Träger der öffentlichen Meinungsbildung; mit ihrer Lektüre wird ein beträchtlicher Teil der Freizeit verbracht. Ende 1983 erschienen in der Bundesrepublik Deutschland 1 226 Zeitungen (359 Haupt- und 867 Nebenausgaben) mit einer durchschnittlichen Verkaufsauflage von knapp 26 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. 57 % der Zeitungen wurden im Abonnement und 43 % im Einzelverkauf vertrieben.

Die Zeitungsverlage finanzieren sich überwiegend aus dem Anzeigengeschäft. Zwei Drittel des Zeitungsumsatzes, der 1983 eine Höhe von etwa 9,8 Mrd. DM erreichte, kamen aus dieser Einnahmequelle. Nur ein Drittel entfiel auf Vertriebs Erlöse. Die „Durchschnittszeitung“ umfaßte im Laufe des Jahres 1983 annähernd 7 600 Seiten, und zwar 61 % mit redaktionellen Beiträgen und 39 % mit Anzeigen. Ein Anteil von allein 33,9 % der gesamten Verkaufsauflage entfiel 1982 auf die Hauptausgaben der drei größten Zeitungen.

1983 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 6 702 Zeitschriften herausgegeben. Die Gesamtauflage je Erscheinungstag betrug im vierten Quartal 1983 260 Mill. Exemplare, von denen 90 Mill. im Abonnement, 64 Mill. im Einzelverkauf und 106 Mill. durch

Abb. 5: Zeitschriften 1983 nach Arten



unentgeltliche Verteilung ihre Leser erreichten. Der Zeitschriftenumsatz in Höhe von 9,4 Mrd. DM wurde je zur Hälfte aus dem Vertrieb und aus Anzeigen erzielt.

Den höchsten Anteil an der Auflage hatten die Publikumszeitschriften mit über 105 Mill. Exemplaren, unter diesen wiederum die Illustrierten, Magazine, Programmzeitschriften und die Zeitschriften für Frauen, Familie und Wohnen mit zusammen 64 Mill. Exemplaren. Hohe Auflagen wiesen auch die Kunden- und die Verbandszeitschriften auf. Die nach der Zahl der Titel weitaus größte Gruppe bildeten die Fachzeitschriften. In 2862 Publikationen aus den verschiedensten Gebieten und mit einer Gesamtauflage von mehr als 47 Mill. Exemplaren wurden Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeiten und fachliche Informationen verbreitet. In großer Zahl, aber mit nur geringer Auflage, erschienen Blätter mit Mitteilungen von Gemeindeverwaltungen, mit Orts- und Vereinsnachrichten, aber auch Anzeigen für Gemeinden und Gemeindeteile. Eine beachtliche Verbreitung hatten ferner die Anzeigenblätter. Hier wurden 669 Titel erfaßt, die in 1 102 Ausgaben mit einer Auflage von über 40 Mill. Exemplaren Woche für Woche unentgeltlich verteilt wurden.

Aus der Vielseitigkeit des Angebots und der Verschiedenartigkeit der Leserkreise ergibt sich, daß viele Zeitschriften in nur geringer Auflage herauskommen. Jede zweite

Tab. 3: Konzentrationsraten der Zeitungen (Hauptausgaben)

Berichtsjahr	Verkaufsauflage					Anzahl der Zeitungen	
	1 000 Stück	Anteil der . . . größten Zeitungen in %					
		3	6	10	25		50
1975	22 702	30,1	34,6	39,8	54,8	71,3	375
1982	25 882	33,9	38,1	43,1	56,7	72,3	364

Tab. 4: Konzentrationsraten der Zeitschriften
im vierten Quartal 1982

Art der Auflage	Auflage (1000 Stück)	Anteil der . . . größten Zeitschriften in %					Anzahl der Zeitschriften
		3	6	10	25	50	
Auflage insgesamt	252 774	8,2	12,1	16,3	26,7	38,1	6 572
Verkaufte Auflage	146 196	11,5	14,1	21,5	28,5	39,3	6 572

Zeitschrift blieb unter 5 000 Exemplaren je Erscheinungstag und neun von zehn Zeitschriften erreichten nicht die Marke von 50 000. Am oberen Ende der Auflagenskala befanden sich 95 Zeitschriften (1,4 % aller Titel) mit Auflagen von einer halben Million und mehr. Sie vereinigten mit 127 Mill. Exemplaren fast die Hälfte der gesamten Zeitschriftenauflage auf sich.

6.4.6 Bücher und Bibliotheken

Auch bei veränderten Informationsmöglichkeiten und -gewohnheiten haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung behauptet. Hiervon zeugt die hohe, wenn auch zu Beginn der achtziger Jahre leicht sinkende Zahl der aufgelegten Buchtitel. 1983 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 47 976 Erst- und 12 622 Neuauflagen gezählt, gegenüber 17 639 bzw. 4 885 im Jahr 1960. Seither hat sich die Buchproduktion also um 170 % erhöht.

Nach Sachgebieten gegliedert entfiel 1983 der weitaus größte Teil der Buchtitel auf schöne Literatur (18,7 %). Es folgten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Statistik (9,3 %), Jugendschriften (5,5 %) sowie Bildende Kunst, Kunstgewerbe (5,5 %).

Tab. 5: Buchproduktion 1983

Sachgebiet	Erst- und Neuauflagen	Anteil in %
Schöne Literatur	11 299	18,7
Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, Statistik	5 654	9,3
Bildende Kunst, Kunstgewerbe	3 316	5,5
Jugendschriften	3 305	5,5
Recht, Verwaltung	3 093	5,1
Religion, Theologie	2 994	4,9
Medizin	2 800	4,6
Karten, Kartenwerke	2 617	4,3
Technik, Industrie, Gewerbe	2 453	4,1
Philosophie, Psychologie	2 394	3,9
Geschichte, Kulturgeschichte, Volkskunde	2 377	3,9
Erziehung, Unterricht, Jugendpflege	2 375	3,9
Sprach- und Literaturwissenschaft	2 289	3,8
Schulbücher	1 999	3,3
Erd- und Völkerkunde, Reisen	1 859	3,1
Land- und Fortwirtschaft, Hauswirtschaft	1 727	2,9
Naturwissenschaften	1 662	2,7
Politik, Wehrwesen	1 420	2,3
Mathematik	1 391	2,3
Musik, Tanz, Theater, Film, Rundfunk	1 345	2,2
Allgemeines, Buch und Schrift, Hochschulen	792	1,3
Turnen, Sport, Spiele	620	1,0
Verkehr	590	1,0
Kalender und Almanache	194	0,3
Verschiedenes	33	0,1
Insgesamt	60 598	100

Der Zugang zum Buchwissen wird durch den Ausbau des Bibliothekswesens erleichtert. 1983 gab es im Bundesgebiet insgesamt 18 921 Bibliotheken, darunter 3 374 im Hochschulbereich. 37 Bibliotheken hatten einen Bestand von jeweils mehr als 1 Mill. Bänden. Die meisten Bibliotheken standen 1983 in der Trägerschaft von Kirchen (7 783), Kreisen und Gemeinden (5 793) sowie der Länder (3 606).

6.5 Reisen

Ferienzeit ist Reisezeit. Das gilt für viele Bundesbürger, die ihren Urlaub außerhalb der „eigenen vier Wände“ verbringen wollen. Im Zeitraum April 1981 bis März 1982 unternahmen 30,8 Mill. Personen, also die Hälfte der Bevölkerung, Urlaubs- und Erholungsreisen von mindestens fünftägiger Dauer. 4,8 Mill. Urlauber verreisten zweimal und 1,4 Mill. sogar dreimal oder noch öfter; insgesamt wurden 39,1 Mill. Reisen unternommen.

Die Reiselust der Bundesbürger kommt vor allem dem Ausland zugute, wohin 1981/82 58,9 % (oder 23 Mill.) aller Urlaubs- und Erholungsreisen führten. In nur 40 % der Fälle (oder 15,6 Mill.) wurde der Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland verlebt, lediglich 1,1 % (oder 0,4 Mill.) der Reisen führten in die DDR oder nach Berlin (Ost).

Im Laufe der siebziger Jahre nahm die Zahl der jährlichen Urlaubsreisen stetig zu. 1980/81 war erstmals – wohl unter dem Einfluß stagnierender bzw. sinkender Realeinkommen – ein Rückgang zu verzeichnen, der sowohl Inlands- als auch Auslandsreisen betraf. Während sich in den siebziger Jahren der Anteil der Auslandsreisen ständig erhöht hatte, scheint sich zu Beginn der achtziger Jahre doch ein relativ stabiler Anteil an „heimattreuen“ Urlaubern herausgebildet zu haben. Rückläufig entwickelte sich seit Ende der siebziger Jahre der Tourismus in die DDR. Zwischen 1978/79 und 1981/82 verminderte sich die Zahl dieser Reisen um etwa 50 %.

Tab. 6: Urlaubs- und Erholungsreisen

Zeitraum	Reisende		Reisen		
	insgesamt	Anteil an der Wohnbe- völkerung	insgesamt	davon	
				Inlands- reisen	Auslands- reisen
	Mill.	%	Mill.	%	
1969 ¹	22,0	36,4	26,1	60,3	39,7
1972	24,3	39,2	27,5	46,3	53,7
1977 ²	29,1	47,4	36,8	44,1	55,9
1978 ²	29,1	47,5	37,6	42,2	57,8
1979 ²	30,7	49,9	39,0	42,3	57,7
1980 ²	29,6	48,0	37,3	41,1	58,9
1981 ²	30,8	50,0	39,1	41,1	58,9

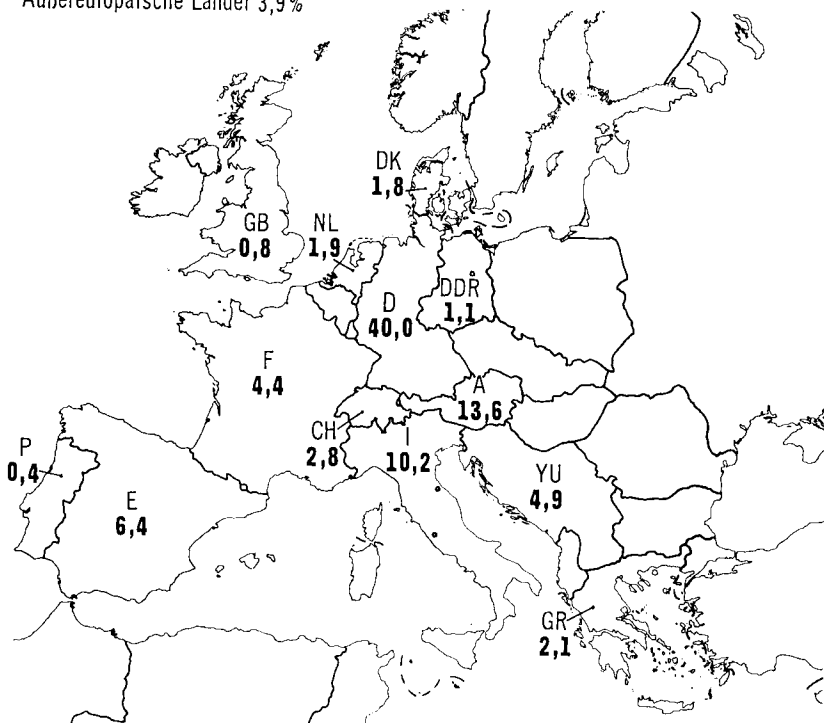
¹ Oktober des Vorjahres bis September.

² April bis März des folgenden Jahres.

Abb. 6: Urlaubsziele der Bundesbürger 1981/82
in Prozent aller Reisen

Übrige europäische Länder 5,5 %

Außereuropäische Länder 3,9 %



Beliebtestes Reiseland der Bundesbürger ist Österreich. Hierhin führten 1981/82 13,6 % aller Reisen. Als weitere bevorzugte Ziele folgten Italien (10,2 %), Spanien (6,4 %), Jugoslawien (4,9 %), Frankreich (4,4 %) und die Schweiz (2,8 %). Die nicht einzeln aufgeführten europäischen Länder hatten zusammen einen Anteil von 13,8 %. 3,9 % aller Reisen gingen über die Grenzen Europas hinaus.

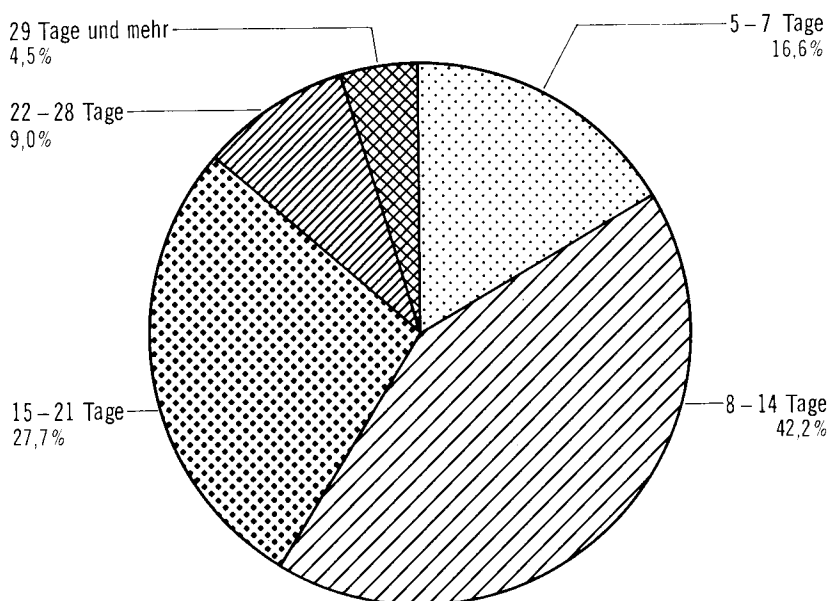
Kein anderes Land ist am Auslandsreiseverkehr so stark beteiligt wie die Bundesrepublik Deutschland. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entfielen 1983 mit rund 15 Mrd. US-Dollar 22 % aller Ausgaben der OECD-Länder im internationalen Reiseverkehr auf Reisende aus der Bundesrepublik Deutschland, die damit rund 1,1 Mrd. US-Dollar mehr für Auslandsreisen ausgaben als Touristen aus den Vereinigten Staaten.

Tab. 7: Ausgaben für Urlaubs- und Erholungsreisen 1981/82

Reiseart	Insgesamt Mrd. DM	DM je Person und Reise	DM je Reisetag
Inlandsreisen, einschließlich DDR und Berlin (Ost)	10,2	637	47
Auslandsreisen	25,2	1 095	69
Insgesamt	35,4	906	60

Insgesamt wendeten die Bundesbürger 1981/82 25,2 Mrd. DM für Auslandsreisen von mindestens fünftägiger Dauer auf; das waren 1 095 DM je Person und Reise. Jeder Reisetag kostete damit durchschnittlich 69 DM. Auf Inlandsreisen – einschließlich DDR und Berlin (Ost) – entfielen 10,2 Mrd. DM, das entsprach 637 DM je Person und Reise bzw. 47 DM je Reisetag.

Abb. 7: Reisedauer 1981/82



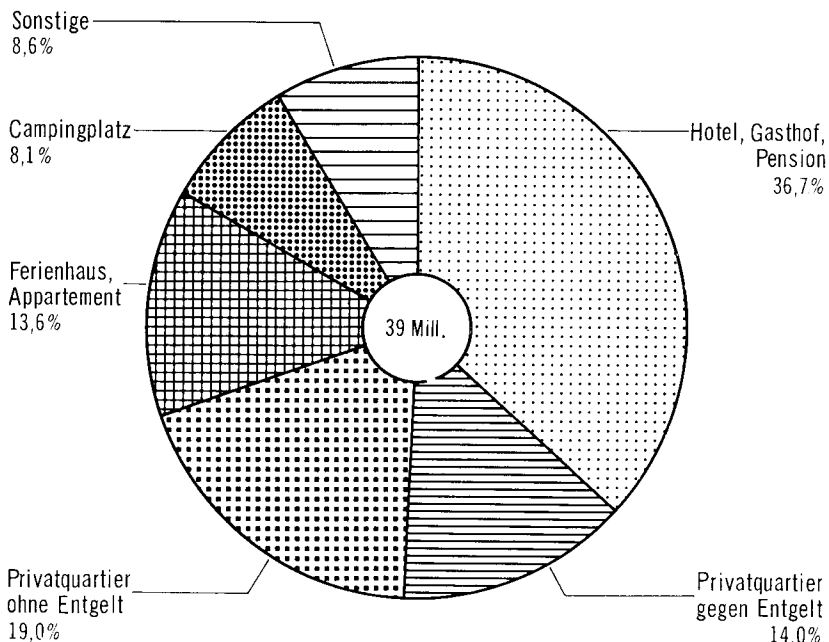
59 % der Reisen dauern weniger als zwei Wochen, 28 % bis zu drei Wochen, 9 % drei bis vier Wochen und knapp 5 % noch länger.

Bevorzugtes Reiseverkehrsmittel ist der Personenkraftwagen, mit dem 1981/82 62 % aller Urlaubsfahrten unternommen wurden; es folgten die Eisenbahn (14 %), das Flugzeug (12 %) und der Reisebus (9 %).

37 % aller Reisen wurden 1981/82 in den „klassischen“ Beherbergungsquartieren (Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime und Pensionen) verbracht. 19 % führten in Privatquartiere ohne Entgelt, was in etwa dem Anteil an Verwandten- und Bekanntenbesuchen entspricht. Steigender Beliebtheit erfreuen sich Ferienhäuser, Bungalows und Appartements (14 %) sowie Campingplätze (8 %). Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß diese Unterkunftsformen vor allem für den Familienurlaub nicht nur vergleichsweise größere Gestaltungs-, sondern auch Ersparnismöglichkeiten bieten.

Auch die traditionsreichen Jugendherbergen stehen nach wie vor hoch im Kurs. 1984 zählte das Deutsche Jugendherbergswerk in den insgesamt 564 Jugendherbergen des Bundesgebiets 9,1 Mill. Übernachtungen, darunter waren gut die Hälfte von Schulklassen bzw. Hochschulguppen. Knapp 1 Mill. Übernachtungen entfielen auf jugendliche Einzelwanderer und Studenten.

Abb. 8: Urlaubs- und Erholungsreisen 1981/82 nach Unterkunftsarten



6.6 Sport und Musizieren

Mit Sport und Musik verbringen die Bundesbürger einen großen Teil ihrer Freizeit – wenn auch überwiegend nur passiv. Über die Zahl der Besucher von Sportveranstaltungen im Bundesgebiet liegen keine gesicherten Ergebnisse vor, und auch über die Millionen von Fernsehzuschauern, die auf diese Weise wichtige Sportereignisse miterleben, lassen sich keine genauen Angaben machen. Zahlen über aktiv Sporttreibende liegen nur insoweit vor, als sie in Sportvereinen organisiert sind.

Tab. 8: Die zehn mitgliederstärksten Sportverbände 1984

Spitzenverband	Mitglieder 1 000	Darunter männlich 1 000
Fußball	4 676	4 239
Turnen	3 390	1 095
Tennis	1 686	950
Schützen	1 202	984
Leichtathletik	790	436
Handball	751	508
Tischtennis	668	494
Skisport	630	368
Schwimmen	561	289
Reiten	511	216

Die Sportvereine verdanken der Trimm-Dich-Welle und dem in den letzten Jahren gewachsenen Gesundheitsbewußtsein wachsenden Zulauf. Zwischen 1970 und 1984 hat sich die Zahl der Mitglieder des Deutschen Sportbundes von 8,3 Mill. auf 16,5 Mill. erhöht. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Vereine von 39201 auf 59717.

Der Vereinssport findet mehr Anhänger unter Männern als unter Frauen. Von den Mitgliedern des Deutschen Sportbundes im Jahr 1984 waren etwa zwei Drittel männlich. Groß ist das Interesse der Jugendlichen an den Sportvereinen. So sind von den Mitgliedern 20 % jünger als 15 Jahre und 41 % unter 22 Jahren.

Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Fußball unter den Sportarten mit Abstand an der Spitze der Beliebtheitsskala. Mit 4,2 Mill. männlichen und 0,4 Mill. weiblichen Mitgliedern stellen die Fußballvereine rund 28 % aller Beitragszahler des Deutschen Sportbundes. Es folgen die Turnvereine mit 3,4 Mill. Mitgliedern. Turnen gehört neben dem Tanzsport und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominieren. Unter den übrigen Sportverbänden übersteigt nur noch die Mitgliedschaft in Tennis- und Schützenvereinen die Millionengrenze.

Über das aktive Musikleben in der Bundesrepublik Deutschland gibt es nur wenige statistische Ergebnisse. Einige Angaben liefert der Deutsche Sängerbund. Er hatte 1984 1,7 Mill. Mitglieder, davon allerdings nur 637 000 singende und mehr als 1 Mill. fördernde. Insgesamt gab es 1984 einschließlich der Kinder- und Jugendchöre 18 591 Bundeschöre, darunter knapp 9 588 reine Männer- und 1 652 reine Frauenchöre.

7 Gesellschaftliche Mitwirkung

7.1 Einführung

Um ein Bild von dem gesellschaftlichen Zusammenleben in der Bundesrepublik Deutschland zu entwerfen, ist es von besonderem Interesse, inwieweit die Bürger ihre verfassungsmäßig garantierten Mitwirkungsmöglichkeiten nutzen und damit das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben gestalten. Hier kann die amtliche Statistik aufgrund der Komplexität der sozialen Aktivitäten nur einige Anhaltspunkte liefern. So vermittelt z. B. die Wahlstatistik einen Eindruck von dem politischen Engagement der Staatsbürger, aus der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder läßt sich der Organisationsgrad der abhängigen Erwerbstätigen ermitteln, die Zahl der Teilnehmer an Gottesdiensten gibt gewisse Aufschlüsse über die religiösen Bindungen usw.

Es ist aber offensichtlich, daß die Statistik in diesen Bereichen sehr schnell an ihre Grenzen stößt. Die nur lückenhaft vorhandenen statistischen Informationen über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben können allenfalls indirekte Hinweise auf soziale Verhaltensweisen vermitteln. Im folgenden werden einzelne Aspekte dieser „gesellschaftlichen Beteiligung“ beleuchtet. (Weitere gesellschaftliche Aktivitäten, z. B. die Teilnahme am Kultur- und Vereinsleben, werden wegen ihrer Nähe zum privaten Bereich in Kap. 6 behandelt; vgl. auch Teil II, Kap. 13.)

7.2 Teilnahme am politischen Leben

7.2.1 Wahlen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu dem Verfassungsgrundsatz der Volkssouveränität. Er besagt, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht und von ihm in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt wird. Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürger von ihren verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen und damit Einfluß auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, kann die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Bürger herangezogen werden. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag ist das Interesse der Bevölkerung am größten. Während bei der ersten Bundestagswahl 1949 die Wahlbeteiligung 78,5 % erreichte, lag sie zwischen 1953 und 1969 nahezu konstant bei 87 %. In der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 1972, bei der sich die Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre auswirkte, wurde die bisher höchste Stimmabgabe von 91,1 % festgestellt. Die darauffolgende Bundestagswahl brachte wiederum eine sehr hohe Wahlbeteiligung von über 90 %. An der Wahl zum zehnten Deutschen Bundestag im März 1983 beteiligten sich 89,1 % der Wahlberechtigten; 4,8 Mill. Wahlberechtigte machten von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch.

Tab. 1: Bundestagswahlen¹

Wahl	Wahlberechtigte 1 000	Wahlbeteiligung %
1949 ²	31 208	78,5
1953 ²	33 121	86,0
1957	35 401	87,8
1961	37 441	87,7
1965	38 510	86,8
1969	38 677	86,7
1972	41 446	91,1
1976	42 058	90,7
1980	43 232	88,6
1983	44 089	89,1

1 Im Bundesgebiet ohne Berlin (West).

2 Ohne Saarland.

Vergleicht man die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl nach Bundesländern, so zeigt sich, daß die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt – abgesehen von der ersten Bundestagswahl – nicht über zwei bis drei Prozentpunkte hinausgehen. Am eifrigsten machen die Saarländer von ihrem Wahlrecht Gebrauch, gefolgt von den Rheinland-Pfälzern und Hessen. In Baden-Württemberg und Bayern wurde bisher bei allen Bundestagswahlen die niedrigste Wahlbeteiligung beobachtet.

Von besonderem politischen und soziologischen Interesse ist die Frage, ob es geschlechts- und altersspezifische Unterschiede im Wahlverhalten gibt. Um diese Zusammenhänge zu erhellen, werden seit 1953 repräsentative Sondererhebungen zur Bundestagswahl durchgeführt, bei denen Wählerverzeichnisse und Stimmzettel in etwa 1 800 ausgewählten Wahlbezirken anonym ausgewertet werden. Damit ist sichergestellt, daß das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird.

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1983
nach Geschlecht und Alter

Alter von . . . bis unter . . . Jahren	Wahlberechtigte ¹			Wahlbeteiligung ¹		
	ins- gesamt	Männer	Frauen	ins- gesamt	Männer	Frauen
	1 000	%				
unter 21	2 053	51,4	48,6	84,3	85,4	83,2
21–30	6 822	50,9	49,1	82,7	83,1	82,3
30–40	6 363	50,5	49,5	88,1	87,7	88,4
40–50	7 762	50,4	49,5	91,6	91,5	91,7
50–60	6 153	47,7	52,3	92,7	93,2	92,2
60–70	4 788	39,1	60,9	92,3	93,6	91,5
70 und mehr	5 755	35,4	64,6	84,9	88,5	82,9
Insgesamt	39 695	46,6	53,4	88,4	89,1	87,8

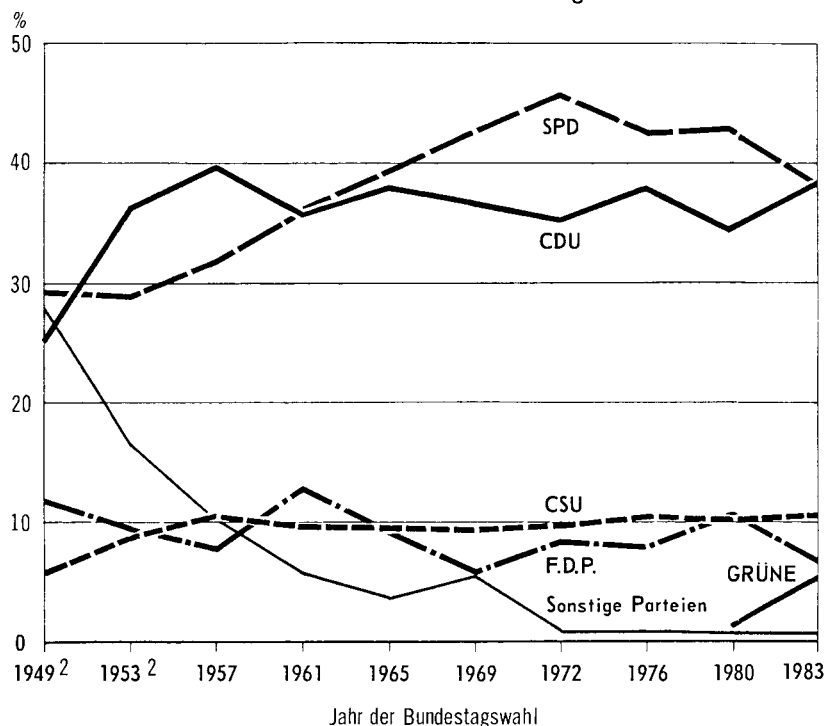
1 Ohne Personen mit Wahlschein.

Aus diesen Untersuchungen geht hervor, daß die Wahlbeteiligung der Frauen bei Bundestagswahlen insgesamt hinter derjenigen der Männer zurückbleibt: In den Jahren 1953 und 1957 lag sie um 3,1 bzw. 3,3 Prozentpunkte niedriger; bei den folgenden Wahlen verringerte sich der Unterschied laufend bis auf 0,8 Prozentpunkte bei der Bundestagswahl 1976. 1983 machten die Männer zu 89,1 % und die Frauen zu 87,8 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch. In den Altersgruppen der 30- bis 40jährigen und der 40- bis 50jährigen lag die Wahlbeteiligung der Frauen jedoch etwas höher als bei den Männern.

Stärker ausgeprägt sind die altersspezifischen Abweichungen. Die niedrigste Wahlbeteiligung, und zwar sowohl bei Männern als auch bei Frauen, wird seit 1953 bei den jungen Wählern festgestellt. Ab dem 25. Lebensjahr nimmt die Wahlbeteiligung bis zum Alter von 60 Jahren zu; danach geht sie wieder zurück, liegt aber noch höher als in der Altersgruppe der unter 30jährigen.

Die Wähler geben ihre Stimmen seit den sechziger Jahren ganz überwiegend den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU sowie der F.D.P. Bei der Bundestagswahl 1983 konnten auch die GRÜNEN die Fünfprozenthürde überspringen. Seit den fünfziger Jahren ist damit erstmals eine fünfte Partei im Bundestag vertreten.

Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen¹

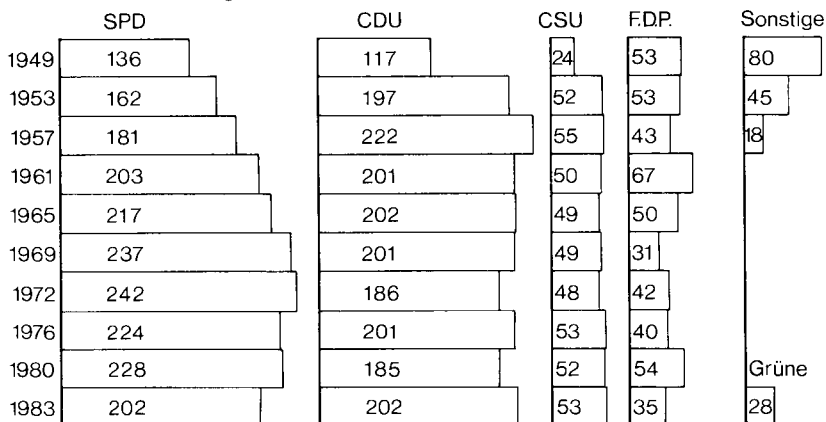


- 1 Seit 1953 Zweitstimmen.
2 Ohne Saarland.

Besonders aufschlußreich ist die Analyse der Stimmabgabe in der Kombination nach Geschlecht und Alter. Aufgrund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Kap. 1) haben die Frauen einen besonderen Einfluß auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 1983 wurden 53,1 % der gültigen Stimmen (ohne Briefwahlstimmen) von Frauen und 46,9 % von Männern abgegeben. SPD, CDU und CSU konnten mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei F.D.P., GRÜNEN und der nicht im Parlament vertretenen DKP überlagerte dagegen der Anteil der männlichen Wähler.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Bundestagswahl 1953 sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede geringer geworden. Damals zeigten die weiblichen Wähler noch eine deutliche Vorliebe für CDU und CSU, während SPD und F.D.P. häufiger von Männern gewählt wurden.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag¹



¹ Einschließlich der Abgeordneten von Berlin (West)

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 1983
nach dem Alter

Partei	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wählern im Alter von . . . bis unter . . . Jahren		
	18–35	35–60	60 u. mehr
SPD	29,8	43,2	27,0
CDU	25,1	46,0	29,0
CSU	28,2	44,4	27,4
F.D.P.	25,7	51,1	23,3
GRÜNE	67,4	26,5	6,1
DKP	39,1	36,1	24,9
Insgesamt	29,4	43,9	26,6

Untersucht man die Wählerschaft der Parteien nach ihrem Alter, so ergeben sich ebenfalls Unterschiede. Aus der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 1983 geht hervor, daß die CDU die relativ älteste Wählerschaft hatte, während der Anteil der jungen Wähler bei den GRÜNEN außerordentlich hoch ist. Auch die DKP hat überdurchschnittlich viele junge Wähler. Demgegenüber kamen die Wähler der F.D.P. vor allem aus dem Lager der 35- bis 60jährigen.

Tab. 4: Abgeordnete des zehnten Deutschen Bundestages
nach beruflicher Tätigkeit 1985¹

Berufsgruppe	Anzahl	%
<i>Inhaber von Regierungsämtern</i>		
– Regierungsmitglieder und Parlamentarische Staatssekretäre	40	7,7
<i>Beamte</i>		
– Beamte in der Verwaltung, Richter, Berufssoldaten, Kommunale Wahlbeamte	113	21,7
– Professoren, andere Wissenschaftler an Universitäten und Hochschulen, Lehrer	60	11,5
insgesamt	173	33,3
<i>Angestellte des öffentlichen Dienstes</i>		
– auch von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts	28	5,4
Bedienstete in der Verwaltung der EG	2	0,4
<i>Angestellte von politischen und gesellschaftlichen Organisationen</i>		
– von Parteien, Gewerkschaften u. a.	58	11,2
<i>Angestellte in der Wirtschaft</i>		
– in Industrie, Handel, Handwerk, Gewerbe und entsprechenden Verbänden	64	12,3
<i>Selbständige</i>		
– Selbständige in Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe; auch quasi unabhängige Wirtschaftsvertreter	41	7,9
– Selbständige in der Land- und Forstwirtschaft	24	4,6
insgesamt	65	12,5
<i>Angehörige freier Berufe</i>		
– Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten, Ingenieure, Journalisten, Steuerberater u. a.	60	11,5
Pfarrer (ev.) und Diakone	3	0,6
Hausfrauen	8	1,5
Arbeiter ²	12	2,3
Sonstige	7	1,3
Abgeordnete insgesamt	520	100

¹ Stand: Juli 1985.

² Weitere Abgeordnete waren zu Beginn ihrer Berufslaufbahn Arbeiter, übten jedoch einen anderen Beruf aus, der für die Einordnung in das vorliegende Schema mehr charakteristisch ist. Auf einen früheren Arbeiterberuf weisen relativ viele Abgeordnete in der Gruppe der Angestellten von politischen und gesellschaftlichen Organisationen hin.

Quelle: Fachbereich I der Verwaltung des Deutschen Bundestages.

In der Zusammensetzung des Parlaments sind bestimmte Gruppen deutlich unterrepräsentiert. So ist die Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Deutschen Bundestag nach wie vor sehr gering. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind, stellen sie im zehnten Deutschen Bundestag nur 9,8 % der Abgeordneten.

Auch die Berufszugehörigkeit der Abgeordneten ist keineswegs repräsentativ für die Sozialstruktur der Bevölkerung. Besonders ins Auge fällt der mit rund 40 % relativ hohe Anteil der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Arbeiter sind im Parlament dagegen kaum vertreten.

Das Durchschnittsalter der Parlamentarier lag zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 1983 bei 48,2 Jahren. Es hat sich von der dritten (1957: 52,5 Jahre) bis zur siebten Wahlperiode (1972: 46,6 Jahre) kontinuierlich verringert und ist danach wieder leicht angestiegen.

Im Vergleich zu den Bundestagswahlen liegt die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im allgemeinen niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Besonders hoch war die Teilnahme an der letzten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, Hessen, Berlin und im Saarland; besonders niedrig war sie in Baden-Württemberg.

Bei der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 machten von den insgesamt 44,5 Mill. wahlberechtigten Bundesbürgern nur 56,8 % von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Damit war die Wahlbeteiligung – wie übrigens auch in den übrigen

Tab. 5: Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen
in Prozent

Land	Wahl	Wahlbeteiligung	Parteizugehörigkeit des Ministerpräsidenten ¹
Schleswig-Holstein	1983	84,8	CDU
Hamburg	1982	84,0	SPD
Niedersachsen	1982	77,7	CDU
Bremen	1983	79,7	SPD
Nordrhein-Westfalen	1985	75,2	SPD
Hessen	1983	83,5	SPD
Rheinland-Pfalz	1983	90,4	CDU
Baden-Württemberg	1984	71,2	CDU
Bayern	1982	78,3	CSU
Saarland	1985	85,0	SPD
Berlin (West)	1985	83,6	CDU

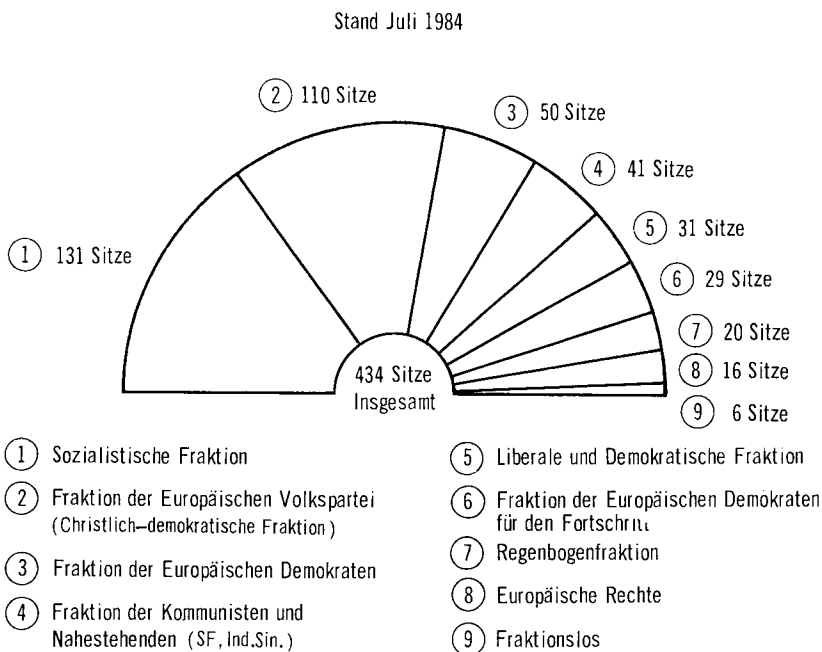
¹ In Hamburg: Erster Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senat;
in Berlin (West): Regierender Bürgermeister.

Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Wenn man von Belgien, Luxemburg, Griechenland und Italien, in denen Wahlpflicht besteht, absieht, lag die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik und Frankreich mit jeweils knapp 57 % noch am höchsten. Das geringste Interesse zeigten die Wahlberechtigten in Großbritannien, von denen sich nur 32 % an den Europawahlen beteiligten.

Die für die Bundesrepublik Deutschland durchgeführte repräsentative Wahlstatistik zur Europawahl zeigt, daß das Interesse bei den jungen Wählern besonders gering war. Beispielsweise verzichteten 58 % der 21- bis 30jährigen darauf, an der Europawahl teilzunehmen. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung der unter 45jährigen unter dem Durchschnitt (zwischen 1,6 und 12,5 Prozentpunkten), die der über 50jährigen hingegen lag darüber.

Die Bundesrepublik entsendet insgesamt 81 Abgeordnete ins Europäische Parlament, davon gehören 33 der SPD, 34 der CDU, 7 der CSU und 7 den GRÜNEN an. Die F.D.P. und eine Reihe von weiteren Parteien scheiterten an der Fünfprozentklausel.

Abb. 3: Sitzverteilung im Europäischen Parlament nach Fraktionen
Stand Juli 1984



7.2.2 Mitgliedschaft in Parteien

Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland wird seit ihrer Gründung vor allem von den großen Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) und Freie Demokratische Partei (F.D.P.). Daneben kandidierten immer eine Anzahl kleinerer Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundesebene und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozent-Sperrklausel beigetragen. Erst den GRÜNEN gelang zu Beginn der achtziger Jahre in einer Reihe von Länderparlamenten und 1983 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienlandschaft.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig etwa 2 Mill. Bürger das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von etwa 5 % der wahlberechtigten Bevölkerung. Die Partei mit der größten Mitgliedschaft ist die SPD. Bei ihrer Wiedergründung nach dem Krieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Nach eigenen Angaben stieg ihre Mitgliederzahl von rund 711 000 im Jahr 1946 auf etwa 920 000 im Jahr 1984. 1976 erreichte sie mit 1 022 000 ihren bisher höchsten Stand. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedergründung bis auf 25 % 1984.

Im Unterschied zur katholischen Zentrums Partei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Krieg neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wähler beider christlicher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl¹ der CDU belief sich Mitte 1984 auf rund 736 000, davon 22 % Frauen.

¹ Angaben der Partei.

Bei der CSU stieg die Mitgliederzahl¹ von 69 000 im Jahr 1946 auf 186 000 Ende 1984. Der Anteil der weiblichen Parteimitglieder lag zuletzt bei 14 %.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete F.D.P. sieht sich als Hüterin der Tradition des klassischen Liberalismus. In ihren Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik (1971) begreift sie die Freiheiten und Rechte des Bürgers nicht nur als formale Garantie, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Im Vergleich zu ihrer politischen Bedeutung als Koalitionspartner in zahlreichen Bundes- und Landesregierungen besitzt sie mit 73 000 Parteimitgliedern¹ im September 1984 eine relativ schmale Mitgliederbasis. Der Frauenanteil in der F.D.P. lag zuletzt bei 25 %.

Seit Mitte der siebziger Jahre engagiert sich eine zunehmende Zahl von Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in „Bürgerinitiativen“. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, z. B. Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Flughafenerweiterung u. ä. Aus dieser Bewegung sind inzwischen „grüne“ Parteien mit über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. In Bremen, Baden-Württemberg, Berlin (West), Hamburg, Hessen und Niedersachsen ist ihnen der Einzug in die Landesparlamente, im März 1983 der Einzug in den Bundestag gelungen. Die GRÜNEN haben sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als „Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN“ zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. Ihre Mitgliederzahl¹ lag im März 1984 bei 32 000, bei einem Frauenanteil von 30 %.

7.3 Engagement in Berufsverbänden

7.3.1 Das Recht auf Vereinigungsfreiheit

Mit der Freiheit der Meinungsäußerung eng verbunden ist das verfassungsmäßig verbürgte Grundrecht der Vereinigungsfreiheit. Alle Deutschen haben danach das Recht, sich in Vereinen und Gesellschaften zusammenzuschließen. Ausdrücklich gewährleistet ist auch für jedermann und alle Berufe das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Diese Koalitionsfreiheit hat zur Gründung einer Vielzahl von Wirtschaftsorganisationen und Berufsverbänden geführt.

Von besonderer Bedeutung sind die großen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen, die sogenannten Tarifpartner, die im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten Tarifautonomie Verträge über Arbeitsentgelte und -bedingungen abschließen. Ihre Verhandlungsergebnisse beeinflussen sowohl das Wirtschaftsgeschehen insgesamt als auch die Lebensverhältnisse und Einkommenssituation des einzelnen Erwerbstätigen.

¹ Angaben der Partei.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben die in der Weimarer Zeit vorherrschende Zersplitterung in Einzel- und Richtungsgewerkschaften überwunden. Sie sind sogenannte Einheitsgewerkschaften, in denen Arbeitnehmer aller Parteien und Konfessionen zusammenarbeiten. Es gibt daher in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Ländern nur wenige, aber mitgliederstarke Gewerkschaftsorganisationen. Die größte ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mit fast 7,75 Mill. Mitgliedern. Er setzt sich aus 17 Einzelgewerkschaften zusammen, die nach dem Prinzip der Industriegewerkschaft aufgebaut sind, d. h. in ihnen sind Arbeiter und Angestellte eines Industriezweiges unabhängig von ihrem Beruf zusammengeschlossen.



Neben den DGB-Gewerkschaften sind als weitere mitgliederstarke Arbeitnehmerorganisationen die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit fast einer halben Mill. Mitgliedern und der Deutsche Beamtenbund (DBB) mit 800 000 Mitgliedern zu nennen. Im Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) sind rund 300 000 Arbeitnehmer organisiert. Bei allen genannten Organisationen ist die Zahl der Mitglieder während der letzten Jahrzehnte kontinuierlich angestiegen. Seit 1982 (beim DBB: seit 1980) gehen die Mitgliederzahlen jedoch leicht zurück.

Tab. 6: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Stand: Ende 1983

Einzelgewerkschaften	Mitglieder	Anteil der Frauen
	1 000	%
Bau, Steine, Erden	523	5
Bergbau und Energie	366	2
Chemie, Papier, Keramik	635	19
Druck und Papier	144	23
Eisenbahner Deutschlands	380	5
Erziehung und Wissenschaft	185	52
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	42	12
Handel, Banken und Versicherungen	360	57
Holz und Kunststoff	150	13
Kunst	47	17
Leder	51	44
Metall	2 536	14
Nahrung, Genuß, Gaststätten	264	33
Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	1 174	29
Polizei	168	8
Deutsche Postgewerkschaft	458	30
Textil – Bekleidung	264	58
DGB	7 746	21

Quelle: Deutscher Gewerkschaftsbund.

Tab. 7: Mitglieder ausgewählter Arbeitnehmerorganisationen

Gewerkschaft	1951	1960	1970	1980	1983
	1 000				
Deutscher Gewerkschaftsbund	5 912	6 379	6 713	7 883	7 746
Deutsche Angestellten Gewerkschaft	344	450	461	495	497
Deutscher Beamtenbund	234	650	721	821	801

Quelle: Angaben der betreffenden Organisationen.

Insgesamt waren 1983 etwa 9,3 Mill. Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Setzt man diese Zahl mit der entsprechenden Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen (23 Mill.) in Beziehung, ergibt sich ein Organisationsgrad aller Arbeitnehmer der Bundesrepublik Deutschland von 40 %. Die Vergleichszahl für 1960 lautet 37 %.

Die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder konnten ihren Anteil an der gesamten Mitgliederzahl im Laufe der Zeit leicht erhöhen. Beim DGB belief er sich 1983 auf ein Fünftel, bei der DAG auf 39 % und beim DBB auf ein Viertel. Die weiblichen Arbeitnehmer sind damit in den Gewerkschaftsorganisationen unterrepräsentiert. Im Vergleich zu einem Anteil an der Gesamtzahl der abhängigen Erwerbstätigen von 38 % im Jahr 1983 stellen sie nur etwa ein Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder. Ihr Organisationsgrad liegt bei 23 %; das bedeutet, daß gegenwärtig etwa jede vierte abhängig erwerbstätige Frau einer Gewerkschaft angehört.

7.3.3 Arbeitgeberverbände

Den Vereinigungen der Arbeitnehmer entsprechen im Rahmen der Koalitionsfreiheit die Arbeitgeberverbände als Interessenvertretungen der Arbeitgeber. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es mehrere hundert teils fachlich, teils regional gegliederte Arbeitgeberverbände. Der Organisationsgrad der Arbeitgeber ist außerordentlich hoch. Die gemeinsame Dachorganisation für alle Wirtschaftszeige – Landwirtschaft, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, Handwerk, Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen – ist die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Sie vertritt die



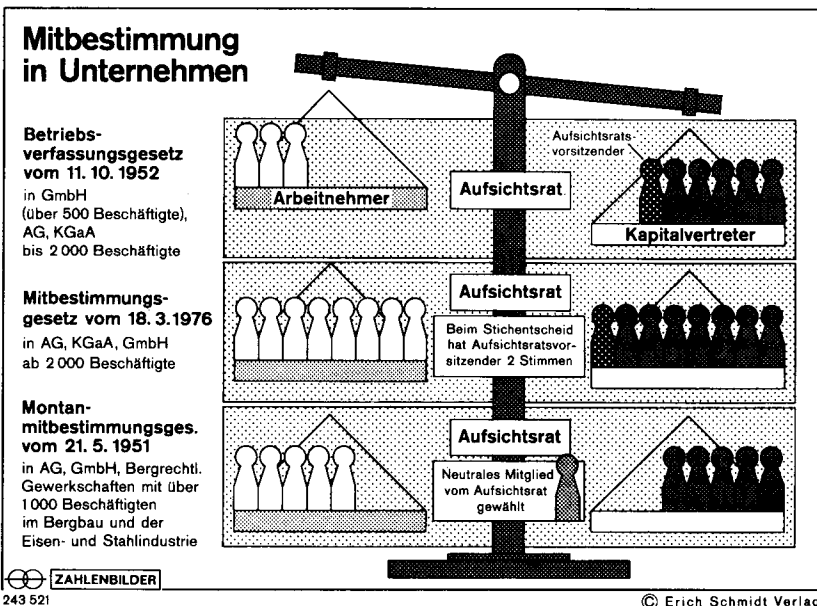
Unternehmer in ihrer Funktion als Arbeitgeber, das heißt als Verhandlungspartner der Gewerkschaften. Alle übrigen Interessen – zum Beispiel wirtschafts- und steuerpolitischer Art – werden von anderen Verbänden wahrgenommen, beispielsweise dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und den Fachorganisationen des Handwerks.

7.3.4 Mitbestimmung







Neben dem Kampf um die materielle Absicherung der Arbeitnehmer und der allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ist es seit langem ein erklärtes Ziel der Gewerkschaften, die Mitbestimmung im Betrieb zu verwirklichen. Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch das Betriebsrätegesetz von 1920, das die Möglichkeit schuf, in allen Betrieben gewählte Arbeitnehmervertretungen einzurichten.

Heute gibt es in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedliche Formen der Mitbestimmung, jeweils abhängig von Unternehmensgröße, Rechtsform und Wirtschaftszweig.

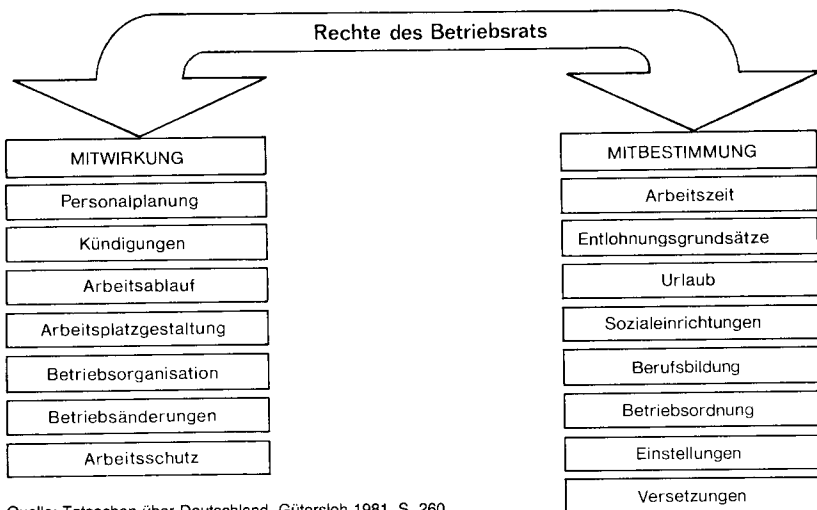
Am weitesten entwickelt sind die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer in den Großbetrieben des Bergbaus und der Eisen- und Stahlerzeugung mit über 1000 Beschäftigten, die unter das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 fallen. Nach diesem Gesetz wird der Aufsichtsrat je zur Hälfte von Vertretern der Kapitalgeber und der



Formen der Mitbestimmung und ihr Geltungsbereich

Mitbestimmung nach dem Gesetz von 1976	 4,5 Mill. Arbeitnehmer	große Kapitalgesellschaften
Montan-Mitbestimmung	 0,6 Mill.	Montanindustrie
Drittelbeteiligung	 0,6 Mill.	kleine Kapitalgesellschaften
Innerbetriebliche Mitbestimmung (Betriebsverfassungsgesetz)	 9,3 Mill.	übrige Wirtschaft
Innerbetriebliche Mitbestimmung (Personalvertretungsgesetz)	 3,6 Mill.	öffentlicher Dienst
Keine Mitbestimmung	 3,4 Mill.	Kleinbetriebe (unter 5 Beschäftigte)

Quelle: Tatsachen über Deutschland, Gütersloh 1981, S. 258.



Quelle: Tatsachen über Deutschland, Gütersloh 1981, S. 260.

Arbeitnehmer besetzt; beide Seiten einigen sich dann auf ein weiteres neutrales Mitglied. Dem Vorstand muß ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied angehören, der nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat gewählt werden kann.

Für die Großunternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten der übrigen Industrie gilt das allgemeine Mitbestimmungsgesetz von 1976. Auch nach diesem Gesetz setzt sich der Aufsichtsrat zu gleichen Teilen aus Vertretern der Kapitalgeber und Arbeitnehmer zusammen. Bei Stimmengleichheit gibt jedoch die Stimme des Vorsitzenden, der nicht gegen den Willen der Kapitalgeber gewählt werden kann, den Ausschlag. Außerdem muß ein Arbeitnehmervertreter der Gruppe der „leitenden Angestellten“ angehören.

Bei kleinen und mittleren Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften bis 2000 Beschäftigte und Unternehmen bestimmter anderer Rechtsformen mit 500 bis 2000 Beschäftigten) erfolgt die Mitbestimmung auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes nach der sogenannten Drittelbeteiligung, das heißt ein Drittel der Aufsichtsratsmitglieder besteht aus gewählten Arbeitnehmervertretern.

In den übrigen Unternehmen besitzen die Arbeitnehmer keinen institutionalisierten Einfluß auf die wirtschaftliche Unternehmensführung. Sie haben jedoch – abgesehen von Kleinbetrieben unter fünf Beschäftigten – nach dem Betriebsverfassungsgesetz das Recht, einen Betriebsrat zu wählen, der Mitsprache- und Mitwirkungsrechte in sozialen und personellen Angelegenheiten hat.

Nach Untersuchungen des DGB wurden 1978 in rund 35000 Betrieben über 194000 Betriebsratsmitglieder gewählt. Von den Mandaten entfielen mehr als drei Viertel (78,1 %) auf die Einzelgewerkschaften im DGB, knapp ein Fünftel (18,1 %) auf Nichtorganisierte und der Rest auf DAG (3,3 %) und andere Organisationen (0,5 %). Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder belief sich auf gut ein Drittel (36,6 %), der Frauenanteil auf 17 %.

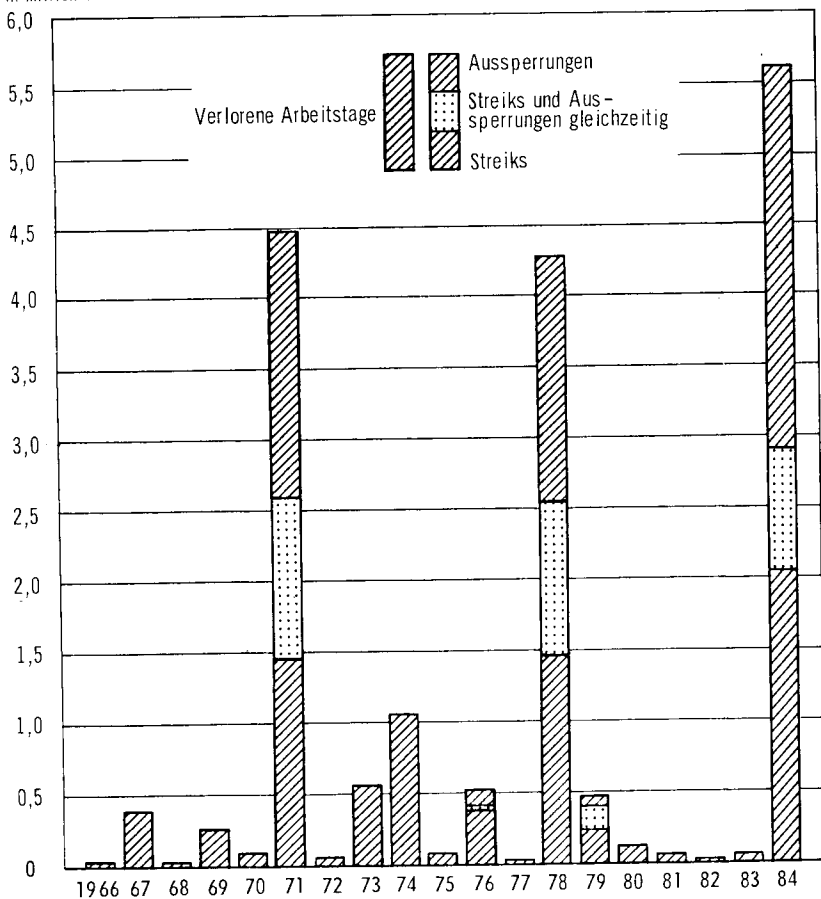
Für die 4,4 Mill. Beamten, Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes regeln die Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder die Mitbestimmung in den Dienststellen. Das Mitbestimmungsorgan im öffentlichen Dienst ist der Personalrat; seine Aufgaben und Befugnisse erstrecken sich analog zu den Regelungen in der Wirtschaft auf soziale und personelle Angelegenheiten.

7.3.5 Arbeitskämpfe

Wenn sich bei Tarifverhandlungen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite nicht einigen können und die Schlichtungsbemühungen eines unparteiischen Dritten scheitern, stellt sich die Frage des Arbeitskampfes. Falls sich bei einer Urabstimmung unter den beteiligten Gewerkschaftsmitgliedern eine Dreiviertelmehrheit für Streikmaßnahmen ausspricht, wird der Ausstand erklärt. Die Arbeitgeber können mit dem Kampfmittel der Aussperrung operieren, das ist die vorübergehende Weigerung, alle oder einen Teil der Belegschaft zu beschäftigen und Lohn bzw. Gehalt zu zahlen.

Abb. 4: Durch Arbeitskämpfe verlorene Arbeitstage

Ausfalltage
in Millionen



In der Bundesrepublik Deutschland wird im Vergleich zu anderen Ländern wenig gestreikt. Während der vergangenen zwei Jahrzehnte waren die heftigsten Arbeitskämpfe 1971, 1978 mit jeweils über 4 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen und 1984 mit 5,6 Mill. ausgefallenen Arbeitstagen zu verzeichnen. In den übrigen Jahren lag die Zahl der verlorenen Arbeitstage weit darunter (s. Abb. 4). Auf die meisten größeren Streiks reagierten die Arbeitgeber mit Aussperrungen, durch die teilweise noch weitere Arbeitnehmer in den Arbeitskampf einbezogen wurden.

7.4 Teilnahme am religiösen Leben

7.4.1 Kirche und Staat

Das Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften wurde bereits in der Weimarer Reichsverfassung von 1919 in umfassender Weise geregelt. Ein Teil der Weimarer Kirchenartikel ist als Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland übernommen worden. Danach besteht in der Bundesrepublik Deutschland keine Staatskirche. Die aus den Grundrechtsgarantien folgende Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften ist gewährleistet, und jede Religionsgemeinschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig. Dennoch bestehen auch heute noch enge Bindungen zwischen Kirche und Staat, und die Kirchen genießen weitgehende Rechte, zum Beispiel das Recht, Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben, oder das Recht der Einflußnahme auf die Besetzung theologischer Lehrstühle an staatlichen Universitäten.

7.4.2 Religionszugehörigkeit

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gehört ganz überwiegend den christlichen Kirchen an, und zwar zu ungefähr gleichen Teilen der katholischen und der evangelischen Glaubensrichtung. Eine kleine Minderheit bekennt sich zu anderen

Tab. 8: Verteilung der Konfessionen nach Bundesländern¹

Bundesländer	Anteil der Angehörigen der	
	evangelischen Kirchen ²	katholischen Kirche
	an der Gesamtbevölkerung in %	
Schleswig-Holstein	86,4	6,0
Hamburg	73,6	8,2
Niedersachsen	74,6	19,6
Bremen	82,4	10,2
Nordrhein-Westfalen	41,8	52,5
Hessen	60,5	32,8
Rheinland-Pfalz	40,7	55,7
Baden-Württemberg	45,8	47,4
Bayern	25,7	69,9
Saarland	24,2	73,8
Berlin (West)	70,1	12,5

¹ Ergebnis der Volkszählung 1970.

² Gliedkirchen der EKD und evangelische Freikirchen.

christlichen Gemeinschaften, zum Beispiel zur Evangelisch-Methodistischen Kirche, zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten), zur Altkatholischen Kirche, zur Gesellschaft der Freunde (Quäker) und zur Heilsarmee.

Der Anteil der katholischen Bevölkerung ist im Süden der Bundesrepublik Deutschland überdurchschnittlich hoch, insbesondere im Saarland, in Bayern und in Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg sind beide Konfessionen etwa gleich stark vertreten. Im Norden überwiegt der evangelische Volksteil.

Die Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Juden liegt heute bei etwa 30 000. Vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten waren im Deutschen Reich 1933 etwa 503 000 Juden ansässig. Die größten jüdischen Gemeinden befinden sich in Berlin (West) und Frankfurt/M.

Durch den Zuzug von ausländischen Arbeitnehmern haben Religionsgemeinschaften an Bedeutung gewonnen, die früher kaum in Deutschland vertreten waren; so z. B. die griechisch-orthodoxe Kirche und der Islam, der gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland etwa 1,5 Mill. Anhänger hat.

7.4.3 Katholische Kirche¹

Am Jahresende 1982 lebten 26,6 Mill. Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug damit 43,3 %. Dieser Anteil ist seit 1950 nahezu gleichgroß geblieben. Die Katholikenzahl ist seit 1974 rückläufig. Der Zuzug katholischer Ausländer – meist Gastarbeiter und deren Familienangehörige – hatte bis dahin die rückläufigen Taufzahlen und die zu Beginn der siebziger Jahre steigende Zahl der Kirchnaustritte (1970: 70 000) mehr als kompensiert. 1982 lag die Zahl der Kirchnaustritte bei 55 000.

Tab. 9: Katholische Kirche

Jahr	Katholiken	Taufen	Trauungen	Kirchliche Beerdigungen	Teilnahme an der sonntäglichen Eucharistiefeier	
		1 000				je 100 Katholiken
1960	24 710	473	214	262	11 895	48,1
1970	27 192	370	164	296	10 159	37,4
1980	26 720	258	125	288	7 769	29,1
1982	26 600	266	120	288	7 388	27,8

¹ Angaben: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz – Referat Statistik – Bonn.

Die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland ist in 22 Bistümern (5 Erzbistümer und 17 Bistümer) organisiert. Die Zahl der Pfarreien und sonstigen Seelsorgebezirke beträgt 12500. Im Jahre 1979 waren in der Pfarrseelsorge rund 12200 Weltpriester und Ordensgeistliche tätig; auf einen Pfarrseelsorger trafen 2200 Gläubige. Wegen akutem Priestermangel können jedoch nicht alle Kirchengemeinden mit einem Priester besetzt werden. Weitere 7300 Priester waren in anderen Arbeitsfeldern tätig.

Die Grundstrukturen des kirchlichen Lebens zeigt Tab. 9. Die Teilnahme an den sonntäglichen Eucharistiefeiern nahm zwischen 1960 und 1982 um 4,5 Mill. Besucher oder um fast 38 % ab. 1982 besuchten durchschnittlich 28 % aller Katholiken die Sonntagsmesse. An Feiertagen oder an den Hochfesten der Kirche nehmen weit mehr an den Eucharistiefeiern teil.

Der große Rückgang bei den kirchlichen Trauungen und Taufen muß im Zusammenhang mit der starken Abnahme der standesamtlichen Eheschließungen und der Lebendgeborenen gesehen werden (vgl. Kap. 1). Gleichwohl sind die Bereitschaft zur katholischen Eheschließung und insbesondere die Bereitschaft zur katholischen Taufe nach wie vor weit verbreitet. Nahezu alle verstorbenen Katholiken werden auch heute noch kirchlich beerdigt.

7.4.4 Evangelische Kirche¹

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) umfaßte Ende 1983 25,5 Mill. Mitglieder; dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 42 % und einem solchen an der deutschen Bevölkerung von rund 45 %. Bei der Volkszählung im Jahr 1950 lagen diese Anteile noch bei jeweils rund 52 %. Anfang 1984 waren in den 17 Gliedkirchen der EKD etwa 16300 Pfarrer im aktiven Dienst tätig, darunter 8,8 % Pfarrerrinnen. Auf einen Geistlichen entfielen damit im Durchschnitt rund 1600 Kirchenmitglieder, im Jahr 1964 waren es noch durchschnittlich rund 2200.

Tab. 10: Evangelische Kirche

Jahr	Taufen	Trauungen	Bestattungen	Abendmahls- gäste
1 000				
1963	476	204	335	7 727
1970	346	156	369	6 813
1980	222	94	347	9 056
1983	224	92	342	9 631

¹ Angaben der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover.

Auch die evangelischen Kirchen hatten seit Mitte der sechziger Jahre vornehmlich aufgrund der Rückgänge der Geburten und der standesamtlichen Eheschließungen Abnahmen bei der Zahl der Taufen und Trauungen zu verzeichnen, während die Zahl der Bestattungen etwas zunahm. Im Jahr 1983 kamen auf 100 lebendgeborene Kinder mit einem oder zwei evangelischen Elternteilen 76 evangelische Kindertaufen, 1963 waren es 77. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein Vergleich von Taufen und Geburten durch die sogenannten „Spätaufnahmen“, d. h. Taufen von Kindern im Alter von eins bis dreizehn Jahren, beeinträchtigt wird. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der evangelischen Kindertaufen erreichte 1983 12,7%. Die Zahl der Trauungen ging bei den evangelischen Kirchen deutlich stärker zurück als in der katholischen Kirche: Während sich im Jahr 1963 von 100 Paaren mit einem oder zwei evangelischen Partnern 62 nach vollzogener standesamtlicher Eheschließung evangelisch trauen ließen, waren es 1983 nur noch 44. Die Aussage dieses Vergleichs wird durch die Wiederverheiratungen Geschiedener eingeschränkt. Ihr Anteil an der Zahl der Eheschließungen stieg bis 1983 auf 28,3% an. Geschiedene werden seltener kirchlich getraut als Personen, die erstmals heiraten. Nach wie vor werden rund 94% aller evangelischen Gemeindemitglieder nach dem Tod von einem evangelischen Pfarrer zur letzten Ruhe geleitet.

Im Jahr 1983 wurden im Durchschnitt von drei Zählsonntagen rund 1,4 Mill. Gottesdienstbesucher gezählt, das waren nicht ganz 6% der evangelischen Kirchenmitglieder. Im langfristigen Vergleich zeigt sich, daß der Gottesdienstbesuch von 1969 bis 1973 stark nachgelassen hat und seitdem fast unverändert geblieben ist. Über 7 Mill. Personen (rund 28% der evangelischen Christen) besuchten die Christvespern und -metten am Heiligen Abend 1983. Die Beteiligung am Abendmahl nimmt seit 1972 ständig zu: 1983 wurden rund 9,6 Mill. Abendmahlsbeteiligungen ermittelt.

Stärker als die katholische Kirche ist die evangelische Kirche von Kirchenaustritten betroffen. Sie erreichten 1970 und 1974 ihre Höhepunkte, waren bis 1979 rückläufig, verharren aber insgesamt gesehen auf einem verhältnismäßig hohen Stand (1983: rund 113000 Austritte und rund 37000 Aufnahmen, Übertritte und Wiederaufnahmen).

8 Gesundheit

8.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung

Gesundheit wird von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen definiert als „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht allein das Fehlen von Krankheiten und Gebrechen“. In diesem umfassenden Anspruch läßt sich der Tatbestand aus der amtlichen Statistik nicht quantifizieren. So gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Statistik, die über alle Krankheiten der gesamten Bevölkerung berichtet. Dennoch lassen sich einige allgemeine Feststellungen zum Krankheitsgeschehen und Gesundheitszustand und damit über ein wichtiges Stück „Lebensqualität“ treffen.

Die umfassendsten Angaben über die gesundheitliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland fallen aus den Mikrozensusbefragungen an. Die letzte Erhebung dieser Art wurde 1982 durchgeführt. Sie befragte eine Auswahl von 1 % der Bevölkerung danach, ob sie sich in den vergangenen vier Wochen in ihrem Gesundheitszustand so beeinträchtigt fühlte, daß sie ihre übliche Beschäftigung (Berufstätigkeit, Hausarbeit, Schulbesuch usw.) nicht voll ausführen konnte. Die Ergebnisse einer so angelegten Befragung, bei der zudem nur eine Krankheit, nämlich die schwerwiegendste, erfragt wird, sind von subjektiven Vorstellungen nicht frei: Ob ein Befragter krank ist oder nicht und welches die schwerwiegendste Erkrankung ist, hängt weitgehend von seiner persönlichen Einschätzung ab. Allerdings sind es gerade diese persönlichen Einschätzungen (und nicht objektive Kriterien), die einen „Zustand eines vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ erfaßbar machen.

Nach den Ergebnissen von 1982 haben sich insgesamt 10,0 Mill. Personen als krank oder unfallverletzt bezeichnet. Damit ist der Anteil der Kranken und Unfallverletzten an der Bevölkerung im Vergleich zu früheren Befragungen mit etwa 16 % annähernd gleich geblieben. 6,1 Mill. dieser Personen bezeichneten sich als langfristig oder chronisch krank, 3,2 Mill. waren akut krank bzw. krank gewesen, rund 670 000 waren unfallverletzt.

Männer waren erheblich häufiger von Unfallverletzungen betroffen als Frauen. Hingegen lag der Anteil der Erkrankten bei den Männern mit 13,4 % niedriger als bei den Frauen mit 16,8 %. Auch bei altersspezifischer Betrachtung ergibt sich bei den Frauen in nahezu allen Altersgruppen über 15 Jahren ein höherer Krankenanteil als bei den Männern. Die Unterschiede sind dann allerdings weniger gravierend.

Dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der Erwerbstätigen. 10,1 % der berufstätigen Männer und 11,6 % der berufstätigen Frauen bezeichneten sich im Berichtsmonat als krank. Arbeitsunfähig waren 2,6 % der erwerbstätigen Männer und 3,0 % der erwerbstätigen Frauen.

Tab. 1: Kranke und unfallverletzte Personen im April 1982

	Wohnbe- völkerung	Darunter			
		Kranke		Unfallverletzte	
		1 000	in % der Wohnbe- völkerung	1 000	in % der Wohnbe- völkerung
Insgesamt	61 660	9 356	15,2	671	1,1
Männlich	29 495	3 945	13,4	408	1,4
Weiblich	32 166	5 411	16,8	263	0,8

Die Zahlen über die wegen Arbeitsunfähigkeit versäumten Tage, die auf Unterlagen der Krankenkassen beruhen und damit lediglich die Fälle von Arbeitsunfähigkeit einbeziehen, bei denen ein Arzt eingeschaltet wurde, zeigen ebenfalls kaum Unterschiede in der Krankheitsanfälligkeit von Männern und Frauen.

Tab. 2: Arbeitsunfähigkeit der Mitglieder
der gesetzlichen Krankenversicherung¹

Jahr	Arbeits- unfähigkeitsfälle		Arbeitsunfähigkeitstage			
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	je 100 Mitglieder		je Arbeits- unfähigkeitsfall			
1970	89,0	86,5	1 707	1 710	19,2	19,8
1975	85,5	85,8	1 628	1 627	19,0	19,0
1980	103,2	96,7	1 819	1 700	17,6	17,6
1982	88,0	85,5	1 515	1 402	17,2	16,4

¹ Pflichtmitglieder und freiwillig Versicherte ohne Rentner und ohne Studenten.

8.1.1 Krankheitsarten

Unter den im Mikrozensus angegebenen Krankheitsarten dominieren Krankheiten des Kreislaufsystems und die Erkrankungen der Atmungsorgane. Auf sie entfiel 1982 ein

Anteil von jeweils 21 %. Zu den Erkrankungen der Atmungsorgane werden auch alle Krankheitsfälle gezählt, die als „Grippe“ eingestuft wurden. Darunter dürfte sich allerdings nur ein relativ geringer Anteil von echten (Virus-)Grippefällen befunden haben. Es ist zu vermuten, daß schwerere Erkältungen von den Erkrankten häufig als Grippe eingeschätzt wurden.

Die Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes folgten mit 19 % an dritter Stelle. An Stoffwechselkrankheiten litten 9 %, an Krankheiten der Verdauungsorgane 8,5 % der kranken Bevölkerung.

Die meldepflichtigen Infektionskrankheiten, wie Tuberkulose, Kinderlähmung, Pocken u. ä., sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung. Sie werden aber von den Gesundheitsämtern besonders sorgfältig beobachtet, um eine Ausbreitung rechtzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Im längerfristigen Vergleich spiegeln sich die Erfolge wider, die bei der Seuchenbekämpfung errungen werden konnten. Einige einstmals gefürchtete Infektionskrankheiten, wie Diphtherie und Kinderlähmung, treten heute nur noch ganz vereinzelt auf. Der letzte Pockenfall in der Bundesrepublik Deutschland wurde im Jahr 1970 registriert. Auch die Zahl der Tuberkulosekranken ist seit langem kontinuierlich rückläufig. Auf 100 000

Abb. 1: Kranke Personen im April 1982 nach Art der Krankheit

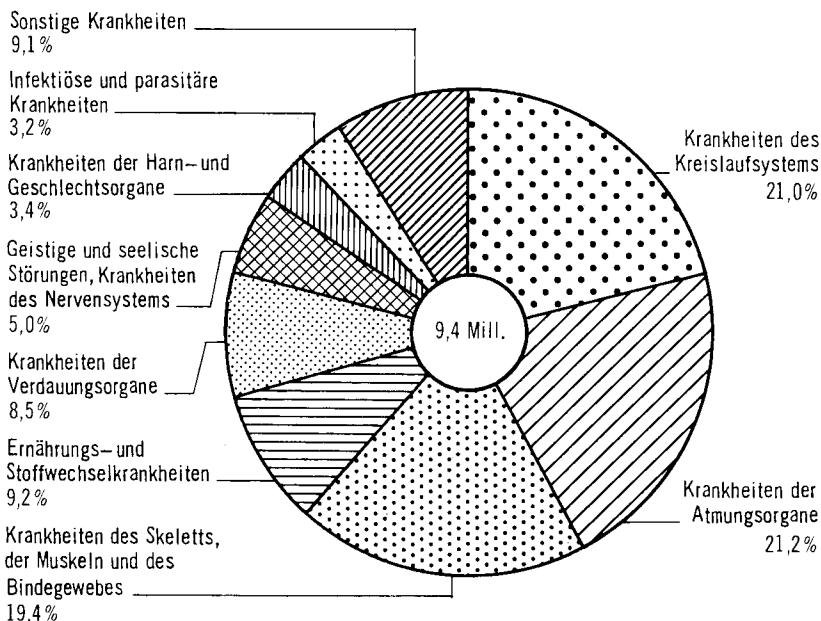
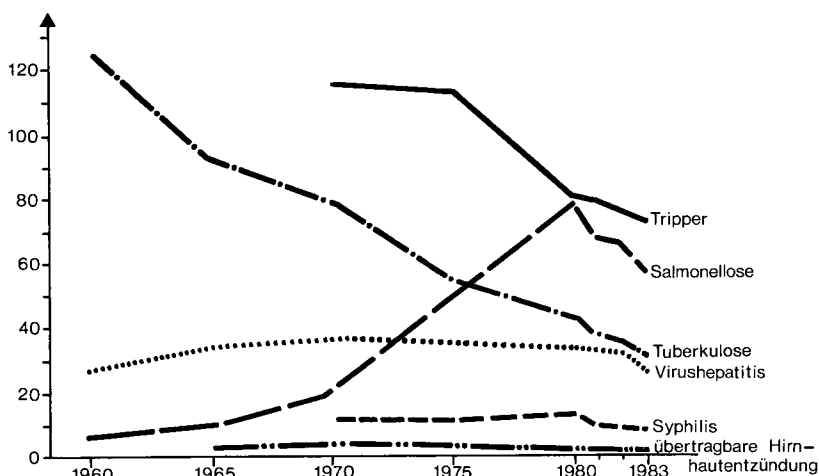


Abb. 2: Entwicklung ausgewählter Erkrankungen meldepflichtiger Krankheiten
je 100 000 Einwohner



Einwohner entfielen 1950 noch 280 Personen, die an dieser Krankheit litten; 1983 lag die entsprechende Vergleichszahl bei 32. Absolut bedeutet dies eine Verminderung der Neuerkrankungen von 130 000 auf 19 600.

Ebenfalls rückläufig ist die Gesamtzahl der Geschlechtskranken. Zwischen 1971 (erstmalige statistische Erfassung) und 1983 sank sie von rund 82 000 auf rund 49 800. In diesem Bereich ist allerdings eine Dunkelziffer unbekannter Größenordnung einzukalkulieren.

8.1.2 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

1983 wurden der gesetzlichen Unfallversicherung 1,7 Mill. Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten angezeigt, darunter 1,5 Mill. „echte“ Arbeitsunfälle (ohne Unfälle auf dem Weg nach und von der Arbeitsstätte sowie ohne Berufskrankheiten). Somit war etwa jeder siebzehnte Erwerbstätige von einem Arbeitsunfall betroffen.

Gegenüber 1970 hat sich die Zahl der angezeigten Unfälle um 37 % verringert. Noch stärker rückläufig ist die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, die einen tödlichen Ausgang nehmen (-48 %). Hier dürften sich die verstärkten Bemühungen zur Unfallverhütung auswirken.

Betrachtet man die Ursachen von Berufskrankheiten (vgl. Tab. 4), so spielen durch Stäube hervorgerufene Erkrankungen der Atemwege und Lungen sowie die Lärmschwerhörigkeit eine wichtige Rolle. Auffällig ist die Diskrepanz zwischen angezeigten Fällen und

Tab. 3: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten

Jahr	Angezeigte Unfälle und Erkrankungen		
	insgesamt	darunter „echte“ Arbeitsunfälle ohne Wegeunfälle	mit Todesfolge
1970	2 673 000	2 392 000	6 282
1972	2 481 000	2 237 000	6 102
1974	2 212 000	1 989 000	5 219
1976	2 057 000	1 829 000	4 688
1978	2 057 000	1 818 000	4 351
1980	2 158 000	1 917 000	3 998
1983	1 709 000	1 511 000	3 277

Tab. 4: Berufskrankheiten 1982

Berufskrankheiten	Entschädigte Erkrankungen		im Laufe des Jahres angezeigte Fälle
	insgesamt	dar. erstmalig	
Durch chemische Einwirkungen verursachte Krankheiten	1 343	66	1 716
Durch physikalische Einwirkungen verursachte Krankheiten	39 775	2 709	14 104
darunter: Lärmschwerhörigkeit	25 266	2 087	10 791
Durch Infektionserreger oder Parasiten verursachte Krankheiten sowie Tropenkrankheiten	7 870	772	3 511
Erkrankungen der Atemwege und der Lungen, des Rippen- fells und Bauchfells	31 851	1 588	6 507
darunter: Erkrankungen durch Stäube	29 714	1 249	3 987
Hautkrankheiten	8 101	514	10 979
Sonstige	42	3	549
Insgesamt	88 982	5 652	37 366

tatsächlich entschädigten Erkrankungen. So wurden 1982 bei den Hautkrankheiten und den durch chemische Einwirkungen verursachten Krankheiten – gemessen an den angezeigten Fällen – nur rund 5 % erstmalig entschädigt. Bei diesen Erkrankungen übertraf die Zahl der während des Jahres angezeigten Fälle sogar bei weitem die Zahl der insgesamt entschädigten Erkrankungen. Offenbar sind eine Vielzahl der angezeigten Erkrankungen nicht so schwerwiegend, daß sie zu Entschädigungen führen würden.

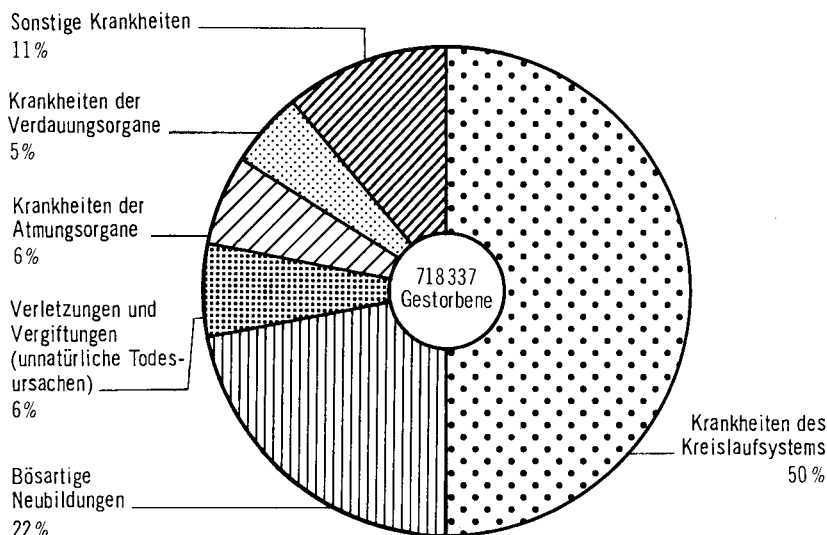
8.1.3 Todesursachen

Immer weniger Krankheiten nehmen heute einen tödlichen Ausgang. Dies ist einer der wichtigsten Gründe für die erheblichen Veränderungen in der Bedeutung der einzelnen Todesursachen. Die Sterbefälle an infektiösen und parasitären Krankheiten konnten stark eingedämmt werden und hatten 1983 nur noch einen Anteil von 0,6 % an allen Sterbefällen. Dafür haben andere Ursachen an Gewicht gewonnen. Dies äußert sich u. a. in einer Konzentration der Sterbefälle auf wenige Todesursachen.

Die Hälfte aller Todesfälle waren im Jahr 1983 allein auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen. Jeder vierte Kreislauftote starb an akutem Herzinfarkt. Bösartige Neubildungen hatten einen Anteil von 22 %. Davon entfiel allein ein Sechstel auf Krebs der Atmungsorgane.

Rund 41 400 Sterbefälle (6 % der Sterbefälle insgesamt) wurden 1983 durch Unfälle und sonstige Gewalteinwirkung verursacht. Etwa 11 200 Menschen – 8 000 Männer und 3 200

Abb. 3: Todesursachen 1983



Frauen – wurden 1983 Opfer von Verkehrsunfällen. Unfälle durch Sturz forderten 8900 Menschenleben (3100 Männer und 5800 Frauen). 211 Personen starben durch Vergiftungsunfälle. 13100 Menschen schieden in der Bundesrepublik Deutschland 1983 freiwillig aus dem Leben; davon waren fast zwei Drittel Männer.

Medikamenten- und Drogenmißbrauch führte in 260 Fällen zum Tode. Das waren fast doppelt so viele wie vor einem Jahrzehnt. Bei diesen Toten handelt es sich überwiegend um junge Menschen; zwei Drittel wurden nicht älter als 30 Jahre.

Durch Alkoholabhängigkeit fanden 1983 rund 2400 Personen – ebenfalls doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor – den Tod. (Darin sind nicht die an alkoholischer Leberzirrhose Gestorbenen – 3100 Personen – enthalten.) 86 % von ihnen waren älter als 40 Jahre.

Ein besonders wichtiges Indiz für den erreichten medizinischen Standard ist die Säuglings- und Müttersterblichkeit. Auf diesem Gebiet konnten in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die Säuglingssterblichkeit ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. 1983 starben noch 10 Säuglinge je 1000 Lebendgeborene gegenüber 39 im Jahre 1956.

An Komplikationen der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett sind 1956 1191 Mütter gestorben, 1983 waren es noch 68. Je 100000 Lebendgeborene sind 1956 139 Mütter gestorben, 1983 waren es 11.

8.2 Medizinische Versorgung

8.2.1 Personal im Gesundheitswesen

Für die Behandlung der Krankheiten ist eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung besonders bedeutsam. Die entsprechenden Bestandsangaben signalisieren für die Bundesrepublik Deutschland – auch im internationalen Vergleich – eine günstige Ausgangssituation.

Über längere Zeit hinweg hat sich sowohl die Ausstattung als auch die Versorgung mit Personal im medizinischen Bereich ständig verbessert. Ende 1983 waren 533000 Personen mit staatlicher Prüfung in den in Tab. 5 genannten bundesrechtlich geregelten Berufen des Gesundheitswesens tätig; das waren 56 % mehr als 1970. Die größten Berufsgruppen bildeten 1983 das Krankenpflegepersonal (47 %) und die Ärzte (25 %); auf Zahnärzte, Apotheker und medizinisch-technische Assistenten entfielen nahezu gleich hohe Anteile (5,0 bis 5,7 %).

Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Ärzte um fast die Hälfte erhöht. Rein rechnerisch entfielen 1983 auf jeden berufstätigen Arzt 409 Einwohner, gegenüber 612 im Jahre 1970. Die Anzahl der Zahnärzte ist mit 33700 im Vergleich zu 1970 nur geringfügig angestiegen. Im Durchschnitt hatte ein Zahnarzt im Jahre 1983 1787 Patienten zu versorgen.

Tab. 5: Berufstätige im Gesundheitswesen
in Tausend

Ausgewählte Berufe des Gesundheitswesens	Jahresende				
	1965	1970	1975	1980	1983 ¹
Ärzte	85,8	99,7	118,7	139,4	147,5
Zahnärzte	31,7	31,3	31,8	33,2	33,7
Apotheker	17,7	20,9	25,6	28,7	29,5
Heilpraktiker	2,7	2,7	3,7	6,7	8,4
Krankenschwestern und -pfleger	110,1	123,3	159,2	192,7	209,5
Kinderkrankenschwestern und -pfleger	13,3	16,6	21,7	25,4	26,1
Krankenpflegehelfer	5,5	21,2	42,8	44,5	42,3
Hebammen	8,2	6,9	5,9	5,6	5,7
Med.-techn. Assistenten	14,9	18,0	23,4	30,0	30,2

¹ Ohne Saarland.

Tab. 6: Ärztedichte

Ärztedichte	1960	1970	1975	1980	1983 ¹
Einwohner je Arzt	703	612	519	442	409
Einwohner je Zahnarzt	1 716	1 951	1 940	1 855	1 787

¹ Ohne Saarland.

Von den 147 500 berufstätigen Ärzten waren 1983 rund 53 % als Ärzte für Allgemeinmedizin, als praktische Ärzte oder in der Weiterbildung zum Facharzt tätig, 12 % arbeiteten als Ärzte für innere Medizin, 5 % als Frauenärzte, 5 % als Chirurgen sowie knapp 4 % als Kinderärzte und 4 % als Ärzte für Nervenheilkunde, Neurologie und Psychiatrie. Die übrigen rund 25 600 Ärzte (17 %) teilten sich auf weitere 14 Fachgebiete auf.

43 % aller Ärzte übten ihren Beruf in freier Praxis aus, 47 % arbeiteten in einem Krankenhaus und 9 % hatten sich der Verwaltung oder Forschung zugewandt. 1970 waren noch 51 % der Ärzte freiberuflich, 39 % an Krankenhäusern und 10 % in der Verwaltung oder Forschung tätig. Die Zahl der Ärzte in Krankenhäusern ist demzufolge seit 1970 wesentlich stärker gestiegen (+ 31 600) als die Anzahl der Ärzte in freier Praxis (+ 14 500).

Von allen Ärzten waren knapp 23 % Frauen; bei den Fachärzten (ohne Allgemeinmediziner) lag der Anteil bei 18,7 %. Um so mehr fällt der mit 40 % überdurchschnittlich hohe Frauenanteil in den Bereichen Anästhesie und Kinderheilkunde auf. In der Frauenheilkunde und Geburtshilfe – traditionell eine Domäne der Frauen – ist heute nur etwa jeder sechste Arzt eine Frau. Zugleich ist die Zahl der Hebammen stark rückläufig. Seit 1970 ist sie von rund 6800 auf 5700 gesunken.

Ein über den Zuwachs des Personals in der Schulmedizin hinausgehender Anstieg ist bei den Heilpraktikern zu verzeichnen. Ihre Zahl hat sich seit 1970 auf 8400 verdreifacht.

8.2.2 Krankenhäuser

Ende 1983 gab es im Bundesgebiet 3119 Krankenhäuser mit insgesamt 682747 planmäßigen Betten. Ein Vergleich zu 1970 zeigt eine Tendenz zum größeren Krankenhaus: Die durchschnittliche Bettenzahl pro Krankenhaus stieg von 191 im Jahre 1970 auf 219 im Jahr 1983.

In den Krankenanstalten wurden 1983 11,6 Mill. Patienten stationär behandelt. Ihre durchschnittliche Verweildauer betrug 18,6 Tage. Im Vergleich zu 1970 bedeutet dies, daß mehr Kranke aufgenommen wurden, die Patienten aber kürzere Zeit im Krankenhaus zubringen mußten. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe maßgebend, deren Bedeutung sich im einzelnen nur schwer abschätzen läßt. Die höhere Anzahl älterer Menschen mit entsprechend größerer Krankheitsanfälligkeit hat ebenso eine Rolle gespielt wie eine zunehmende Neigung, auch weniger schwerwiegende Krankheiten im Krankenhaus behandeln zu lassen oder die Bemühungen, durch eine Verkürzung des Krankenhausaufenthaltes die Kosten zu dämpfen. Darüber hinaus dürfte auch der medizinische Fortschritt zu kürzeren Behandlungszeiten geführt haben.

Tab. 7: Krankenhäuser, Betten, Kranke und Verweildauer

Jahr	Kranken- häuser	Planmäßige Betten	Stationär behandelte Kranke	Durchschnittliche Verweildauer
	Anzahl	1 000	Mill.	Tage
1970	3 587	683,3	9,3	24,9
1975	3 481	729,8	10,4	22,2
1980	3 234	707,7	11,6	19,7
1983	3 119	682,7	11,6	18,6

8.3 Gesundheitsvorsorge

8.3.1 Früherkennung

Gemessen an früheren Jahren sind die Heilungsaussichten für eine Vielzahl von Krankheiten ungleich günstiger geworden. Hierzu haben sowohl Erfolge bei der rechtzeitigen Diagnose als auch die Fortschritte in der medizinischen Behandlung beigetragen.

Im Rahmen des Programms zur Früherkennung von Krankheiten sind vor allem die entsprechenden Untersuchungen bei Kleinkindern ein wichtiges Mittel, um gravierende Gesundheitsschäden zu vermeiden. Dasselbe Ziel haben sich die Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krebskrankheiten gesetzt. Obwohl sie Teil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung sind, werden sie von den Berechtigten nur zu einem relativ geringen Prozentsatz in Anspruch genommen (vgl. Tab. 8).

Von 100 berechtigten Männern nahmen 1981 nur 15 an den Vorsorgeuntersuchungen teil. Von den Frauen, die Anspruch auf kostenlose Vorsorgeuntersuchungen hatten, beteiligten sich 31 %. Bei durchschnittlich 2,5 % der untersuchten Männer und 3,2 % der Frauen wurden 1981 aufgrund der Untersuchungsergebnisse weitere Maßnahmen veranlaßt.

Tab. 8: Inanspruchnahme der Krebsfrüherkennungsuntersuchungen
in Prozent der Berechtigten

Jahr	Männer	Frauen
1972	10,8	26,5
1975	16,6	35,1
1978	17,3	35,0
1981	14,8	31,2

Die Bereitschaft, Kleinkinder (bis zu einem Alter von vier Jahren) an Früherkennungsuntersuchungen teilnehmen zu lassen, ist in den Jahren von 1972 bis 1982 beträchtlich gestiegen (von 53 auf 88 %).

Allerdings fällt die Teilnahmequote im Laufe des Vorsorgeprogramms deutlich ab. Während alle Säuglinge der Neugeborenen-Basis-Untersuchung zwischen dem dritten und zehnten Lebenstag unterzogen werden, liegt die Teilnahmequote bei der nächsten Untersuchung in der vierten bis sechsten Lebenswoche nur noch bei 95 %; sie sinkt dann kontinuierlich bis auf 74 % bei der letzten Untersuchung zwischen dem dritten und vierten Lebensjahr. 1982 ergaben 91 von 100 Untersuchungen einen „unauffälligen“ Befund.

8.3.2 Lebensführung als Mittel der Gesundheitsvorsorge

Für die Verhütung von Krankheiten bzw. den günstigen Verlauf des Heilungsprozesses ist die persönliche Lebensführung einer der entscheidenden Einflußfaktoren. Neben verschiedenen Anzeichen, die auf ein verbessertes Gesundheitsbewußtsein hindeuten, gibt es eine Reihe alarmierender Erscheinungen, die eher skeptisch stimmen. So hat sich in der Bundesrepublik Deutschland – wie in vielen anderen Industriestaaten – ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung offensichtlich in seiner Ernährung noch nicht an die veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen angepaßt. Die Aufnahme von zuviel bzw. von nicht richtig zusammengesetzter Nahrung begünstigt die Entstehung von Übergewicht, von dem inzwischen nicht nur ein großer Teil der erwachsenen Bevölkerung, sondern auch Kinder betroffen sind.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus im April 1978 hatten 27 % der Männer und 22 % der Frauen ein Körpergewicht, das um 10 % oder mehr über dem Normalgewicht lag. (Das Normalgewicht wurde nach der Faustregel ermittelt: Körpergröße in Zentimetern minus 100 = Normalgewicht in Kilogramm.) Diese Befragung bestätigte auch, daß der Anteil der kranken Personen bei den Personen mit Übergewicht höher lag als bei den übrigen Personengruppen.

Tab. 9: Relatives Körpergewicht von Männern und Frauen 1978
15 Jahre und älter

Relatives Körpergewicht	Männer	Frauen
	%	
10 % und mehr unter Normalgewicht	25,1	28,3
Normalgewicht	44,4	46,8
10 % und mehr über Normalgewicht	27,4	21,9
Ohne Angabe	3,1	3,0

Tab. 10: Verbrauch ausgewählter Genußmittel je Einwohner

Erzeugnis	Einheit	1970	1975	1980	1982
Zigaretten	St.	1 943	2 015	2 086	1 823
Bier	l	141	148	146	148
Branntwein zu Trinkzwecken	l	3,1	3,04	3,07	2,51
Trinkwein					
einschließlich Schaumwein	l	.	23,2	25,5	24,8

Ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor ist der übermäßige Konsum von Genußmitteln, insbesondere von Tabak und Alkoholika. Im Rahmen der Mikrozensusbefragung des Jahres 1978 gaben 30 % der Bevölkerung (im Alter von zehn Jahren und mehr) an, Raucher zu sein. 8 % rauchten zwar nicht, hatten aber früher zur Zigarette oder sonstigen Tabakwaren gegriffen. Gut 60 % hatten noch nie geraucht. Von den Rauchern waren zwei Drittel Männer und ein Drittel Frauen. In der Altersklasse zwischen 14 und 18 Jahren rauchten etwa 16 %. Knapp ein Viertel der Zigarettenraucher konsumierte regelmäßig mehr als 20 Zigaretten täglich.

Hinsichtlich des Alkoholkonsums ergab eine Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, daß 1981 79 % der Bevölkerung über 16 Jahre täglich oder „öfter mal“ irgendein alkoholisches Getränk trinken, 21 % gaben an, dies nur selten oder nie zu tun. 1973 hatten noch 85 % angegeben, täglich oder häufiger Alkoholika zu konsumieren.

Über den Konsum und Mißbrauch von Genuß- und Rauschmitteln bei jungen Menschen im Alter von 12 bis 24 Jahren liegen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung des Infratest-Instituts vor. Danach beträgt der Anteil der exzessiven Raucher in dieser Altersgruppe, d. h. derjenigen, die vor dem 15. Lebensjahr mit dem Rauchen begonnen haben und zum Zeitpunkt der Befragung mehr als 20 Zigaretten pro Tag rauchten, 5 %. Fast jeder zweite exzessive Raucher ist zwischen 21 und 24 Jahren alt. Mit zunehmendem Alter steigt erwartungsgemäß der Anteil der Raucher bei beiden Geschlechtern. Zwischen der Gruppe der 12- bis 14jährigen und der 15- bis 17jährigen zeigt sich eine sprunghafte Zunahme der Raucheranteile. Insgesamt sind 39 % aller Jugendlichen zwischen 12 und 24 Jahren Raucher.

Tab. 11: Rauchgewohnheiten der Bevölkerung 1978
10 Jahre und älter

Rauchgewohnheit	Männlich	Weiblich
	%	
Gegenwärtige Raucher	43,0	19,2
davon:		
regelmäßig	36,7	14,7
gelegentlich	6,3	4,5
Frühere Raucher	12,1	4,5
Ohne Angabe	1,1	0,8
Nichtraucher	43,8	75,4
Insgesamt	100	100

Alkoholische Getränke nehmen 24 % aller Jugendlichen regelmäßig zu sich. Unter den 12- bis 14jährigen waren bereits 3 % regelmäßige Alkoholkonsumenten. Bei den 15- bis 17jährigen betrug der entsprechende Anteil bereits 18 %, bei den 18- bis 20jährigen 31 %.

Zu Rauschmitteln haben 9,7 % aller Befragten im Alter zwischen 12 und 24 Jahren mindestens schon einmal gegriffen. Bei den Befragten unter 18 Jahren waren es 4 %, bei den Volljährigen 15 %.

8.4 Schwangerschaftsabbrüche

Im Jahre 1984 wurden im Inland 86298 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, das sind 1,6 % weniger als 1980 und 0,3 % weniger als 1983. Auf 1 000 Lebend- und Totgeborene entfielen somit 147,9 Schwangerschaftsabbrüche, 1980 waren es 140,1 und 1983 144,9.

83 % aller 1984 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden aufgrund einer „sonstigen schweren Notlage“ (nicht immer zutreffend mit „sozialer Indikation“ bezeichnet) veranlaßt. Jeder achte Abbruch (12,0 %) war wegen einer „allgemein-medizinischen Indikation“ vorgenommen worden.

Etwas mehr als die Hälfte der Schwangerschaftsabbrüche entfiel auf 18- bis 29jährige, ein Drittel auf 30- bis 39jährige Frauen. 8 % der Frauen waren 40 Jahre und älter, 4 % waren noch nicht 18 Jahre alt. Mit zunehmendem Alter der Frauen verlieren die Notlagenindikationen gegenüber den medizinischen Begründungen an Bedeutung.

Tab. 12: Schwangerschaftsabbrüche

Jahr	Schwangerschafts- abbrüche		Allge- mein- medizi- nische	Psychia- trische	Euge- nische	Ethische (krimino- logische)	Sonstige schwere Notlage
	ins- gesamt	je 1000 Lebend- und Tot- geborene					
Indikation							
Anzahl		%					
1980	87 702	140,1	20,1	2,8	3,5	0,1	72,2
1981	87 535	139,9	17,6	2,9	3,2	0,1	74,8
1982	91 064	146,2	16,4	2,6	2,5	0,1	76,9
1983	86 529	144,9	14,3	2,2	2,1	0,1	80,2
1984	86 298	147,9	12,0	1,4	1,9	0,1	83,3

Die Ergebnisse dieser Statistik müssen in zweifacher Hinsicht mit Vorbehalt beurteilt werden. Zum einen läßt noch immer eine Reihe von Frauen die Schwangerschaft im Ausland abbrechen (1983 ungefähr 14600 in den Niederlanden und etwa 250 in Großbritannien gegenüber einer Zahl von etwa 63400 im Jahr 1975). Zum anderen dürfte die tatsächliche Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen höher liegen, weil nicht gemeldete und illegale Schwangerschaftsabbrüche im In- und Ausland vorkommen, die in ihrer quantitativen Bedeutung schwer abzuschätzen sind.

8.5 Behinderte

Im Gegensatz zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer bedeutet Behinderung eine Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben.

In der Statistik werden als Behinderte Personen erfaßt, deren Erwerbsfähigkeit um wenigstens 30 % gemindert ist und die bei den Versorgungsämtern gemeldet sind. Allerdings können diese Unterlagen bis zum jeweiligen Erhebungsstichtag nicht vollständig aktualisiert werden, so daß die Behindertenzahlen tendenziell überhöht sein dürften. Insgesamt waren Ende 1983 rund 6,6 Mill. Behinderte gemeldet. 53 % von ihnen waren Männer, 47 % Frauen. 1981 hatte die Zahl der Behinderten bei 5,5 Mill. gelegen.

Bei 84 % der Behinderten lag eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 % oder mehr vor; diese Personen gelten als Schwerbehinderte. Die verbleibenden 16 % der Behinderten weisen eine Minderung der Erwerbsfähigkeit zwischen 30 und 50 % auf; sie werden

Tab. 13: Behinderte am 31. Dezember 1983

Geschlecht	Insgesamt	Leichter Behinderte ¹	Schwer- behinderte ²
Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
		1 000	
Insgesamt	6 608,3	1 035,7	5 572,5
Männlich	3 472,7	533,8	2 939,0
Weiblich	3 135,6	502,0	2 633,6
		%	
Unter 35	8,9	11,8	8,4
35–55	25,1	47,7	20,9
55 und mehr	66,0	40,5	70,7

1 Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 % bis unter 50 %.

2 Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 % und mehr.

als leichter Behinderte bezeichnet. (Dabei gilt die „Minderung der Erwerbsfähigkeit“ als Maß für die Schwere der Behinderung – unabhängig davon, ob ein Behinderter erwerbstätig ist oder nicht.)

Leichtere Behinderungen treten verstärkt in der Altersgruppe von 45 bis 55 Jahren auf, schwere Behinderungen sind überdurchschnittlich häufig in den höheren Altersgruppen zu finden.

Häufigste Behinderungsart ist die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen mit einem Anteil von 35,6 %. An zweiter Stelle steht mit 15,4 % die Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes. Die dritte bedeutende Art der Behinderung ist die Funktionseinschränkung von Gliedmaßen (14,3 %).

Als Ursache der Behinderung wurde bei 78,6 % der Behinderten eine Krankheit (einschließlich Impfschaden) festgestellt, bei 3,8 % war die Behinderung angeboren, 5,9 % hatten dauernde Schäden in Krieg, Wehrdienst oder Zivildienst erlitten und 1,7 % waren infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit beeinträchtigt. Unfälle im Verkehr, im Haus und sonstige Unfälle hatten bei 1,7 % zu Behinderungen geführt.

8.6 Rehabilitationsmaßnahmen

1981 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) wurden von der gesetzlichen Unfallversicherung, der gesetzlichen Rentenversicherung, der Altershilfe für Landwirte, der Kriegsopferversorgung, der Kriegsopferversorgung und der Bundesanstalt für Arbeit mehr als 1,1 Mill. Rehabilitationsmaßnahmen durchgeführt. Hierunter fallen alle Maßnahmen der Sozialleistungsträger, die dazu bestimmt sind, bei körperlich, geistig oder seelisch Behinderten oder bei Personen, die von einer Behinderung bedroht sind, die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen oder zu bessern. Ein Vergleich mit früheren Jahren ist nur bedingt möglich, da 1981 eine Umstellung in der Statistik stattfand. Dadurch liegen die Gesamtzahlen ab 1981 durchweg höher als in den Jahren von 1971 (als diese Statistik eingeführt wurde) bis 1980. In diesen zehn Jahren hatte die Zahl der Rehabilitationsmaßnahmen im Durchschnitt bei knapp 1 Mill. gelegen.

Von den Rehabilitationsmaßnahmen des Jahres 1981 entfielen 84 % auf medizinische und 15,5 % auf berufsfördernde Maßnahmen, knapp 1 % dienten der allgemeinen sozialen Eingliederung.

Eine Untersuchung der Rehabilitanden nach Altersklassen zeigt, daß der größte Teil der Maßnahmen Personen im fortgeschrittenen Alter betraf, 62 % waren 45 Jahre und älter. Unter 18 Jahre alt waren nur 4,2 % der Rehabilitanden. Auch Personen ab 65 Jahren sind mit einem Anteil von 3,3 % an den Rehabilitationsmaßnahmen unterrepräsentiert. Dies hängt damit zusammen, daß Rehabilitationsmaßnahmen sich hauptsächlich an den im Erwerbsleben stehenden Teil der Bevölkerung richten (86 % der Rehabilitanden sind erwerbstätig). Dies ist auch der Grund dafür, daß wesentlich mehr Männer (64 %) als Frauen (36 %) Rehabilitationsmaßnahmen in Anspruch nehmen.

Tab. 14: Rehabilitationsmaßnahmen 1981

Art der Maßnahme	Insgesamt	Männlich %	Weiblich %
Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen	950 754	61,7	38,3
Berufsfördernde Rehabilitationsmaßnahmen	175 867	74,5	25,5
Maßnahmen zur sozialen Eingliederung	7 342	72,3	27,7
Insgesamt	1 133 963	63,7	36,3

8.7 Ausgaben für die Gesundheit

Zur Berechnung der Ausgaben für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit, für Krankheitsvorbeugung und zur Milderung von Krankheitsfolgen werden u. a. Ergebnisse aus der Finanzstatistik, dem Sozialbudget, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in Verbindung mit den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der gesetzlichen Rentenversicherung sowie der Krankenversicherungen zusammengetragen. (Diese Angaben unterscheiden sich damit von denen des Sozialbudgets.) Über die dort enthaltenen Ausgaben für Gesundheit hinaus sind in den hier herangezogenen Berechnungen die Ausgaben der privaten Haushalte und der privaten Krankenversicherungen enthalten sowie zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Haushalte wie etwa Ausgaben für Ausbildung und Forschung im Gesundheitsbereich.

Von 1970 bis 1982 verdreifachten sich die Ausgaben für Gesundheit von 69,9 Mrd. DM auf 207,8 Mrd. DM. Je Einwohner beliefen sich die Ausgaben 1970 auf 1 152 DM und 1982 auf 3372 DM. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit (ohne Einkommensleistungen) am Bruttosozialprodukt vergrößerte sich im gleichen Zeitraum von 6,3 % auf 9,4 %.

Innerhalb der Ausgabenkategorien steht der Leistungsbereich „Behandlung“ (ambulante und stationäre Behandlung einschließlich Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz) an der Spitze. Für ihn wurden 1982 121,2 Mrd. DM aufgewandt, das sind 58 % aller Gesundheitsausgaben. Gegenüber 1970 war damit ein Zuwachs von 249 % zu verzeichnen. Dabei war der Ausgabenanstieg in den Bereichen stationäre Behandlung (+ 287 %) und Zahnersatz (+ 416 %) besonders ausgeprägt (vgl. dazu auch 9.5).

Auf Krankheitsfolgeleistungen, im wesentlichen Rehabilitationen, Entgeltfortzahlung sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten, entfielen mit 61,9 Mrd. DM rund 30 % aller Ausgaben für die Gesundheit. Gegenüber 1970 ist in diesem Bereich ein unterdurchschnittlicher Anstieg um 125 % festzustellen.

Nahezu die Hälfte der Ausgaben (46 %) wurde 1982 von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen, 1970 gingen lediglich 35 % zu Lasten dieser Krankenkassen. Diese Verschiebung spiegelt neben gesamtwirtschaftlichen Faktoren wie der Preisentwicklung die Ausdehnung des Leistungsangebots und die Einbeziehung zuvor nicht versicherter Personengruppen zu Beginn der siebziger Jahre wider.

Abb. 4: Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten

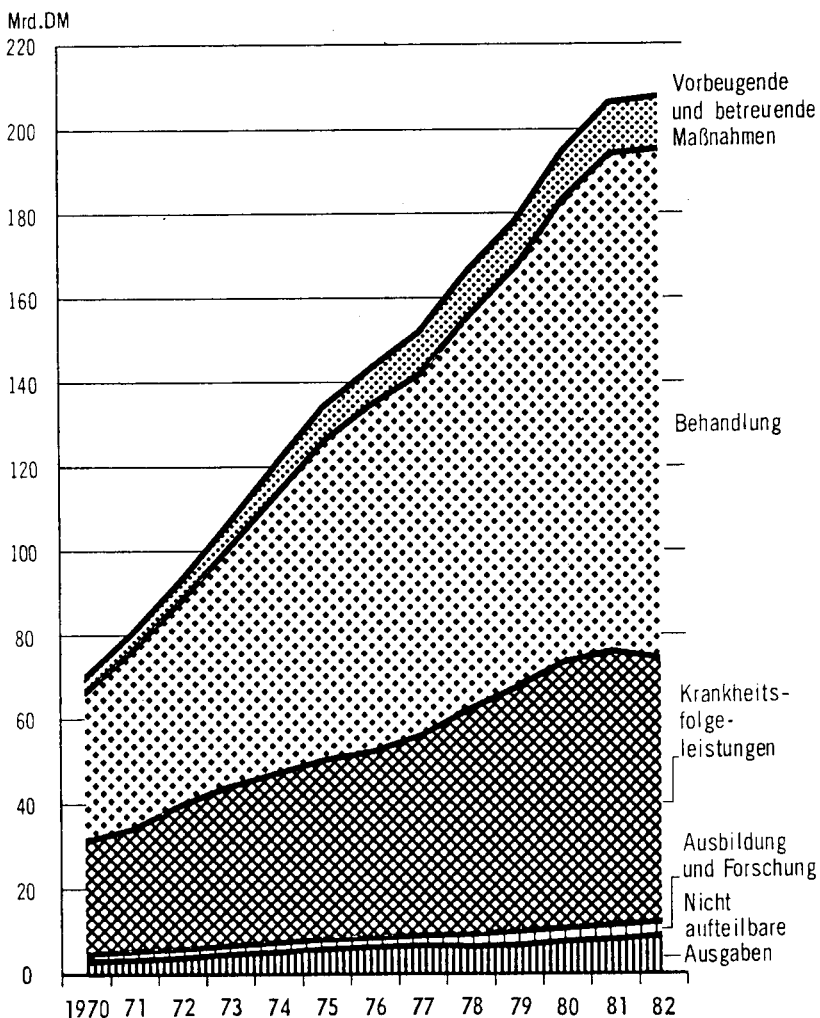
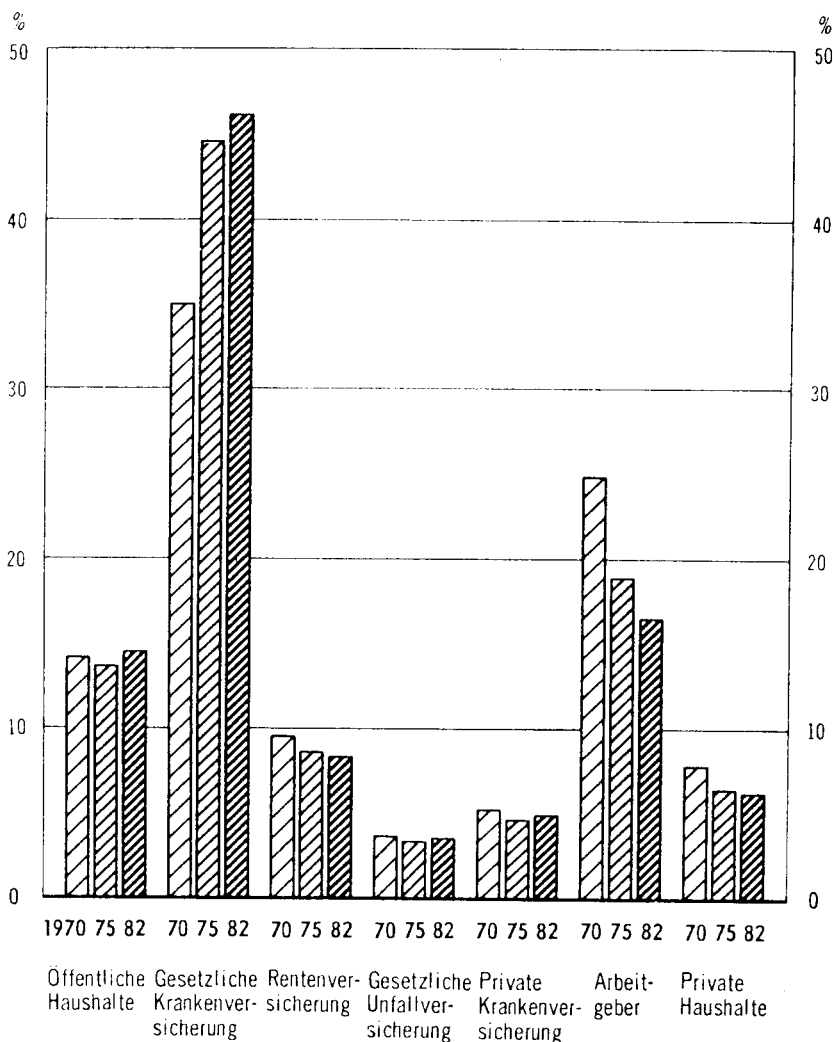


Abb. 5: Anteile der Ausgabenträger an den Ausgaben für Gesundheit



Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber tragen die zweitgrößte Last mit 34,3 Mrd. DM also 16,5% der Gesamtaufwendungen für Gesundheit. 1970 waren von ihnen noch 24,8% der Ausgaben finanziert worden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeitgeberaufwendungen sind die Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall. Die übrigen Ausgabenträger haben ihre Anteile seit 1970 nur geringfügig verändert.

Tab. 15: Ausgaben für die Gesundheit 1982

Leistungsart	Mrd. DM	%
Behandlung	121,2	58,3
darunter:		
Stationäre Behandlung	45,2	21,8
Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz	36,5	17,6
Ambulante Behandlung	34,1	16,4
Krankheitsfolgeleistungen	61,9	29,8
darunter:		
Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit und Invalidität	55,7	26,8
Vorbeugende und betreuende Maßnahmen	12,4	6,0
Ausbildung und Forschung	3,4	1,6
Nicht aufteilbare Ausgaben	9,0	4,3
Insgesamt	207,8	100

9 Soziale Sicherung

9.1 Entwicklung der Sozialversicherung

Das System der sozialen Sicherung hat in einer langen historischen Entwicklung zu seiner heutigen Form gefunden und spiegelt damit ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider. Der Grundstein wurde im Jahre 1881 mit der von Bismarck angeregten Gesetzgebung zur Krankenversicherung der Arbeiter, dem Unfallversicherungsgesetz und dem Gesetz über die Invaliditäts- und Alterssicherung gelegt. Dahinter stand vor allem der Gedanke, ärgste soziale Nöte zu lindern und eine Grundsicherung gegen die Wechselfälle des Lebens einzuführen.

Zwei Weltkriege mit tiefgreifenden sozialen Umwälzungen haben die weitere Entwicklung entscheidend geprägt. Von besonderer Bedeutung für den Ausbau der sozialen Sicherung war ferner das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Heute fließt nahezu die Hälfte der Ausgaben der öffentlichen Haushalte in die soziale Sicherung. Neben der Sozialversicherung – als dem Kernstück des Systems sozialer Sicherung – stehen weitere soziale Hilfen des Staates, die zu einem feinmaschigen Netz verwoben sind. Leitgedanke ist dabei das solidarische Einstehen für den sozial Schwächeren und Hilfsbedürftigen.

9.2 Das Sozialbudget

Am deutlichsten werden die Strukturen und Zusammenhänge des Systems der sozialen Sicherung im Sozialbudget der Bundesregierung. Diese jährliche Zusammenstellung bietet in einer Gliederung nach Institutionen einen Überblick über die sozialen Leistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeber. Außerdem gruppiert sie nach Funktionen, d. h. nach Zweckbestimmung der Leistungen (z. B. Alter, Familie und Ehe, Wohnen usw.).

Im Laufe der Zeit hat sich das System der sozialen Sicherung so entwickelt, daß eine Reihe von Institutionen oder Einrichtungen nicht nur in einem einzigen, sondern in verschiedenen Bereichen tätig werden. So sorgt etwa die Rentenversicherung nicht nur für Alte und Hinterbliebene, sie ist auch mit Aufgaben zur Sicherung und Wiederherstellung der Gesundheit betraut (z. B. im Rahmen von Rehabilitationsmaßnahmen oder Kuren). Das Sozialbudget macht alle diese Zusammenhänge erkennbar. Eine detaillierte Darstellung würde jedoch den Rahmen dieses Bandes sprengen.

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets

	1983		1975	Leistungen fallen hauptsächlich in Leistungsbereich ¹
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	
Sozialbudget insgesamt	537,2	100	346,7	
Allgemeine Systeme	330,1	61,4	201,6	
Rentenversicherung	162,3	30,2	101,2	A, G
Krankenversicherung	100,5	18,7	61,1	G
Unfallversicherung	11,1	2,1	7,2	G, A
Arbeitsförderung	42,0	7,8	18,1	B
Kindergeld	15,6	2,9	14,6	F
Sondersysteme	4,2	0,8	2,4	
Altershilfe für Landwirte	3,1	0,6	1,9	A
Versorgungswerke	1,1	0,2	0,5	A
Beamtenrechtliches System	50,5	9,4	37,0	
Pensionen	35,8	6,7	26,0	A
Familienzuschläge	8,0	1,5	7,1	F
Beihilfen	6,8	1,3	4,0	G
Zusatzversicherung	7,7	1,4	3,5	A, G
Arbeitgeberleistungen	36,6	6,8	26,3	
Entgeltfortzahlung	23,5	4,4	18,5	G
Betriebliche Altersversorgung	9,5	1,8	5,3	A
Sonstige Arbeitgeberleistungen	3,6	0,7	2,4	G, W, F
Entschädigungen	18,3	3,4	15,9	
Soziale Entschädigung (KOV)	14,2	2,6	11,1	P, A
Lastenausgleich	1,5	0,3	1,8	A
Wiedergutmachung	2,2	0,4	2,4	A, P
Sonstige Entschädigungen	0,3	0,1	0,5	P
Soziale Hilfen und Dienste	46,4	8,6	32,3	
Sozialhilfe	19,9	3,7	9,2	G, A
Jugendhilfe	8,0	1,5	4,3	F, L
Ausbildungsförderung	2,4	0,4	2,3	B
Wohngeld	2,9	0,5	1,8	W
Öffentlicher Gesundheitsdienst	1,9	0,4	1,4	G
Vermögensbildung	11,4	2,1	13,4	S
Indirekte Leistungen	45,0	8,4	28,8	
Steuerermäßigungen	40,0	7,5	24,2	F, S
Wohnungswesen	5,0	0,9	4,7	W

¹ Zu den Leistungsbereichen vgl. S. 192.

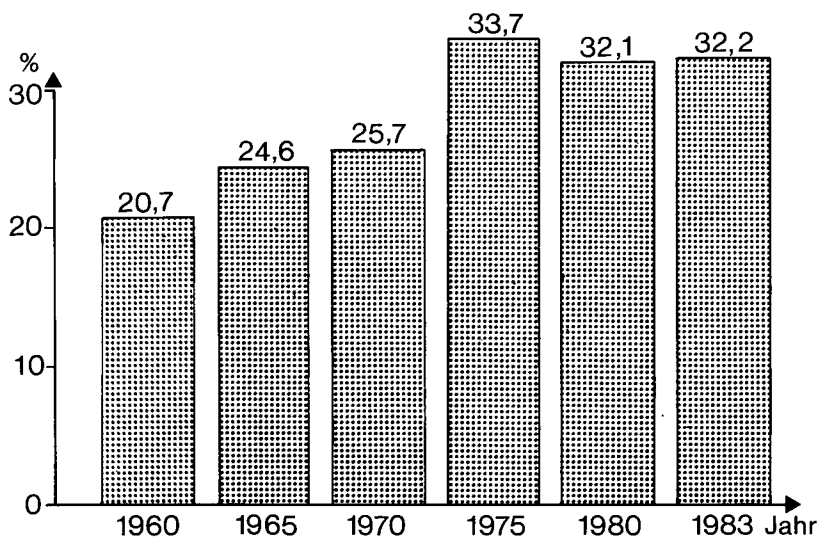
In Tab. 1 werden zusammenfassend die Leistungen des Sozialbudgets nach Institutionen dargestellt und jeweils den Aufgabenbereichen zugeordnet, für die zahlenmäßig die bedeutendsten Leistungen erbracht werden.

Die wichtigsten Leistungsbereiche lassen sich folgendermaßen abgrenzen:

- Ehe und Familie (F)
- Gesundheit (G)
- Beschäftigung (B)
- Alter und Hinterbliebene (A)
- Folgen politischer Ereignisse (P)
- Wohnen (W)
- Sparen (S)
- Allgemeine Lebenshilfen (L)

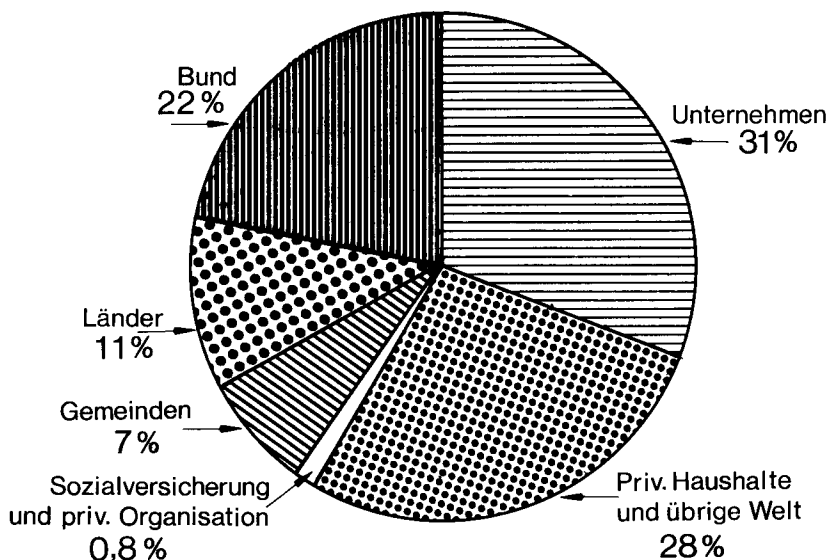
Die Leistungen des Sozialbudgets erreichten 1983 537 Mrd. DM und waren damit rund dreimal so hoch wie 1970 (175 Mrd. DM) und 55 % höher als 1975. Die Sozialleistungsquote – als Verhältnis aller Sozialleistungen zum Sozialprodukt – lag 1983 mit 32,2 % etwas niedriger als acht Jahre zuvor (1975: 33,7 %), aber deutlich höher als 1970 (25,7 %).

Abb. 1: Sozialleistungsquoten



Die Mittel zur Finanzierung des Sozialbudgets wurden 1983 zu 31 % von Unternehmen (im wesentlichen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall), zu knapp 41 % von öffentlichen Haushalten (Bund, Länder und Gemeinden) und zu rund 28 % von privaten Haushalten (hauptsächlich Beitragszahlungen) aufgebracht; einen geringen Anteil von zusammen knapp 1 % hatten die Sozialversicherung, private Organisationen und die übrige Welt.

Abb. 2: Finanzierung des Sozialbudgets 1983 nach Quellen



9.3 Die Elemente des Sozialbudgets

Mit 61 % haben die „Allgemeinen Systeme“ den größten Anteil am Sozialbudget. Sie werden zusammen mit der Sozialhilfe in den folgenden Abschnitten (vgl. 9.4 bis 9.8) näher betrachtet.

Das „beamtenrechtliche System“ bildet mit einem finanziellen Aufwand von 50,5 Mrd. DM den zweitgrößten Block im Sozialbudget. Auch dort steht die Altersversorgung, und zwar des öffentlichen Dienstes, im Vordergrund. Gegenüber 1975 sind die Ausgaben um 36 % gestiegen; der Anteil am Sozialbudget sank aber von 10,7 % 1975 auf 9,4 % 1983.

Für „Soziale Hilfen und Dienste“ wurden 1983 insgesamt 46 Mrd. DM aufgewendet. In diesem Leistungsbereich sind Sozialhilfe, Jugendhilfe, Ausbildungsförderung, Wohn-geld, öffentlicher Gesundheitsdienst und Vermögensbildung zusammengefaßt.

Die Jugendhilfe umfaßt alle behördlichen Maßnahmen zur Förderung der Jugendwohlfahrt (Heimpflege, Familienpflege, Unterhaltung von Kindertagesstätten u. ä.) einschließlich der Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe (z. B. an die Kirchen). Das Ausgabenvolumen belief sich 1983 auf 8 Mrd. DM, das war nahezu doppelt so viel wie 1975.

Wohngeld wird Personen gewährt, deren Haushaltseinkommen in einem unzumutbaren Mißverhältnis zu den Aufwendungen für eine angemessene Wohnung steht. Leistungen nach dem Wohngeldgesetz erhielten Ende 1983 1,64 Mill. Haushalte, gegenüber 1,85 Mill. im Jahr 1975. Die Ausgaben für das Wohngeld stiegen während dieses Zeitraumes von 1,8 Mrd. DM auf über 2,9 Mrd. DM. 1983 gingen sie gegenüber dem Vorjahr um rund 55 Mill. DM zurück – bedingt durch die Einschränkung bzw. Aufhebung von Freibeträgen im Haushaltsbegleitgesetz 1983.

Stark rückläufig waren in den vergangenen Jahren die Ausgaben für die Förderung der Vermögensbildung. 1975 hatten sie noch 13,4 Mrd. DM betragen, 1977 erreichten sie 15,1 Mrd. DM und 1983 11,4 Mrd. DM. Hier machte sich vor allem die gesetzliche Neuregelung der Spar- und Bausparprämien sowie der Arbeitnehmer-Sparzulage bemerkbar. Außerdem wirkt sich aus, daß immer mehr Haushalte die festgelegten Einkommensgrenzen überschreiten und damit nicht mehr in den Genuß der Vergünstigungen kommen.

Die „indirekten Leistungen“ beliefen sich 1983 auf 45 Mrd. DM, das sind über 8 % des Sozialbudgets. Allein die Steuerermäßigungen in Form des Ehegattensplitting erreichten fast 25 Mrd. DM. Für Steuerermäßigungen im Bereich des Wohnungsbaus (einschließlich des Bausparens) betrugen die Mindereinnahmen rund 6 Mrd. DM. Weitere 5 Mrd. DM wurden als Vergünstigungen im Wohnungswesen (hauptsächlich im sozialen Wohnungsbau) gewährt.

Die „Arbeitgeberleistungen“ hatten 1983 mit 36,6 Mrd. DM einen Anteil von nahezu 7 % am Sozialbudget. Gegenüber 1975 sind die Aufwendungen für Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, betriebliche Altersversorgung sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Leistungen bei Arbeitsunfällen, Bereitstellung von Betriebswohnungen u. ä.) leicht zurückgegangen. Damals hatten sie noch einen Anteil von 7,6 % am Sozialbudget.

Die Bedeutung der Entschädigungsleistungen verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen der Jahre 1933 und 1945 an Gewicht. Durch finanzielle Entschädigungen für die Opfer der Gewaltherrschaft, des Kriegs und der Kriegsfolgen versucht der Staat zumindest auf materiellem Gebiet einen Beitrag zur Wiedergutmachung zu leisten. 1983 erhielten noch 1,8 Mill. Versorgungsempfänger Leistungen in einem Gesamtumfang von 14 Mrd. DM. 1974 waren 2,4 Mill. Personen durch die Kriegsopferversorgung unterstützt worden.

Der Lastenausgleich, dessen Ziel es ist, Schäden und Verluste, die sich infolge Flucht, Vertreibung und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und aufgrund der Währungsreform 1948 ergeben haben, nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu verteilen, hatte 1983 noch einen Anteil von 0,3 % am Sozialbudget. Die Aufwendungen

beliefen sich auf 1,5 Mrd. DM, die insgesamt 219000 Anspruchsberechtigten zugute kamen.

Die Bedeutung dieser in der Geschichte beispiellosen solidarischen Umverteilungsaktion zeigt sich aber am Gesamtrahmen der Ausgleichszahlungen. Bei 8,7 Mill. festgestellten Schäden in Höhe von 60,3 Mrd. RM wurden bis Ende 1982 insgesamt 108,8 Mrd. DM ausbezahlt. 5 Mill. Entschädigungsanträge wurden in diesem Zeitraum anerkannt.

Die Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst (1983: 7,7 Mrd. DM), die Altershilfe für Landwirte (1983: 3,1 Mrd. DM) und die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (1983: 1,1 Mrd. DM) umfassen zusammen 2,2 % des Sozialbudgets. Sie dienen in erster Linie der Altersversorgung bestimmter Berufsgruppen.

9.4 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und Hinterbliebenensicherung wird in der Bundesrepublik Deutschland von folgenden Institutionen geleistet:

- Gesetzliche Rentenversicherung
- Pensionen im öffentlichen Dienst
- Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst
- Altershilfe für Landwirte
- Versorgungswerke (z. B. für Landwirte)
- Zusatzversicherung für einzelne Berufe
- Vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen

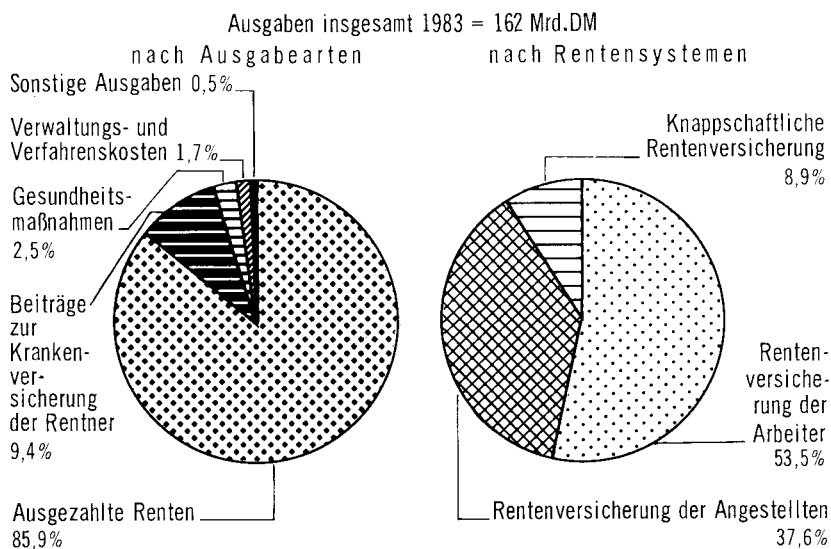
Der wichtigste und umfassendste Bereich ist dabei die Rentenversicherung. 1983 lagen ihre Leistungen bei 162 Mrd. DM, das sind rund 30 % des Sozialbudgets bzw. ein Anteil von knapp 10 % am Bruttosozialprodukt. Etwa 30 Mill. Personen waren in den drei Zweigen der Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter, der Angestellten, Knappschaftliche Rentenversicherung) versichert, davon etwa 22,6 Mill. Pflichtversicherte.

Von den Gesamtausgaben waren die Rentenzahlungen selbst mit 139,4 Mrd. DM 1983 der größte Posten. 15,3 Mrd. DM wurden darüber hinaus für die Krankenversicherung der Rentner aufgebracht und weitere 4 Mrd. DM für Gesundheits- und Rehabilitationsmaßnahmen.

Von den Mitte des Jahres 1983 13,7 Mill. gezahlten Renten waren 9,0 Mill. Versichertenrenten (davon 4,6 Mill. an Frauen), 4,2 Mill. Witwen-/Witwerrenten und 0,5 Mill. Waisenrenten. Die Gesamtzahl der Renten liegt dabei höher als die Zahl der Rentenempfänger, da z. B. Witwen-/Witwerrente und Versichertenrente zugleich an eine Person gezahlt werden können.

Mitte 1983 lag die durchschnittliche Rente bei einer Versicherungszeit von 35 bis 40 Jahren in der Rentenversicherung der Arbeiter bei 1 162 DM monatlich für Männer und bei 821 DM für Frauen, in der Angestelltenversicherung bei 1 610 DM bzw. 1 109 DM. Der

Abb. 3: Gesetzliche Rentenversicherungen

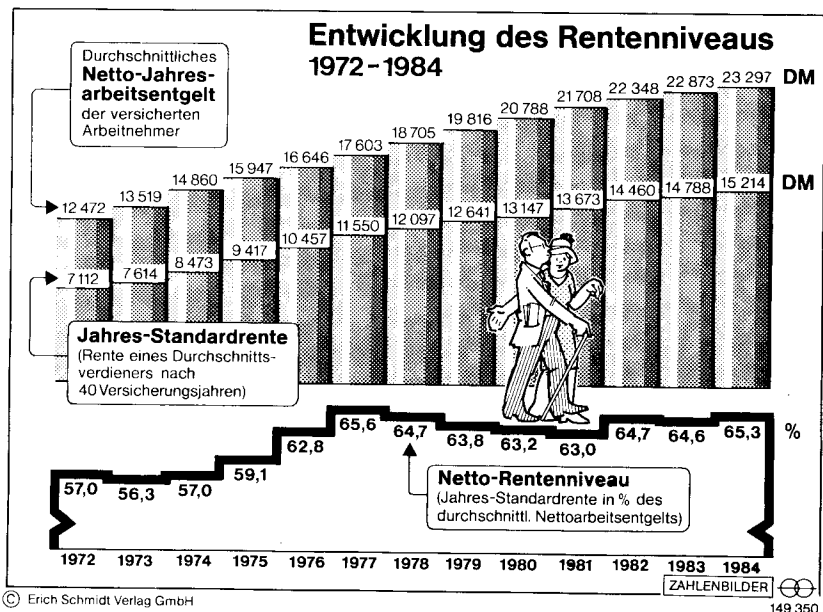


Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherungen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Gesetzliche Rentenversicherung					
		insgesamt		darunter			
				Rentenversicherung der Arbeiter		Rentenversicherung der Angestellten	
		1970	1983	1970	1983	1970	1983
Pflichtmitglieder und Beitragszahler seit 1924	1 000	26 062	30 337 ¹	15 717	16 577 ¹	9 815	13 373 ¹
Rentenbestand	1 000	10 212	13 623	6 921	8 653	2 537	4 247
Leistungen	Mrd. DM	54,5	161,1	31,9	86,2	16,4	60,5
Beitragseinnahmen	Mrd. DM	43,4	123,0	25,7	59,8	16,6	61,3
Durchschnittliche Versichertenrente	DM	.	.	313	736	522	1 092

1 April 1982.

Unterschied in der Rentenhöhe zwischen Frauen und Männern ist hauptsächlich dadurch bedingt, daß die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausgeführt haben.



Das Altersruhegeld eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren betrug 1983 knapp zwei Drittel des Nettoentgelts eines vergleichbaren Arbeitnehmers. Der Eintritt in den Ruhestand bedeutet also für alle diejenigen, die ausschließlich auf ihre Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung angewiesen sind, eine deutliche finanzielle Einbuße.

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem sogenannten „Umlageverfahren“. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet dies, daß die Arbeitnehmer von heute im Rahmen des „Generationenvertrages“ die Renten der Arbeitnehmer von gestern zahlen. Eine Ansammlung von Vermögen, aus dessen Erträgen die Renten finanziert werden, findet nicht statt.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. 1983 entfielen auf diesen Posten 78 % der Einnahmen. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von etwa einem Fünftel der Einnahmen (1983: 31,0 Mrd. DM). Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge, Erstattungen anderer Institutionen u. a., trugen zur Gesamtfinanzierung 1983 nur 1,8 % bei.

Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, wird deutlich, wo sich Probleme für die Rentenfinanzierung ergeben können. Bleibt das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant, arbeitet das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Ergibt sich aber kurz- bzw. längerfristig eine steigende Zahl von Rentenempfängern je Beitragszahler, muß durch geeignete politische Maßnahmen (Beitragsserhöhungen, geringere Anpassung der Rente u.a.) versucht werden, das System wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Eine solche Entwicklung ist in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik eingetreten. Die Arbeitslosigkeit stieg an, entsprechend ging die Zahl der Beitragszahler zurück; die Löhne und Gehälter erhöhten sich nicht im erwarteten Maße, was ebenfalls Einfluß auf die Beitragseinnahmen hatte, und zugleich nahmen die Rentenzahlungen weiter zu. Dies führte mehrfach zu Beitragserhöhungen, zuletzt zum 1. Juni 1985, als der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung von 18,7 % auf 19,2 % des Bruttolohns bzw. -gehalts heraufgesetzt wurde.

Schwerwiegende Probleme zeichnen sich für das derzeitige System der Rentenfinanzierung ab, wenn man die langfristige Entwicklung betrachtet. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat dargestellt, daß sich die Relation zwischen aktiver Generation (20- bis 60jährige) und nicht mehr im Arbeitsleben stehender Generation (über 60jährige) bis etwa 1990 leicht verbessern, dann aber bis zum Jahr 2030 rapide verschlechtern wird. (Diesen Berechnungen liegt die Annahme konstanter Geburtenhäufigkeit zugrunde). Wollte man das Rentenniveau im gleichen Verhältnis zu den Arbeitsentgelten beibehalten wie bisher, würde dies nach Berechnungen des Sachverständigenrates Beitragssätze von etwa 30 % für die Erwerbstätigen des Jahres 2030 bedeuten (Jahresgutachten 1983/84, S. 220).

9.5 Gesetzliche Krankenversicherung

Dem Bereich Gesundheit werden im Sozialbudget die gesetzliche Kranken- und Unfallversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber, die Beihilfen im öffentlichen Dienst bei Krankheit, Mutterschaft und Tod und die Aufwendungen für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Beratung und Aufklärung in gesundheitlichen Fragen, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten usw.) zugerechnet.

Für die finanzielle Absicherung des Krankheitsrisikos spielt die gesetzliche Krankenversicherung eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind Arbeiter und Angestellte, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentner, Auszubildende, Studenten und Arbeitslose. Ferner sind die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbständigen pflichtversichert.

1983 standen insgesamt fast 57 Mill. Personen unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 21 Mill. waren Pflichtmitglieder, 4,6 Mill. freiwillige Mitglieder und 10 Mill. Rentner. 21 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert. Insgesamt

gehörten über 90 % der Bevölkerung der gesetzlichen Krankenversicherung an; 8 % der Bevölkerung waren Mitglieder privater Kassen, nur etwa 0,3 % hatten keinen Krankenversicherungsschutz.

Im Jahre 1983 beliefen sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf 100,5 Mrd. DM; das entspricht einem Anteil von fast 20 % am Sozialbudget bzw. von rund 6 % am Bruttosozialprodukt.

Zwischen 1970 und 1983 haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung vervierfacht. Besonders ausgeprägt war die Expansion zu Beginn der siebziger Jahre mit einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung der Ausgaben je Mitglied von über 17 % (1970 bis 1975). Vor allem die Entwicklung bei den Krankenhauskosten machte sich hier bemerkbar; sie stiegen zwischen 1970 und 1975 jährlich um durchschnittlich 22 %. Die dann einsetzenden Bemühungen, durch eine Vielzahl von Maßnahmen den weiteren Kostenanstieg im Gesundheitswesen zu dämpfen, brachten gewisse Erfolge. Im Verlauf der zweiten Hälfte des Jahrzehnts stiegen die Kosten – je Mitglied – nur noch um durchschnittlich knapp 7 %. 1982 lag die Steigerung nur noch bei 0,8 %. In den Jahren 1983 und 1984 waren dagegen wieder kräftige Kostenerhöhungen zu verzeichnen.

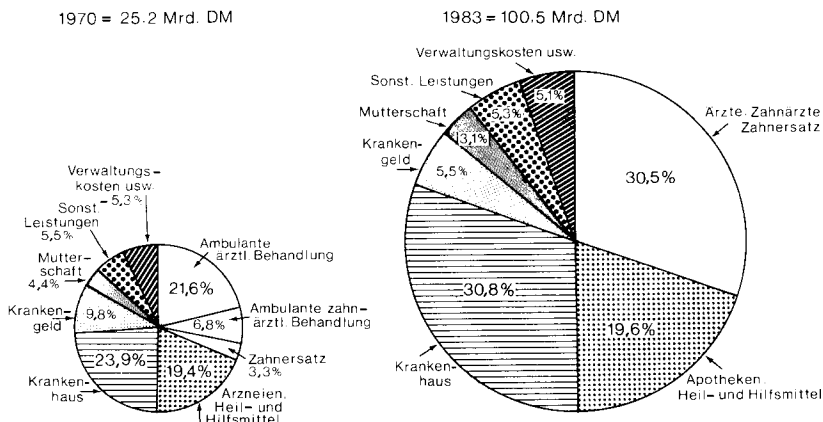
Tab. 3: Ausgaben in der gesetzlichen Krankenversicherung
Durchschnittliche jährliche Steigerungsraten in Prozent

	1970–1975	1975–1980	1981	1982
Ausgaben je Mitglied				
Insgesamt	17,4	6,9	6,2	0,8
davon für:				
Ärztliche Behandlung	13,5	5,2	6,3	2,3
Zahnärztliche				
Behandlung	17,2	4,8	6,5	2,3
Zahnersatz	35,8	10,7	9,2	— 14,1
Arzneien aus Apotheken	14,0	6,0	7,3	0,7
Heil- und Hilfsmittel	28,5	12,3	6,9	— 4,7
Stationäre Behandlung	21,7	6,6	6,2	8,0

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Beitragssätzen wider. Die Krankenversicherungen, die sich zu rund 95 % aus Beiträgen finanzieren, konnten die Mehrausgaben trotz gestiegener Arbeitsentgelte nicht durch zusätzliche Einnahmen ausgleichen. Daher mußte der Beitragssatz von 8,2 % des Grundlohns im Jahr 1970 auf 10,4 % im Jahr 1975 und auf 11,3 % 1976 erhöht werden. Seither sind die Beiträge nur noch geringfügig gestiegen bzw. zum Teil sogar gesenkt worden. Der bisherige Höchststand lag bei 12 %

im Jahr 1982, derzeit müssen 11,8 % des Grundlohns von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen für die Krankenversicherung aufgebracht werden.

Abb. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung



1983 entfielen 31 % der Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen auf Arzt-, Zahnarzt- und Zahnersatzleistungen, ebenfalls 31 % mußten für Krankenhauskosten aufgebracht werden, weitere 20 % für Arzneien sowie Heil- und Hilfsmittel.

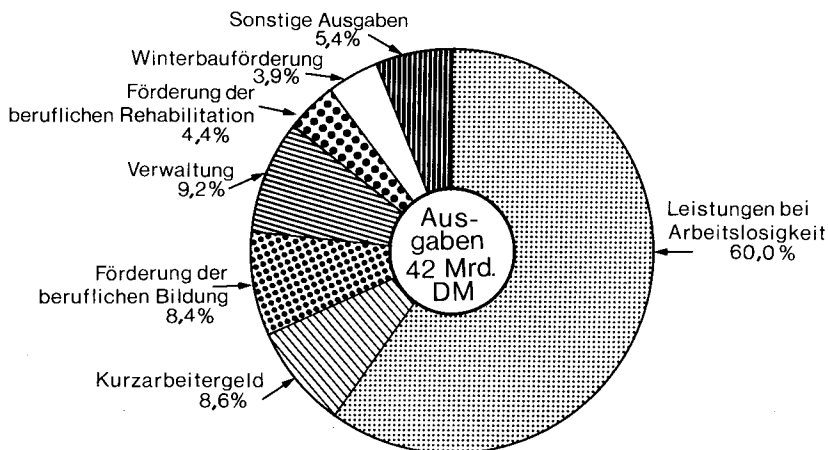
9.6 Arbeitsförderung

Zum Maßnahmenkatalog der Arbeitsförderung gehören neben den Leistungen bei Arbeitslosigkeit (Zahlung von Arbeitslosengeld und -hilfe) und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers (Konkursausfallgeld) auch Maßnahmen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen (Kurzarbeitergeld, Schlechtwettergeld), die Arbeitsvermittlung sowie die Förderung der beruflichen Bildung und die Gewährung von berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation. Somit wurden über den Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit hinaus (eingeführt im Jahr 1927) neue Akzente der Arbeitsmarktpolitik dadurch gesetzt, daß die Unterhaltszahlungen an Arbeitslose in immer stärkerem Umfang durch gezielte Förderungsmaßnahmen zur beruflichen Qualifizierung von Personen ohne Beschäftigung ergänzt werden.

Die Leistungen der Arbeitsförderung umfaßten 1983 42 Mrd. DM, gegenüber 18 Mrd. DM 1975 und 4 Mrd. DM 1970. Im Hinblick auf die Ausgaben war die Arbeitsförderung damit 1983 die drittgrößte Institution im Rahmen der sozialen Sicherung.

Von den Gesamtausgaben wurden 1983 18 Mrd. DM für Arbeitslosengeld und 7,2 Mrd. DM für Arbeitslosenhilfe aufgewendet, zusammen flossen also 60 % der Ausgaben in die unmittelbare Unterstützung von Arbeitslosen.

Abb. 5: Arbeitsförderung 1983



Dabei erhielten im Jahresdurchschnitt 1,05 Mill. Personen Arbeitslosengeld und 485000 Arbeitslosenhilfe. Das bedeutet, daß von den Arbeitslosen bei weitem nicht alle Anspruch auf Leistungen hatten. Nach einer Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit Ende September 1983 erhielten 29 % der Arbeitslosen keine Unterstützung durch das Arbeitsamt. 1980 hatten erst 24 % der Arbeitslosen keine Leistungen bezogen, 1975 waren es 14 %. In dieser Entwicklung zeigen sich zwei Hauptaspekte: Immer mehr Arbeitslose sind so lange ohne Beschäftigung, daß ihre Ansprüche erschöpft sind, und immer mehr arbeitslose Berufsanfänger erfüllen nicht den Anspruch auf Leistungen. Zugleich wirkt sich aus, daß seit 1975 durch eine Reihe von Gesetzesänderungen der Kreis der Leistungsberechtigten kleiner geworden ist bzw. die Dauer des Leistungsbezugs verkürzt wurde.

Der Umfang der Leistungen lag 1983 beim Arbeitslosengeld bei 68 % des letzten Nettoeinkommens für Arbeitslose mit Kindern und bei 63 % für Arbeitslose ohne Kinder. Die Arbeitslosenhilfe erreicht 58 % des letzten Nettoeinkommens. (Weitere Angaben vgl. 3.7.)

Neben den Ausgaben zur Unterstützung von Arbeitslosen waren die Förderung der beruflichen Bildung und das Kurzarbeitergeld weitere wichtige Ausgabenposten; hierfür wurden 1983 jeweils rund 3,6 Mrd. DM oder 8,6 % aufgebracht.

Die Maßnahmen der Arbeitsförderung werden überwiegend aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung finanziert. Außerdem werden Umlagen von den Arbeitgebern erhoben, die zur Finanzierung des Konkursausfallgeldes und der Winterbau-Umlage dienen. Darüber hinaus trägt der Bund die Arbeitslosenhilfe; er ist auch verpflichtet, Darlehen und Zuschüsse zu gewähren, wenn die Bundesanstalt für

Tab. 4: Daten der Arbeitsförderung

Gegenstand der Nachweisung	1970	1975	1980	1983
		1 000		
Arbeitslose	149	1 074	889	2 258
Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	113	817	576	1 500
Bundesanstalt für Arbeit:		Mill. DM		
Einnahmen	3 574	9 234 ¹	19 050	31 039
darunter: Beiträge	3 097	7 786	17 321	28 672
Ausgaben	3 907	18 076	22 843	42 040
darunter: für Arbeitslosigkeit ²	722	7 057	9 966	25 697

1 Ohne 7 282 Mill. DM Darlehen und Zuschüsse des Bundes gemäß § 187 Arbeitsförderungsgesetz (AFG).

2 Einschließlich Unterstützungen aus der Arbeitslosenhilfe aus Mitteln des Bundes.

Arbeit ihre Leistungen nicht aus eigenen Einnahmen und ihrer Rücklage finanzieren kann. Dies ist in den Jahren seit 1981 der Fall gewesen.

1984 gingen die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit gegenüber dem Vorjahr zurück, obwohl die Arbeitslosigkeit nahezu unverändert geblieben war. Dieser Ausgabenrückgang ist im wesentlichen dadurch entstanden, daß – wie bereits dargestellt – immer mehr Arbeitslose keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben bzw. dieser Anspruch ausgeschöpft ist. Die Arbeitslosenhilfe, die dann unter bestimmten Voraussetzungen gezahlt wird, finanziert aber nicht die Bundesanstalt für Arbeit, so daß sie deren Etat nicht belastet.

Der entstandene Überschuß führte zu einer Beitragssenkung zum 1. Juni 1985. Arbeitnehmer und Arbeitgeber müssen jeweils nur noch 2,1 % (statt 2,2 %) des Bruttoeinkommens für die Arbeitslosenversicherung aufbringen.

9.7 Sozialhilfe

Anspruch auf Sozialhilfe hat jeder, der sich in einer Notlage befindet, die er nicht aus eigenen Kräften und Mitteln beheben kann. Die Sozialhilfe greift immer dann ein, wenn andere Personen, andere Sozialleistungssysteme oder sonstige Stellen Leistungen nicht vorsehen oder keine zulänglichen Hilfen erbringen.

1983 wurden rund 19,9 Mrd. DM im Rahmen der Sozialhilfe ausgegeben, 17,6 Mrd. DM für die Sozialhilfe im engeren Sinne (nach dem Bundessozialhilfegesetz), rund 2 Mrd. DM zusätzlich für Leistungen der Länder und der Sozialhilfeträger (z. B. Leistungen für Blinde, Strafgefangene, Behinderte in Werkstätten, Weihnachtsbeihilfen u. ä.).

Die Sozialhilfe im engeren Sinn umfaßt die Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt deckt Grundbedürfnisse des täglichen Lebens ab. Sie muß häufig dann in Anspruch genommen werden, wenn gegenüber der Rentenversicherung nur unzureichende Versorgungsansprüche bestehen oder wenn der Verlust des Arbeitsplatzes Einkommensausfälle mit sich bringt. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen dient der Behebung von speziellen sozialen Notständen (z. B. Hilfen während einer Krankheit oder für Behinderte). Beide Leistungen werden sowohl in als auch außerhalb von Einrichtungen (z. B. Pflegeheime, Altenheime, Anstalten) gewährt.

1983 wurden insgesamt 2,4 Mill. Personen durch die Sozialhilfe unterstützt. 1,7 Millionen bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt und 1,0 Millionen Hilfe in besonderen Lebenslagen. (Eine Person kann beide Hilfearten beziehen; daher ist die Gesamtzahl der Leistungsfälle größer als die Gesamtzahl der unterstützten Personen.) 24 % der Hilfeempfänger wurden durch Hilfe in Einrichtungen versorgt.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung erhielten von den männlichen Einwohnern 3,2 %, von den weiblichen Einwohnern 4,7 % Sozialhilfe. Besonders viele Empfänger sind ältere Frauen, die aufgrund mangelnder (eigener) früherer Erwerbstätigkeit keine oder zu niedrige Rentenansprüche haben.

Tab. 5: Sozialhilfe – Empfänger und Ausgaben

	Einheit	1970	1980	1982	1983
Sozialhilfeempfänger	1 000	1 491,1	2 144,1	2 319,5	2 436,8
Frauen	%	62,6	59,7	58,4	56,6
Frauen über 60 Jahre alt	%	30,0	24,4	21,6	19,9
Ausländer	%	1,3	7,6	8,8	9,0
Ausgaben der Sozialhilfe	Mrd. DM	3,3	13,3	16,3	17,6

Von 1970 bis 1983 stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger um 63 %. Die Zahl der Ausländer und Staatenlosen in dieser Gruppe erhöhte sich im gleichen Zeitraum um das Zehnfache. Dies ist vermutlich auf die zunehmende Zahl von Asylbewerbern zurückzuführen, die zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag zunächst auf Sozialhilfe angewiesen sind. In den letzten Jahren kamen vor allem Arbeitslose hinzu, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (mehr) haben.

Wesentlich stärker als die Gesamtzahl der Empfänger erhöhten sich zwischen 1970 und 1983 die Ausgaben für Sozialhilfe, und zwar von 3,3 Mrd. DM auf 17,6 Mrd. DM, also auf mehr als das Fünffache. Die Gründe für die Ausgabenerhöhung liegen neben der Ausweitung des anspruchsberechtigten Personenkreises und einer stärkeren Inanspruchnahme der Sozialhilfeleistungen durch die Hilfesuchenden auch in beträchtlichen Leistungserhöhungen insbesondere in den siebziger Jahren.

Die Finanzierung der Leistungen fällt überwiegend den kommunalen Gebietskörperschaften zu. Ausgabensteigerungen in einer Größenordnung von 11,4 % (1981), 10,5 % (1982) oder 7,6 % (1983) stellen eine große Belastung für die Gemeinden dar – auch wenn man berücksichtigt, daß die Länder (durch den Finanzausgleich) sowie Sozialleistungsträger und Unterhaltspflichtige (durch Ersatzleistungen) an der Finanzierung der Sozialhilfe beteiligt sind.

Zwar wurden im Haushaltsstrukturgesetz 1981 und im Haushaltsbegleitgesetz 1983 Einsparungen im Bereich der Sozialhilfe beschlossen (z. B. geringere Erhöhung der Regelsätze, Verminderung der Mehrbedarfzuschläge sowie eine neue Anpassungsregelung bei den Pflegegeldsätzen), nach wie vor appellieren die Gemeinden jedoch an den Gesetzgeber und die Öffentlichkeit, für eine Entlastung ihrer Kassen zu sorgen. Im Laufe des Jahres 1983 mußten die kreisfreien Städte über 20 000 Einwohner (ohne Stadtstaaten) durchschnittlich 264 DM je Einwohner für Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz aufbringen, bei den drei Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) waren es durchschnittlich 591 DM je Einwohner.

9.8 Kindergeld

Das Kindergeld hat im Rahmen der staatlichen Leistungen für Familien zentrale Bedeutung. Es ist die häufigste staatliche Transferzahlung überhaupt.

1983 bezogen 6,6 Mill. Berechtigte Kindergeld für 11,2 Mill. Kinder. Hinzu kommen 3 Mill. Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die das Kindergeld von ihren Arbeitgebern direkt erhalten.

1975 wurde 7,3 Mill. Berechtigten für 14,1 Mill. Kinder Kindergeld gewährt (ohne Kinder von Angehörigen des öffentlichen Dienstes). Den rückläufigen Kinderzahlen standen bis 1981 steigende Ausgaben gegenüber, da die Kindergeldsätze mehrfach erhöht wurden. Die staatlichen Sparmaßnahmen führten dann zu einem deutlichen Ausgaberrückgang. 1975 brachte der Bund, der die Mittel für das Kindergeld zur Verfügung stellt, 11,5 Mrd. DM für das Kindergeld auf, 1981 waren es 14,6 Mrd. DM, 1983 11,5 Mrd. DM. Für das Kindergeld der Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurden 1983 zusätzlich rund 4,1 Mrd. DM aufgewendet, gegenüber 3,1 Mrd. DM 1975 und 4,6 Mrd. DM 1981.

Von den Kindern, für die Kindergeld gezahlt wurde, waren 1983 57 % Erstkinder, 30 % Zweitkinder und 13 % dritte und weitere Kinder. Gegenüber 1975 hat damit der Anteil der Erstkinder leicht zu-, der Anteil der dritten und weiteren Kinder leicht abgenommen.

Alle diese Angaben sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Kindergeld seit 1975 für alle Kinder unter 16 Jahren gewährt wird – unabhängig von der Bedürftigkeit der Familie –, seine Höhe richtet sich jedoch (seit Januar 1983) ab dem zweiten und weiteren Kindern nach dem Einkommen der Eltern. Für das erste Kind werden allgemein 50 DM gezahlt, für das zweite Kind mindestens 70 DM, für das dritte und weitere mindestens 140 DM. Die entsprechenden Höchstbeträge liegen bei 100 DM, 220 und 240 DM.

Tab. 6: Kindergeld (ohne öffentlichen Dienst)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1975	1981	1983
Berechtigte insgesamt	1 000	7 333	6 905	6 553
davon: Deutsche	1 000	6 452	6 119	5 809
Ausländer	1 000	881	786	743
Kinder ¹ insgesamt	1 000	14 065	12 299	11 164
davon: Deutsche	1 000	12 085	10 470	9 554
Ausländer	1 000	1 980	1 829	1 610
Ausgezahlte Beträge	Mill. DM	11 530	14 610	11 505

1 Für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde.

Über die Vollendung des 16. Lebensjahres hinaus wird Kindergeld für Jugendliche in einer Schul- oder Berufsausbildung sowie für arbeitslose Jugendliche gezahlt. Vor dem Hintergrund zunehmender Jugendarbeitslosigkeit (siehe Kap. 3.7), die nicht zuletzt eine große finanzielle Belastung für die betroffenen Familien darstellt, wird seit 1. Januar 1985 Kindergeld nicht nur für arbeitslose 16- bis 18jährige, sondern auch für 18- bis 21jährige ohne Beschäftigung gezahlt.

10 Rechtspflege

10.1 Einführung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates besteht darin, für die Verwirklichung und Einhaltung des von der Volksvertretung gesetzten Rechts zu sorgen. Bei einer von der Gewaltenteilung bestimmten Verfassung – wie dem Grundgesetz – fällt diese Aufgabe der sogenannten „dritten“ Gewalt, der Rechtsprechung, zu.

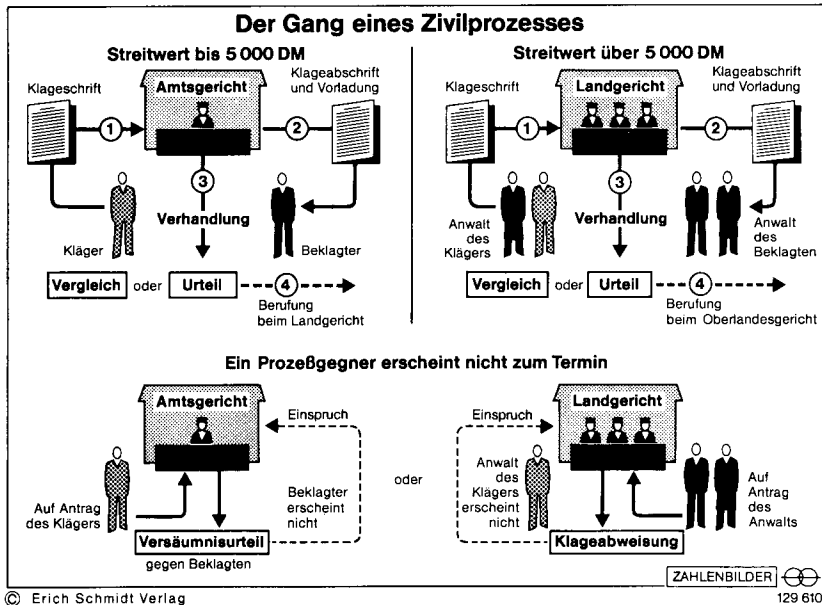
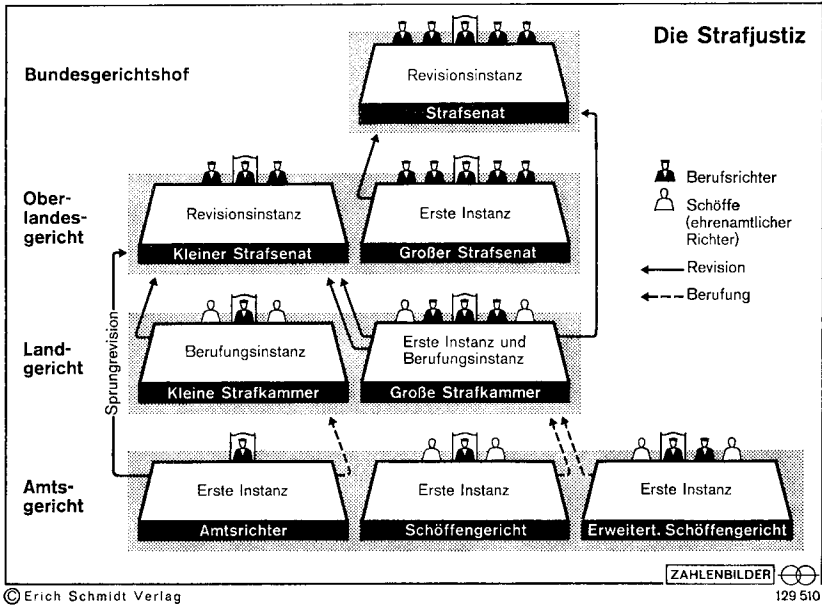
Zur Rechtspflege gehört aber nicht nur das Tätigwerden der Gerichte, in denen von unabhängigen Richtern Recht gesprochen wird, sondern auch die Vollstreckung dessen, was für Recht befunden wurde, beispielsweise im Strafvollzug oder durch Gerichtsvollzieher. Im weiteren Sinn kann man auch die Tätigkeit der Polizei als Teil der Rechtspflege sehen, soweit sie mit der Verhinderung von Straftaten einerseits und der Ermittlung von Tatverdächtigen in Strafsachen andererseits befaßt ist.

10.2 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfaßt zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen überprüfen zu lassen. (Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche, die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.)

Tab. 1: Gerichte am 1. Januar 1983

Zivil- und Strafgerichte	665
Amtsgerichte	552
Landgerichte	93
Oberlandesgerichte	20
Arbeitsgerichte (erstinstanzliche)	95
Verwaltungsgerichte (erstinstanzliche)	34
Sozialgerichte (erstinstanzliche)	50
Finanzgerichte (erstinstanzliche)	14
Bundesgerichte	8



Am 1. Januar 1983 gab es im Bundesgebiet insgesamt 665 Gerichte, die in Zivil- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 95 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 98 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundesarbeitsgericht, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als „Hüter der Verfassung“ einen besonderen Rang. Seinem Status nach ist es zugleich Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte des einzelnen Bürgers berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten mit jeweils acht Richtern, die je zur Hälfte vom Bundestag (durch einen Wahlmännernausschuß) und vom Bundesrat gewählt werden. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre; sie können nicht wiedergewählt werden.

An den Gerichten waren am 1. Januar 1983 insgesamt 16922 Richter (im Landes- und Bundesdienst) tätig, gegenüber 12954 zum Jahresbeginn 1971. Die Zahl der Staatsanwälte betrug 1983 3680 (1971: 2709), die der Rechtsanwälte 34576 (1971: 18240). Außerdem waren 6913 Anwaltsnotare (1971: 5358) und 964 Notare (1971: 802) zugelassen.

Diese deutliche Zunahme der Anzahl der in der Rechtspflege tätigen Personen wird verständlich, wenn man sie im Zusammenhang mit dem steigenden Geschäftsanfall bei den meisten Gerichten sieht (vgl. Tab. 2).

Alein bei den Amtsgerichten wurden 1981 1,3 Mill. Zivilverfahren (darunter rund 310000 Familiengerichtsverfahren) und 1,4 Mill. Strafverfahren erledigt. Das waren um annähernd die Hälfte mehr Zivil- und etwa doppelt so viele Strafverfahren wie 1970. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Geschäftsanfall bei den Amtsgerichten durch die Einrichtung der Familiengerichte ab Mitte 1977 sprunghaft anstieg. Bis 1977 waren die Landgerichte für Ehesachen zuständig. Auch bei den Arbeitsgerichten, den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten hat sich der Geschäftsanfall innerhalb der letzten Jahre beträchtlich erhöht.

Ursache für diese Entwicklung dürfte bei den Strafgerichten die wachsende Zahl der Straftaten sein (vgl. 10.3.1). Bei den übrigen Gerichten sind die Gründe weniger offenkundig, möglicherweise spielt aber die größere Bereitschaft, sich auf gerichtlichem Wege gegen vermeintliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten zur Wehr zu setzen, eine Rolle.

Tab. 2: Erledigte Verfahren bei ausgewählten Gerichten¹

Gerichte/Verfahren	1970	1983
<i>Amtsgerichte</i>		
(Zivilgerichte, ohne Familiengerichte)		
Erledigte Verfahren	863 472	977 064 ⁴
<i>Familiengerichte</i> ²		
Erledigte Verfahren	x	390 867
darunter Scheidungsverfahren	x	157 642
<i>Amtsgerichte (Strafgerichte)</i>		
Erledigte Verfahren	734 656 ³	1 519 570
davon Verbrechen	11 581	6 996
Vergehen	497 139	772 539
Ordnungswidrigkeiten	213 010	740 035
Übertretungen	12 926	x
<i>Arbeitsgerichte</i>		
Erledigte Klagen	187 084	371 797
darunter Gegenstand der Klage:		
Arbeitsentgelt	111 408	151 562
<i>Sozialgerichte</i>		
Erledigte Klagen	152 768	168 214
darunter Gegenstand der Klage:		
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	82 150	53 041
<i>Verwaltungsgerichte</i>		
Erledigte Klagen	48 849	136 482 ⁵
<i>Finanzgerichte</i>		
Erledigte Verfahren	20 027 ³	52 702 ⁵
<i>Bundesverfassungsgericht (Erster und Zweiter Senat)</i>		
Erledigte Verfahren	1 660	3 628
Eingereichte Verfassungsbeschwerden	1 606	3 828
Eingereichte Normenkontrollverfahren	60	75

¹ Da nur ausgewählte Gerichte aufgeführt sind, liegt die Gesamtzahl der erledigten Gerichtsverfahren wesentlich höher als die Summe der hier angegebenen Werte.

² 1977 neu eingerichtet.

³ 1971.

⁴ 1981.

⁵ 1982.

10.3 Straffälligkeit

10.3.1 Tatermittlung

1983 sind bei den Polizeidienststellen 4,3 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekanntgeworden. Schwer abzuschätzen ist die Dunkelziffer, d. h. die Zahl der Straftaten, die unbekannt bleiben oder nicht angezeigt werden. Von den gemeldeten Straftaten konnten 45 % aufgeklärt werden; in diesen Fällen wurde nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis zumindest ein namentlich bekannter Tatverdächtiger festgestellt. 1970 waren von 2,4 Mill. Straftaten 48 % aufgeklärt worden.

Um einen Vergleich unabhängig von der veränderten Bevölkerungszahl zu ermöglichen, werden die Straftaten je 1000 Einwohner berechnet. 1970 wurden je 1000 Einwohner knapp 40 Straftaten bekannt, 1983 waren es 78 % mehr, nämlich 71.

Häufigste Straftat ist seit Jahren der Diebstahl. 1983 sind 2,6 Mill. Diebstahlsfälle bekanntgeworden, gegenüber 2730 Fällen von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag. Die Aufklärungsquote ist in der Regel relativ stark von der Schwere des Verbrechens bzw. Vergehens abhängig. So wurden z. B. 1983 nur 31 % aller Diebstähle, aber 95 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschließlich Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt.

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote

Jahr	Bekanntgewordene Straftaten		Aufklärungsquote
	insgesamt	auf 1000 Einwohner	%
1960	2 034 239	37	65,6
1970	2 413 586	40	48,3
1980	3 815 774	62	44,9
1983	4 345 107	71	45,1

10.3.2 Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekanntgewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluß dieses Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muß das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird.

Dieses Strafverfahren kann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch des Angeklagten, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, daß von einer Strafe abgesehen wird.

Erst die Erläuterung dieser Zusammenhänge macht verständlich, wieso die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Hinzu kommt, daß eine große Zahl von Personen (im Zusammenhang mit verschiedenen Delikten) mehrfach als tatverdächtig erfaßt wird, aber nur einmal im Rahmen der Strafverfolgungsstatistik erscheint. Insgesamt sind also die Angaben zu den Tatverdächtigen und die der Verurteilten nur bedingt vergleichbar.

Tab. 4: Strafen 1970 und 1983

a) Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

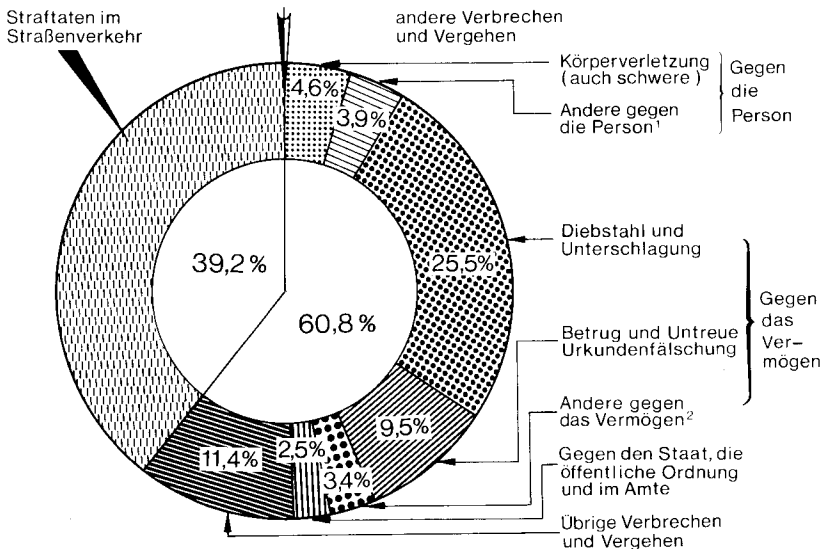
Art der Strafe	1970	1983
<i>Freiheitsstrafe</i>	88 248	118 638
davon:		
bis einschließlich 1 Jahr	79 100	101 011
mehr als 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre	8 676	16 131
mehr als 5 Jahre bis einschließlich 15 Jahre	402	1 428
lebenslang	70	68
<i>Strafarrest</i>	626	575
<i>Geldstrafe</i> (allein)	464 818	516 892
Insgesamt	553 692	636 105

b) Nach Jugendstrafrecht erkannte Jugendstrafen bzw. sonstige Maßnahmen

Art der Strafe bzw. Maßnahmen	1970	1983
<i>Jugendstrafe</i>	11 687	21 659
darunter: 6 Monate bis einschließlich 1 Jahr	8 318	14 267
<i>Zuchtmittel</i> (z. B. Arrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung)	101 061	100 866
<i>Erziehungsmaßnahmen</i> (z. B. Erteilung von Weisungen)	13 153	59 514
Strafen bzw. Maßnahmen insgesamt ¹	125 901	182 039
dagegen Verurteilte insgesamt	89 593	148 552

¹ Strafen und Maßnahmen können nebeneinander angeordnet werden, so daß ihre Gesamtzahl höher ist als die Zahl der Verurteilten.

Abb. 1: Verurteilte 1983 nach Delikten



1 Mord, Totschlag, gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Beleidigung usw.

2 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 1983 fast 784 700 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 39 % wegen Vergehen im Straßenverkehr, 61 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen.

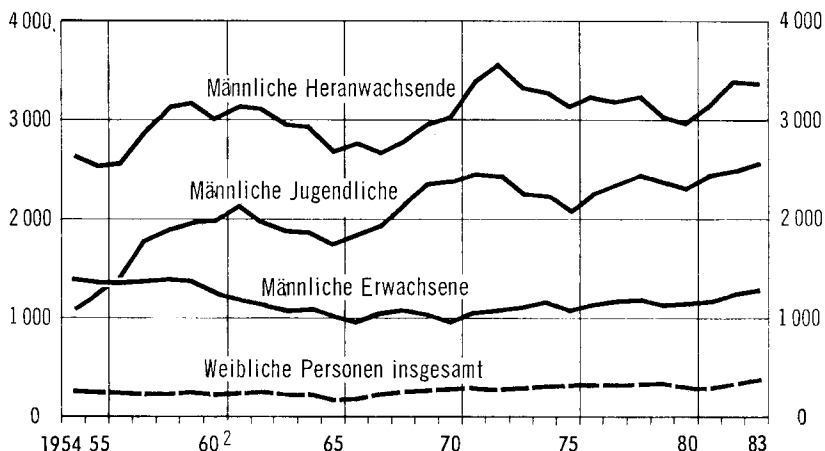
Von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, haben 1983 63 % eine Straftat gegen das Vermögen (z. B. Diebstahl, Unterschlagung, Raub) begangen. Die Zahl derer, die wegen einer Straftat gegen die Person (z. B. Mord, Körperverletzung) verurteilt wurden, liegt dagegen wesentlich niedriger (1983 bei 14 % der Verurteilten).

Je 100 000 strafmündige Einwohner wurden 1983 insgesamt 1 499 Personen verurteilt. Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild: Männer wurden 1983 annähernd sechsmal so oft straffällig wie Frauen, Heranwachsende zweieinhalbmal so häufig wie Erwachsene.

Betrachtet man die Entwicklung der Verurteiltenzahlen während der letzten Jahrzehnte, so zeigt sich, daß seit 1961 die Straffälligkeit leicht zugenommen hat. Bei den Frauen war sogar eine deutliche Steigerung festzustellen; auch die Jugendkriminalität hat überdurchschnittlich zugenommen. Sehr viel häufiger als 1961 kamen Täter aufgrund von Raub und Erpressung mit dem Gesetz in Konflikt. Auch Diebstahl und Unterschlagung führten 1983 häufiger zur Verhängung einer Strafe als 20 Jahre zuvor. Demgegenüber ist die Zahl der

Abb. 2: Wegen Verbrechen und Vergehen¹ Verurteilte

je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



1 Ohne Vergehen im Straßenverkehr.

2 Bis 1960 ohne Saarland und Berlin.

Verurteilungen wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wegen gemeingefährlicher Straftaten sowie wegen Straftaten gegen den Staat und die öffentliche Ordnung zurückgegangen.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 1983 etwa 636 000 Personen nach allgemeinem und fast 150 000 Personen nach Jugendstrafrecht verurteilt. Eine Freiheits- bzw. Jugendstrafe wurde 1983 in insgesamt knapp 140 300 Fällen verhängt, wobei in 115 300 Fällen auf eine Strafdauer von nicht mehr als einem Jahr erkannt wurde.

10.3.3 Strafvollzug

Von den im Jahre 1983 Verurteilten wurden 7,4 % in eine der 166 Justizvollzugsanstalten des Bundesgebietes eingewiesen. Bei den übrigen wurde auf eine Geldstrafe erkannt bzw. die ausgesprochene Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt (vgl. 10.3.4).

In den Justizvollzugsanstalten saßen am 31. März 1983 48 058 Strafgefangene sowie 185 Sicherungsverwahrte ein. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich rund 26 300, mußte mehr als ein Jahr hinter Gittern verbringen. Fast 1 000 hatten sogar eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen.

Von den Strafgefangenen im Bundesgebiet waren nur 3,3 % Frauen. Hier zeigt sich, daß trotz der in den letzten Jahrzehnten überdurchschnittlich gestiegenen Straffälligkeit (vgl. 10.3.2) Frauen immer noch weit weniger Straftaten begehen als Männer.

Die Ergebnisse der Statistiken über den Strafvollzug verdeutlichen auch, daß Personen, die bereits einmal mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, häufig erneut straffällig werden. Von den am 31. März 1983 einsitzenden Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten waren knapp drei Viertel (34847) bereits vorbestraft. Mehr als ein Viertel hatte sogar fünf oder mehr Vorstrafen aufzuweisen.

Tab. 5: Strafgefangene am 31. März 1983

Voraussichtliche Vollzugsdauer	Strafgefangene	
	insgesamt	darunter Frauen
Bis einschließlich 1 Jahr	21 310	908
1 bis einschließlich 5 Jahre	20 689	533
5 bis einschließlich 15 Jahre	4 654	105
Lebenslang	988	39
Unbestimmte Vollzugsdauer	417	9
Insgesamt	48 058	1 594

10.3.4 Bewährungshilfe

Personen, bei denen die gesamte Strafe oder ein Strafreß „zur Bewährung“ ausgesetzt ist, können der Bewährungsaufsicht unterstellt werden. Dies geschieht vor allem dann, wenn von dem Verurteilten erwartet werden kann, daß er nicht erneut straffällig wird. In der Regel wird davon nur bei kurzer Strafdauer, etwa bis zu einem Jahr, Gebrauch gemacht.

1983 übten die 1855 hauptamtlichen Bewährungshelfer 114659 Bewährungsaufsichten aus. 1970 standen 616 Bewährungshelfern 39500 Bewährungsaufsichten gegenüber. Auf jeden (hauptamtlichen) Bewährungshelfer entfielen damit 1983 im Durchschnitt 62 Bewährungsaufsichten (1970: 64).

Gemessen an der Gesamtzahl der Bewährungsaufsichten werden zur Zeit im Laufe eines Jahres knapp ein Drittel der Aufsichten beendet; hiervon wurden 1983 rund 63 % erfolgreich und knapp 37 % durch Widerruf abgeschlossen. In diesem Fall nutzten die Verurteilten ihre Chancen nicht und mußten ihre Strafe verbüßen. Von den 2770 Frauen, die 1983 ihre Bewährungsaufsicht beendeten, mußten sogar nur 22 % ihre (Rest-)Strafe antreten.

11 Öffentliche Haushalte

11.1 Die Aufgaben des Staates

Wandlungen in der Auffassung vom Staat und seinen Aufgaben lassen sich besonders deutlich aus den Ansprüchen der Bürger an das Leistungsangebot im öffentlichen Bereich ablesen. Lange Zeit hatte der Staat in erster Linie die allgemeinen Rahmenbedingungen für ein geordnetes Zusammenleben zu setzen und den Schutz nach außen zu sichern. In neuerer Zeit werden ihm eine Vielzahl zusätzlicher Leistungen abverlangt. Die Sorge für Bildung und Ausbildung, die soziale Sicherung, die Mitwirkung bei der Versorgung mit Wohnraum sind hierfür nur einige Beispiele. Auch im wirtschaftlichen Bereich wird der Staat zunehmend in die Pflicht genommen. Über die traditionelle Aufgabe der Bereitstellung und Verbesserung der Infrastruktur hinaus hat er – entsprechend den allgemeinen Leitlinien der Wirtschaftspolitik – alles zu tun, um wirtschaftliche Stabilität und ein angemessenes Wachstum zu sichern und die Prinzipien des Sozialstaates zu verwirklichen. In vielen Bereichen von Wissenschaft und Forschung, bei der Förderung von Sport und Kultur usw. sind staatliche Hilfen inzwischen ebenfalls selbstverständlich geworden.

Alle diese Aufgaben erfordern den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel, die von der Allgemeinheit bzw. der Wirtschaft über Steuern, Gebühren, Beiträge und durch die Bereitschaft, dem Staat Kredite zu gewähren, aufgebracht werden müssen. Zur öffentlichen Haushaltswirtschaft gehören Einnahmen und Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und kommunalen Zweckverbänden, ferner der Lastenausgleichsfonds und das ERP-Sondervermögen, das aus der Marshallplanhilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist, sowie die Etats der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit.

11.2 Ausgaben der öffentlichen Haushalte

Von 1951 bis 1983 sind die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden (Gebietskörperschaften) sowie von Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen von 37,4 Mrd. auf 556 Mrd. DM gestiegen. Je Einwohner betrugen die Ausgaben 1983 9047 DM, gegenüber 742 DM im Jahre 1951. Die Finanzen der übrigen öffentlichen Haushalte werden statistisch erst ab 1974 erfaßt und sind wegen der Schwierigkeiten eines langfristigen Vergleichs hier generell außer acht geblieben. Die finanziell größte Bedeutung unter ihnen haben die Ausgaben der Sozialversicherungsträger und der Bundesanstalt für Arbeit, die sich 1983 zusammen auf 320 Mrd. DM beliefen.

Um Größenordnung und Entwicklung des Ausgabenvolumens der öffentlichen Haushalte abschätzen zu können, wird es häufig in Relation zum Bruttosozialprodukt, also dem Maß

Tab. 1: Entwicklung der Ausgaben der öffentlichen Haushalte
von 1951 bis 1983

Jahr	Ausgaben	
	Mill. DM	DM je Einwohner
1951	37 401	742
1961	95 275	1 696
1970	196 330	3 194
1975	354 774	5 738
1980	498 088	8 091
1981	528 948	8 578
1982	548 184	8 894
1983	555 691	9 047

für die wirtschaftliche Gesamtleistung eines Staates, gesetzt („Staatsquote“). Dabei ist die zeitliche Entwicklung der Staatsquote aussagekräftiger als ihre absolute Höhe. Als langfristige Tendenz läßt sich ein Anstieg dieser Größe im Zeitraum von 1961 bis 1983 erkennen.

Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt auf die Soziale Sicherung. 1983 erreichten die Ausgaben hierfür einen Anteil von rund 22 % am gesamten Ausgabenvolumen. 17 %

Tab. 2: Staatsquote: Ausgaben der öffentlichen Haushalte¹ in Prozent
des Bruttosozialprodukts

Jahr	Staatsquote	Jahr	Staatsquote
1961	28,7	1972	30,5
1962	29,7	1973	30,2
1963	30,6	1974	32,0
1964	30,5	1975	34,5
1965	30,7	1976	33,0
1966	30,1	1977	32,4
1967	31,6	1978	32,9
1968	29,8	1979	32,9
1969	29,2	1980	33,5
1970	29,1	1981	34,2
1971	30,0	1982	34,3
		1983	33,2

¹ Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände.

entfielen auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mit über 9 % war der Schuldendienst der drittgrößte Ausgabenblock (vgl. 11.4). Es folgten der Verteidigungsbereich (9 %), Gesundheit, Sport und Erholung (6 %) sowie Wohnungswesen, Raumordnung, Kommunale Gemeinschaftsdienste (6 %) (vgl. Abb. 1).

Betrachtet man die einzelnen Haushaltsebenen, so tätigte der Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) 1983 45 % der Ausgaben aller Gebietskörperschaften. Die Länder waren mit 35 %, die Gemeinden mit 20 % an den öffentlichen Ausgaben beteiligt (vgl. Abb. 2).

Bei allen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) fallen besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern erreichten sie 1983 einen Anteil von 43 %, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 32 % und beim Bund 14 % des Ausgabenvolumens.

Alle öffentlichen Haushalte zusammen wendeten 1983 einen Betrag von 182 Mrd. DM oder ein Drittel ihrer Gesamtausgaben für das Personal (einschließlich Pensionen u. ä.)

Abb. 1: Ausgaben der öffentlichen Haushalte 1983 nach Aufgabenbereichen

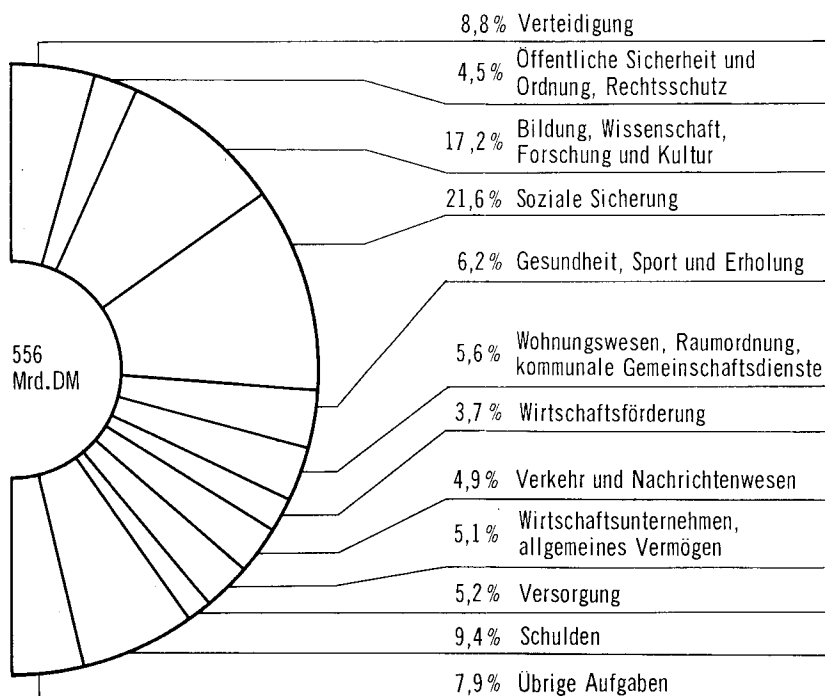
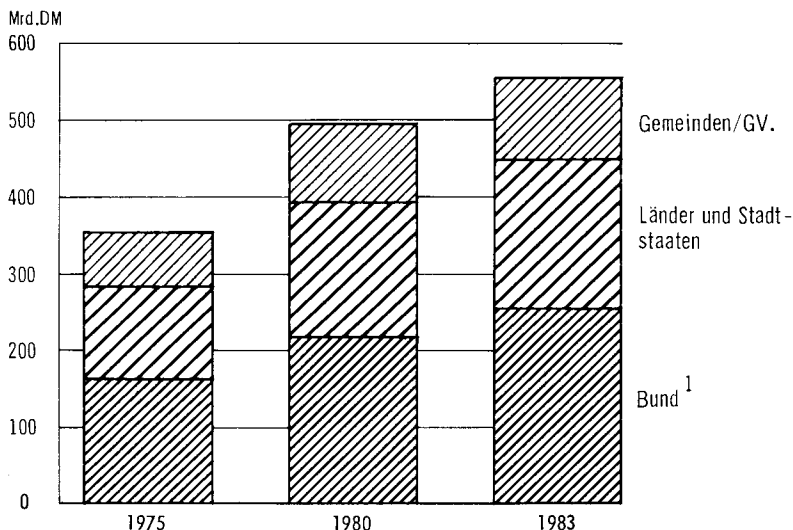


Abb. 2: Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Gebietskörperschaften



1 Einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

auf. Hierbei sollte nicht übersehen werden, daß viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz, Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung usw., sehr personalintensiv sind und daß wachsende Ansprüche an das Dienstleistungsangebot des Staates zu einer Vermehrung der Stellen in diesem Bereich führen müssen.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden 1983 Ausgaben in Höhe von rund 48 Mrd. DM getätigt. Knapp 70 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Weitere wichtige Ausgabenposten der öffentlichen Haushalte sind der laufende Sachaufwand mit etwa 87 Mrd. DM im Jahr 1983 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel), aber auch sämtliche militärische Anschaffungen sowie Zuschüsse an private Haushalte (Renten- und Unterstützungszahlungen), an Unternehmen (Subventionen), an soziale und an sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von 124 Mrd. DM.

11.3 Einnahmen der öffentlichen Haushalte

Zur Finanzierung seiner Ausgaben hat der Staat im wesentlichen zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Im Jahr 1983 standen den öffentlichen Ausgaben von 555,7 Mrd. DM Einnahmen aus Steuern und sonstige Einnahmen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermö-

gen, Zinsen) von insgesamt 500,6 Mrd. DM gegenüber. Die Nettokreditaufnahme betrug 59,8 Mrd. DM.

Als Maß für die Steuerbelastung der Gesamtwirtschaft wird häufig die sogenannte volkswirtschaftliche Steuerquote herangezogen. Sie setzt das gesamte Steueraufkommen in Beziehung zum Bruttosozialprodukt. 1984 lag die Steuerquote bei 23,7% gegenüber 22,3% im Jahr 1970 und 23,1% 1965.

Nach den Grundsätzen des Finanzwesens, wie sie im Grundgesetz festgelegt sind, lassen sich im Steuersystem der Bundesrepublik Deutschland Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern unterscheiden. Hinzu kommen die Gemeinschaftsteuern, deren Aufkommen zwischen Bund und Ländern aufzuteilen ist.

1984 haben Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 415 Mrd. DM an Steuern eingenommen. Allein 305 Mrd. DM oder 73,6 % entfielen auf die Gemeinschaftsteuern, zu denen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer sowie Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer rechnen.

**Tab. 3: Kassenmäßige Steuereinnahmen vor Steuerverteilung¹
1974 und 1984**

Steuerart	Mill. DM	
	1974	1984
Gemeinschaftsteuern	163 641	305 104
Bundessteuern (vor Abzug der EG-Anteile)	37 312	54 059
Landessteuern	11 790	18 581
Gemeindesteuern	26 317	36 992
Insgesamt	239 060	414 736

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen nach der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

Die zehn aufkommensstärksten Steuern sind in Tab. 4 aufgeführt. Am ergiebigsten ist die Lohn- und Einkommensteuer. Nach den neuesten Ergebnissen der nur im Dreijahresturnus ermittelten Lohnsteuerstatistik und Statistik der veranlagten Einkommensteuer, die wegen der langen Erklärungs- und Veranlagungsfristen und der schwierigen Aufbereitungsarbeiten aus dem Jahr 1980 datieren, wurden seinerzeit 21,5 Mill. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige (mit einem positiven Gesamtbetrag der Einkünfte) erfaßt. Zusammenveranlagte Ehegatten, ob Allein- oder Doppelverdiener, und Ehegatten mit gemeinsamem Lohnsteuerjahresausgleich wurden dabei grundsätzlich als ein Steuerpflichtiger behandelt. Der Gesamtbetrag der Einkünfte (nach der Steuergesetzgebung errechnet aus der Summe aller Einkünfte, gegebenenfalls auch Verluste, aus selbständiger oder nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung,

Tab. 4: Die zehn ergiebigsten Steuern 1974 und 1984

Steuerart	Ertrag steht . . . zu	1974	1984
		Mill. DM	
Lohnsteuer	Bund/Länder/Gemeinden	71 960	136 350
Umsatzsteuer	Bund/Länder/EG	33 593	55 500
Einfuhrumsatzsteuer	Bund/Länder	18 317	54 983
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	Gemeinden/Bund/Länder	18 775	28 320
Veranlagte Einkommensteuer	Bund/Länder/Gemeinden	26 793	26 368
Körperschaftsteuer	Bund/Länder	10 403	26 312
Mineralölsteuer	Bund	16 052	24 033
Tabaksteuer	Bund	8 952	14 429
Kraftfahrzeugsteuer	Länder	5 129	7 284
Grundsteuer B (nicht-landwirtschaftliche Grundstücke)	Gemeinden	3 111	6 668

Tab. 5: Lohn- und Einkommensteuerpflichtige¹ 1980

Steuerpflichtige nach Steuerart	Steuer- pflich- tige	Gesamt- betrag der Einkünfte	Lohnsteuer/ Einkommen- steuer	Steuer- belastung
	je Steuerpflichtigen			
	1 000	DM		%
Nichtveranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	10 883,1	22 050	2 900	11,5
Veranlagte				
Lohnsteuerpflichtige	9 179,6	49 590	10 270	20,7
Übrige Einkommensteuerpflichtige (ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit)	1 395,5	52 460	15 520	29,6
Insgesamt	21 458,1	35 810	6 700	18,7

¹ Mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte.

Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie sonstigen Einkünften) dieser Steuerpflichtigen betrug 768,4 Mrd. DM, die festgesetzte Einkommensteuer 143,7 Mrd. DM. Je Steuerpflichtigen waren das im Durchschnitt Einkünfte in Höhe von 35 800 DM, von denen 18,7 % Steuern zu entrichten waren.

Zwischen den einzelnen Gruppen variierten diese Werte allerdings beträchtlich. Auf die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen (51 % aller Steuerpflichtigen) entfielen beispielsweise durchschnittliche Einkünfte von 22 100 DM, die im Durchschnitt mit 11,5 % Steuern belastet wurden. Demgegenüber hatten veranlagte Einkommensteuerpflichtige ohne Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (6,5 % aller Steuerpflichtigen) Durchschnittseinkünfte von 52 500 DM mit durchschnittlich 29,6 % zu versteuern.

Aus den zusammengefaßten Ergebnissen über Lohn- und Einkommensteuerpflichtige lassen sich auch wichtige Anhaltspunkte über die Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen, da alle steuerpflichtigen natürlichen Personen mit ihren (steuerlichen) Einkünften einbezogen sind. Dies gilt ungeachtet dessen, daß Lücken

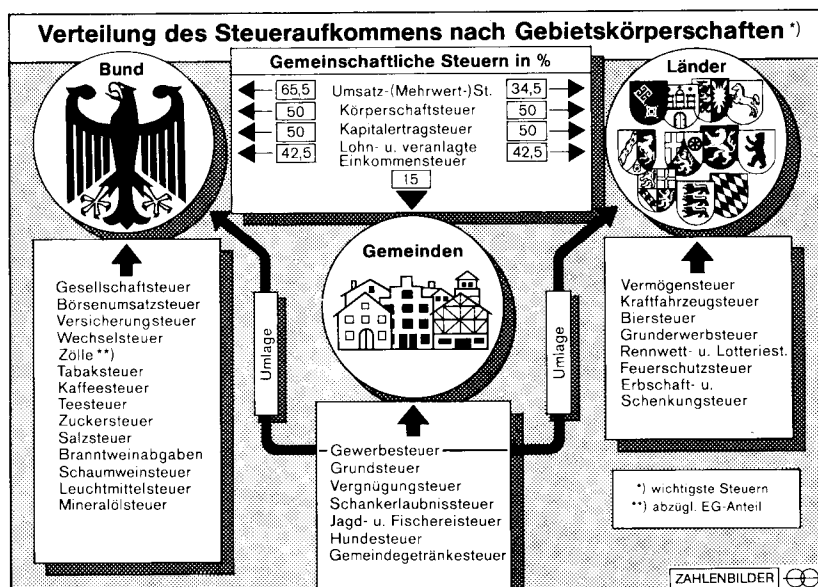
Tab. 6: Einkommensverteilung 1980
nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	1 000	%	Mill. DM	%
1— 4 000	1 410,2	6,6	2 555,9	0,3
4 000— 8 000	1 406,4	6,6	8 321,5	1,1
8 000— 12 000	1 154,0	5,4	11 509,1	1,5
12 000— 16 000	1 186,6	5,5	16 652,8	2,2
16 000— 25 000	3 557,4	16,6	73 988,8	9,6
25 000— 32 000	3 301,2	15,4	94 028,5	12,2
32 000— 50 000	5 596,5	26,1	223 049,6	29,0
50 000— 75 000	2 705,6	12,6	160 363,1	20,9
75 000—100 000	588,7	2,7	49 966,2	6,5
100 000—250 000	444,9	2,1	63 338,5	8,2
250 000—500 000	74,8	0,3	25 145,8	3,3
500 000— 1 Mill.	21,7	0,1	14 600,7	1,9
1 Mill. — 2 Mill.	6,8	0,05	9 142,8	1,2
2 Mill. — 5 Mill.	2,7		7 899,7	1,0
5 Mill. —10 Mill.	0,5		3 442,8	0,4
10 Mill. und mehr	0,2		4 380,5	0,6
Insgesamt	21 458,1	100	768 386,0	100

40,6 % der Steuerpflichtigen bezogen 1980 Einkünfte von weniger als 25 000 DM im Jahr, 41,5 % flossen 25 000 bis 50 000 DM zu. Etwa 10 200 Steuerpflichtige und damit 0,05 % konnten als Einkommensmillionäre bezeichnet werden. Sie hatten einen Anteil an den Gesamteinkünften von 3,2 %. Er lag damit höher als der Anteil der rund 4 Mill. Steuerpflichtigen, die unter 12 000 DM jährlich verdienten.

Über das Aufkommen an Umsatzsteuer – als der Steuer mit der zweithöchsten Ertragskraft – liegen zuletzt Ergebnisse für das Jahr 1982 vor. Damals leisteten knapp 1,8 Mill. Steuerpflichtige (Umsatzsteuerpflichtige mit einem Jahresumsatz unter 20000 DM wurden nicht erfaßt) mit einem Gesamtumsatz von 3418 Mrd. DM Umsatzsteuervorauszahlungen in Höhe von 55,5 Mrd. DM. Von besonderer Bedeutung war der Bereich des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe, das knapp 17 % der Steuerpflichtigen stellte, aber 48 % des steuerbaren Umsatzes tätigte und 32 % der Steuervorauszahlungen des Jahres 1982 leistete.

Die Gesamtheit der Steuereinnahmen muß zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften so verteilt werden, daß sie die ihnen verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgaben



Tab. 7: Kassenmäßige Steuereinnahmen nach der Verteilung¹
1974 und 1984

Gegenstand der Nachweisung	Mill. DM	
	1974	1984
Nach Verteilung der Steuereinnahmen verbleiben		
dem Bund	119 412,5	198 864,5
den Ländern	83 347,3	143 871,8
Stadtstaaten (ohne Gemeindesteuern)	7 024,7	10 639,9
übrige Länder	76 322,7	133 232,0
den Gemeinden/Gemeindeverbänden	32 657,9	57 143,1
den Europäischen Gemeinschaften	2 761,0	14 735,2
Insgesamt	238 178,8	414 614,6

¹ Abweichungen gegenüber den Steuereinnahmen vor der Verteilung infolge zeitlicher Überschneidungen.

erfüllen können. Dabei legt das Grundgesetz fest, wem die Erträge bestimmter Steuern zufließen; für die Umsatzsteuer und die gemeindliche Beteiligung an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer wird durch Bundesgesetz geregelt, welche Teile dem Bund und den Ländern bzw. den Gemeinden zustehen. Darüber hinaus erhalten die Europäischen Gemeinschaften Anteile an den Zöllen und der Umsatzsteuer. Schließlich findet ein Finanzausgleich zwischen finanzstarken und finanzschwachen Bundesländern statt.

Von den Steuereinnahmen des Jahres 1984 (414,6 Mrd. DM) verblieb dem Bund nach der Verteilung knapp die Hälfte (48 %); die andere Hälfte mußten sich die Länder (35 %), die Gemeinden (14 %) und die EG (3 %) teilen.

11.4 Schulden der öffentlichen Haushalte

Die Finanzierung der Staatsausgaben wird außer durch Steuereinnahmen durch die Aufnahme von Krediten gesichert. Dies hat zu einer wachsenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte geführt.

Die Staatsschulden erhöhten sich von 17,9 Mrd. DM im Jahr 1950 über 123,2 Mrd. DM im Jahr 1970 auf 710,3 Mrd. DM im Jahr 1984. Allein 1981 nahm die öffentliche Hand etwa 74 Mrd. DM an Krediten netto (Schuldenaufnahme abzüglich Schuldentilgung) neu auf. Nach den Ergebnissen der jährlichen Schuldenstatistik ist in den Jahren 1982 bis 1984 die jährliche Nettoneuverschuldung allerdings zurückgegangen. Sie belief sich 1982 auf rund 73 Mrd. DM, 1983 auf rund 60 Mrd. DM und 1984 auf rund 45 Mrd. DM.

Die öffentlichen Schulden werden zum größten Teil über den Kreditmarkt, d. h. durch die Ausgabe von Wertpapieren (Anleihen, Schatzbriefe usw.) oder durch die Aufnahme von Darlehen bei inländischen Versicherungen, Banken, Bausparkassen u. ä. (einschließlich Sozialversicherungsträger) sowie im Ausland finanziert.

Die Schuldenlast der Gemeinden (ohne Schulden bei Verwaltungen), die 1970 noch über derjenigen der Länder und unter der des Bundes lag, hat sich bis 1983 auf das zweieinhalbfache erhöht, während die Schulden von Bund und Ländern sich jeweils etwa versiebenfacht haben. Der Schuldenstand lag Ende 1984 beim Bund (einschließlich Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) bei 372 Mrd. DM, 229 Mrd. DM an finanziellen Verpflichtungen waren bei den Ländern aufgelaufen, 101 Mrd. DM bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden und knapp 8 Mrd. DM bei den Zweckverbänden.

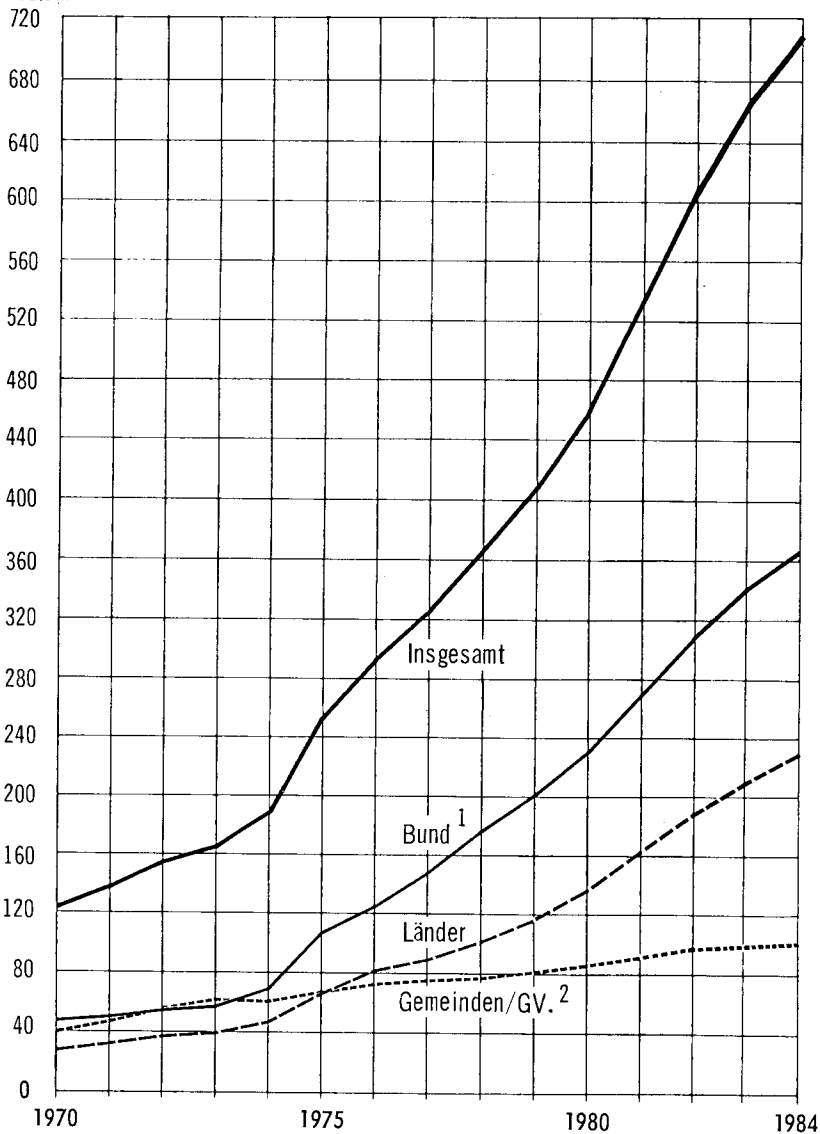
Vor diesem Hintergrund gewinnt die Diskussion über die Auswirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung ihre Aktualität. Nach dem Grundgesetz (Art. 115) darf die jährliche Kreditaufnahme des Bundes die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Gleichwohl ist auch bei Einhaltung dieses Grundsatzes zu beachten, daß zunehmende Verschuldung zu steigenden Zinszahlungen führt, die den Spielraum der Finanzpolitik einengen. Die Zinslast für die Staatsschulden lag z. B. 1974 bei 13 Mrd. DM jährlich, war 1978 auf 22 Mrd. DM gestiegen und betrug 1983 bereits 51 Mrd. DM. Mit wachsender öffentlicher Verschuldung verbindet sich die Gefahr, daß die öffentliche Nachfrage am Kreditmarkt private Kreditnachfrager verdrängt und damit die private Investitionstätigkeit hemmt. Andererseits können durch Kredite finanzierte Ausgaben des Staates in konjunkturschwachen Zeiten einen Ausgleich für die rückläufige Nachfrage in anderen Bereichen schaffen.

Tab. 8: Schulden der Gebietskörperschaften 1950 bis 1983
in Mill. DM

Stichtag	Fundierte Schulden	
	Schulden ohne Schulden bei Verwaltungen	darunter Schulden aus Kreditmarktmitteln
31. 3. 1950	17 877,1	876,4
31. 3. 1955	38 967,9	8 612,6
31. 12. 1960	51 892,2	21 197,2
31. 12. 1965	80 679,3	54 579,8
31. 12. 1970	123 173,5	100 520,0
31. 12. 1975	253 141,9	233 444,3
31. 12. 1980	460 885,7	443 515,7
31. 12. 1984	710 256,2	697 362,0

Abb. 3: Fundierte Schulden (ohne Schulden der Verwaltungen) 1970 bis 1984

Mrd. DM



¹ Ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds.

² Ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen.

11.5 Personal der öffentlichen Haushalte

Im öffentlichen Dienst waren 1983 4,5 Mill. Personen (ohne Soldaten) beschäftigt. Damit ist die öffentliche Hand der größte Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland. In seinen Diensten stand etwa jeder sechste Erwerbstätige bzw. jeder fünfte abhängig Beschäftigte. (Zu den Personalausgaben vgl. 11.2.)

Abb. 4 und Abb. 5 zeigen die Entwicklung des vollbeschäftigten Personals im öffentlichen Dienst seit 1966, aufgeschlüsselt nach Beschäftigungs- und Aufgabenbereichen. Sie machen deutlich, daß vor allem die Länder seit 1966 in großem Umfang neue Stellen geschaffen haben. Dies ist im wesentlichen auf den Ausbau des Bildungswesens zurückzuführen, das in die Zuständigkeit der Länder fällt.

Von 100 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiteten 1983 42 bei den Ländern, 27 bei den Gemeinden, 19 bei Bundespost und Bundesbahn, 7 bei Bundesbehörden. Im mittelbaren öffentlichen Dienst, also bei den Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und den Trägern der Zusatzversorgung des Bundes, der Länder und der Gemeinden, waren 5 von 100 der öffentlichen Bediensteten tätig.

Differenziert man nach Aufgabenbereichen, so lagen 1983 beim Bund die Schwerpunkte des Personaleinsatzes (Vollbeschäftigte) im Bereich der Verteidigungsverwaltung (55 %) sowie der politischen Führung und zentralen Verwaltung (einschließlich auswärtige Angelegenheiten, 22 %). Bei den Ländern standen die Bereiche Bildungswesen (47 %), politische Führung und zentrale Verwaltung (14 %), öffentliche Sicherheit und Ordnung

Abb. 4: Vollbeschäftigte des unmittelbaren öffentlichen Dienstes
1966 bis 1983 nach Beschäftigungsbereichen (1966 = 100)

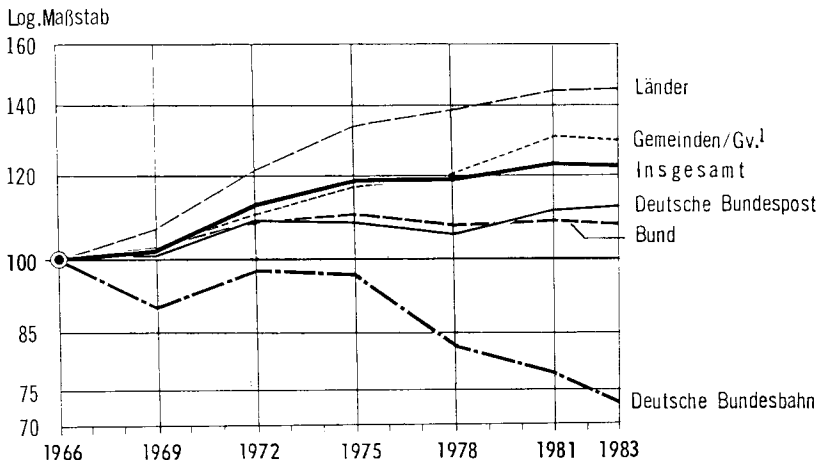
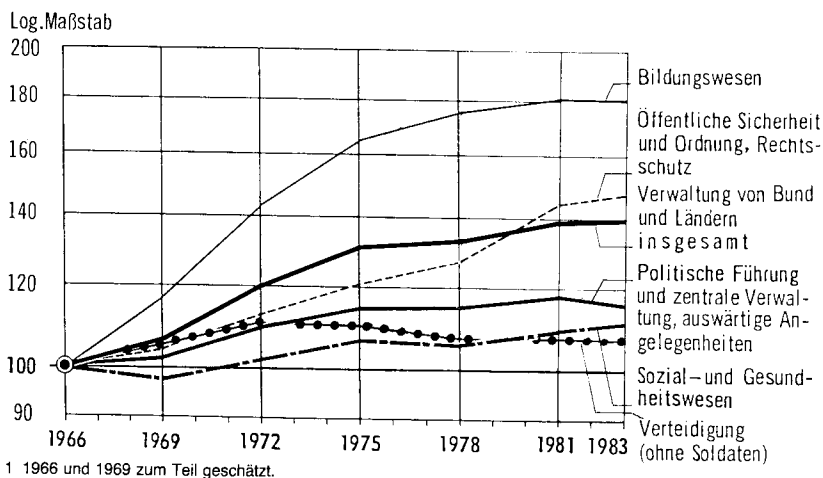


Abb. 5: Vollbeschäftigte der Verwaltung von Bund und Ländern
1966 bis 1983 nach Teilbereichen¹ (1966 = 100)



(13 %) sowie Rechtsschutz (8 %) im Vordergrund. Bei den Gemeinden waren in Krankenhäusern (22 %), in der allgemeinen Verwaltung (16 %), im Bau- und Wohnungswesen und im Verkehr (je 14 %) sowie an Schulen (einschließlich Kindergärten, 8 %) besonders viele Beschäftigte eingesetzt. Im Bereich soziale Sicherung waren weitere rund 8 % der Gemeindebediensteten tätig.

In der Aufgliederung nach Dienstverhältnissen wurden 1983 1,8 Mill. Beamte und Richter, 1,6 Mill. Angestellte und 1,1 Mill. Arbeiter gezählt. Von den insgesamt 4,5 Mill. Beschäftigten waren etwa 702 000 Teilzeitkräfte; ihr Anteil hat sich von 1980 bis 1983 leicht von 14 % auf 15,5 % erhöht. Bei den Beamten und Richtern betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten 6 %, bei den Angestellten 20 % und bei den Arbeitern 25 %.

Von den Mitarbeitern, die 1983 in den Lohn- und Gehaltslisten der öffentlichen Arbeitgeber geführt wurden, waren 1,8 Mill. oder 40 % Frauen. Im Vergleich zu 1966 wurden 700 000 Frauen mehr eingesetzt, während im gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Kollegen um 400 000 zunahm. Rund zwei Drittel der Frauen hatten einen Vollzeitarbeitsplatz, die übrigen übten eine Teilzeitbeschäftigung aus.

12 Gesamtwirtschaft im Überblick

12.1 Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Geschehens

In dieser Darstellung können die Rahmenbedingungen der Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland nicht im einzelnen erläutert werden. Für das Verständnis der Gesamtzusammenhänge ist es aber notwendig, zumindest die ordnungspolitischen Grundvorstellungen kurz zu umreißen.

Das Grundgesetz – als Basis der gesamten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland – legt sich auf kein bestimmtes Wirtschaftssystem fest, enthält aber eine Reihe normativer Bestimmungen, die als Rahmenbedingungen zu betrachten sind. Dazu zählen insbesondere die Garantie des Privateigentums sowie seine soziale Verpflichtung, die Gewerbefreiheit, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes, die Vereinigungsfreiheit und die Freizügigkeit. Weitere Grundsätze der Ordnungspolitik werden durch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (1957), das Stabilitätsgesetz (1967), das Kreditwesengesetz (1961), das Gesetz über die Deutsche Bundesbank (1957) sowie eine Reihe anderer Gesetze (z. B. Tarifvertragsgesetz, Gewerbeordnung usw.) konkretisiert.

Darüber hinaus wirken sich im wirtschaftlichen Geschehen Einflüsse der Sozialgesetzgebung und arbeitsrechtliche Regelungen (z. B. Mitbestimmung, Personalvertretungsrecht usw., vgl. 7.3) aus, aber auch der föderalistische Staatsaufbau sowie die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Regelungen der Sozialgesetzgebung beeinflussen nicht nur die Lebensverhältnisse des einzelnen, sondern auch die Ausgangssituation des Staates und der Sozialversicherungsträger sowie die Kostenrechnung der Unternehmen.

Die Dispositionen der Wirtschaftseinheiten werden nicht zuletzt von der Wirtschaftspolitik des Staates in Form der Steuer- und Ausgabenpolitik, der Regional- und Strukturpolitik sowie der Geldpolitik der Bundesbank beeinflusst.

Auf eine Kurzformel gebracht ergibt sich in der Bundesrepublik Deutschland das Bild einer Wirtschaftsordnung, die üblicherweise mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ charakterisiert wird und sich als eine Verbindung von „freier Marktwirtschaft“ und „rahmensicherndem, sozial abfederndem Staat“ (Rudolf Hickel) darstellt.

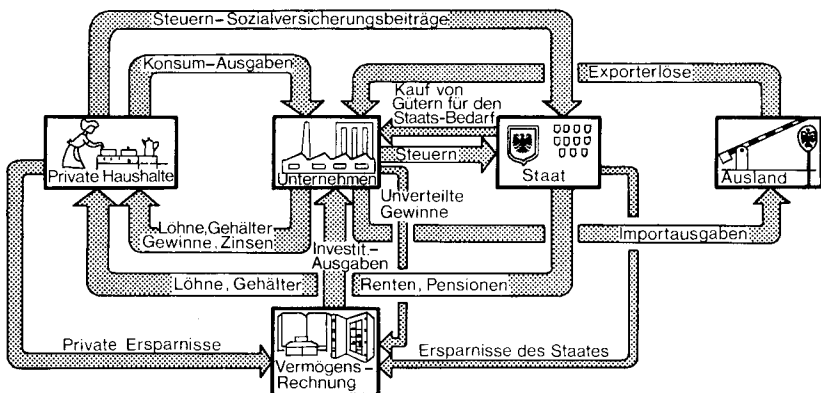
12.2 Einführung in die gesamtwirtschaftliche Darstellung

Eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftsstatistiken besteht darin, Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in einzelnen Bereichen und in der Gesamtwirtschaft zu

erfassen und damit die Daten zu liefern, die sowohl Grundlage als auch Kontrollinstrument wirtschaftspolitischer, aber auch unternehmerischer Entscheidungen sind. Neben staatlichen Stellen dient das Datenmaterial vor allem Forschungsinstituten, Hochschulen, Verbänden und Unternehmen zu Analyse- und Prognosezwecken.

Die umfassendsten Ergebnisse über das wirtschaftliche Geschehen liefern die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die statistisches Material aus nahezu allen Bereichen zu einem geschlossenen Gesamtbild zusammenfügen. Der Darstellung liegt der Kreislaufgedanke zugrunde. Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wird die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten in vier Sektoren zusammengefaßt, und zwar in Unternehmen, private Haushalte, Staat und Ausland. Die Transaktionen zwischen diesen Sektoren und zum Teil auch innerhalb der Sektoren werden als Ströme in der folgenden Abb. 1 dargestellt.

Abb. 1: Modell des Wirtschaftskreislaufs



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.), Ein Stück vom großen Kuchen, Bonn 1965, S. 2.

Am Sektor Unternehmen sei dieses „Strömungsdiagramm“ in stark vereinfachter Form erläutert: Von den privaten Haushalten fließen den Unternehmen die Ausgaben für Konsumgüter und Dienste zu, während umgekehrt Löhne, Gehälter, Gewinne und Zinsen von den Unternehmen an die Haushalte gezahlt werden. An den Staat entrichten die Unternehmen Steuern, während bei ihnen Einnahmen aus dem Verkauf von Gütern an den Staat eingehen. Vom Unternehmenssektor werden Güter aus dem Ausland importiert bzw. in das Ausland exportiert und entsprechend fließen Geldströme in entgegengesetzter Richtung.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gründen ihre Berechnungen auf ein verfeinertes Modell dieser Art. Sie sind als geschlossenes Kontensystem mit doppelter Verbuchung aller Vorgänge angelegt und umfassen daneben eine Reihe ergänzender Tabellen. Unter Auswertung von Ergebnissen aus nahezu allen statistischen Arbeitsbe-

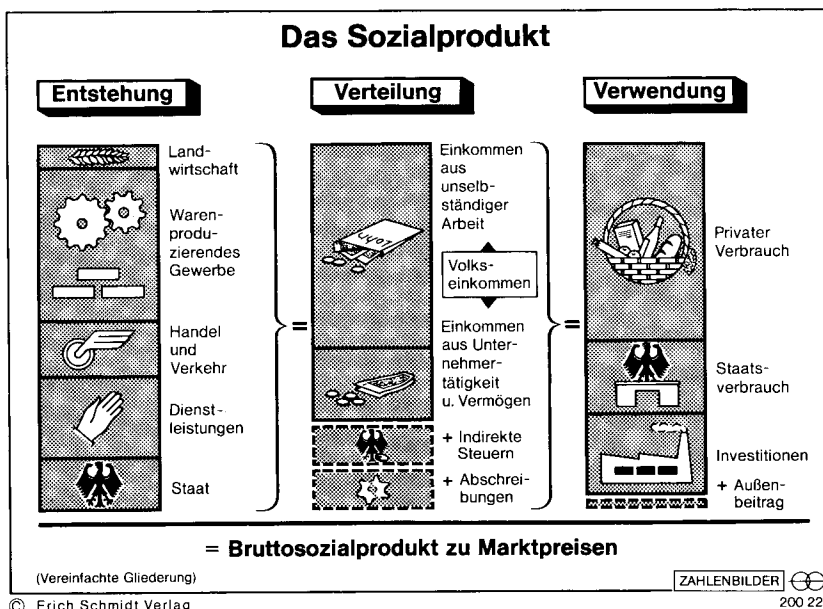
reichen wird in diesem Rahmen u. a. die gesamtwirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft quantifiziert. Sie kann unter drei verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden:

- Wo ist sie entstanden? Welche Beiträge haben die einzelnen Wirtschaftsbereiche zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis geleistet? (Entstehungsrechnung vgl. 12.2.2.)
- Wofür wurde das, was erarbeitet wurde, verwendet? Wurde es investiert, dem Verbrauch zugeführt oder exportiert? (Verwendungsrechnung vgl. 12.2.3.)
- Wie wurde das bei der Erarbeitung der gesamtwirtschaftlichen Leistung entstandene Einkommen verteilt? (Verteilungsrechnung vgl. 12.2.4.)

Als zentrale Größen werden in der Entstehungsrechnung die Bruttowertschöpfung und das Bruttoinlandsprodukt, in der Verwendungsrechnung das Bruttosozialprodukt (seltener das Nettosozialprodukt) und in der Verteilungsrechnung das Volkseinkommen nachgewiesen.

12.2.1 Entwicklung des Sozialprodukts

Das Bruttosozialprodukt, in dem alle von den Bewohnern eines Landes erbrachten wirtschaftlichen Leistungen zu einer Größe zusammengefaßt sind, war 1984 in der Bundesrepublik Deutschland mit 1750 Mrd. DM fast sechsmal so hoch wie 1960.



In der Bundesrepublik Deutschland wird das Sozialprodukt wie folgt definiert und berechnet:

- Verkäufe (Umsatz)
- + selbsterstellte Anlagen
- + Änderung der Vorräte
- = *Produktionswert*
- Vorleistungen (Produktionskosten)
- + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer
- = *Bruttowertschöpfung*
- + Einfuhrabgaben
- = *Bruttoinlandsprodukt*
- + Einkommen aus der übrigen Welt
- = *Bruttosozialprodukt* (zu Marktpreisen)
- Abschreibungen (Wertminderung des Anlagevermögens durch Verschleiß und Veralten)
- = *Nettosozialprodukt* (zu Marktpreisen)
- indirekte Steuern (z. B. Umsatz- und Getränkesteuer)
- + Subventionen (z. B. Mietzuschüsse)
- = *Volkseinkommen*

Legt man den Berechnungen die Preise des Jahres 1976 zugrunde, hat sich das Bruttosozialprodukt seit 1960 mehr als verdoppelt.

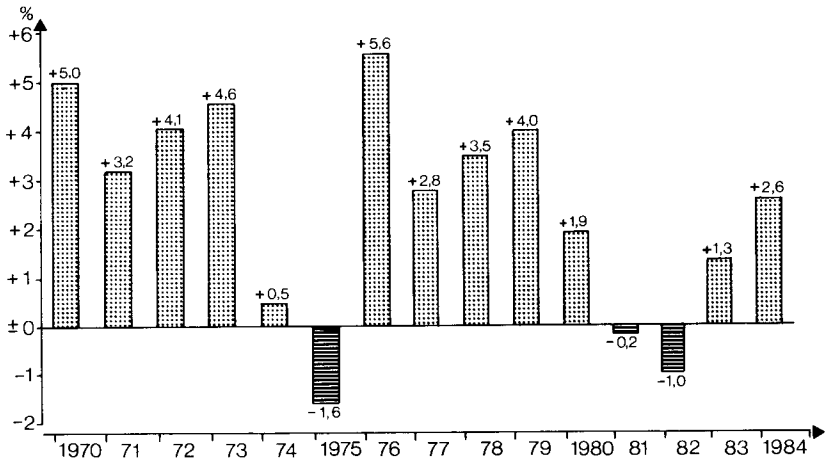
Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Entwicklung der (realen) gesamtwirtschaftlichen Leistung, als auch durch die allgemeine Preisentwicklung beeinflusst. Letztere wird bei der Berechnung in konstanten Preisen

Tab. 1: Bruttosozialprodukt 1960 bis 1984
in Mill. DM

Jahr	Bruttosozialprodukt	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1976
1960	303 000	613 400
1965	458 200	778 700
1970	675 700	957 500
1975	1 028 900	1 063 900
1980	1 485 700	1 265 500
1981	1 545 100	1 263 000
1982	1 599 900	1 250 000
1983	1 673 700	1 266 600
1984	1 750 000	1 299 700

ausgeschaltet, so daß die jährlichen Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts in konstanten Preisen auch als Maßstab des jährlichen Wirtschaftswachstums verwendet werden können.

Abb. 2: Wachstumsraten 1970 bis 1984¹



¹ Veränderungen des Bruttosozialprodukts in Preisen von 1976 gegenüber dem Vorjahr.

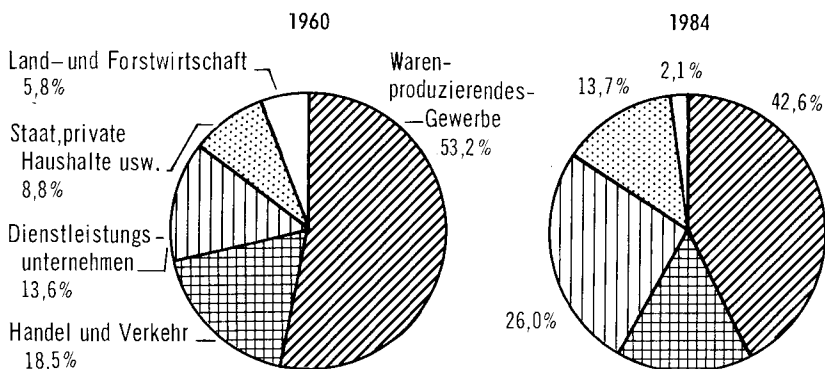
Abb. 2 verdeutlicht die Wachstumsentwicklung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten. In den meisten Jahren konnte das Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr erhöht werden, lediglich 1975, 1981 und 1982 war ein Rückgang zu verzeichnen.

12.2.2 Wirtschaftsstrukturen

Der Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zum Sozialprodukt läßt sich in etwa an ihrer Bruttowertschöpfung messen. Sie ist definiert als die Summe der von inländischen Wirtschaftseinheiten bzw. Wirtschaftsbereichen produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der von anderen Wirtschaftseinheiten bzw. von anderen Wirtschaftsbereichen bezogenen Vorleistungen (z. B. Rohstoffe, Vorprodukte, Handelsware, Reparaturleistungen usw.).

Ein Vergleich zeigt, daß das Warenproduzierende Gewerbe nach wie vor den größten Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung hat, wenn dieser seit 1960 auch beträchtlich zurückgegangen ist. Auffällig sind aber vor allem der starke Rückgang des Beitrags der Land- und Forstwirtschaft und die deutliche Erhöhung des Anteils der Dienstleistungsunternehmen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Hierin kommen die vielfältigen Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur zum Ausdruck, die sich während dieses Zeitraums vollzogen haben.

Abb. 3: Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Tab. 2: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche	Erwerbstätige				
	1950 ¹	1960	1970	1980	1984
	%				
Land- und Forstwirtschaft	24,6	13,7	8,5	5,5	5,5
Warenproduzierendes Gewerbe	42,9	47,9	48,9	44,2	41,5
Handel und Verkehr	15,6	18,3	17,9	18,9	18,8
Dienstleistungsunternehmen	6,7	9,1	11,0	13,6	14,7
Staat, private Haushalte	10,2	11,0	13,6	17,9	19,5
	Mill.				
Gesamtzahl der Erwerbstätigen	19,6	26,1	26,6	26,2	25,1

¹ Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).

Die Umstrukturierung läßt sich auch an den Veränderungen in der Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche ablesen.

Während 1960 noch nahezu jeder siebte Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft arbeitete, war es 1984 nur noch jeder achtzehnte. Umgekehrt waren 1960 erst knapp vierzig von hundert Berufstätigen im Dienstleistungsbereich (Dienstleistungsunternehmen, Handel und Verkehr, Staat, private Haushalte) beschäftigt, 1984 schon mehr als jeder zweite. Betrachtet man diese Entwicklung seit 1950, so sind die Veränderungen noch gravierender (vgl. Tab. 2).

Die Gründe für diesen Strukturwandel liegen vor allem darin, daß sowohl im landwirtschaftlichen Bereich als auch im Produzierenden Gewerbe große Produktivitätsfortschritt-

te erzielt werden konnten, während dies im Dienstleistungsbereich in wesentlich geringerem Umfang gelang. Ausgewirkt hat sich aber auch die Umschichtung der Nachfrage zugunsten der Dienstleistungen (Reisen, Mahlzeiten in Restaurants, Bankdienste, Versicherungen usw.).

Die in den Wirtschaftsbereichen stark unterschiedlichen Produktivitätsfortschritte zeigen sich besonders deutlich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten (vgl. Tab. 3). Um diese Größe zu ermitteln, wird die reale Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in Bezug gesetzt zur Zahl der Erwerbstätigen in den jeweiligen Wirtschaftsbereichen.

Während sich die Arbeitsproduktivität – gemessen an der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen je Erwerbstätigen – in der Land- und Forstwirtschaft von 1960 bis 1984 fast vervierfachte, konnte sie im Warenproduzierenden Gewerbe um 141 % sowie im Handel und Verkehr um 132 % gesteigert werden. Bei den Dienstleistungsunternehmen stieg sie dagegen nur um knapp drei Viertel, bei Staat und privaten Haushalten um 20 %.

Tab. 3: Bruttowertschöpfung in Preisen von 1976 je Erwerbstätigen
1970 = 100

Jahr	Land- und Forst- wirtschaft	Waren- produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungs- unter- nehmen	Staat, private Haushalte	Bruttowert- schöpfung insgesamt
1960	56	63	62	78	88	65
1970	100	100	100	100	100	100
1980	169	138	133	128	105	133
1984	207	152	144	135	106	143

Tab. 4: Kapitalstock, Kapitalkoeffizient und Kapitalintensität
alle Wirtschaftsbereiche

Jahr	Kapitalstock ¹ Mrd. DM	Kapitalkoeffizient ²	Kapitalintensität ³ 1 000 DM
1960	2 034	3,3	78,1
1970	3 567	3,7	134,3
1980	5 374	4,3	204,7
1984	6 061	4,7	241,4

1 Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1976.

2 Verhältnis Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976.

3 Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

Eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität beruht meist auf mehreren Einflußfaktoren. Neben einer rationelleren Arbeitsorganisation und wachsender Arbeitsintensität macht sich vor allem der technische Fortschritt mit einem zunehmenden Einsatz leistungsfähiger Maschinen und Anlagen bemerkbar. Die statistischen Zahlen belegen (vgl. Tab. 4), daß in allen Wirtschaftsbereichen verstärkt Kapital eingesetzt wurde.

12.2.3 Verwendung des Sozialprodukts

Die Verwendungsrechnung als zweite Säule der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gibt in erster Linie Aufschluß darüber, welche Anteile am Sozialprodukt produktiv, also für Investitionen, eingesetzt und welche Anteile im privaten oder staatlichen Bereich verbraucht werden. Insbesondere der Umfang der Investitionstätigkeit ist für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung – und zwar sowohl in kurzfristiger (konjunktureller) als auch in langfristiger (struktureller) Sicht.

Tab. 5 zeigt, daß 1984 der größte Teil des Bruttosozialprodukts (rund 56 %) für den privaten Verbrauch, d. h. den Kauf von Waren und Dienstleistungen für den Konsum (inländischer) privater Haushalte, verwendet wurde. Etwa ein Fünftel des Sozialprodukts wurde für Investitionen ausgegeben, erhöhte also den Bestand an Produktionsanlagen bzw. die Vorräte der Unternehmen und des Staates. Ein weiteres Fünftel wurde dem Staatsverbrauch zugeführt, der die Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen (z. B. Sicherheits-, Unterrichts-, allgemeine Verwaltungsleistungen, Gesundheitsbetreuung) umfaßt, soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Der Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr, der sogenannte Außenbeitrag, war 1984 mit 2,8 % positiv.

Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg, fällt in erster Linie die deutliche Erhöhung des Anteils des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt von 13 % (1960) auf 20 % (1984) sowie der Rückgang der Bruttoinvestitionen von 27 % (1960) auf 21 % (1984) auf.

Tab. 5: Verwendung des Bruttosozialprodukts in jeweiligen Preisen

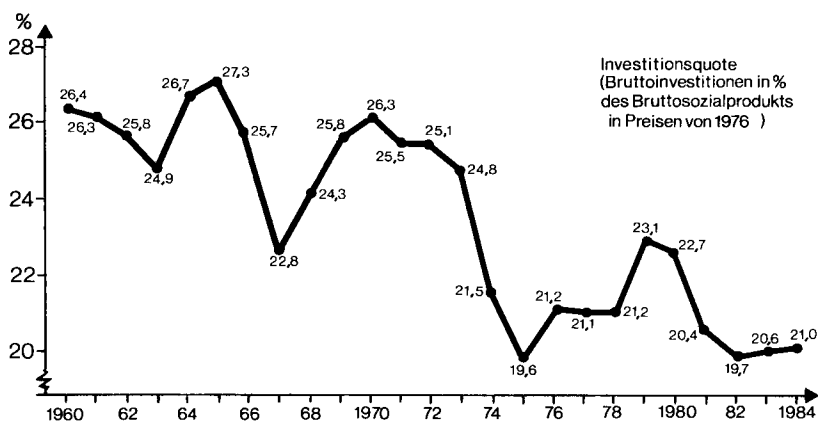
Jahr	Brutto- sozial- produkt Mill. DM	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		in % des Bruttosozialprodukts			
1960	303 000	56,7	13,3	27,3	2,6
1970	675 700	54,6	15,8	27,6	2,1
1980	1 485 700	56,1	20,1	24,0	− 0,2
1981	1 545 100	56,9	20,6	21,6	1,0
1982	1 599 900	56,9	20,4	20,4	2,4
1983	1 673 700	56,6	20,1	21,0	2,3
1984	1 750 000	55,9	20,0	21,3	2,8

Tab. 6: Verwendung des Bruttosozialprodukts
in Preisen von 1976

Jahr	Brutto- sozial- produkt Mill. DM	Privater Verbrauch	Staats- verbrauch	Brutto- investitionen	Außen- beitrag
		in % des Bruttosozialprodukts			
1960	613 400	52,0	18,6	26,4	3,1
1970	957 500	54,4	18,4	26,3	1,0
1980	1 265 500	56,3	19,6	22,7	1,4
1981	1 263 000	56,1	19,9	20,4	3,7
1982	1 250 000	55,9	19,9	19,6	4,6
1983	1 266 600	55,8	19,7	20,6	4,0
1984	1 299 700	54,7	19,6	21,0	4,8

Eliminiert man auch in der Verwendungsrechnung die Preissteigerungen, legt also den Berechnungen für den gesamten Zeitraum die Preise von 1976 zugrunde, stellen sich die Entwicklungen anders dar. Der Anteil des Staatsverbrauchs ist in dieser Betrachtungsweise nur geringfügig gestiegen, während beim Anteil des privaten Verbrauchs statt eines leichten Rückgangs ein Anstieg zu verzeichnen war. Diese unterschiedlichen Entwicklungen sind dadurch zu erklären, daß die Preisentwicklung des Staatsverbrauchs wesentlich durch die Lohn- und Gehaltssteigerungen der beim Staat Beschäftigten bestimmt wird, die im allgemeinen höher waren als die Preissteigerungen der Güter des privaten Verbrauchs.

Abb. 4: Entwicklung der Investitionsquote 1960 bis 1984



Der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt war 1984 sowohl nominal (in jeweiligen Preisen) als auch real (in konstanten Preisen) kleiner als 1960. Gerade bei den Bruttoinvestitionen liegt den in *Tab. 6* angegebenen Werten aber keine kontinuierliche Entwicklung zugrunde; vielmehr schwankte der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt, die sogenannte Investitionsquote, zwischen 27,3 % im Jahr 1965 und 19,6 % im Jahr 1975 (vgl. *Abb. 4*). Hier wirken sich überwiegend konjunkturelle Einflüsse aus.

Betrachtet man nicht den langfristigen Trend, sondern die Entwicklung seit 1980, so ist festzustellen, daß der Anteil des privaten Verbrauchs und zeitweise auch der Anteil der Bruttoinvestitionen zurückgegangen sind, und daß diesem Rückgang ein gestiegener Außenbeitrag gegenübersteht (bei konstantem Anteil des Staatsverbrauchs).

12.2.4 Verteilung des Volkseinkommens

Neben der Entstehung und der Verwendung des Sozialprodukts ist als dritter Aspekt die Verteilung der entstandenen Einkommen von Interesse. Das Volkseinkommen erreichte 1984 einen Wert von 1 341 Mrd. DM, das waren rund 21 915 DM je Einwohner bzw. 53 258 DM je Erwerbstätigen.

Von dem für 1984 ermittelten Volkseinkommen entfielen 71 % auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und 29 % auf die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist anzumerken, daß zu den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen neben den Unternehmenseinkommen (Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit, Personengesellschaften, Einzelunternehmen einschließlich Landwirte, Freie Berufe usw.) auch die Vermögenseinkommen *aller* Bevölkerungsgruppen (also z. B. auch die Zinsen aus dem Sparguthaben eines Kindes, aus dem Wertpapierbesitz eines Rentners oder die Dividenden aus den Aktien im Besitz eines Arbeitnehmers) rechnen. Außerdem ist zu beachten, daß das Bruttoeinkom-

Tab. 7: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Bruttoeinkommen aus Unternehmer- tätigkeit und Vermögen
	Mill. DM	in % des Volkseinkommens	
1960	240 110	60,1	39,9
1970	530 400	68,0	32,0
1980	1 149 380	73,3	26,7
1981	1 187 780	74,2	25,8
1982	1 227 020	73,4	26,6
1983	1 280 580	71,8	28,2
1984	1 340 660	70,6	29,4

men aus unselbständiger Arbeit die gesamten Sozialbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) sowie die Lohnsteuern der Arbeitnehmer einschließt.

Seit 1960 haben sich in der Verteilung des Volkseinkommens deutliche Verschiebungen ergeben. Damals entfielen erst 60 % des Volkseinkommens auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit, dafür aber 40 % auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Den höchsten Anteil am Volkseinkommen hatten die Einkommen aus unselbständiger Arbeit 1981 (74 %); seither ist ihr Anteil wieder zurückgegangen, während entsprechend der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen von knapp 26 % (1981) auf über 29 % (1984) stieg.

Bei der Interpretation dieser Entwicklung muß u. a. berücksichtigt werden, daß sich die Zahl der Selbständigen (einschließlich mithelfende Familienangehörige) von 6,0 Millionen im Jahr 1960 auf 3,3 Millionen im Jahr 1981 und auf 3,2 Millionen 1984 verringert hat. Zugleich erhöhte sich die Zahl der abhängig Beschäftigten von 20,3 Millionen (1960) auf 22,8 Millionen (1981) und sank dann auf 21,9 Millionen (1984).

Vom gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entfielen 1984 19,3 % auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, 25,9 % auf die Lohnsteuer sowie auf die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer. Die Summe der Nettolöhne und -gehälter betrug somit 54,8 % des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bzw. etwa 68 % der Bruttolohn- und -gehaltssumme.

Die Belastung der Arbeitnehmereinkommen durch Lohnsteuer und Sozialabgaben lag also 1984 durchschnittlich bei ungefähr 32 %, gegenüber 29,5 % 1980, 22,5 % 1970 und knapp 16 % 1960.

Tab. 8: Volkseinkommen je Einwohner
je Erwerbstätigen bzw. je beschäftigten Arbeitnehmer in DM

Jahr	Volkseinkommen		Bruttoein- kommen aus unselbstän- diger Arbeit	Bruttolohn- und -gehalt- summe	Nettolohn- und -gehalt- summe
	je Ein- wohner	je Erwerbs- tätigen			
	je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer				
1960	4 332	9 148	7 128	6 148	5 178
1970	8 745	19 889	16 211	13 841	10 726
1980	18 669	43 699	36 633	29 922	21 096
1984	21 915	53 258	43 155	34 824	23 654
Steigerung 1984 gegenüber 1960 in %	406	482	505	466	357

Tab. 9: Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit
in Mill. DM

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1984
Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	144 390	360 640	842 050	947 000
✗ Sozialbeiträge der Arbeitgeber	19 850	52 740	154 260	182 820
= Bruttolohn- und -gehaltsumme	124 540	307 900	687 790	764 180
✗ Lohnsteuer	7 910	36 300	112 050	134 800
✗ Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	11 740	33 000	90 820	110 320
= Nettolohn- und -gehaltsumme	104 890	238 600	484 920	519 060

Sowohl die Einkommen aus unselbständiger Arbeit als auch die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (mit Ausnahme der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen und der Vermögenseinkommen des Staates) fließen den privaten Haushalten zu. Von dieser Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen müssen – wie bereits erwähnt – (direkte) Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden, die jedoch zumindest teilweise in Form von sozialen Leistungen und anderen Übertragungen den Haushalten wieder zugute kommen. Erst die Einkommen, die sich nach dieser Umverteilung ergeben, stehen zur freien Verfügung der Haushalte und können für den privaten Verbrauch bzw. die Ersparnis verwendet werden.

1984 flossen 88,5 % der verfügbaren Einkommen in den privaten Verbrauch, 11,5 % wurden gespart. 1960 hatte die Sparquote der privaten Haushalte bei knapp 9 %, 1970 bei 14 % gelegen.

Tab. 10: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
nach der Umverteilung

Jahr	Verfügbares Einkommen nach der Umverteilung		
	Insgesamt	davon Verwendung für	
		privaten Verbrauch	Ersparnis
	Mill. DM	%	
1960	187 960	91,4	8,6
1970	427 970	86,2	13,8
1980	956 970	87,2	12,8
1984	1 105 070	88,5	11,5

12.3 Außenwirtschaft

12.3.1 Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Verflechtungen

Welche Bedeutung den außenwirtschaftlichen Verflechtungen zukommt, wird u. a. dadurch deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland – nach den USA – den zweithöchsten Außenhandelsumsatz der Welt hat. Allerdings ist die Entwicklung des Außenhandels nur ein Aspekt der außenwirtschaftlichen Zusammenhänge. Wichtig sind auch die Entwicklung der Wechselkurse und der Zinssätze, die u. a. zu Bewegungen auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie zu Preisänderungen am Weltmarkt führen, der Reiseverkehr ins Ausland, der ebenso wie der Import von Gütern den Abfluß von Devisen verursacht, und schließlich die Einbindung in internationale Organisationen mit ihren finanziellen Verpflichtungen, z. B. gegenüber der EG, dem Weltwährungsfonds, den Entwicklungsländern.

12.3.2 Außenhandel

Über den Außenhandel liefert die amtliche Statistik detaillierte Angaben, nicht nur hinsichtlich Umfang und Handelspartnern, sondern auch bezüglich der Waren, die ein- bzw. ausgeführt werden.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gilt als „exportabhängig“. In hohem Maße ist sie aber auch auf Importe (z. B. Erdöl- und Rohstoffeinfuhr) angewiesen. Dies zeigt sich z. B. darin, daß die Relation zwischen Wareneinfuhr und Bruttosozialprodukt 1984

Tab. 11: Entwicklung von Wareneinfuhr und Warenausfuhr

Jahr	Einfuhr ¹	Ausfuhr ¹	Brutto- sozialprodukt	Einfuhr ¹	Ausfuhr ¹
	Mrd. DM			% des Bruttosozialproduktes	
1960	42,7	47,9	303,0	14,1	15,8
1965	70,4	71,7	458,2	15,4	15,6
1970	109,6	125,3	675,7	16,2	18,5
1975	184,3	221,6	1 028,9	17,9	21,5
1980	341,4	350,3	1 485,7	23,0	23,6
1981	369,2	396,9	1 545,1	23,9	25,7
1982	376,5	427,7	1 599,9	23,5	26,7
1983	390,2	432,3	1 673,7	23,3	25,8
1984	434,3	488,2	1 750,0	24,8	27,9

1 Spezialhandel entsprechend der Außenhandelsstatistik.

24,8 %, das Verhältnis zwischen Warenausfuhr und Bruttosozialprodukt 27,9 % betrug. Insgesamt wurden 1984 Waren im Wert von 434,3 Mrd. DM ein- und im Wert von 488,2 Mrd. DM ausgeführt.

Die wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland sind die industrialisierten westlichen Länder, mit denen 1984 78 % der deutschen Wareneinfuhren und 81 % der Warenausfuhren getätigt wurden. Besonderes Gewicht hat dabei der Handel mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaften.

In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten hat der Handel (gemessen am Außenhandelsumsatz = Einfuhr + Ausfuhr) mit den EG-Ländern, den Staatshandelsländern in Europa und Asien und den OPEC-Ländern an Bedeutung gewonnen, während der Anteil des Handels mit den westlichen industrialisierten Ländern (ohne EG) und den Entwicklungsländern (ohne OPEC) zurückgegangen ist.

Für die Beurteilung von Handelsbeziehungen zu den einzelnen Ländergruppen ist auch der „Außenhandelsaldo“ (Wert der Ausfuhr abzüglich Wert der Einfuhr von Waren) von Interesse. Dabei ergibt sich im einzelnen ein differenziertes Bild. Im Warenverkehr mit den EG-Ländern, den industrialisierten westlichen Ländern in Europa, den OPEC-Ländern, den asiatischen Staatshandelsländern, den USA und Kanada wurden 1984 Ausfuhrüberschüsse erzielt, während aus den Entwicklungsländern (ohne OPEC), den übrigen industrialisierten westlichen Ländern (darunter insbesondere Japan) und den Staatshandelsländern in Europa mehr Waren in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt als in diese Länder ausgeführt wurden.

Innerhalb der einzelnen Ländergruppen ergeben sich erhebliche Unterschiede; so wurden beispielsweise 1984 nach Frankreich Waren im Wert von 61,3 Mrd. DM exportiert und nur Waren im Wert von 45,8 Mrd. DM eingeführt, und umgekehrt überstieg die Einfuhr aus den Niederlanden (53,0 Mrd. DM), die Ausfuhr nach dort um etwa 11 Mrd. DM, um nur die beiden Handelspartner zu nennen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland die größten Außenhandelsumsätze tätigt. Ein mit 15,7 Mrd. DM besonders hoher Ausfuhrüberschuß wurde 1984 auch im Handel mit den USA erzielt. Dies ist vor allem auf die konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten und auf die Entwicklung des Dollar-Kurses zurückzuführen. Zu Beginn der achtziger Jahre hatten die Importe die Exporte noch überstiegen (wie zuvor bereits in den fünfziger und sechziger Jahren).

Fragt man nach dem Einfluß von Überschüssen oder Defiziten auf das binnenwirtschaftliche Geschehen, so ist zu beachten, daß den Güterströmen gegenläufige Geldströme entsprechen. Zur Bezahlung der gekauften Waren und Dienstleistungen kann nur in wenigen Fällen die einheimische Währung verwendet werden. In der Regel benötigt man Devisen, vereinfacht gesprochen: Währung der Länder, in denen man einkauft, bzw. dritter Länder, auf deren Währung sich die Handelspartner als Zahlungsmittel geeinigt haben.

Wird ebensoviel exportiert wie importiert, können die gekauften Güter mit den Devisen bezahlt werden, die für die verkauften Güter eingegangen sind. Wird dagegen mehr eins ausgeführt, vermindern sich die Devisenreserven des jeweiligen Landes; auf lange

Abb. 5: Außenhandel nach Ländergruppen

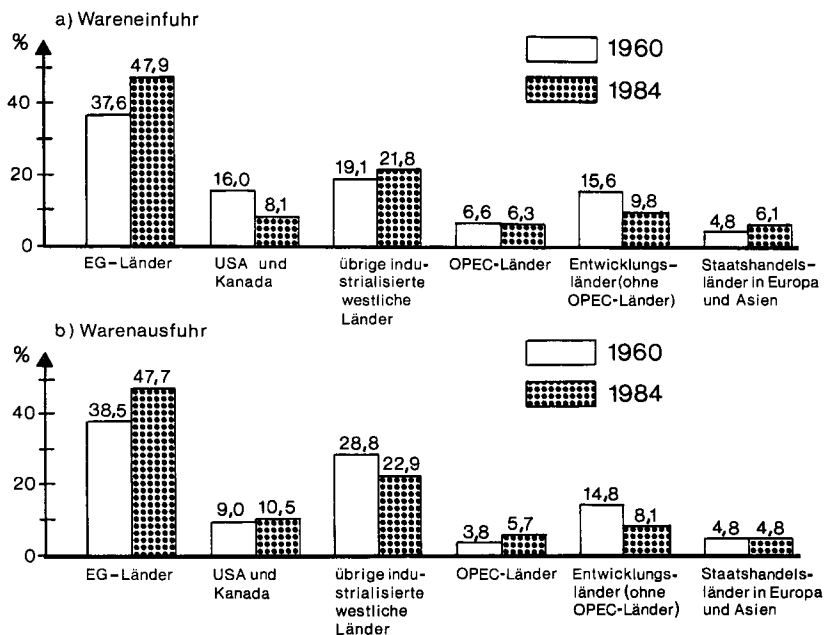
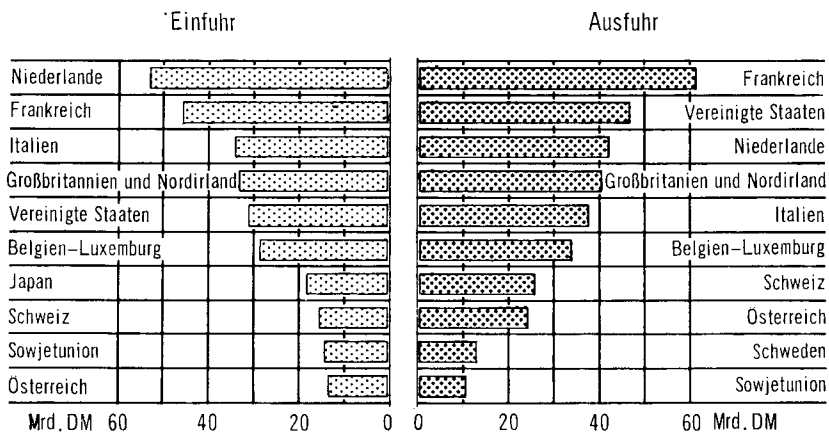


Abb. 6: Die größten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland 1984 in Mrd. DM



Frist gesehen schmelzen sie ganz zusammen und das entsprechende Land ist gezwungen, sich mehr und mehr gegenüber anderen Ländern zu verschulden (in dieser Position befinden sich heute beispielsweise viele Entwicklungsländer).

Außenhandelsdefizite einzelner Staaten sind Exportüberschüsse anderer Staaten. Aber nicht nur für Defizitländer, auch für Überschußländer entstehen Probleme. Ein Exportüberschuß bedeutet – am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland erläutert – nichts anderes, als daß ein Teil der im Inland produzierten Güter ins Ausland fließt, ohne daß dafür andere Güter importiert werden. Die Personen aber, die diese Güter hergestellt und gehandelt haben, werden für ihre Leistung in DM bezahlt; sie können auf dem deutschen Markt Güter nachfragen, ohne daß sie zum inländischen Angebot beigetragen haben. Diese Nachfrage, der kein entsprechendes Güterangebot gegenübersteht, kann die Preise in die Höhe treiben.

Zunehmende Verschuldung auf der einen Seite, Preissteigerungen auf der anderen – dies sind nur zwei Auswirkungen anhaltender Außenhandelsungleichgewichte. Insofern wird verständlich, warum das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht“ zu den Hauptzielen der Wirtschaftspolitik gehört.

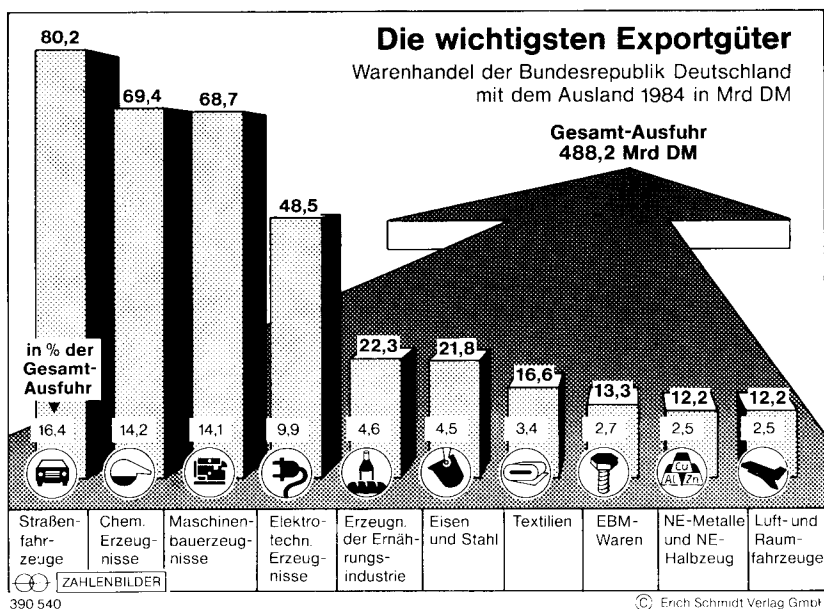
Neben der Information über die Verbrauchs-/Bestimmungsländer der Ausfuhr und die Herstellungs-/Ursprungsländer der Einfuhr ist die warenmäßige Aufschlüsselung der Exporte und Importe für die Durchleuchtung der Verflechtungen im Außenhandel von großer Bedeutung.

Tab. 12: Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen
in Prozent

Gegenstand der Nachweisung	Einfuhr				Ausfuhr			
	1960	1970	1980	1983	1960	1970	1980	1983
Ernährungswirtschaft	26,3	19,1	12,7	12,9	2,3	3,5	5,3	5,5
Gewerbliche Wirtschaft	72,7	79,6	86,0	85,5	97,4	95,9	94,0	93,9
davon:								
Rohstoffe	21,7	13,5	17,3	13,4	4,6	2,5	1,9	1,7
Halbwaren	18,9	16,1	17,6	18,7	10,4	7,6	8,7	7,9
Fertigwaren	32,2	50,0	51,2	53,4	82,4	85,8	83,4	84,3

Aus Tab. 12 wird deutlich, daß Ein- und Ausfuhr unterschiedlich strukturiert sind und daß sich die Zusammensetzung der Warenströme im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahrzehnte verändert hat.

Das Schwergewicht der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland liegt eindeutig bei den Fertigwaren mit einem nahezu gleichbleibenden Anteil von über 80 % an der Gesamtausfuhr. Der Anteil dieser Waren an der Einfuhr ist von etwa einem Drittel im Jahr 1960 auf



über die Hälfte der 1983 insgesamt eingeführten Waren gestiegen. Die Güter der Ernährungswirtschaft (z. B. Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs, Genußmittel) machten 1960 rund ein Viertel der Einfuhr aus, 1983 nur noch etwa 13 %. Trotz dieses relativen Rückgangs ist die Einfuhr dieser Güter nach wie vor von größerem Gewicht als die Ausfuhr, die von 1960 bis 1983 leicht zugenommen hat. Aus Tab. 12 wird auch die relativ geringe Bedeutung der Ausfuhr von Rohstoffen gegenüber ihrer Einfuhr

Tab. 13: Index der Ein- und Ausfuhrpreise
1980 = 100

Jahr	Index der Einfuhrpreise	Index der Ausfuhrpreise
1960	52,4	54,1
1965	53,1	56,7
1970	52,8	61,4
1975	75,1	83,7
1980	100	100
1981	113,6	105,8
1982	116,2	110,4
1983	115,8	112,3
1984	122,8	116,2

deutlich. Dies gilt obwohl der Anteil der Rohstoffeinfuhr an der Gesamteinfuhr zwischen 1980 und 1983 deutlich zuruckgegangen ist.

Ein wichtiger Aspekt zur Beurteilung des AuBenhandelsumfangs und der Austauschverhaeltnisse ist die Entwicklung der Ein- und Ausfuhrpreise. Steigen beispielsweise die Ausfuhrpreise schneller als die Einfuhrpreise, bedeutet dies, daB man fuer eine bestimmte Menge ausgefuhrter Gueter einen hoeheren Erloes erhaelt und dafuer mehr Gueter im Ausland einkaufen kann als zuvor.

Bei den Ausfuhrpreisen ist seit 1960 eine nahezu durchgehende Aufwaertsentwicklung festzustellen, waehrend bei den Einfuhrpreisen Preisausschlaege nach beiden Seiten zu verzeichnen waren, wobei jedoch die Preissteigerungen gegenueber den Preisrueckgaengen langfristig ueberwogen und sogar die Preissteigerungen bei den Ausfuhrpreisen uebertrafen.

Ursache fuer diese Entwicklung ist im wesentlichen die unterschiedliche Warenstruktur der Ein- und Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. Bei den Importen sind Rohstoffe und Gueter der Ernährungswirtschaft, die besonders hoeufig staerkere Preisschwankungen unterliegen, von groeBerer Bedeutung als bei den Exporten.

12.3.3 Zahlungsbilanz

Um das Bild der auBenwirtschaftlichen Verflechtungen zu vervollstaendigen, muess der Handelsbilanz mit dem Nachweis der Warenein- und -ausfuhr die Dienstleistungs- und uebertragungsbilanz sowie die Kapitalbilanz gegenuebergestellt werden. Dies geschieht in der Zahlungsbilanz, die die Salden (ueberschuesse oder Defizite) dieser Teilbilanzen zusammenfaesst. In der folgenden uebersicht sind vereinfacht die Zusammenhaenge zwischen den einzelnen Bilanzen dargestellt:

Saldo der Handelsbilanz (= Warenexporte \times Warenimporte)

+ Saldo der Dienstleistungsbilanz (= Exporte \times Importe von Dienstleistungen)

+ Saldo der uebertragungsbilanz (= uebertragungen aus dem Ausland \times uebertragungen an das Ausland, z. B. Zahlungen an die EG, ueberweisungen der Gastarbeiter in ihre Heimatlaender u. a.)

= *Saldo der Leistungsbilanz*

Saldo des kurz- und langfristigen Kapitalverkehrs (= Kapitalimporte \times Kapitalexporte)

+ Zu- bzw. Abnahme der Nettoauslandsaktiva der Deutschen Bundesbank (im wesentlichen Gold, Devisen)

+ Ausgleichsposten zur Auslandsposition der Deutschen Bundesbank (z. B. Neubewertung der Devisenbestaende)

= *Saldo der Kapitalbilanz*

Saldo der Leistungsbilanz = Saldo der Kapitalbilanz (\pm ungeklaerte Betraege)

Tab. 14: Saldo der Leistungsbilanz
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Leistungsbilanz			
	Insgesamt	Waren- verkehr	Dienstleistungs- verkehr	Über- tragungen
1960	+ 4 783	+ 8 447	– 176	– 3 488
1965	– 6 223	+ 5 200	– 5 046	– 6 377
1970	+ 3 183	+ 20 820	– 7 878	– 9 759
1975	+ 9 932	+ 43 331	– 15 520	– 17 879
1980	– 28 617	+ 18 886	– 23 005	– 24 499
1984	+ 17 744	+ 65 991	– 16 701	– 31 346

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Aus der Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Tab. 14) geht hervor, daß den Außenhandelsüberschüssen Defizite beim Dienstleistungsverkehr, hauptsächlich verursacht durch die Reisefreudigkeit der Deutschen, und bei den Übertragungen gegenüberstehen.

Tab. 15: Saldo der Kapitalbilanz
in Mill. DM

Jahr	Saldo der Kapitalbilanz					Ungeklärte Beträge
	Insgesamt	Kurzfristiger Kapital- verkehr	Langfristiger Kapital- verkehr	Veränderung der Netto- auslands- aktiva der Deutschen Bundesbank	Ausgleichs- posten zur Auslands- position der Deutschen Bundesbank	
1960	+ 6 747	– 1 353	+ 81	+ 8 019	–	–1 964
1965	– 3 425	– 1 005	– 1 137	– 1 283	–	–2 798
1970	+ 6 799	– 16 047	+ 934	+ 22 650	– 738	–3 616
1975	+ 11 062	– 4 949	+ 18 231	+ 3 260	– 5 480	–1 131
1980	– 31 982	+ 1 582	– 5 671	– 25 730	– 2 164	+ 3 366
1984	+ 26 397	+ 15 966	+ 13 530	– 981	– 2 118	– 8 652

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Anders als in der Leistungsbilanz lassen sich in der Kapitalbilanz (*Tab. 15*) keine eindeutigen Tendenzen feststellen. Bei allen Einzelpositionen sind in den Jahren seit 1960 sowohl Überschüsse als auch Defizite (bzw. Zu- und Abnahmen) zu verzeichnen.

Der Saldo der Kapitalbilanz – bereinigt um die „ungeklärten Beträge“ – entspricht dem Saldo der Leistungsbilanz. Hier wird offenbar, daß den Leistungstransaktionen in Form des Waren- und Dienstleistungsverkehrs und der Übertragungen entsprechende finanzielle Transaktionen gegenüberstehen müssen. Sofern die Überschüsse bzw. Defizite in der Leistungsbilanz nicht durch Gegenbewegungen im Kapitalverkehr ausgeglichen werden, verändern sich die Auslandsaktiva der Bundesbank (Gold, Devisen usw.) entsprechend.

13 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

13.1 Bedeutung des primären Sektors

Mit der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Ernährung erbringt die Agrarwirtschaft eine bedeutsame Leistung. Über 80 % des Nahrungsbedarfs können in der Bundesrepublik aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dennoch ist der Anteil der Landwirtschaft an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung (Bruttowertschöpfung) mit 2,2 % außerordentlich gering. Auch für die Beschäftigung spielt die Landwirtschaft nur eine untergeordnete Rolle. Während um die Jahrhundertwende noch gut jeder dritte Erwerbstätige und 1950 immerhin rund jeder vierte in diesem Bereich tätig war, ist es gegenwärtig nur noch etwa jeder zwanzigste.

In diesen Zahlen kommt zum Ausdruck, daß sich in der Landwirtschaft seit Jahren ein tiefgreifender Wandel der Produktionsstrukturen vollzieht, der hinsichtlich seiner Ausmaße und Auswirkungen ohne Beispiel ist. Er war begleitet von der Integration dieses Wirtschaftsbereichs in den gemeinsamen Agrarmarkt der Europäischen Gemeinschaften.

Tab. 1: Wichtige Eckdaten über die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft 1983

Landwirtschaftlich genutzte Fläche	12,1 Mill. Hektar = 50 % der Fläche des Bundesgebietes
Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,4 Mill. = 5,4 % aller Erwerbstätigen
Bruttowertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	34,0 Mrd. DM = 2,2 % der gesamten Bruttowertschöpfung
Selbstversorgungsgrad der Bundesrepublik Deutschland (Anteil der Inlandsproduktion am Verbrauch pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse, ohne Auslandsfuttermittel)	79 % ¹

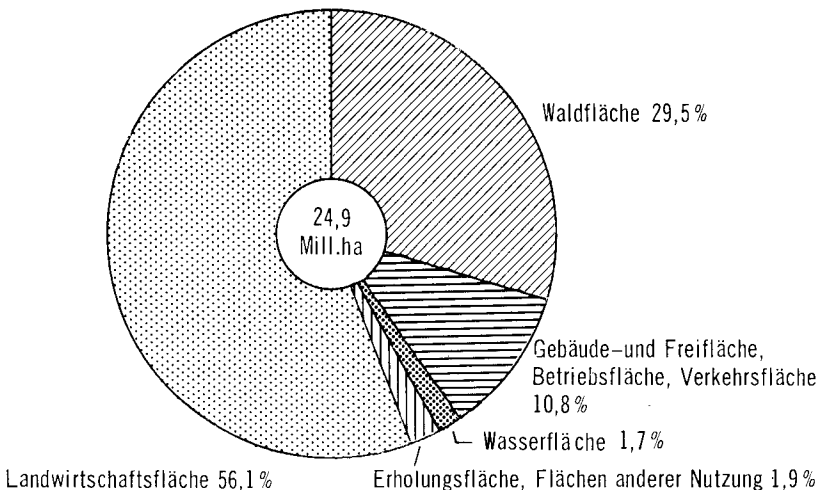
¹ 1983/84.

13.2 Bodennutzung

Der Boden bildet die Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion. Betrachtet man die Veränderung der Flächennutzung in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitablauf, so wird deutlich, daß Wohn-, Wirtschafts- und Verkehrszwecke immer mehr Boden beanspruchen. Diese Entwicklung vollzieht sich überwiegend zu Lasten der Landwirtschaft. Dennoch befindet sich immer noch rund die Hälfte der Gesamtfläche des Bundesgebietes von 24,9 Mill. Hektar in landwirtschaftlicher Nutzung. 60 % davon sind Ackerland, knapp 2 % als Sonderkultur angelegt (Obstanlagen, Rebland, Gartenland usw.), und der Rest wird als Grünland genutzt.

Die Waldfläche nimmt annähernd 30 % der Gesamtfläche ein. Sie hat in den letzten drei Jahrzehnten – besonders durch Aufforstungen außerhalb der Ballungsräume und in Regionen mit wenig ertragreichen Böden – sogar zugenommen. Unter den Bundesländern hat Hessen mit 39,5 % den höchsten Waldanteil.

Abb. 1: Gesamtfläche 1981 nach Nutzungsarten

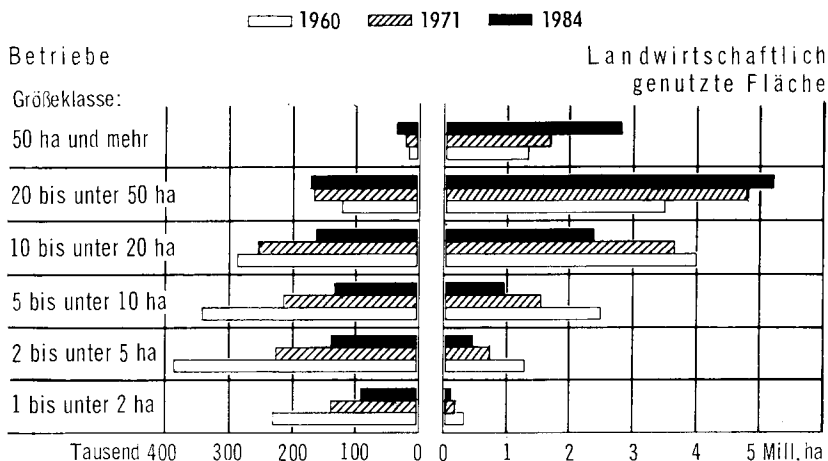


13.3 Landwirtschaftliche Betriebe

In keinem Wirtschaftsbereich sind seit Kriegsende die Strukturveränderungen so nachhaltig gewesen wie in der Landwirtschaft. Eine abnehmende Zahl von Betrieben war verbunden mit wachsenden Betriebsgrößen.

Von 1949 bis 1984 hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von etwa 1,6 Mill. auf unter 0,8 Mill. halbiert. Allerdings beschränkte sich dieser Rückgang ausschließlich

Abb. 2: Betriebe und Flächen in der Landwirtschaft



auf die unteren und mittleren Größeklassen. So verringerte sich die Zahl der Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 1 bis unter 20 Hektar von 1,52 Mill. auf 530 000, während sie bei Betrieben mit 20 Hektar und mehr von 130 000 auf 207 000 anstieg.

Die durchschnittliche Betriebsgröße hat sich zwischen 1949 und 1984 nahezu verdoppelt und betrug:

1949	8,06 Hektar
1960	9,34 Hektar
1970	11,67 Hektar
1980	15,27 Hektar
1984	16,32 Hektar

13.4 Beschäftigte in der Landwirtschaft

Der wirtschaftliche Aufschwung nach dem Krieg veranlaßte zahlreiche Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und deren mithelfende Familienangehörige, ihre bisherige Tätigkeit zugunsten von Beschäftigungen mit höheren Verdiensten vollständig oder teilweise aufzugeben. Dies führte unter anderem zu einer Umwandlung von Vollerwerbsbetrieben in Neben- und Zuerwerbsbetriebe. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch durch den vermehrten Einsatz von Maschinen und die Anwendung rationeller Arbeitsverfahren. Beispielsweise stieg der Bestand an Schleppern im Alleinbesitz der Betriebe von 139 000 im Jahr 1950 auf 1,25 Mill. im Jahr 1984. Dies wirkte sich wiederum auf Ausrichtung und Kostensituation der Betriebe aus.

In den landwirtschaftlichen Betrieben einschließlich der Haushalte der Betriebsinhaber gab es 1984 annähernd 2 Mill. Familienarbeitskräfte. Darunter führten 1,7 Mill. nur betriebliche Arbeiten aus und von diesen waren lediglich 454 100 im Betrieb vollbeschäftigt. 462 300 Personen gingen noch einer anderen Erwerbstätigkeit nach. 1983 war in jedem zweiten Betrieb das außerbetriebliche Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten größer als das betriebliche Einkommen.

Familienfremde Arbeitskräfte werden in der Landwirtschaft nur noch in sehr geringem Umfang eingesetzt. 1984 beschäftigten lediglich rund 5 % der landwirtschaftlichen Betriebe ständig fremde Arbeitskräfte (rund 94 400 Personen).

Rechnet man die Leistung der in der Landwirtschaft mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten rund 2,1 Mill. Arbeitskräfte (Familienarbeitskräfte und familienfremde Arbeitskräfte) auf sogenannte AK-Einheiten um, so ergeben sich für 1984 rund 906 000 AK-Einheiten. Dabei entspricht eine AK-Einheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Arbeitskraft im Alter von 16 bis unter 65 Jahren. Der Zeitvergleich zeigt das Ausmaß der Abwanderung der Menschen aus der Landwirtschaft, zugleich aber auch die Zunahme der Flächenleistung je Arbeitskraft. Während für das Wirtschaftsjahr 1950/51 noch eine betriebliche Arbeitsleistung von 29 AK-Einheiten je 100 Hektar errechnet wurde, wurden für 1984 auch aufgrund der fortschreitenden Technisierung nur noch 7,7 AK-Einheiten je 100 Hektar ermittelt.

Tab. 2: Entwicklung der Arbeitsleistung in der Landwirtschaft
1950 bis 1984

Wirtschaftsjahr	Betriebliche Arbeitsleistung in AK-Einheiten	
	1 000	je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche
1950/51	3 885	29,0
1960/61	2 415	18,5
1970/71	1 434	11,5
1980	980	8,2
1984	906	7,7

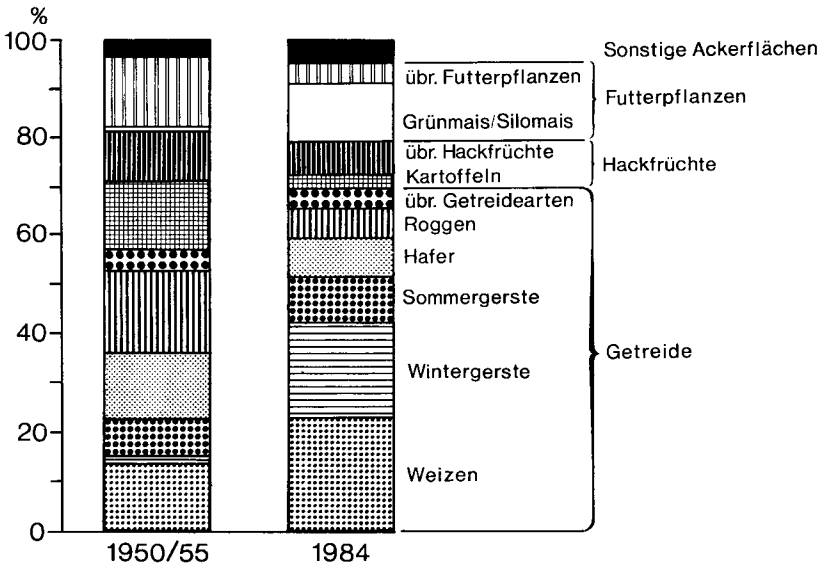
13.5 Pflanzliche Produktion

13.5.1 Anbauflächen

Bei im Zeitablauf nahezu gleichbleibender Verteilung der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf die wichtigsten Kulturarten Ackerland und Dauergrünland, haben sich die Anteile der einzelnen Fruchtarten auf dem Ackerland in den vergangenen 30 Jahren stark verändert. So wurden 1950 nur 55 % der Ackerfläche mit Getreide bestellt, 1984 dagegen

bereits 68 %. Hackfrüchte wurden 1950 auf 25 % des Ackerlandes angebaut, 1984 nur noch auf 10 %. Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich unter anderem eine Einschränkung des Kartoffelanbaus um 81 % bei gleichzeitiger Ausdehnung des Anbaus von Zuckerrüben um 110 %. Rationalisierungsgründe und starke Veränderungen der Ernährungsgeohnheiten waren hierfür ausschlaggebend (vgl. 4.6.1).

Abb. 3: Anbau auf dem Ackerland



13.5.2 Erntemengen

Neben der Größe der Anbauflächen sind die Hektarerträge für die Erntemengen ausschlaggebend. Sie erhöhten sich in den vergangenen drei Jahrzehnten um mehr als 100 % und haben zum Teil weiter steigende Tendenz. Am höchsten liegen die Ertragsverbesserungen bei Getreide. Etwas geringer fallen sie im Gemüseanbau aus, der sich seit jeher durch eine besonders hohe Bewirtschaftungsintensität auszeichnet. Die beachtlichen Leistungssteigerungen sind vor allem auf züchterische Verbesserungen, ertragssteigernde Mineraldüngung, verbesserte Anbau- und Erntetechnik sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenschutzes zurückzuführen. (Zunehmende Mineraldüngung und Pflanzenschutz können aber auch zu Belastungen des Bodens, des Wassers und der Nahrung führen.)

Die Obst- und Weinmsterträge sind in hohem Maße vom Witterungsverlauf abhängig, wenngleich auch hier durch intensivere Pflege und Übergang zu besonders ertragreichen Sorten Ertragssteigerungen erzielt werden konnten. Beim Weinmost ist nicht nur die

Erntemenge, sondern auch der gütemäßige Ausfall für die Absatzchancen von entscheidender Bedeutung.

Tab. 3: Durchschnittliche Hektarerträge und Gesamterntemengen

Frucht-, Gemüse-, Obst, Wein	Hektarertrag		Erntemengen	
	1950/55	1984	1950/55	1984
Feldfrüchte:	t je ha		1 000 t	
Winterweizen	2,8	6,3	2 759,5	9 796,9
Roggen	2,4	4,4	3 365,7	1 930,8
Wintergerste	3,0	5,6	408,4	7 532,9
Hafer	2,4	4,5	2 608,6	2 506,9
Körnermais	2,7	5,7	19,2	1 026,4
mittelfrühe und späte Kartoffeln	22,1	33,8	24 074,3	6 732,7
Zuckerrüben	34,5	49,5	7 916,7	20 060,0
Gemüse:				
Weißkohl	39,7	54,4	330,3	361,8
Kopfsalat	13,7	19,2	41,8	72,9
Möhren und Karotten	25,7	33,3	84,9	148,8
Frischerbsen	3,6	4,7	18,4	17,0
Obst:	kg je Baum		1 000 t	
Äpfel	29,4	38,8	1 327,2	1 799,3
Birnen	30,2	36,7	438,2	448,9
Süßkirschen	28,0	36,7	119,0	177,1
Pflaumen/Zwetschen	22,8	28,1	417,6	449,6
Wein:	hl je ha		1 000 hl	
Weißmost	53,3	87,0	2 246,5	7 019,3
Rotmost	46,9	84,3	593,7	974,2

Tab. 4: Qualität der Weinmosternte
Mengenanteil der Qualitätsstufen in Prozent

Qualitätsstufe	1974	1976	1978	1980	1982	1984
Tafelwein	8,0	0,3	3,6	2,8	8,0	13,5
Qualitätswein	68,0	17,4	73,9	65,1	68,8	79,7
Qualitätswein mit Prädikat	24,0	82,3	22,5	32,1	23,2	6,8

13.6 Tierische Produktion

13.6.1 Viehbestände

Die Viehhaltung ist Grundlage der Versorgung mit tierischen Nahrungsmitteln und zugleich Haupteinkommensquelle der Landwirtschaft. Dies läßt sich daraus ermessen, daß etwa 70 % der Verkaufserlöse im Agrarbereich aus der tierischen Veredelungswirtschaft stammen.

Im Dezember 1984 wurden im Bundesgebiet 23,6 Mill. Schweine, 15,7 Mill. Rinder und 78,7 Mill. Hühner gehalten. Seit 1950 hat sich der Schweinebestand nahezu verdoppelt und die Haltung von Rindern um über ein Drittel erhöht. Stark rückläufig war bis 1970 die Zahl der Pferde. Damals wurde mit einem Bestand von nur noch rund 250 000 Pferden der Tiefpunkt der Entwicklung erreicht. Seither wächst die Zahl der Pferde – vor allem durch die zunehmende Attraktivität des Reitsports – wieder an.

Im Gegensatz zum zunehmenden Viehbestand ist die Zahl der Viehhalter seit 1950 rückläufig. Neben der Konzentration zu größeren Viehbeständen setzte sich die Spezialisierung, vor allem in der Schweine- und Hühnerhaltung, durch. Diese zeichnet sich durch geringeren Flächenbedarf, sehr hohen Viehbesatz und hochtechnisierte Wirtschaftsweisen aus.

13.6.2 Schlachtungen, Milch- und Eiererzeugung

Die tierische Produktion hat seit 1950 noch stärker zugenommen als die pflanzliche Erzeugung. Als Ursachen hierfür sind neben der Ausweitung des Viehbestandes züchterische Maßnahmen, leistungssteigernde Fütterung und geänderte Tierhaltungstechnik zu nennen.

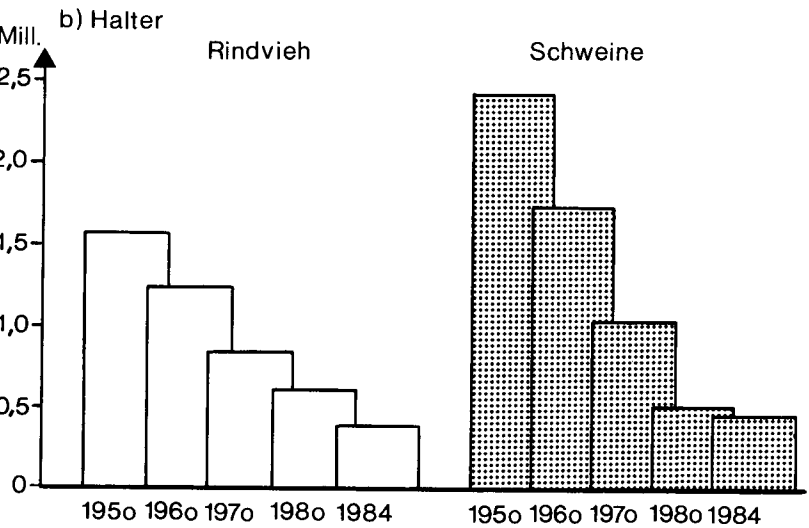
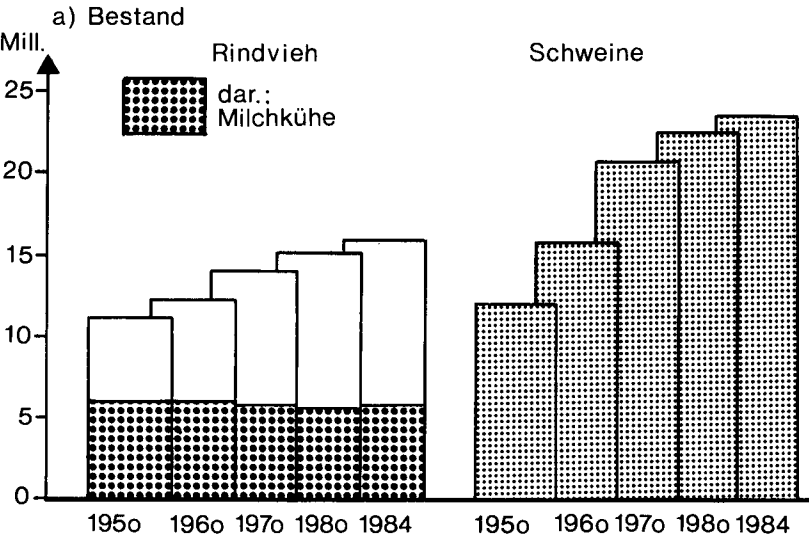
1984 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 5,0 Mill. Rinder, 37,7 Mill. Schweine, 0,7 Mill. Kälber und 0,5 Mill. Schafe inländischer Herkunft geschlachtet; das entsprach einer Fleischerzeugung von insgesamt 4,7 Mill. Tonnen. Innerhalb von drei Jahrzehnten

Tab. 5: Fleischerzeugung von Tieren inländischer Herkunft¹

Jahr	Rinder	Schweine
	1 000 t	
1950	461,5	986,0
1960	837,7	1 818,8
1970	1 225,4	2 576,8
1980	1 469,2	3 126,0
1984	1 500,4	3 144,5

¹ Einschließlich Abschnittsfette, ohne Innereien.

Abb. 4: Viehhaltung



Tab. 6: Erzeugung von Kuhmilch und Herstellung von Milcherzeugnissen

Jahr	Milchproduktion		Milcherzeugnisse (1 000 t)				Trinkmilch- absatz (1 000 t)
	insgesamt 1 000 t	kg je Kuh	Butter	Käse	Speise- quark	Kondens- vollmilch	
1950	13 945	2 474
1960	19 264	3 396	406	164	125	370	2 805
1970	21 856	3 800	494	222	267	433	2 923
1980	24 779	4 552	576	408	368	469	3 200
1984	26 152	4 607	567	465	413	458	3 450

ist die Fleischerzeugung sowohl bei Rindfleisch als auch bei Schweinefleisch auf mehr als das Dreifache angestiegen. Die Erhöhung der Schlachtmenge spiegelt sich in einer Ausweitung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Fleisch in nahezu gleichem Umfang wider (vgl. 4.6.1).

An Geflügelfleisch wurden 1983 im Bundesgebiet 304 300 Tonnen, fast fünfmal soviel wie 1965, und an Eiern 13 080 Mill. Stück produziert. Die durchschnittliche Legeleistung hat sich mit 254 Eiern je Huhn und Jahr seit 1950 verdoppelt. Die Milcherzeugung stieg zwischen 1950 und 1984 um über 87 %, wobei die Zahl der Milchkühe nahezu unverändert blieb. Die Milchproduktion je Kuh stieg entsprechend in fast gleichem Umfang (+ 86 %).

13.7 Selbstversorgungsgrad

Der Selbstversorgungsgrad ist ein Indikator dafür, inwieweit der Bedarf an Nahrungsmitteln und Futtergetreide durch die Inlandsproduktion gedeckt werden kann. Im Bundesgebiet betrug er im Jahre 1983/84 für Nahrungsmittel insgesamt 79 %. Bezieht man die aus dem Ausland bezogenen Futtermittel ein, mit denen inländische Tiere gefüttert werden, erreicht der Selbstversorgungsgrad sogar 95 %.

Die Versorgungslage bei einzelnen Nahrungsmitteln ist allerdings unterschiedlich. Während bei Weizen nahezu und bei Milch und Käse 1983/84 eine Vollversorgung erreicht war, lag die Butterproduktion sowie die Erzeugung von Kondensmilch, Vollmilch- und Magermilchpulver im selben Jahr sogar erheblich über dem Inlandsverbrauch. Auch bei Zucker, Rindfleisch und Schlachtfetten überstieg die Erzeugung den Bedarf. Dagegen blieb die heimische Produktion von Schweine- und Geflügelfleisch, Nahrungsfetten insgesamt, Eiern, Gemüse, Obst und Futtergetreide erheblich hinter den Marktanforderungen zurück. Auch die Erträge der Fischerei konnten den Inlandsbedarf nicht decken (41 %).

Abb. 5: Selbstversorgungsgrad

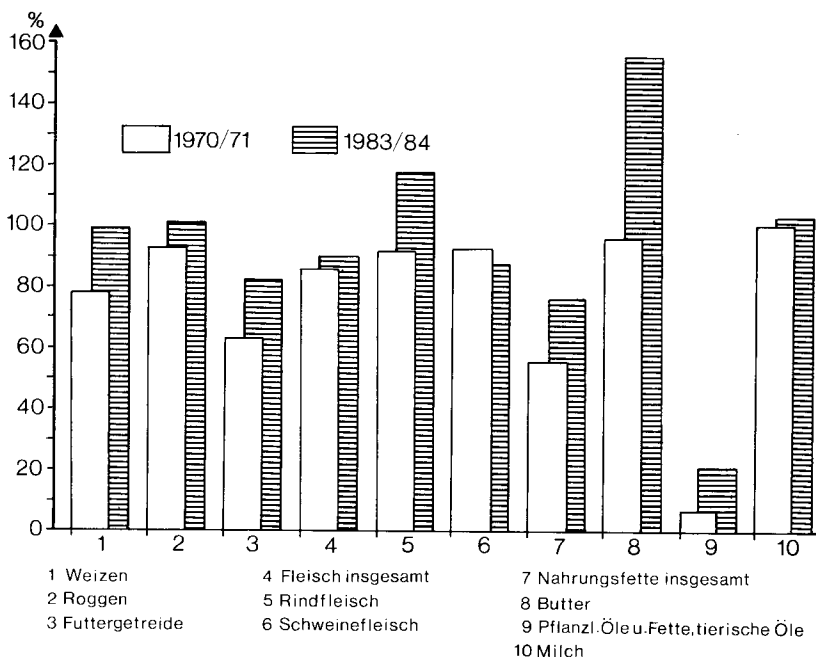
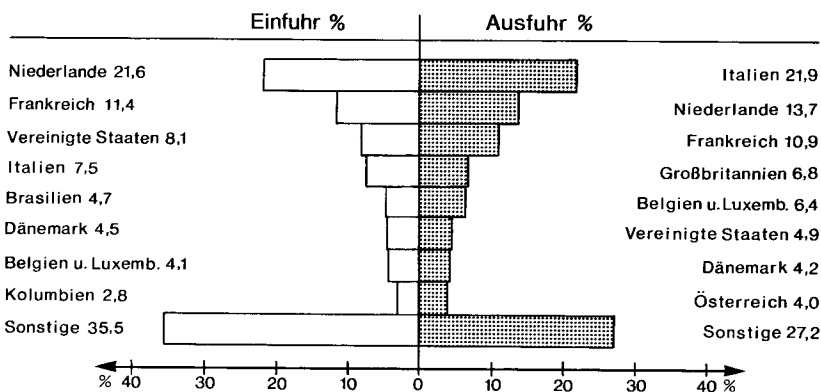


Abb. 6: Die wichtigsten Handelsländer für ernährungswirtschaftliche Güter 1984



Die Lücke zwischen inländischer Erzeugung und inländischem Bedarf muß im Warenverkehr mit dem Ausland gedeckt werden. Dabei ist zu beachten, daß der Austausch landwirtschaftlicher Güter in beiden Richtungen erfolgt. Für die Waren der Ernährungswirtschaft insgesamt betrug der Einfuhrüberschuß im Jahr 1984 27,9 Mrd. DM. Er ergab sich als Saldo aus einem Einfuhrwert von 54,6 Mrd. DM und einem Ausfuhrwert von 26,7 Mrd. DM. Die wichtigsten Lieferländer für Nahrungsmittel sind seit langem die Niederlande mit einem wertmäßigen Anteil an den Nahrungsmiteleinfuhren von rund 22 % sowie Frankreich und die Vereinigten Staaten mit Anteilen von 11 % bzw. 8 %.

13.8 Forstwirtschaft

In der Forstwirtschaft ist ein Strukturwandel, wie er sich in der Landwirtschaft vollzieht, nicht eingetreten. Die Waldfläche ist seit langem in etwa gleich geblieben; Steigerungen der Flächenproduktivität wie in der Landwirtschaft sind in dem Maße nicht möglich. Doch ist die Arbeitsproduktivität durch moderne Maschinen und Arbeitsverfahren gesteigert worden. Bei der Anzahl der Betriebe traten Verschiebungen ein, die aber zumindest zum Teil darauf zurückzuführen sind, daß landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche ihre landwirtschaftlich genutzte Fläche abgaben und dadurch jetzt als Forstbetriebe erfaßt werden.

Derzeit gibt es 103 000 Forstbetriebe, die eine Waldfläche von insgesamt 5,3 Mill. Hektar bewirtschaften. Hinzu kommen rund 242 000 landwirtschaftliche Betriebe, die ebenfalls über – mindestens 1 Hektar – Waldfläche verfügen. Diese landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften insgesamt 1,6 Mill. Hektar Waldfläche. Etwa weitere 0,4 Mill. Hektar Wald – überwiegend privater Waldbesitz unter jeweils 1 Hektar Größe – werden statistisch nicht einbezogen.

Tab. 7: Betriebe mit Waldfläche 1984

Betriebsarten	Anzahl der Betriebe mit mindestens 1 ha Waldfläche	Waldfläche 1 000 ha	Waldfläche je Betrieb ha
Forstbetriebe	103 131	5 263,0	51,0
Staatsforsten	877	2 207,8	2 517,4
Körperschaftsforsten	11 038	1 747,3	158,3
Privatforsten	91 216	1 308,0	14,3
Landwirtschaftliche Betriebe mit Waldfläche	242 402	1 566,8	6,5
Betriebe mit Waldfläche insgesamt	345 533	6 829,9	19,8

Von der gesamten deutschen Waldfläche (rund 7,3 Mill. Hektar) entfallen damit 31 % auf Staatswald, 25 % auf Körperschaftswald (Gemeinden und sonstige Körperschaften öffentlichen Rechts) und 44 % auf Privatwald.

In der Forstwirtschaft wurden im Wirtschaftsjahr 1982/83 etwa 13200 Beamte und Angestellte (Betriebs- und Verwaltungspersonal) sowie etwa 22600 Arbeitskräfte ständig beschäftigt. Weitere 36500 Personen wurden nicht ständig oder nur vorübergehend in der Forstwirtschaft eingesetzt. Der Holzeinschlag belief sich im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1983 auf 28,4 Mill. Kubikmeter. Das entspricht einem Produktionswert von rund 3,5 Mrd. DM.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes ist mit der Darstellung der Forstwirtschaft aber noch nicht ausreichend beleuchtet. In der Holzverarbeitenden Industrie (z. B. Papierherstellung, Möbelindustrie usw.) und im Fremdenverkehr sind viele Menschen vom Wald abhängig (nach Schätzungen der Bundesregierung rund eine Million). Die Waldschäden, die sich 1984 nach Erhebungen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits auf 50 % der Waldfläche erstreckten, haben nicht nur ökologisch (vgl. 19.3.1), sondern auch in ökonomischer Hinsicht bedenkliche Auswirkungen.

13.9 Fischerei

Die Einführung der 200-Seemeilen-Fischereizonen, die Beschränkung von Fangmengen und andere restriktive Maßnahmen der internationalen Fischereipolitik haben die Fangergebnisse der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei negativ beeinflusst. Zwischen 1960 und 1984 verringerten sich die Anlandungen von 644000 Tonnen auf 293000 Tonnen, also um annähernd 55 %. Hering, Kabeljau und Rotbarsch hatten 1960 noch einen Anteil an den Anlandungen von etwa 70 %. 1984 betrug er nur noch etwa 41 %. Die sonstigen Fischarten kommen heute auf 32 %, die Muscheln auf 23 % und Krabben und Krebse auf 4 %. Reduziert hat sich in den letzten Jahren auch die deutsche Hochseefangflotte. 1970 gab es 1080 Trawler, Logger und Hochseekutter. 1983 steuerten nur noch 678 Schiffe die Fischgründe an.

Tab. 8: Anlandungen der Hochsee- und Küstenfischerei
im Bundesgebiet 1000 t Fanggewicht

Jahr	Insgesamt	Darunter		
		Hering	Kabeljau	Rotbarsch
1960	644	191	111	153
1970	591	166	174	72
1980	287	10	59	53
1984	293	25	68	28

14 Produzierendes Gewerbe

14.1 Bedeutung des Produzierenden Gewerbes

Die Bedeutung des Produzierenden Gewerbes als Zentralbereich der Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren gegenüber dem Dienstleistungssektor erheblich verringert. Bis Anfang der siebziger Jahre wurde im sogenannten sekundären Sektor mehr als die Hälfte der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbracht, und knapp die Hälfte der Erwerbstätigen fand in diesem Bereich einen Arbeitsplatz. Im vergangenen Jahrzehnt nahm der Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung beträchtlich ab und lag 1984 bei rund 43 %. Der Anteil der Erwerbstätigen verminderte sich ebenfalls, und zwar auf rund 41 %.

Tab. 1: Anteil des Produzierenden Gewerbes
an der Bruttowertschöpfung, den Erwerbstätigen
und den Anlageinvestitionen der gesamten Wirtschaft
in Prozent

Jahr	Erwerbstätige	Bruttowertschöpfung	Anlageinvestitionen
1960	48	53	33
1965	49	53	30
1970	49	52	31
1975	45	46	27
1980	44	45	25
1984	41	43	25 ¹

1 1982.

Das Produzierende Gewerbe umfaßt in der Abgrenzung der amtlichen Statistik die Industrie und das Handwerk, soweit es Waren produziert. Dabei werden seit der Reform der Industriestatistik in den Jahren 1975 bis 1977 im allgemeinen nur Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt. Im einzelnen setzt sich das Produzierende Gewerbe aus den Teilbereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie Baugewerbe zusammen. Unter diesen spielt das Verarbeitende Gewerbe die bedeutendste Rolle:

Hier arbeiteten 1982 81,5 % aller Beschäftigten des Produzierenden Gewerbes; 12,5 % waren im Baugewerbe, jeweils rund 3 % im Bergbau und in der Energie- und Wasserversorgung tätig.

14.2 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Nach der Art der hergestellten Güter läßt sich das Verarbeitende Gewerbe in die Bereiche Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (z. B. Chemische Industrie), Investitionsgüter produzierendes Gewerbe (z. B. Maschinenbau), Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe (z. B. Bekleidungsgewerbe) sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe untergliedern. Von ihnen ist das Investitionsgüter produzierende Gewerbe sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten als auch in bezug auf die Höhe des Gesamtumsatzes der bedeutendste Bereich.

14.2.1 Unternehmensgröße

Wie in vielen anderen Wirtschaftsbereichen (z. B. im Dienstleistungsbereich) ist auch im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe eine Tendenz zur Konzentration, das heißt zur Bildung größerer Unternehmenseinheiten, zu beobachten. Sie läßt sich sowohl aus der Beschäftigten- wie aus der Umsatzentwicklung ablesen. Eine Aussage über die Konzentrationsentwicklung für einen längeren Zeitraum kann nur sehr allgemein gehalten sein, da vergleichbare Daten – insbesondere wegen Berichtskreisänderungen – fehlen. Diese liegen erst nach Abschluß der Reform der Industriestatistik ab 1977 vor. Betrachtet man die Entwicklung von 1950 bis 1970, so belegen die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählungen, daß die Zahl der Unternehmen stark abgenommen hat (– 46 %), bei gleichzeitig steigenden Beschäftigtenzahlen (+ 40 %). Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß der Konzentrationsprozeß auch nach 1970 andauerte. Die Zahl der Unternehmen

Tab. 2: Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr
im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1983

Bereich	Unternehmen		Beschäftigte		Umsatz	
	Anzahl	%	1 000	%	Mill. DM	%
Bergbau	82	0,2	234	3,4	32 401	2,5
Verarbeitendes Gewerbe	34 106	99,8	6 709	96,6	1 294 098	97,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	4 772	14,0	1 419	20,4	416 372	31,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	14 328	41,9	3 507	50,5	541 114	40,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11 376	33,3	1 300	18,7	170 175	12,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	3 630	10,6	483	7,0	166 437	12,5
Insgesamt	34 188	100	6 943	100	1 326 500	100

Tab. 3: Beschäftigte der größten Unternehmen¹

Die jeweils ... größten Unternehmen ¹	beschäftigten ... Personen		
	1 000	% aller Beschäftigten des Bergbaus u. Verarb. Gewerbes ¹	
	1983	1983	1977
3	453	6,5	5,8
6	690	9,9	9,0
10	907	13,1	12,1
25	1 387	20,0	18,3
50	1 741	25,1	23,6
100	2 113	30,4	29,2

1 Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr; Unternehmensgröße gemessen an den Beschäftigten.

ging weiter zurück, die der Beschäftigten erhöhte sich allerdings nicht mehr, sondern nahm sogar zwischen 1970 und 1983 ab.

Ordnet man die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach der Beschäftigtenzahl, so waren 1983 in den zehn größten rund 900 000 Personen tätig. 807 Unternehmen (2,4 %) hatten jeweils 1 000 und mehr Beschäftigte. Dies entsprach einer Gesamtzahl von 3,5 Mill. Personen bzw. einem Anteil von 50,5 % – gemessen an den Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

14.2.2 Beschäftigte, Arbeitsproduktivität¹

Unter den 34 Wirtschaftsgruppen des Verarbeitenden Gewerbes sind – gemessen an den Beschäftigtenzahlen – der Maschinenbau, die Elektrotechnik, der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie und das Ernährungsgewerbe am wichtigsten. In diesen fünf Branchen waren 1983 rund 3,7 Mill. von insgesamt 6,7 Mill. Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes tätig.

Zwischen 1970 und 1983 ist die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe um rund 22 % zurückgegangen. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden verminderte sich ebenfalls, und zwar um 37 %. Dennoch konnte die Produktion um 15 % gesteigert werden. Die Arbeitsproduktivität – d. h. das Produktionsergebnis je Beschäftigten – lag damit 1983 um 48 % höher als 1970. Hierin zeigen sich die Auswirkungen umfangreicher Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, die vor allem zum Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen führten.

1 Es liegen Ergebnisse von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr zugrunde.

14.2.3 Produktion

In der Produktionstätigkeit des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes während der letzten drei Jahrzehnte spiegeln sich die Entwicklungsphasen der deutschen Wirtschaft deutlich wider. Zwischen 1950 und 1960 – dem Jahrzehnt, das durch den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt war – stieg die Produktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe um 150 %. Von 1960 bis 1970 erhöhte sie sich nochmals um zwei Drittel. Im letzten Jahrzehnt nahm sie um rund ein Fünftel zu. Zu Beginn der achtziger Jahre war die Produktion rückläufig.

Tab. 4: Entwicklung der Produktion im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1950 bis 1984

Produktionsindex 1970 = 100 (kalenderbereinigt)

Bereich	1950	1960	1970	1980	1984
Bergbau	79	104	100	86	76
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	21	54	100	122	119
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	18	58	100	123	125
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	28	65	100	119	111
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	29	64	100	130	132
Insgesamt	24	60	100	122	121

Tab. 5: Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Erzeugnis	Einheit	Jahr			
		1960 ¹	1970	1980	1984
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St.	2 164	2 927	4 425	3 917
Personenkraftwagen	1 000 St.	1 674	3 132	3 250	3 505
Geräte und Einrichtungen für die automatische Datenverarbeitung	1 000 St.	–	22	45	526
Schuhe	1 000 Paar	151 906	158 336	103 765	89 826
Herrenanzüge	1 000 St.	6 650	8 537	5 381	4 378
Damenkleider	1 000 St.	17 980	39 318	36 313	29 436
Wurst- und Fleischwaren	1 000 t	257	405	862	951
Brot	1 000 t	659	827	1 272	1 290
Bier	1 000 hl	47 324	81 609	89 569	88 847

¹ Ohne Berlin (West).

Eine Vorstellung über die Entwicklung der mengenmäßigen Produktion seit 1960 vermittelt Tab. 5. Die einzelnen Erzeugnisse sind aus nahezu 6000 Positionen der Produktionsstatistik herausgegriffen. Wie die Ergebnisse zeigen, hat sich in der Vergangenheit die Erzeugung von Gütern, für die ein hohes technisches Spezialwissen erforderlich ist, ständig erhöht, während die Produktion in anderen Branchen, z. B. der Bekleidungsindustrie, rückläufig war. Als Folge der weltweiten Arbeitsteilung fand hier offensichtlich eine Verlagerung von Produktionstätigkeiten ins Ausland statt.

Der Bruttoproduktionswert, das heißt der gesamte Wert aller im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzeugten Waren und Dienstleistungen, erreichte 1983 knapp 1,3 Billionen DM. Hiervon waren etwa die Hälfte Vorleistungen anderer Unternehmen (z. B. Handelsware, Vorprodukte, Rohstoffe usw., vgl. 14.2.7).

14.2.4 Umsatz

Der Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hat sich weit stärker erhöht als die Produktion. Dabei wirkt sich aus, daß in die Umsatzausweitung neben dem gestiegenen Produktionsvolumen auch Erhöhungen des Preisniveaus eingehen. Dies wird deutlich, wenn man die Entwicklung des Umsatzes mit der Entwicklung von Produktion und Preisen vergleicht.

Zwischen 1950 und 1983 ist der Umsatz auf etwa das Sechzehnfache gestiegen, die Produktion aber nur auf das Fünffache, und die Preise haben sich mehr als verdoppelt. (Auch hier sei darauf hingewiesen, daß ein Zeitvergleich durch Änderungen im Berichtskreis beeinträchtigt ist.)

Die umsatzstärksten Wirtschaftsgruppen innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes waren im Jahr 1983 der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie, das Ernährungsgewerbe

Tab. 6: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
Entwicklung von Umsatz, Produktion und Preisen 1950 bis 1984
1950 = 100

Jahr	Umsatz ¹	Produktionsindex (Kalenderbereinigt)	Preisindex
1950	100 ²	100	100
1960	331	247	122
1970	731	410	139
1980	1 488	498	229
1983	1 633	479	258
1984	1 739	494	...

1 1950, 1960: Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 Beschäftigten und mehr; ab 1970: Betriebe von Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr.

2 Bundesgebiet ohne Saarland und Berlin (West).

be, der Maschinenbau und die Elektrotechnik. Von jeder dieser fünf Branchen wurden 1983 Erzeugnisse im Wert von über 125 Mrd. DM umgesetzt. Auf sie entfielen damit allein 56 % des gesamten Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe.

14.2.5 Exportquote¹

Ein großer Teil der im Verarbeitenden Gewerbe hergestellten Güter geht in den Export. Aus der Exportquote – dem Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – läßt sich die Abhängigkeit bestimmter Bereiche vom Auslandsgeschäft besonders deutlich ablesen. Zwischen 1950 und 1983 ist sie im Verarbeitenden Gewerbe von 7,3 % auf 27,4 % gestiegen. Dabei lag die Exportquote im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe immer über dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereichs (1983 beispielsweise bei 38 %).

Besonders hoch war sie im Wirtschaftszweig „Herstellung von Büromaschinen, Automatischen Datenverarbeitungs-Geräten- und -Einrichtungen“; dort wurde 1983 über die Hälfte des Gesamtumsatzes mit dem Ausland erzielt (54,3 %). Auch der Maschinenbau (44,6 %), der Straßenfahrzeugbau (44,7 %), der Luft- und Raumfahrzeugbau (51,9 %) und die Chemische Industrie (39,9 %) sind stark exportabhängig.

Tab. 7: Verarbeitendes Gewerbe

Exportquote in Prozent (Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz)

Bereich	1950	1960	1970	1980	1983
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	10,3	15,2	17,8	22,8	25,7
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	13,7	25,0	27,1	34,7	38,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	3,2	7,4	10,3	14,5	17,4
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	0,2	1,6	2,1	7,2	8,2
Insgesamt	7,3	15,1	18,2	24,5	27,4

14.2.6 Investitionen

Von den Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 oder mehr Beschäftigten wurden 1983 rund 57 Mrd. DM – und damit 2,5 Mrd. DM mehr als 1982 –

¹ Den Berechnungen liegen unterschiedliche Berichtskreise zugrunde, so daß ein Zeitvergleich beeinträchtigt ist.

investiert. Der größte Teil wurde in Maschinen, maschinellen Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (83 %), der Rest in Grundstücken und Bauten angelegt.

Unter den Wirtschaftsgruppen tätigten der Straßenfahrzeugbau, die Chemische Industrie, die Elektrotechnik, das Ernährungsgewerbe und der Maschinenbau die höchsten Investitionen. Diese fünf Branchen hatten zusammen einen Anteil von rund 54 % am gesamten Investitionsvolumen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

Gemessen an den Umsätzen erwiesen sich die Bereiche „Bergbau“ und „Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen“ als die investitionsfreudigsten. Mit einem Anteil der Investitionen am Umsatz von 11,2 % im „Bergbau“ und 9,3 % im Bereich „Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen“ lagen sie weit über dem vergleichbaren Wert, den die Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1983 im Durchschnitt (4,3 %) erzielten.

Tab. 8: Investitionen der Unternehmen¹ des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1983

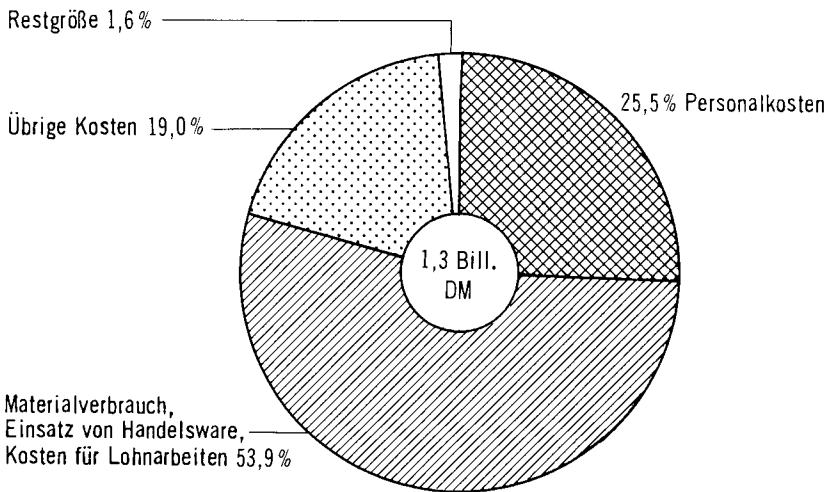
Bereich	Mill. DM	Anteil der Investitionen am Umsatz in %
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	56 734	4,3
Bergbau	3 633	11,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	15 208	3,7
darunter:		
Gewinnung und Verarbeitung		
von Steinen und Erden	1 913	6,6
Chemische Industrie	6 096	3,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	24 838	4,6
darunter:		
Maschinenbau	4 893	3,7
Straßenfahrzeugbau,		
Reparaturen von Kraftfahrzeugen usw.	9 054	5,7
Elektrotechnik,		
Reparaturen von Haushaltsgeräten	5 295	4,1
Herstellung von Büromaschinen,		
ADV-Geräten und -Einrichtungen	1 668	9,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	7 434	4,4
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	5 621	3,4
darunter:		
Ernährungsgewerbe	5 300	3,6

1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

14.2.7 Kostenstruktur

Einblick in die Kostensituation der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gewähren die Erhebungen zur Kostenstruktur. Den weitaus größten Block in der Kostenrechnung dieses Bereiches bilden die Kosten für Materialverbrauch, Einsatz an Handelsware und Lohnarbeiten (Aufträge an Subunternehmer). Sie hatten 1983 einen Anteil von 53,9 % am Bruttoproduktionswert, d. h. dem gesamten Wert aller in diesem Wirtschaftsbereich erzeugten Produkte. Den zweitgrößten Kostenfaktor bildeten die Personalkosten mit 25,5 %. Die übrigen Kosten (z. B. Mieten, Pachten, Kostensteuern, Abschreibungen) betrugen insgesamt 19 %. Die Restgröße von 1,6 % enthält neben kalkulatorischen Kosten insbesondere den Gewinn des Unternehmens.

Abb. 1: Kostenstruktur der Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr 1983
Bruttoproduktionswert



Zwischen den einzelnen Bereichen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes sind beträchtliche Unterschiede in der Kostenstruktur feststellbar. So haben beispielsweise der Materialverbrauch und der Einsatz an Handelsware im Nahrungs- und Genußmittel-sektor einen Anteil von 62,6 % am Bruttoproduktionswert. Der Personalkostenanteil liegt mit 12,4 % vergleichsweise niedrig. Dagegen wird die Produktionsleistung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe mit einem relativ hohen Personaleinsatz erbracht, was zu einem Personalkostenanteil von durchschnittlich 32,4 % am Bruttoproduktionswert führt.

14.3 Baugewerbe

Das Baugewerbe setzt sich in der Abgrenzung der amtlichen Statistik aus dem Bauhauptgewerbe und dem Ausbaugewerbe zusammen. Während das Bauhauptgewerbe überwiegend Hoch- und Tiefbauten bis zum Rohbau errichtet, erstreckt sich die Tätigkeit des Ausbaugewerbes auf die weitere Fertigstellung der Bauten bis zur Gebrauchsfähigkeit. Es umfaßt Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation, Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage, Elektroinstallation, Maler- und Lackiererarbeiten und ähnliche Tätigkeiten. Das Angebot des Baugewerbes ist somit sehr vielseitig und spiegelt in seinen Veränderungen langfristige Umstrukturierungsprozesse wider.

Bis in die siebziger Jahre war die Bauwirtschaft eine Wachstumsbranche, die ihre Impulse aus dem Wiederaufbau, dem Wirtschaftsaufschwung und dem Wohnungsbedarf der wachsenden Bevölkerung bezog. Seither ist die Wohnungspolitik durch eine stärkere Hinwendung zu qualitativen Zielsetzungen geprägt. Die Aufmerksamkeit wendet sich immer mehr der Erhaltung und Erneuerung der Städte zu; die Modernisierung des Wohnungsbestandes ist ebenso bedeutsam geworden wie die Neubautätigkeit.

Zu Beginn der achtziger Jahre erlebte die Baubranche einen ausgeprägten Abschwung. Dies äußert sich u. a. in der hohen Zahl von Insolvenzen in diesem Bereich. Allein 1984 meldeten 2765 Bauunternehmen Konkurs an. Damit entfielen auf diesen Sektor 23 % aller Unternehmensinsolvenzen.

Tab. 9: Entwicklung der Insolvenzen

Jahr	Insolvenzen insgesamt (Unternehmen und übrige Gemeinschuldner)	darunter Baugewerbe
1960	2 958	307
1970	4 201	451
1980	9 140	1 328
1981	11 653	1 942
1982	15 876	2 726
1983	16 114	2 467
1984	16 760	2 765

14.3.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Jahr 1983 zählten zum Baugewerbe 16913 Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. Sie erzielten mit insgesamt rund 1,1 Mill. Arbeitskräften einen Umsatz von etwa 110 Mrd. DM. Mehr als zwei Drittel der Bauunternehmen gehörten zum Bauhauptgewerbe, auf das auch der größte Teil des Umsatzes (81 %) entfiel.

Tab. 10: Unternehmen¹, Beschäftigte und Umsatz
im Baugewerbe 1982

Bereich	Unternehmen Anzahl	Beschäftigte 1 000	Umsatz Mill. DM
Baugewerbe	16 913	1 063	110 206
Bauhauptgewerbe	11 551	832	88 993
Ausbaugewerbe	5 362	231	21 213

1 Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

Das Baugewerbe ist überwiegend mittelständisch strukturiert. Von allen Bauunternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr hatten 1983 über zwei Drittel weniger als 50 tätige Personen. Nur rund 3 % der Unternehmen zählten mehr als 200 Beschäftigte, die meisten davon wiederum im Bauhauptgewerbe.

Von den Beschäftigten des Baugewerbes waren 1983 etwa 832 000 im Bauhauptgewerbe und rund 231 000 im Ausbaugewerbe tätig. Allerdings bleibt das Bild unvollständig, wenn man nicht die kleineren Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einbezieht, die insbesondere im Ausbaugewerbe tätig sind. Hier boten die Unternehmen in der Größenklasse von 10 bis 19 Beschäftigten weiteren 104 000 Personen einen Arbeitsplatz.

14.3.2 Kostenstruktur

Im Baugewerbe stellen die Personalkosten den größten Kostenfaktor dar. Gemessen am Bruttoproduktionswert dieses Bereichs – dem Gesamtwert aller erzeugten Produkte – ergab sich ein Anteil von 39,4 %. Je nachdem, ob die jeweiligen Tätigkeiten der einzelnen Branchen material- oder personalintensiv sind, differieren diese Anteile zum Teil erheblich. Den höchsten Personalkostenanteil wiesen 1983 mit 48,6 % die Unternehmen des Stukkateurgewerbes, der Gipserei und Verputzerei auf. Wegen der weitgehend industriellen Fertigung waren die Personalkosten im Fertigteilbau mit 28,1 % von geringerer Bedeutung. Im allgemeinen steht einem niedrigen Personalkostenanteil ein hoher Materialkostenanteil gegenüber.

Von den übrigen Kostenfaktoren im Baugewerbe spielen die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen eine wichtige Rolle. Sie erreichten 1983 einen Anteil von 14,0 %. Insbesondere die großen Unternehmen machen von dieser Möglichkeit der Arbeitsteilung häufig Gebrauch (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Kostenstruktur der Unternehmen im Baugewerbe
mit 20 Beschäftigten und mehr 1983
Bruttoproduktionswert

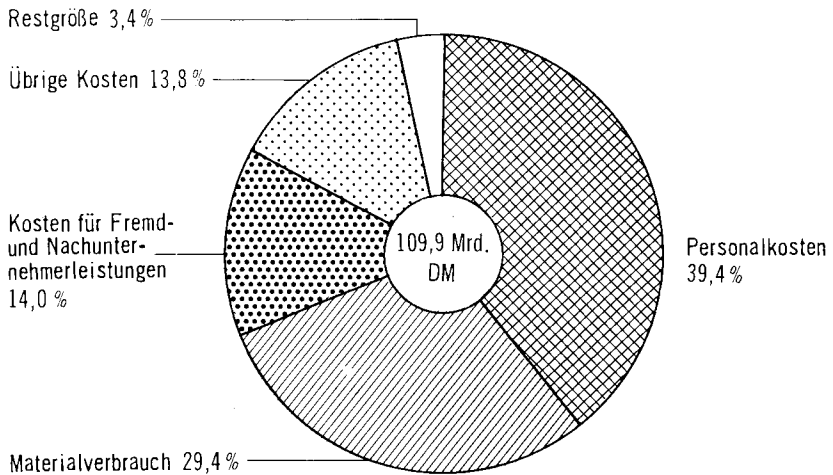
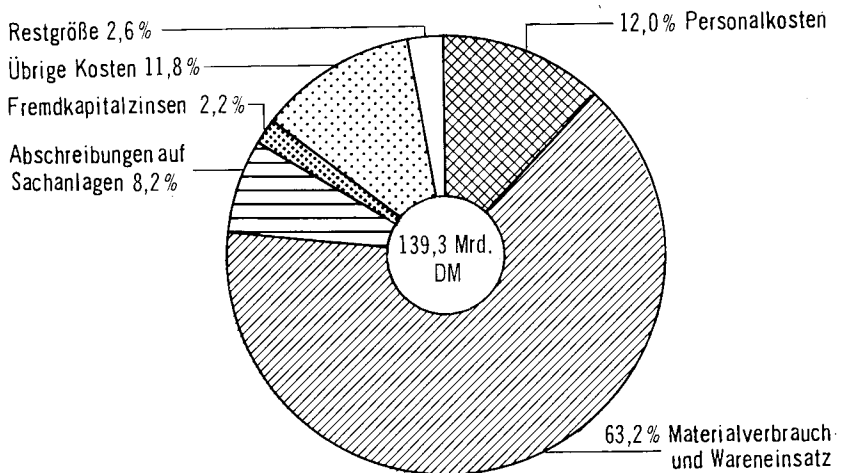


Abb. 3: Kostenstruktur der Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung
mit 20 Beschäftigten und mehr 1983
Bruttoproduktionswert



14.4 Energie- und Wasserversorgung

14.4.1 Unternehmen, Beschäftigte, Umsätze

Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung waren 1983 in 3243 Unternehmen insgesamt etwa 289 000 Personen beschäftigt. Mit 142,2 Mrd. DM lag der Gesamtumsatz höher als im Baugewerbe mit 1,1 Mill. Beschäftigten.

Die Energie- und Wasserversorgung ist durch eine Vielzahl von kleinen und eine geringe Zahl von großen und umsatzstarken Unternehmen geprägt. Etwa drei Viertel der Unternehmen hatten 1983 weniger als 20 Beschäftigte. Zum Gesamtumsatz dieses Bereichs trugen sie nur 3,1 % bei. Umgekehrt gab es 58 Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten, auf die aber 62,3 % des Umsatzes entfielen.

Innerhalb der Energie- und Wasserversorgung gehörte 1983 nur ein knappes Drittel der Unternehmen zum Teilbereich Elektrizitätsversorgung. Ihr Anteil an den Beschäftigten betrug aber 80,4 % und am Umsatz 72 %. Das bedeutet, daß es in der Elektrizitätswirtschaft im Durchschnitt wesentlich größere Unternehmen gibt als in den übrigen Bereichen, d. h. der Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung. Hier ist auch die öffentliche Hand als Unternehmer stark engagiert. 38 % aller Elektrizitätsunternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen der Gebietskörperschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit, sogenannte Regie- und Eigenbetriebe. Hinzu kommt, daß der Staat Beteiligungen an fast allen Kapitalgesellschaften der Elektrizitätsversorgung hält.

14.4.2 Kostenstruktur

Die Energie- und Wasserversorgung gehört zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbereichen. Gemessen am Bruttoproduktionswert waren im Jahr 1983 die Abschreibungen auf Sachanlagen mit 8,2 % und die Fremdkapitalzinsen mit 2,2 % deutlich höher als im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe oder im Baugewerbe. Der Personalkostenanteil betrug 12 %, während der entsprechende Wert im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe etwa 26 % und im Baugewerbe sogar rund 39 % ausmachte.

Den größten Kostenblock im Bereich der Energie- und Wasserversorgung bilden mit rund 63 % der Materialverbrauch und Wareneinsatz. Das ist darauf zurückzuführen, daß in diesem Bereich außer produzierenden Unternehmen auch Einheiten tätig sind, die lediglich fremdbezogenes Wasser verteilen (*vgl. Abb. 3*).

14.5 Handwerk

Dem Handwerk – als besonders traditionsreichem Wirtschaftszweig – kommt auch heute noch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Es konnte sich vor allem auf den Gebieten behaupten, wo Spezialleistungen und die Nähe zum Kunden maßgebend sind. Seine Tätigkeiten reichen von der Warenproduktion und der Reparatur bis zum Handel und den Dienstleistungen. Im Jahr 1982 erwirtschafteten die selbständigen Handwerksunternehmen rund 11 % der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen.

Im Rahmen der Statistiken des Produzierenden Gewerbes wird das Handwerk nur teilweise erfaßt, da lediglich warenproduzierende Handwerksunternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in den Berichtskreis einbezogen sind. Um einen Gesamtüberblick zu gewinnen, werden deshalb in mehrjährigen Abständen Handwerkszählungen durchgeführt. Die letzte Erhebung dieser Art fand 1977 statt. Darüber hinaus gibt es vierteljährliche Stichprobenerhebungen zur Erfassung kurzfristiger Entwicklungen.

14.5.1 Unternehmen

Bei der Handwerkszählung 1977 wurden etwa 472 000 selbständige Handwerksunternehmen und rund 22 500 handwerkliche Nebenbetriebe festgestellt. Der überwiegende Teil – nämlich 81 % der selbständigen Unternehmen – war im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe tätig, 6 % entfielen auf den Handel und 13 % auf den Dienstleistungsbe-
reich. In den übrigen Wirtschaftsbereichen gibt es nur wenige Handwerksunternehmen (1977: 469 selbständige Unternehmen mit zusammen etwa 2 300 Beschäftigten).

Tab. 11: Selbständige Handwerksunternehmen

Wirtschaftsgliederung	1968	1977
Insgesamt	596 757	471 716
darunter:		
Verarbeitendes Gewerbe	341 306	225 912
Baugewerbe	159 121	156 979
Handel	25 084	29 228
Dienstleistungen	70 386	59 128

Betrachtet man die Ergebnisse der seit 1949 durchgeführten Handwerkszählungen, so sind die rückläufigen Unternehmenszahlen besonders auffällig. Im Vergleich zu 1949 hat sich die Zahl der selbständigen Unternehmen fast halbiert, gegenüber der vorletzten Zählung 1968 ist sie um gut ein Fünftel zurückgegangen.

Nach wie vor sind im Handwerk die kleineren Betriebe vorherrschend. Die Unternehmen mit 1 bis 19 Beschäftigten machen über neun Zehntel des Handwerks aus und beschäftigen mehr als die Hälfte aller Arbeitskräfte. Nur 0,5 % der Handwerksunternehmen haben 100 Beschäftigte und mehr.

14.5.2 Beschäftigte

Die Anzahl der Beschäftigten in Unternehmen selbständiger Handwerker lag 1984 mit 3,7 Mill. um 5 % niedriger als 1980. Im längerfristigen Vergleich ergibt sich allerdings eine Zunahme – etwa gegenüber 1949 um 22 %. Berücksichtigt man den gleichzeitigen

Tab. 12: Beschäftigte in selbständigen Handwerksunternehmen

Wirtschaftsgliederung	1967 ¹	1976 ¹	1980 ²	1984 ²
	1 000			
Insgesamt	3 898,7	3 691,2	3 930,1	3 733,7
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	1 650,7	1 405,1	1 453,5	1 364,5
Baugewerbe	1 711,5	1 564,0	1 636,9	1 501,5
Handel	127,7	210,8	226,4	223,4
Dienstleistungen	406,1	508,9	610,7	641,8

1 Stichtag 30. September.

2 Jahresdurchschnitt.

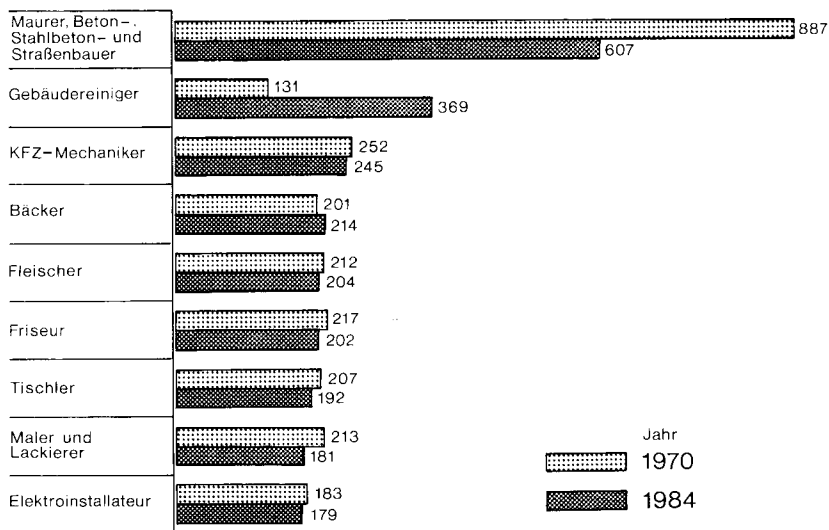
Rückgang der Unternehmenszahl, so bedeutet dies eine Tendenz zum größeren Unternehmen im Handwerk. Während 1949 im Durchschnitt noch nicht einmal vier Beschäftigte je Unternehmen ermittelt wurden, waren es 1968 bereits sechs bis sieben und bei der letzten Zählung 1977 acht.

Im Konkurrenzkampf mit der Industrie hat das Handwerk im Laufe der Zeit tiefgreifende Wandlungs- und Anpassungsprozesse durchlaufen. In manchen Bereichen, z. B. bei den Fleischern und Bäckern, konnte das Handwerk seine Position zwar bewahren; viele Handwerkszweige haben aber an Bedeutung verloren, da die Preisvorteile der maschinell erzeugten Massenwaren die Verbraucher stärker anzogen. Anderen Handwerkszweigen hat der Markt die Produktionsaufgaben sogar ganz oder fast vollständig entzogen; sie beschränken ihre Tätigkeit inzwischen allenfalls auf Reparaturarbeiten, z. B. Schuster und Uhrmacher. Daneben hat die industrielle Entwicklung aber auch neue handwerkliche Betätigungsbereiche hervorgebracht, z. B. das Handwerk des Kraftfahrzeugmechanikers, Schlossers und Elektroinstallateurs (vgl. Abb. 4).

Eine Aufgliederung der Beschäftigten im Handwerk nach ihrer Stellung im Unternehmen zeigt einen vergleichsweise hohen Anteil an Selbständigen. Nach den Ergebnissen der letzten Zählung waren 1976 fast 17 % der in selbständigen Handwerksunternehmen Beschäftigten tätige Inhaber bzw. mithelfende Familienangehörige; 15 % waren Angestellte und 68 % Arbeiter. Von den Arbeitern waren über die Hälfte (55 %) Gesellen und sonstige Facharbeiter.

Besonders bedeutsam ist die Ausbildungstätigkeit des Handwerks, die über den eigenen Bedarf an Nachwuchskräften weit hinausgeht. Ende 1983 gab es im Handwerk ungefähr 675 000 Auszubildende; das bedeutet, daß 39 % aller Lehrlinge des Jahres 1983 eine handwerkliche Ausbildung erfuhren. Im Vergleich dazu wurden in Industrie und Handel rund 792 000 Lehrlinge ausgebildet.

Abb. 4: Beschäftigte in ausgewählten Gewerbebezweigen
in Tausend



14.5.3 Umsätze

Im Jahr 1984 wurde von den selbständigen Handwerksunternehmen ein Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) von 329 Mrd. DM erwirtschaftet. Den größten Beitrag erbrachten mit 44 % nach wie vor die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes, wenngleich ihr Anteil gegenüber 1967 erheblich zurückgegangen ist. Auf die Handwerksunternehmen des Baugewerbes entfielen 1984 39 % des Gesamtumsatzes, im Vergleich zu 38 % im Jahr

Tab. 13: Umsatz selbständiger Handwerksunternehmen

Wirtschaftsgliederung	1967 %	1980 %	1984 %	1984 Mrd. DM
Insgesamt	100	100	100	329
darunter:				
Verarbeitendes Gewerbe	52	43	44	144
Baugewerbe	38	41	39	128
Handel	6	12	13	43
Dienstleistungen	4	4	4	14

1967. Die Handelsunternehmen des Handwerks konnten ihren Umsatzanteil auf 13 % ausweiten; die Dienstleistungsunternehmen und Freien Berufe erreichten einen Anteil von 4 %.

14.5.4 Kostenstruktur

Zur Erfassung der Kostenstruktur im Handwerk wird in vierjährigem Turnus eine Kostenstrukturstatistik auf freiwilliger Basis bei ausgewählten Handwerkszweigen durchgeführt. Bei der letzten Erhebung im Jahr 1982 wurde kein Gesamtergebnis hochgerechnet. 1978 bildete der Material- und Wareneinsatz mit 45,6 % den größten Block in der Kostenrechnung, vor den Personalkosten mit einem Anteil von 27,8 % an der Gesamtproduktion bzw. -leistung. Je nach Handwerkszweig weicht die Kostenstruktur der Unternehmen jedoch erheblich davon ab.

15 Dienstleistungsbereich

15.1 Bedeutung des Dienstleistungsbereichs

Der Dienstleistungsbereich – oft auch als „tertiärer Sektor“ bezeichnet – produziert im Gegensatz zum primären und sekundären Bereich (Land- und Forstwirtschaft bzw. Produzierendes Gewerbe) keine materiellen Güter. Das Angebot dieses Bereiches ist überaus vielfältig und umfaßt Leistungen des Handels, Gastgewerbes, Bank- und Versicherungsgewerbes, der Freien Berufe und des Verkehrsgewerbes. Dienstleistungen erbringt auch der öffentliche Dienst (vgl. Kap. 11). Der Verkehrssektor wird wegen seiner übergreifenden Bedeutung ebenfalls gesondert behandelt (vgl. Kap. 17).

Innerhalb einer hochentwickelten und deshalb in hohem Maße arbeitsteiligen Wirtschaft wächst die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs. Der französische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Fourastié schätzt den tertiären Sektor sogar als „die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts“ ein und mißt ihm zentrale Bedeutung für Wirtschafts-, Struktur- und Beschäftigungsentwicklung bei. Tendenziell findet sich diese Auffassung u. a. in den wachsenden Beschäftigtenzahlen und dem steigenden Anteil dieses Bereichs an der wirtschaftlichen Gesamtleistung bestätigt.

Während um die Jahrhundertwende nur etwa jeder vierte Erwerbstätige im tertiären Sektor beschäftigt war, verdiente hier 1950 schon jeder dritte und 1983 mehr als jeder zweite Erwerbstätige sein Brot. Seinen Beitrag zur Bruttowertschöpfung konnte der Dienstleistungsbereich ebenfalls erhöhen (vgl. Kap. 12). 1960 hatten Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungsunternehmen (einschließlich Staat) einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistung von 41 %, 1983 dagegen von rund 55 %. Der Beitrag von Handel und Verkehr war leicht rückläufig (von 18,5 % auf 15,6 %), während die übrigen Dienstleistungsunternehmen ihren Anteil von 13,6 % auf 26,2 % vergrößern konnten. Der Anteil von Staat und privaten Haushalten an der Bruttowertschöpfung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 8,8 % auf 13,7 %.

15.2 Handel

In der Abgrenzung der amtlichen Statistik gehören zum Handel alle Unternehmen, deren Hauptaufgabe im Vertrieb von Waren, also in der Mittlertätigkeit zwischen Produzenten und Verbrauchern, und damit in einer vielfältigen Dienstleistungsfunktion besteht.

15.2.1 Unternehmen und Beschäftigte

Einen umfassenden Überblick über die Entwicklung im Handel und seinen Teilbereichen Großhandel, Einzelhandel und Handelsvermittlung liefern die in mehrjährigen Abständen

stattfindenden Handels- und Gaststättenzählungen. Nach den Ergebnissen der Zählung 1979 (Ergebnisse der Erhebung 1985 liegen noch nicht vor) gab es im Handelsbereich etwa eine halbe Mill. Unternehmen, die zusammen etwa 3,8 Mill. Personen beschäftigten. Damit arbeitete in der Bundesrepublik etwa jeder siebente Erwerbstätige in diesem Sektor.

Abb. 1: Unternehmen und Beschäftigte
am 31. März 1979

	Unternehmen		Beschäftigte	
Großhandel	97 708	18,8 %	31,5 %	1 206 248
Einzelhandel	346 030	66,6 %	63,5 %	2 430 792
Handels- vermittlung	75 888	14,6 %	5,0 %	191 616

Der bedeutendste Bereich hinsichtlich der Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten ist der Einzelhandel und hier wiederum der Handel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Jedes dritte Einzelhandelsunternehmen führte 1979 dieses Sortiment und rund jeder vierte Beschäftigte im Einzelhandel war dort tätig.

In den vergangenen 30 Jahren vollzog sich im Handelsbereich ein tiefgreifender Wandel. Zwischen 1950 und 1960 führte das allgemeine wirtschaftliche Wachstum zur Gründung neuer Unternehmen und zur Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte. In der darauffolgenden Zeit mußten jedoch bei tendenziell weiter zunehmender Beschäftigtenzahl viele Handelsunternehmen schließen.

Tab. 1: Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigten im Handel

Jahr	Unternehmen des Handels	Beschäftigte im Handel	Beschäftigte je Unternehmen
	1979 = 100		Anzahl
1950	132	60	3,4
1960	143	87	4,5
1968	120	95	5,9
1979	100	100	7,4

Maßgeblich hierfür waren vor allem Rationalisierungsmaßnahmen, die zu kostengünstigeren Angebotsformen führten (Verbrauchermärkte usw.). Sie sprachen mit ihren typischen Vorteilen, wie breiteres Warensortiment, preisgünstige Sonderangebote usw., einen wachsenden Kundenkreis an. Dadurch verschärfte sich die Konkurrenzsituation derart, daß zahlreiche Unternehmen aus dem Markt verdrängt wurden. Von dem Auslese- und Konzentrationsprozeß war vor allem der Einzelhandel betroffen. In diesem Bereich verminderte sich zwischen 1960 und 1979 die Zahl der Unternehmen um mehr als 100 000 auf etwa 346 000. Besonders stark reduzierte sich die Zahl der kleinen Lebensmittelgeschäfte, die als „Tante-Emma-Läden“ längst sprichwörtlich geworden sind. Inwieweit sich diese Entwicklung zu Beginn der achtziger Jahre fortgesetzt hat, wird sich erst aus den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1985 abschätzen lassen.

Der Handel ist durch eine vorwiegend mittelständische Struktur gekennzeichnet. Mehr als die Hälfte aller Handelsunternehmen beschäftigte 1979 nicht mehr als zwei Personen; in neun von zehn Unternehmen waren weniger als zehn Beschäftigte tätig. Dazu gehören meistens die Inhaber der Unternehmen selbst und oft auch deren Angehörige. 1979 waren etwa ein Fünftel aller im Handel Beschäftigten Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

Von erheblicher Bedeutung ist im Handelsbereich die Teilzeit- und Saisonbeschäftigung. Dies gilt vor allem für den Einzelhandel, wo jeder vierte Beschäftigte nur zeitweise tätig ist, und zwar immer dann, wenn besondere Belastungen vom Stammpersonal nicht bewältigt werden können. Eine große Rolle spielen in diesem Zusammenhang nicht nur die starken jahreszeitlichen Schwankungen (vgl. 15.2.3), sondern auch die unterschiedlichen Bela-

Tab. 2: Beschäftigte im Handel
am 31. März 1979

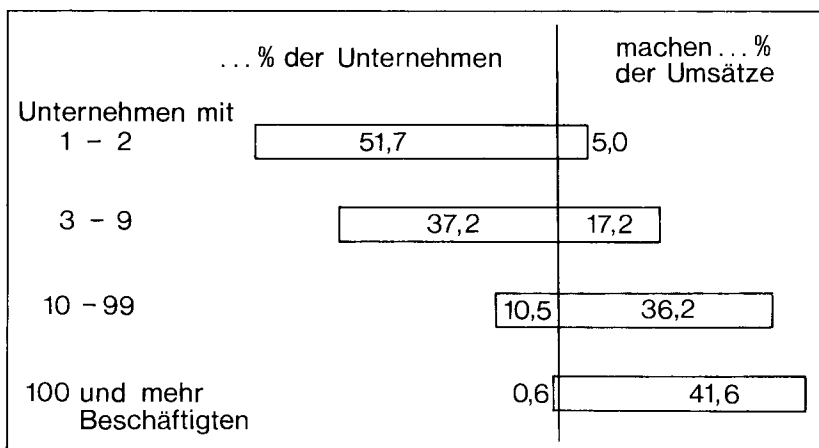
Wirtschafts- bereich	Ins- gesamt	Und zwar					
		Inh. od. mithelf. Fam.-Ang.	Arbeitnehmer		Vollbe- schäf- tigte	Teilzeitbeschäftigte	
		Anzahl	% Anteil an Beschäf- tigten insgesamt		Anzahl	% Anteil an Beschäf- tigten insgesamt	
Großhandel	1 206 248	124 382	1 081 866	89,7	1 045 754	160 494	13,3
Handels- vermittlung	191 616	98 976	92 640	48,3	152 881	38 735	20,2
Einzelhandel	2 430 792	512 331	1 918 461	78,9	1 787 029	643 763	26,5
Insgesamt	3 828 656	735 689	3 092 967	80,8	2 985 664	842 992	22,0

stungen an den verschiedenen Wochentagen, z.B. infolge traditioneller Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten.

15.2.2 Umsätze

Auch aus der Gliederung des Umsatzes (Verkaufswert der Waren) nach Größenklassen werden die ausgeprägten Unterschiede zwischen der Vielzahl kleiner Handelsunternehmen und den wenigen großen Unternehmen in diesem Bereich deutlich. So konnten 1978 die Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten, die nur einen Anteil von 0,6 % an der Gesamtzahl aller Handelsunternehmen hatten, mehr als 40 % des Gesamtumsatzes auf sich vereinigen (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Handelsunternehmen 1979 und ihre Umsätze 1978



Etwa 64 % der Umsätze entfallen auf den Großhandel, 35 % auf den Einzelhandel und nur 1 % auf die Handelsvermittlung, deren Umsatz lediglich aus der Summe der Provisionen und Kostenvergütungen besteht. Rund 52 % der Großhandelsunternehmen und 14 % der Einzelhandelsunternehmen hatten 1978 einen Umsatz von mehr als 1 Mill. DM.

In den sechziger Jahren konnten die Handelsunternehmen nahezu ununterbrochen hohe Umsatzsteigerungen verbuchen. Seit der ersten Hälfte der siebziger Jahre liegen die Zuwachsraten deutlich niedriger. So verzeichnete der Einzelhandel, dessen Umsatzkurve nahezu gleichförmig mit der Entwicklung des privaten Verbrauchs verläuft für 1979 und 1980 real – also nach Abzug der Preissteigerungen (zu Groß- und Einzelhandelspreisen vgl. 16.2.2) – nur noch einen Umsatzzuwachs von 2,7 bzw. 0,3 %.

In den Jahren 1981 bis 1983 spiegelt sich in der Umsatzentwicklung des Handels besonders deutlich die gesamtwirtschaftliche Situation wider. Diese war geprägt durch

Abb. 3: Umsatzentwicklung des Großhandels

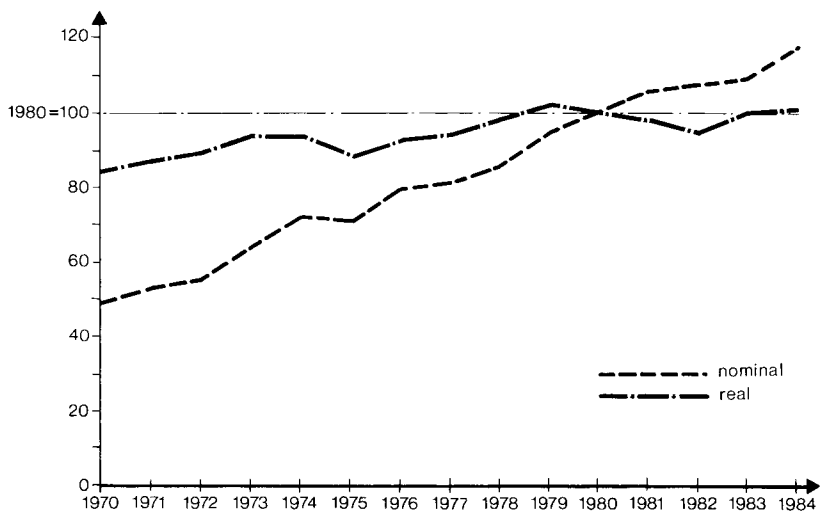
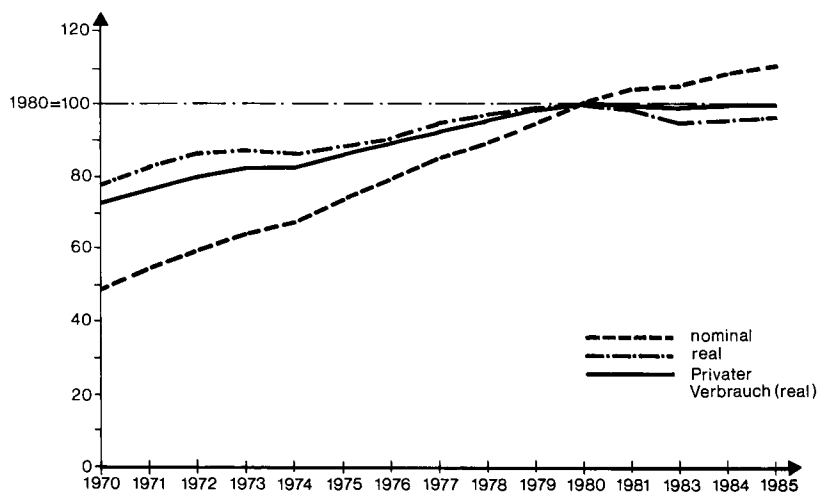


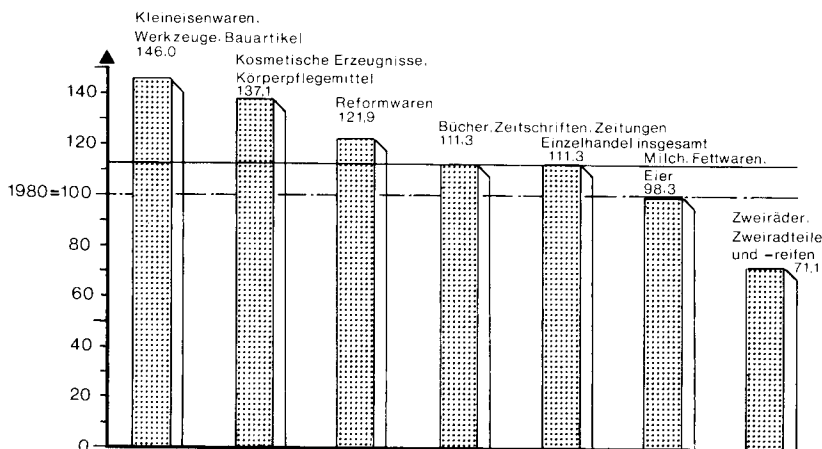
Abb. 4: Umsatzentwicklung des Einzelhandels und Entwicklung des Privaten Verbrauchs



eine – bereits Mitte des Jahres 1980 beginnende – Schwächephase in den Jahren 1981 und 1982 sowie durch eine konjunkturelle Erholung im Jahr 1983, in dem das Bruttosozialprodukt real erstmals wieder anstieg (vgl. Kap. 12).

Nach den Ergebnissen der monatlichen Repräsentativstatistiken blieben die Umsätze im Großhandel 1981 um 1,8 % und 1982 um 3,5 %, im Einzelhandel um 1,5 bzw. 3,9 % hinter den jeweiligen Vorjahresergebnissen zurück, während 1983 und 1984 real Umsatzzunahmen im Großhandel (+ 4,1 % bzw. + 2,0 %) und im Einzelhandel (+ 1,1 % bzw. + 0,5 %) zu verzeichnen waren.

Abb. 5: Indizes der Einzelhandelsumsätze 1984 nach ausgewählten Branchen



Die durchschnittliche Umsatzentwicklung im Handelsbereich konnte von einzelnen Wirtschaftszweigen übertroffen werden; andere verzeichneten dagegen erheblich geringere Umsatzsteigerungen oder sogar -rückgänge. So verbuchten beispielsweise die Facheinzelhändler, die Do-it-yourself-Waren verkaufen, seit 1980 ein höheres Umsatzplus als die meisten ihrer Kollegen (vgl. Abb. 5).

15.2.3 Saisonverläufe im Handel

Die Umsätze des Handels unterliegen im Jahresverlauf starken Schwankungen. Abgesehen von der konjunkturellen Entwicklung bestimmen – vor allem im Einzelhandel – Feiertage oder Urlaubszeiten die Betriebsergebnisse. So sind im allgemeinen besonders hohe Umsätze im Weihnachtsgeschäft zu beobachten. Ein weiteres – weniger ausgeprägtes – Umsatzhoch ist in der Osterzeit (März/April) zu verzeichnen. Ausgesprochen niedrige Umsätze werden dagegen in den Monaten Januar/Februar sowie während der Sommerferien im August erzielt.

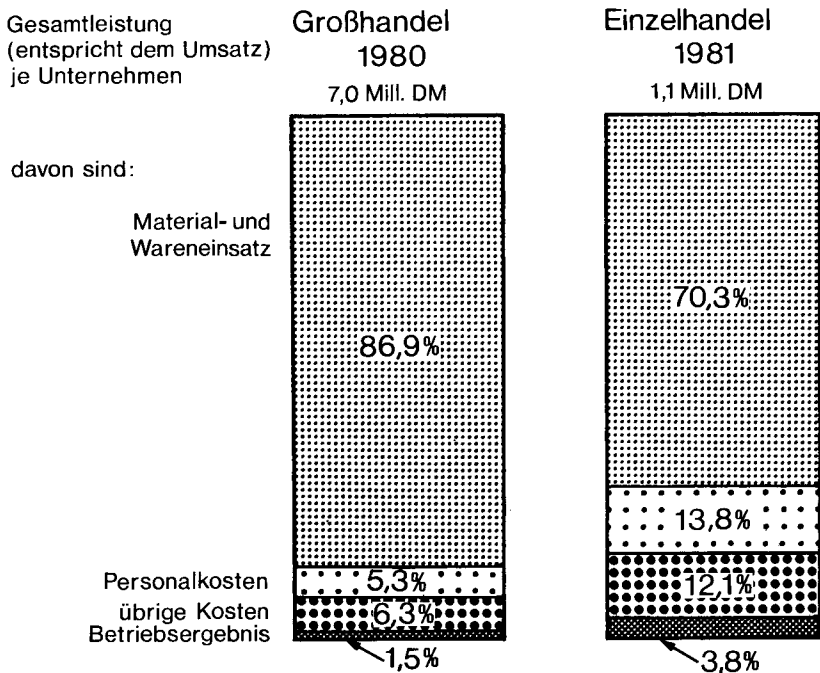
Im Großhandel ist der Saisonverlauf im wesentlichen durch die gleichen Spitzen und Tiefen gekennzeichnet, die allerdings weniger stark ausgeprägt sind und gegenüber der Umsatzentwicklung im Einzelhandel einen zeitlichen Vorlauf aufweisen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Einzelhändler ihren Warenbestand an der erwarteten Umsatzentwicklung ausrichten und versuchen, ihre Lager rechtzeitig aufzufüllen bzw. abzubauen.

15.2.4 Kosten und Gewinne

Im Großhandel müssen durchschnittlich allein ungefähr 87 % des Umsatzes für die Begleichung der Lieferantenrechnungen aufgewendet werden. Die Personalkosten belaufen sich auf durchschnittlich rund 5 %, weitere etwa 6 % entfallen auf die übrigen Kosten (Mieten, Kosten für Energie, Instandhaltungskosten usw.). Die restlichen 1,5 % verbleiben dem Unternehmen als Betriebsergebnis, also als Gewinn vor Abzug der Steuern.

Im Einzelhandel, der im allgemeinen niedrigere Umsätze als der Großhandel tätigt, müssen im Durchschnitt 70 % des Umsatzes für die Bezahlung der Lieferanten einkalku-

Abb. 6: Aufteilung der Gesamtleistung im Handel



liert werden. Die Personalkosten liegen mit knapp 14 % höher als im Großhandel, weil u. a. die Beratung und Betreuung der Kunden – insbesondere bei hochwertigen Gebrauchsgütern – einen entsprechenden Personaleinsatz verlangen. Mit 3 % fallen auch die Mieten und Pachten stärker ins Gewicht, die speziell bei guten Geschäftslagen an den Einkaufsstraßen der Großstädte hoch sind. Sonstige Kosten schlagen beim Einzelhandel mit 9 % zu Buche. Als Betriebsergebnis verbleiben knapp 4 % des Umsatzes, d. h. um einen Gewinn (vor Abzug der Steuern) von 40 000 DM zu erzielen, muß im Durchschnitt ein Einzelhändler im Jahr Waren im Wert von 1 Mill. DM verkaufen.

Gegenüber den Jahren 1976 und 1977 hat sich sowohl beim Großhandel als auch beim Einzelhandel der Anteil des Betriebsergebnisses an der Gesamtleistung verringert. Damals hatten die entsprechenden Werte bei 1,8 % (Großhandel) und bei 4,7 % (Einzelhandel) gelegen.

15.3 Gastgewerbe

15.3.1 Betriebsarten des Gastgewerbes

Das Gastgewerbe zeichnet sich – ähnlich wie der Handel – durch eine große Vielfalt an Erscheinungsformen aus. Es umfaßt als größte Gruppe das Gaststättengewerbe, das sich vorwiegend der Verpflegung und Bewirtung von Gästen widmet, und das Beherbergungsgewerbe, das zusätzlich oder ausschließlich Übernachtungsmöglichkeiten anbietet.

Unter den Gaststätten hatten 1979 die Speise- und Schankwirtschaften mit 82 % den größten Anteil. Auf Imbiß- und Trinkhallen entfielen zusammen 9 %, auf Bars und Tanzlokale 4 % und auf Cafés und Eisdielen je 3 %. Von steigender Bedeutung sind die Kantinen, die in der Art ihrer Tätigkeit den Gaststätten verwandt sind.

Im Bereich des Beherbergungsgewerbes sind durch die starke Zunahme des Reiseverkehrs (vgl. 6.5) neben das traditionelle Unterbringungsangebot neue Betriebsformen getreten. Wachsender Beliebtheit erfreuen sich vor allem Ferienhäuser, Ferienwohnungen und Ferienzentren, deren Zahl – verglichen mit Hotels und Gasthöfen – allerdings immer noch relativ gering ist.

15.3.2 Unternehmen und Beschäftigte

Bei der Handels- und Gaststättenzählung von 1979 wurden im gesamten Gastgewerbe 188 800 Unternehmen ermittelt, die insgesamt rund 787 000 Beschäftigten oder etwa 3 % aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Arbeit boten. 66 % der Beschäftigten des Gastgewerbes waren in Gaststätten, 30 % im Beherbergungsgewerbe und 4 % in Kantinen tätig.

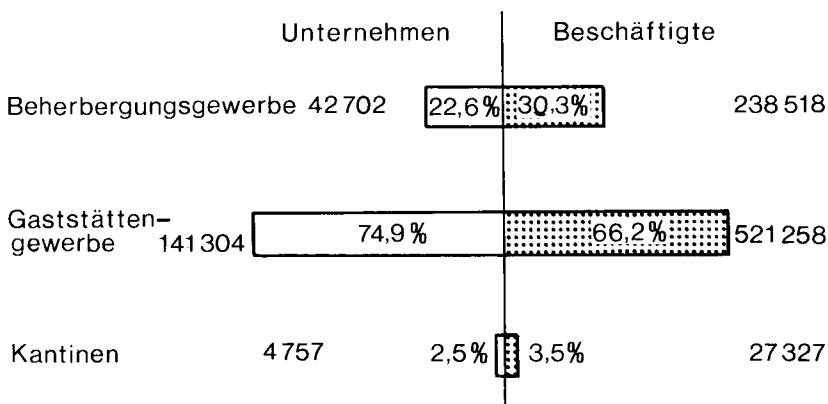
Tab. 3: Unternehmen des Gastgewerbes
am 31. Mai 1979

Betriebsart	Unternehmen	
	Anzahl ¹	%
Speisewirtschaften	51 462	36,4
Schankwirtschaften	64 238	45,5
Imbißhallen	8 957	6,3
Trinkhallen	3 066	2,2
Bars, Tanzlokale	5 935	4,2
Cafés	4 035	2,8
Eisdielen	3 611	2,6
Gaststättengewerbe insgesamt	141 304	100
Hotels	9 225	21,6
Hotels garnis	12 216	28,6
Gasthöfe	10 418	24,4
Pensionen	3 319	7,8
Erholungs- und Ferienheime	760	1,8
Ferienzentren	25	0,1
Ferienhäuser, Ferienwohnungen	1 592	3,7
Hütten, Privatquartiere	4 342	10,2
Campingplätze	805	1,9
Beherbergungsgewerbe insgesamt	42 702	100
Kantinen	4 757	
Gastgewerbe insgesamt	188 763	

¹ Es werden nicht die einzelnen Hotels usw., sondern die Unternehmen gezählt, die mehrere Betriebe unterhalten können.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich sowohl die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe stark erhöht. Der Kapazitätsausbau fand insbesondere während der fünfziger und siebziger Jahre statt. Die Verbesserung der Einkommenssituation breiter Schichten der Bevölkerung führte zu einer Steigerung der Nachfrage nach Gastgewerbeleistungen und zu einer Auffächerung des Angebots. Zwischen 1968 und 1979 erhöhte das Gaststättengewerbe seinen Beschäftigtenbestand um rund 20 %, das weniger arbeitsintensive Beherbergungsgewerbe nur um 2 %.

Abb. 7: Unternehmen und Beschäftigte des Gastgewerbes
am 31. Mai 1979



Das Gastgewerbe ist in noch stärkerem Maße als der Handel durch eine kleinbetriebliche Struktur gekennzeichnet. In mehr als der Hälfte der Unternehmen sind nur ein bis zwei Personen tätig, lediglich 7 % beschäftigten zehn Personen oder mehr. Dabei spielt die Mitarbeit der Inhaber und deren Angehöriger eine entscheidende Rolle. Nur 57 % der Beschäftigten waren 1979 Familienfremde. Außerdem ist die Teilzeitbeschäftigung von großer Bedeutung. Mit einem Teilzeitbeschäftigtenanteil von rund einem Drittel versucht das Gastgewerbe, die unterschiedliche Belastung zu einzelnen Tageszeiten, Wochentagen und im jahreszeitlichen Verlauf auszugleichen.

Tab. 4: Entwicklung von Unternehmen und Beschäftigten
im Gastgewerbe

Jahr	Unternehmen	Beschäftigte	Beschäftigte je Unternehmen
	1979 = 100		
1950	72	53	3,1
1960	88	82	3,9
1968	89	87	4,1
1979	100	100	4,2

15.3.3 Umsätze

Die Unternehmen des Gastgewerbes erzielten 1978 einen durchschnittlichen Jahresumsatz von rund 200 000 DM. Umsätze unter 50 000 DM hatten 1978 immerhin etwa 20 % der Gastgewerbeunternehmen, dagegen verzeichneten 2,2 % einen Umsatz von 1 Mill. DM und mehr.

Insgesamt wurden 1978 rund 38 Mrd. DM im Gastgewerbe umgesetzt. In den Folgejahren stiegen die Umsätze nominal weiter an, real war jedoch in den Jahren 1981 bis 1984 ein Umsatzrückgang zu verzeichnen, am stärksten 1982 mit – 4,0 %.

Die Umsatzentwicklung spiegelt die saisonalen Schwankungen des Reiseverkehrs mit einem ausgeprägten „Hoch“ im Sommer und einem „Tief“ im Winter wider, das von einem leichten Aufschwung in der Weihnachtszeit unterbrochen wird.

15.3.4 Kostenstruktur

In der Kostenstruktur im Gastgewerbe macht sich der Dienstleistungscharakter dieser Branche besonders bemerkbar. Bei einer Gesamtleistung je Unternehmen von rund 227 000 DM entfielen 1981 allein 21 % auf Personalkosten, etwa 8 % auf Mieten und Pachten und knapp 21 % auf übrige Kosten (Brennstoffe, Instandhaltungskosten u. ä.). Der Material- und Wareneinsatz betrug rund 38 % des Umsatzes (Gesamtleistung). Als Betriebsergebnis (Gewinn vor Abzug von Steuern) verblieben den Inhabern der Gastgewerbeunternehmen durchschnittlich 12 % des Umsatzes.

15.4 Kreditinstitute

Im Rahmen einer hochentwickelten Volkswirtschaft spielt die Geld- und Kreditwirtschaft und damit das Bankensystem eine zentrale Rolle. Als Kapitalsammelstellen und Finanzierungsinstitute erfüllen die Banken wichtige gesamtwirtschaftliche Aufgaben. Diese werden in der Bundesrepublik Deutschland unter der Aufsicht der Deutschen Bundesbank wahrgenommen, die als Notenbank Hüterin der Währung ist. Mit verschiedenen Mitteln – wie Zinspolitik, Wertpapiergeschäfte usw. – kann sie innerhalb gewisser Grenzen die Geldversorgung der Volkswirtschaft steuern und damit zugleich Einfluß auf Konjunktur und Wachstum nehmen. Die Deutsche Bundesbank sorgt dabei auch für den nötigen Bargeldumlauf, der 1984 bei rund 100 Mrd. DM lag.

Aus der Zusammenarbeit von Bundesbank und den sogenannten Geschäftsbanken fallen Informationen an, die zu statistischen Ergebnissen zusammengestellt werden und wertvolle Aufschlüsse über Struktur und Entwicklung des Bankensystems liefern.

15.4.1 Unternehmen

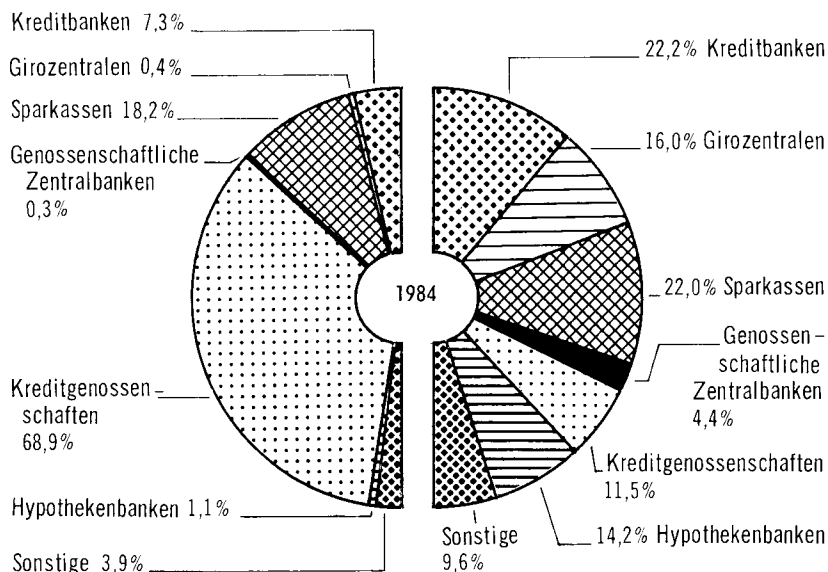
Im deutschen Bankwesen ist seit Jahren ein Fusionsprozeß im Gange. Er hat zu einer abnehmenden Zahl von Kreditinstituten geführt. Während 1973 3 784 berichtspflichtige Kreditinstitute (Kreditinstitute mit einer bestimmten Mindestbilanzsumme) gezählt wur-

den, gab es 1984 nur noch 3250. Von ihnen waren 2239 oder mehr als zwei Drittel Kreditgenossenschaften (Volks- und Raiffeisenbanken) mit einem Anteil von 11,5 % am gesamten Geschäftsvolumen der Kreditinstitute. Dabei ist zu beachten, daß weitere 1 474 Kreditgenossenschaften nicht berichtspflichtig waren, weil ihre Bilanzsumme unter 10 Mill. DM lag; ihre Geschäftstätigkeit geht deshalb nicht in die statistischen Ergebnisse ein.

Abb. 8: Kreditinstitute und ihr Geschäftsvolumen

Kreditinstitute insgesamt 3250

Geschäftsvolumen insgesamt 3 088 Mrd. DM



Gemessen am Geschäftsvolumen sind die übrigen Institutsgruppen, z. B. Kreditbanken, Sparkassen und Girozentralen, von weitaus größerer Bedeutung.

15.4.2 Beschäftigte und Personalkosten

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 waren 597 100 Erwerbstätige (2,2 % aller Erwerbstätigen) in Kredit- oder sonstigen Finanzierungsinstituten tätig, gegenüber 455 000 im Jahr 1971.

Den im Rahmen der Personalkostenerhebung 1981 befragten Kreditinstituten waren im Durchschnitt je Arbeitnehmer 53 400 DM an Personalkosten entstanden. Fast die Hälfte (48,8 %) entfiel auf die sogenannten Personalnebenkosten, das sind im wesentlichen

Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaub, Krankheit, gesetzliche Feiertage), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Aufwendungen für die berufliche Bildung.

15.4.3 Geschäftstätigkeit

Bei den Banken läßt die Bilanz – als Gegenüberstellung von Forderungen und Verbindlichkeiten zu einem bestimmten Stichtag – besonders deutlich Umfang und Schwerpunkte der geschäftlichen Tätigkeit erkennen. Die Annahme von Einlagen einerseits, Kreditvergabe andererseits sind die wesentlichen Aufgaben des Bankensystems, die entsprechend im Bild der zusammengefaßten Bilanz erscheinen (*siehe Tab. 5 und Tab. 6*).

Die Kredite an Nichtbanken, der bedeutendste Aktivposten in der Gesamtbilanz der Kreditinstitute, wurden 1984 zu rund 73 % an inländische Unternehmen und Privatpersonen vergeben, 23 % gingen an öffentliche Haushalte im Inland, 5 % der Kredite flossen an Kreditnehmer im Ausland.

Auf der Passivseite der Bilanz waren die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Unternehmen und Privatpersonen mit etwa 84 % aller Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken besonders bedeutsam. Darunter hatten die Spareinlagen und Sparbriefe mit rund 48 % den größten Anteil. 13 % der Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken stammten von inländischen öffentlichen Haushalten, etwa 3 % von ausländischen Gläubigern.

Die Einlagen der Bausparkassen stellen wegen ihrer Zweckbindung (sie dürfen innerhalb bestimmter Fristen ausschließlich für Wohnungsbauzwecke verwendet werden) Spareinlagen besonderer Art dar. Ende 1984 bestanden 24 Mill. Bausparverträge mit den 32 Bausparkassen im Bundesgebiet. Sie hielten Einlagen in Höhe von 125 Mrd. DM und hatten Baudarlehen mit einer Gesamtsumme von 146 Mrd. DM vergeben. Gegenüber 1970, als 9,6 Mill. Verträgen 40,6 Mrd. DM an Einlagen und 34,7 Mrd. DM an Baudarlehen

Tab. 5: Aktiva der Kreditinstitute
in Mill. DM

Forderungen (Aktiva)	1970	1980	1984
Barreserve	31 241	70 898	76 232
Schecks und Inkassopapiere	2 356	4 029	6 152
Kredite an Kreditinstitute	214 013	658 266	884 375
Kredite an Nichtbanken	543 733	1 542 852	2 017 474
Beteiligungen	4 990	19 061	27 635
Sonstige Aktiva	21 528	56 154	75 631
Geschäftsvolumen insgesamt	817 861	2 351 260	3 087 499

Tab. 6: Passiva der Kreditinstitute
in Mill. DM

Verbindlichkeiten (Passiva)	1970	1980	1984
Einlagen und aufgenommene Kredite von Kreditinstituten	195 618	601 521	745 925
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	447 058	1 185 331	1 503 480
Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf	118 748	413 594	619 256
Kapital (einschließlich offene Rücklagen gem. § 10 KWG)	29 473	76 923	104 389
Sonstige Passiva	26 964	73 891	114 449
Geschäftsvolumen insgesamt	817 861	2 351 260	3 087 499

gegenüberstanden, war damit eine deutliche Ausweitung des Bauspargeschäfts zu verzeichnen.

Die Ausgabe von Kapitalmarktpapieren (Aktien und festverzinsliche Wertpapiere) ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftstätigkeit der Banken. Die Emission eigener festverzinslicher Wertpapiere (z. B. Pfandbriefe, Bankobligationen) dient der Beschaffung von Fremdkapital, die Ausgabe von Anleihen der öffentlichen Hand sowie von Anleihen und Aktien der Unternehmen übernehmen die Banken als Dienstleistungen für diese Stellen.

1984 setzten die Kreditinstitute festverzinsliche Papiere inländischer Emittenten – vorwiegend Bankschuldverschreibungen – im Wert von 227 394 Mill. DM ab. Insgesamt

Tab. 7: Absatz und Umlauf von Aktien und festverzinslichen
Wertpapieren inländischer Emittenten

Jahr	Festverzinsliche Wertpapiere		Aktien	
	Absatz	Umlauf ¹	Absatz ²	Umlauf ¹
Mill. DM Nominalwert				
1970	20 816	158 005	2 374	55 604
1980	137 453	548 645	3 702	91 134
1984	227 394	849 985	2 992	104 695

¹ Am Jahresende.

² Durch Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen.

waren Ende 1984 festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nominalwert (Nennwert) von 849985 Mill. DM im Umlauf. Der Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten betrug 1984 19072 Mill. DM. Im Umlauf befanden sich entsprechende Papiere mit einem Nominalwert von 96269 Mill. DM.

Im Vergleich zu festverzinslichen Wertpapieren ist der Erwerb von Aktien mit größeren Risiken, aber auch mit höheren Gewinnmöglichkeiten verbunden. Entsprechend ist der Aktienmarkt in der Bundesrepublik von geringerer Bedeutung als der Rentenmarkt (Markt der festverzinslichen Wertpapiere). 1984 waren Aktien mit einem Nominalwert von 104695 Mill. DM im Umlauf. Der Wert der in diesem Jahr erstmals gegen Einzahlung von Finanzmitteln abgesetzten Aktien betrug 2992 Mill. DM (Nominalwert).

15.5 Versicherungen

Die Versicherungswirtschaft bietet mit einem breitgefächerten Dienstleistungsangebot materielle Absicherung gegen die verschiedenartigsten Risiken. Dadurch macht sie Verluste und Schadensfälle kalkulierbar. Dies wird für Wirtschaft und private Haushalte angesichts wachsender Gefahren und im Hinblick auf die Höhe möglicher Schäden immer wichtiger.

15.5.1 Unternehmen und Beschäftigte

Diese Entwicklung stellt wachsende Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Versicherungswirtschaft. Hierin dürfte ein Grund für die Konzentration in diesem Bereich liegen. Die Zahl der unter staatlicher Aufsicht stehenden Versicherungsunternehmen ist allein zwischen 1975 und 1983 von ungefähr 5700 auf 2695 zurückgegangen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 1982 waren in Versicherungsunternehmen 302200 Personen tätig. 1971 waren im Versicherungsgewerbe 233000 Erwerbstätige gezählt worden.

Die Personalkosten beliefen sich im Bereich der Versicherungsunternehmen auf durchschnittlich 57203 DM je Arbeitnehmer (1981), von denen 48 % auf Personalnebenkosten (vgl. 15.4.2) entfielen. Die durchschnittlichen Personalkosten je Arbeitnehmer lagen damit um rund 3800 DM höher als bei Kreditinstituten.

15.5.2 Geschäftstätigkeit

Der Umfang der Geschäftstätigkeit läßt sich vor allem aus den abgeschlossenen Verträgen und den Versicherungssummen ablesen. Er findet seine Entsprechung im Vermögen der Versicherungswirtschaft, die zu den größten Anlegern auf dem Kapitalmarkt gehört.

Das Lebensversicherungsgeschäft betrieben 1983 in der Bundesrepublik Deutschland 102 Unternehmen. Gemessen an der Gesamtzahl aller Versicherungsunternehmen waren dies nur 3,8 %. Die Versicherungssumme aller abgeschlossenen Lebensversiche-

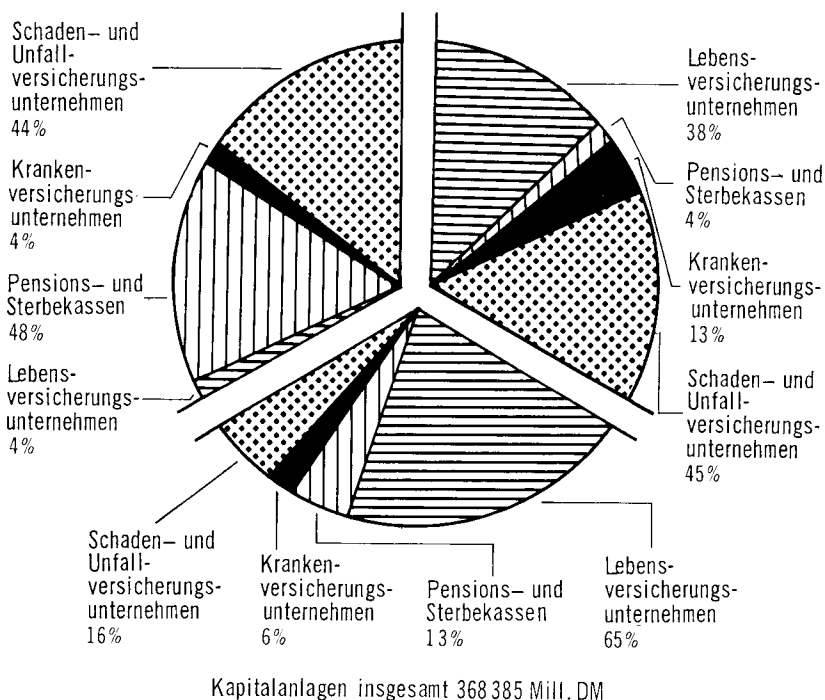
rungsverträge erreichte Ende 1983 rund 984 Mrd. DM. Das Beitragsaufkommen von über 37 Mrd. DM im Jahr 1983 entsprach einem Anteil von etwa 38 % am gesamten Beitragsaufkommen aller Versicherungsunternehmen¹. Die Kapitalanlagen dieser Sparte erreichten 1983 einen Anteil von 65 % am entsprechenden Wert der gesamten Versicherungswirtschaft¹.

Im Unterschied zu den Lebensversicherungen wird bei den Schaden- und Unfallversicherungen (z. B. Feuer-, Hausrat-, Haftpflichtversicherungen) sowie bei den Krankenversicherungen lediglich das aktuelle Risiko abgedeckt und daher nicht im gleichen Maß Kapitalvermögen gebildet wie bei den Lebensversicherungsunternehmen.

Abb. 9: Versicherungsunternehmen, Bruttobeiträge, Kapitalanlagen 1983
Ohne Rückversicherungsunternehmen

Unternehmen insgesamt 2 695

Bruttobeiträge insgesamt 97 564 Mill. DM



¹ Ohne Rückversicherungsunternehmen.

Für die Kranken- sowie die Schaden- und Unfallversicherungsunternehmen gibt *Tab. 8* einen Überblick über Beiträge einerseits und Zahlungen für Versicherungsfälle andererseits.

Bei den Zahlungen der privaten Krankenkassen für Versicherungsfälle (1983: 8 403 Mill. DM) hatten die Krankheitskosten einen Anteil von 66 %. Bei den Schaden- und Unfallversicherungen waren die Aufwendungen der Kraftfahrtversicherung mit 48 % von besonderem Gewicht.

Tab. 8: Beiträge und Zahlungen für Versicherungsfälle

Jahr	Krankenversicherungs- unternehmen		Schaden- und Unfallver- sicherungsunternehmen	
	Brutto- beiträge	Bruttozahlungen für Versicherungsfälle	Brutto- beiträge	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle
Mill. DM				
1970	4 098	2 624	12 791	9 924
1980	9 825	7 096	36 397	28 633
1983	12 650	8 403	44 012	35 093

15.6 Freie Berufe

Das Bild des Dienstleistungsbereichs wäre unvollständig, würde man die Freien Berufe außer acht lassen. Allerdings ist das statistische Material über diesen Bereich wegen der Vielfalt der Freien Berufe und den besonderen Problemen ihrer Erfassung lückenhaft und ermöglicht nur Teilaussagen.

Zum Bereich der Freien Berufe werden alle Personen gerechnet, die selbständig in einem wissenschaftlichen, künstlerischen, ärztlichen, beratenden und ähnlichen Beruf tätig sind (nicht jedoch selbständige Gewerbetreibende). Während über die freiberuflich im Gesundheitswesen Tätigen und über einige beratende Berufe, wie Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Architekten und Ingenieure, Material vorliegt, können über selbständige Dolmetscher, Designer usw. kaum Angaben gemacht werden.

15.6.1 Freiberuflich tätige Personen und ihre Einkünfte

Eine gewisse Vorstellung von der Anzahl der freiberuflich tätigen Personen – mit einem gesonderten Nachweis der wichtigsten Freien Berufe – vermitteln die Angaben über die Einkommensteuerpflichtigen. Da diese Statistik erst nach Abwicklung der Einkommen-

Tab. 9: Steuerpflichtige freiberuflich tätige Personen
mit Einkünften aus selbständiger Arbeit 1980

Berufsgruppen	Anzahl der Steuerpflichtigen	Durchschnittseinkünfte aus selbständiger Arbeit (DM)	Davon		
			unter 25 000 DM	25 000 bis 75 000 DM	75 000 DM und mehr
			in %		
Rechtsanwälte und Notare	20 170	122 926	12,0	33,2	54,7
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, sonstige Wirtschaftsberater	23 573	100 685	14,6	36,0	49,4
Ärzte	55 042	180 858	5,3	16,4	78,3
Zahnärzte, einschließlich Dentisten, aber ohne Zahntechniker	21 711	239 463	3,6	12,4	84,0
Tierärzte	3 091	83 723	11,2	40,9	48,0
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	11 306	52 834	30,9	48,4	20,8
Architekten einschließlich Innenarchitekten, Vermessungsingenieure, Bauingenieure, sonstige Ingenieure und Techniker, Chemiker und Chemotechniker	39 599	90 298	18,6	41,8	39,7
Künstlerische Berufe	8 588	37 098	60,4	28,2	11,4
Sonstige Freie Berufe	80 288	49 478	51,9	29,5	18,6
Zusammen veranlagte Ehepaare, die beide freiberuflich tätig sind	22 534	124 215	37,7	18,9	43,4
Insgesamt	285 902	110 278	26,6	28,1	45,2

steuer-Veranlagung durchgeführt werden kann, liegen zur Zeit erst Ergebnisse für das Jahr 1980 vor.

1980 gab es rund 285 900 Steuerpflichtige (darunter 22 534 beiderseits freiberuflich tätige Ehepaare), die in den in Tab. 9 genannten Berufsgruppen tätig waren. Sie hatten durchschnittliche Jahreseinkünfte (Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten) von etwa 110 300 DM. Am besten schnitten Zahnärzte und Dentisten ab; 77 % lagen 1980 mit ihren jährlichen Einkünften über 100 000 DM, 36 % überschritten sogar 250 000 DM; unter den Ärzten hatten rund 69 % Einkünfte in Höhe von 100 000 DM und mehr. Am unteren Ende der Einkommenskala standen die in künstlerischen Berufen Tätigen. Sie hatten ein Durchschnittseinkommen von 37 100 DM im Jahr. 60 % verdienten sogar weniger als 25 000 DM jährlich.

15.6.2 Beschäftigte

Nach der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren bei Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten sowie in Anwaltspraxen, Unternehmensberatungen, Architektur- und Ingenieurbüros 1983 rund 556200 Personen (sozialversicherungspflichtig) beschäftigt, allein 55 % davon bei Ärzten.

Tab. 10: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am 30. Juni 1984

Wirtschaftsklasse	Beschäftigte
Freiberufliches Gesundheitswesen	302 029
Freiberufliches Veterinärwesen sowie Anstalten und Einrichtungen	4 677
Rechtsanwaltspraxen, Notariate, sonstige Rechtsberatung	76 059
Unternehmensberatung, Wirtschaftsprüfung	173 427
Architekten-, Bauingenieur-, Vermessungs- und sonstige Büros	203 283

Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnen auch die Auszubildenden. 1983 wurden etwa 129400 Jugendliche im Ausbildungsbereich „Freie Berufe“ ausgebildet. Nahezu 96 % waren Mädchen, die vor allem eine Ausbildung als Arzt- oder Zahnarzthelferin, als Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sowie als Rechtsanwalts- und Notargehilfin durchliefen. Insgesamt entfielen auf die Freien Berufe 1983 Anteile von 7,5 % aller Auszubildenden bzw. von 18,3 % der weiblichen Auszubildenden. Die Freien Berufe leisteten damit einen bedeutenden Beitrag zur beruflichen Ausbildung junger Menschen.

16 Preise und Löhne

16.1 Einführung

Die Entwicklung der Preise berührt jeden einzelnen, sei es bei seinen täglichen Einkäufen oder bei den Überlegungen, ob er sich eine Urlaubsreise, eine größere Anschaffung oder gar ein Eigenheim leisten kann. Preissteigerungen – etwa bei Grundstoffen, Investitionsgütern u. ä. – sind aber ebenso für die Unternehmen von Bedeutung, da sie ganz wesentlich ihre Kostensituation beeinflussen. Nicht zuletzt wirkt sich die allgemeine Preisentwicklung aus, wenn es gilt, zwischen den Tarifpartnern Lohn- und Gehaltserhöhungen auszuhandeln.

Auch die Entwicklung von Löhnen und Gehältern ist für Arbeitnehmer wie für Unternehmen gleichermaßen bedeutsam: für die einen sind Lohn- und Gehaltszahlungen Hauptbestandteil des Einkommens, für die anderen einer der wesentlichen Kostenfaktoren.

Die engen Wechselwirkungen zwischen Preisen und Löhnen werden häufig zu dem Schlagwort Preis-Lohn- bzw. Lohn-Preis-Spirale verkürzt. Es besagt in starker Vereinfachung, daß Preissteigerungen in der Regel zu höheren Lohnforderungen führen und daß Steigerungen der Löhne und Gehälter über erhöhte Produktionskosten und erweiterte Nachfrage wiederum Preiserhöhungen verursachen. Unter welchen Voraussetzungen und Einschränkungen diese Annahmen zutreffen, kann hier nicht im einzelnen diskutiert werden. Für das Verständnis der Ausführungen zu den Löhnen und Preisen in den folgenden Abschnitten ist es aber wichtig, die engen Verknüpfungen dieser wirtschaftlichen Größen nicht aus dem Auge zu verlieren.

16.2 Preise

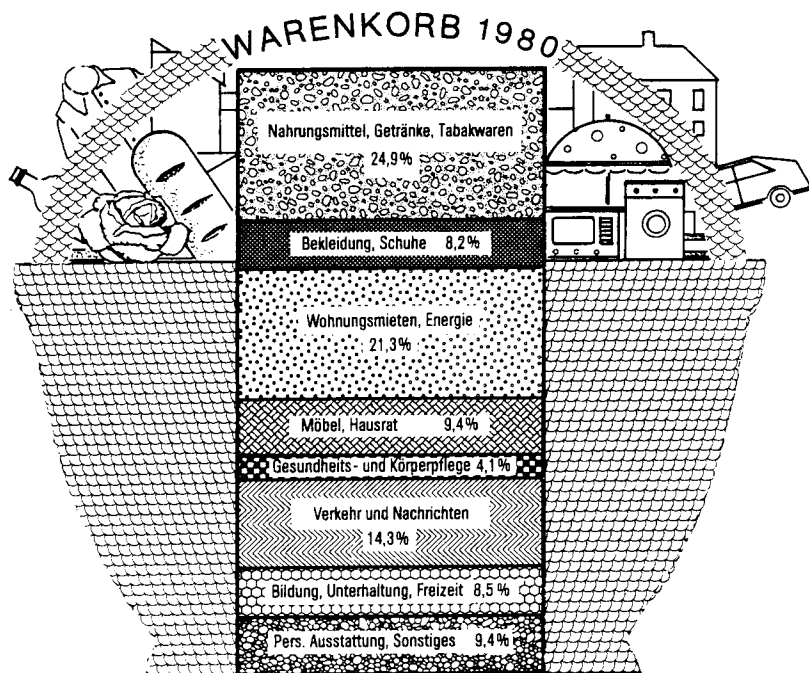
Um die Preisentwicklungen auf den verschiedenen Märkten statistisch beobachten und darstellen zu können, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein nahezu lückenloses System von Preisindizes. Für fast alle Stadien des Wirtschaftsablaufs, vom Einkauf der für die Produktion notwendigen Güter bis zum Absatz der Waren an den Endverbraucher, werden zu diesem Zweck von der amtlichen Statistik laufend Preise erhoben und zu Indizes weiterverarbeitet. So gibt es Preisindizes für Grundstoffe und landwirtschaftliche Betriebsmittel, für Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher sowie forstwirtschaftlicher Produkte, für Großhandelsverkaufspreise und schließlich für Verbraucherpreise. Darüber hinaus werden Indizes der Baupreise, der Preise für Verkehrsleistungen und für Leistungen des Beherbergungs- und Gaststättengewerbes sowie Indizes der Ein- und Ausführpreise berechnet.

Alle Preisindizes haben das Ziel, die Preisentwicklung in einem bestimmten Bereich auf eine Kennziffer zu komprimieren und damit eine „Meßlatte“ zu liefern, an der durchschnittliche Veränderungen gegenüber einem Vergleichszeitraum quantifiziert werden können. Wie ein solcher Preisindex zustande kommt, wird im folgenden beispielhaft und stark vereinfacht am Preisindex für die Lebenshaltung – dem wohl bekanntesten Indikator des Statistischen Bundesamtes – erläutert.

16.2.1 Verbraucherpreisentwicklung – Preisindex für die Lebenshaltung

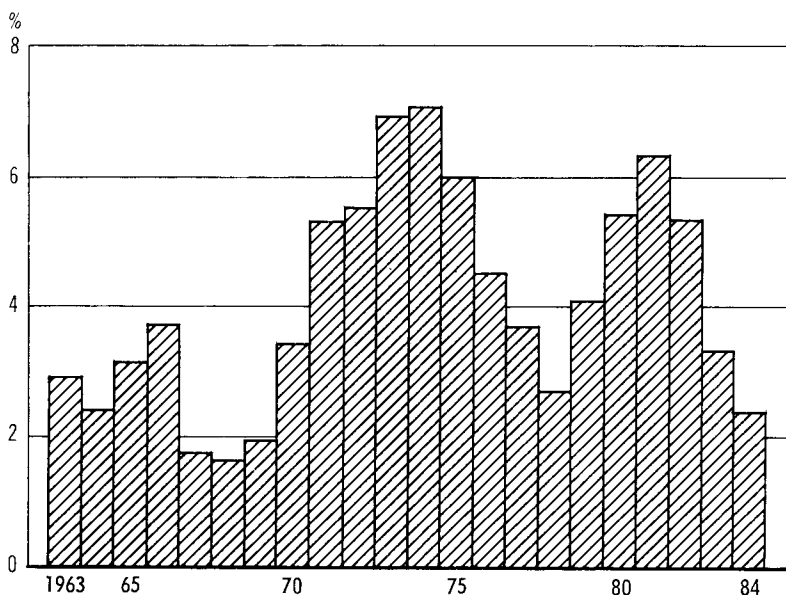
Die amtlichen Preisindizes für die Lebenshaltung werden in der Öffentlichkeit häufig falsch interpretiert. Weit verbreitet ist das Mißverständnis, ein Index könne unbesehen auf die Situation des eigenen Haushalts übertragen werden. Dabei wird verkannt, daß für die Statistik die einzelne Person oder der einzelne Haushalt stets nur als Teil des Ganzen interessant sind. Für die Statistik tritt die Einzelbetrachtung gegenüber einer Gesamtbe-

Abb. 1: Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet



Quelle: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Januar 1985.

Abb. 2: Jährliche Preissteigerungsraten 1963 bis 1984



trachtung zurück, die mit Durchschnittswerten arbeitet. Zu diesem Zweck werden anhand von Aufzeichnungen in Haushaltsbüchern bestimmte Haushaltstypen abgegrenzt, die sich nach Größe, Zusammensetzung, Einkommen und Verbrauchsstruktur unterscheiden. Es sind dies Vierpersonen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen, Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen und Zweipersonen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern. Für diese Haushaltstypen werden spezielle Preisindizes berechnet. Daneben gibt es den umfassenden Preisindex aller privaten Haushalte.

Die Berechnung der einzelnen Preisindizes basiert auf einer gezielten Auswahl von annähernd 800 Waren und Dienstleistungen, die Fülle und Vielfalt des Marktangebotes möglichst gut repräsentieren sollen. Sie werden unter Auswertung der Anschreibungen in den Haushaltsbüchern in den „Warenkorb“ der Indexberechnung aufgenommen. Entsprechend ihrer Verbrauchsbedeutung, die sich aus dem jeweiligen Anteil am Haushaltsbudget ableitet, wird ihnen im Warenkorb ein entsprechendes „Gewicht“ zugeteilt. Dadurch ist gewährleistet, daß z. B. eine Preiserhöhung bei Brot in der Indexberechnung stärker durchschlägt als eine Verteuerung von Salz oder einem anderen Gut mit geringer Verbrauchsbedeutung.

Für alle in den Preisindizes für die Lebenshaltung berücksichtigten Positionen verfolgen Preisbeobachter in 118 über das ganze Land verteilten Gemeinden im Auftrag der

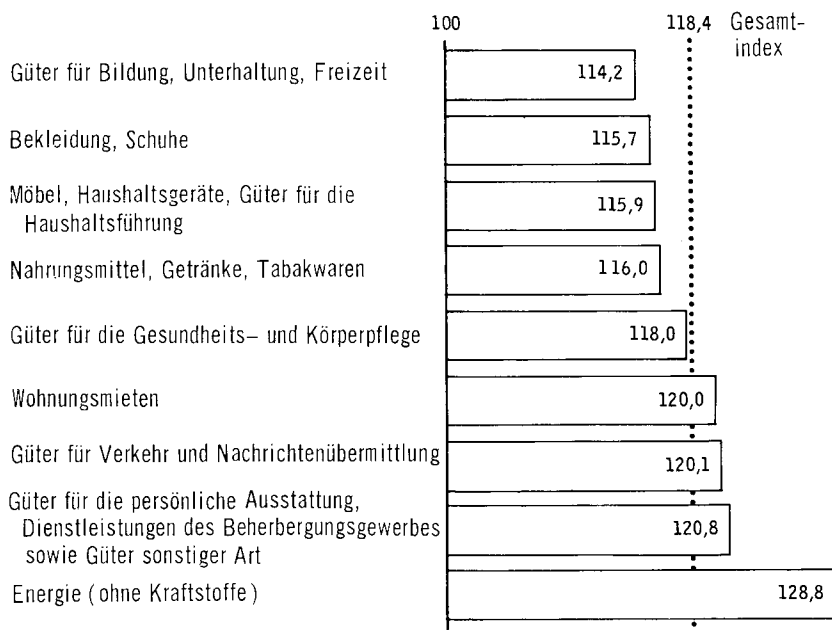
amtlichen Statistik laufend in den verschiedenartigsten Läden jede Preisveränderung. Die einzelnen Meldungen, die in die Gesamtberechnung des Index eingehen, summieren sich zu mehr als 300 000 Preisreihen. Schon aus dieser imposanten Zahl wird die umfassende Dokumentation der Preisentwicklung deutlich. In regelmäßigen Abständen werden die Indizes neu berechnet, um Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigen zu können.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen hat sich auf der Basis 1980 = 100 zwischen 1950 und 1984 von 39,8 auf 118,4 Punkte erhöht, also fast verdreifacht.

Welche Preissteigerungen sich von Jahr zu Jahr ergaben, zeigt Abb. 2. Ihr liegt der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zugrunde, der erst für die Jahre ab 1962 ermittelt wird.

Innerhalb dieses Zeitraums waren 1973 und 1974 mit 6,9 % bzw. 7,0 % die höchsten durchschnittlichen Preissteigerungsraten (Inflationsraten) zu verzeichnen. Hauptursache hierfür waren die starken Ölpreiserhöhungen dieser Jahre.

Abb. 3: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1984
nach ausgewähltem Verwendungszweck 1980 = 100



Wie Abb. 3 zeigt, verlief die Preisentwicklung bei den einzelnen Gütergruppen unterschiedlich. Bei einer allgemeinen Steigerung der Verbraucherpreise von 18,4 % im Zeitraum von 1980 bis 1984 sind für Elektrizität, Gas und Brennstoffe Preiserhöhungen von rund 29 % festgestellt worden; bei Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke betrug die Preiserhöhung dagegen nur 14 %.

Die häufig geäußerte Vermutung, der Preisindex weise zu geringe Preissteigerungen nach, hängt vor allem damit zusammen, daß zum einen Preissteigerungen stärker empfunden werden als gleichbleibende oder gar sinkende Preise und daß zum anderen häufig vergessen wird, daß in den Preisindizes durchschnittliche Preiserhöhungen für die Verbrauchsausgaben eines fiktiven Haushalts erfaßt werden.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein tatsächlich existierender Haushalt heizt beispielsweise mit Öl und wird von den Preissteigerungen in diesem Bereich voll getroffen. Ein anderer Haushalt, der Gas verwendet, das sich weniger verteuert hat, wird durch die Preisentwicklung in weit geringerem Umfang belastet. Im Budget des fiktiven Indexhaushalts sind – entsprechend der anteiligen Verbrauchsbedeutung – alle Heizenergiearten (Gas, Kohle, Koks, Holz, Elektrizität und Öl) vertreten, so daß auch die unterschiedliche Preisentwicklung dieser Energieträger entsprechend in die Indexberechnung eingeht. Aus diesem Grund wirken sich extreme Preissteigerungen oder Preissenkungen in gemilderter Form auf die Entwicklung des Gesamtindex aus.

Ein längerfristiger Vergleich der verschiedenen Preisindizes zeigt, daß die einzelnen Haushaltstypen von Preissteigerungen nicht gleichmäßig betroffen sind. So ist beispielsweise der Preisindex für die Lebenshaltung von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen von 1962 bis 1984 um knapp 135 %, der von Zweipersonen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern um etwa 144 % gestiegen. Der Preisindex für die Lebenshaltung eines Kindes hat sich sogar um 148 % erhöht.

Tab. 1: Preisindizes für die Lebenshaltung
1980 = 100

Jahr	Vierpersonen-Haushalte v. Angestellten u. Beamten mit höherem Einkommen	Vierpersonen-Arbeitnehmer- haushalte mit mittlerem Einkommen	Zweipersonen- Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfe- empfängern	Einfache Lebens- haltung eines Kindes	Alle privaten Haus- halte
1962	50,0	50,5	48,7	47,2	49,7
1970	60,8	61,7	61,3	58,7	61,0
1980	100	100	100	110	100
1982	112,2	112,0	112,1	111,0	111,9
1984	118,7	118,4	118,7	117,0	118,4

16.2.2 Einzelhandels- und Großhandelsverkaufspreise

Im Unterschied zum Preisindex für die Lebenshaltung, der sich auf die Ausgaben privater Haushalte bezieht, mißt der Index der Einzelhandelspreise die Entwicklung der Verkaufspreise im Einzelhandel. Zwar sind die Einkaufspreise der privaten Haushalte für Waren des Einzelhandels zugleich dessen Verkaufspreise, Unterschiede ergeben sich aber einerseits daraus, daß in den Einzelhandelspreisindex auch die Preisentwicklung von Gütern einbezogen wird, die hauptsächlich von Nichthaushalten (z. B. Handwerksbetriebe, Behörden, Angehörige Freier Berufe) nachgefragt werden, und andererseits dadurch, daß in den Preisindex für die Lebenshaltung auch die Preise von Waren und Dienstleistungen anderer Bereiche eingehen.

Tab. 2: Indizes der Einzelhandels- und der Großhandelsverkaufspreise

Jahr	Index der Einzelhandelspreise 1980 = 100	Index der Großhandelsverkaufspreise 1980 = 100
1950	48,1	–
1960	54,2	55,2
1970	63,4	59,7
1980	100	100
1984	115,6	116,9

Seit 1980 sind die Einzelhandelspreise nicht ganz so stark gestiegen wie die Lebenshaltungspreise, nämlich um rund 16 % (1984). Von 1950 bis 1984 haben sich die Einzelhandelspreise um 140 % erhöht, während sich die Preise für die Lebenshaltung (Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittleren Einkommen) verdreifacht haben (vgl. 16.2.1).

Die Großhandelsverkaufspreise, für die ein Index erst ab 1960 zur Verfügung steht, sind von 1960 bis 1984 zwar in der gleichen Größenordnung gestiegen wie die Einzelhandelspreise (+ 112 % bzw. + 113 %); in einzelnen Zeitabschnitten war der Verlauf der beiden Indizes jedoch unterschiedlich, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Index der Einzelhandelspreise die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer enthält, während der Index der Großhandelsverkaufspreise ab 1968 ohne diese Steuer berechnet wird.

16.2.3 Preisindex für Wohngebäude

Weitaus stärker als die Preise für die Lebenshaltung und die Einzelhandelspreise haben sich seit 1950 die Baupreise erhöht.

Für die Errichtung von Wohngebäuden mußte man 1984 sechsmal soviel bezahlen wie 1950. Dabei sind die enormen Steigerungen der Kaufwerte für Bauland noch nicht

Tab. 3: Preisindex für Wohngebäude
(Neubau; Bauleistungen am Bauwerk)
1980 = 100

Jahr	Preisindex für Wohngebäude ¹
1950	19,1
1960	30,0
1970	52,0
1980	100
1984	114,0

¹ Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

berücksichtigt. Nach der Statistik der Kaufwerte für Bauland, die sich auf die Auswertung der Unterlagen über tatsächlich getätigte Käufe bzw. Verkäufe stützt, wurde allein in den Jahren 1975 bis 1980 nahezu eine Verdoppelung der durchschnittlich gezahlten Quadratmeterpreise für baureifes Land festgestellt. (Außer Betracht bleiben dabei die Wertsteigerungen von Grundstücken, die im angegebenen Zeitraum nicht auf den Markt kamen.)

Die erfaßten Kaufwerte für Bauland variieren sehr stark nach Regionen, Gemeindegrößen, örtlicher Lage, Art und Größe des Grundstücks usw. Dies zeigen beispielsweise die Ergebnisse der Kaufwertestatistik für das Jahr 1983, als ein Quadratmeter Bauland (baureifes Land, Rohbauland und sonstiges Bauland) im Bundesgebiet im Durchschnitt für 88,52 DM verkauft wurde, wobei der niedrigste tatsächlich bezahlte Quadratmeterpreis bei 0,20 DM und der höchste bei 12 345,68 DM lag. Im dritten Vierteljahr 1984 lag der entsprechende Durchschnittswert bei 86,48 DM, der Höchstwert bei 3 323,26 DM und der niedrigste bei 0,35 DM.

16.2.4 Erzeugerpreise gewerblicher und landwirtschaftlicher Produkte

Erzeugerpreise sind die Preise, zu denen die von landwirtschaftlichen Betrieben und gewerblichen Unternehmen produzierten Güter (im Inland) abgesetzt werden. Diese Produkte gelangen in der Regel nicht unmittelbar an die Verbraucher, sondern werden bei anderen Unternehmen in der Produktion eingesetzt oder gehen an den Handel, der sie – zum Teil über verschiedene Stufen – an Verbraucher oder Unternehmen absetzt.

Die größten Preissteigerungen sind in diesem Bereich bei den bergbaulichen Erzeugnissen festzustellen, deren Preise sich seit 1950 nahezu verachtfacht haben und seit 1980 um 32 % gestiegen sind. Die Preise für Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes haben sich dagegen seit 1950 nur um 93 % und seit 1980 um 15 % erhöht. Der Gesamtindex lag 1984 bei 119 gegenüber 44 im Jahr 1950 (Basis 1980 = 100), hatte also eine Steigerung um 173 % zu verzeichnen.



Tab. 4: Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
1980 = 100

Erzeugnisse	1950	1960	1970	1980	1984
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt	43,6	53,4	60,8	100	119,2
Bergbauliche Erzeugnisse (ohne Erdgas)	17,1	29,8	36,7	100	131,7
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	33,7	50,8	53,0	100	141,0
Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes	40,8	55,7	58,2	100	118,0
Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	39,3	51,0	63,4	100	115,5
Erzeugnisse des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	52,8	53,0	62,4	100	114,5
Erzeugnisse des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	59,6	61,6	69,1	100	114,8

Tab. 5: Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte¹
1980 = 100

Erzeugnisse	1961	1970	1980	1984
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	68,6	68,4	100	106,9
Pflanzliche Produkte	70,4	56,6	100	106,5
Tierische Produkte	69,1	73,6	100	107,0

¹ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer und ohne Aufwertungsausgleich.

In längerfristiger Betrachtung weisen die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Unterschied zu den gewerblichen Erzeugerpreisen und anderen Preisindizes oft kräftige Preisausschläge nach beiden Seiten auf. Dies ist zum nicht geringen Teil auf die unterschiedlichen Ernteverhältnisse in den einzelnen Jahren zurückzuführen.

Abb. 4 zeigt die deutliche Beschleunigung des Preisanstiegs in den Jahren von 1970 bis 1982 gegenüber dem Zeitraum 1950 bis 1970. Seit 1983 haben sich die Preissteigerungen in allen Bereichen hingegen wieder deutlich verlangsamt.

Abb. 4: Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung und des Index der Einzelhandelspreise
1980 = 100

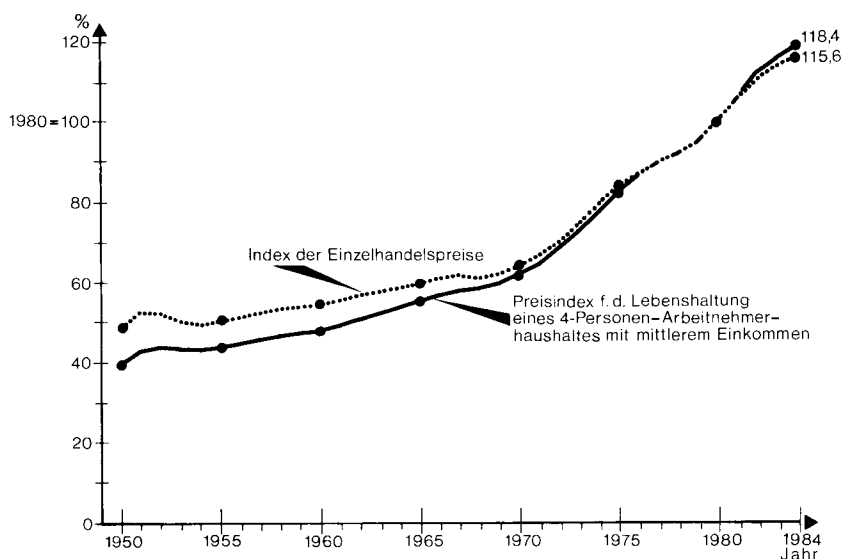
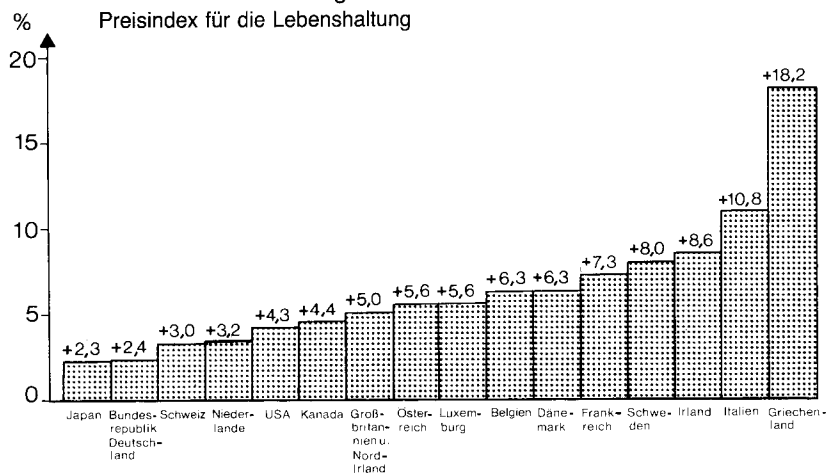


Abb. 5: Preissteigerungsraten 1984 gegenüber 1983 im internationalen Vergleich in Prozent
Preisindex für die Lebenshaltung



16.2.5 Internationaler Vergleich der Preisentwicklung

Ein Blick über die Grenzen läßt erkennen, daß die Länder der Europäischen Gemeinschaften sowie eine Reihe anderer großer Industriestaaten überwiegend mit größeren Preissteigerungen zu kämpfen hatten als die Bundesrepublik Deutschland.

Von den aufgeführten 16 Ländern wies 1984 lediglich Japan eine niedrigere Inflationsrate auf als die Bundesrepublik Deutschland (gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung). Am oberen Ende der Skala standen Italien und Griechenland mit Preissteigerungen von über 10 %.

Zieht man die Entwicklung der letzten fünf Jahre für den Vergleich heran, ergibt sich ein ähnliches Bild: In Japan, der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden lagen die Preissteigerungen von 1979 bis 1983 unter 30 %, während sich in Irland, Italien und Griechenland die Lebenshaltung um mehr als 100 % verteuerte (vgl. Abb. 5).

16.3 Löhne und Gehälter

16.3.1 Jahresverdienste von Arbeitern und Angestellten

Jeder Arbeitnehmer weiß sicherlich, was er am Monatsende – bildlich gesprochen – in der Lohntüte hat. Nicht jedem ist jedoch bekannt, was er brutto, also vor Abzug von Steuern, Sozialabgaben u. ä., verdient. Erst recht gilt dies, wenn man auch einmalige Sonderzahlungen, Gratifikationen, Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt usw. berücksichtigt, wie es in Tab. 6 geschieht.

Vergleicht man die Verdienste von Arbeitern und Angestellten, so lassen sich eine Reihe von interessanten Entwicklungen erkennen. Die Verdienste der Arbeiter haben sich von 1971 bis 1983 um 123 %, die der Angestellten sogar um 143 % erhöht. Dadurch hat sich auch der Abstand zwischen den Verdiensten von Arbeitern und Angestellten vergrößert.

Tab. 6: Bruttojahresverdienste

von (vollbeschäftigten) Arbeitern in der Industrie und Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in DM

Berufliche Stellung	Geschlecht	1971	1981	1983
Arbeiter	insgesamt	15 987	33 454	35 598
	Männer	17 298	35 515	37 683
	Frauen	11 068	24 402	26 068
Angestellte	insgesamt	18 529	42 707	45 015
	Männer	22 151	49 035	52 224
	Frauen	13 396	31 392	32 931

1971 verdiente ein Arbeiter im Durchschnitt rund 86 % von dem, was ein Angestellter bezog. 1983 lag dieser Anteil bei etwa 79 %. Hinsichtlich des Verdienstabstandes ist die unterschiedliche Bereichsabgrenzung (Arbeiterverdienste werden nur für die Industrie erfaßt), Betriebsgröße sowie vor allem die höherwertige Tätigkeit der Angestellten zu berücksichtigen. Die Entwicklung ist auch davon beeinflußt, daß besonders qualifizierte Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen werden.

Obwohl Frauen nach wie vor wesentlich weniger verdienen als Männer, konnten sie doch innerhalb der letzten Jahre etwas an Boden gutmachen. Die Verdienste der Arbeiterinnen lagen 1983 im Durchschnitt um fast 31 % unter denen ihrer männlichen Kollegen. 1971 hatte der Abstand dagegen noch rund 36 % betragen. Die entsprechende Spanne verringerte sich bei den Angestellten zwischen 1971 und 1983 von 40 % auf 37 %.

Die deutlichen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern haben verschiedene Ursachen. Zum einen sind Frauen im Durchschnitt weniger gut ausgebildet (siehe dazu Kap. 2) und damit häufig in weniger qualifizierten Berufen tätig. Zum zweiten bleiben ihnen Tätigkeiten, die durch besondere Erschwernisse (Lärm, Hitze, Gefahr) gekennzeichnet sind, aber auch durch entsprechende Zuschläge abgegolten werden, völlig verschlossen (z. B. Tätigkeiten im Bergbau, am Hochofen o. ä.). Umgekehrt sind in Wirtschaftsbereichen, in denen die Verdienste niedrig liegen, besonders viele Frauen beschäftigt (z. B. in der Textil- und der Schuhindustrie (siehe 16.3.2).

Außerdem wirkt sich aus, daß Männer mehr Überstunden leisten als Frauen (*vgl. Tab. 7*) und daß Frauen – auch wenn man die Ausbildungsunterschiede berücksichtigt – sowohl in den mittleren als auch gehobenen Führungspositionen unterrepräsentiert sind.

Bei den Angestellten muß noch berücksichtigt werden, daß die Verdienste der technischen Angestellten erheblich über denen der kaufmännischen Angestellten liegen (*s. Tab. 9*), daß aber nur 6 % der weiblichen Angestellten in technischen Berufen tätig sind gegenüber 45 % der männlichen Angestellten.

Tab. 7: Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden der (vollbeschäftigten) Arbeiter in der Industrie

Jahr	Frauen	Männer
1960	43,2	46,3
1965	41,4	45,1
1970	40,7	44,8
1975	38,3	41,2
1980	40,0	42,1
1984	39,7	41,2

16.3.2 Stundenlöhne der Industriearbeiter

Bei den Bruttostundenverdiensten der Industriearbeiter bestehen nicht nur erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, sondern auch zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und den verschiedenen Leistungsgruppen.

Der Stundenlohn aller Industriearbeiter hat sich von 1960 bis 1984 fast versechsfacht, wobei die Stundenlöhne der Arbeiterinnen etwas stärker anstiegen als die ihrer männlichen Kollegen. Auch anhand der Stundenlöhne zeigt sich also, daß der Abstand zwischen der Bezahlung von Männern und von Frauen geringer geworden ist.

Bei einem Durchschnittsstundenlohn von 16,59 DM im Jahr 1984 für männliche Industriearbeiter wurden die höchsten Stundenlöhne mit durchschnittlich 21,22 DM in der Mineralölverarbeitung gezahlt, die niedrigsten in der Lederverarbeitenden Industrie mit 13,35 DM. Unterscheidet man nach sogenannten Leistungsgruppen zwischen Facharbeitern (Leistungsgruppe 1), angelernten Arbeitern (Leistungsgruppe 2) und Hilfsarbei-

Tab. 8: Bruttostundenverdienste der Arbeiter in der Industrie
in DM

Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
1960	2,69	2,89	1,89
1965	4,26	4,54	3,09
1970	6,09	6,49	4,49
1975	9,85	10,40	7,52
1980	13,41	14,16	10,25
1984	15,77	16,59	12,00

tern (Leistungsgruppe 3), ergeben sich 1984 für die gesamte Industrie folgende Durchschnittswerte:

Leistungsgruppe 1: 17,42 DM

Leistungsgruppe 2: 15,81 DM

Leistungsgruppe 3: 14,03 DM

In der Leistungsgruppe 1 variierten die Stundenlöhne für männliche Industriearbeiter zwischen 22,03 DM in der Mineralölverarbeitung und 14,15 DM in der Lederverarbeitenden Industrie. In der Leistungsgruppe 3 lag die Bandbreite 1984 zwischen 15,69 DM (Mineralölverarbeitung) und 11,00 DM (Schuhindustrie).

16.3.3 Monatsverdienste der Angestellten

Auch bei den Angestellten ist eine breite Fächerung der Verdienste festzustellen (*siehe Tab. 9*). Je nachdem, welche Anforderungen und Fähigkeiten an eine Tätigkeit geknüpft sind, erfolgt eine Einordnung in die Leistungsgruppen II bis V.

**Tab. 9: Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten
in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1984**

Gegenstand der Nachweisung		Kaufmännische Angestellte	Technische Angestellte
		DM	
Durchschnittswert	Männer	3 747	4 304
	Frauen	2 521	2 929
Höchster Wert in Leistungsgruppe II ¹	Männer	4 820	5 033
	Frauen	3 935	4 412
Niedrigster Wert in Leistungsgruppe V ²	Männer	2 186	2 412
	Frauen	1 809	2 037

1 Angestellte mit besonderen Erfahrungen und selbständigen Leistungen in verantwortlicher Tätigkeit.

2 Angestellte in einfacher Tätigkeit, die keine Berufsausbildung erfordert.

Durchweg am wenigsten verdienen die Angestellten im Einzelhandel. Besonders hoch lagen die Durchschnittsgehälter in der Mineralölverarbeitung, im Bereich der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen und (für technische Angestellte) im Steinkohlenbergbau.

16.3.4 Nominal- und Reallöhne

Bisher beschränkten sich die Nachweisungen auf die tatsächlichen, d. h. die sogenannten nominalen Verdienste. Preisänderungen, die die Kaufkraft der Einkommen beeinflussen, blieben demgegenüber zunächst unberücksichtigt. Bezieht man nun den Preisverlauf in die Betrachtung ein, so kommt man zu den Reallöhnen, als einer Maßgröße für die Entwicklung der Kaufkraft (vgl. Tab. 10).

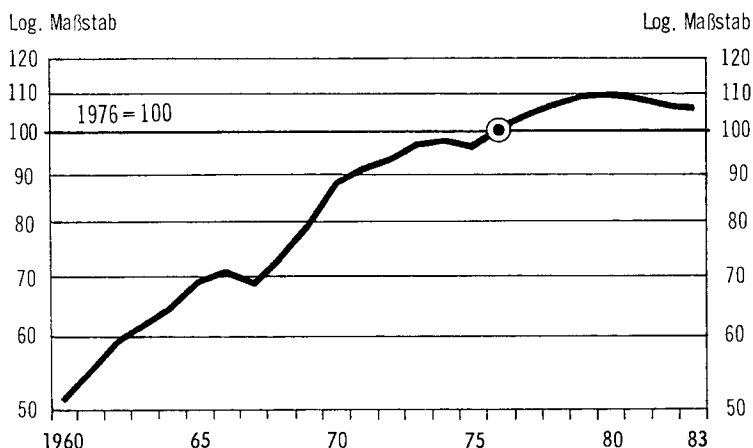
Ein Vergleich zeigt, daß die Reallöhne zwar deutlich hinter den Nominallöhnen zurückgeblieben sind, gleichwohl aber bis 1980 zum Teil kräftige Steigerungsraten zu verzeichnen waren. Während die Nominallöhne 1980 rund neunmal so hoch lagen wie 1950, war der Reallohn oder die Kaufkraft der Stundenlöhne 1980 etwa dreieinhalb mal so hoch. In den Jahren 1981 bis 1983 ist der Reallohn gegenüber den Vorjahren jeweils gesunken, während der Nominallohn weiter anstieg. Die Preissteigerungen waren also in diesen Jahren über die Lohnsteigerungen hinausgegangen, was zuvor nur in den Jahren 1967 und 1975 der Fall gewesen war (vgl. Abb. 6).

Einschränkend ist anzumerken, daß hier von Bruttostundenverdiensten ausgegangen wird. Der für Verbrauchsausgaben maßgebliche Nettoverdienst ist von der jeweiligen Steuer- und Abgabenbelastung abhängig.

Tab. 10: Entwicklung der Nominal- und Reallöhne
Index der Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter
1976 = 100

Jahr	Nominal	Real
1950	14,5	31,4
1960	28,6	51,4
1965	44,0	69,0
1970	63,0	88,1
1975	92,3	96,3
1980	127,5	109,9
1981	133,3	108,6
1982	137,7	106,6
1983	141,0	106,0
1984	145,8	106,3

Abb. 6: Reallohnindex



16.3.5 Abgabenbelastung

Von besonderem Interesse ist neben der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter auch die Entwicklung der Abgabenlast auf Löhne bzw. Gehälter. Erst wenn Steuern und Sozialbeiträge gezahlt sind, ergibt sich das verfügbare Einkommen.

Zur Quantifizierung der Abgabenlast können hilfsweise Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen herangezogen werden. Aus diesen Ergebnissen läßt sich eine Abgabenquote (das Verhältnis von Lohnsteuern und tatsächlich gezahlten Sozialbeiträ-

gen der Arbeitnehmer zur gesamtwirtschaftlichen Bruttolohn- und -gehaltssumme) ermitteln von knapp 16 % im Jahr 1960, die auf 23 % im Jahr 1970 und auf 31 % im Jahr 1983 stieg. Diese Relation vermittelt lediglich eine globale Größenordnung; je nach Einkommenshöhe, Familiengröße usw. ergeben sich im einzelnen starke Abweichungen und Unterschiede.

16.3.6 Personalkosten

Wie bereits angedeutet, sind Löhne und Gehälter für die Wirtschaft ein entscheidender Kostenfaktor. Nachdem in den vorhergehenden Abschnitten der Einkommensaspekt bei den Arbeitnehmern im Vordergrund stand, soll im folgenden der Kostengesichtspunkt bei den Arbeitgebern näher beleuchtet werden.

Die Personalkosten umfassen die Bruttolöhne und -gehälter sowie weitere Kosten, die auf gesetzlichen Regelungen, tarifvertraglichen Vereinbarungen und freiwilligen Leistungen beruhen und unmittelbar mit der Beschäftigung von Arbeitnehmern zusammenhängen. Sie werden in der amtlichen Statistik durch die beiden Hauptbestandteile „Entgelt für geleistete Arbeit“ und „Personalnebenkosten“ dargestellt. Hiervon ist das Entgelt für geleistete Arbeit als die „direkte“ Vergütung der Arbeitszeit definiert; alle anderen Kosten – wie die Vergütung arbeitsfreier Tage (Urlaubs-, Krankheits-, gesetzliche Feiertage), die Sonderzahlungen (vermögenswirksame Leistungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Gratifikationen, 13. Monatsgehalt), Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und berufliche Bildung – zählen zu den Personalnebenkosten.

Von 1972 bis 1981 sind die Personalnebenkosten im Produzierenden Gewerbe weit stärker gewachsen (+ 145 %) als die Entgelte für geleistete Arbeit (+ 81 %). Entsprechend hat sich in diesem Zeitraum der Anteil der Personalnebenkosten von 35,7 auf 43,0 % der Gesamtpersonalkosten erhöht. Der Teil der Personalnebenkosten, der auf gesetzlichen Regelungen beruht (z. B. Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), stieg von 17,4 auf 19,7 % der gesamten Personalkosten.

Tab. 11: Personalkosten je Arbeitnehmer
im Produzierenden Gewerbe

Kostenart	1972	1981	1972	1981
	DM		%	
Personalkosten	22 929	46 728	100	100
Entgelt für geleistete Arbeit	14 737	26 629	64,3	57,0
Personalnebenkosten	8 191	20 099	35,7	43,0

Die Personalnebenkosten sind prozentual um so höher, je mehr Beschäftigte das Unternehmen hat. Beispielsweise betrug 1981 das Verhältnis von Personalnebenkosten zum Entgelt für geleistete Arbeit bei Unternehmen mit 10 bis 49 Beschäftigten 39:61, bei Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten dagegen 46:54.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes variierten die Personalkosten 1981 zwischen 80844 DM je Arbeitnehmer in der Mineralölverarbeitung und 29762 DM je Arbeitnehmer im Schuhgewerbe. Den mit 51,1 % höchsten Anteil an Personalnebenkosten hatte der Wirtschaftszweig Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser zu verzeichnen (bei Gesamtpersonalkosten von 62663 DM je Arbeitnehmer); der mit 37,4 % niedrigste Anteil an Personalnebenkosten wurde im Schuhgewerbe ermittelt.

Tab. 12: Personalkosten im Groß- und Einzelhandel, in Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe 1981

Wirtschaftszweig	Personalkosten je Arbeitnehmer		
	Insgesamt	Entgelt für geleistete Arbeit	Personalnebenkosten
	DM	%	
Großhandel	43 143	61,8	38,2
Einzelhandel	33 579	60,3	39,7
Kreditinstitute	53 413	51,2	48,8
Versicherungsgewerbe	57 203	51,9	48,1

Eine verhältnismäßig breite Streuung der Personalkosten ist auch im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen festzustellen. Während im Einzelhandel die Personalkosten je Arbeitnehmer bei 33600 DM lagen, entstanden im Versicherungsgewerbe Personalkosten je Arbeitnehmer von über 57000 DM. Der Anteil der Personalnebenkosten schwankte zwischen 38,2 % und 48,8 %, also etwa in gleichem Maße wie im Produzierenden Gewerbe.

Die Ursachen für die relativ großen Unterschiede der Personalkosten zwischen den Wirtschaftszweigen sind in erster Linie in der unterschiedlichen Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer zu vermuten. Bei den Personalnebenkosten wirken sich u. a. die Größenunterschiede zwischen den Unternehmen aus (große Unternehmen leisten mehr Sonderzahlungen, mehr Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie für Wohnungsfürsorge, Belegschaftseinrichtungen, Entlassungsentschädigungen u. ä.). Nicht zuletzt ist die unterschiedliche wirtschaftliche Lage der Unternehmen von Bedeutung, die einerseits den Umfang der freiwilligen Leistungen beeinflusst und andererseits auch bei Tarifverhandlungen Berücksichtigung findet.

17 Verkehr

17.1 Einführung

Das Verkehrswesen hat in einer modernen Industriegesellschaft grundlegende Bedeutung. Im Wirtschaftsleben ermöglicht erst die Vermittlerrolle des Verkehrs die Arbeitsteilung, auf der die industrielle Produktion sowie die Verteilung der produzierten Güter beruhen. Der Verkehr knüpft nicht nur die Verbindungen zwischen den Produzenten und zu den Märkten, sondern auch zwischen den Beschäftigten und ihren Arbeitsstellen. Weit über den wirtschaftlichen Bereich hinaus hat er zu einem Gewinn an Mobilität geführt und neue Ziele erreichbar gemacht. Im Nachrichtenwesen (Telefon, Postdienste, Rundfunk, Fernsehen usw.) mit seinen vielfältigen technischen Möglichkeiten trägt der ungehinderte Austausch von Informationen und Meinungen gleichfalls zu einer schnellen Überwindung räumlicher Entfernungen und damit zu einer verbesserten Kommunikation bei.

17.2 Verkehrsinfrastruktur

Wirtschaftswachstum, zunehmende Arbeitsteilung, internationale Verflechtungen, die wachsende Reiselust und eine Reihe weiterer Faktoren haben in den letzten Jahrzehnten zu einer erheblichen Steigerung des Verkehrsaufkommens geführt. Voraussetzung hierfür war der Ausbau der Infrastruktur im Verkehrswesen. Besondere Anstrengungen wurden im Straßenbau unternommen. Sie zeigen sich u. a. darin, daß sich das Straßennetz der Bundesrepublik (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) von 1950 bis 1983 um

Tab. 1: Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur
1960 bis 1984

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1984
	km			
Straßennetz				
(Bundes-, Landes-, Kreisstraßen)	135 300	162 300	171 521	173 250
darunter Autobahnen	2 551	4 110	7 292	8 080
Gemeindestraßen	233 000	270 000	308 000	316 000
Schienennetz	36 019	33 010	31 497	30 700
Rohrfernleitungen	455	1 579	1 579	1 715
Benutzte Wasserstraßen	.	4 383	4 395	4 354

Tab. 2: Entwicklung der Infrastruktur im Nachrichtenwesen

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1984
	1 000			
Telefonanschlüsse				
Hauptanschlüsse	3 221	8 700	20 850	24 759
Nebenanschlüsse	2 716	5 040	7 703	11 661
Öffentliche Sprechstellen	57	94	156	162
Telexanschlüsse	35	80	139	159
Postbriefkästen	100	109	110	110
Postfächer	272	393	513	573
Hörfunkteilnehmer	15 892 ¹	18 883 ¹	23 323	25 046
Fernsehteilnehmer	4 635 ¹	16 213 ¹	21 190	22 434

¹ Nur gebührenpflichtige Teilnehmer.

etwa 46000 km auf 173000 km erweitert hat. An Schienenwegen stehen zwar wegen Streckenstillegungen nur noch 31000 km statt 38600 km zu Beginn der fünfziger Jahre zur Verfügung, dafür ist der Verkehr auf wichtigen Strecken elektrifiziert und damit erheblich beschleunigt worden. Auch Häfen und Flugplätze wurden ausgebaut bzw. neu angelegt, Kanäle gezogen, Flüsse schiffbar gemacht und Rohrfernleitungen gebaut.

Im Bereich des Nachrichtenverkehrs hat sich die Zahl der Telefonanschlüsse seit 1960 versechsfacht. 1984 war in neun von zehn Haushalten ein Telefon vorhanden. Die Bundespost beförderte 1984 12,7 Mrd. Briefsendungen, gegenüber 8,5 Mrd. im Jahr 1960. Telexanschlüsse waren 1984 159000 installiert, das sind viereinhalbmal soviel wie 1960. Die Zahl der gebührenpflichtigen Hörfunkteilnehmer stieg in diesem Zeitraum von rund 16 Mill. auf 25. Mill., die Zahl der Fernsehteilnehmer von knapp 5 Mill. auf über 22 Mill.

17.3 Fahrzeugbestände

Der Bestand an Kraftfahrzeugen (Krafträder, Personen-, Kombinations-, Lastkraftwagen und Zugmaschinen) stieg von 8 Mill. 1960 auf knapp 30 Mill. im Jahr 1984. Dabei erhöhte sich allein die Zahl der Personenkraftwagen von annähernd 4,5 Mill. auf 25,2 Mill. Das sind rund fünfeinhalbmal soviel wie vor 24 Jahren.

Zwischen 1960 und 1984 wurden insgesamt 47,7 Mill. Personenkraftwagen neu zugelassen, das sind rechnerisch 1,9 Mill. Fahrzeuge pro Jahr. Dieser Durchschnittswert entspricht etwa dem Wert des Jahres 1969, der seither lediglich 1974 unterschritten wurde. Seit 1976 liegen die jährlichen Zulassungszahlen etwa bei 2,5 Mill. Personenkraft-

Tab. 3: Bestand an Straßen- und Schienenfahrzeugen

Jahr	Straße			Schiene		
	Kraftfahrzeuge					
		darunter				
Jahr	Insgesamt	Pkw	Lkw	Trieb- fahrzeuge	Personen- wagen	Güter wagen
	1 000			Anzahl		
1960	8 004	4 489	681	10 083	21 951	272 716
1970	16 783	13 941	1 028	10 489	18 218	282 505
1980	27 116	23 192	1 277	10 160	14 471	287 432
1983	29 122	24 580	1 277	9 926	14 292	270 018
1984	29 905	25 218	1 278	.	.	.

wagen. Sie machen zugleich die große wirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie deutlich.

Wie die Aufgliederung der Zulassungen nach Haltern erkennen läßt, wird der überwiegende Teil der Personenkraftwagen privat genutzt. Daraus resultiert die Zunahme des Individualverkehrs mit ihren vielfältigen Auswirkungen auf die Verkehrssituation in den Städten und den öffentlichen Nahverkehr.

Tab. 4: Zulassungen fabrikneuer Personenkraftwagen
einschließlich Kombinationskraftwagen

Haltergruppen	Maß- einheit	1960	1970	1980	1984
Zugelassene Personen- kraftwagen insgesamt	1 000	969,7	2 107,1	2 426,2	2 393,9
Zugelassen für:					
Unternehmer und Selbständige	%	49,7	31,8	32,2	35,2
Angestellte	%	21,0	28,9	30,1	31,0
Arbeiter	%	19,7	26,0	21,9	17,3
Beamte	%	6,6	8,4	7,1	6,2
Nichterwerbspersonen	%	3,0	4,9	8,7	10,3

Die Ausstattung der Eisenbahnen hat sich seit 1960 qualitativ und quantitativ verändert. Bei den Triebfahrzeugen, deren Gesamtzahl nahezu konstant blieb, vollzog sich in dieser Zeitspanne der Übergang von der Dampflokomotive auf die elektrische Zugförderung.

1960 waren immerhin 7700 Dampflokomotiven im Einsatz, während 1983 weniger als sechs dieser Veteranen ihren Dienst (bei nichtbundeseigenen Eisenbahnen) versahen. Parallel zu dieser Entwicklung stieg die Zahl der elektrischen Lokomotiven auf knapp 2700 und die der Dieselloks auf rund 4600 an.

Der Bestand an Güterwagen lag 1983 mit 270000 etwas niedriger als zu Beginn der sechziger Jahre. Bei den Personenwagen ist sogar ein Rückgang um etwa ein Drittel auf 14300 zu verzeichnen.

Die Zahl der Binnen- und Seeschiffe hat seit 1960 deutlich abgenommen. Während in der Binnenschifffahrt damit – bei einer gleichzeitigen Tendenz zum Einsatz größerer Einheiten – ein Rückgang des zur Verfügung stehenden Laderaums verbunden war, wurden in der Seeschifffahrt die Kapazitäten erheblich ausgeweitet. 1984 lag die Anzahl der unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahrenden Handelsschiffe mit 1547 Einheiten zwar um 43 % niedriger als vor zwei Jahrzehnten; die eingesetzte Tonnage war dagegen mit 5,9 Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) um ein Viertel höher. Hierfür war insbesondere die Expansion der Tankschifffahrt maßgebend. 1960 wurden 103 Tanker mit einem Raumgehalt von 633000 BRT gezählt, 1984 waren es dagegen bereits 165 Tankschiffe mit einem Raumgehalt von 2,1 Mill. BRT. Seit 1970 macht sich in der Seeschifffahrt der Konkurrenzdruck der sogenannten „Billigflaggen“ bemerkbar, der sogar zu Kapazitätsrückgängen (von 8,4 Mill. BRT 1970 auf 5,9 Mill. BRT 1984) bei der deutschen Handelsflotte führte.

Tab. 5: Bestand an Luft- und Wasserfahrzeugen

Jahr	Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Hubschrauber)	Binnenschiffe (nur Güterschiffe)	Seeschiffe (Handelsschiffe)		
			1 000 t Tragfähigkeit	Anzahl	1 000 BRT
1960	1 111	7 491	4 840	2 706	4 762
1970	3 792	6 336	4 524	2 690	8 441
1980	7 769	3 812	3 672	1 679	7 619
1984	7 966	3 222	3 295	1 547	5 943

Eine deutliche Zunahme war auch bei den Luftfahrzeugen zu verzeichnen, deren Bestand sich von rund 1100 im Jahre 1960 auf fast 8000 im Jahre 1984 erhöhte. In diesen Angaben sind neben den gewerblich eingesetzten Luftfahrzeugen auch die Privat- und Sportflugzeuge enthalten.

17.4 Verkehrsleistungen

17.4.1 Beförderungen im Personenverkehr

Wenn man jeden Fahrgast als „Beförderungsfall“ zählt, wurden 1983 35,9 Mrd. Personen mit Eisenbahnen, im öffentlichen Straßenverkehr, im Luftverkehr, mit Taxis oder Mietwagen und im Individualverkehr befördert. 1960 waren es 23,0 Mrd. Personen. Damit verbunden waren 1983 Verkehrsleistungen von 596,3 Mrd. Personenkilometern gegenüber 252,2 Mrd. Personenkilometern im Jahr 1960 (Personenkilometer sind die von den beförderten Personen insgesamt zurückgelegten Kilometer).

Von den Verkehrsleistungen (gemessen in Personenkilometern) entfielen 1983 79 % auf den Individualverkehr (mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds) und 21 % auf den öffentlichen Verkehr der Eisenbahnen, Busse und Straßenbahnen sowie der Flugzeuge; 1960 setzten sich die Verkehrsleistungen zu 64 % aus Individualverkehr und zu knapp 36 % aus öffentlichem Verkehr zusammen.

Die größten Leistungssteigerungen in der Personenbeförderung konnten seit 1960 der Luftverkehr (+ 581 %) und der Individualverkehr (+ 193 %) verzeichnen, während der Personenverkehr auf Eisenbahnen stagnierte. Diese Ergebnisse verdeutlichen die enorme Expansion des Luftverkehrs, der jedoch an den gesamten Verkehrsleistungen nur einen geringen Anteil hat (1983: 1,8 %). Sie bestätigen aber auch erneut die überragende Bedeutung des Individualverkehrs mit Kraftfahrzeugen. Dies wird zusätzlich

Tab. 6: Personenverkehr
1960 bis 1983

Verkehrszweig	1960		1970		1983	
	Beförderte Personen	Personen-kilometer	Beförderte Personen	Personen-kilometer	Beförderte Personen	Personen-kilometer
	Mill.	Mrd. km	Mill.	Mrd. km	Mill.	Mrd. km
Verkehr insgesamt	22 983	252,2	30 655	455,4	35 945	596,3
Öffentlicher Verkehr	7 560	89,7	7 245	103,1	7 475	120,5
Eisenbahnen	1 399	39,6	1 054	38,1	1 122	37,2
Öffentl. Straßen- personenverkehr ¹	6 156	48,5	6 170	58,4	6 317	72,8
Luftverkehr ²	5	1,6	21	6,6	36	10,9
Taxi- und Mietwagenverkehr	123	0,8	290	1,7	330	2,0
Individualverkehr ³	15 300	161,7	23 120	350,6	28 140	473,4

1 Stadtschnellbahn-, U-Bahn-, Straßenbahn-, Obus- und Kraftomnibusverkehr.

2 Verkehrsleistungen (Personenkilometer) nur über dem Bundesgebiet.

3 Verkehr mit Personen- und Kombinationskraftwagen, Krafträdern und Mopeds.

Tab. 7: Öffentlicher Personennahverkehr
1960 bis 1983

Jahr	Beförderte Personen Mill.	Personenkilometer Mrd. km
1960	7 362	57,4
1970	7 015	60,7
1980	7 652	65,5
1983	7 202	62,3

dadurch unterstrichen, daß zwischen 1960 und 1983 im Durchschnitt jährlich 1,3 Mill. Führerscheine der Klasse 3 (Pkw) erteilt wurden und daß sich z. B. 1983 die Gesamtfahrleistung aller zugelassenen Personenkraftwagen auf 304,4 Mrd. Kilometer (87 % aller mit Kraftfahrzeugen gefahrenen Kilometer) belief.

Von besonderem Interesse im Rahmen der Personenbeförderung ist der öffentliche Nahverkehr. Hier haben sich die Verkehrsleistungen (1983: 62,3 Mrd. Personenkilometer) leicht erhöht, während das Verkehrsaufkommen (1983: 7,2 Mrd. Personen) seit 1960 geringfügig zurückgegangen ist. Selbst die Energiekrise hat bisher keine anhaltende Umorientierung zugunsten der öffentlichen Verkehrsmittel bewirkt.

17.4.2 Transporte im Güterverkehr

Im Güterverkehr erwies sich in den vergangenen Jahren – ebenso wie im Personenverkehr – die Straße als der überlegene Verkehrsweg. Der Straßengüterverkehr konnte seinen Anteil an der gesamten Verkehrsleistung (gemessen in Tonnenkilometern = Gewicht der beförderten Güter in Tonnen mal Entfernung in Kilometern) auf Kosten der Eisenbahnen (1983: 23,8 %) und der Binnenschifffahrt (1983: 20,4 %) auf über die Hälfte ausdehnen (1983: 52,0 %). 1960 waren im Straßengüterverkehr 31,2 % der Verkehrsleistungen erbracht worden, gegenüber 39,0 % auf Eisenbahnen und 27,7 % auf Binnenschiffen.

Mißt man statt der Verkehrsleistung das sogenannte Verkehrsaufkommen, d. h. die Menge der beförderten Güter (in Tonnen), hat der Straßenverkehr mit einem Anteil von 80 % (1983) am gesamten Güterverkehr eine noch größere Bedeutung. Auf die Eisenbahnen entfielen in dieser Abgrenzung 11 % und auf die Binnenschifffahrt 8 %.

Hier wirkt sich vor allem die große Bedeutung des Straßengüternahverkehrs aus, bei dem große Gütermengen (1983: 1 995 Mill. Tonnen und damit 69 % der insgesamt beförderten Güter) über relativ kurze Strecken transportiert wurden. Im Güternahverkehr können Lastkraftwagen auf einem dichten Straßennetz flexibler eingesetzt werden als andere Transportmittel. Sie entsprechen damit in besonderem Maß den Transporterfordernissen im Nahbereich.

Tab. 8: Güterverkehr
1960 bis 1983

Verkehrszweig	1960		1970		1983	
	Beförderte Güter	Tonnen- kilometer	Beförderte Güter	Tonnen- kilometer	Beförderte Güter	Tonnen- kilometer
	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm	Mill. t	Mrd. tkm
Binnenländischer Verkehr						
Eisenbahnen	317,7	56,9	392,1	73,6	310,0	57,4
Binnenschifffahrt	171,4	40,4	240,0	48,8	223,9	49,1
Straßenverkehr						
Straßengüter- nahverkehr	1 090,0	21,8	1 972,0	36,1	1 995,0	40,2
Straßengüter- fernverkehr	99,2	23,7	164,9	41,9	312,6	85,1
Rohrfernleitungen	13,3	3,0	80,7	15,1	55,2	8,8
Luftverkehr ¹	0,08	0,03	0,32	0,12	0,6	0,2
Seeschifffahrt ²	78,1	532,5	138,2	916,3	126,3	739,3

1 Verkehrsleistungen über dem Bundesgebiet sowie von und nach Berlin (West).

2 Seeverkehr der Häfen des Bundesgebietes.

Bei den bisherigen Betrachtungen wurde jeweils nur der sogenannte binnenländische Verkehr einbezogen, d. h. der Seeschiffsverkehr wurde nicht berücksichtigt. Die Besonderheit des Güterverkehrs über See liegt darin, daß verhältnismäßig kleine Mengen von Gütern über in der Regel große Entfernungen transportiert werden. Dadurch ergibt sich in diesem Verkehrszweig ein geringeres Verkehrsaufkommen als bei Eisenbahnen, in der Binnenschifffahrt und im Straßenverkehr, aber eine weitaus höhere Verkehrsleistung als in jedem anderen Verkehrszweig (s. Tab. 8).

Langfristig war die Ausweitung von Verkehrsaufkommen und Verkehrsleistung in den Bereichen Straßenverkehr, Luftverkehr und Rohrfernleitungstransporte, also den „modernen“, in diesem Jahrhundert entwickelten Verkehrsbereichen, weit ausgeprägter als in den traditionellen Verkehrszweigen Bahn, Binnen- und Seeschifffahrt. So stieg beispielsweise beim Güterverkehr das Verkehrsaufkommen von 1960 bis 1983 im Luftverkehr um 650 %, bei den Rohrfernleitungen um 315 % und im Straßengüterfernverkehr um 215 %. In der Seeschifffahrt erhöhte sich die Menge der beförderten Güter dagegen lediglich um 61 %, in der Binnenschifffahrt um 31 %. Im Eisenbahnverkehr war ein Rückgang um 2,4 % zu verzeichnen.

Differenziert man nach dem Anteil bestimmter Gütergruppen am Verkehrsaufkommen, so entfielen 1983 beispielsweise 14 % der transportierten Güter auf land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Nahrungs- und Futtermittel, 18 % auf Kohle und rohes Erdöl, 16 % auf Steine und Erden und 11 % auf Mineralölzeugnisse.

17.5 Energieverbrauch

1983 floß fast ein Viertel der in der Bundesrepublik Deutschland verbrauchten Endenergie in den Verkehrsbereich (ohne Seeschifffahrt, vgl. 18.7). Von dieser Energiemenge, rund 1 650 Petajoule (= 56,3 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten), wurden 88,2 % im Straßenverkehr, 6,4 % im Luftverkehr, 3,5 % im Schienenverkehr und 2 % in der Binnenschifffahrt verbraucht (vgl. Abb. 1).

Im Vergleich zur Verteilung der Beförderungsleistungen auf die einzelnen Verkehrszweige (vgl. 17.4) liegt damit der Energieverbrauch der Eisenbahnen und Binnenschiffe sehr viel niedriger als der von Kraftfahrzeugen und Flugzeugen. Den Bemühungen, aus diesem Grund vor allem den Güterverkehr von der Straße auf die Schienen- und Wasserwege zu verlagern, sind aber Grenzen gesetzt. Neben den bereits erwähnten Vorteilen der größeren Flexibilität und Unabhängigkeit im Straßenverkehr sind Lastkraftwagen auch wesentlich besser für den zunehmend anfallenden Transport hochwertiger Güter geeignet als die vorwiegend auf Massenguttransporte ausgerichteten Verkehrsmittel Eisenbahn und Binnenschiff.

Im Verlauf der vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte hat sich der Energieverbrauch im Verkehrsbereich insgesamt mehr als verdoppelt (vgl. Abb. 1). Die nahezu kontinuierlichen Steigerungen wurden nur durch leichte Rückgänge 1974 und 1981 (zwei Jahre mit überdurchschnittlichen Benzinpreissteigerungen) unterbrochen.

17.6 Verkehrsunfälle

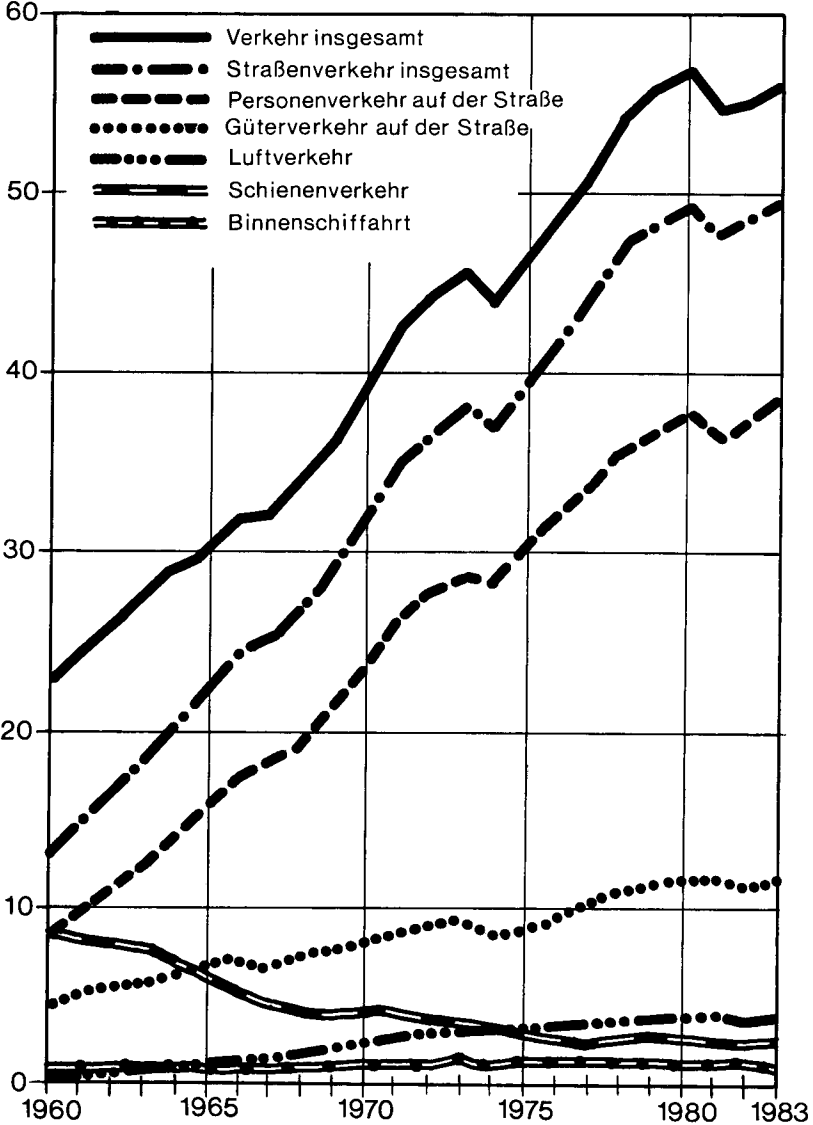
Aus dem ständig steigenden Verkehrsaufkommen – vor allem im Straßenverkehr – hat sich eine Reihe von Problemen ergeben: Immer mehr Flächen werden für Verkehrswege benötigt, Auspuffgase bedrohen die Gesundheit der Natur, Lärm und Abgase beeinträchtigen die Wohnlichkeit der Städte und ganz allgemein das Wohlbefinden vieler Menschen (vgl. Kap. 19), und nicht zuletzt wird jährlich eine große Anzahl von Personen in Unfälle verwickelt und dabei erheblich verletzt oder gar getötet. Dabei ist die Unfallgefahr im Straßenverkehr mit weitem Abstand am größten.

Im Jahr 1984 wurden bei rund 359 000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden rund 10 200 Personen getötet und 466 000 verletzt. In den übrigen Verkehrszweigen starben 1983 bei insgesamt 1 397 Unfällen 361 Personen und 1 490 wurden verletzt.

Bei nahezu kontinuierlich zunehmenden Fahrleistungen im Straßenverkehr auf mehr als das Dreifache (von 110 Mrd. km 1960 auf 348 Mrd. km 1983) verdoppelte sich seit 1960 die Zahl der Unfälle mit Sachschaden (von 641 000 auf 1,4 Mill.), die Anzahl der Unfälle mit Personenschäden erhöhte sich ebenfalls. Die Zahl der Getöteten erreichte 1970 ihren Höchststand und ging seitdem von 19 193 auf 10 196 (1984) zurück. Zugleich sank seit 1970 die Zahl der Schwer- und Leichtverletzten. Ursachen hierfür dürften im wesentlichen zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen (z. B. Gurtpflicht) sein; außerdem haben sich u. a. wohl entsprechende Kampagnen im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit ausgewirkt.

Abb. 1: End-Energieverbrauch des Verkehrs
nach Verkehrsbereichen

Mill. t SKE



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Tab. 9: Straßenverkehrsunfälle

Gegenstand der Nachweisung	1960	1970	1980	1984
Polizeilich erfaßte Unfälle	990 000	1 393 000	1 684 000	1 780 000
darunter:				
Unfälle mit Personenschaden	349 315	377 610	379 235	359 411
Verunglückte				
getötete Personen	14 406	19 193	13 041	10 196
Schwerverletzte	454 960	164 437	148 952	132 506
Leichtverletzte		367 358	351 511	333 444

Diese Ursachen dürften auch zum Rückgang der Kinderunfälle im Straßenverkehr beigetragen haben. 1970 wurden 2167 Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr getötet, weitere 26436 wurden schwer verletzt. Im Jahr 1984 ist die Zahl der getöteten Kinder auf 562 zurückgegangen, 15048 wurden schwer verletzt. Bei der Interpretation dieser Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Gesamtzahl der Kinder unter 15 Jahren seit 1970 um fast ein Drittel von 14,1 Mill. auf 9,7 Mill. (1983) zurückgegangen ist.

Tab. 10: Bei Straßenverkehrsunfällen Getötete 1984

Ort des Unfalls	Getötete				
	Insgesamt	darunter			
		Fahrer und Mitfahrer von			Fußgänger
		Fahrrädern	motorisierten Zweirädern	Personen- kraftwagen	
		Anzahl	%		
Innerhalb von Ortschaften	3 729	14	16	23	45
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	296	36	·	·	54
Außerhalb von Ortschaften	6 467	7	15	66	9
darunter:					
Kinder unter 15 Jahren	266	30	·	·	23

Knapp 70 % aller Unfälle mit Personenschaden ereignen sich innerhalb von Ortschaften, etwas mehr als 30 % auf freier Strecke (langjähriger Durchschnitt). Aber nicht nur absolut, sondern auch bezogen auf die Fahrleistung, sind Straßen in Ortschaften unfallträchtiger: Je eine Milliarde Fahrzeugkilometer wurden 1983 innerorts 40 und außerorts 31 Personen getötet, verletzt wurden innerorts 2944 und außerorts 714 Personen.

Für die große Gefährdung auf innerörtlichen Straßen spielt die Verkehrsdichte zusammen mit einem hohen Anteil an Fußgängern und Zweiradfahrern eine entscheidende Rolle. Bei diesen Verkehrsteilnehmern sind die Unfallfolgen häufig besonders schwerwiegend. 1984 sind z. B. 59 % der in Ortschaften Getöteten Fußgänger oder Radfahrer gewesen, außerhalb von Ortschaften waren es knapp 16 % der tödlich Verunglückten. Motorisierte Zweiradfahrer, also Fahrer und Mitfahrer von Mofas, Mopeds und Krafträdern, sind sowohl innerhalb als auch außerhalb von Ortschaften besonders stark gefährdet. Wenn man bedenkt, daß die Fahrleistung der Pkw die der Mopeds und Krafträder um ein Vielfaches übertrifft – 1983 war sie 42mal höher – liegt der Anteil der Unfallopfer bei den motorisierten Zweirädern außerordentlich hoch (16 % der innerhalb von Ortschaften Getöteten und 15 % der außerhalb von Ortschaften Getöteten).

Hauptunfallursachen sind seit Jahren nicht angepaßte Geschwindigkeit und Mißachtung der Vorfahrt. Eine nicht geringe Rolle spielt der Alkoholeinfluß. Von 639 000 Fahrzeugführern (Kraftfahrzeugfahrer einschließlich Motorrad- und Fahrradfahrer), die 1984 an einem Unfall mit Personenschaden beteiligt waren, war bei rund 37 400 Alkohol im Spiel.

18 Energie und Rohstoffe

18.1 Energieverbrauch im Meinungsstreit

Vermehrter Energieeinsatz ist eine der wichtigsten Begleiterscheinungen des technischen Fortschritts und hat entscheidend zur Arbeitserleichterung, zur Steigerung der Produktivität und zu erhöhtem materiellen Wohlstand beigetragen. Erkauft werden diese Annehmlichkeiten u. a. durch raschen Abbau der Ressourcen und erhebliche Umweltbelastungen. Zielkonflikte zwischen dem Ausbau der Energieversorgung und der Sicherung der zukünftigen Verfügbarkeit von Energie sowie den Bemühungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sind unausweichlich und bestimmen immer mehr die öffentliche Diskussion. Vor diesem Hintergrund erscheint es angebracht, die Bedeutung der Energie- und Rohstoffwirtschaft und des Umweltschutzes (vgl. Kap. 19) statistisch zu quantifizieren und damit zu einer objektiveren Abwägung der Argumente beizutragen.

18.2 Entwicklung des Energieverbrauchs

Zur Messung des Energieverbrauchs lassen sich zwei verschiedene Größen heranziehen: zum einen der Primärenergieverbrauch, der die aus der Natur gewonnenen Energiemengen angibt; zum anderen der Endenergieverbrauch, der es ermöglicht, den Verbrauch bei den Endabnehmern (im wesentlichen Industrie, Verkehr, Haushalte) nachzuvollziehen. Eine Unterscheidung beider Größen ist vor allem deshalb notwendig, weil die Primärenergieträger im Rohzustand meist nicht unmittelbar für Verbrauchszwecke nutzbar sind (z. B. kann man ein Auto nicht mit Rohöl, sondern nur mit Benzin oder Dieselmotorkraftstoff betreiben) und daher eine Umwandlung durchgeführt werden muß, bei der Energieverluste entstehen.

Das vereinfachte Schema der Energiebilanz verdeutlicht die Zusammenhänge:

Primärenergieverbrauch

✗ Nichtenergetischer Verbrauch (z. B. Verwendung als Rohstoff für die Kunststoffherzeugung)

✗ Verbrauch im Energiesektor

✗ Umwandlungsverluste

= Endenergieverbrauch.

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich in der Bundesrepublik Deutschland sowohl der Primär- als auch der Endenergieverbrauch etwa verdreifacht. Die Differenz zwischen beiden Größen lag 1983 bei rund 35 %.

Tab. 1: Entwicklung des Energieverbrauchs
in Petajoule = 10^{15} Joule

Jahr	Primärenergieverbrauch	Endenergieverbrauch
1950	3 971	2 541
1960	6 199	4 270
1970	9 870	6 751
1971	9 948	6 761
1972	10 383	7 034
1973	11 092	7 442
1974	10 723	7 139
1975	10 191	6 859
1976	10 853	7 293
1977	10 912	7 305
1978	11 401	7 605
1979	11 964	7 892
1980	11 436	7 529
1981	10 964	7 221
1982	10 596	6 888
1983	10 689	6 916

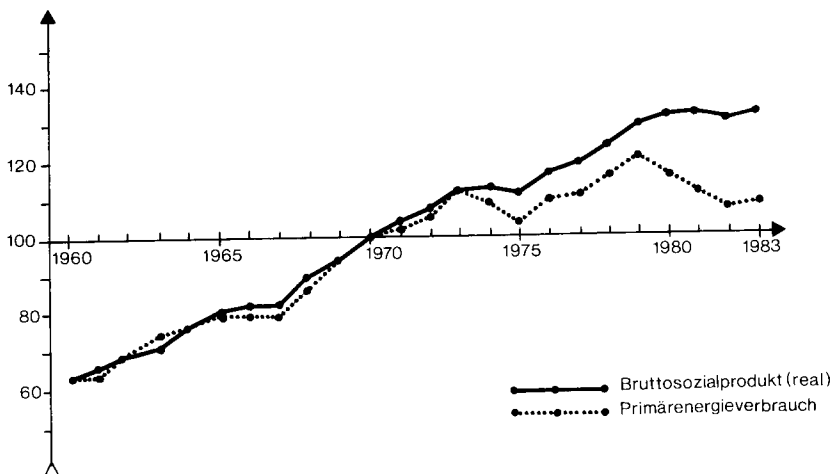
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Zwischen 1950 und 1973, dem Jahr der ersten Ölpreiskrise, stieg der Energieverbrauch kontinuierlich an. Die jährlichen Zuwachsraten (bezogen auf den Primärenergieverbrauch) lagen im Durchschnitt bei 4,5 %. Seither ist die Aufwärtsentwicklung mehrmals unterbrochen worden. Nach einem Rückgang bis 1975 erhöhte sich der Energieverbrauch wieder und erreichte 1979 seinen bisherigen Höchststand. Die enormen Preisschübe beim Rohöl zu Beginn der achtziger Jahre (vgl. 18.8) gingen mit einem nachlassenden Energieverbrauch einher. 1983 stieg er abermals an und erreichte etwa das Niveau von 1974.

18.3 Energieverbrauch und Wirtschaftsentwicklung

Beim Meinungsstreit um den Ausbau der Energieversorgung geht es u. a. um die Frage, ob ein weiteres Anwachsen des Energieverbrauchs eine notwendige Bedingung künftigen Wirtschaftswachstums ist. Befürworter dieser These verweisen auf den Gleichschritt zwischen der Entwicklung des Primärenergieverbrauchs und des realen Bruttonutzenprodukts, der bis 1973 zu beobachten war.

Abb. 1: Wirtschaftswachstum und Steigerung des Primärenergieverbrauchs
(1970=100)



Die Auswirkungen der ersten Ölpreiskrise haben diese Entwicklung abrupt unterbrochen. Der Primärenergieverbrauch ging seinerzeit wesentlich stärker zurück als das Bruttosozialprodukt. In diesem Zusammenhang wurde bereits von einer Lockerung der Abhängigkeit („Entkoppelung“) zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch gesprochen. In den nachfolgenden Jahren kehrte die Entwicklung von Bruttosozialprodukt und Primärenergieverbrauch teilweise zum Gleichschritt zurück, lief aber in einigen Jahren auch wieder auseinander. Es bleibt abzuwarten, ob auf längere Sicht jene Stimmen recht behalten werden, die es durchaus für möglich halten, daß der Einsatz energiesparender Technologien dazu führt, Wirtschaftswachstum bei stagnierendem oder gar rückläufigem Energieverbrauch zu erreichen.

18.4 Pro-Kopf-Energieverbrauch im Ländervergleich

Die Verbrauchswerte für Energie je Einwohner differieren zwischen den einzelnen Industrieländern beträchtlich. Neben einer sparsamen Grundhaltung bzw. einer verschwenderischen Einstellung im Umgang mit der Energie gibt es eine Reihe wichtiger anderer Einflußfaktoren für die Höhe des Verbrauchs, z. B. Klima, räumliche Entfernungen innerhalb des Landes, Ausstattung mit Schwerindustrie. So lag beispielsweise der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie 1982 in der Bundesrepublik Deutschland nur gut halb so hoch wie in Kanada.

Tab. 2: Pro-Kopf-Energieverbrauch 1982

Land	Primärenergieverbrauch je Einwohner in Gigajoule ¹
China	17
Schweiz (einschließlich Liechtenstein)	102
Japan	103
Frankreich	117
Schweden	145
Bundesrepublik Deutschland	161
UdSSR	169
DDR	216
USA	276
Kanada	284

¹ 10⁹ Joule.

Quelle: United Nations, Yearbook of World Energy Statistics 1982.

18.5 Rohstoffgewinnung

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt nur über sehr geringe Rohstoffvorkommen. Ausnahmen bilden lediglich die ergiebigen Lagerstätten von Salz, Steinkohle und Braunkohle. Bei der Versorgung mit allen übrigen Rohstoffen und Energieträgern ist die Bundesrepublik weitgehend auf Einfuhren angewiesen.

1983 wurden im Bundesgebiet 82,2 Mill. Tonnen Steinkohle und 124,3 Mill. Tonnen Braunkohle gefördert. Damit ging die Kohlegewinnung gegenüber den beiden Vorjahren erheblich zurück. Steinkohle ist der einzige Energieträger, den die Bundesrepublik

Tab. 3: Gewinnung wichtiger Rohstoffe im Bundesgebiet 1983

Rohstoff	Förderung	
	1 000 t	Petajoule
Braunkohle	124 281	1 069
Steinkohle	82 202	2 432
Erdöl	4 116	175
Erdgas	17 726 ¹	605

¹ Mill. Kubikmeter.

Deutschland in erwähnenswertem Umfang exportiert. Die Ausfuhr belief sich 1983 auf 10,6 Mill. Tonnen.

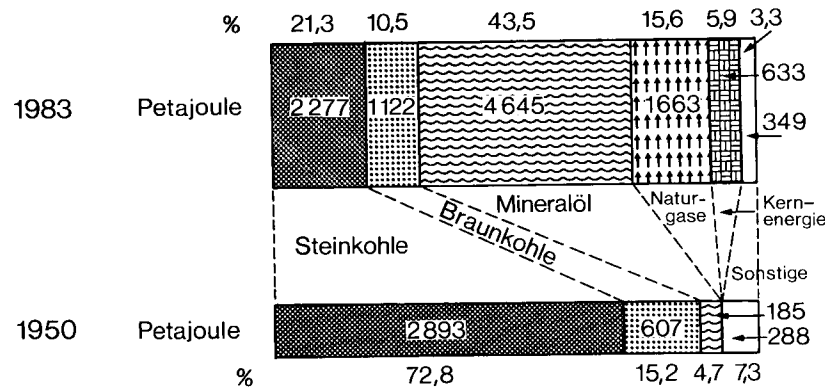
In geringen Mengen verfügt die Bundesrepublik Deutschland auch über eigene Erdöl- und Erdgasvorkommen. Sie befinden sich hauptsächlich im Norddeutschen Tiefland. Insgesamt belief sich die Erdölförderung 1983 auf 4,1 Mill. Tonnen und hat damit gegenüber den Vorjahren abgenommen. Der Anteil am Gesamtaufkommen betrug nur 1,5 %. Einen größeren Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik als die inländische Erdölförderung leistet die heimische Erdgasgewinnung. Sie erreichte 1983 ein Volumen von annähernd 18 Mrd. Kubikmetern.

18.6 Energieträger

Der in den fünfziger und sechziger Jahren stark gewachsene Energiebedarf wurde überwiegend durch den Import von Mineralöl gedeckt, das sich seinerzeit gegenüber den heimischen Energieträgern Braun- und Steinkohle als kostengünstiger erwies. Bei mengenmäßig etwa gleichbleibendem Einsatz von Kohle stieg der Mineralölverbrauch von 1950 bis 1980 fast auf das Dreißigfache. Hierdurch hat sich die Bedeutung der einzelnen Energieträger für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland erheblich verändert. 1950 hatte die Kohle noch einen Anteil von 88 %, 1980 nur noch von knapp 30 % an der gesamten Energieerzeugung, während auf Mineralöl fast die Hälfte entfiel.

Allerdings haben die starken Ölpreiserhöhungen und die Furcht vor wachsender Abhängigkeit von den Öllieferanten Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre eine Rückbesinnung auf die heimischen Energiequellen bewirkt: Bei verminderter Einfuhr von

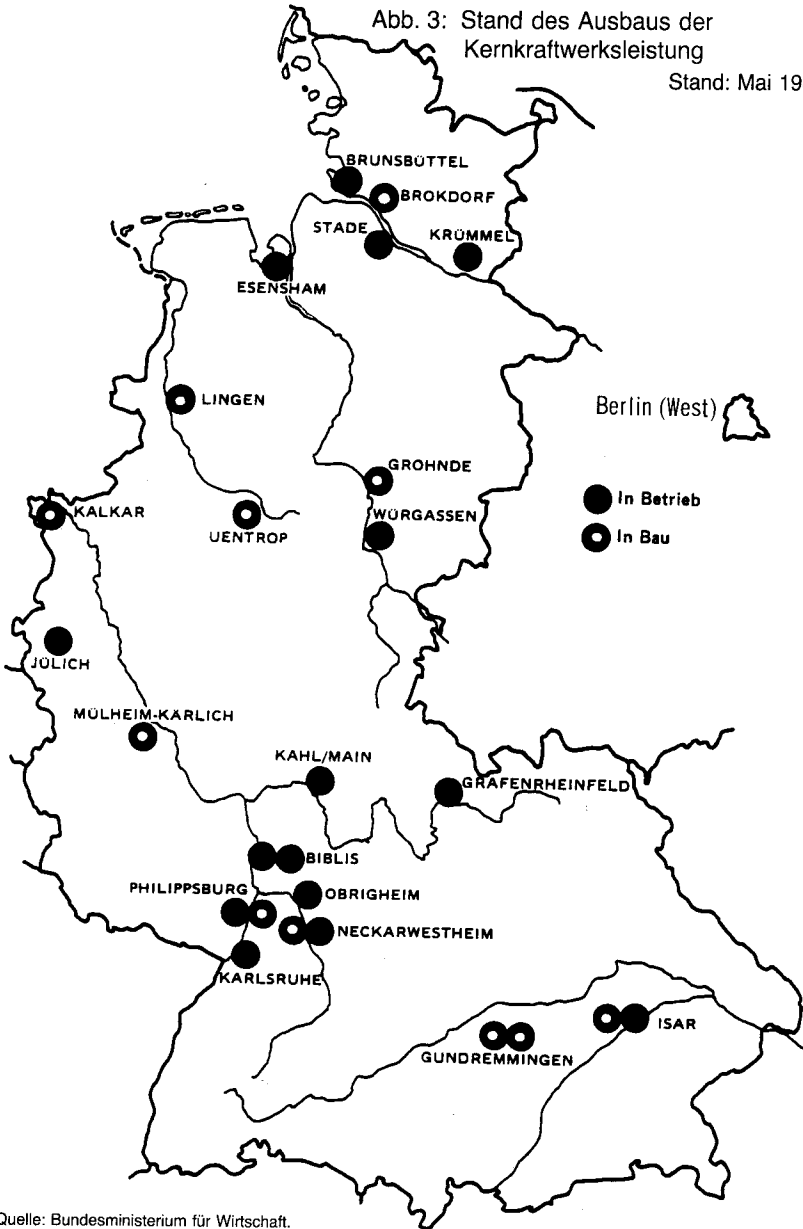
Abb. 2: Primärenergieverbrauch nach Energieträgern 1950 und 1983



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

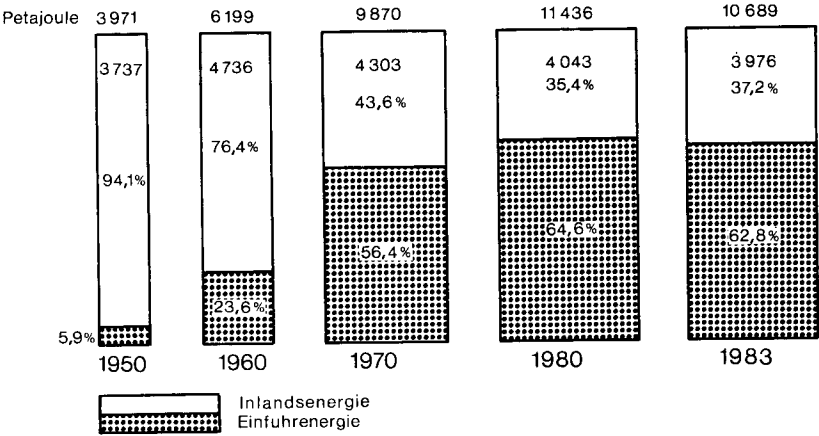
Abb. 3: Stand des Ausbaus der
Kernkraftwerksleistung

Stand: Mai 1984



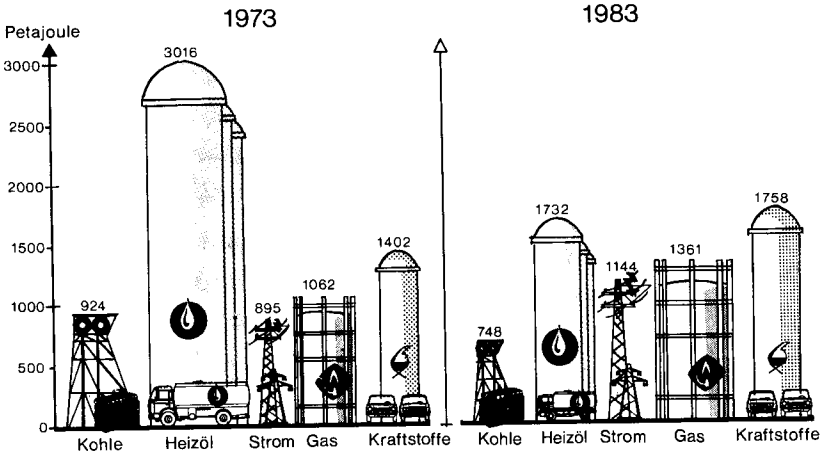
Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft.

Abb. 4: Primärenergieverbrauch nach Inlands- und Einfuhrenergie



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

Abb. 5: Bedeutung der Energieträger



Mineralöl verringerte sich der Anteil dieses Energieträgers am gesamten Energieverbrauch auf knapp 44 % im Jahr 1983. Gut behauptet hat sich seither die Kohle. Nennenswerte Steigerungen verzeichnet die Kernenergie, die aus 15 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken mittlerweile rund 6 % des Energiebedarfs deckt.

Bei den Endabnehmern wirkt sich die geänderte Bedeutung der Energieträger insbesondere in nachlassendem Heizölverbrauch, aber wachsender Nachfrage nach Gas, Strom und Kraftstoff aus.

Tab. 4: Endenergieverbrauch nach Energieträgern

Jahr	Feste Brennstoffe		Kraftstoffe		Heizöl		Gase		Strom		Fernwärme	
	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%	Peta-joule	%
1950	2 041	80,3	112	4,4	16	0,6	235	9,3	122	4,8	12	0,5
1960	2 398	56,2	475	11,1	547	12,8	471	11,0	340	8,0	34	0,8
1970	1 356	20,1	1 197	17,8	2 586	38,4	759	11,3	718	10,6	127	1,9
1980	796	10,6	1 736	23,1	2 283	30,3	1 432	19,0	1 115	14,8	163	2,2
1983	748	10,9	1 758	25,4	1 732	25,1	1 361	19,7	1 144	16,5	168	2,4

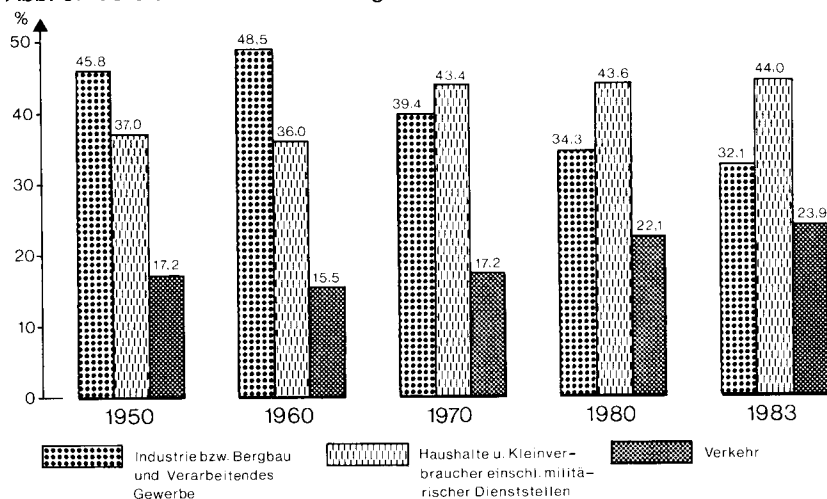
18.7 Energieverbraucher

Der Energiebedarf der drei Verbrauchergruppen Industrie, Verkehr, Haushalte (einschließlich Kleinverbraucher) hat sich in der Vergangenheit unterschiedlich entwickelt. Während 1950 noch die Industrie mit einem Anteil von 45,8 % Hauptabnehmer von Endenergie war und Haushalte und Kleinverbraucher nur mit 37 % am Endverbrauch partizipierten, hat sich das Verhältnis mittlerweile umgekehrt.

Bei einer Zunahme des gesamten Endenergieverbrauchs zwischen 1950 und 1983 um 172 % betrug die entsprechende Wachstumsrate bei der Industrie 91 %, bei Haushalten und Kleinverbrauchern 224 % und beim Verkehr 277 %. Die Ursachen für diese unterschiedliche Entwicklung liegen insbesondere in der zunehmenden Ausstattung der privaten Haushalte mit elektrischen Haushaltsgeräten (vgl. 4.7), gewachsenen Verkehrsleistungen (vgl. Kap. 17) und relativ sparsamerem Energieeinsatz im Rahmen der Industrieproduktion.

Während der Endenergieverbrauch bei Haushalten und Industrie seit der ersten Ölpreiskrise eher zurückging, ist der Verkehrssektor der einzige Bereich, der keine Einsparerfolge erzielte.

Abb. 6: Verbraucher von Endenergie



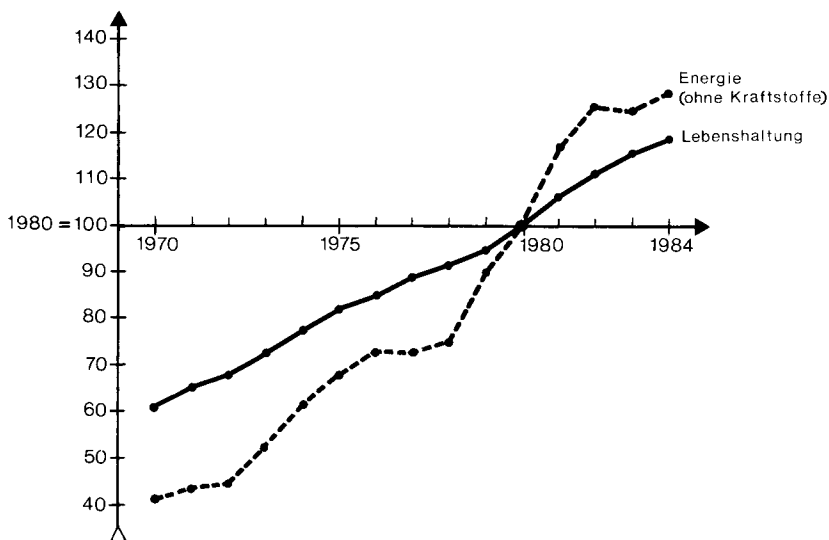
Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen, Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland.

18.8 Energiepreise

Kein anderer Teilbereich im Preisindex für die Lebenshaltung hat im letzten Jahrzehnt ähnlich starke Preissteigerungen aufzuweisen wie die Warengruppe „Energie“. In dieser Entwicklung kommen die Preisschübe auf den internationalen Rohölmärkten und ihre Folgewirkungen zum Ausdruck. Der Preis je eingeführte Tonne Rohöl ist von 60 DM im Jahre 1970 auf 622 DM im Jahre 1984 gestiegen, also auf mehr als das Zehnfache. Preisunterschiede bei den einzelnen Förderländern haben neben anderen Ursachen (z. B. neue Funde) zu einer Änderung der Rangfolge der Lieferanten geführt. Die wichtigsten Länder, aus denen die Bundesrepublik Mineralöl bezog, waren 1984 das Vereinigte Königreich, Libyen und Nigeria. Während das britische Nordseeöl seine Bedeutung erst in jüngster Zeit errungen hat, büßte der Iran seine Spitzenstellung ein. Der enorme Anstieg der Energiepreise belastete nicht nur die Kostenrechnung der Unternehmen und das Portemonnaie der privaten Haushalte, sondern auch die Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland. Während der Preisschub beim Rohöl zwischen 1973 und 1974 noch durch einen florierenden Warenexport mehr als ausgeglichen werden konnte, gelang dies 1979 und 1980 nicht mehr. Nach Aussagen der Deutschen Bundesbank war die Verschlechterung der Leistungsbilanz von 1978 bis 1980 zur Hälfte auf die erneuten Erdölvertierungen zurückzuführen. In den zwei darauffolgenden Jahren profitierte der Außenhandel von der Finanzkraft der OPEC-Staaten; die Zunahme der Exporte in diese Länder trug zur Besserung der Leistungsbilanz bei. Die Preissenkungen beim Rohöl in den Jahren 1982 und 1983 wirkten sich ebenfalls positiv auf die Leistungsbilanz aus.

Abb. 7: Energiepreisentwicklung

1980 = 100



Tab. 5: Einfuhr von rohem Erdöl

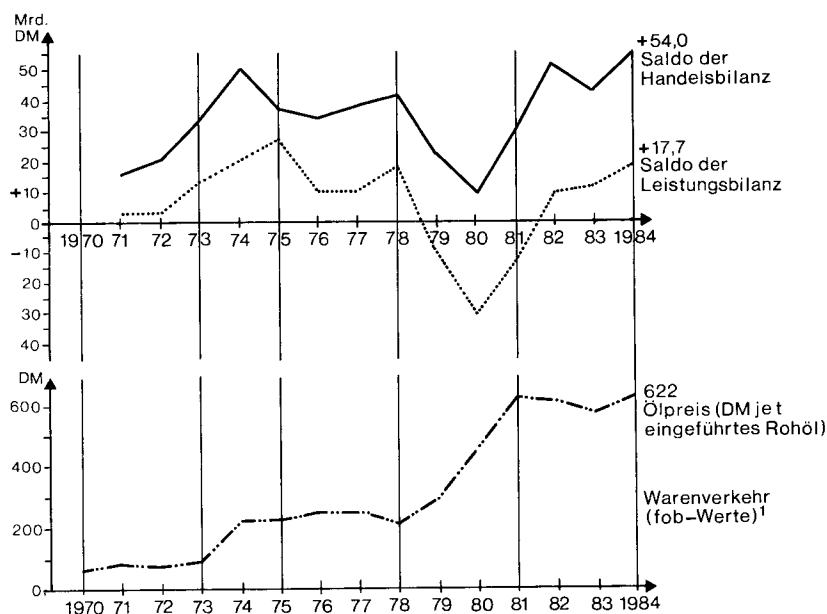
nach Preis und Menge 1970 bis 1984

Jahr	Mill. DM	1 000 t	DM je t
1970	5 938	98 786	60
1971	7 679	100 230	77
1972	7 411	102 600	72
1973	9 083	110 493	82
1974	22 956	102 543	224
1975	19 718	88 414	223
1976	23 825	97 669	244
1977	23 537	96 290	244
1978	19 970	94 375	212
1979	29 895	107 355	279
1980	44 168	96 876	456
1981	49 107	79 247	620
1982	44 712	72 542	616
1983	37 771	65 213	579
1984	41 663	66 934	622

Tab. 6: Einfuhr von rohem Erdöl aus den wichtigsten Förderländern

Land	1974	1984	
	1 000 t	1 000 t	DM je t
Vereinigtes Königreich	–	17 808	633
Libyen	16 719	9 637	631
Nigeria	11 514	9 530	637
Sowjetunion	3 018	5 765	599
Saudi-Arabien	25 080	4 548	568
Venezuela	2 236	4 210	604
Algerien	9 685	2 670	684
Norwegen	142	2 615	653
Iran	13 352	2 422	596
Irak	3 571	1 988	630

Abb. 8: Entwicklung des Ölpristdurchschnittswertes und der Leistungsbilanz



1 fob: free on board. Vertragsformel im Außenhandel. Die Ware wird vom Verkäufer bis zum vereinbarten Hafen geliefert, die danach anfallenden Kosten trägt der Käufer. In der deutschen Außenhandelsstatistik beziehen sich alle Wertangaben grundsätzlich auf den Grenzübergangswert, d. h. auf den Wert frei Grenze des Erhebungsgebietes.

19 Umweltbelastung und Umweltschutz

19.1 Umweltgefährdung als Herausforderung

Zunehmende Umweltbelastungen als Folge der industriellen und technischen Entwicklung haben Natur- und Umweltschutz in den vergangenen Jahren mehr an Popularität gewinnen lassen als andere Politikbereiche. Persönlich erlebte Umweltschädigungen, wie Lärmbelästigung, Luft- und Wasserverschmutzung, aber auch die Aufklärungsarbeit der Umweltschutzverbände und der Medien, insbesondere über das Waldsterben, führten in weiten Bevölkerungskreisen zu einem geschärften Bewußtsein für die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Zugleich ist das Engagement für die Ziele des Umweltschutzes gewachsen. Die Bundesregierung trug dieser Entwicklung bereits 1971 mit dem Umweltprogramm Rechnung, in dem sie der Umweltpolitik den gleichen Rang einräumte wie anderen großen öffentlichen Aufgaben. Die Einrichtung des Umweltbundesamtes und des Sachverständigenrats für Umweltfragen haben in den siebziger Jahren weitere Voraussetzungen für eine aktive Umweltpolitik geschaffen. Daneben wurden eine Reihe wichtiger Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt erlassen, wie das Bundes-Immissionsschutzgesetz, das Abwasserabgabengesetz, das Abfallbeseitigungsgesetz u. a. Die Einführung des schadstoffarmen Autos soll nunmehr die Umweltgefährdung durch den Straßenverkehr mindern.

Eine erfolgreiche Umweltpolitik benötigt als Basismaterial umfassende und gesicherte Daten zur Beurteilung der Umweltverhältnisse. Die Ursachenforschung und die Datensammlung nehmen bereits beträchtliche Ausmaße an, obgleich noch immer Lücken vorhanden sind. Das Statistische Bundesamt führt seit 1975 in mehrjährigen Abständen Statistiken über Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung durch. Seit 1982 gab der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten jährlich eine Waldschadenserhebung in Auftrag. Über andere umweltrelevante Teilbereiche, wie Lärmbelästigung und Luftverschmutzung, liegen im wesentlichen einige Daten aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich vor, so etwa Meßergebnisse, Beobachtungsreihen u. ä., sowie die Ergebnisse aus Meinungsumfragen, die das subjektive Empfinden zur Umweltbelastung widerspiegeln.

19.2 Umweltbelastung

19.2.1 Abfälle

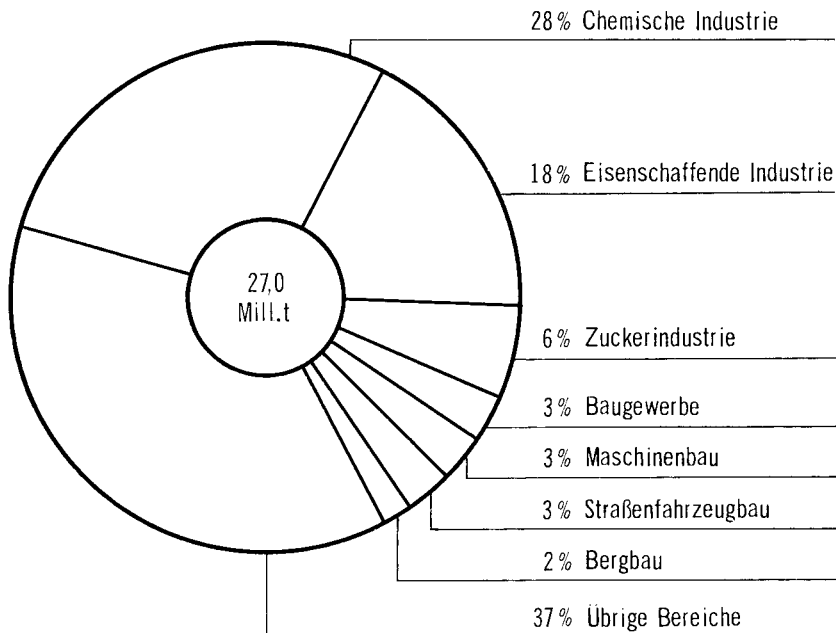
Abfälle, die sichtbaren Zeichen der „Wegwerfgesellschaft“, stellen trotz aller Bemühungen und Erfolge um Wiederverwendung ein beachtliches Umweltproblem dar. Dabei ergibt sich die Gefährdung der Umwelt und der menschlichen Gesundheit weniger aus den gewaltigen Müllbergen als aus der Zusammensetzung der Abfälle.

In der Bundesrepublik Deutschland sind 1982 insgesamt 250 Mill. Tonnen Abfälle angefallen. Das waren 5,8% weniger als 1980, aber 18% mehr als 1977. Etwa 90% der Abfälle entstehen im Produzierenden Gewerbe. Läßt man Bauschutt und Bodenaushub (117 Mill. Tonnen), den im Bergbau entstehenden Abraum (75 Mill. Tonnen), die Schlämme aus der Abwasserreinigung (1,3 Mill. Tonnen Trockensubstanz) sowie die hausmüllähnlichen Abfälle der Industriebetriebe, wie z. B. Kantinenabfälle (5 Mill. Tonnen), außer acht, kommt man auf eine im Produktionsprozeß anfallende Abfallmenge von rund 27 Mill. Tonnen. Die mit Abstand größten Abfallproduzenten waren 1982 die Chemische Industrie mit 7,5 Mill. Tonnen und die Eisenschaffende Industrie mit 4,7 Mill. Tonnen produktionspezifischen Abfällen.

Mit 22 Mill. Tonnen oder 8,7% der gesamten Abfallmenge von 1982 tragen die privaten Haushalte, das Kleingewerbe und der Dienstleistungsbereich zur Abfallentstehung bei. Pro Kopf der Bevölkerung fiel eine Müllmenge von etwa 375 Kilogramm im Jahr an.

Wegen ihres spezifischen Charakters werden die Abfälle der Krankenhäuser in der Statistik gesondert ausgewiesen. 1982 kam aus diesem Bereich eine Abfallmenge von

Abb. 1: Abfälle aus der Produktion 1982
ohne Bauschutt, Bodenaushub, Abraum



Tab. 1: An öffentliche Anlagen gelieferte Abfallmengen

Abfallart	Einheit	1975	1980	1982
Insgesamt	Mill. t	58,7	83,6	81,1
darunter:				
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, einschließlich Sperrmüll, Straßenkehricht, Marktabfälle	Mill. t	31,0	32,6	29,7
Bodenschutt, Bodenaushub	Mill. t	22,2	44,2	42,8
Industrie- und Gewerbeabfälle, Krankenhausabfälle	Mill. t	2,0	3,6	4,8
außerdem:				
Altreifen	Stück	994 034	504 748	393 504
Autowracks	Stück	92 924	58 584	88 598

893 000 Tonnen. Ein Fünftel (185 000 Tonnen) entstand unmittelbar im Zusammenhang mit der medizinischen Betreuung.

Die im Bereich der öffentlichen Hand anfallenden Abfallmengen (z. B. bei der Straßenreinigung oder in Kläranlagen) summierten sich 1982 auf rund zwei 2 Mill. Tonnen.

Einer besonderen Überwachung unterliegen die sogenannten Sonderabfälle, die nach Art, Beschaffenheit oder Menge in besonderem Maße gesundheits-, luft- oder wassergefährdend, explosibel bzw. brennbar sind. Ihre Gesamtmenge wird für 1982 auf 3 Mill. Tonnen geschätzt.

Durch die verstärkte Installation von Abgasreinigungsanlagen hat sich der Anfall von Filterstäuben und -schlämmen in den letzten Jahren erhöht. Nur ein Teil der giftigen Rückstände kann nach einer Aufbereitung wieder verwendet werden. Insgesamt erreichten die Abfälle aus der Abluftreinigung 1982 etwa 530 000 Tonnen. Der Klärschlamm aus öffentlichen und industriellen Abwasserreinigungsanlagen enthielt rund 2,6 Mill. Tonnen Trockensubstanz.

Hausmüll und ähnliche Gewerbeabfälle sowie Bauschutt und Bodenaushub werden größtenteils von den Abfallbeseitigungsanlagen der öffentlichen Hand aufgenommen, während die produktionsspezifischen Abfälle überwiegend von eigenen Einrichtungen der Industrie beseitigt werden.

Die öffentliche Hand unterhielt 1982 3062 Deponien, zu denen annähernd 70 Mill. Tonnen Abfälle abgefahren wurden. Hinzu kamen 44 Müllverbrennungsanlagen, in denen 6,8 Mill. Tonnen vernichtet wurden, sowie 15 Kompostierungsanlagen, die 540 000

Tonnen verarbeiteten. Etwa 2,4 Mill. Tonnen wurden auf sonstigen Anlagen (z.B. Sonderabfalldeponien, chemischen und physikalischen Behandlungsanlagen) beseitigt.

Die Industrie verfügte 1982 über rund 1 600 betriebseigene Deponien und etwa 200 betriebseigene Müllverbrennungsanlagen. Insgesamt wurden in diesen Anlagen 104 Mill. Tonnen Abfälle beseitigt. Auch die industriellen Sonderabfälle werden zum beträchtlichen Teil in betriebseigenen Anlagen behandelt und deponiert. Daneben gibt es 210 gewerbliche Beseitigungsanlagen, die sich vorwiegend mit Sonderabfällen befassen. Sie haben 1982 rund 4 Mill. Tonnen aufgenommen, darunter auch weniger problematische Abfälle, z. B. Bauschutt. Ein Teil des Bauschutts wird nicht auf Deponien gelagert, sondern zur Landschaftsgestaltung wiederverwendet.

19.2.2 Abwässer

Häusliche und industrielle Abwässer belasten in hohem Maße die Flüsse und Seen des Bundesgebietes. Auf die Selbstreinigungskräfte der Gewässer bauend, wird immer noch ein großer Teil des Abwassers unbehandelt abgeleitet. Gefährdet wird hierdurch nicht nur das Oberflächenwasser, sondern auch das Grundwasser, das insbesondere der Trinkwasserversorgung dient.

Zwischen 1977 und 1981 wurden in der Bundesrepublik Deutschland der Natur jährlich rund 40 Mrd. Kubikmeter Wasser entnommen; entsprechend gleich hoch war die Abwassermenge.

Tab. 2: Wassergewinnung 1981

Wirtschaftszweig	Wasser- gewinnung insge- samt	Grund- und Quell- wasser	Ober- flächen- wasser	Ufer- filtrat
Mill. m ³				
Öffentliche Wasserversorgung	5 053	3 606	1 112	335
Wasserversorgung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	10 734	2 967	7 252	515
Wasserversorgung bei Wärmekraft- werken für die öffentliche Versorgung	25 244	49	25 188	7
Sonstige Wasserversorgung ¹	391	275	103	13
Insgesamt	41 422	6 897	33 655	870

¹ Z. B. Landwirtschaft (Bewässerung).

Den größten Teil des Wassers brauchen die Wärmekraftwerke für die öffentliche Versorgung, die es überwiegend als Kühlwasser wieder ableiten. Am gesamten Abwasser machte der Kühlwasseranteil 1981 76 % aus, produktionsspezifische Abwässer trugen mit 5 % bei, und 19 % bestanden aus sonstigem Abwasser. Fast ein Viertel der Abwassermenge (9,7 Mrd. Kubikmeter) wurden mechanisch oder biologisch gereinigt. Von der unbehandelt abgeleiteten Menge (31 Mrd. Kubikmeter) stammten 96 % aus Kühlprozessen, die – zwar nicht verschmutzt, aber erwärmt – direkt in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund gelangen.

Das Abwasser der privaten Haushalte wurde 1979 zu 90 % durch öffentliche Anlagen gesammelt und abgeleitet. Das bedeutet, daß rund 90 % der Bevölkerung an ein mittlerweile ca. 240000 km langes Kanalnetz angeschlossen sind. Rund 85 % des in öffentlichen Kanalisationen gesammelten Abwassers wird in Kläranlagen biologisch behandelt.

Etwa ein Fünftel des industriellen Schmutzwassers gelangte 1981 in die öffentliche Kanalisation, 50 % wurden über knapp 7000 betriebseigene Behandlungsanlagen, der Rest unbehandelt in die Gewässer eingeleitet.

19.2.3 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

Die Lagerung und insbesondere der Transport wassergefährdender Stoffe stellen eine akute Gefahrenquelle dar, wie z.B. die durch Tankerunfälle verursachten Schäden besonders drastisch gezeigt haben. In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1983 insgesamt 1 534 Unfälle bei der Lagerung und beim Transport wassergefährdender Stoffe registriert. Die ausgelaufenen Mengen wassergefährdender Stoffe betrugen 12198 Kubikmeter, davon konnten insgesamt 5267 Kubikmeter aufgefangen werden. Die meisten Unfälle ereigneten sich mit leichtem Heizöl und Dieselmotorkraftstoff. Die Unfälle mit Folgen nahmen 1983 um 81 oder rund 6 % gegenüber dem Vorjahr zu.

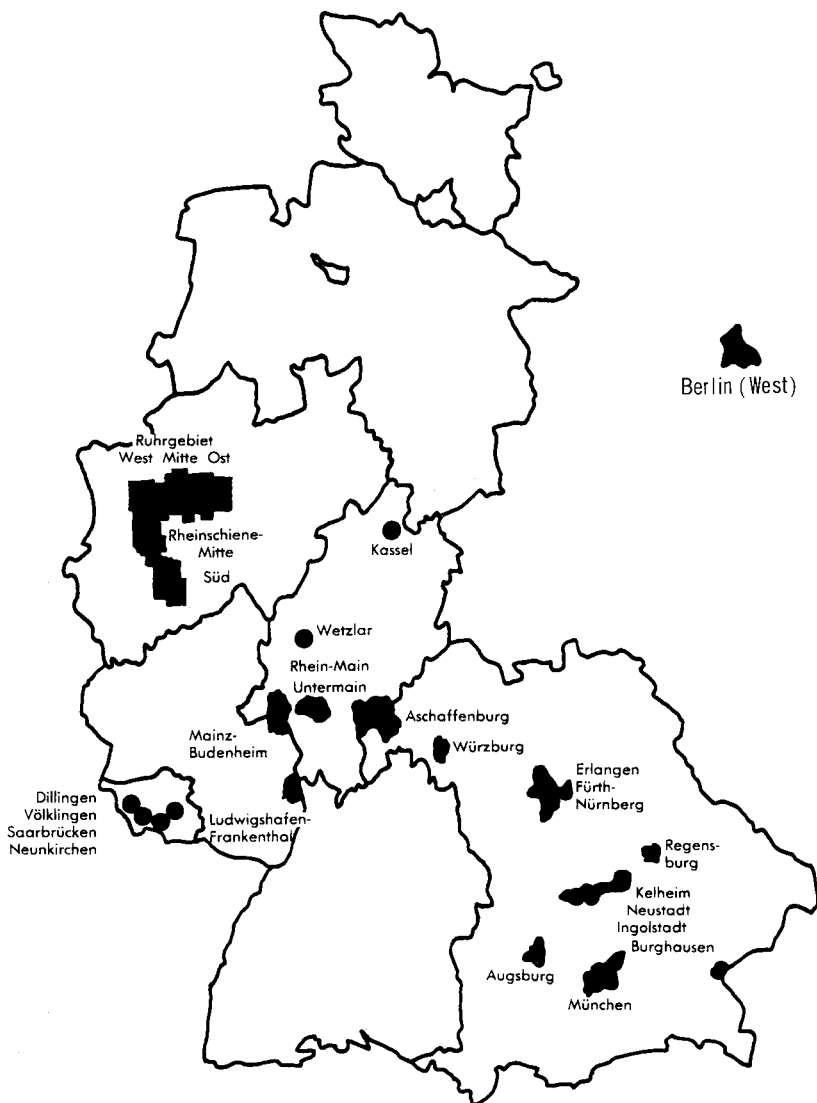
19.2.4 Luftverschmutzung

Hauptverursacher der Luftverunreinigung sind die gewerbliche Produktion, die industriellen Feuerungsanlagen, die privaten Heizungen und der Kraftfahrzeugverkehr. Die Luftbelastungen konzentrieren sich demzufolge in den Ballungsgebieten. Nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz überwachen die Bundesländer in den Belastungsgebieten die luftverunreinigenden Immissionen. Die Überschreitung bestimmter Werte hat zu Beginn des Jahres 1985 unter dem Einfluß ungünstiger Witterungsbedingungen dazu geführt, daß in einzelnen Regionen mehrmals Smog-Alarm ausgelöst wurde.

Zu den Schadstoffen mit überregionaler Bedeutung gehören:

- Schwefeldioxid
- Stickoxide
- Kohlenmonoxid
- Stäube

Abb. 2: Ausgewiesene Belastungsgebiete der Bundesrepublik



Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik.

Schwefeldioxid

Schwefeldioxid (SO_2) gelangt überwiegend aus Verbrennungsprozessen in Kraftwerken und der Industrie in die Atmosphäre. Trotz der Steigerung des Energieverbrauchs (vgl. Kap. 18) nehmen die Emissionen an SO_2 seit 1974 tendenziell ab. Dies ist u. a. auf die Begrenzung des Schwefelgehalts in Brennstoffen zurückzuführen. Im Kraftwerksbereich wird sich in der Zukunft zunehmend der verstärkte Einsatz der Rauchgasentschwefelung im Rahmen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung (13. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung) auswirken. Wurden 1982 nach Berechnungen des Umweltbundesamtes z. B. im Kraftwerksbereich noch 1,86 Mill. Tonnen SO_2 emittiert, wird von Experten spätestens bis 1995 eine Reduzierung um rund 75 % erwartet.

Stickoxide

Die Stickoxide (NO_x als NO_2) entstehen zu über 95 % als Begleiterscheinung der Verbrennungsvorgänge in den Kraftfahrzeugmotoren und Feuerungsanlagen der Kraftwerke, Industriebetriebe und Hausheizungen. Die Emissionen nahmen bis 1979 entsprechend der Steigerung des Energieverbrauchs deutlich zu. Während der Anteil der Industrie zurückging, gewannen die Emissionen des Straßenverkehrs zunehmend an Gewicht und machen inzwischen mehr als die Hälfte der Gesamtemissionen aus. Der Rückgang des Energieverbrauchs Anfang der achtziger Jahre brachte keine Entlastung, weil die Emissionen der benzinbetriebenen Kraftfahrzeuge aufgrund motortechnischer Maßnahmen (Erhöhung der Verdichtung) ständig zunahmen. Nach Auffassung von Experten können durch den Einsatz des Drei-Wege-Katalysators und von bleifreiem Benzin die Emissionen von neuen Otto-Motor-Fahrzeugen bis zu 90 % im Vergleich zu älteren herkömmlichen Fahrzeugen verringert werden. Auch bei älteren Fahrzeugen sind durch nachträgliche Maßnahmen Emissionsverminderungen in allerdings geringerem Umfange möglich.

Kohlenmonoxid

Der Verkehr trägt zu rund zwei Dritteln zur Kohlenmonoxidbelastung (CO) in der Bundesrepublik bei. Die Konzentration dieses Schadstoffes ist um so stärker, je weniger vollständig der Verbrennungsvorgang in Kraftfahrzeugmotoren und Feuerungsanlagen abläuft. Die Gesamtemissionen sind infolge der Optimierung der Verbrennungsvorgänge ständig zurückgegangen.

Stäube

Hauptverursacher der Staubemissionen sind Feuerungsanlagen der Industrie und der Kraftwerke bzw. Fernheizwerke. Durch die Verbesserung der Entstaubungstechniken und die Umstellung auf flüssige und gasförmige Brennstoffe konnten die Emissionen verglichen mit 1966 kontinuierlich auf fast ein Drittel gesenkt werden.

Tab. 3: Jährliche Schadstoffemissionen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1966	1970	1974	1978	1982
Schwefeldioxid (SO ₂)	Mill. t	3,2	3,6	3,6	3,4	3,0
davon:						
Kraftwerke/						
Fernheizwerke	%	41,3	45,9	51,3	55,1	62,1
Industrie	%	35,7	32,3	30,0	27,8	25,2
Haushalte und						
Kleinverbrauch	%	19,9	18,6	15,3	13,4	9,3
Verkehr	%	3,1	3,2	3,4	3,7	3,4
Stickoxid (NO _x als NO ₂)	Mill. t	2,0	2,4	2,7	3,1	3,1
davon:						
Kraftwerke/						
Fernheizwerke	%	23,6	26,5	30,0	27,8	27,7
Industrie	%	30,6	25,5	21,0	16,7	14,0
Haushalte und						
Kleinverbrauch	%	5,8	6,0	5,0	4,5	3,7
Verkehr	%	40,0	42,0	44,0	51,0	54,6
Staub	Mill. t	1,8	1,3	0,97	0,75	0,70
davon:						
Kraftwerke/						
Fernheizwerke	%	25,2	21,8	19,6	22,7	21,7
Industrie	%	58,5	57,9	60,8	61,4	59,7
Haushalte und						
Kleinverbrauch	%	13,7	15,8	13,4	8,0	9,2
Verkehr	%	2,6	4,5	6,2	7,9	9,4
Kohlenmonoxid (CO)	Mill. t	12,5	13,0	11,2	9,1	8,2
davon:						
Kraftwerke/						
Fernheizwerke	%	0,2	0,2	0,3	0,3	0,4
Industrie	%	13,8	13,7	16,7	14,9	13,6
Haushalte und						
Kleinverbrauch	%	52,0	41,7	27,8	18,8	21,0
Verkehr	%	34,0	44,4	55,2	66,0	65,0

Quelle: Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt 1984.

19.2.5 Lärm

Lärm gilt in weiten Kreisen der Bevölkerung als großes Belastungsproblem. Dies zeigt z. B. die Wohnungsstichprobe von 1978, in der auch Fragen zur Beurteilung der Wohngegend im Hinblick auf Lärmbelästigungen gestellt wurden. 41 % aller Haushalte betrachteten ihre Wohngegend bezüglich Lärm als gut, 14 % wünschten eine geringere Lärmbelastung und 7 % hielten sie für unzumutbar.

Tab. 4: Beurteilung der Wohngegend 1978

Art der Beeinträchtigung	% der Haushalte		
	dauernd gestört	gelegentlich gestört	ohne Störungen/ ohne Angaben
Verkehrslärm	36	46	18
Fluglärm	4	33	63
Industrie- und Gewerbelärm	3	9	88
Gerüche, Abgase, Staubentwicklung	15	24	61

Als häufigste Störquelle gilt der Straßenverkehrslärm, an zweiter Stelle liegt der Fluglärm. Maßnahmen zur Lärminderung wurden in den letzten Jahren z. B. durch die Entwicklung geräuschrarmerer Fahrzeuge und Baumaschinen sowie durch die Errichtung von Lärmschutzwänden an Autobahnen und verkehrsreichen Straßen getroffen (vgl. Abb. 3).

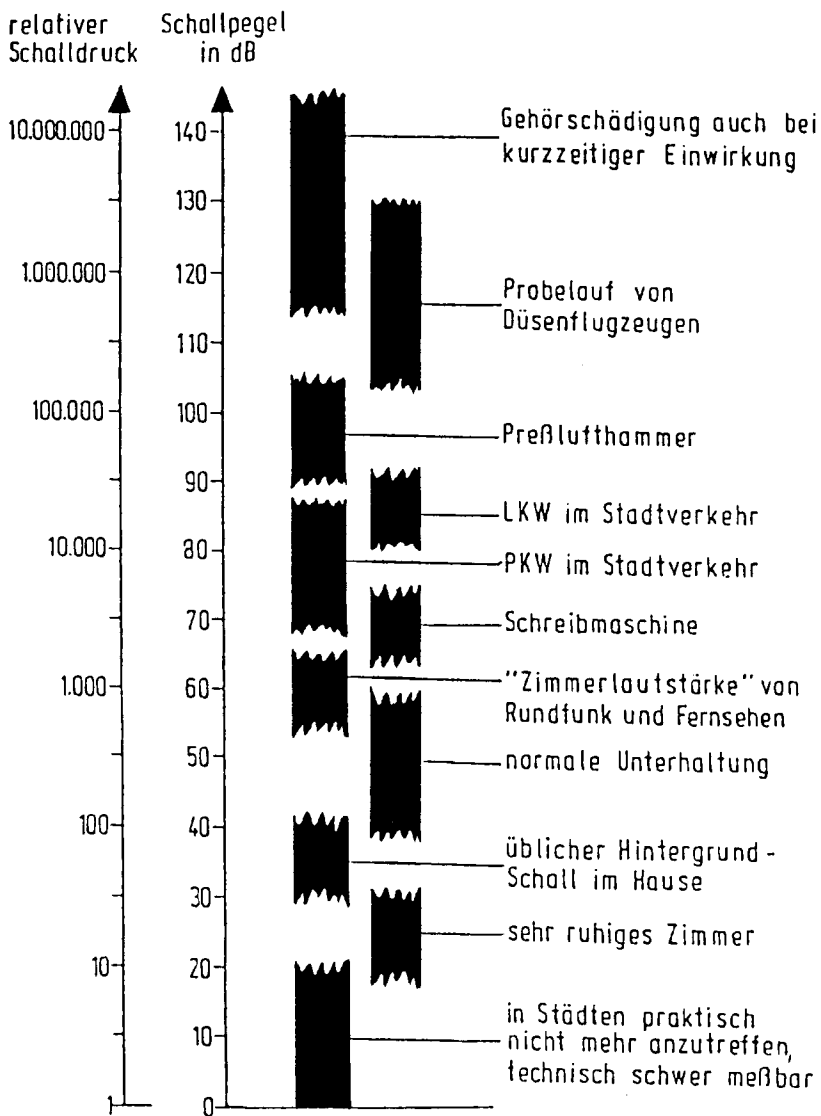
19.2.6 Dünger, Pflanzenschutzmittel und Streusalz

Zur Verbesserung der Erträge in Landwirtschaft und Gartenbau ist der Verbrauch von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln in den vergangenen Jahren kräftig angewachsen. Bei Düngemitteln auf der Grundlage von Phosphat, Kali und Kalk war zwischen 1950 und 1980 etwa eine Verdoppelung der Einsatzmenge zu verzeichnen. Die Lieferung von Stickstoffdünger an die Landwirtschaft erhöhte sich sogar auf fast das Fünffache, ging seit 1980 aber wieder etwas zurück.

Der Absatz von Pflanzenschutzmitteln weist ähnlich starke Steigerungsraten auf. Allerdings lassen die Mengenangaben keine Aussage über die Giftigkeit zu. 1980 fielen 24 % der Pflanzenbehandlungsmittel unter die Gifthandelsverordnungen.

Streusalz wird auf bundesdeutschen Straßen und Autobahnen seit mehr als 20 Jahren gegen Schnee und Glatteis eingesetzt. Witterungsbedingt ist der Verbrauch starken Schwankungen unterworfen. In den Jahren 1976 bis 1981 wurden im Bundesgebiet

Abb. 3: Bereiche üblichen Lärms bzw. Schalles



Quelle: Umweltbundesamt, Immissionsschutzbericht 1977.

Tab. 5: Düngemittelaufwendung
je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche

Düngerart	kg Nährstoff				
	1950/51	1960/61	1970/71	1980/81	1983/84
Stickstoff	25,6	43,4	83,3	126,6	114,1
Phosphat	29,6	46,4	67,2	68,4	61,7
Kali	46,7	70,6	87,2	93,4	83,9
Kalk	47,5	37,5	49,5	92,9	124,7

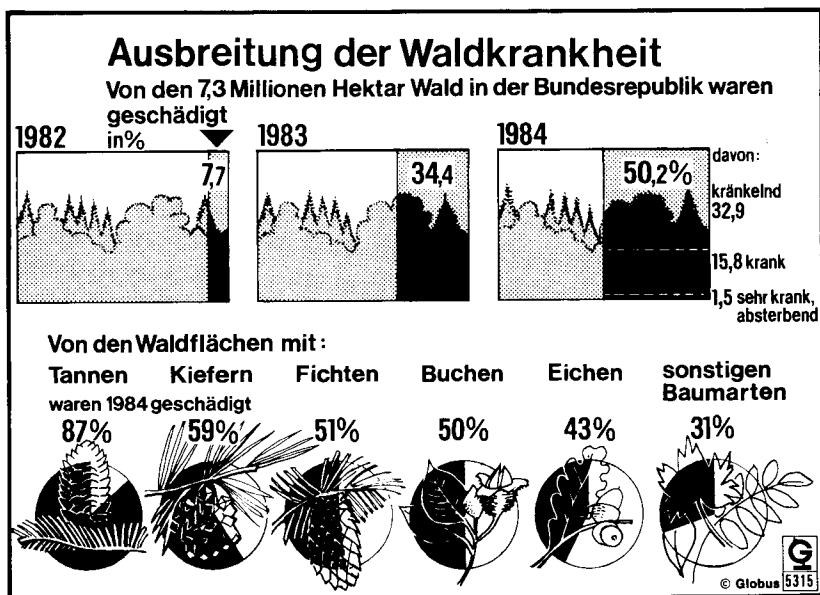
insgesamt rund 12 Mill. Tonnen Aufbaumittel eingesetzt. Infolge der erheblichen ökologischen und ökonomischen Schäden ist in den letzten Jahren bei den öffentlichen Winterdiensten und den privaten Haushalten bereits eine Abkehr von Aufbaumitteln zu beobachten.

19.3 Auswirkungen

Die Erforschung der möglichen, aber auch der bereits erkennbaren Auswirkungen der Umweltverschmutzung steht noch in den Anfängen. Zwar sind die negativen Folgen überdüngter Böden, verunreinigter Gewässer und luftverschmutzender Faktoren – etwa an Gebäuden, an Pflanzen, Tieren oder auch an der menschlichen Gesundheit – prinzipiell bekannt, lassen sich jedoch bislang noch nicht hinreichend quantifizieren. Deshalb wird gegenwärtig verstärkt versucht, die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung zu analysieren und den Einfluß einzelner Faktoren zu bestimmen.

19.3.1 Waldschäden

Seit Ende der siebziger Jahre werden in der Bundesrepublik Deutschland großflächige Waldschäden beobachtet, die sich nicht mehr ausschließlich auf natürliche Ursachen wie Schädlingsbefall, Trockenheit, Windwurf, Schneebruch oder Wildverbiß zurückführen lassen. In einem zusammenfassenden Bericht des Bundesministers für Forschung und Technologie wird es als wissenschaftlich erhärtet angesehen, daß Luftschadstoffe und ihre Umwandlungsprodukte ausschlaggebend für das Waldsterben sind. Während die Einwirkungen durch Schwefeldioxid und Bodenversauerung schon seit geraumer Zeit für die Schäden verantwortlich gemacht wurden, sind in der Studie auch die Wirkungen der Stickoxide näher analysiert worden. Sie schädigen Blätter und Nadeln der Bäume direkt durch verstärkte Bildung von Ozon und sogenannten Photooxidantien. Ferner führt ein übermäßiger Stickstoff-Eintrag in den Waldboden zur Überdüngung und damit zur



Schädigung. Der quantitative Beitrag der einzelnen Schadstoffe ist noch ungeklärt. Viren, Bakterien und Pilze können bei den bereits erkrankten Bäumen eine verstärkende Wirkung haben.

Wie die Waldschadenserhebungen zeigen, weisen seit Beginn der achtziger Jahre immer mehr Bäume schwere Schäden auf. Bei der Erhebung 1983 fiel rund ein Drittel der

Tab. 6: Waldschäden

Waldfläche	Einheit	1983	1984
Insgesamt	1 000 ha	7 370	
Geschädigte Waldfläche	1 000 ha	2 553	3 698
davon Schadstufe 1			
(kränkelnd)	%	71,7	65,5
Schadstufe 2			
(krank)	%	25,3	31,4
Schadstufe 3 + 4			
(sehr krank u. abgestorben)	%	3,0	3,0

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Tab. 7: Waldschäden nach Baumarten 1984

Baumart	Waldfläche 1 000 ha	darunter geschädigt %
Fichte	2 886	51
Kiefer	1 470	59
Tanne	175	87
Buche	1 253	50
Eiche	620	43
Sonstige	967	31

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Tab. 8: Waldschäden nach Bundesländern 1984

Bundesland	Waldfläche 1 000 ha	darunter geschädigt %
Schleswig-Holstein	137	27
Niedersachsen	962	36
Nordrhein-Westfalen	854	42
Hessen	829	42
Rheinland-Pfalz	755	42
Baden-Württemberg	1 303	66
Bayern	2 445	57
Saarland	74	31

Quelle: Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Waldfläche unter die Kategorie „geschädigt“, 1984 war es schon die Hälfte. Am stärksten betroffen ist die Tanne.

Unter den Bundesländern haben Baden-Württemberg und Bayern die meisten Waldschäden. Geographische Schwerpunkte der Erkrankungen sind die süddeutschen Mittelgebirge, insbesondere der Schwarzwald und die ostbayerischen Grenzgebirge.

19.3.2 Gefährdete Tiere und Pflanzen

Artengefährdung und -vernichtung resultieren meist aus der Veränderung oder Zerstörung der natürlichen Lebensräume. Besonders bedroht sind Gebiete, die aufgrund ihrer selten anzutreffenden ökologischen Bedingungen ohnehin bereits einen geringen Raum

Tab. 9: Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen 1984¹

Gegenstand der Nachweisung	Artenzahlen in der Bundesrepublik Deutschland	darunter ausgestorben oder aktuell gefährdet
Tiere		
Säugetiere	94	44
Vögel	305	98
Kriechtiere	12	9
Lurche	19	11
Fische und Rundmäuler ²	70	49
Schnecken	270	58
Großschmetterlinge	1 300	494
Libellen	80	43
Pflanzen		
Farn- und Blütenpflanzen	2 476	697
Moose	ca. 1 000	99
Flechten	ca. 1 850	380
Röhren- und Blätterpilze, Sprödblättler und Bauchpilze	2 337	714

1 Auszug aus „Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen in der Bundesrepublik Deutschland“, 1984 (Hrsg. v. J. Blab u. a.).

2 Die etwa 90 einheimischen marinen Fischarten sind hier nicht berücksichtigt.

einnehmen (z. B. Feuchtgebiete). Während die Landwirtschaft in früheren Jahrhunderten wesentlich zur Pflege der hohen Artenvielfalt beigetragen hat, ist sie in den letzten 30 Jahren ein Hauptverursacher der Artenverarmung. Die Gründe liegen in der Nivellierung nährstoffarmer, trockener oder nasser Standorte zugunsten landwirtschaftlich besser geeigneter Produktionsbedingungen, in Flurbereinigungen sowie in vermehrtem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zu den weiteren Verursachern der Artengefährdung zählen u. a. der Tourismus und Landschaftseingriffe durch Rohstoffgewinnung.

19.3.3 Gesundheitsbeeinträchtigung der Bevölkerung

Neben Luft- und Wasserverschmutzung sind Umweltchemikalien und Schadstoffrückstände in Nahrungsmitteln eine potentielle Gefahr für die menschliche Gesundheit. Dies gilt vor allem für die Schwermetalle Blei, Cadmium und Quecksilber, die sich häufig in

Pilzen und Wassertieren und beim Menschen in Leber und Nieren anreichern können. Andere schädliche Substanzen sind chlorierte Kohlenwasserstoffe – z. B. in Pestiziden, Lösemitteln oder Ausgangsprodukten für Kunststoffe –, die sich über die Nahrungskette u. a. in der Muttermilch wiederfinden.

Die Forschungen über den Zusammenhang zwischen Schadstoffen in der Luft und Atemwegserkrankungen sind noch nicht abgeschlossen. Kaum mehr bestreitbar ist aber, daß die Luftverunreinigung solche Krankheiten begünstigt.

Zu den nachweisbaren umweltbedingten Erkrankungen gehört u. a. die Lärmschwerhörigkeit. Sie nimmt unter den Berufskrankheiten eine führende Position ein (vgl. 8.1.2). Einzelne Berufsgruppen sind bei ihren Tätigkeiten häufig wesentlich höheren Schadstoffkonzentrationen ausgesetzt als die übrige Bevölkerung, z. B. leiden viele Bergbauarbeiter unter Erkrankungen durch Stäube, die in manchen Fällen sogar einen tödlichen Ausgang nehmen.

19.4 Umweltschutz

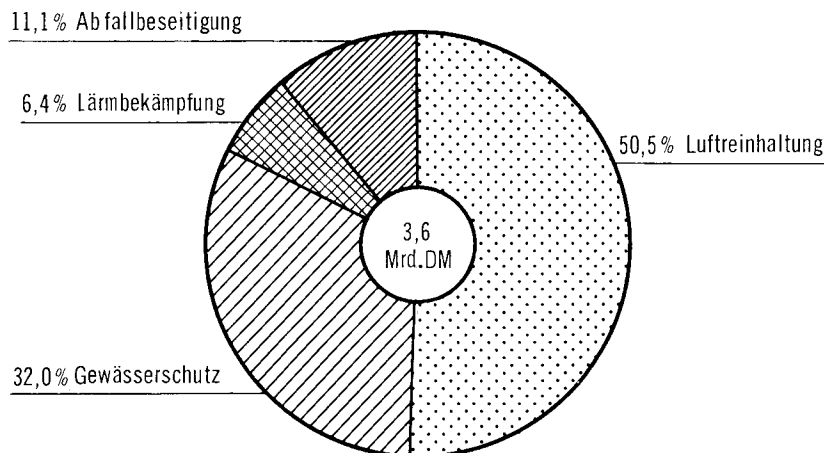
19.4.1 Umweltrecht

Die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltverschmutzung macht vor Ländergrenzen nicht halt, sondern ist ein internationales Problem. Deshalb bleibt auch der Erfolg räumlich begrenzter Umweltschutzmaßnahmen beschränkt. Die Europäischen Gemeinschaften trugen diesem Tatbestand Rechnung, indem sie auf der Grundlage ihres Umweltaktionsprogramms von 1973 eine Vielzahl bedeutsamer Umweltschutzrichtlinien erließen. Alle Mitgliederstaaten sind verpflichtet, diese Richtlinien, die Mindestanforderungen festlegen, in nationales Recht umzusetzen. Die im Juni 1985 getroffene Entscheidung über die sukzessive Einführung des schadstoffarmen Autos zeigt allerdings die Schwierigkeiten, zu einer für alle Länder befriedigenden Lösung zu kommen. Neben die Regelungen auf EG-Ebene treten eine Reihe weiterer internationaler Abkommen, die sich vornehmlich auf Fragen des Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung und der Abfallwirtschaft beziehen.

19.4.2 Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe

Die Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes dienen als Gradmesser für den Umfang der Maßnahmen, die die Unternehmen zur Vermeidung, Verminderung und Beseitigung von Umweltbelastungen ergreifen. Zwischen 1975 und 1982 war im Produzierenden Gewerbe eine Zunahme der Investitionen für Umweltschutz von 2,5 Mrd. DM auf 3,6 Mrd. DM zu verzeichnen. Der Anteil am gesamten Investitionsvolumen betrug 1982 wie 1975 4,6 %. In den dazwischenliegenden Jahren waren die Umweltschutzinvestitionen prozentual und bis 1979 auch absolut deutlich niedriger. Der Anteil der Unternehmen, die überhaupt in Umweltschutzmaßnahmen investierten, fiel von 13,8 % (1975) auf 6,6 % (1982).

Abb. 4: Investitionen für Umweltschutz 1982



Von den Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes gibt die Chemische Industrie die höchsten Summen für Umweltschutzinvestitionen aus. Der 1982 erreichte Betrag von 639 Mill. DM entsprach etwa einem Sechstel aller Investitionen dieser Art und wurde nur von der Energiewirtschaft mit 1,3 Mrd. DM übertroffen. Etwa die Hälfte aller Umweltschutzinvestitionen entfiel auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung, ein knappes Drittel auf den Gewässerschutz und der Rest auf Abfallbeseitigung und Lärmbekämpfung.

19.4.3 Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Umweltschutz

Die Umweltschutzinvestitionen der öffentlichen Haushalte betreffen vor allem die Abwasserbeseitigung. 1982 wurden rund 5,8 Mrd. DM für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in diesem Bereich aufgewendet.

Insgesamt gaben die öffentlichen Haushalte 1982 knapp 14,1 Mrd. DM für den Umweltschutz aus (Abwasserbeseitigung: 8,3 Mrd. DM, Abfallbeseitigung: 3,4 Mrd. DM, Straßenreinigung: 0,8 Mrd. DM, Forschung: 0,3 Mrd. DM, Sonstiges: 1,2 Mrd. DM). Das entsprach einem Anteil am gesamten Ausgabenvolumen von 2,6 %.

19.4.4 Natur- und Landschaftsschutz

Zur Erhaltung der Lebensräume von Tieren und Pflanzen können nach dem Bundesnaturschutzgesetz Teile von Natur und Landschaft zu Nationalparks, Naturschutzgebieten oder Naturparks erklärt werden. Die Flächen der einzelnen Schutzgebiete überschneiden sich zum Teil, so daß eine Addition nicht möglich ist. Am weiträumigsten sind die Naturparke, die neben dem Naturschutz vor allem auch der Erholung und dem Fremden-

verkehr dienen. 1984 gab es in der Bundesrepublik Deutschland auf knapp 52000 Quadratkilometern 64 Naturparke, die damit etwa ein Fünftel der Gesamtfläche ausmachen. Naturschutzgebiete erstreckten sich 1984 auf rund 4700 Quadratkilometer und haben damit gegenüber den Vorjahren an Fläche gewonnen. Die beiden Nationalparke Bayerischer Wald und Berchtesgaden, die möglichst naturnah erhalten bleiben sollen, nehmen eine Fläche von 340 Quadratkilometern ein.

**Tab. 10: Naturparke, Naturschutzgebiete und Nationalparke
in der Bundesrepublik Deutschland**
Stand: 1. Januar

Art des Gebietes	Anzahl		Fläche km ²		% der Gesamtfläche	
	1978	1984	1978	1984	1978	1984
Naturparke	57	64	41 800	51 693	16,8	20,8
Naturschutzgebiete ¹	1 150	1 872	4 349	4 725	1,7	1,9
Nationalparke	1	2	130	340	0,05	0,14

¹ Einschließlich Wattfläche.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

20 Internationale Übersichten

Ausgehend von dem in der Präambel des Grundgesetzes ausgesprochenen Auftrag, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“, ist die Bundesrepublik Deutschland in einer Vielzahl internationaler Organisationen vertreten.

Von besonderer Bedeutung für ihre Außenpolitik ist die Einordnung in das Lager der westlichen Demokratien, vor allem aber ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis (NATO). Seit 1973 ist sie offiziell Mitglied der Vereinten Nationen, in deren zahlreichen Unterorganisationen sie bereits vor ihrem Beitritt mitgearbeitet hat.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält zu fast allen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen. Im September 1985 war sie in 161 Ländern vertreten.

Vor diesem Hintergrund wurden zu einigen wichtigen Themenbereichen (Bevölkerung, Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wirtschaft) internationale Vergleichszahlen zusammengestellt. Sie stammen aus einer Vielzahl internationaler Quellen, die vom Statistischen Bundesamt ausgewertet werden.

Diese Zahlen können nur Größenordnungen vermitteln, da Unterschiede der statistischen Begriffe, der Erhebungsverfahren und der Bearbeitungsmethoden die Vergleichbarkeit der Angaben von Land zu Land erheblich beeinträchtigen. Auch hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse müssen Einschränkungen in Kauf genommen werden.

20.1 Bevölkerung

Land	Fläche	Bevölkerung		Lebend- geborene	Gestor- bene	Überschuß der Ge- borenen (+) bzw. Gestor- benen (-)
		ins- gesamt	Einwohner je km ²			
	1 000 km ²	1000	Anzahl	je 1000 Einwohner		
		1984		1983		
Europa ¹	4 937	490 000	99	.	.	.
Bundesrepublik Deutschland	249	61 181	246	9,5	11,3	- 1,8
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	108	16 718	154	14,0	13,3	+ 0,7
Belgien	31	9 849	323	11,9	11,7	+ 0,2
Bulgarien	111	8 969	81	13,7	11,4	+ 2,3
Dänemark ²	43	5 111	119	9,9	11,2	- 1,3
Finnland	337	4 882	14	13,8	9,3	+ 4,5
Frankreich	547	54 659	100	13,8	9,9	+ 3,9
Griechenland	132	9 949	75	13,6	9,1	+ 4,5
Großbritannien und Nordirland	244	56 199	230	12,8	11,7	+ 1,1
Irland	70	3 533	50	19,0	9,3	+ 9,7
Island	103	239	2	18,8	7,2	+11,6
Italien	301	56 969	189	10,6	9,9	+ 0,7
Jugoslawien	256	22 997	90	16,6	9,6	+ 7,0
Luxemburg	3	365	141	11,5	11,3	+ 0,2
Niederlande	41	14 426	353	11,8	8,2	+ 3,6
Norwegen	324	4 141	13	12,1	10,2	+ 1,9
Österreich	84	7 552	90	11,7	11,6	+ 0,1
Polen	313	36 826	118	19,7	9,6	+10,1
Portugal	92	10 045	109	15,4	9,4	+ 5,0
Rumänien	238	22 683	96	14,3	10,4	+ 3,9
Schweden	450	8 339	19	11,0	10,9	+ 0,1
Schweiz	41	6 531	158	11,4	9,4	+ 2,0
Sowjetunion	22 402 ³	275 093	12	20,1	10,3	+ 9,8
Spanien	505	38 435	76	13,4	7,4	+ 6,0
Tschechoslowakei	128	15 455	121	14,8	12,0	+ 2,8
Türkei	781 ⁴	50 205	64	34,9	10,2	+24,7
Ungarn	93	10 672	115	11,7	13,7	- 2,0
Afrika	30 330	537 000	18	.	.	.
Ägypten	1 001	47 049	47	36,9	10,2	+26,7
Algerien	2 382	21 531	9	40,5	8,8	+31,7
Amerika	39 906	658 000	16	.	.	.
Brasilien	8 512	129 662	15	23,1	6,4	+16,7
Kanada	9 976	25 128	3	15,0	7,1	+ 7,9
Mexiko	1 973	75 103	38	34,0	6,0	+28,0
Vereinigte Staaten	9 363	236 634	25	15,5	8,6	+ 6,9
Asien ⁵	27 576	2 777 000	101	.	.	.
China, Volksrepublik	9 561	1 031 563	108	17,9	6,2	+11,7
Japan	372	120 300	323	12,7	6,2	+ 6,5
Australien und Ozeanien	8 510	24 000	3	.	.	.
Australien	7 687	15 462	2	15,8	7,3	8,5
Erde	135 837	4 763 000	35	.	.	.

1 Ohne Sowjetunion, Türkei und Grönland.

2 Ohne Faröer und Grönland.

3 Darunter in Europa: 5 571 000 km².

4 Darunter in Europa: 23 623 km².

5 Ohne Sowjetunion, jedoch einschließlich Türkei.

20.2 Bildung¹

Land	Jahr	Schüler und Studenten nach Bildungsbereichen		
		Primar-	Sekundar- bereich	Tertiär-
		1 000		
<i>Europa</i>				
Bundesrepublik Deutschland	1982	2 452	6 303	1 405
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	1981	739	1 862	304
Dänemark	1981	420	498	107
Finnland	1982	366	433	128
Frankreich	1982	3 914	4 458	927
Griechenland	1980	901	740	117
Großbritannien und Nordirland	1981	4 689	5 329	848
Italien	1982	4 216	5 329	1 091
Jugoslawien	1982	1 457	2 382	387
Niederlande	1982	1 202	1 440	379
Norwegen	1981	373	369	83
Österreich	1982	368	705	146
Polen	1982	4 337	1 542	496
Portugal	1981	1 223	438	92
Rumänien	1982	3 140	1 347	181
Schweden	1982	658	607	216
Schweiz	1982	415	450	91
Sowjetunion	1982	22 660	19 669	5 315
Spanien	1981	3 634	4 040	704
Tschechoslowakei	1982	1 957	390	192
Türkei	1982	5 860	2 393	282
Ungarn	1982	1 244	396	101
<i>Afrika</i>				
Ägypten	1981	4 748	2 919	567
Algerien	1981	3 242	1 155	78
Kenia	1981	4 120	477	13
<i>Amerika</i>				
Brasilien	1982	23 658	2 800	1 409
Kanada	1982	2 272	2 321	988
Mexiko	1982	15 353	5 332	1 013
Vereinigte Staaten	1981	27 794	14 643	12 372
<i>Asien</i>				
Indien	1980	72 688	29 337	5 346
Indonesien	1982	27 990	6 320	616
Japan	1982	11 901	10 011	2 392
Pakistan	1981	5 741	2 253	157
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	1982	1 660	1 140	338

1 Dem Primarbereich sind die Schulen zugeordnet, die – normalerweise beginnend mit dem sechsten Lebensjahr – im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht eine Grundausbildung von mindestens vier, im Durchschnitt aber von etwa sechs Jahren Dauer vermitteln.

Der Sekundarbereich umfaßt in der Regel zwei Bildungsabschnitte (Sekundarbereich I und II). Der längere Abschnitt (Sekundarbereich I) endet in den meisten Ländern mit der Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht. Der sich anschließende kürzere Abschnitt (Sekundarbereich II) vermittelt einen weiterführenden Abschluß.

Der Tertiärbereich umfaßt die Ausbildungsgänge nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflichtzeit, die an den jeweils letzten Abschluß einer Ausbildung im Sekundarbereich II anschließen.

20.3 Erwerbstätigkeit 1983

Land	Anteil der Er- werbspersonen an der Be- völkerung	Erwerbstätige in (im)		
		Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei	Produ- zierenden Gewerbe	sonstigen Wirt- schafts- bereichen
	%	% der Erwerbstätigen		
<i>Europa</i>				
Bundesrepublik Deutschland	47	5,6	40,7	53,7
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	53	10,7	47,9	41,4
Belgien	44	2,9	26,7	70,4
Bulgarien	52	.	.	.
Dänemark	53	6,7	28,9	64,4
Finnland	53	12,7	33,2	54,2
Frankreich	44	7,3	29,8	62,9
Griechenland	42	27,2	28,1	44,7
Großbritannien und Nordirland	48	2,7	33,6	63,8
Irland	37	14,5	24,0	61,5
Island	43	13,2	33,8	53,0
Italien	41	12,4	36,0	51,6
Jugoslawien	46	30,6 ¹	33,0 ¹	36,4 ¹
Luxemburg	44	5,6	38,1	56,3
Niederlande	40	5,0	27,5	67,5
Norwegen	49	7,5	28,1	64,3
Österreich	44	9,6	38,0	52,4
Polen	56	.	.	.
Portugal	39	23,4	34,9	41,8
Rumänien	59	.	.	.
Schweden	53	5,4	29,9	64,7
Schweiz	47	7,1	37,6	55,3
Sowjetunion	50	.	.	.
Spanien	36	18,0	33,5	48,4
Tschechoslowakei	50	13,1	48,8	38,1
Türkei	42	60,1	15,8	24,2
Ungarn	49	22,1	40,8	37,1
<i>Amerika</i>				
Kanada	48	4,4	20,5	75,1
Vereinigte Staaten	48	3,4	27,2	69,4
<i>Asien</i>				
China, Volksrepublik	52	73,7 ¹	15,5 ¹	10,8 ¹
Indien	37	62,6 ¹	12,3 ¹	25,1 ¹
Israel	34	5,4 ¹	29,6 ¹	65,0 ¹
Japan	49	9,3	34,8	56,0
Korea, Republik	38	30,7 ¹	26,7 ¹	42,6 ¹
Pakistan	30	50,7 ¹	17,6 ¹	31,7 ¹
Singapur	48	1,0 ¹	36,7 ¹	62,3 ¹
<i>Australien und Ozeanien</i>				
Australien	46	6,6	28,5	64,9
Neuseeland	40	10,8	30,1	59,1

¹ Erwerbspersonen.

20.4 Gesundheitswesen

Land	Gesundheitswesen		
	Einwohner je Arzt	Kranken- hausbetten je 10000 Einwohner	im 1. Lebens- jahr Gestor- bene (ohne Totgeborene) je 1000 Lebend- geborene
	1981	1981	1983
<i>Europa</i>			
Bundesrepublik Deutschland	421	111	9,6
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	494	105	10,7
Belgien	385	94	11,3
Dänemark	482	82	8,0
Finnland	503	155	6,2
Frankreich	581	121	8,0
Griechenland	393	62	14,9
Großbritannien und Nordirland	692	87	10,2
Irland	774	97	10,6
Italien	346	97	12,4
Jugoslawien	673	60	31,7
Luxemburg	735	119	11,2
Niederlande	541	125	8,4
Norwegen	493	150	7,8
Österreich	441	112	11,5
Polen	573	76	19,2
Portugal	546	53	19,3
Rumänien	652	87	23,9
Schweden	454	148	7,0
Schweiz	409	114	7,6
Sowjetunion	274	123	27,7
Spanien	390	55	9,6
Türkei	1 632	21	.
Tschechoslowakei	354	125	15,6
Ungarn	390	92	20,0
<i>Afrika</i>			
Ägypten	815	20	84,5
Algerien	2 780	25	82,3
<i>Amerika</i>			
Chile	1 925	34	23,6
Kanada	548	78	9,1
Kuba	722	41	16,8
Vereinigte Staaten	549	59	10,9
<i>Asien</i>			
China, Volksrepublik	1 910	20	.
Indien	2 545	8	.
Japan	761	116	6,2
<i>Australien und Ozeanien</i>			
Australien	559	64	10,3

20.5 Bruttoinlandsprodukt 1983

Land	Währungs- einheit	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen				
		in jeweili- gen Preisen	Anteile			
			Privater Ver- brauch	Staats- verbrauch	Investi- tionen	Außen- beitrag
<i>Europa</i>						
Bundesrepublik Deutschland	Mrd. DM	1 670	56,7	20,1	21,1	+ 2,1
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost) ¹	Mrd. M	210	69,7	12,7	17,6	.
Belgien	Mrd. bfrs	4 190	65,2	17,7	15,7	+ 1,4
Dänemark	Mrd. dKr	515	54,5	27,2	16,2	+ 2,1
Finnland	Mrd. Fmk	275	54,2	19,4	24,8	+ 0,4
Frankreich	Mrd. FF	3 957	64,2	16,3	20,1	- 0,6
Griechenland	Mrd. Dr.	3 035	66,6	18,8	21,5	- 9,8
Großbritannien und Nordirland	Mrd. £	300	60,3	22,0	16,6	+ 1,1
Irland	Mill. Ir£	14 452	59,0	20,2	23,2	- 2,5
Island	Mill. ikr	56 070	63,3	12,3	21,2	+ 3,2
Italien	Mrd. Lit	535 904	62,5	19,5	17,4	+ 0,6
Jugoslawien ²	Mrd. Din	4 069	51,4	15,8	36,9	- 4,9
Luxemburg	Mrd. lfrs	163	61,4	17,3	25,1	- 3,8
Niederlande	Mrd. hfl	377	60,5	17,7	18,0	+ 3,8
Norwegen	Mrd. nkr	402	47,9	19,5	24,5	+ 8,1
Österreich	Mrd. S	1 209	57,8	18,7	22,7	+ 0,8
Polen	Mrd. Zl	5 924	63,3	11,5	23,5	+ 1,7
Portugal	Mrd. Esc	2 990	69,2	14,6	29,0	-12,8
Schweden	Mrd. skr	705	51,9	28,5	17,3	+ 2,3
Schweiz	Mrd. sfr	204	62,7	13,5	24,1	- 0,2
Sowjetunion ³	Mrd. Rbl	548	71,6		26,3	+ 2,1
Spanien	Mrd. Ptas	22 683	69,3	12,3	19,0	- 0,7
Tschechoslowakei ³	Mrd. Kcs	503	68,7	8,1	18,8	+ 4,4
Türkei	Mrd. TL.	11 210	73,8	10,8	20,3	- 4,9
Ungarn	Mrd. Ft	898	61,5	10,1	26,5	+ 1,9
<i>Amerika</i>						
Kanada	Mrd. kan \$	399	56,6	21,0	19,1	+ 3,3
Vereinigte Staaten	Mrd. US-\$	3 276	66,2	18,9	16,6	- 1,7
<i>Asien</i>						
Japan	Mrd. Yen	274 919	59,4	10,2	28,5	+ 1,9
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien ⁴	Mill. \$ A	185 235	60,8	17,3	21,3	- 1,3
Neuseeland ⁵	Mill. NZ \$	34 435	59,3	17,0	25,2	- 0,6

1 Produziertes Nationaleinkommen in Preisen von 1980.

2 Materielles Bruttoinlandsprodukt (Produziertes Nationaleinkommen zuzgl. Abschreibungen).

3 Produziertes Nationaleinkommen.

4 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. 7. 1983 beginnt.

5 Angaben für Rechnungsjahr, das am 1. 4. 1983 beginnt.

20.6 Außenhandel 1983

Land	Einfuhr		Ausfuhr		Ein- (-) bzw. Ausfuhr- (+) überschuß	
	insges.	je Ein- wohner	insges.	je Ein- wohner	insges.	je Einwohner
	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM	Mill. DM	DM
<i>Europa</i>						
Bundesrepublik Deutschland	390 192	6 353	432 281	7 038	+ 42 089	+ 685
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	47 941	2 871	53 795	3 221	+ 5 854	+ 350
Belgien und Luxemburg	136 816	13 374	131 773	12 881	- 5 043	- 493
Dänemark	41 415	8 105	40 806	7 986	- 609	- 119
Finnland	32 758	6 740	31 901	6 564	- 857	- 176
Frankreich	268 363	4 908	232 291	4 248	- 36 072	- 660
Griechenland	24 228	2 460	11 251	1 142	- 12 977	- 1 318
Großbritannien und Nordirland	253 193	4 538	233 281	4 181	- 19 912	- 357
Irland	23 381	6 661	21 952	6 254	- 1 429	- 407
Italien	199 723	3 513	185 310	3 259	- 14 413	- 254
Jugoslawien	25 038	1 098	20 422	896	- 4 616	- 202
Niederlande	156 741	10 915	167 192	11 643	+ 10 451	+ 728
Norwegen	34 410	8 332	45 830	11 097	+ 11 420	+ 2 765
Österreich	49 261	6 525	39 328	5 209	- 9 933	- 1 316
Polen	25 487	697	27 925	764	+ 2 438	+ 67
Portugal	20 388	2 019	11 618	1 150	- 8 770	- 869
Rumänien	23 527	1 043	31 278	1 387	+ 7 751	+ 344
Schweden	66 532	7 987	69 810	8 381	+ 3 278	+ 394
Schweiz	73 683	11 318	64 442	9 899	- 9 241	- 1 419
Sowjetunion	205 045	752	232 919	855	+ 27 874	+ 103
Spanien	73 793	1 930	50 264	1 315	- 23 529	- 615
Tschechoslowakei	41 627	2 700	42 016	2 725	+ 389	+ 25
Türkei	23 411	495	14 612	309	- 8 799	- 186
Ungarn	21 686	2 029	22 170	2 074	+ 484	+ 45
<i>Afrika</i>						
Libyen	18 975	5 647	28 267	8 413	+ 9 292	+ 2 766
Nigeria	21 887	246	29 552	332	+ 7 665	+ 86
Südafrika	37 046	1 195	24 661	795	- 12 385	- 400
<i>Amerika</i>						
Brasilien	41 591	395	54 124	417	+ 12 533	+ 22
Kanada	154 217	6 191	184 671	7 414	+ 30 454	+ 1 223
Vereinigten Staaten	688 189	2 893	511 371	2 150	- 176 818	- 743
<i>Asien</i>						
China, Volksrepublik	54 375	52	56 485	54	+ 2 110	+ 2
Hongkong	61 224	11 530	55 972	10 541	- 5 252	- 989
Irak (1982)	51 472	3 688	24 952	1 788	- 26 520	- 1 900
Japan	318 793	2 673	374 349	3 139	+ 55 556	+ 466
Korea, Republik	66 790	1 672	62 335	1 560	- 4 455	- 112
Saudi-Arabien	99 774	9 575	119 700	11 488	+ 19 926	+ 1 913
<i>Australien und Ozeanien</i>						
Australien	49 284	3 207	49 329	3 209	+ 45	+ 2

20.7 Wirtschaftsdaten 1983

Land	Produktion				Fertig- gestellte Wohn- nungen je 100000 Einw.
	Steinkohle	Rohstahl	Elektrizität Mill. kWh je 100000 Einw. ¹	Pkw 1000 Stück	
<i>Europa</i>					
Bundesrepublik Deutschland	82 202	35 729	608	3 875	540
Deutsche Demokratische Republik und Berlin (Ost)	–	7 219	623	188	1 181
Belgien	6 098	10 056	519	262	296
Bulgarien	243	2 824	474	–	780
Dänemark	–	493	464	–	432
Finnland	–	2 415	864	–	1 041
Frankreich	17 022	17 582	484	2 961	723
Griechenland	–	858	245	–	1 157
Großbritannien und Nordirland	116 448	14 986	488	1 045	377
Irland	75	–	314	–	739
Italien	–	21 811	340	1 394	–
Jugoslawien	392	4 135	283	168	611
Luxemburg	–	3 294	1 125	–	466
Niederlande	–	4 484	430	106	797
Norwegen	478	831	2 113	–	792
Österreich	–	4 411	514	7	515
Polen	191 088	16 235	317	270	535
Portugal	186	660	194	–	–
Rumänien	10 620	12 700	303	–	712
Schweden	13	4 210	1 249	281	520
Schweiz	–	895	651	–	692
Sowjetunion	486 765	152 511	498	1 315	749
Spanien	15 684	13 009	303	1 162	620
Tschechoslowakei	26 915	15 024	495	178	666
Türkei	3 538	3 542	61	–	117
Ungarn	2 827	3 617	310	–	693
<i>Afrika</i>					
Südafrika	141 047	7 130	322	–	–
<i>Amerika</i>					
Brasilien	6 408	14 659	120	576	–
Kanada	22 586	12 832	1 442	971	671
Vereinigte Staaten	659 042	76 620	1 007	6 739	594
<i>Asien</i>					
China, Volksrepublik	687 636	40 020	33	–	–
Indien	136 212	10 237	19	–	–
Japan	17 062	97 179	492	7 154	–
<i>Australien und Ozeanien</i>					
Australien	107 588	5 657	693	335	–
<i>Erde</i>					
	2 842 000	626 647	183	30 160	–

¹ 1982.

Teil II:

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden

Bearbeitung:

Wolfgang Glatzer (federführend)

Regina Berger

Sigrid Breuer

Martin Diewald

Roland Habich

Ute Kerber

Hans-Michael Mohr

Heinz-Herbert Noll

Erich Wiegand

Wolfgang Zapf (beratend)

Die Autoren danken für die Mithilfe bei EDV- und Sekretariatsarbeiten Evemarie Bacher, Mathias Bös, Usch Büchner, Detlef Landua, Ute Lutz, Niko Papastefanou, Sabine Pletschacher, Pjotr Schäfer, Ulrike Schöbel, Renate Weiner, Stefan Weick und Barbara Wörndl.

Die EDV-Arbeiten wurden an den Rechenanlagen der Universitäten Mannheim und Frankfurt vorgenommen.

A. Einleitung

1 Lebensqualität: Meßmethoden und Datenquellen

Das Wissen über die Lebensbedingungen in Deutschland verdanken wir ganz überwiegend der amtlichen Statistik. In der Bundesrepublik sind es Volkszählungen, Mikrozensus, Wirtschaftsrechnungen und viele Spezialerhebungen, in denen soziodemographische und sozioökonomische Daten erhoben werden, die eine repräsentative Bestandsaufnahme gesellschaftlicher Problemlagen und Entwicklungen ermöglichen. Sozialwissenschaftler haben dieses Datenmaterial oft für Sekundäranalysen herangezogen. Die Erhebungen der amtlichen Statistik beschränken sich aber fast ausschließlich auf direkt beobachtbare und meßbare (in unserer Terminologie „objektive“) Tatbestände. „Subjektive“ Tatbestände, also Meinungen, Bewertungen und Wertvorstellungen blieben außerhalb des Erhebungsprogramms amtlicher Umfragen. Dafür mag es stichhaltige Gründe geben, aber nicht zu übersehen ist das Informationsdefizit, das dadurch entsteht.

In zwei Diskussionszusammenhängen wird der Erhebung subjektiver Indikatoren ein hoher Stellenwert beigemessen. Erstens sollte man sich im demokratisch verfaßten Wohlfahrtsstaat nicht darauf beschränken, die Lebensbedingungen gesellschaftspolitisch zu gestalten, sondern dabei auch beachten, wie sie von der Bevölkerung bewertet werden. Ob die Bürger mit ihren Lebensbedingungen zufrieden oder unzufrieden sind, sollte unmittelbar und repräsentativ erhoben werden und nicht irgendwelchen Expertenurteilen überlassen bleiben. Die repräsentative Umfrage hat dabei vor allem den Vorzug, daß alle Bevölkerungsgruppen von einer bestimmten Größe an vertreten sind und jeder ausgewählte Bürger mit einer Stimme zu Wort kommt.

Das zweite Argument schließt an die Diskussion um die Messung von Lebensqualität und Wohlfahrt an. Hier hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß sich eine Beurteilung der Lebensqualität einer Bevölkerung nicht auf die objektiven Lebensbedingungen beschränken darf, sondern gleichzeitig das subjektive Wohlbefinden zu betrachten ist. Was soll eine Verbesserung objektiver Lebensbedingungen nützen, wenn sich das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung verschlechtert? Selbstverständlich kann auch das subjektive Wohlbefinden kein alleiniges Beurteilungskriterium für die Wohlfahrt einer modernen Gesellschaft sein. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im Zusammenhang, die verschiedenen Konstellationen, die sich dabei ergeben können, sind das Untersuchungsthema der modernen Wohlfahrtsforschung.

1.1 Lebensbedingungen und ihre Bewertung

Die Hypothese, daß die Menschen unter besseren Lebensbedingungen auch zufriedener sind, klingt selbstverständlich. Um so überraschender waren die Ergebnisse früherer Untersuchungen, die ergaben, daß der Zusammenhang zwischen Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden recht schwach ausgeprägt ist. Es wurden die verschiedensten Erklärungen entwickelt: z. B. daß die Bürger nur individuelle Verbesserungen gegenüber relevanten Vergleichsgruppen mit höherer Zufriedenheit honorieren, nicht aber, wenn es allen gleichmäßig besser geht; daß Individuen unter sozialem Druck stehen, Unzufriedenheit zu verleugnen; daß sich ihre Ansprüche resignativ an die Umstände anpassen; daß Unzufriedenheitsäußerungen kulturell gelernt und damit in gewisser Weise von den eigenen Erfahrungen unabhängig sind; daß gerade die Gutsituierten für neue Wertmaßstäbe offen sind und deshalb eher Kritik und Unzufriedenheit äußern und daß unterschiedliche individuelle Vergleichsmaßstäbe gleiche Ausgangslagen in ganz unterschiedlichem Maß als befriedigend erscheinen lassen. Alle diese Effekte sind mehr oder weniger Teil der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit und mindern die Zusammenhänge zwischen Lebensbedingungen und ihrer Bewertung. Darüber hinaus sind methodische Argumente zu beachten: Objektive und subjektive Tatbestände sind mit Meßfehlern belastet; Befragte geben Antworten zu Problemen, über die sie vorher nicht nachgedacht haben. Zugespitzt bedeutet dies, daß gute Lebensbedingungen durchaus mit einer als schlecht wahrgenommenen Lebensqualität einhergehen können und schlechte Lebensbedingungen mit positiven Bewertungen.

Wenn wir die Dimensionen der Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens kombinieren und lediglich nach „gut“ und „schlecht“ unterscheiden, dann erhalten wir eine Vier-Felder-Tafel und können vier „Wohlfahrtspositionen“ bzw. Typen der Lebensqualität registrieren.

Abb. 1.: Wohlfahrtspositionen

objektive Lebensbedingungen	subjektives Wohlbefinden	
	gut	schlecht
gut	WELL-BEING	DISSONANZ
schlecht	ADAPTATION	DEPRIVATION

Die Kombination von gut/gut nennen wir in Anlehnung an die OECD-Terminologie „Well-Being“, die Kombination schlecht/schlecht „Deprivation“ und die beiden Mischtypen „Dissonanz“ bzw. „Adaptation“. Die Lebensqualität ist in einem Lebensbereich um so höher, je mehr Bürger sich in der Wohlfahrtsposition „Well-Being“ befinden. Die „Deprivierten“ bilden die klassische Zielgruppe der Sozialpolitik. Die „Dissonanten“ sind

das Potential für Protest und Veränderung. Diese Konstellation wird auch als Unzufriedenheitsdilemma bezeichnet. Die „Adaptierten“ repräsentieren häufig die Realität von Ohnmacht und gesellschaftlichem Rückzug. Hier spricht man auch von einem Zufriedenheitsparadox.

1.2 Subjektives Wohlbefinden

Subjektives Wohlbefinden wird durch viele verschiedene Maße erfaßt (vgl. Teil II, Kap. 2 und 3). Ein Beispiel für solche Meßverfahren ist die allgemeine Lebenszufriedenheit, die als Gesamtbewertung der gegenwärtigen Lebensumstände eines Individuums aufgefaßt wird. Die Individuen werden dabei gefragt: „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig alles in allem mit Ihrem Leben?“ Bei einer vorgegebenen Antwortskala von „Null“ (ganz und gar unzufrieden) bis „Zehn“ (ganz und gar zufrieden) erhielten wir 1984 im Durchschnitt den Wert 7,7. Wie Kap. 16 (Teil II) zu entnehmen ist, haben vor allem gesellschaftliche „Problemgruppen“ eine sehr niedrige Lebenszufriedenheit.

Verglichen mit den Jahren 1978 und 1980 hat sich das Niveau der Lebenszufriedenheit nicht geändert. Wir haben zusätzlich gefragt, wie die Bundesbürger glauben, daß ihre Lebenszufriedenheit fünf Jahre zuvor ausgesehen hat und welche Lebenszufriedenheit sie in fünf Jahren vermutlich haben werden. Im Jahr 1978 zeigte sich eine klare Aufwärtstendenz. Die Lebenszufriedenheit vor fünf Jahren lag unter, und die zukünftige Lebenszufriedenheit über der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit. Dies hat sich 1980 grundsätzlich geändert. Zwar liegt die vergangene Lebenszufriedenheit weiterhin unter der gegenwärtigen, aber die erwartete zukünftige Lebenszufriedenheit liegt nicht mehr über, sondern ebenfalls unter der gegenwärtigen. Das Jahr 1980 war bereits ein „Krisenjahr“, in dem die Arbeitslosenzahlen stark stiegen, während 1978 noch als Ausklang der im internationalen Vergleich günstigen Entwicklung in den siebziger Jahren anzusehen ist. 1984 läßt sich feststellen, daß die Bürger an die Krise angepaßt sind. Die Lebenszufriedenheit der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft befindet sich nahezu auf einer Linie. Die Stagnationsphase am Beginn der achtziger Jahre spiegelt sich insofern auch im subjektiven Wohlbefinden wider. Geändert haben sich freilich die retrospektiv erfragte und die zukünftig erwartete, nicht aber die gegenwärtige Lebenszufriedenheit. Die Lebenszufriedenheit scheint ein sehr stabiles Phänomen zu sein, das sich zwar bei einzelnen Individuen rapide ändern kann, aber für eine gesamte Bevölkerung offenbar auf einem bestimmten Niveau bleibt (vgl. Abb. 2).

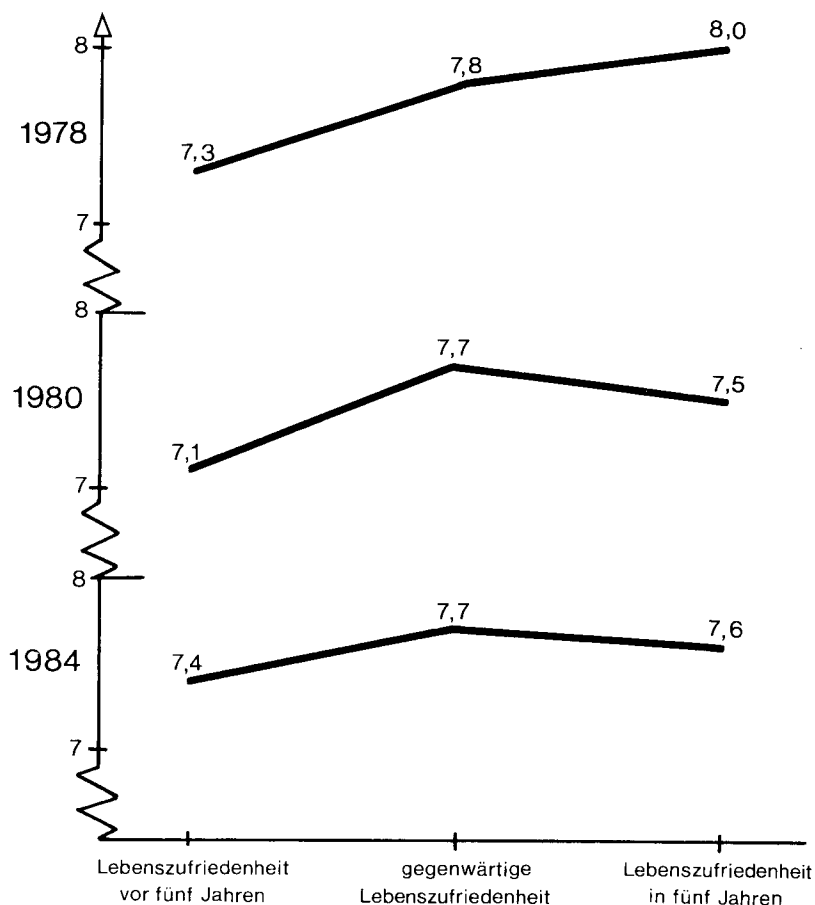
1.3 Was ist wichtig für das subjektive Wohlbefinden?

Die Bewertung der Lebensbedingungen, die Beurteilung des subjektiven Wohlbefindens setzt im einzelnen Bewertungskriterien voraus, die bei jedem Individuum anders ausfallen können. Doch ein relativ breiter Konsens besteht bei den Bundesbürgern darüber, welche Lebensbereiche für das eigene Wohlbefinden wichtig sind. Es mag nicht verwundern, daß

Gesundheit dabei an erster Stelle steht. Die starke Betonung der Gesundheit macht aber deutlich, daß sich das Verhalten nicht unbedingt daran orientiert. Sonst dürften der Gesundheit abträgliche Verhaltensweisen kaum vorkommen.

In der modernen Wohlstandsgesellschaft wird oft auf die zugrundeliegenden materialistischen Einstellungen der Individuen verwiesen. Aber unter den Bundesbürgern wird das Einkommen seltener für wichtig gehalten als Liebe/Zuneigung und Familie. Die hohe

Abb. 2: Die Lebenszufriedenheit und ihre Einordnung im Vergleich zur Lebenszufriedenheit in der Vergangenheit und zur erwarteten Lebenszufriedenheit in der Zukunft



Tab. 1: Die Wichtigkeit von Lebensbereichen 1980 und 1984

		sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	un- wichtig
		in %			
Gesundheit	1984	82	17	1	0
Familie	1984	73	24	2	1
	1980	68	28	3	1
Liebe u. Zuneigung	1984	69	29	2	0
	1980	59	37	3	1
Arbeit	1984	36	50	9	5
	1980	31	53	12	4
Einkommen	1984	34	55	10	1
	1980	34	55	9	1
Freizeit	1984	27	59	11	2
	1980	30	53	13	4
Erfolg	1984	18	55	22	5
	1980	15	54	22	9
Glaube	1984	15	37	34	14
	1980	13	37	33	17
Politischer Einfluß	1984	7	29	46	18
	1980	5	22	47	26

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980 (N = 2396 Befragte).

Wohlfahrtssurvey 1984 (N = 2067 Befragte).

Priorität, die diesen beiden Lebensbereichen gegeben wird, weist darauf hin, daß der Wunsch nach der Befriedigung immaterieller Bedürfnisse im Vordergrund steht. Freilich, der Rückstand der Wichtigkeit des Einkommens ist nicht allzu groß, und man kann daraus folgern, daß die Bundesbürger im Grunde beides möchten: materiellen Wohlstand und immaterielle Bedürfnisbefriedigung.

Ähnlich wichtig wie das Einkommen sind Arbeit und Freizeit. Sie sind seltener wichtig als Familie und Liebe/Zuneigung. Das Bild des arbeitsorientierten Deutschen muß also mit einigen Fragezeichen versehen werden. Weil die Bundesbürger Arbeit und Freizeit als ähnlich wichtig für ihr Wohlbefinden beurteilen, läßt sich nicht einmal behaupten, daß sie stärker arbeits- als freizeitorientiert wären.

Man darf jedoch nicht davon ausgehen, daß dem Bürger undifferenziert alles wichtig ist, denn es gibt Problembereiche, die von einem bedeutsamen Teil der Befragten als relativ unwichtig für das eigene Wohlbefinden angesehen werden. Wenn man behauptet, daß die Bundesbürger erfolgsorientiert seien, so trifft dies viel weniger zu als die Bezeichnung „arbeitsorientiert“ und „freizeitorientiert“, aber häufiger als „gläubig“ und „politisch engagiert“. Für eine „säkularisierte“ Gesellschaft erscheint es als hoch, daß etwa 50 % der Bundesbürger den Glauben als wichtig für ihr eigenes Wohlbefinden einschätzen. Für eine „politisierte“ Gesellschaft erscheint es eher gering, daß nur ein Drittel der Bundesbürger eine Wichtigkeit der politischen Beteiligung für ihr eigenes Wohlbefinden erkennt. Aber in diesem Bereich hat es im Vergleich 1980/1984 die stärkste Zunahme der Einstufungen als wichtig und sehr wichtig gegeben.

1.4 Die Wohlfahrtssurveys 1978, 1980 und 1984¹

Mit der Zielsetzung, die Lebensqualität und Wohlfahrt der Bevölkerung zu messen, sind in vielen Ländern „Welfare-Surveys“, „Quality-of-Life-Surveys“ oder „Level-of-Living-Surveys“ entwickelt und durchgeführt worden. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OECD und die Europäische Gemeinschaft haben diese Entwicklung gefördert. Vor diesem Hintergrund entstand auch der Plan für einen „Wohlfahrtssurvey“ in der Bundesrepublik. Er konnte dank der finanziellen Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft erstmals 1978 durchgeführt werden und ist dann 1980 und 1984 wiederholt worden. Der Schwerpunkt dieser Wohlfahrtssurveys liegt auf der Erhebung subjektiver Indikatoren; es wurden aber ebenso objektive Tatbestände erfragt, um den Zusammenhang objektiver und subjektiver Wohlfahrtskomponenten untersuchen zu können. Die drei Wohlfahrtssurveys enthalten zu einem großen Teil gleichlautende Fragen (Replikationsprinzip), zum anderen Teil neue, aktuelle Fragestellungen. Sie bilden die Datengrundlage von Teil II. Darüber hinaus wurden, wenn es für bestimmte Fragestellungen als notwendig erschien, auch zusätzliche Datenquellen für weitergehende Analysen herangezogen.

1. *Sfb 3-Ausländerumfrage 1982*: Da in normalen Stichproben neben der Anstaltsbevölkerung auch die Ausländer unberücksichtigt bleiben, hat der Sfb 3 eine repräsentative Befragung bei den fünf größten Gastarbeitergruppen (Türken, Jugoslawen, Italienern, Griechen, Spanier) durchgeführt. Die Umfrage wurde in zwei Wellen vorgenommen: In der ersten Welle wurden 807 Haushaltsvorstände befragt und in der zweiten Welle aus diesen Haushalten nochmals 770 nach einem Zufallsverfahren ausgewählte Personen mit einem Mindestalter von 18 Jahren.

¹ Die Umfragen wurden im Sonderforschungsbereich 3 (Sfb 3) der Universitäten Frankfurt und Mannheim unter der Leitung von Wolfgang Zapf, Wolfgang Glatz und Heinz-Herbert Noll entwickelt. Das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) hatte die methodische Beratung übernommen, und INFRATEST hat die Feldarbeit durchgeführt. Datensätze der Wohlfahrtssurveys 1978 und 1980 sind beim Zentralarchiv in Köln erhältlich.

2. *ZUMA-Bus 1977*: Hier handelt es sich um eine nationale Mehrthemen-Umfrage, die vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) unter Beteiligung von Wissenschaftlern aus dem Sfb 3 und anderen Institutionen durchgeführt wurde. Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt (N = 2002) der deutschen Wohnbevölkerung ab dem vollendeten 18. Lebensjahr.
3. *Qualifikation und Berufsverlauf 1979*: Diese Studie wurde gemeinsam vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (BIBB) durchgeführt. Befragt wurde ein repräsentativer Querschnitt der deutschen Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 65 Jahren (ohne Auszubildende, Soldaten, Bedienstete des Bundesgrenzschutzes und Personen in Anstalten). Den Auswertungen liegen 29737 Interviews zugrunde.

Die Zielgruppe der Wohlfahrtssurveys bildeten alle Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die in der Bundesrepublik und West-Berlin in Privathaushalten leben und das 18. Lebensjahr vollendet haben. 1978 waren das 43,4 Mill. Bürger, 1980 44,0 Mill. und 1984 44,8 Mill. Aus dieser Grundgesamtheit wurde jeweils eine mehrstufige Zufallsstichprobe nach den Standards des Arbeitskreises Deutscher Marktforschungsinstitute („ADM-Sample“) gezogen. Auswahlseinheiten waren auf der ersten Stufe Stimm- und Wahlbezirke, auf der zweiten Stufe Haushalte und auf der dritten Stufe die Befragungspersonen. Auswertbare Interviews liegen von 2012 Befragten (1978), 2427 Befragten (1980) bzw. 2067 Befragten (1984) vor. In *Tab. 2* sind beispielhaft für den jüngsten Wohlfahrtssurvey die Grundgesamtheit und die realisierte Stichprobe gegenübergestellt, aufgegliedert nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Familienstand, Haushaltsgröße und Stellung im Beruf. Die Verteilung aller drei Stichproben zeigt im Vergleich zu den amtlichen Daten im ganzen eine zufriedenstellende Repräsentativität mit einigen für Umfragen typischen Abweichungen: Junge, ledige und männliche Personen werden von den Interviewern nicht so leicht erreicht wie andere Gruppen; sie sind deshalb leicht unterrepräsentiert.

Es ist üblich, dies durch Anwendung eines „Personengewichts“ und „Haushaltsgewichts“ zu korrigieren, d. h. es werden Anteile von Personengruppen bzw. von Haushalten an der Gesamtstichprobe verringert bzw. vergrößert. Die genauen Gewichtungsfaktoren ergeben sich aus dem Vergleich der Merkmalsverteilungen in der Stichprobe mit den Daten der amtlichen Statistik. In den drei Wohlfahrtssurveys wurden die Personen nach Alter, Geschlecht und Bundesland, die Haushalte nach Bundesländern und Gemeindegrößenklassen gewichtet.

Um von den Stichprobenergebnissen auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen und den wahrscheinlichen Fehlerspielraum abschätzen zu können, ist die Stichprobenrepräsentativität von großer Bedeutung. Bei mehrstufigen Auswahlverfahren werden konventionellerweise die in *Tab. 3* dargestellten Fehlerspielräume angegeben.

Mit den Daten der Wohlfahrtssurveys können Resultate der amtlichen Statistik – die in Teil I dokumentiert sind – in dreierlei Hinsicht sinnvoll ergänzt werden: *Erstens* sind auf der Individualebene Aussagen möglich über den Zusammenhang von Lebensbedingun-

Tab. 2: Vergleich des Mikrozensus 1982 mit dem Wohlfahrtssurvey 1984 nach ausgewählten Sozialmerkmalen

	Mikrozensus 1982	Wohlfahrtssurvey gew. ¹ ungew. ¹ 1984	
		in %	
Alter			
18–29 Jahre	22,7	23,4	19,4
30–39 Jahre	15,2	15,6	18,0
40–49 Jahre	19,0	18,9	19,8
50–59 Jahre	16,2	15,3	14,5
über 60 Jahre	26,9	26,7	28,4
Geschlecht			
männlich	46,2	46,1	44,3
weiblich	53,8	53,9	55,7
Familienstand			
ledig	21,2	21,4	19,5
verheiratet	63,7	64,6	61,3
verwitwet	11,6	10,2	13,6
geschieden	3,5	3,8	5,6
Haushaltsgröße			
1 Person	16,7	13,8	22,6
2 Personen	30,3	32,4	32,8
3 Personen	21,7	23,4	20,9
4 Personen	18,7	17,2	15,1
5 u. m. Personen	12,6	13,2	8,6
Insgesamt (N)	44,8 Mill.	2067	2067
Stellung im Beruf			
Selbständige/Mithelfende	12,7	11,4	11,3
Beamte	9,4	10,6	11,2
Angestellte	40,4	46,5	46,6
Arbeiter	37,5	31,5	30,9
Insgesamt (N)	23,9 Mill.	989	972

¹ Gew. = gewichtete Daten; ungew. = ungewichtete Daten.

Quelle: Mikrozensus 1982; Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 3: Fehlerspielräume bei Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung

Anteil des interessierenden Merkmals in %		5	10	15	20	25	30	35	40	45	50
Stichprobe											
n = 2000											
Fehlerspanne in %	±	1,4	1,9	2,3	2,5	2,7	2,9	3,0	3,1	3,1	3,2
n = 2400											
Fehlerspanne in %	±	1,3	1,7	2,1	2,3	2,5	2,6	2,8	2,8	2,9	2,9
Beispiel: Es bezeichnen sich in der Strichprobe 50 % als Protestanten. Der „wahre“ Wert für die Bevölkerung liegt dann zwischen 47 % und 53 % ($50 \pm 3,2$ bzw. $2,9$) je nach Stichprobengröße.											

Tabelle errechnet nach: Böltken, F.: Auswahlverfahren. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler, Stuttgart 1976, S. 370.

gen in unterschiedlichen Lebensbereichen; *zweitens* läßt sich die Bewertung von Lebensbedingungen aus der Sicht der Bürger darstellen, und zwar bezüglich einzelner Lebensbereiche als auch des Lebens insgesamt, und *drittens* können Aussagen gemacht werden über den Zusammenhang der objektiven Lebensbedingungen und ihrer subjektiven Bewertung auf der Individualebene über mehrere Lebensbereiche hinweg.

(Wolfgang Glatzer/Hans-Michael Mohr)

B. Subjektives Wohlbefinden

2 Komponenten des Wohlbefindens

2.1 Positive Komponenten subjektiven Wohlbefindens

Von den vielen Möglichkeiten, subjektives Wohlbefinden zu beschreiben, werden die Begriffe „Zufriedenheit“ und „Glück“ sowohl umgangssprachlich wie in sozialwissenschaftlichen Studien vorrangig verwendet. Zufriedenheitsangaben können sich auf zahlreiche Sachverhalte beziehen: auf spezifische Merkmale individueller Lebensbedingungen, wie die Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße, auf ganze Lebensbereiche, wie die Zufriedenheit mit der Wohnung, und auf das subjektive Wohlbefinden insgesamt, wie die Zufriedenheit mit dem Leben. „Zufriedensein“ ist im Vergleich zum „Glücklichsein“ eine eher verstandesmäßige Bewertung und hängt insbesondere von sozialen Vergleichen mit wichtigen Bezugsgruppen ab und davon, was jemand wünscht, erwartet, erhofft und anstrebt. „Glück“ ist ein eher affektiver Zustand und scheint sich aus dem Verhältnis positiver und negativer Erfahrungen und Erlebnisse eines Individuums zu ergeben.

Man kann davon ausgehen, daß die meisten Menschen nach Zufriedenheit und Glück streben und daß dauerhafte Unzufriedenheit und Unglücklichsein eine extreme psychische Belastung darstellen. Individuen haben, um ihre Unzufriedenheit zu verringern, entweder die Möglichkeit, ihre Lebensumstände zu verändern, oder die Möglichkeit, ihre Anspruchshaltung anzupassen. Insofern sind die Ergebnisse der „Wohlfahrtssurveys“ vieler Länder nicht überraschend, nach denen eine Mehrheit der befragten Menschen mit ihrem Leben – alles in allem – eher zufrieden ist. Ebenso verhält es sich in der Bundesrepublik.

Die Einschätzung der eigenen Lebenszufriedenheit nehmen die Befragten in unseren Umfragen auf einer elfstufigen Skala vor; sie reicht von „Null“ (ganz und gar unzufrieden) bis „Zehn“ (ganz und gar zufrieden). Die große Mehrheit der Bundesbürger ordnet sich im oberen Skalenbereich ein. In den drei Jahren 1978, 1980 und 1984 stufen bis zu 6 % der Befragten ihre Lebenszufriedenheit unterhalb der Skalenmitte ein, aber 18 % sind ganz und gar zufrieden. Im Durchschnitt liegt die Lebenszufriedenheit bei 7,8 (1978) bzw. 7,7 (1980 und 1984) auf der beschriebenen Skala von „Null“ bis „Zehn“ (vgl. Tab. 1). Damit ist das gesellschaftliche Niveau der Lebenszufriedenheit erstaunlich stabil.

Für die Angaben der Bürger zum Glück gilt die gleiche Tendenz: Ein Fünftel bis ein Viertel bezeichnet sich als „sehr glücklich“; die große Mehrheit der Bundesbürger fühlt sich „ziemlich glücklich“. In die Kategorie „ziemlich unglücklich“ stuft sich ein kleiner, aber zwischen 1978 und 1984 angestiegener Anteil der befragten Bundesbürger ein.

Tab. 1: Die Zufriedenheit mit dem Leben

Frage: Was meinen Sie, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig – alles in allem – mit Ihrem Leben?

	Zufriedenheitsskala von 0 bis 10							zu- sammen	Durch- schnitt
	unzufrieden			ganz und gar zufrieden					
	0-4	5	6	7	8	9	10		
1978 %	4,2	5,6	7,3	15,4	31,5	18,0	17,9	100	7,8
1980 %	4,2	8,4	8,3	17,7	29,8	13,0	18,4	100	7,7
1984 %	6,0	6,6	6,2	14,4	32,0	17,3	17,4	100	7,7

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

Man könnte diesen Ergebnissen zufolge die Bevölkerung in der Bundesrepublik als weitgehend zufrieden und glücklich bezeichnen, weil sie sich mehrheitlich selbst so sieht. Dies erscheint aus einer manchmal anzutreffenden philosophischen und psychologischen Perspektive, die den Begriff des Glücks so hoch ansetzt, daß „alles menschliche Verlangen endgültig gestillt ist und keinerlei Unzulänglichkeit mehr besteht“, nicht gerade stichhaltig. Aber der Glücksbegriff wird in solchen Ansätzen offensichtlich weit entfernt von den Glücksvorstellungen im Alltag der Menschen gebraucht. Zweifellos ist festzustellen, daß sich verschiedene Individuen im Vergleich und dasselbe Individuum im Zeitablauf unterschiedlich glücklich fühlen. Dieses Glück ist eine Frage persönlicher Erlebnisse und Gefühle und kann sich auch in schwierigen Lebenssituationen einstellen.

Tab. 2: Emotionales Wohlbefinden

Frage: Ist ihr Leben im Augenblick . . . ?

	sehr unglücklich	ziemlich unglücklich	ziemlich glücklich	sehr glücklich	zusammen
	in %				
1978	0,7	3,8	74,0	21,5	100
1980	0,6	5,1	68,7	25,6	100
1984	1,1	7,9	71,2	19,8	100

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

2.2 Negative Komponenten subjektiven Wohlbefindens

Unter den Gesichtspunkten von „Lebenszufriedenheit“ und „Glück“ vermittelt die west-deutsche Bevölkerung den Eindruck eines eher hohen Wohlbefindens. Dieses Bild ändert sich, wenn die Fragestellung auf negative Aspekte des subjektiven Befindens, wie z. B. „Besorgnisse“, gerichtet wird. Unter „Besorgnis“ verstehen wir negative mentale Erfahrungen der Individuen (vgl. Tab. 3), z. B. sich öfter erschöpft oder zerschlagen zu fühlen bis zu sich gewöhnlich unglücklich und niedergeschlagen zu fühlen.

Tab. 3: Besorgnis-Symptome und Lebenszufriedenheit

Besorgnis-Symptome	Anteil unter allen Befragten		Anteil unter den Unzu- friedenenen ¹		Anteil unter Hoch- zufriedenen ²	
	1978	1984	1978	1984	1978	1984
	in %					
Öfter erschöpft oder zerschlagen	54	47	82	69	46	37
Immer wieder Ängste und Sorgen	19	21	69	55	11	9
Ständig aufgeregt oder nervös	16	16	51	33	9	10
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	14	15	64	55	7	6
Öfter Zittern oder Schütteln	9	8	31	23	7	6
Keines der angegebenen Symptome	41	43	8	19	51	58

1 Einstufung „Null“ bis „Vier“ auf der Zufriedenheitsskala „Null“ bis „Zehn“.

2 Einstufung „Zehn“ auf der Zufriedenheitsskala von „Null“ bis „Zehn“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

Es zeigt sich, daß ein großer Teil der Befragten von solchen Beeinträchtigungen des Wohlbefindens berichtet; von hoher Beanspruchung: 47 % geben an, sich öfter erschöpft und zerschlagen zu fühlen; von Angst: 21 % werden immer wieder von Ängsten und Sorgen geplagt; von Nervosität: 16 % sind ständig aufgeregt oder nervös; von depressiver Verstimmung: 15 % fühlen sich gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen. 1978 und 1984 waren die Größenordnungen ähnlich (vgl. Tab. 3). Dies scheint schwer damit vereinbar, daß sich 90 % der Befragten als mit dem Leben weitgehend zufrieden bezeichnen. Die Schlußfolgerung ist, daß Zufriedenheit nicht mit der Abwesenheit negativer individueller Erfahrungen und Empfindungen gleichgesetzt werden darf. Zufriedenheit mit dem Leben tritt also auch auf, wenn ein im Einzelfall unterschiedliches Maß an

Tab. 4: Anomiesymptome 1978, 1980 und 1984

		stimmt ganz und gar	stimmt eher	stimmt eher nicht	stimmt ganz und gar nicht	zu- sam- men
		in %				
Ich fühle mich oft einsam	1978	9,0	10,8	24,6	55,7	100
	1980	8,2	12,9	24,7	54,3	100
	1984	7,1	10,1	27,4	55,5	100
Das Leben ist heute so kompliziert geworden, daß ich mich fast nicht mehr zurecht finde						
	1980	4,1	11,1	28,5	56,2	100
	1984	4,0	9,7	27,5	58,8	100
Meine Arbeit macht mir eigentlich keine Freude						
	1980	5,1	10,1	28,5	56,3	100
	1984	6,2	8,5	29,3	56,0	100

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

subjektiven Belastungen wahrgenommen wird. Auch bei den Hochzufriedenen nennt ein nicht unerheblicher Anteil der Befragten Besorgnissymptome. Zwischen den einzelnen Besorgnissymptomen und der Lebenszufriedenheit besteht insgesamt jedoch eine klare negative Beziehung.

Ein anderes Maß für Defizite im Wohlbefinden sind die Anomiesymptome Einsamkeit, Orientierungslosigkeit und Entfremdung von der Arbeit. Sie kennzeichnen eine mangelnde soziale Integration. Die Antworten der Befragten weisen – wie bei den Besorgnissymptomen – eine erstaunliche Stabilität im Vergleich 1980/1984 (Tab. 4) auf. Obwohl, wie wir wissen, sehr viele individuelle Veränderungen stattfinden, bleiben die Randverteilungen über Jahre hinweg weitgehend ähnlich. Wie diese Stabilität aufrechterhalten wird, ist eine ungelöste theoretische Frage.

2.3 Subjektives Wohlbefinden bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Man könnte annehmen, daß das globale subjektive Wohlbefinden bei allen großen Bevölkerungsgruppen ähnlich ist. Dies gilt jedoch nur mit Einschränkungen (vgl. Abb. 1). Frauen unterschieden sich beispielsweise dadurch von Männern, daß sie viel häufiger

unglücklich und einsam sind. Dasselbe gilt, wenn man die alten Menschen mit jungen Erwachsenen vergleicht. Allerdings bestehen bei der globalen Lebenszufriedenheit keine Diskrepanzen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen. Geringer Wohlstand, gemessen am gewichteten Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied, ist mit einem schlechteren Wohlbefinden verbunden; dies kommt sowohl bei der Lebenszufriedenheit, beim Glück als auch bei der Einsamkeit zum Ausdruck. Analoges gilt für den Vergleich der Arbeiterschicht mit der Mittelschicht, der oberen Mittelschicht und der Oberschicht: Angehörige der Arbeiterschicht haben das geringste subjektive Wohlbefinden. Dagegen gibt es zwischen Stadt- und Landbewohnern keinerlei bemerkenswerte Unterschiede. Große Differenzen bestehen wiederum zwischen den Haushaltsformen. Einsamkeit ist vor allem ein Problem der Alleinstehenden, und auch Lebenszufriedenheit und Glück finden sich in dieser Haushaltsform seltener. Dabei muß man berücksichtigen, daß es sich bei den Alleinstehenden zum großen Teil um ältere Frauen handelt, die ihren Ehepartner verloren haben und oft mit einer geringen Rente auskommen müssen.

Tab. 5: Subjektives Wohlbefinden nach sozial relevanten Merkmalen 1984

	Lebenszufriedenheit ¹	Unglücklich	Einsam
	Ø	in %	
Insgesamt	7,7	9	17
Männer	7,8	6	11
Frauen	7,7	12	22
18–30jährige	7,8	7	17
31–59jährige	7,8	8	14
über 60jährige	7,6	13	24
Einkommen im untersten Quintil	7,2	14	22
Einkommen im obersten Quintil	8,0	6	15
Arbeiterschicht	7,4	12	21
Mittelschicht	7,9	7	15
Oberschicht	8,0	8	15
Einpersonenhaushalte	7,2	18	42
Familienhaushalte	7,9	5	11

1 Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

2.4 Vergangene und zukünftig erwartete Lebenszufriedenheit

Die späten siebziger Jahre sind durch die Zunahme gesellschaftlicher Probleme gekennzeichnet. Das „Reformklima“ zu Beginn der siebziger Jahre unterscheidet sich erheblich vom „Problemklima“ beim Übergang in die achtziger Jahre. Mit „Problemklima“ ist die Zunahme von Problemen wie strukturelle Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche der Wirtschaft, ökologische Belastung, Überbeanspruchung der öffentlichen Haushalte usw. gemeint. Die Frage ist, ob die Zunahme dieser Probleme, die doch in den Massenmedien ständig thematisiert werden, eine Entsprechung auf der Ebene individuellen Wohlbefindens hat. Die Lebenszufriedenheit hat sich, wie wir gesehen haben, zwischen 1978 und 1984 nicht verändert (vgl. Teil II, 1.2). Etwas anders verhält es sich mit der Einschätzung der vergangenen Lebenszufriedenheit und der erwarteten zukünftigen Lebenszufriedenheit (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Beurteilungen der Lebenszufriedenheit für die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft

	1978	1980	1984
	in %		
<hr/>			
Gegenwärtige Lebenszufriedenheit im Vergleich zur Lebenszufriedenheit vor fünf Jahren			
Anstieg	41	34	31
Konstanz	44	48	46
Rückgang	14	18	23
Insgesamt	100	100	100
<hr/>			
Gegenwärtige Lebenszufriedenheit im Vergleich zur erwarteten Lebenszufriedenheit in fünf Jahren			
Anstieg	24	21	19
Konstanz	64	54	56
Rückgang	12	25	25
Insgesamt	100	100	100

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

Der Anteil der Befragten mit einer negativen Sicht der Vergangenheit nahm zu; eine Verringerung ihrer Lebenszufriedenheit in den vergangenen fünf Jahren konstatieren zunächst 14 % (1978), dann 18 % (1980) und schließlich 23 % (1984).

Noch auffälliger ist der Rückgang der erwarteten Zufriedenheit; der Anteil der pessimistischen Befragten, die in Zukunft eine niedrigere Lebenszufriedenheit erwarten als sie heute haben, hat sich verdoppelt; 1978 waren es 12 % und 1980 bzw. 1984 um 25 %. Beim Übergang in die achtziger Jahre verschlechtert sich zwar nicht die Lebenszufriedenheit, es verstärkt sich aber ein pessimistisches Erwartungsklima im Bereich der subjektiven Wohlfahrt. Dies hat sich 1980 bereits abgezeichnet und hält 1984 weiter an.

(Wolfgang Glatzer)

3 Zufriedenheit nach Lebensbereichen

3.1 Zufriedenheitsunterschiede nach Lebensbereichen

Die Lebensverhältnisse von Individuen und Haushalten sind durch vertikale und horizontale Ungleichheit gekennzeichnet. Vertikale Ungleichheit bezeichnet sozioökonomische Unterschiede zwischen Individuen, von denen ein Teil „oben“, ein anderer Teil „unten“ steht. Horizontale Ungleichheit existiert bei ein und demselben Individuum, wenn in einem Lebensbereich eine hohe Wohlfahrt, im anderen eine niedrige Wohlfahrt besteht. Im Vergleich zur Messung vertikaler Ungleichheit, etwa der Unterschiedlichkeit der Haushaltseinkommen, ist es viel schwieriger, die horizontale Ungleichheit zwischen Lebensbereichen zu messen. Wie etwa sollen das Einkommen mit der Gesundheit oder die Wohnverhältnisse mit der öffentlichen Sicherheit verglichen werden? Eine Lösung für dieses Problem besteht in der Verwendung von Zufriedenheitsskalen, mit denen zumindest die subjektiven Bewertungen der Lebensbereiche verglichen werden können.

In den Wohlfahrtssurveys sind zahlreiche Zufriedenheitsfragen gestellt worden, die zum größten Teil alle Befragten betreffen, wie etwa die Frage nach der Zufriedenheit mit der Gesundheit; zum kleineren Teil sind die Fragen nur für Teilgruppen der Bevölkerung sinnvoll zu stellen, wie die Frage nach der Zufriedenheit mit dem Beruf. Die Zufriedenheitsskalen enthalten einheitlich die Werte von „Null“ (ganz und gar unzufrieden) bis „Zehn“ (ganz und gar zufrieden). Für eine vereinfachende Darstellung wird das Zufriedenheitsniveau in einem Lebensbereich gekennzeichnet durch den Anteil der „eher Zufriedenen“ (Skalenwerte 6 bis 10), den Anteil der „Hochzufriedenen“ (Skalenwert 10), den Anteil der „eher Unzufriedenen“ (Skalenwert 0 bis 4) und den Durchschnittswert auf der Zufriedenheitsskala (vgl. Tab. 1).

Die Unterschiedlichkeit der Zufriedenheitsniveaus in den vielfältigen Lebensbereichen rückt die Behauptung zurecht, daß Zufriedenheitsmessungen stets zu einem hohen Zufriedenheitsniveau führen. Es stellt sich zwar heraus, daß es kaum Bereiche gibt, in denen der Anteil „eher Unzufriedener“ erheblich größer ist als der Anteil „eher Zufriedener“. Aber der Anteil „eher Zufriedener“ variiert im Vergleich der Lebensbereiche 1984 zwischen 22 und 95 % erheblich. Die Spannweite der Durchschnittswerte reicht 1978 von 5,0 bis 9,0; 1984 von 3,8 bis 8,8.

Die höchsten Zufriedenheitsniveaus finden sich bei der Zufriedenheit mit der Ehe bzw. Partnerschaft, bei der Zufriedenheit mit dem Familienleben und der Haushaltsführung; die niedrigsten Zufriedenheitsquoten ergeben sich bei der Zufriedenheit mit der „öffentlichen Sicherheit und der Bekämpfung der Kriminalität“ sowie der Zufriedenheit „mit dem Umweltschutz in unserem Land“.

Tab. 1: Zufriedenheit¹ mit Lebensbereichen

		Eher Zufriedene %	Hoch- zufriedene %	Eher Unzufriedene %	Mittel- wert Ø
Ehe/Partnerschaft ²	1978	97,4	48,4	0,8	9,0
	1984	95,1	43,7	2,4	8,8
Familienleben ³	1978	95,7	38,6	2,0	8,7
	1984	93,4	29,6	1,8	8,4
Haushaltsführung	1980	93,6	34,8	1,9	8,5
	1984	93,9	38,9	2,8	8,6
Arbeitsplatz ⁴	1980	89,1	12,0	5,4	7,6
	1984	90,1	22,3	5,4	7,9
Hausfrauendasein ⁵	1978	86,9	24,9	5,1	7,9
	1984	85,1	27,0	7,6	7,8
Arbeitsteilung	1980	85,6	28,4	6,9	7,9
	1984	85,4	29,6	8,4	7,9
Lebensstandard	1978	84,6	14,5	6,6	7,4
	1984	80,8	16,2	9,5	7,4
Wohnung	1978	83,2	29,2	6,8	7,8
	1984	85,4	35,8	5,6	8,0
Freizeit	1978	82,7	25,8	10,4	7,6
	1984	81,5	26,9	9,6	7,7
Haushaltseinkommen	1978	82,2	13,3	10,0	7,2
	1980	77,3	14,7	11,0	7,1
	1984	74,1	14,0	14,5	6,9
Gesundheit	1978	79,0	16,3	11,6	7,3
	1984	74,1	18,5	14,9	7,1
Soziale Sicherung	1978	76,6	9,7	13,6	6,9
	1984	74,2	11,2	13,7	6,8
Ausbildung	1978	70,9	14,7	17,1	6,7
	1984	72,2	19,0	15,5	7,0
Kirche	1978	56,8	8,6	24,6	5,9
	1984	54,8	9,2	25,1	5,8
Öffentliche Sicherheit	1978	43,7	1,9	40,0	5,0
	1984	46,5	2,3	31,4	5,2
Umweltschutz	1978	40,4	1,6	38,7	5,0
	1984	22,2	0,9	58,3	3,8

1 Zufriedenheitsskala: 0–10; „Eher Zufriedene“ = 6–10; „Hochzufriedene“ = 10; „Eher Unzufriedene“ = 0–4.

2 Nur Befragte mit Partner oder Ehepartner.

3 Nur Befragte mit Partner und Kindern unter 18 Jahren.

4 Nur Berufstätige (ganz- und halbtags).

5 Nur Hausfrauen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

In dieser Polarisierung vermitteln die Ergebnisse den Eindruck, daß in Lebensbereichen, die der öffentlichen Sphäre zuzurechnen sind, der Tendenz nach ein niedrigeres Zufriedenheitsniveau besteht als in Lebensbereichen, die der privaten Sphäre zugeordnet werden. Dafür sind freilich zwei Erklärungen denkbar. Einerseits besteht die Möglichkeit, daß die Befriedigung von Bedürfnissen und Ansprüchen im privaten Bereich tatsächlich höher ist als im öffentlichen Bereich. Dies stünde in Übereinstimmung mit der alten These von einem Ungleichgewicht zwischen privater und öffentlicher Versorgung, pointiert gesagt, von privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß die Bereitschaft und Neigung, im Hinblick auf öffentliche Angelegenheiten Unzufriedenheit zu zeigen, höher ist als im Hinblick auf private Angelegenheiten. Psychologisch könnte dies darauf beruhen, daß Lebensbereiche in der eigenen Zuständigkeit und Verantwortlichkeit weniger kritisch beurteilt werden. Für die öffentlichen Belange sind in der Regel andere Personen als man selbst zuständig und verantwortlich, und diese werden deshalb kritischer bewertet. Innerhalb verschiedener privater bzw. verschiedener öffentlicher Bereiche besteht jedoch immer eine beträchtliche Streuung der Zufriedenheit. Auch im öffentlichen Bereich finden sich relativ hohe Zufriedenheitsniveaus, wie die „Zufriedenheit mit dem Netz der sozialen Sicherung“, und ganz niedrige Zufriedenheitsniveaus, wie die Zufriedenheit mit „dem Umweltschutz in unserem Land“.

3.2 Vergleich 1978/1984

Einzelne Bereichszufriedenheiten haben sich im Vergleich von 1978 mit 1984 stärker verändert als die beinahe ultrastabile allgemeine Lebenszufriedenheit (vgl. Teil II, Kap. 2). Die stärksten Verschiebungen ergeben sich bei der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz, die bereits 1978 am niedrigsten war; der Durchschnittswert fällt von 5,0 auf 3,8. Es ist 1984 der einzige der von uns abgefragten Bereiche, in dem eine Mehrheit von „eher Unzufriedenen“ einer Minderheit von „eher Zufriedenen“ gegenübersteht. Die zunehmenden Umweltprobleme und deren Thematisierung in den Massenmedien sind der Hintergrund, vor dem sich diese Unzufriedenheit entwickelt hat. Verringert hat sich auch die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen; dies dürfte auf die Folgen der ökonomischen Stagnation und die Einschränkung der staatlichen Transfereinkommen zurückzuführen sein. Ein dritter Bereich mit leichten Verschlechterungen ist die Ehezufriedenheit; sie ist vor allem bei den Männern gesunken, die zuvor eine deutlich höhere Ehezufriedenheit als die Frauen hatten.

Höhere Zufriedenheitsniveaus finden wir in den Bereichen Wohnung, Ausbildung, Arbeitsplatz sowie öffentliche Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität; die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard und mit der sozialen Sicherung ist unverändert geblieben. Die Veränderungen zu geringerer und höherer Zufriedenheit zwischen 1978 und 1984 scheinen sich im großen und ganzen die Waage zu halten; weder erfolgte ein Umschwung zu mehr Zufriedenheit noch verschlechterte sich die Zufriedenheit in einer markanten Weise – mit Ausnahme der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz.

Tab. 2: Zufriedenheit in ausgewählten Lebensbereichen

	Lebensstandard	Haushalts- einkommen	Zufriedenheit ¹ mit				Arbeitsteilung
			Wohnung	Ehe/ Partnerschaft	Familienleben	Haushalts- führung	
			Durchschnittswert				
Insgesamt	7,4	6,9	8,0	8,8	8,2	8,6	7,9
Geschlecht							
Mann	7,5	6,9	7,9	8,9	8,3	8,8	8,2
Frau	7,2	6,9	8,1	8,7	8,2	8,4	7,5
Alter in Jahren							
18–30	7,2	6,6	7,7	9,0	8,1	8,4	7,8
31–59	7,2	6,8	8,0	8,7	8,2	8,5	7,7
60 und älter	7,7	7,4	8,4	9,0	8,3	8,9	8,4
Bildungsabschluß							
Hauptschulabschluß ²	7,2	6,8	8,1	8,8	8,3	8,7	8,0
Mittlere Reife	7,7	7,1	7,9	8,8	8,2	8,5	7,8
Abitur	7,6	7,0	7,8	8,6	8,1	8,3	7,5
Haushaltsform ³							
Alleinlebende	7,0	6,5	7,9	–	6,9	8,3	–
Ehepaare ohne Kinder	7,8	7,3	8,2	8,9	8,8	8,9	8,4
Familien mit Kindern	7,4	7,0	8,1	8,7	8,4	8,6	7,7
Stadt-Land-Kontinuum							
Dorf	7,5	7,2	8,4	8,9	8,4	8,7	7,9
Klein- u. Mittelstädte ⁴	7,4	6,9	8,1	8,8	8,3	8,7	7,9
Großstadt	7,2	6,6	7,5	8,7	7,9	8,3	7,7
Schichtzugehörigkeit							
Arbeiterschicht	6,8	6,3	8,0	8,7	8,1	8,6	8,0
Mittelschicht	7,6	7,1	8,1	8,9	8,4	8,6	7,8
Oberschicht ⁵	8,1	7,7	8,3	8,5	8,0	8,6	8,0
Wertorientierung ⁶							
Materialist	7,3	7,0	8,2	8,9	8,2	8,7	8,1
Mischtyp	7,5	7,0	8,0	8,8	8,4	8,6	7,9
Postmaterialist	7,0	6,3	7,6	8,6	7,8	8,3	7,3

1 Zufriedenheitsskala: 0–10; 0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden.

2 Einschließlich ohne Schulabschluß.

3 Ein-Eltern-Familien und unverheiratet Zusammenlebende sind nicht einbezogen.

4 Einschließlich Vororte der Großstädte.

nach sozial relevanten Merkmalen 1984

Hausfrauen- dasein	Gesundheit	Arbeitsplatz	Zufriedenheit ¹ mit					
			Freizeit	Ausbil- dung	Umwelt- schutz	Öffentliche Sicherheit	Soziale Sicherheit	Kirche
			Durchschnittswert					
7,8	7,1	7,9	7,7	7,0	3,8	5,2	6,8	5,8
–	7,4	7,8	7,7	7,3	3,9	5,5	6,9	5,1
7,8	6,8	8,1	7,6	6,6	3,8	5,0	6,7	6,0
7,4	8,4	7,6	7,4	7,1	3,1	5,4	6,3	4,5
7,6	7,7	8,0	7,3	6,9	3,9	5,3	6,9	5,6
8,3	5,6	8,9	8,5	6,9	4,4	4,9	7,1	6,6
7,8	6,7	8,0	7,7	6,7	4,1	5,0	6,8	6,0
8,0	7,7	7,9	7,7	7,5	3,8	5,4	6,7	5,1
7,4	7,5	7,7	7,4	7,1	3,4	6,0	6,8	4,4
7,8	6,2	7,8	8,1	6,7	3,9	5,3	6,9	5,7
8,5	6,4	7,9	8,2	7,0	4,0	4,9	6,9	5,8
7,5	7,7	8,0	7,4	7,0	3,9	5,3	6,8	5,6
7,8	7,0	7,9	7,2	6,9	4,1	5,4	6,9	6,6
8,0	7,2	8,0	7,7	7,0	3,8	5,3	6,9	5,5
7,4	6,9	7,8	7,7	6,7	3,7	5,0	6,7	5,1
7,9	6,6	7,7	7,8	6,3	3,9	4,9	6,7	5,8
7,8	7,3	8,0	7,6	7,1	3,9	5,3	6,9	5,7
7,6	7,5	8,1	7,5	7,9	3,7	5,7	7,1	4,9
8,1	6,6	8,2	7,9	6,7	4,4	5,0	7,0	6,3
7,6	7,2	8,0	7,6	7,6	3,9	5,2	6,8	5,7
7,6	7,9	7,3	7,4	6,6	2,5	6,0	6,2	3,9

5 Einschließlich obere Mittelschicht.

6 Zur Erläuterung vgl. S. 383 Anm. 1.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

3.3 Die Zufriedenheitsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen

Verschiedene Bevölkerungsgruppen können aus mehreren Gründen eine unterschiedliche Zufriedenheit entwickeln, z. B. weil sie unterschiedliche Lebensbedingungen haben oder ihre Anspruchsniveaus differieren oder ihre sozialen Vergleiche nicht mit denselben Bezugsgruppen vornehmen. Aufgrund der Wirksamkeit solcher Faktoren kann vermutet werden, daß jede Bevölkerungsgruppe ein spezifisches Zufriedenheitsprofil ausbildet, d. h. je nach Lebensbereich bestehen typische Zufriedenheitsniveaus (vgl. Tab. 2).

Es gibt beispielsweise ein geschlechtsspezifisches Zufriedenheitsprofil: Frauen sind in vielen Lebensbereichen weniger zufrieden als Männer, vor allem bei der Arbeitsteilung im Haushalt, der Gesundheit, der Ausbildung und der öffentlichen Sicherheit. Sie sind nur mit einem Lebensbereich, nämlich der Kirche wesentlich zufriedener als die Männer.

Im Hinblick auf alte Menschen findet sich oft die Behauptung, daß sie ein besonders hohes Maß an Zufriedenheit hätten. Dies trifft bei einer ganzen Reihe von Lebensbereichen zu: Die größten positiven Differenzen zu den jungen Menschen bestehen bei der Zufriedenheit mit der Kirche, dem Umweltschutz und der Freizeit. Einige Lebensbereiche wurden von den alten Menschen aber negativer als von den jungen Menschen beurteilt. Dazu gehört selbstverständlich die Gesundheit, darüber hinaus die öffentliche Sicherheit und die Bekämpfung der Kriminalität.

Bei höherer Bildung werden oft höhere Ansprüche vertreten, und die Bewertungen fallen oft kritischer aus. Aber dies ist durchaus nicht immer so: Während die Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz und der Kirche mit steigender Bildung wächst, geht die Unzufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit zurück.

Mit der Zugehörigkeit zu bestimmten Haushaltsformen sind häufig bestimmte Lebensstile verbunden (vgl. Teil II, Kap. 10). Bei den Ehepaaren ohne Kinder ist beispielsweise die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard markant höher als in den Einpersonenhaushalten und in den Familienhaushalten mit Kindern. In den Ehepaarhaushalten besteht zugleich die höchste Zufriedenheit mit der Haushaltsführung, mit der Arbeitsteilung im Haushalt, und auch die Hausfrauen sind hier am zufriedensten. Die Alleinstehenden sind meist am unzufriedensten, mit Ausnahme der Freizeit, dem Arbeitsplatz und den öffentlichen Problembereichen.

Zwischen Stadt und Land bestehen keine großen Zufriedenheitsunterschiede. Festzustellen ist eine geringere Wohnzufriedenheit in der Großstadt; dies ist der Ausdruck der regional ungleichgewichtigen Wohnungsversorgung (vgl. Teil II, Kap. 10). Die Großstädter sind auch weniger mit dem Umweltschutz und der öffentlichen Sicherheit zufrieden. Auch die Unzufriedenheit mit der Kirche ist in den Großstädten besonders stark.

Zwischen den sozialen Schichten bestehen recht deutlich Zufriedenheitsunterschiede. Sie sind vor allem bei der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard, mit dem Haushaltseinkommen, mit der Gesundheit und mit der Ausbildung zu beobachten. Im Familien- und Haushaltsbereich bestehen zwischen den Schichten kaum Zufriedenheitsunterschiede.

Die schichtspezifischen Zufriedenheitsprofile können als Beleg dafür angesehen werden, daß sich unterschiedliche Lebensbedingungen der sozialen Schichten im subjektiven Bewußtsein widerspiegeln.

Die Verbreitung neuer Werte steht in engem Zusammenhang mit Unzufriedenheitspotentialen (vgl. Teil II, Kap. 18). Personen, die postmaterialistische Werte vertreten, sind mit vielen Lebensbereichen unzufriedener als Personen mit materialistischen Werten und „Mischtypen“¹: Mit ihrem Lebensstandard, ihrem Haushaltseinkommen, ihrer Wohnung, ihrem Arbeitsplatz, ihrer Freizeit, ihrer Ehe, ihrem Familienleben, ihrer Haushaltsführung, ihrer Arbeitsteilung im Haushalt, der sozialen Sicherung und besonders mit der Kirche und dem Umweltschutz sind sie unzufriedener. Lediglich mit der öffentlichen Sicherheit und der eigenen Gesundheit sind die Postmaterialisten zufriedener als die Materialisten und die „Mischtypen“. Ein Problem ist freilich, daß die Postmaterialisten nicht nur mit dem Umweltschutz und den immateriellen Lebensbereichen unzufriedener sind, sondern auch mit der materiellen Versorgung. Die Verringerung ihrer Zufriedenheitsdefizite würde demzufolge hohe Anforderungen an die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit in sehr unterschiedlichen Bereichen stellen.

(Wolfgang Glatzer)

¹ Die Zuordnung zu materialistischen bzw. postmaterialistischen Wertorientierungen erfolgt aufgrund der Prioritäten, die die Befragten bei vier gesellschaftspolitischen Zielen gesetzt haben. Eine materialistische Orientierung wird denjenigen zugeschrieben, die „Kampf gegen steigende Preise“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land“ als die wichtigsten Ziele bezeichnen. Als Postmaterialisten werden die Personen eingestuft, die „mehr Einfluß der Bürger auf Entscheidungen der Regierung“ und „Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung“ Priorität einräumen. Befragte, die eine Kombination aus Zielen beider Werttypen nennen, bilden den Mischtyp (vgl. Inglehart 1971, S. 994).

C. Lebensbedingungen und ihre Bewertung

4 Einkommen

4.1 Einkommensverteilung: Fragestellungen und Meßverfahren

Nach einem jahrzehntelangen Wachstum des Volkseinkommens hat in der Bundesrepublik zu Beginn der achtziger Jahre eine Stagnationsphase begonnen, deren Ende noch nicht absehbar ist (vgl. Teil I, Kap. 12). Einer weit verbreiteten Auffassung zufolge hat das früher vorhandene Einkommenswachstum die Verteilungskonflikte um das Volkseinkommen gemildert. Demnach müßten bei einer Stagnation des Volkseinkommens die Verteilungskonflikte zunehmen. Ob die Bevölkerung auf die geringeren bzw. fehlenden Wachstumsraten des Einkommens mit Unzufriedenheit reagiert, ist eine Fragestellung dieses Beitrags. Darüber hinaus wird die Frage untersucht, welche Lebensbereiche mit der Einkommensungleichheit zusammenhängen, d. h. inwieweit ungleiche Haushaltseinkommen mit Disparitäten in den objektiven Lebensbedingungen und dem subjektiven Wohlbefinden verbunden sind.

Für solche Analysen ist es Voraussetzung zu klären, nach welchem Einkommenskonzept die Haushalte geschichtet werden sollen. In den Wohlfahrtssurveys wurde das Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder bzw. des gesamten Haushalts erfragt. Es ist nun leicht einzusehen, daß das gesamte Haushaltsnettoeinkommen kein guter Maßstab für das „Einkommensniveau“ bzw. die „Bedarfsdeckungsmöglichkeiten“ eines Haushaltes ist. Denn sonst wären z. B. ein Einpersonenhaushalt und ein Fünfpersonenhaushalt beim gleichen Einkommen als gleich wohlhabend einzustufen. Der Fünfpersonenhaushalt benötigt aber weit mehr Einkommen, um seinen größeren Ausgabenbedarf zu decken. Betrachtet man das Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied, dann tritt das entgegengesetzte Problem auf. Der Fünfpersonenhaushalt benötigt nicht das Fünffache an Einkommen, um die gleichen Bedarfsdeckungsmöglichkeiten zu erreichen wie der Einpersonenhaushalt. Dies beruht darauf, daß mehrere Personen gemeinsam billiger wirtschaften können als bei getrennter Haushaltsführung.

Zur Lösung dieses Problems werden Gewichtungen der Personen eines Haushalts nach dem angenommenen Einkommensbedarf vorgenommen. Hierzu wird vom Einkommen

der ersten Person eines Haushalts ausgegangen; sie hat einen Bedarf von 1. Ist eine zweite Person vorhanden, so benötigt diese zusätzlich das 0,7fache der ersten Person; für die dritte Person wird das 0,6fache benötigt, für die vierte Person und jede weitere das 0,5fache. Das gewichtete Haushaltseinkommen je Haushaltsmitglied, der Indikator für das Einkommensniveau, ergibt sich aus der Division des Haushaltseinkommens durch das von der Personenzahl abhängige Gewicht, beispielsweise beim Dreipersonenhaushalt durch 2,3 ($1 + 0,7 + 0,6 = 2,3$). Die Haushalte werden nach der Höhe ihres so errechneten Einkommensniveaus geordnet und in Gruppen von jeweils 20 % („Quintile“) zusammengefaßt.

4.2 Einkommensungleichheit und Ungleichheit der Lebensqualität

Das Haushaltseinkommen stellt neben den Beiträgen aus der eigenen Haushaltsproduktion und dem Angebot öffentlicher Güter die zentrale Ressource dar, um den Bedarf an Gütern und Diensten zu decken und insbesondere die materiellen Bedürfnisse der Individuen zu befriedigen. Vom Haushaltseinkommen hängt weitgehend der erreichbare Lebensstandard ab, welcher als Voraussetzung einer guten Lebensqualität betrachtet wird.

Ein unterschiedliches Einkommensniveau wirkt sich bei der Haushaltsausstattung am stärksten bei jenen Gütern aus, die noch nicht sehr verbreitet sind. Beispiele sind die Geschirrspülmaschine und – weniger prägnant – der Videorecorder. Bei Gütern wie dem Auto und dem Telefon ist der relative Abstand zwischen den Einkommensschichten geringer. Aber auch bei einem existenznotwendigen Gut wie der Wohnung gibt es starke Variationen mit dem Einkommensniveau. Eine Wohndichte von mehr als einem Raum je Person (ohne Küche) ist 1984 bei jedem fünften Haushalt im niedrigsten Einkommensbereich vorhanden, während so gut wie alle Haushalte im obersten Einkommensbereich diesen Wohnstandard erreichen. Was jedoch das Haus- und Wohneigentum betrifft, so streut es über alle Einkommensbereiche ziemlich gleichmäßig. Vererbung und Selbsthilfe beim Hausbau tragen offensichtlich dazu bei, daß so teure Güter wie Häuser und Wohnungen relativ gleichmäßig auf allen Einkommensniveaus vorhanden sind. Die Differenzierung zwischen den Einkommensschichten wird bei der Größe und der Ausstattung der Wohnungen und Häuser festzustellen sein. Die alles in allem bessere Ausstattung der höheren Einkommensschichten drückt sich in einer höheren Zufriedenheit mit dem Lebensstandard aus: von 6,0 bis 8,2 reichen die Werte (vgl. Tab. 1).

Nur geringe Unterschiede gibt es hingegen bei der Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz: sie ist in allen Einkommensschichten nahezu gleichmäßig hoch. Ein hohes Einkommen stellt kein allgemein brauchbares Mittel dar, um sich den Auswirkungen der Umweltprobleme individuell zu entziehen.

Auch außerhalb käuflicher Marktprodukte kann ein hohes Einkommen von Vorteil sein und mehr Lebenschancen eröffnen. Dabei können zusätzliche Faktoren, die mit dem Einkommen verbunden sind, z. B. unterschiedliche Bildung, verstärkend wirken. So

lassen sich große Unterschiede bei der Mitgliedschaft in Vereinen und im Vorhandensein von Freunden zwischen den Einkommensniveaus feststellen. Ein Zusammenhang zwischen dem Einkommensniveau und den Indikatoren subjektiven Wohlbefindens ist in vielen Fällen vorhanden. Insbesondere zwischen dem obersten und dem untersten

Tab. 1: Objektive und subjektive Wohlfahrtsmaße
nach dem Einkommensniveau der Haushalte (Quintile) 1984

		Einkommensniveau (Quintile)					Alle ¹ Befragte
		1 unten	2	3	4	5 oben	
Geschirrspüler	%	13	23	20	34	42	27
Videorecorder	%	12	16	12	16	22	16
Pkw vorhanden	%	63	64	69	67	83	69
Telefon	%	84	92	90	93	97	91
Weniger als 1 Raum je Person	%	21	15	5	4	1	9
Wohnungs-/ Hauseigentum	%	51	44	47	46	46	47
Zufriedenheit mit Lebensstandard ²	Ø	6,0	6,9	7,3	7,9	8,2	7,2
Zufriedenheit mit Umweltschutz ²	Ø	3,8	3,7	3,9	3,9	3,7	3,8
Kein Mitglied in einem Verein	%	51	40	42	45	33	42
Keine engen Freunde	%	37	35	35	20	18	29
Einsam	%	23	17	13	17	17	18
Ängste und Sorgen	%	34	25	25	15	13	22
Zufriedenheit mit dem Leben ²	Ø	6,9	7,5	7,2	7,8	7,6	7,4

1 Alle Befragte, die Einkommensangaben gemacht haben. Das Einkommen ist ein Gegenstand, zu dem die Bundesbürger nur sehr zurückhaltend Auskunft geben. 30 % der Befragten des Wohlfahrtssurveys 1984 haben keine Einkommensangaben gemacht. Das Risiko einer unvollkommenen Repräsentativität der Daten ist im Einkommensbereich besonders hoch.

2 Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Einkommensquintil gibt es markante Unterschiede bei der Lebenszufriedenheit, bei der Einsamkeit und vor allem bei den Ängsten und Sorgen. Ein hohes Haushaltseinkommen führt nicht unbedingt zu einem hohen positiven Wohlbefinden, es reduziert aber Ängste und Sorgen nachdrücklich.

4.3 Die Einkommenszufriedenheit nach Einkommensniveau und Haushaltsgröße

Die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen stellt eine direkte Bewertung des Haushaltseinkommens dar. Aufgrund unterschiedlicher Bewertungsmaßstäbe, unterschiedlicher Bezugsgruppen und anderer vermittelnder Faktoren ist theoretisch nicht zu erwarten, daß es einen sehr engen Zusammenhang zwischen dem Einkommensniveau und der Einkommenszufriedenheit gibt. Wie Tab. 2 zeigt, ist die Richtung des statistischen Zusammenhangs aber eindeutig: Der Anteil der Unzufriedenheit steigt mit sinkendem Haushaltseinkommen, der Anteil der sehr Zufriedenen steigt mit zunehmendem Haushaltseinkommen. Eine Mehrheit der Bevölkerung tendiert zu einer eher mittleren Zufriedenheit. Widersprüchliche Einkommenspositionen sind ebenfalls zu beobachten: Der Anteil „dissonanter“ Befragter, die sich im obersten Einkommensquintil als unzufrieden einstufen, liegt bei 7,5 %, der Anteil „resignierter“ Befragter im untersten Einkommensquintil, die ihr Haushaltseinkommen als sehr gut einstufen, liegt bei 3,5 %. Beides sind Randerscheinungen.

Tab. 2: Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen nach dem Einkommensniveau

Zufriedenheit mit dem Haushalts- einkommen	Einkommensniveau (Quintile)					Zu- sammen
	1	2	3	4	5	
	unten				oben	
	in %					
Sehr hoch (10) ¹	3,5	9,3	11,4	18,1	23,2	16,8
Mittel (5–9)	59,9	70,3	77,2	74,5	69,3	70,1
Sehr niedrig (0–4)	36,6	20,4	11,4	7,3	7,5	13,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

¹ Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Auch aus den Durchschnittszahlen für die Einkommenszufriedenheit (Tab. 3) geht die Stärke der Zufriedenheitsunterschiede zwischen den Einkommensniveaus hervor. 1984 hat die unterste Einkommensschicht eine Einkommenszufriedenheit von 5,1, die oberste Einkommensschicht von 7,8. Die Einkommenszufriedenheit ist im Zeitablauf gesunken; sie liegt 1984 niedriger als 1978 und 1980. Im Vergleich von 1984 mit 1980 und 1978 hat vor allem die unterste Einkommensschicht einen Zufriedenheitsverlust erfahren. Vor allem dies hat dazu beigetragen, daß die Einkommenszufriedenheit insgesamt geringer geworden ist. Aber auch bei der höchsten Einkommensschicht ist die Einkommenszufriedenheit, wenn auch geringfügiger, zurückgegangen. Die Einkommensstagnation am Beginn der achtziger Jahre äußert sich also in einem Rückgang der Einkommenszufriedenheit, der vor allem auf einem Sinken der Einkommenszufriedenheit bei der untersten Einkommensschicht beruht.

Tab. 3: Die Einkommenszufriedenheit nach dem Einkommensniveau der Haushalte im Zeitablauf

Einkommensniveau (Quintile)	Zufriedenheit ¹		
	1978	1980	1984
Unten 1	6,0	5,8	5,1
2	6,8	6,4	6,5
3	7,4	7,2	6,8
4	7,6	7,4	7,5
Oben 5	8,1	8,2	7,8
Zusammen ²	7,2	7,0	6,7

1 Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

2 Nur Befragte, die Einkommensangaben gemacht haben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

Der Vergleich der Einkommenszufriedenheit in verschiedenen Haushaltsgrößen zeigt, daß mit Ausnahme der Einpersonenhaushalte alle Haushalte ungefähr die gleiche durchschnittliche Einkommenszufriedenheit erreichen (Tab. 4). Bei den Einpersonenhaushalten liegt nicht nur die durchschnittliche Einkommenszufriedenheit am niedrigsten, es bestehen auch besonders große Zufriedenheitsunterschiede. Die Alleinlebenden stellen einen Sonderfall dar, weil bei ihnen Erzielung und Verausgabung des Haushaltseinkommens in einer Hand liegen und deshalb ein enger Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit und dem tatsächlichen Haushaltseinkommen zu erwarten ist.

Tab. 4: Die Einkommenszufriedenheit¹ nach der Haushaltsgröße und dem Einkommensniveau 1984

Einkommensniveau (Quintile)	Haushaltsgröße				
	1	2	3	4	5 und mehr
Unten 1	3,9	5,0	4,3	5,8	5,8
2	5,9	6,1	6,1	7,0	7,2
3	6,9	6,4	6,8	7,5	7,8
4	6,6	7,3	7,9	7,9	7,9
Oben 5	7,3	7,9	7,9	7,7	8,6
Zusammen	6,1	6,9	6,7	7,0	6,8

¹ Werte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

4.4 Die Wahrnehmung der eigenen Einkommensposition

Aus komplexen theoretischen und statistischen Analysen geht hervor, daß soziale Vergleiche wichtige Bestimmungsfaktoren der Einkommenszufriedenheit sind. Insbesondere die Wahrnehmung des eigenen Haushaltseinkommens im Vergleich zum Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers ist ein starker Einflußfaktor. Je tiefer das eigene Haushaltseinkommen unter dem Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers eingestuft wird, desto höher ist die Einkommensunzufriedenheit. Umgekehrt steigt die Einkommenszufriedenheit, je höher das eigene Haushaltseinkommen über dem eines durchschnittlichen Bundesbürgers eingestuft wird. Verglichen mit den Zufriedenheitsunterschieden zwischen hohen und niedrigen Einkommensschichten sind die Zufriedenheitsunterschiede zwischen verschiedenen wahrgenommenen Einkommenspositionen weit stärker. Über die Haushaltseinkommen anderer Haushalte bestehen bei den Bundesbürgern normalerweise nur Vermutungen und Annahmen. Tab. 5 zeigt, wie die Befragten ihr Haushaltseinkommen im Vergleich zum Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers einstufen.

70 % der Bundesbürger stufen 1980 ihr eigenes Haushaltseinkommen ebenso und höher wie das Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers ein. Dies muß keine Übertreibung der eigenen Einkommensposition darstellen, weil auch statistisch gesehen nur 30 % der Haushalte ein Einkommen unterhalb des häufigsten Wertes der Haushaltseinkommen haben. Der häufigste Wert liegt bei einer Einkommensverteilung immer viel tiefer als der arithmetische Mittelwert. Daß die Wahrnehmung der eigenen Einkommensposition der Tendenz nach realistisch ist, zeigt sich vor allem im untersten

Tab. 5: Die Einstufung des eigenen Haushaltseinkommens im Vergleich zum Haushaltseinkommen eines durchschnittlichen Bundesbürgers 1980

Eigenes Einkommen im Vergleich zum Bundesbürger	Einkommensniveau (Quintile)					Alle Befragte
	1	2	3	4	5	
	unten				oben	
	in %					
Weit höher ¹	1,4	5,5	8,4	11,7	26,1	10,6
Etwas höher	13,6	32,2	35,5	40,8	51,3	34,6
Gleich	27,9	28,4	27,5	28,7	13,9	25,3
Etwas niedriger	28,6	24,9	23,8	15,1	8,1	20,2
Weit niedriger	28,5	9,0	4,8	3,7	0,7	9,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Anzahl	361	356	365	351	355	1 789

1 Weit höher: drei und mehr Einheiten höher auf zehnstufiger Leiter; etwas höher: eine und zwei Einheiten höher; gleich: identische Einstufung auf zehnstufiger Leiter; etwas niedriger: eine und zwei Einheiten niedriger; weit niedriger: drei und mehr Einheiten niedriger.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980.

und obersten Einkommensquintil: unten stufen sich 57 % der Individuen unterhalb des durchschnittlichen Bundesbürgers ein, oben sind es 77 %, die sich oberhalb einstufen. Daneben ist freilich sowohl das Phänomen einer Überhöhung der eigenen Einkommensposition wie auch das Problem ihrer Unterschätzung zu beobachten.

Die Wahrnehmung der relativen Einkommensposition ist einer der wichtigsten Einflußfaktoren der Einkommensunzufriedenheit. Daneben sind weitere Faktoren wirksam, wie überproportionale Einkommensverbesserungen bzw. -verschlechterungen oder Änderungen der Erwartungsspanne, die zwischen dem Einkommen, das man für die Zukunft erwartet und dem Einkommen, über das man gegenwärtig verfügt, besteht. Es wirkt also ein Komplex von Einflußfaktoren zusammen, so daß sich kein eindeutiges Ergebnis für die mittelfristige Entwicklung der Einkommenszufriedenheit vorhersagen läßt. Keinesfalls ist es so, daß das Ausbleiben hoher Wachstumsraten unmittelbar in Unzufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation umschlägt.

(Wolfgang Glatzer)

5 Gesundheit

Gesundheit ist eine unabdingbare Voraussetzung, sein Leben nach eigenen Wünschen, Vorstellungen und Plänen gestalten zu können. Nicht zuletzt deshalb steht sie in der Prioritätenliste der Bevölkerung an erster Stelle (vgl. Teil II, Kap. 1). Während über die Bedeutung von Gesundheit Konsens herrscht, gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was denn „gesund sein“ ist und wie es sich von „krank sein“ unterscheidet. Gesellschaftliche Normen, wissenschaftliche Kriterien und individuelle Vorstellungen spielen bei der Unterscheidung eine wesentliche Rolle.

Die bisher umfassendste Definition von Gesundheit wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgelegt und kann als Versuch aufgefaßt werden, andere Definitionen zu integrieren und den Gesundheitsbegriff über physische Aspekte hinaus zu fassen: „Gesundheit ist ein Zustand vollständigen physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur die Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen.“ Diese umfassende Definition hat allerdings den Nachteil, daß sie empirisch nur unzureichend umgesetzt werden kann. Die Verwendung des Begriffs „Wohlbefinden“ im Gesundheitskonzept deutet jedoch auf zwei Möglichkeiten hin, wie bisher vorliegende Daten (vgl. Teil I, Kap. 8) sinnvoll ergänzt werden können: Der Gesundheitszustand einer Person kann zwar z. B. von Ärzten oder der sozialen Umwelt beurteilt werden; über sein tatsächliches Wohlbefinden kann allerdings immer nur der Betroffene Auskunft geben. Des weiteren ist es wichtig, neben den objektiven Kriterien (z. B. Häufigkeit des Arztbesuchs) auch die subjektiven Komponenten (z. B. Sorgen um die Gesundheit) zu berücksichtigen.

5.1 Gesundheitliche Beeinträchtigung und therapeutische Maßnahmen

Über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bundesbürger wurde bereits an anderer Stelle ausführlich berichtet (vgl. Teil I, Kap. 8), so daß wir uns hier auf einige ergänzende Informationen beschränken.

Eine starke gesundheitliche Beeinträchtigung bedeutet, die Haupttätigkeiten des täglichen Lebens nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr wahrnehmen zu können. 1984 hatten 13 % der Befragten (1978: 15 %) eine andauernde Krankheit oder Behinderung, die sie gezwungen hat, ihr Leben ganz umzustellen. Dabei lassen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen: Frauen sind in dem gleichen Ausmaß betroffen wie Männer. Der Zusammenhang zwischen Lebensalter und Gesundheitszustand ist bekannt und zeigt sich auch in dieser Verteilung: Während lediglich 5 % der 18- bis 39jährigen eine andauernde Krankheit oder Behinderung haben, sind es bei den 60jährigen und älteren

25 %. Die Vermutung, daß das Risiko einer andauernden Krankheit oder Behinderung in verschiedenen Berufsgruppen ungleich hoch ist, kann bestätigt werden: ehemalige an- und ungelernte Arbeiter sind die am häufigsten Betroffenen.

Im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden ist eine weitere wesentliche Frage, wie lange die gesundheitliche Beeinträchtigung schon dauert: Bei einem Fünftel der chronisch Kranken oder Behinderten beträgt die Zeitspanne weniger als sechs Jahre, bei knapp der Hälfte 6 bis 14 Jahre und bei einem Drittel bereits mehr als 15 Jahre. Langfristige gesundheitliche Leiden sind also keine Seltenheit.

Wegen gesundheitlicher Beschwerden waren 60 % der erwachsenen Bundesbürger beim Arzt, darunter 45 % mehrmals. Frauen nehmen generell ärztliche Leistungen eher in Anspruch als Männer (vgl. Tab. 1), und bei ihnen sind auch die altersspezifischen Unterschiede deutlicher ausgeprägt.

Tab. 1: Arztbesuch und Medikamenteneinnahme (I)

	Befragte ins- gesamt	18-39 J	Männer 40-59 J	60 J u. älter	18-39 J	Frauen 40-59 J	60 J u. älter
	in %						
Arztbesuch wegen gesundheitlicher Beschwerden							
nein	40	54	45	49	40	30	15
einmal	15	21	17	19	14	13	7
mehrmals	45	24	38	33	46	57	78
Regelmäßige Medikamenteneinnahme							
ja	32	6	16	25	33	59	72
nein	68	94	84	75	67	41	28

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

32 % stufen ihre gesundheitlichen Beschwerden als so behandlungsbedürftig ein, daß sie regelmäßig Medikamente einnehmen (vgl. Tab. 1). Es handelt sich dabei ausschließlich um sogenannte „richtige Arzneimittel“, nicht etwa um Vitamintabletten oder Stärkungsmittel. Auch hier erhalten wir wieder alters- und geschlechtstypische Unterschiede, die denen des Arztbesuchs entsprechen. Inwieweit es sich bei der Arzneimittelaufnahme um Selbstmedikation oder Verordnungen handelt, läßt sich näherungsweise über die Kombination der Angaben zum Arztbesuch feststellen (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Arztbesuch und Medikamenteneinnahme (II)

Von den Befragten, die regelmäßig Medikamente einnehmen, waren beim Arzt . . .	Befragte ins- gesamt	Männer			Frauen		
		18–39 J	40–59 J	60 J u. älter	18–39 J	40–59 J	60 J u. älter
		in %					
keinmal	10	(. .)	25	10	15	10	4
einmal	10	(. .)	20	19	9	11	5
mehrmals	80	(. .)	56	71	76	78	91

(. .) = Wegen zu geringer Fallzahl keine gesicherte Aussage möglich.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Die überwiegende Mehrheit der Personen, die regelmäßig Medikamente einnehmen, tun dies in Verbindung mit Besuchen beim Arzt.

5.2 Gesundheit aus subjektiver Sicht

Neben Fakten wie Arztbesuch und Arzneimittelverbrauch geben auch die persönlichen Einschätzungen des eigenen Gesundheitszustands Aufschlüsse über die Verteilung von Gesundheit und Krankheit in der Bevölkerung (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Subjektive Gesundheitsindikatoren

	Befragte ins- gesamt	Männer			Frauen		
		18–39 J	40–59 J.	60 J u. älter	18–39 J	40–59 J	60 J u. älter
		in %					
Es machen sich große Sorgen um ihre Gesundheit	23	10	25	27	11	27	45
Eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹	15	3	15	22	6	16	36
Eher zufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹	74	91	77	65	89	70	45

¹ Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher Unzufriedene“ = 0–4; „Eher Zufriedene“ = 6–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

74 % der Befragten sind mit ihrer Gesundheit zufrieden, 15 % unzufrieden, die übrigen geben ein ambivalentes Urteil ab. Dieses an sich positive Ergebnis wird beim Vergleich mit den Zufriedenheiten in anderen Bereichen der Privatsphäre etwas relativiert. Lediglich die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen und der Ausbildung sind niedriger (vgl. Teil II, Kap. 3). Bezüglich der Gesundheitszufriedenheit erhalten wir deutliche Alters- und Geschlechtsunterschiede. Der größte Anteil Unzufriedener ist in der Altersgruppe der Frauen ab 60 Jahren zu finden. Die belastete Situation dieses Personenkreises wird noch deutlicher, wenn man betrachtet, wie viele sich große Sorgen um ihre Gesundheit machen: Mit 45 % liegt der Anteil deutlich über dem anderer gesellschaftlicher Gruppen.

5.3 Gesundheit und Gesundheitszufriedenheit

Der Gesundheitszustand und seine Bewertung sind natürlich eng miteinander verknüpft (vgl. Tab. 4).

Gesundheitliche Schwierigkeiten äußern sich auf der subjektiven Ebene in einer relativ niedrigen Gesundheitszufriedenheit und in großen Sorgen, insbesondere dann, wenn es

Tab. 4: Subjektive und objektive Gesundheitsindikatoren

	ins- gesamt	mit einer andauernden Krankheit oder Behinderung	ohne eine andauernde Krankheit oder Behinderung	Befragte die wegen gesundheitlicher Beschwerden mehrmals den Arzt aufgesucht haben und regel- mäßig Medika- mente nehmen	die keinen Arzt aufgesucht haben und keine Medikamente nehmen
	in %				
Es machen sich große Sorgen um ihre Gesundheit	23	58	18	53	6
Es sind mit ihrer Gesundheit eher unzufrieden ¹	15	52	9	42	2
Es sind mit ihrer Gesundheit eher zufrieden ¹	74	32	81	38	94

¹ Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher Unzufriedene“ = 0–4; „eher Zufriedene“ = 6–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

sich nicht nur um eine vorübergehende Erkrankung, sondern eine andauernde Krankheit oder Behinderung handelt. Daneben spielt auch noch eine Rolle, wie lange die Betroffenen schon unter dieser schwerwiegenden Beeinträchtigung zu leiden haben (vgl. Tab. 5).

Die Resultate gehen dabei in eine andere Richtung als vielleicht viele vermuten: Der Anteil der Besorgten und Unzufriedenen geht mit der Dauer der Beeinträchtigung etwas zurück.

Tab. 5: Dauer der Krankheit bzw. Behinderung und gesundheitliches Wohlbefinden

	Der Betroffene ist andauernd krank bzw. behindert		
	seit mehr als 15 Jahren	seit 6–15 Jahren	seit weniger als 6 Jahren
	in %		
Große Sorgen um ihre Gesundheit machen sich	46	61	73
Eher unzufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹	48	48	70
Eher zufrieden mit ihrer Gesundheit sind ¹	37	33	18

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher Unzufriedene“ = 0–4; „eher Zufriedene“ = 6–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

5.4 Gesundheit und allgemeines Wohlbefinden

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Gestaltung des täglichen Lebensablaufs nach eigenen Vorstellungen und Wünschen. Fehlende oder eingeschränkte Gesundheit engt den Bewegungsspielraum erheblich ein. Von daher werden die zum Teil deutlichen Auswirkungen von Gesundheit und Krankheit auf das allgemeine Wohlbefinden verständlich. Ob man mit dem Leben unzufrieden ist bzw. sich unglücklich fühlt, hängt – neben anderen Dingen – wesentlich auch vom Gesundheitszustand ab. Ganz besonders deutlich zeigen sich auch die psychischen Folgen für die Kranken: Überdurchschnittlich häufig fühlen sie sich ihren Problemen ausgeliefert und haben immer wieder Ängste und Sorgen. Daneben erhalten wir auch einen deutlichen Zusammenhang zwischen Wohlbefinden und der Dauer der Krankheit bzw. Behinderung (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Dauer der Krankheit bzw. Behinderung
und allgemeines Wohlbefinden

	Befragte insgesamt	Der Betroffene ist andauernd krank bzw. behindert		
		seit mehr als 15 Jahren	seit 6–15 Jahren	seit weniger als 6 Jahren
		in %		
Mit ihrem Leben eher unzufrieden sind ¹	6	12	13	30
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen fühlen sich	15	24	34	44
Ihren Problemen ausgeliefert fühlen sich	21	30	37	47
Immer wieder Ängste und Sorgen haben	20	35	36	61

1 Zufriedenheitsskala von 0–10. „Eher Unzufriedene“ = 0–4.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Je länger die Krankheit bzw. Behinderung schon gedauert hat, um so weniger negativ wird das eigene Leben bezeichnet. Ungeachtet dieser psychischen Anpassungsprozesse bleibt natürlich festzuhalten, daß eine Erkrankung, unabhängig vom Zeitpunkt dieses Ereignisses, eine schwerwiegende Minderung des individuellen Wohlbefindens zur Folge hat.

(Hans-Michael Mohr)

6 Bildung

6.1 Bildungschancen und Stellenwert der Bildung

In der Schule und in der Berufsausbildung werden neben der Wissensvermittlung soziale Chancen verteilt. Hier fallen bereits wesentliche Entscheidungen darüber, was einer im späteren Berufsleben erreichen kann. Die Verringerung der Chancenungleichheiten war das erklärte Ziel der Bildungsreform in den sechziger Jahren. Und mit dem Ausbau des Bildungssystems sollte die soziale Herkunft als Bedingung dafür, was einer werden kann, an Bedeutung verlieren. Nicht, aus welcher Familie jemand kommt, sondern welche schulische und berufliche Ausbildung jemand absolviert hat, sollte zum Kriterium des beruflichen Erfolges werden. Und niemand sollte vorab von Bildungsangeboten und -chancen bewußt ausgeschlossen werden. Trotz kritischer Einwände gegen bestimmte Folgen der Bildungsexpansion ist der Erfolg unbestreitbar: immer mehr Personen haben eine bessere Ausbildung absolviert, die Chancen, an einer beruflichen Ausbildung teilzuhaben, sind stark gewachsen.

Dies ist jedoch nur als ein Anfangserfolg zu betrachten, denn nur die jüngeren Altersgruppen hatten die Möglichkeit, daran teilzuhaben. Für die gesamte Bevölkerung gilt immer noch der enge Zusammenhang zwischen der Bildung der Eltern und ihrer Kinder. Die „Vererbung“ von Schulabschlüssen von der einen Generation auf die nächste ist in unserer Gesellschaft immer noch von Bedeutung (vgl. Teil I, Kap. 2.9).

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich das Bildungsniveau der Bevölkerung nach und nach deutlich erhöht. Und diese Erhöhung dürfte auch mit dazu beitragen, daß der Bildung im Urteil der Bevölkerung ein hoher Stellenwert zugeschrieben wird. Bei der Frage, wovon der berufliche Erfolg in erster Linie abhängt, nimmt die berufliche Ausbildung den ersten Rangplatz ein (vgl. Tab. 1). Die persönliche Leistung scheint demgegenüber zweitrangig, aber nicht unwichtig zu sein, während die Rolle der Herkunftsfamilie bis auf eine Ausnahme als unbedeutend eingestuft wird.

Der überragende Stellenwert der Bildung zeigt sich auch darin, daß die meisten Personen im Hinblick auf ihre erreichte Bildung aus heutiger Sicht „etwas anderes“ machen würden. Dies deutet darauf hin, daß die Phase der Ausbildung eigentlich selten als abgeschlossen bezeichnet werden kann. „Lebenslanges Lernen“ (vgl. Teil. I, Kap. 2.7) wird immer notwendiger, bedenklich ist aber, daß gerade Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau vom Erwerb zusätzlicher Fertigkeiten und Kenntnisse weitgehend ausgeschlossen sind. Die Teilnahme an Weiterbildung liegt bei höheren Bildungsgruppen weitaus höher als bei niedrigen Bildungsgruppen.

Tab. 1: Der Stellenwert von Bildung im Urteil verschiedener Bildungsgruppen

	Volks-, Hauptschule			Berufs- fach- schul- abschluß	Mittlere Reife			Meister-, Techn.- schule	Fach-, Hoch- schulab- schluß
	ohne Lehre	mit gewerb- l. Lehre	mit kaufm. Lehre		ohne Lehre	mit gewerb- l. Lehre	mit kaufm. Lehre		
in %									
<hr/>									
Beruflicher Erfolg hängt ab von . . . (Rangplatz) ¹									
Ausbildung	37	38	35	43	32	23	43	40	40
Persönliche Leistung	18	28	29	28	30	33	18	36	30
Herkunftsfamilie	5	2	1	2	5	11	1	0	2
„Würde heute bei Ausbildung etwas anderes machen“ ²	61	56	64	57	64	70	54	63	39
Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen ²	10	27	35	44	32	60	50	65	49

1 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978.

2 Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980.

Tab. 2: Bildungsabschlüsse in einzelnen Statusgruppen

Sozialer Status	Erwerbstätige						Nicht-Erwerbstätige				
	Selbstständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter		Rentner	Hausfrauen		Arbeitslose		
				gehob., höhere	einf., mittl.		qualifiziert	un-, angelernt		bis 59 Jahre u. älter	
Ausbildungsniveau											
in %											
Volks-, Hauptschule ohne Lehre mit gewerbli. Lehre mit kaufmännischer Lehre Berufsfachschulabschluß, Berufl. Praktikum Mittlere Reife ohne Lehre mit gewerbli. Lehre mit kaufmännischer Lehre Meister-, Technikerschule Fachhochschulreife, Abitur ohne Ausbildung mit Lehre Fachhochschul-, Hochschulabschluß	17	5	1	5	4	47	46	17	37	67	24
	18	5	4	15	62	28	41	13	10	10	30
	16	3	11	21	8	13	5	18	26	10	9
	7	14	10	12	10	10	3	10	7	3	6
	1	1	0	1	0	1	0	4	4	4	4
	2	2	4	3	5	2	2	2	0	2	7
	8	4	27	27	5	0	1	14	11	1	3
	19	11	14	8	5	0	2	8	1	3	4
	0	4	0	1	0	0	0	0	2	0	0
	3	4	2	3	0	0	0	3	1	0	2
	11	50	27	4	0	0	0	11	2	1	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

6.2 Verteilung von Bildungsabschlüssen

Ein Blick auf den Zusammenhang zwischen sozialem Status der Bevölkerung und dem erreichten Bildungsniveau verdeutlicht die Wichtigkeit von Bildung für die Erreichung höherer Positionen. Je höher der soziale Status, um so höher ist das dafür erforderliche Ausbildungsniveau. Während für Arbeiterpositionen überwiegend der Besuch der Hauptschule und eine gewerbliche Lehre notwendig sind, ist bereits für einfache und mittlere Angestelltenpositionen mehr als der Hauptschulabschluß erforderlich. Die soziale Zuordnung erfolgt sicherlich nicht ausschließlich über die erworbenen Qualifikationen in der Schule und der beruflichen Erstausbildung. Trotzdem gilt, daß Bildung immer mehr zu einer notwendigen Voraussetzung für eine gute Position wird – gleichwohl reicht die Ausbildung allein dafür nicht mehr aus (*vgl. Tab. 2*).

6.3 Der Ertrag von Bildung

6.3.1 Der individuelle Nutzen von Bildung auf dem Arbeitsmarkt

Der individuelle Nutzen einer Ausbildung liegt vor allem in der Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt. Bildung ist damit zugleich ein wesentliches Merkmal dafür, zu welcher sozialen Schicht der einzelne gehört. Eine fehlende oder ungenügende Ausbildung kann deshalb zur entscheidenden Barriere werden, im Berufsleben erfolgreich zu sein: beispielsweise, indem die Arbeitsmarktchancen generell beeinträchtigt werden, der Zugang zu höheren beruflichen Positionen auf Dauer ausgeschlossen und intergenerationaler Aufstieg behindert wird (*vgl. Tab. 3*).

Die subjektiven Arbeitsmarktchancen (*vgl. auch Teil II, Kap. 7*), bei Verlust des Arbeitsplatzes leicht wieder eine gleichwertige Stelle zu finden, werden in hohem Maße durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt determiniert. Diese Chancen sind 1980 noch relativ hoch und variieren kaum über die verschiedenen Bildungsgruppen. Erst die Arbeitsmarktprobleme der achtziger Jahre wirken sich auf die individuellen Einschätzungen der eigenen Arbeitsmarktchancen deutlich aus. Im Zeitverlauf von 1980 bis 1984 scheint sich dabei vor allem die Situation für Arbeitnehmer, die keine oder eine kaufmännische Ausbildung haben, verschlechtert zu haben.

Die wahrgenommene Zugehörigkeit zur Arbeiterschicht wird, auch vermittelt über die Berufstätigkeit, im wesentlichen bereits durch das Ausbildungsniveau bestimmt. Personen, die höchstens den Hauptschulabschluß und anschließend keine oder eine gewerbliche Lehre absolviert haben, ordnen sich mehrheitlich der Arbeiterschicht zu, während bereits eine kaufmännische Ausbildung die Zugehörigkeit zur Mittelschicht bestimmt.

Im Verlauf der Schul- und Berufsausbildung werden zugleich immer Statusansprüche erworben. Wer viel in seine Ausbildung investiert, erwartet im Arbeitsleben eine entsprechende Belohnung. Erwerbstätige mit einer qualifizierten Ausbildung nehmen entsprechend häufiger als andere Arbeitnehmer einen intergenerationalen Aufstieg wahr: Sie

Tab. 3: Aspekte des Ertrages von Bildung: Subjektive Arbeitsmarktchancen, Selbsteinstufung der Schichtzugehörigkeit und Bewertung der beruflichen Position

	Volks-, Hauptschule			Berufs- fach- schul- abschluß	Mittlere Reife			Meister-, Techn.- schule	Fach-, Hoch- schul- abschluß	
	ohne Lehre	mit gewerbl. Lehre	mit kaufm. Lehre		ohne Lehre	mit gewerbl. Lehre	mit kaufm. Lehre			
in %										
Arbeitsmarktchancen ¹										
Stelle finden wäre leicht										
1980	34	45	32	41			46	44	32	
1984	10	25	20	35			21	25	24	
Schichtzugehörigkeit ²										
Arbeiterschicht	59	50	28	21	20	23	7	16	2	
Mittelschicht	34	43	62	61	64	51	74	65	55	
Intergenerationaler Aufstieg										
Berufliche Stellung ist im										
Vergleich mit Vater ³										
niedriger	35	12	21	21			17	11	14	
höher	32	48	40	47			37	59	52	
Berufliche Qualifikation										
eines Nachfolgers ⁴										
gleiche Qualifikation	84	76		87			78	70	89	
geringere Qualifikation	5	13		4			11	11	2	
höhere Qualifikation	11	11		9			12	19	9	

1 Erwerbstätige. 2 1984. 3 Erwerbstätige 1978. 4 Erwerbstätige 1984.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

haben sich im Vergleich mit ihrem Vater verbessert. Arbeitnehmer, die mit ihrer Bildung zufrieden sind, äußern auch eine hohe Arbeitszufriedenheit. Wer eine gute berufliche Position erreicht hat, ist nicht nur mit seiner Arbeit, sondern auch mit seiner Bildung zufrieden, die Investition in die Ausbildung hat sich in diesem Sinne gelohnt.

Ob die eigene Ausbildung im konkreten Fall für den gegenwärtigen Arbeitsplatz angemessen oder ungenügend ist oder ob der Arbeitnehmer sogar überqualifiziert ist, wurde 1984 mit der Frage erfaßt, über welche Qualifikation ein möglicher Nachfolger verfügen müßte. Über- und Unterqualifikation treffen jeweils nur für jeden zehnten Arbeitnehmer zu: Nach den Angaben der Erwerbstätigen genügt bei 80 % die eigene Qualifikation. Ausbildungsadäquat konnten sich vor allem Arbeitnehmer mit einem Berufsfachschulabschluß oder mit einem (Fach-)Hochschulabschluß platzieren. Entgegen oft geäußerten Vermutungen mußten sich also nicht die besser Gebildeten mit Arbeitsplätzen geringerer Qualifikationsanforderungen begnügen, sondern Erwerbstätige mit mittlerem Bildungsniveau.

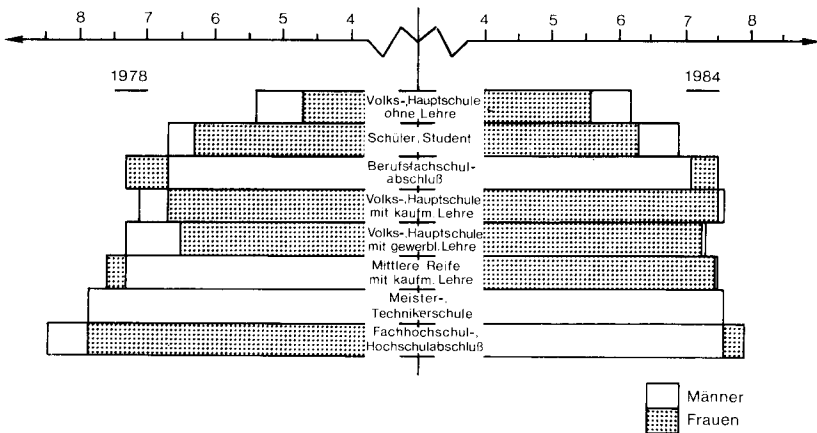
6.3.2 Subjektive Aspekte: Die Zufriedenheit mit der Ausbildung

Die Ausbildung gehört zu den wenigen Lebensbereichen, in denen von der Bevölkerung auch massiv Unzufriedenheit geäußert wird. Die Bewertung des erreichten Bildungsniveaus belegt im Vergleich mit anderen Zufriedenheitsdimensionen einen der unteren Rangplätze. Zwischen 1978 und 1984 finden wir, bedingt durch eine partielle Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung, folgerichtig eine deutliche Verbesserung der Ausbildungszufriedenheit – im Bevölkerungsdurchschnitt steigt die Zufriedenheit von 6,6 auf 6,9 der verwendeten Elf-Punkte-Skala (0–10), bzw. von 6,7 auf 7,0, wenn die Schüler und Studenten unberücksichtigt bleiben. Die Grundstruktur der Bildungszufriedenheit ändert sich dagegen kaum:

- Je besser die allgemeine und berufliche Ausbildung, um so höher ist in aller Regel auch die Ausbildungszufriedenheit.
- Männer äußern sowohl 1978 als auch 1984 eine höhere Zufriedenheit als Frauen.
- Die Zufriedenheit mit der Ausbildung wird praktisch nicht durch das Alter der Befragten beeinflusst.

Im Detail finden sich allerdings bemerkenswerte Verschiebungen. Der Zufriedenheitsanstieg zwischen 1978 und 1984 wird z. B. durch eine höhere Zufriedenheit der weiblichen Befragten bestimmt. Frauen lagen 1978 in den meisten Bildungsgruppen deutlich hinter der jeweiligen Zufriedenheit der Männer; sechs Jahre später haben sie mit den Männern fast gleichgezogen, und haben diese in der höchsten Bildungsgruppe sogar überholt (vgl. Abb. 1). Dabei sind vor allem erwerbstätige Frauen mit ihrer Ausbildung zufriedener geworden, die beachtlichen Unterschiede von 1978 (7,1 bei den Männern gegenüber 6,3 bei den Frauen) ebnen sich 1984 ein: Die Zufriedenheit steigt bei den erwerbstätigen Frauen auf den Wert der männlichen Arbeitnehmer an.

Abb. 1: Ausbildungszufriedenheit 1978 und 1984 – Männer, Frauen nach Bildungsabschluß¹



1 Durchschnitte der Zufriedenheitsskala 0–10.

Der Anstieg der Ausbildungszufriedenheit ist nicht bei allen Bildungsgruppen zu finden (vgl. Tab. 4). Auffällig ist vor allem der starke Anstieg bei den unteren Bildungsgruppen, während Personen mit dem Abschluß der mittleren Reife unabhängig von ihrer beruflichen Ausbildung zu beiden Zeitpunkten im Durchschnitt die gleiche Ausbildungszufriedenheit aufweisen. Sie können dieses Niveau halten, obwohl der Anteil der Unzufriedenen zum Teil übermäßig stark angewachsen ist.

Zwischen 1978 und 1984 sind zwei Gruppen unzufriedener geworden: Personen, die eine Meister- oder Technikerschule absolviert haben und Personen, die einen (Fach-)Hochschulabschluß erworben haben. Angesichts des hohen Ausgangsniveaus beider Gruppen ist die graduelle Verschlechterung aufgrund der ungünstigen Arbeitsmarktlage auch für diese Gruppen plausibel. Sie zählen trotz der rückläufigen Tendenz zu den zufriedenen Gruppen.

Eine Erklärung für den Rückgang der Ausbildungszufriedenheit in den höheren Bildungsgruppen liegt in einer der vermuteten Konsequenzen der Bildungsexpansion. Es handelt sich um die These einer relativen Entwertung von Bildungsabschlüssen. Wenn immer mehr Personen hohe Ausbildungsabschlüsse erwerben, dann erhöht sich zwangsläufig die Konkurrenz der besser Gebildeten um Arbeitsplätze und berufliche Positionen. Der individuelle Nutzen der Bildung sinkt, eine steigende Unzufriedenheit könnte die Folge sein.

Prinzipiell gilt diese These auch für Personen am unteren Ende der Bildungshierarchie. Sie bleiben vom Qualifikationsanstieg ausgeschlossen und haben es noch schwerer, ihre Bildung auf dem Arbeitsmarkt zu verwerten. Sie müssen nun mit mehr Personen, die bessere Abschlüsse besitzen, konkurrieren oder auf Arbeitsplätze geringerer Qualität

Tab. 4: Die Zufriedenheit mit der Ausbildung 1978 und 1984¹

	Volks-, Hauptschule			Berufs- fach- schule	Mittlere Reife			Meister-, Tech- niker- schule	Fach- hoch- schul- reife Abitur	Fach-, Hoch- schul- abschl.	Schüler, Student	
	ohne Lehre	mit gewerbl. Lehre	mit kaufm. Lehre		ohne Lehre	mit gewerbl. Lehre	mit kaufm. Lehre					
Ausbildungszufriedenheit 1978												
Anteil der Unzufriedenen	39	10	12	12	12	12	3	7	2	13	4	18
Anteil der Hochzufriedenen	5	17	14	14	14	12	16	16	22	13	38	6
Durchschnitt	Ø 4,8	7,1	6,8	7,0	7,0	6,8	7,6	7,5	7,9	7,2	8,3	6,5
Ausbildungszufriedenheit 1984												
Anteil der Unzufriedenen	29	11	9	10	10	18	11	8	8	9	4	21
Anteil der Hochzufriedenen	11	25	22	24	24	13	16	17	23	18	23	12
Durchschnitt	Ø 5,3	7,3	7,5	7,3	7,3	6,8	7,6	7,5	7,6	7,7	7,7	6,6

¹ Zufriedenheitsskala von 0 = ganz und gar unzufrieden, bis 10 = ganz und gar zufrieden; Unzufriedene = Werte von 0-4; Hochzufriedene = Wert 10.
Datenbasis: Wohlfahrtsurvey 1978, 1984.

Tab. 5: Die Zufriedenheit mit der Ausbildung nach Altersgruppen
1978 und 1984

	Zufriedenheit mit der Ausbildung ¹			
	Männer		Frauen	
	1978	1984	1978	1984
Insgesamt	7,2	7,3	6,1	6,6
Bei den Geburtsjahrgängen				
1961–1966	–	7,2	–	7,1
1955–1960	6,8	6,7	6,5	7,1
1949–1954	7,1	7,2	6,6	6,7
1943–1948	7,2	7,0	6,5	6,9
1937–1942	6,9	7,2	6,4	7,1
vor 1937	7,4	7,6	5,9	6,3

1 Durchschnitt der Skala 0–10.

–: Altersgruppe wurde 1978 noch nicht befragt.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

ausweichen. Bei dieser Gruppe finden wir allerdings gerade die gegenteilige Entwicklung: Der Anteil der Unzufriedenen nimmt ab, die durchschnittliche Zufriedenheit steigt.

Zwei Entwicklungen wurden als Ursache für die steigende Zufriedenheit genannt. Erstens der Zufriedenheitsanstieg bei der weiblichen Bevölkerung und zweitens der Rückgang der Unzufriedenheit in den niedrigen Bildungsgruppen.

Zu diesen beiden Entwicklungen kommt ein dritter Faktor hinzu. Anders als 1978 berichtet 1984 die jüngste Altersgruppe eine hohe Ausbildungszufriedenheit. 1978 weisen die 18- bis 23jährigen eine durchschnittliche Zufriedenheit von 6,8 bei den Männern und von 6,5 bei den Frauen auf. Dies war bei den Männern zugleich der niedrigste Wert, der sich bei der gleichen Altersgruppe sechs Jahre später sogar noch etwas verringert. Völlig anders stellt sich dagegen die Situation 1984 bei den 18- bis 23jährigen dar: Die jungen Männer haben eine durchschnittliche Zufriedenheit von 7,2; die jungen Frauen liegen mit 7,1 sogar mit an der Spitze der weiblichen Befragten. Die „Kinder“ der Bildungsexpansion „honorieren“ die Anstrengungen um den Ausbau des Bildungssystems und um den Abbau bestehender Benachteiligungen, die ihnen eine vergleichsweise bessere Bildung ermöglicht haben, anscheinend mit einer höheren Ausbildungszufriedenheit.

(Roland Habich)

7 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Obwohl die Ausübung einer Erwerbstätigkeit die Lebenschancen einzelner Personen sowie die ihrer Familien und Haushalte maßgeblich bestimmt, z. B. Einkommen und sozialen Status determiniert, sind die Möglichkeiten am Erwerbsleben teilzunehmen keineswegs selbstverständlich und für jeden gleichermaßen gegeben. Ob Personen eine Erwerbstätigkeit ausüben, hängt auch von ihren individuellen Wünschen und persönlichen Lebensumständen, darüber hinaus aber vor allem von der Lage auf dem Arbeitsmarkt und den sich dort bietenden Gelegenheiten ab. Bei einer durch hohe und anhaltende Beschäftigungsdefizite gekennzeichneten Arbeitsmarktsituation treten Wohlfahrtsbeeinträchtigungen nicht nur in Form von manifester Arbeitslosigkeit auf. Auch für das Erwerbsverhalten und das subjektive Wohlbefinden von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen sind infolge von tatsächlich oder in der subjektiven Wahrnehmung erhöhten Risiken und verminderten Chancen negative Auswirkungen zu vermuten.

7.1 Erwerbsbeteiligung

Im Hinblick auf die Bedeutung der Erwerbstätigkeit als Basis für die Sicherung des Lebensunterhalts und Determinante des Lebensstandards ist weniger die individuelle Erwerbsbeteiligung (vgl. Teil I, Kap. 3) als die Verteilung von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen auf der Ebene der privaten Haushalte von Interesse. Gerade angesichts der Knappheit von Erwerbsmöglichkeiten stellt sich die Frage, über wie viele Verdienere einzelne Kategorien von Haushalten verfügen. An diese Frage knüpft auch die politisch kontroverse Diskussion über „Doppelverdiener“ und eine gerechtere Verteilung der Arbeit zwischen den Haushalten an.

Alle Haushalte zusammengekommen stellt der „Alleinverdiener-Haushalt“ trotz der in den zurückliegenden Jahren beträchtlich gestiegenen Erwerbsbeteiligung von verheirateten Frauen immer noch den am häufigsten vorkommenden Fall dar. In nahezu jedem dritten Haushalt ist kein Haushaltsmitglied erwerbstätig. Hierbei handelt es sich überwiegend um Rentner- und zu geringen Anteilen um Studentenhaushalte. Der Anteil der Haushalte mit mehr als einem Verdiener nimmt – wie nicht anders zu erwarten – mit der Haushaltsgröße zu. In der Kategorie der Zweipersonen-Haushalte finden sich sogenannte Doppelverdiener häufiger in Beamtenhaushalten als in den übrigen Haushaltstypen. Bei Haushalten mit drei und mehr Personen ist die Zahl der Erwerbstätigen in Arbeiterhaushalten am größten. Als Erklärung dafür ist zu berücksichtigen, daß diese Haushalte aufgrund der schlechteren Verdienstmöglichkeiten auf mehr Verdienere angewiesen sind, wenn sie ein entsprechendes Haushaltseinkommen erzielen wollen.

Tab. 1: Erwerbsbeteiligung auf Haushaltsebene nach Haushaltsgröße und Stellung des Haushaltsvorstandes

Zahl der Erwerbstätigen im Haushalt	Alle Haushalte				Zweipersonenhaushalte				Drei-und-Mehr-Personenhaushalte			
	Ins- gesamt	Rent- ner	Beam- ter	Ange- stellter	Ins- gesamt	Rent- ner	Beam- ter	Ange- stellter	Ins- gesamt	Rent- ner	Beam- ter	Ange- stellter
	in %											
0	31	35	90	—	—	—	—	—	9	49	—	—
1	42	39	11	46	58	55	43	53	47	43	53	54
2	22	27	0	54	42	45	8	43	36	8	43	41
3 und mehr	5	—	—	—	—	—	—	5	8	0	5	6
												12

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

7.2 Nichterwerbstätige: Erwerbspotential und -barrieren

Vier von fünf Erwachsenen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind Hausfrauen (35 %) oder Rentner (46 %). Der verbleibende Anteil umfaßt Erwerbsunfähige, Schüler, Studenten und Arbeitslose. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive ist nicht zuletzt auch das Verhältnis der Nichterwerbstätigen zum Arbeitsmarkt, insbesondere ihr Verhalten als Nachfrager nach Arbeitsplätzen von Interesse. Wenn es ein zentrales gesellschaftspolitisches Ziel bleibt, daß jedem, der erwerbstätig sein möchte, die Gelegenheit dazu gegeben werden soll, stellt sich zudem die Frage, inwieweit der Arbeitsmarkt Möglichkeiten zum Eintritt in eine Beschäftigung bietet und wie diese Möglichkeiten von den Betroffenen wahrgenommen werden.

Die Beziehung der Nichterwerbstätigen zum Arbeitsmarkt messen wir an drei Indikatoren: (1) dem Wunsch, berufstätig zu sein; (2) der konkreten Handlungsabsicht, innerhalb der nächsten drei Jahre eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen und (3) daran, ob bereits faktisch nach einer Beschäftigungsmöglichkeit gesucht wurde oder wird.

Sieht man von Schülern und Studenten ab, die das Erwerbsleben noch vor sich haben, stellen Hausfrauen das größte Erwerbspotential für den Arbeitsmarkt dar: 1984 gab jede dritte Hausfrau im Alter von 18 bis 63 Jahren den Wunsch an, berufstätig zu sein, jede

Tab. 2: Stellung der Hausfrauen zum Arbeitsmarkt

	Insgesamt		Altersgruppen					
			18–34 Jahre		35–49 Jahre		50–63 Jahre	
	1977	1984	1977	1984	1977	1984	1977	1984
	in %							
Wunsch, berufstätig zu sein	47	35	65	46	59	48	21	14
Absicht, innerhalb von drei Jahren Erwerbstätigkeit aufzunehmen		16		32		16		4
Stellensuche im vergangenen Jahr		9		19		6		4
Stelle finden wäre leicht	27	20	41	32	28	17	18	16
Zahl der Befragten	373	339	81	84	160	127	133	128

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurvey 1984.

sechste hatte zudem die konkrete Absicht, innerhalb der nächsten drei Jahre eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, und jede zehnte hatte sich bereits um einen Arbeitsplatz bemüht.

Erwartungsgemäß am stärksten ist die Bindung an den Arbeitsmarkt unter den jüngeren Hausfrauen: In der Gruppe der 18- bis 34jährigen wünscht sich fast jede zweite, berufstätig zu sein, jede dritte beabsichtigt, in naher Zukunft erwerbstätig zu werden, und jede fünfte hatte im Verlauf des zurückliegenden Jahres bereits nach einer Stelle gesucht.

Trotz dieses beachtlichen Potentials ist der Wunsch, berufstätig zu sein, heute geringer als noch vor wenigen Jahren, wie ein Vergleich mit Daten aus dem Jahr 1977 zeigt. Als Erklärung dafür kommt vor allem die zwischenzeitliche Verschlechterung der faktischen Arbeitsmarktlage und der damit einhergehende Entmutigungseffekt in Frage.

Als Gründe, die jene Hausfrauen, die den Wunsch haben, berufstätig zu sein, an der Realisierung ihres Wunsches hindern, werden am häufigsten die Beanspruchung durch die Hausarbeit, das Fehlen geeigneter Arbeitsplätze und Kinderbetreuungspflichten genannt. Jüngere Hausfrauen sehen sich vor allem durch die Notwendigkeit, die Kinder zu versorgen und die Schwierigkeiten, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden, an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit gehindert, ältere in erster Linie durch die Beanspruchung im Zusammenhang mit der Haushaltsführung.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch, wie Hausfrauen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt subjektiv beurteilen: Nur jede fünfte glaubt, es sei leicht, eine geeignete Stelle zu finden, aber jede zweite betrachtet dies als schwierig und nahezu jede dritte als praktisch unmöglich. Im Vergleich zu 1977 werden die Chancen, Zugang zu einer Erwerbstätigkeit zu finden, heute pessimistischer beurteilt. Die pessimistische Einschätzung der eigenen Arbeitsmarktchancen nimmt erwartungsgemäß mit steigendem Lebensalter zu.

Galt den Hausfrauen zu Zeiten einer allgemeinen Arbeitskräfteknappheit als ein durch entsprechende Anreize mobilisierungsfähiges Erwerbstätigenpotential, so finden sie gegenwärtig allenfalls als „Stille Reserve“ die Aufmerksamkeit der Arbeitsmarktpolitiker. Als „Stille Reserve“ gilt im allgemeinen „der Teil des Erwerbspotentials, der weder erwerbstätig noch bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet ist und aller Erfahrung nach bei besserer Arbeitsmarktsituation um eine Arbeit nachsuchen würde“¹. Wie groß der Anteil der Hausfrauen ist, die der „Stillen Reserve“ zuzurechnen sind, läßt sich unter Verwendung der obengenannten Indikatoren wenigstens annäherungsweise bestimmen. Rechnet man Hausfrauen dann der „Stillen Reserve“ zu, wenn sie ein mehr oder weniger verbindliches Interesse an der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zum Ausdruck bringen, indem sie (1) den Wunsch äußern, berufstätig zu sein, (2) die konkrete Absicht haben oder (3) bereits nach einer Stelle suchen, und gleichzeitig als Hinderungsgrund angeben,

1 Autorengemeinschaft des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1978 – Entwicklung, Strukturprobleme, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1978, S. 67.

keine geeignete Stelle zu finden, so ergibt sich je nach Definition ein Anteil von 6 bis 16 % aller Hausfrauen. In der Altersgruppe von 18 bis 44 Jahren liegt die Quote zwischen 11 und 19 %. Die untere Grenze ergibt sich unter Anlegung des strengsten Kriteriums, daß jemand bereits nach einer Arbeitsstelle gesucht haben muß, die obere Grenze, wenn lediglich die Artikulation des Wunsches, berufstätig zu sein, als Kriterium zugrundegelegt wird.

Tab. 3: Zugehörigkeit von Hausfrauen zur „Stillen Reserve“

	Grund, nicht erwerbstätig zu sein: „Keine Arbeitsstelle“		
	Wunsch, berufstätig zu sein	Absicht, innerhalb von drei Jahren berufstätig zu werden	Stellensuche im vergangenen Jahr
	in %		
Anteil an allen Hausfrauen	16	9	6
Anteil bei Hausfrauen zwischen 18–44 Jahren	19	14	11
Anteil bei Hausfrauen zwischen 45–63 Jahren	12	4	1

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

7.3 Befürchtung des Arbeitsplatzverlustes und subjektive Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit

Während Nichterwerbstätige Arbeitsmarktprobleme vorwiegend als Schwierigkeit erfahren, Zugangsbarrieren zu überwinden, steht für Erwerbstätige zunächst das Risiko des Arbeitsplatzverlustes im Vordergrund. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird daher aus der Sicht der beschäftigten Arbeitnehmer primär unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit oder Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes wahrgenommen und beurteilt. Ob Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz als sicher oder gefährdet betrachten, ist nicht nur für ihr individuelles und kollektives Verhalten konsequenzenreich, sondern hat darüber hinaus maßgeblichen Einfluß auf ihr subjektives Wohlbefinden. Die Sicherheit vor Entlassung ist den Arbeitnehmern – gerade in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit – wichtiger als alle anderen Eigenschaften des Arbeitsplatzes (Teil II, Kap. 8).

Tab. 4: Subjektive Beurteilung von Arbeitsmarktrisiken 1977 und 1984

Arbeitnehmer: Arbeiter, Angestellte und Auszubildende											
	Ins- gesamt	Geschlecht	Altersgruppen					Stellung im Beruf			
			Männer	Frauen	18-24	25-34	35-49	50-65	Angestellte	Arbeiter	
in %											
Einf., gehob., Un-, an- mittlere höhere gelernte fizierte											
Arbeiter											
in %											
Es befürchten:											
arbeitslos zu werden											
1977	5	4	7	8	3	5	5	6	2	5	
1984	9	9	10	11	7	7	13	7	8	11	13
Stelle wechseln zu müssen											
1977	4	3	5	8	9	4	1	4	2	7	0
1984	6	6	7	11	5	4	6	3	6	6	8

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurvey 1984.

1984 befürchtet rund jeder sechste Arbeitnehmer, der im engeren Sinne einem Arbeitsmarktrisiko ausgesetzt ist, in naher Zukunft arbeitslos zu werden oder seine Stelle wechseln zu müssen. Obwohl dieser Anteil im Vergleich zu 1977 zugenommen hat und das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes gegenwärtig höher eingeschätzt wird als damals, erscheint angesichts des Niveaus der Arbeitslosigkeit und der eher negativen Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt überraschend, daß 85 % aller Angestellten, Arbeiter und Auszubildenden ihren Arbeitsplatz als sicher betrachten und weder Arbeitslosigkeit noch die Notwendigkeit eines Stellenwechsels befürchten. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang der Befund, daß die Wahrnehmung des Risikos, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren, sehr eng mit der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit korreliert. Arbeitnehmer, die selbst schon mindestens einmal arbeitslos waren, schätzen das Risiko wieder arbeitslos zu werden sehr viel höher ein als Arbeitnehmer, die bisher noch nie arbeitslos waren.

Tab. 5: Subjektive Wahrnehmung von Arbeitsmarktrisiken nach Betroffenheit von Arbeitslosigkeit

	Arbeitslos gewesen			
	Ja		Nein	
	1977	1984	1977	1984
	in %			
Befürchtung, in naher Zukunft				
arbeitslos zu werden	6	26	3	13
Stelle wechseln zu müssen	5	5	5	5

Datenbasis: ZUMABUS 1977, Wohlfahrtssurvey 1984.

In diesem Zusammenhang kommt zum Ausdruck, daß Arbeitsmarktrisiken nicht gleich verteilt sind, sondern sich auf bestimmte Personengruppen konzentrieren und daß die Arbeitslosigkeit selbst als ein Risikofaktor zu betrachten ist, der die Wahrscheinlichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt erneut arbeitslos zu werden, erhöht. So stellen wir insgesamt nicht nur fest, daß lediglich eine Minderheit der Arbeitnehmer Arbeitslosigkeit jemals persönlich erfahren hat; auch die Befürchtung, den gegenwärtigen Arbeitsplatz zu verlieren, konzentriert sich auf eine begrenzte, weitgehend identische Arbeitnehmerpopulation. Die Aufgliederung in eine von Arbeitslosigkeit betroffene und sich subjektiv bedroht führende Minderheit der Arbeitnehmer auf der einen Seite und eine bisher von Arbeitslosigkeit nicht betroffene Mehrheit der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz auch weiterhin als sicher betrachtet, auf der anderen, dürfte eine Erklärung dafür sein, daß eine Gesellschaft wie die Bundesrepublik mit dem Problem der Arbeitslosigkeit offenbar auch

Tab. 6: Subjektive Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Arbeitslosigkeit 1977 und 1984

	Befragte Ins- gesamt	Erwerbstätige				Befragte mit Arbeits- losigkeits- erfahrung	Befragte ohne Arbeits- losigkeits- erfahrung	
		Ins- gesamt	Stellung im Beruf					
			Selb- ständige	Beamte	Ange- stellte			
Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit ist								
		in %						
unzureichend	1977	12	13	8	2	13	17	11
	1984	25	28	10	26	28	35	22
ausreichend	1977	45	47	26	51	50	47	45
	1984	43	46	44	54	44	48	44
gut	1977	20	20	27	30	20	17	20
	1984	14	13	24	14	14	8	15
übertrieben	1977	13	14	35	14	12	11	14
	1984	5	5	10	2	5	3	5
weiß nicht	1977	10	6	4	4	5	8	11
	1984	13	8	12	4	9	5	14

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurvey 1984.

auf längere Sicht ohne tiefgreifende Konflikte und Verluste der Legitimationsbasis zu leben vermag.

Die Bedrohung, die von einem Verlust des Arbeitsplatzes ausgeht, ist um so größer, je unzureichender die Maßnahmen der sozialen Sicherung sind, d.h. je stärker die materielle und soziale Existenz durch Arbeitslosigkeit gefährdet wird. Wie hoch und umfassend die Absicherung durch Zahlung von finanziellen Leistungen in Form von Arbeitslosengeld und -hilfe sein soll, ist eine gesellschaftspolitisch kontroverse Frage. Statistiken über die erbrachten Leistungen und Daten zur Einkommenssituation von Arbeitslosen bestätigen zwar die Funktionstüchtigkeit der betreffenden Institutionen, zeigen aber zugleich auch auf, daß Arbeitslosigkeit beträchtliche Einkommenseinbußen zur Folge haben und Armut erzeugen kann.

Neben Informationen über die faktischen Leistungen der Sicherungsinstitutionen und deren Wirksamkeit ist ebenfalls von Interesse, wie verschiedene, selbst mehr oder weniger bedrohte oder betroffene Bevölkerungsgruppen die finanzielle Absicherung im Falle der Arbeitslosigkeit subjektiv bewerten.

Diese Beurteilung fällt durchaus nicht uneingeschränkt positiv aus und hat sich im Vergleich zu 1977 erheblich zum Negativen hin verändert. 1984 betrachten 25 % der Befragten die finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit als unzureichend, 43 % als ausreichend, 14 % als gut und 5 % als übertrieben hoch. Der Anteil der Befragten, die die Absicherung als unzureichend beurteilen, hat sich – wohl auch als Folge der inzwischen restriktiveren Anspruchsvoraussetzungen und einem verminderten Leistungsniveau – gegenüber 1977 mehr als verdoppelt (vgl. Tab. 6).

Wie die Bewertung ausfällt, steht im Zusammenhang mit der eigenen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und – bei Erwerbstätigen – mit der beruflichen Stellung. Von den Befragten, die seit 1970 irgendwann selbst einmal arbeitslos waren, betrachtet 1984 jeder zweite die finanzielle Absicherung als unzureichend, von den Befragten ohne Arbeitslosigkeitserfahrung dagegen nur jeder fünfte. Die Untergliederung der Erwerbstätigen nach ihrem beruflichen Status verdeutlicht, daß Arbeiter als eine von Arbeitslosigkeit besonders betroffene und bedrohte Gruppe mit ihrer Beurteilung der finanziellen Absicherung vergleichsweise wenig Vertrauen in das „soziale Netz“ dokumentieren. Am positivsten wird die materielle Lage der Arbeitslosen von den Selbständigen gesehen. Bemerkenswert ist allerdings, daß hier der Anteil derjenigen, die die finanzielle Absicherung als übertrieben hoch beurteilen, sich zwischen 1977 und 1984 von 35 auf 10 % reduziert hat. Auch Beamte haben ihre Beurteilung der finanziellen Leistungen, die für Arbeitslose erbracht werden, in den zurückliegenden Jahren in erheblichem Umfang revidiert.

7.4 Subjektive Arbeitsmarktchancen

Neben der existenziellen Sicherheit, die die Institutionen der sozialen Sicherung dem einzelnen zu bieten vermögen, hängt das Ausmaß der Bedrohung, das von einem Verlust des Arbeitsplatzes ausgeht, davon ab, wie Erwerbstätige ihre individuellen Chancen auf

Tab. 7: Subjektive Arbeitsmarktchancen 1977 bis 1984

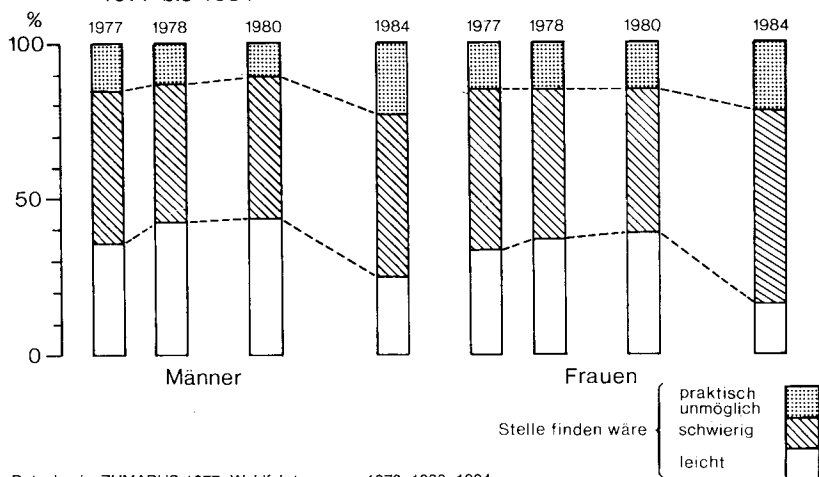
Abhängig Beschäftigte												
	Ins- gesamt	Alter				Berufliche Bildung				Status		
		18-24	25-34	35-49	50-65	Kein Ab- schluß	Lehre	Fach- schu./ Prakt./ Meister	Fach- hoch- schu./ Hoch- schu.	Arbeiter	Ange- stelle	Beamte
in %												
Stelle zu finden wäre leicht												
1977	35	35	48	37	17	28	39	38	20	43	32	19
1978	41	48	50	43	18	29	44	38	42	45	41	32
1980	41	55	59	41	13	39	43	42	30	45	41	30
1984	22	27	32	19	11	9	23	28	22	23	21	21

Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984.

dem Arbeitsmarkt subjektiv wahrnehmen und bewerten. Das Bewußtsein, über Alternativen zu verfügen und Optionen wahrnehmen zu können, ist nicht nur als Verhaltensdisposition von Bedeutung. Die Überzeugung, bei Verlust des Arbeitsplatzes leicht wieder eine neue und ebenso gute Stelle zu finden, bietet Sicherheit und ist zugleich eine wesentliche Voraussetzung dafür, die eigenen beruflichen Interessen offensiv vertreten zu können.

Tab. 7 zeigt, wie sich die Beurteilung der Arbeitsmarktchancen der Arbeitnehmer zwischen 1977 und 1984 entwickelt hat und welche Unterschiede es zwischen einzelnen Arbeitnehmergruppen gibt. Für die abhängig Beschäftigten insgesamt wie auch für die meisten Teilgruppen gilt, daß die Chancen, nach einem Verlust des Arbeitsplatzes ohne Schwierigkeiten wieder eine neue Stelle zu finden, in den Jahren 1978 und 1980 günstiger beurteilt wurden als 1977. Dagegen haben sich die individuellen Arbeitsmarktchancen in der Wahrnehmung der Befragten zwischen 1980 und 1984 drastisch verschlechtert. Der Anteil der Arbeitnehmer, die glauben, ohne weiteres wieder eine neue Stelle finden zu können, hat sich zwischen 1980 und 1984 fast halbiert. Die subjektive Beurteilung der Arbeitsmarktchancen folgt damit weitgehend der realen Arbeitsmarktentwicklung, die in den Jahren 1978 bis 1980 durch eine leichte Erholungstendenz gekennzeichnet war, ehe sich die Negativentwicklung fortsetzte und der Arbeitslosenbestand zwischen 1980 und 1984 um fast 1,4 Millionen zunahm.

Abb. 1: Subjektive Arbeitsmarktchancen – Erwerbstätige Männer und Frauen 1977 bis 1984



Datenbasis: ZUMABUS 1977; Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984.

Am pessimistischsten wird die Chance, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, von Frauen, älteren Arbeitnehmern und Erwerbstätigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung gesehen. Arbeitnehmer ohne beruflichen Bildungsabschluß und Frauen sind zugleich

auch die Gruppen, deren Arbeitsmarktchancen sich in ihrer eigenen Wahrnehmung zwischen 1980 und 1984 am stärksten verschlechtert haben. Während 1984 noch 16 % der Arbeitnehmerinnen glaubte, es sei für sie leicht, wieder eine neue Stelle zu finden, hatte der entsprechende Anteil 1980 39 % und 1969 sogar noch 77 % betragen¹. Am optimistischsten schätzen jüngere Arbeitnehmer und Arbeitskräfte mit einem Fachschul-, Meister- oder Technikerabschluß ihre Arbeitsmarktchancen ein.

Die Verschlechterung der individuellen Arbeitsmarktchancen in der subjektiven Wahrnehmung ist, nicht zuletzt auch wegen der damit verbundenen Auswirkungen auf das Verhalten am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt von Bedeutung: Arbeitnehmer, die ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt pessimistisch beurteilen, werden sich insgesamt eher defensiv verhalten und vor allem an der Aufrechterhaltung des Status quo orientieren. Auch auf der Ebene des kollektiven Verhaltens und der organisierten Interessenvertretung sind Auswirkungen nicht auszuschließen.

(Heinz-Herbert Noll)

¹ Vgl. Weltz, F.: Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit. Forschungsbericht, München 1971.

8 Arbeitsplatz und Arbeitszufriedenheit

Neben der veränderten Arbeitsmarktlage und strukturellen Umbrüchen innerhalb des Beschäftigungssystems zeichnet sich auch ein Wandel in der Einstellung zur Erwerbsarbeit ab. Beschäftigungsdefizite und technologische Veränderungen auf der einen Seite, mehr arbeitsfreie Zeit, ein im Durchschnitt höheres Bildungsniveau und für die Mehrheit ein hoher materieller Lebensstandard auf der anderen Seite sind die Rahmenbedingungen, die das Verhältnis der Erwerbstätigen zu ihrer Arbeit heute wesentlich prägen. Es stellt sich daher die Frage, welchen Stellenwert die Erwerbsarbeit im Verhältnis zu anderen Lebensbereichen einnimmt, welche Ansprüche die Erwerbstätigen an Arbeitsplätze und Tätigkeitsinhalte stellen und wie sie ihre Berufstätigkeit subjektiv wahrnehmen und bewerten.

8.1 Einstellungen zur Arbeit und Wichtigkeit von Arbeitsplatzmerkmalen

Die Bedeutung, die Arbeit und Beruf heute im Leben der Menschen haben, messen wir an zwei Indikatoren: der subjektiven Einschätzung, wie wichtig die Arbeit für das individuelle Wohlbefinden ist, und der vergleichenden Wichtigkeitsbeurteilung der Lebensbereiche Familie, Beruf und Freizeit. Dabei ist zunächst festzustellen, daß die Arbeit für das Wohlbefinden nach wie vor von zentraler Bedeutung ist, daß aber andererseits Beruf und Arbeit auch für die Erwerbstätigen durchaus nicht die höchste Priorität genießen und Vorrang vor anderen Seiten des Lebens haben. Im Durchschnitt aller Erwerbstätigen beurteilt nahezu jeder zweite die Arbeit als sehr wichtig für sein Wohlbefinden. Im Vergleich der Ergebnisse von 1980 und 1984 finden wir die Hypothese, daß dieser Anteil rückläufig sein könnte, nicht bestätigt. Allerdings zeichnen sich diesbezüglich bei Gegenüberstellung einzelner Beschäftigtengruppen gegenläufige Tendenzen ab. Als Erklärung dafür kommen die unterschiedlichen Arbeitsmarktrisiken und auch die Erfahrung in Betracht, wie das Wohlbefinden durch fehlende Erwerbsmöglichkeiten beeinträchtigt werden kann (*vgl. Tab. 1*).

Im Hinblick auf die Frage nach dem Stellenwert von Arbeit und Beruf im Vergleich zu anderen Lebensbereichen kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Erwerbstätigen in der Bundesrepublik dem Beruf in ihrer Prioritätenskala im Durchschnitt den gleichen Rang einräumen wie der Freizeit, daß aber die Familie eindeutig vor diesen beiden Bereichen rangiert. Lediglich für 10 % aller Erwerbstätigen ist der Beruf wichtiger als die Familie und für 8 % die Freizeit (*vgl. Tab. 2*).

Tab. 1: Wichtigkeit der Arbeit für das Wohlbefinden 1980 und 1984

	Bevöl- kerung	Erwerbs- tätige	Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf					
			Beamte		Angestellte		Arbeiter	
					Einf., mittlere	Gehob., höhere	Un-, ange- lernte	Quali- fizierte
			in %					
<hr/>								
Arbeit ist für das Wohl- befinden sehr wichtig								
1980	31	42	44	41	48	34	46	
1984	36	43	37	35	50	47	51	

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1980 und 1984.

Weniger eindeutig ist, welchen Platz Beruf und Freizeit bei einzelnen Bevölkerungsgruppen in der Rangordnung einnehmen. Der Vergleich der individuellen Einstufungen ergibt, daß 30 % der Befragten der Beruf wichtiger ist als die Freizeit und ebenfalls 30 % der Befragten die Freizeit wichtiger als der Beruf.

Durch welche Merkmale lassen sich nun eher „arbeitsorientierte“ und eher „freizeitorientierte“ Erwerbstätige näher kennzeichnen und unterscheiden? Zunächst ist zu beobachten, daß die Arbeitsorientierung bei männlichen, die Freizeitorientierung bei weiblichen Beschäftigten stärker ausgeprägt ist: 40 % der Frauen im Vergleich zu 25 % der Männer ist die Freizeit wichtiger als der Beruf. Zudem sind „freizeitorientierte“ vermehrt unter jüngeren und anhand des Inglehart-Index¹ als postmaterialistisch eingestuft. Beschäftigten anzutreffen, „arbeitsorientierte“ eher unter älteren und materialistisch eingestellten Befragten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß Lebensalter und Wertorientierung vor allem bei männlichen Erwerbstätigen einen Einfluß darauf haben, ob sie eher arbeits- oder freizeitorientiert sind, während weiblichen Erwerbstätigen die Freizeit auch unabhängig von der Ausprägung dieser Merkmale zumeist wichtiger ist als der Beruf.

Sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Befragten findet sich dagegen ein Zusammenhang zwischen der Höhe ihres Arbeitseinkommens und der Wichtigkeit von Arbeit und Freizeit: In der höchsten Einkommensklasse überwiegen die Arbeitsorientierten, in den unteren Gruppen die Freizeitorientierten. Die naheliegende Frage, ob Erwerbstätige mehr verdienen, weil ihnen die Arbeit wichtiger ist als die Freizeit oder ob Erwerbstätige mit niedrigerem Einkommen die Freizeit vorziehen, weil ihre Arbeit so schlecht entlohnt wird und unter Umständen auch sonst wenig befriedigend ist, läßt sich auf der Basis der uns vorliegenden Informationen statistisch nicht überprüfen.

¹ Vgl. Teil II, Kap. 3, S. 383.

Tab. 2: Stellenwert von Beruf und Freizeit

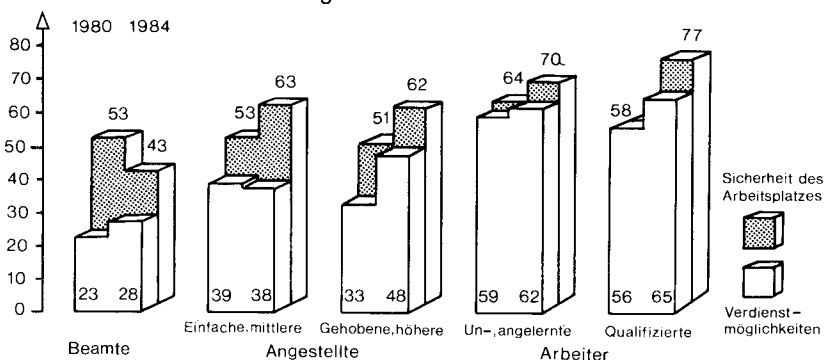
	Geschlecht		Altersgruppen					Wertorientierung			Bruttoeinkommen ¹				
	Insgesamt	Männer	Frauen	18–24	25–34	35–49	50–65	Materi- listisch	Misch- typ	Post- materi- listisch	1	2	3	4	5
in %															
Beruf ist wichtiger als Freizeit	30	33	24	19	23	35	37	34	33	16	20	25	24	25	43
Beide sind gleich wichtig	40	42	36	38	41	39	41	42	40	37	39	36	46	50	38
Freizeit ist wichtiger als Beruf	30	25	40	43	36	26	22	23	27	48	41	40	30	26	19

¹ Bruttonomatsverdienst in Quintilen.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Die Ansprüche und Erwartungen, die Erwerbstätige an ihre Arbeit richten, sind daran abzulesen, wie wichtig ihnen bestimmte Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmale sind. Unter den berücksichtigten Aspekten genießt die Sicherheit des Arbeitsplatzes die höchste Priorität, gefolgt von den Verdienstmöglichkeiten. Danach werden arbeitsinhaltliche Aspekte wie die Möglichkeit, die Arbeit selbständig zu gestalten und eine abwechslungsreiche Tätigkeit genannt. Vergleichsweise weniger wichtig sind den Erwerbstätigen die Arbeitszeitregelungen und die Aufstiegschancen, die sie an ihrem Arbeitsplatz vorfinden.

Obwohl sich im Vergleich der Werte von 1980 und 1984 insgesamt kaum Veränderungen abzeichnen, ist aufschlußreich, daß die Sicherheit des Arbeitsplatzes von jenen Arbeitnehmern, die Entlassungsrisiken ausgesetzt sind, 1984 deutlich höher bewertet wird als noch vier Jahre zuvor. Ähnliches gilt, wenn auch in abgeschwächter Form, für die Verdienstmöglichkeiten, die die Stelle bietet.

Abb. 1: Die Bedeutung der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Verdienstmöglichkeiten 1980 und 1984



Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1980 und 1984.

Mit Ausnahme der Arbeitszeit werden alle Arbeitsplatzmerkmale von weiblichen Beschäftigten im Vergleich zu Männern als weniger wichtig eingestuft, wobei dies allerdings vor allem auf die Einschätzung der teilzeitbeschäftigten Frauen zurückzuführen ist. Bei Arbeitern stehen ganz eindeutig die traditionellen Kriterien der Arbeitsplatzbeurteilung, Sicherheit des Arbeitsplatzes und Verdienst im Vordergrund. Arbeitsinhaltliche Aspekte werden dagegen vor allem von Beamten und Angestellten, zumal denen in höheren Positionen, betont.

Aktuelle Thesen über einen Wertwandel, der inzwischen auch die Arbeitswelt erfaßt hat, sind mit unseren Daten nur partiell zu belegen. Die Befunde deuten jedoch darauf hin, daß „neue“ Arbeitswerte vor allem von jüngeren und von besser gebildeten Erwerbstätigen in die Arbeitswelt hineingetragen werden.

Die Wichtigkeit traditioneller Arbeitswerte wie Verdienstmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszeitregelung wird über die Altersgruppen hinweg gleichförmig beurteilt; sie werden allerdings von Arbeitnehmern, die über höhere Bildungsabschlüsse verfügen in der Tendenz niedriger eingestuft. Deutlicher sind Unterschiede im Bereich inhaltlicher Arbeitsaspekte zu beobachten, die als „neue“ berufliche Ansprüche gelten können. Entsprechende Ansprüche werden um so mehr erhoben, je jünger Arbeitnehmer sind und je höher ihre Bildung ist.

Tab. 3: Wichtigkeit von Arbeitsplatzmerkmalen nach Bildungsniveau und Wertorientierung¹

	Bildungsniveau				Wertorientierung		
	Ohne Ab- schluß	Haupt- schul- abschluß	Mittlere Reife	Fach- hoch- schulreife Abitur	Materia- listisch	Misch- typ	Post- materia- listisch
in %							
Traditionelle Ansprüche							
Verdienst- möglichkeiten	52	56	39	31	51	49	38
Sicherheit des Arbeitsplatzes	62	65	59	41	65	62	44
Arbeitszeitregelung	30	30	23	11	23	27	19
Aufstiegschancen	22	18	20	15	16	19	19
„Neue“ Ansprüche							
Selbstgestaltung	32	39	45	54	31	44	49
Abwechslung	27	38	48	40	32	40	52

1 Anteile: „sehr wichtig“ auf vierstufiger Skala von „sehr wichtig“ bis „unwichtig“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Daß diese Unterschiede auch auf einen allgemeinen Wertwandel in der Bevölkerung zurückzuführen sind, belegt der enge Zusammenhang mit der Wertorientierung. Erwerbstätige mit einer postmaterialistischen Grundeinstellung sind Träger „neuer“ Arbeitswerte: Sie sind eindeutig weniger als materialistisch eingestellte Beschäftigte an Sicherheit und Verdienst interessiert, obwohl auch ihnen diese Merkmale keineswegs unwichtig sind, sondern betonen vor allem Möglichkeiten einer selbstgestalteten, abwechslungsreichen Arbeit.

8.2 Erträge und Anforderungen der Arbeit

Berufliche Positionen und Arbeitsplätze unterscheiden sich ganz erheblich danach, welche Verdienst- und Karrieremöglichkeiten sie bieten und welche Anforderungen sie an die Positionsinhaber stellen (vgl. Tab. 4).

Für die Bezahlung macht es nicht nur einen Unterschied, ob es sich um eine Arbeiter-, Angestellten- oder Beamtentätigkeit handelt und auf welchem Qualifikationsniveau sie angesiedelt ist, sondern auch in welchem Wirtschaftsbereich der Arbeitnehmer beschäftigt ist. Eine Beschäftigung in der Industrie oder im Öffentlichen Dienst wird, das zeigt sich insbesondere bei qualifizierten Arbeitern und einfachen oder mittleren Angestellten, offenbar besser bezahlt als eine vergleichbare Position in den Bereichen des Handwerks oder Handels. Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich auch im Hinblick auf die Chancen eines innerbetrieblichen Aufstiegs, die mit verschiedenen Positionen verbunden sind.

Die spezifischen Arbeitsanforderungen, denen sich Erwerbstätige gegenübergestellt sehen, sind in erster Linie arbeitsplatz- und tätigkeitsabhängig. Ob sie als Über- oder Unterforderung wahrgenommen werden, ist darüber hinaus jedoch auch von der Person des Erwerbstätigen, seiner Qualifikation, seiner Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit, sowie seinen Ansprüchen und Ambitionen abhängig. Eine Überforderung durch die Arbeit wird vor allem von Arbeitern und von Beschäftigten in den Bereichen des Handwerks und Handels berichtet. Hier gibt mehr als jeder dritte an, sich im Rahmen seiner Tätigkeit häufiger überfordert zu fühlen. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil derjenigen, die angeben, an ihrem Arbeitsplatz unterfordert zu sein, bei Beamten und einfachen bzw. mittleren Angestellten im Bereich der Industrie und des Öffentlichen Dienstes.

8.3 Arbeitszufriedenheit

Die Arbeitszufriedenheit ist ein Indikator für die subjektive Qualität des Arbeitslebens und das Verhältnis der Erwerbstätigen zu ihrer Arbeit. Behauptungen, wonach die Arbeitszufriedenheit in der Bundesrepublik rückläufig sei, haben breite Aufmerksamkeit gefunden und lebhaftes Kontroversen über mögliche Verursachungsfaktoren ausgelöst: veränderte Arbeitsbedingungen, verschlechterte Arbeitsmarktverhältnisse, sinkende Arbeitsmoral und gestiegene oder qualitativ veränderte Ansprüche an die Arbeit.

Die uns für den Zeitraum der ersten Hälfte der achtziger Jahre vorliegenden Daten lassen jedoch die behauptete Tendenz einer abnehmenden Zufriedenheit mit der Arbeit nicht erkennen. Im Gegenteil, wenn überhaupt Veränderungen zu beobachten sind, handelt es sich überwiegend um eine leichte Zunahme der Arbeitszufriedenheit, die vor allem darauf zurückzuführen ist, daß der Anteil derjenigen zugenommen hat, die mit ihrer Arbeit „ganz und gar zufrieden“ sind und die wir die Hochzufriedenen nennen. Unterscheidet man einzelne soziodemographische Gruppen von Arbeitnehmern, so sind „Zufriedenheitsgewinne“ im Zeitvergleich vor allem bei ganztagsbeschäftigten Frauen, bei älteren Arbeitnehmern, in der Gruppe der gehobenen und höheren Beamten sowie bei Beschäftigten

Tab. 4: Einkommen, Arbeitsanforderungen und Aufstiegschancen bei verschiedenen Arbeitnehmergruppen

	Erwerbstätige									
	Insgesamt		Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf							
			Beamte		Gehobene, Einf., mittl. Angestellte höhere Angestellte		Industrie, Öff. Dienst		Handel Handwerk	
									Qualifizierte Arbeiter	Un-, angelernte Arbeiter
									Industrie, Öff. Dienst	Handel Handwerk
in %										
Bruttomonatseinkommen										
unter 1800 DM	20	5	10	18	35	3	18	37		
1800–2350 DM	20	23	7	20	26	24	22	23		
2400–2850 DM	20	21	9	24	18	26	23	23		
2900–3500 DM	20	18	12	23	16	35	28	15		
über 3500 DM	20	33	63	16	5	12	8	3		
Arbeitsanforderungen										
Überforderung	28	19	22	19	30	33	39	36		
Unterforderung	7	13	5	10	6	7	3	4		
Betrieblicher Aufstieg										
innerhalb von 2–3 Jahren	17	26	17	15	13	18	21	14		
sicher, wahrscheinlich	30	22	33	31	28	46	21	26		
möglich										

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 5: Die Zufriedenheit mit der Arbeit 1980 und 1984

	Durchschnitt		Anteil der Unzufriedenen ¹		Anteil der Hochzufriedenen ²	
	1980 Ø	1984 Ø	1980 %	1984 %	1980 %	1984 %
Abhängig Beschäftigte	7,6	7,9	5	6	12	21
Männer	7,7	7,8	5	6	10	18
Frauen	7,6	8,1	6	5	16	27
ganztags	7,5	8,0	6	6	11	25
halbtags	7,9	8,2	6	4	23	31
18–24 Jahre	7,4	7,6	7	9	8	13
25–34 Jahre	7,6	7,4	5	9	8	15
35–49 Jahre	7,6	8,0	4	5	11	21
50–65 Jahre	8,0	8,4	6	1	21	33
Stellung im Beruf						
Arbeiter						
un-, angelernte	7,4	7,7	10	9	18	20
qualifizierte	7,7	7,8	3	6	8	16
Angestellte						
einfache, mittlere	7,7	7,8	5	6	14	24
gehobene, höhere	8,1	8,2	3	3	14	26
Beamte						
einfache, mittlere	7,7	7,7	5	6	7	9
gehobene, höhere	7,3	8,0	9	4	4	23

1 Skalenwerte 0 bis 4 auf Skala 0 bis 10.

2 Skalenwert 10 auf Skala 0 bis 10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1980 und 1984.

mit einem Lehrabschluß festzustellen. Insgesamt ist das Bild jedoch durch eine bemerkenswerte Konstanz der 1980 und 1984 ermittelten Werte geprägt.

Auch zwischen den unterschiedenen Arbeitnehmergruppen gibt es allenfalls geringfügige Zufriedenheitsdifferenzen. Frauen sind mit ihrer Arbeit nicht weniger zufrieden als Männer, an- und ungelernte Arbeiter nicht weniger zufrieden als Facharbeiter und Beschäftigte ohne berufliche Qualifikation nicht weniger als Hochschulabsolventen. Von den berücksichtigten soziodemographischen Merkmalen steht lediglich das Lebensalter mit der allgemeinen Arbeitszufriedenheit in einem systematischen Zusammenhang: Je älter Arbeitnehmer sind, desto höher ist ihre Zufriedenheit mit der Arbeit. Für diesen

Tab. 6: Allgemeine Arbeitszufriedenheit¹ nach Stellenwert von Beruf und Freizeit und nach Arbeitsanforderungen

	Insgesamt	Männer	Frauen
Arbeits-/Freizeitorientierung			
Beruf ist wichtiger als Freizeit	8,2	8,1	8,2
Beides ist gleich wichtig	8,1	8,1	8,3
Freizeit ist wichtiger als Beruf	7,4	7,1	7,7
Arbeitsanforderungen			
Überforderung	7,6	7,6	7,6
Unterforderung	6,4	6,5	6,1
Beides ist nicht der Fall	8,2	8,1	8,4

1 Durchschnitte der Skala 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Zusammenhang gibt es zwei Erklärungen. Die eine sieht die Ursache darin, daß Erwerbstätige ihre Erwartungen und Ansprüche im Laufe ihres Berufslebens reduzieren und sich den vorgefundenen Möglichkeiten und realen Bedingungen anpassen. Die andere Erklärung geht davon aus, daß ältere Arbeitnehmer eher als jüngere einen ihren Vorstellungen entsprechenden Arbeitsplatz gefunden haben und betrachten die höhere Arbeitszufriedenheit als Ergebnis einer vorteilhafteren beruflichen Plazierung.

Die allgemeine Arbeitszufriedenheit ist jedoch nicht nur vom Lebensalter abhängig, sondern korreliert auch mit der individuellen Wichtigkeit von Arbeit und Freizeit und der Höhe der Arbeitsanforderungen. Arbeitnehmer, denen die Arbeit wichtiger ist als die Freizeit, sind mit ihrer Arbeit überdurchschnittlich, eher freizeitorientierte Arbeitnehmer dagegen unterdurchschnittlich zufrieden. Negative Abweichungen vom durchschnittlichen Niveau der Arbeitszufriedenheit sind darüber hinaus insbesondere bei Befragten festzustellen, die sich während ihrer Arbeit häufiger über- oder unterfordert fühlen. Bemerkenswert ist dabei, daß eine Unterforderung die Arbeitszufriedenheit offenbar noch stärker beeinträchtigt als eine Überforderung. Bei männlichen Arbeitnehmern korreliert die Arbeitszufriedenheit zudem mit der Höhe des Bruttoeinkommens und ist auch davon abhängig, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines innerbetrieblichen Aufstiegs in der absehbaren Zukunft eingeschätzt wird.

Mindestens ebenso aufschlußreich wie die allgemeine Arbeitszufriedenheit sind die unabhängig davon erhobenen Zufriedenheiten mit einzelnen Aspekten der Arbeitssituation und der ausgeübten Tätigkeit.

Nach den Ergebnissen für 1980 war fast jeder zweite Arbeitnehmer mit seinen Aufstiegschancen unzufrieden, jeder vierte mit dem Verdienst und jeder fünfte mit den Gestaltungsmöglichkeiten, die ihm seine Tätigkeit läßt. Bei der auf konkrete Arbeitsattri-

bute gerichteten Betrachtung kommt nicht nur generell mehr Unzufriedenheit zum Ausdruck, auch die gruppenspezifischen Differenzen treten stärker hervor.

Jüngere Arbeitnehmer sind mit einer Ausnahme – den Aufstiegschancen – unzufriedener als ältere. Auch die schlechteren Arbeitsbedingungen un- und angelernter Arbeiter manifestieren sich in einer überdurchschnittlichen Unzufriedenheit mit den Arbeitsplatz- und Tätigkeitsmerkmalen. Angestellte sind durchgängig überdurchschnittlich zufrieden.

Tab. 7: Unzufriedenheit mit einzelnen Arbeitsplatzmerkmalen 1980¹

	Verdienst- möglich- keiten	Sicherheit des Arbeits- platzes	Arbeits- zeit- regelung	Aufstiegs- chancen	Selbstge- staltungs- möglich- keit	Abwechs- lung
	in %					
Abhängig Beschäf- tigte	23	15	17	46	20	15
Männer	23	14	20	44	20	13
Frauen	25	16	12	51	20	19
ganztags	25	16	16	51	23	19
halbtags	24	15	3	50	16	19
Altersgruppen						
18–24 Jahre	33	13	27	43	37	21
25–34 Jahre	17	15	18	41	15	12
35–49 Jahre	22	17	15	49	18	15
50–65 Jahre	25	12	11	50	16	12
Stellung im Beruf						
Arbeiter						
un-, angelernte	31	23	16	60	36	34
qualifizierte	26	16	19	45	21	17
Angestellte						
einfache, mittlere	22	13	14	44	17	11
gehobene, höhere	16	20	15	35	4	3
Beamte						
einfache, mittlere	19	0	17	43	28	11
gehobene, höhere	19	0	27	53	9	3

¹ Anteil von Befragten, die angeben, „eher“ oder „sehr“ unzufrieden zu sein.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980.

Dies gilt in besonderem Maße für die gehobenen und höheren Angestelltenberufe. Frauen sind mit dem Abwechslungsreichtum ihrer Tätigkeit und den Aufstiegschancen unzufriedener als Männer, mit der Arbeitszeitregelung jedoch zufriedener. Zurückzuführen ist die höhere Zufriedenheit mit der Arbeitszeit insbesondere darauf, daß ein beachtlicher Anteil der weiblichen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt ist und teilzeitbeschäftigte Frauen mit ihrer Arbeitszeit weitaus zufriedener sind als Vollzeitkräfte.

(Heinz-Herbert Noll/Roland Habich)

9 Wohnverhältnisse

9.1 Objektive Wohnbedingungen und wahrgenommene Wohnqualität

9.1.1 Die Zufriedenheit mit der Wohnung

Die Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahrzehnten quantitativ und qualitativ ständig verbessert und hat ein hohes Niveau erreicht (vgl. Teil I, Kap. 5). Die Bürger sind mit ihrer Wohnung auch entsprechend zufrieden, sie bewerten ihre Wohnung positiver als die meisten anderen Lebensbereiche (vgl. Teil II, Kap. 3). 1984 sind 36 % der erwachsenen Bevölkerung mit ihrer Wohnung vollkommen zufrieden, und nur 6 % sind unzufrieden. Die Vergleichszahlen für 1978 betragen 29 bzw. 7 %. Damit hat sich die Wohnzufriedenheit zwischen 1978 und 1984 erhöht, was die Verbesserung der Wohnbedingungen in diesem Zeitraum widerspiegelt.

Eine Abhängigkeit der Wohnzufriedenheit besteht von mehreren objektiven Wohnbedingungen, beispielsweise von der Wohnungsausstattung, der Belegungsdichte der Wohnung, der Art des Wohnhauses und dem Rechtsverhältnis (Mieter/Eigentümer). Von all diesen Merkmalen hat die Wohnungsausstattung den stärksten Einfluß auf die Wohnzufriedenheit.

Tab. 1: Die Zufriedenheit¹ mit der Wohnung nach der Wohnungsausstattung 1978

Wohnungsausstattung	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Durchschnittliche Zufriedenheit
	in %		Ø
Insgesamt	83	7	7,8
Mit Bad, WC und Sammelheizung	88	5	8,1
Nur Bad und WC	80	7	7,5
Nur WC	57	22	6,0
Sonstige Ausstattung ²	69	18	6,8

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

2 Nur Bad; nur Sammelheizung; nur Bad und Sammelheizung; nur WC und Sammelheizung; weder WC noch Bad noch Sammelheizung.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978.

Wohnungen, die gemäß dem heutigen Standard mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet sind, werden nur von 5 % ihrer Bewohner negativ bewertet. Dagegen sind 20 % der Bewohner von Wohnungen ohne Bad und Sammelheizung unzufrieden.

Die Belegungsdichte ist für die Wohnzufriedenheit fast genauso maßgeblich. Wird der Standard von einem Wohnraum (ohne Küche) pro Haushaltsmitglied nicht erreicht, so ist Unzufriedenheit vergleichsweise stark verbreitet. Auch bei einem Wohnraum pro Person liegt die Wohnzufriedenheit noch unter dem Durchschnittsniveau. Eine ausgesprochen hohe Wohnzufriedenheit stellt sich erst dann ein, wenn der neuere Standard von einem Wohnraum pro Person zuzüglich eines Gemeinschaftsraumes realisiert ist. Mit diesem Standard wird offensichtlich ein Sättigungsgrad erreicht; noch mehr Wohnräume erhöhen die Zufriedenheit nicht weiter.

Die Wohnzufriedenheit ist darüber hinaus davon abhängig, ob man in einem Einfamilienhaus, einem kleineren Mietshaus oder einem großen Wohnblock lebt. Das Wohnen im Einfamilienhaus gehört zu den am weitesten verbreiteten Wohnwünschen in der Bevölkerung, und dementsprechend sind Einfamilienhausbewohner mit ihrer Wohnsituation zufriedener als Bewohner anderer Haustypen, auch wenn deren Wohnungen eine genauso gute Ausstattung und genausoviel Wohnraum wie die Einfamilienhäuser bieten. Dabei stellen die Bewohner der großen Wohnblocks mit zehn bis neunzehn Wohnparteien die unzufriedenste Gruppe dar. Die Rangordnung der Haustypen nach der Wohnzufriedenheit ihrer Bewohner hat sich zwischen 1978 und 1984 nicht verändert.

Unabhängig davon, ob die Wohnung in einem Ein- oder Mehrfamilienhaus liegt, sind Eigentümer, bei sonst gleichen Wohnbedingungen hinsichtlich Ausstattung und Belegungsdichte, zufriedener als Mieter. Zwischen den Eigentümern von Einfamilienhäusern

Tab. 2: Die Zufriedenheit¹ mit der Wohnung nach der Belegungsdichte 1984

Belegungsdichte	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Durchschnittliche Zufriedenheit
	in %		Ø
Insgesamt	85	6	8,0
Weniger als 1 Wohnraum/Person	68	16	6,7
1 Wohnraum/Person	83	7	7,8
Mehr als 1 Wohnraum/Person	90	2	8,3
2 und mehr Wohnräume/Person	88	5	8,3
3 und mehr Wohnräume/Person	90	5	8,4

¹ Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 3: Die Zufriedenheit¹ mit der Wohnung nach der Art des Wohnhauses 1978 und 1984

Art des Wohnhauses	Eher zufrieden 1984	Eher unzufrieden 1984	Durchschnittliche Zufriedenheit	
	in %		1978	1984
			Ø	Ø
Bauernhaus	89	2	7,7	8,0
Einfamilienhaus	91	2	8,5	8,6
Haus mit 2–4 Parteien	87	5	7,8	8,0
Haus mit 5–9 Parteien	77	11	7,2	7,3
Haus mit 10–19 Parteien	73	13	6,9	7,0
Haus mit 20 u. mehr Parteien	81	6	7,3	7,7

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

und den Mietern in Mehrfamilienhäusern besteht 1984 wie bereits 1978 ein markanter Zufriedenheitsunterschied. Während es unter den ersteren kaum Unzufriedene gibt (1,5 %), sind unter den letzteren 10 % mit ihrer Wohnung unzufrieden. Die durchschnittlichen Zufriedenheitsniveaus liegen bei 8,8 bzw. 7,3.

9.1.2 Die Zufriedenheit mit der Wohngegend und den Verkehrsverhältnissen

Die Zufriedenheit mit der Wohnung stellt nur einen Aspekt der wahrgenommenen Wohnqualität der Bürger dar. Wichtige Aspekte sind darüber hinaus Beurteilungen der Wohnumgebung, wie die Zufriedenheit mit der Wohngegend und die Zufriedenheit mit den Verkehrsverhältnissen.

Die Zufriedenheit mit der Wohngegend ist 1978 insgesamt etwas höher als die Zufriedenheit mit der Wohnung. Allerdings sind auch die Zufriedenheitsunterschiede innerhalb der Bevölkerung bezüglich der Wohngegend größer als bezüglich der Wohnung. Noch wesentlich stärker differieren die Bewertungen der Verkehrsverhältnisse, die im Durchschnitt – verglichen mit anderen Lebensbereichen – recht negativ ausfallen. Eine gute Wohnung, eine angenehme Wohngegend und günstige Verkehrsverhältnisse scheinen in der Regel nicht zusammenzufallen, denn immerhin 44 % bewerten diese drei Aspekte nicht durchgängig positiv. Aber eine Kumulation von Unzufriedenheit tritt extrem selten auf: Personen, die mit ihrer Wohnung unzufrieden sind, äußern sich im allgemeinen nicht auch noch über ihre Wohngegend oder die Verkehrsverhältnisse unzufrieden.

Tab. 4: Die Zufriedenheit¹ mit der Wohnung, der Wohngegend und den Verkehrsverhältnissen 1978

	Eher zufrieden	Eher unzufrieden	Durchschnittliche Zufriedenheit
	in %		Ø
Mit der Wohnung	83	7	7,8
Mit der Wohngegend	84	9	7,9
Mit den Verkehrsverhältnissen	74	17	7,1
Mit allen drei Aspekten	56	1	

1 Zufriedenheitsskala von 0–10; „Eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978.

Tab. 5: Die Zufriedenheit¹ mit der Wohngegend und den Verkehrsverhältnissen nach Art und Größe des Wohnortes 1978

	Mit der Wohngegend			Mit den Verkehrsverhältnissen		
	eher zu- frieden	eher unzu- frieden	durch- schn. Zu- frieden ^{h.}	eher zu- frieden	eher unzu- frieden	durch- schn. Zu- frieden ^{h.}
	in %		Ø	in %		Ø
Dorf in ländl. Umgebung	89	8	8,2	59	27	6,0
Dorf in Stadtnähe ²	90	5	8,4	63	24	6,6
Ländl. Kleinstadt ³	88	5	8,2	68	21	6,7
Industr. Kleinstadt	91	5	8,4	90	10	7,6
Mittl. Stadt ⁴ mit wenig Industrie	75	11	7,4	75	19	7,0
Mittl. Stadt mit viel Industrie	82	11	7,8	74	16	7,1
Großstadt	77	12	7,5	85	9	8,1
Vorort einer Großstadt	78	16	7,4	84	9	7,7

1 Zufriedenheitsskala von 0–10; „Eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

2 In der Nähe einer mittleren Stadt oder Großstadt.

3 Bis 30000 Einwohner.

4 Bis 100000 Einwohner.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978.

In der Zufriedenheit mit der Wohngegend und der Zufriedenheit mit den Verkehrsverhältnissen sind zum Teil erhebliche Stadt-Land-Unterschiede festzustellen. Die Dorf- und Kleinstadtbewohner sind mit ihrer Wohngegend überdurchschnittlich zufrieden, wobei die Einwohner stadtnaher Dörfer und industrieller Kleinstädte, vermutlich wegen der besseren Erreichbarkeit wichtiger Infrastruktureinrichtungen, ihre Wohngegend noch positiver beurteilen als die Einwohner der ländlich gelegenen Dörfer und der ländlichen Kleinstädte. Dagegen ist die Zufriedenheit mit den Verkehrsverhältnissen in den Dörfern und den ländlichen Kleinstädten sehr niedrig, was ihrer geringen Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel entspricht. Vor allem in den ländlich gelegenen Dörfern werden die Verkehrsverhältnisse ungünstig bewertet. Hier ist jeder vierte unzufrieden. Demgegenüber herrscht in den Großstädten und ihren Vororten die höchste Zufriedenheit mit den Verkehrsverhältnissen, aber auf der anderen Seite auch eine geringe Zufriedenheit mit der Wohngegend. Nur in den Großstädten und Vororten ist man mit der Wohngegend unzufriedener als mit den Verkehrsverhältnissen.

9.2 Soziale Vergleiche bei der Bewertung der Wohnung

Die Zufriedenheit mit der Wohnung ist nicht nur von den objektiven Wohnbedingungen abhängig. Ob man mit seiner Wohnung eher zufrieden oder eher unzufrieden ist, ist auch eine Frage der Erwartungen und Ansprüche, die man stellt. Je weiter man von seinen Zielen oder Zukunftserwartungen entfernt ist, um so unzufriedener ist man mit seiner Wohnung. Von ebenfalls großer Bedeutung für die Wohnzufriedenheit ist, wie hoch die

Tab. 6: Vergleiche der eigenen Wohnung mit anderen Wohnungen und ihr Einfluß auf die Wohnzufriedenheit 1978

Die eigene Wohnung wird im Vergleich zur Wohnung:	des Durchschnittsbürgers		von Freunden und Bekannten		die man für erreichbar hält	
	%	Ø ¹	%	Ø ¹	%	Ø ¹
als viel besser eingestuft ²	24	9,0	7	9,2		
als etwas besser	35	8,2	28	8,6		
als gleich gut	21	7,6	34	8,1	46	8,6
als etwas schlechter	15	6,5	22	6,8	36	7,8
als viel schlechter eingestuft	5	4,5	9	4,9	18	5,6

1 Durchschnittswert auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

2 Differenz zwischen der Einstufung der eigenen gegenwärtigen Wohnung auf einer zehnstufigen Leiter von „Eins = ideale Wohnung“ bis „Zehn = schlechteste vorstellbare Wohnung“ und der Einstufung der Wohnung des Durchschnittsbürgers bzw. der Wohnung von Freunden und Bekannten bzw. der besten erreichbaren Wohnung auf derselben Leiter; keine Differenz = gleich gut; Differenz von ein oder zwei Stufen = etwas besser bzw. etwas schlechter; Differenz von drei und mehr Stufen = viel besser bzw. viel schlechter.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978.

eigene Wohnqualität im Vergleich zur Wohnqualität wichtiger Bezugsgruppen, wie z. B. Freunde, Bekannte oder der Durchschnittsbürger, eingeschätzt wird. Je mehr dieser Vergleich zugunsten der eigenen Wohnung ausfällt, um so höher ist die Zufriedenheit, und je mehr er zugunsten der anderen ausfällt, um so höher ist die Unzufriedenheit. Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit ist somit eine entscheidende Quelle von Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit. Deshalb ist zu vermuten, daß unterversorgte Bevölkerungsgruppen, wie z. B. kinderreiche Familien oder einkommensschwache Haushalte, mit steigender Unzufriedenheit reagieren werden, wenn sie bei anderen eine weitere Verbesserung der Wohnbedingungen wahrnehmen, aber ihre eigene Wohnsituation stagniert. Personen, die unter schlechten Wohnbedingungen leben, sind sich ihrer Defizite nämlich durchaus bewußt. Sie stufen ihre Wohnung klar unterhalb der Wohnung des Durchschnittsbürgers und der Wohnung von Freunden und Bekannten ein. Damit weichen sie von der allgemeinen Tendenz ab, sich selbst in einer besseren Wohnsituation als den Durchschnittsbürger und in einer mindestens genauso guten Wohnsituation wie Freunde und Bekannte zu sehen.

9.3 Zufriedenheitsunterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen

Aus den Zusammenhängen zwischen objektiven Wohnbedingungen und Wohnzufriedenheit läßt sich ableiten, daß sich Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlich guten Wohnbedingungen auch im Zufriedenheitsniveau unterscheiden. Vor allem bei den Problemgruppen der Wohnungsversorgung ist eine im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen geringe Wohnzufriedenheit zu erwarten. Dazu gehören beispielsweise alte Menschen, junge Familien und kinderreiche Familien mit jeweils spezifischen Wohnungsproblemen. Bei den alten Menschen liegen sie in der Wohnungsausstattung, da sie häufig in Häusern älteren Baujahres wohnen, die über die Standardausstattung mit Bad, WC und Sammelheizung nicht verfügen. Für junge Familien mit Kleinkindern stellt die Miete oft eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Die Belegungsdichte wird mit zunehmender Haushaltsgröße zum Problem, so daß kinderreiche Familien, vor allem wenn sie zur Miete wohnen, häufig von beengten Wohnverhältnissen betroffen sind (vgl. Teil I, Kap. 5). Eine gute Wohnungsausstattung, eine ausreichend große Wohnung und eine geringe Mietbelastung sind natürlich auch eine Frage des Einkommens, weshalb die einkommensschwachen Haushalte in allen drei Aspekten schlechter gestellt sind als die eher wohlhabenden Haushalte.

Nicht alle der genannten Problemgruppen der Wohnungsversorgung sind mit ihrer Wohnung unzufriedener als andere Bevölkerungsgruppen. So bewerten alte Menschen, die zur Miete wohnen, ihre Wohnung positiver als andere Menschen. Die höhere Zufriedenheit alter Menschen ist jedoch nicht auf den Wohnbereich beschränkt. Es handelt sich vielmehr um ein verbreitetes Muster, das sich auch im Hinblick auf andere Lebensbereiche zeigt. Eine mögliche Erklärung dafür ist, daß mit zunehmendem Alter die Ansprüche und Erwartungen an die Lebensumstände angepaßt werden.

Tab. 7: Die Wohnzufriedenheit verschiedener Problemgruppen der Wohnungsversorgung im Vergleich zur Zufriedenheit anderer Bevölkerungsgruppen 1978 und 1984

	Eher zufrieden ¹	Eher unzu- frieden ¹	Durchschnittliche Zufriedenheit ¹	
	1984 %	1984 %	1978 Ø	1984 Ø
<i>Mieter insgesamt</i>	77	10	7,2	7,3
<i>Problemgruppen</i>				
Haushalte über 64jähriger ²	83	4	7,6	7,9
Familien mit 1–2 Kindern unter 7 Jahren	72	11	7,2	7,0
Familien mit 3 und mehr Kindern	55	27	7,0	6,2
Einkommensschwache Haushalte ³	61	23	6,9	6,3
<i>Andere Bevölkerungsgruppen</i>				
Haushalte unter 65jähriger ⁴	78	11	7,4	7,3
Familien mit 1–2 Kindern über 6 Jahren	82	7	7,0	7,5
Haushalte mit mittlerem Einkommen ⁵	74	9	7,4	7,0
Haushalte mit hohem Einkommen	80	11	7,3	7,3
<i>Eigentümer insgesamt</i>	94	1	8,5	8,7
Haushalte ohne Kinder	95	1	8,7	8,8
Familien mit 1–2 Kindern	94	2	8,5	8,7
Familien mit 3 und mehr Kindern	92	1	8,1	8,6

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher zufrieden“ = 6–10; „eher unzufrieden“ = 0–4.

2 Alleinlebende und Ehepaare ohne Kinder mit über 64jährigem Haushaltsvorstand.

3 Die untersten 10% der Haushalte in der Verteilung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens. Die Gewichtung entspricht der Annahme, daß die Mehrpersonenhaushalte ein bestimmtes Vielfaches des Einkommens eines Einpersonenhaushaltes benötigen, um das gleiche Einkommensniveau zu erreichen. Dieses Vielfache beträgt für den Zweipersonenhaushalt 1,7, für den Dreipersonenhaushalt 2,3. Für jedes weitere Haushaltsmitglied erhöht sich das Vielfache um 0,5.

4 Alleinlebende und Ehepaare ohne Kinder mit unter 65jährigem Haushaltsvorstand.

5 Die mittleren 20% der Haushalte in der Verteilung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens; Haushalte mit hohem Einkommen = obere 20%.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

Junge Familien, die zur Miete wohnen, sind 1978 genauso zufrieden wie der Durchschnitt der Mieter. Während aber bei den Familien mit ausschließlich älteren Kindern zwischen 1978 und 1984 ein Anstieg der Wohnzufriedenheit festzustellen ist, hat sich die Zufriedenheit der jungen Familien nicht verändert. Sie liegt 1984 unter dem Durch-

schnittsniveau, allerdings ist der Unterschied nicht sehr groß. Viel stärker weichen die übrigen beiden Problemgruppen der Wohnungsversorgung – Mieterhaushalte kinderreicher Familien und Einkommensschwacher – von den anderen Bevölkerungsgruppen ab. Hier besteht 1984 eine ausgesprochen geringe Wohnzufriedenheit; jeder vierte ist mit seiner Wohnung unzufrieden. Einen so hohen Anteil Unzufriedener gab es 1978 noch nicht. Somit hat sich die Wohnzufriedenheit zwar bei der Mehrheit der Bevölkerung erhöht, bei einigen Problemgruppen der Wohnungsversorgung aber nicht. Sie nehmen zum Teil sogar eine geringere Wohnqualität als 1978 wahr.

(Regina Berger)

10 Der private Haushalt

Die privaten Haushalte und ihre Netzwerke (vgl. Teil II, Kap. 12) leisten eine Vielzahl von Beiträgen zur Lebensqualität der Bürger. Diese Beiträge liegen in güterbezogenen Leistungen, wie z. B. der alltäglichen Hausarbeit oder der Eigenarbeit bei der Wohnungsrenovierung, und in personenbezogenen, sozialen Dienstleistungen, wie z. B. der Betreuung von kranken Haushaltsmitgliedern. Ein dritter Leistungsbereich besteht in der Befriedigung sozialer und emotionaler Bedürfnisse, z. B. nach Kontakt, Zugehörigkeit und Zuneigung (vgl. Teil II, Kap. 11).

Wir beschränken uns im folgenden auf einige ausgewählte Haushaltsleistungen, nämlich Hausarbeit, handwerkliche Tätigkeiten, Versorgung Behinderter oder Pflegebedürftiger, und zeigen deren Verbreitung, die Unterschiede nach verschiedenen haushaltsstrukturellen Merkmalen und die Arbeitsteilung innerhalb der Haushalte.

10.1 Leistungen privater Haushalte

Typische Hausarbeiten werden in der großen Mehrheit der Haushalte normalerweise von den Haushaltsmitgliedern selbst erledigt. Nur ein geringer Anteil von 5 % der Haushalte beschäftigt eine Haushaltshilfe. Das soziale Netzwerk – Verwandte, Nachbarn, Freunde und Bekannte – wird ebenfalls selten für derartige Arbeiten herangezogen.

Ein erheblicher Teil der Haushalte führt auch Arbeiten, die handwerkliche Kenntnisse erfordern, selbst aus. 1984 geben z. B. 62 % der Haushalte an, daß sie ihre Wohnung normalerweise selbst tapezieren. Von den übrigen Haushalten beauftragen bei weitem nicht alle einen Handwerksbetrieb damit. Dies ist nur in 24 % der Haushalte der Fall; 17 % erhalten Hilfe von Verwandten, Nachbarn oder Freunden. Ein weiterer Bereich, in dem häufig Eigenarbeit geleistet wird, ist der Hausbau. 1980 geben 30 % der Haushalte mit Eigenheim an, den Rohbau ihres Hauses überwiegend selbst erstellt zu haben, und 37 % haben den Innenausbau überwiegend selbst vorgenommen.

Soziale Dienstleistungen in Form der Versorgung von behinderten oder pflegebedürftigen Haushaltsmitgliedern werden 1984 von 9 % der Haushalte erbracht. In der gleichen Größenordnung liegt der Anteil der Haushalte mit nahen Verwandten, die ständig in einem Heim oder einer Pflegeeinrichtung untergebracht sind (7 %). Somit versorgt etwa die Hälfte der Haushalte, die gesundheitlich beeinträchtigte Verwandte haben, diese Angehörigen selbst.

Für die Verbreitung von Eigenarbeit in den Privathaushalten ist die Größe und Zusammensetzung der Haushalte ein wichtiger Faktor. Die typischen Hausarbeiten und handwerklichen Arbeiten werden von Alleinlebenden vergleichsweise selten selbst

Tab. 1: Die Verbreitung ausgewählter Haushaltsleistungen
in verschiedenen Haushaltsformen 1984

	Hausarbeit ¹			Handwerkliche Arbeit			Soziale
	Wohnung sauber halten	Fenster putzen	Bett- wäsche waschen	Wasser hahn repa- rieren ¹	Tape- zieren ¹	Pkw- Repa- ratur ²	Dienste: Behin- derte/ Pflege- bedürftige im Haushalt
	in %						
Insgesamt 1980	97	93	92	68	65	46	6
1984	96	91	90	62	62	38	9
Alleinlebende	91	77	74	29	35	36	6
Männer	85	65	52	71	72	54	2
Frauen	93	82	83	13	20	8	8
18- bis 30jährige	100	95	88	33	61	17	0
über 64jährige	90	74	76	6	6	—	12
Ehepaare ohne Kinder	97	93	93	65	60	24	14
18- bis 30jährige	100	100	96	90	86	45	3
über 64jährige	94	88	90	48	37	11	24
Unverheiratete Erwachsene ³	98	96	91	64	74	44	15
Ehepaare mit 1–2 Kindern	99	98	98	84	81	46	4
Ehepaare mit 3 u. mehr Kindern	98	95	98	85	79	37	9
Erweiterte Familien ⁴	100	100	100	71	79	45	17
Unvollständige Familien ⁵	100	92	96	50	66	38	4

1 Arbeit wird „normalerweise“ von Haushaltsmitgliedern verrichtet.

2 Nur Haushalte mit Pkw; Reparatur wird vom Haushalt „immer“ oder „manchmal“ selbst ausgeführt.

3 Wohngemeinschaften oder eheähnliche Lebensgemeinschaften.

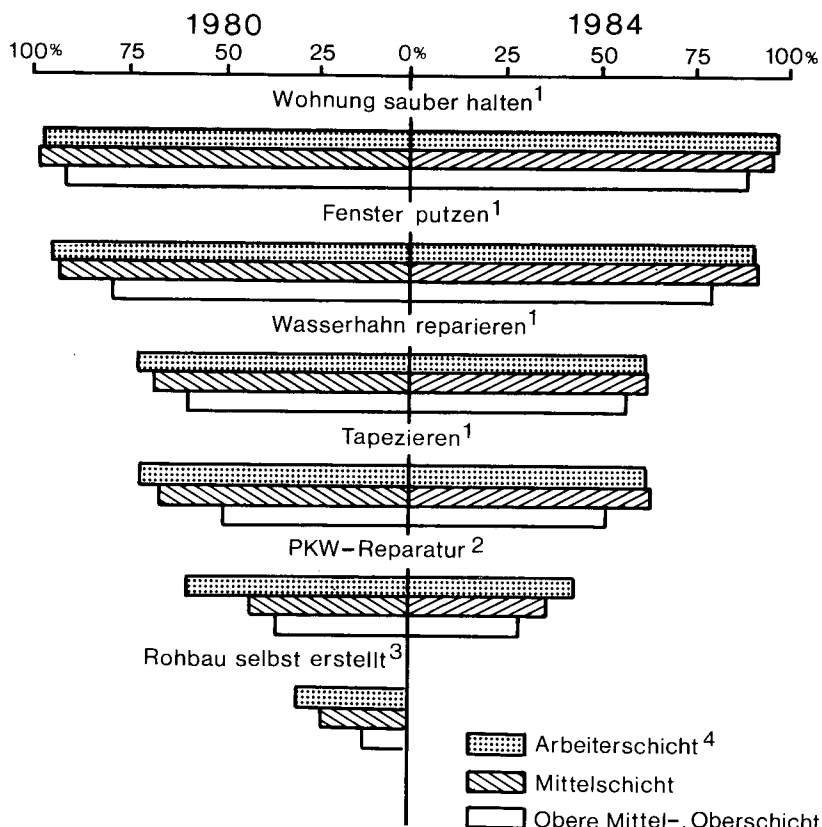
4 Ehepaare oder Elternteile mit Kindern und weiteren Verwandten im Haushalt.

5 Elternteil mit einem oder mehreren Kindern; keine weiteren Personen im Haushalt.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

verrichtet. Dies ist zum einen auf die geringere Arbeitskapazität kleiner Haushalte zurückzuführen. Weitere Gründe sind die verminderte Leistungsfähigkeit alter Menschen – 47 % der Alleinlebenden sind über 64 Jahre alt – und das Festhalten am geschlechtsspezifischen Muster der Arbeitsteilung, wonach Hausarbeit nicht in den Zuständigkeitsbereich des Mannes fällt und handwerkliche Arbeit nicht zu den Aufgaben der Frauen zählt. Dies zeigt sich daran, daß vor allem alleinlebende Männer und alte Frauen die

Abb. 1: Ausgewählte Leistungen privater Haushalte
nach sozialer Schichtzugehörigkeit 1980 und 1984



1 Tätigkeit wird „normalerweise“ von Haushaltsmitgliedern erledigt.

2 Nur Haushalte mit Pkw; Reparatur wird vom Haushalt „immer“ oder „manchmal“ selbst ausgeführt.

3 Rohbau weitgehend selbst erstellt; nur Haushalte mit Eigenheim.

4 Selbsteinstufung der Befragten.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

Hausarbeit seltener als andere Haushalte selbst erledigen, während bei handwerklichen Arbeiten insbesondere alleinlebende Frauen, alleinerziehende Mütter (unvollständige Familien) und ältere Ehepaare die Hilfe anderer Personen benötigen.

Für das Ausmaß an Eigenarbeit bei einzelnen Tätigkeiten spielen auch das Einkommensniveau und die soziale Schichtzugehörigkeit eine Rolle. Die wohlhabenden Haushalte leisten weniger Eigenarbeit und greifen häufiger auf die kostspieligeren Marktangebote zurück als die weniger wohlhabenden Haushalte. Beispielsweise wird in jedem neunten Haushalt mit einem Einkommen im obersten Fünftel der Einkommensverteilung die Wohnung von einer Haushaltshilfe saubergemacht, während dies in unteren Einkommensgruppen praktisch gar nicht vorkommt. Haushalte der Arbeiterschicht verfügen eher als Haushalte höherer Schichten über handwerkliche Kenntnisse und leisten dementsprechend bei handwerklichen Tätigkeiten mehr Eigenarbeit. Schichtspezifische Unterschiede in der Art der Haushaltsführung kommen auch bei der alltäglichen Hausarbeit zum Ausdruck. In der oberen Mittel- und Oberschicht wird die Hausarbeit häufiger von einer Haushaltshilfe oder einer Reinigungsfirma übernommen als in der Mittel- oder Arbeiterschicht.

Im Vergleich von 1984 mit 1980 ist bei den handwerklichen Arbeiten ein Rückgang der Eigenleistungen privater Haushalte festzustellen. Der Rückgang ist bei handwerklichen Haushaltsarbeiten (Wasserhahn reparieren, Wohnung tapezieren) im Gegensatz zur Pkw-Reparatur gering und kann auf einen gestiegenen Anteil von Haushalten älterer Menschen zurückgeführt werden. Die Verminderung der Eigenleistungen wird aber nicht durch eine vermehrte Inanspruchnahme von Handwerksbetrieben kompensiert, sondern Verwandte, Freunde oder Nachbarn werden häufiger aktiviert. Inwieweit dies auch bei Reparaturarbeiten am Pkw der Fall ist, kann mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Eine Erklärung für den starken Rückgang der selbst durchgeführten Pkw-Reparatur wäre, daß für die neuen, technisch komplizierteren Automodelle ausreichende Kenntnisse fehlen.

10.2 Arbeitsteilung im Haushalt

An den Eigenarbeiten im Haushalt sind die einzelnen Haushaltsmitglieder in unterschiedlichem Maße beteiligt. Für die Hausarbeit sind bekanntlich in erster Linie die Frauen zuständig, für die handwerkliche Arbeit die Männer. Diese Aufgabenverteilung zeigt sich in den Familien nicht nur bei den Ehepartnern, sondern auch bei der Kindergeneration. Die geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung scheint sich aber von 1980 nach 1984 etwas gelockert zu haben.

Der Umfang der Beteiligung der einzelnen Haushaltsmitglieder an der gesamten täglichen Hausarbeit hat 1984 folgende Größenordnung¹: Die Ehefrau erledigt im Durch-

1 Frage: „Und wie ist in Ihrem Haushalt die alltägliche Hausarbeit auf die einzelnen Mitglieder verteilt? Wieviel Prozent der Hausarbeit machen Sie, wieviel Prozent Ihr Ehepartner, wieviel Prozent machen zusammengenommen die Kinder? Wieviel Prozent machen andere Haushaltsmitglieder und wieviel Prozent sonstige Personen?“

Tab. 2: Die Beteiligung von Männern und Frauen an verschiedenen Haushaltstätigkeiten¹ 1984

	Wohnung sauber halten		Bett- wäsche waschen		Fenster putzen		Wasser- hahn reparieren		Tape- zieren	
	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau
	in %									
Insgesamt 1980	17	90	8	85	13	84	67	6	61	25
1984	23	89	8	84	14	83	66	9	62	32
Ehemänner/-frauen ohne Kinder	31	92	9	92	18	90	68	7	58	27
Ehemänner/-frauen mit Kindern	16	96	6	97	10	92	80	8	73	36
Erwachsene Söhne/ Töchter ²	2	38	2	2	6	28	26	2	34	17

1 Angabe der Person, die die Arbeit „normalerweise“ erledigt. Doppelnennungen sind zugelassen.

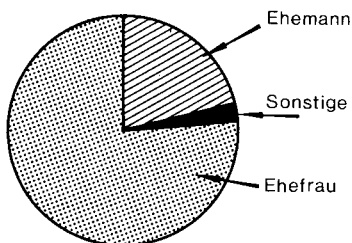
2 Bei den Eltern lebend.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

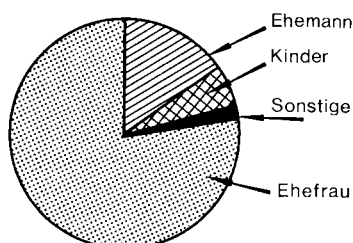
schnitt etwas mehr als drei Viertel der täglichen Hausarbeit. Welchen Anteil der Ehemann übernimmt, hängt u. a. davon ab, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht. Bei Ehepaaren ohne Kinder werden etwa 20 % der Hausarbeit vom Ehemann verrichtet, während in den Familien auf ihn nur 15 % und auf die Kinder 6 % entfallen.

Abb. 2: Die Aufteilung der täglichen Hausarbeit bei Ehepaaren ohne Kinder und Ehepaaren mit Kindern 1984

Ehepaare ohne Kinder



Ehepaare mit Kindern



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Dabei tragen Kinder im Vorschulalter natürlich kaum etwas zur Erledigung der Hausarbeit bei, ebensowenig Kinder im Grundschulalter. Eine stärkere Beteiligung der Kinder erfolgt erst mit höherem Alter, und die Töchter übernehmen dann einen größeren Anteil der Arbeit als die Söhne. Sie reduzieren damit deutlich das Arbeitspensum der Mutter.

Die Aufteilung der Hausarbeit geht vor allem dann zu Lasten der Ehefrau, wenn der Mann Alleinverdiener ist. Sind beide Ehepartner nicht erwerbstätig, so übernimmt der Ehemann einen größeren Anteil der Hausarbeit. Sind beide Ehepartner erwerbstätig, wird die Frau vom Partner ebenfalls etwas stärker bei der Hausarbeit unterstützt. Auch die Entlastung durch die Hilfe der Kinder ist bei erwerbstätigen Frauen umfangreicher als bei nichterwerbstätigen Frauen. Dennoch bleibt der Hauptteil der Arbeit der Ehefrau überlassen.

Für die erwerbstätigen Ehefrauen besteht also nach wie vor das Problem der Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt, insbesondere für die älteren unter ihnen. Bei den jüngeren erwerbstätigen Ehepaaren ist die Hausarbeit zwischen den Ehepartnern wesentlich gleichmäßiger verteilt als bei den älteren erwerbstätigen Ehepaaren. So steigt der Anteil der Hausarbeit, den der Ehemann übernimmt, bei den erwerbstätigen Ehepaaren ohne Kinder von 20 % bei über 45jährigen auf 26 % bei 31- bis 45jährigen und 37 % bei 18- bis 30jährigen Ehemännern. Die jungen Ehepaare scheinen also zunehmend Vorstellungen von Partnerschaftlichkeit bei der Arbeitsteilung zu realisieren.

Tab. 3: Die Aufteilung der Hausarbeit in Familien nach dem Alter des ältesten Kindes und der Erwerbsbeteiligung der Ehefrau 1984

	Beide Ehepartner erwerbstätig				Nur der Ehemann erwerbstätig			
	Ehe- frau	Ehe- mann	Kinder	son- stige ¹	Ehe- frau	Ehe- mann	Kinder	son- stige ¹
	in % ²							
Insgesamt	73	16	9	3	81	13	5	1
Ältestes Kind ist								
0–10 Jahre alt	75	21	0	3	83	16	1	0
11–17 Jahre alt	76	12	8	3	81	13	6	1
18 Jahre und älter	68	15	14	3	80	12	8	1
Tochter	62	15	18	5	76	14	10	1
Sohn	73	15	10	1	84	10	5	0

1 Personen, die nicht dem Haushalt angehören. Haushalte, in denen neben dem Ehepaar und dessen Kinder noch weitere Personen leben, wurden in der Analyse nicht berücksichtigt.

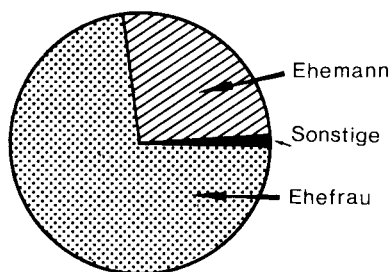
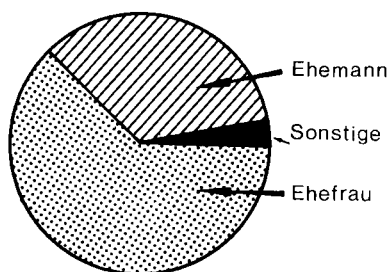
2 Anteil der Hausarbeit, den die einzelnen Haushaltsmitglieder verrichten.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

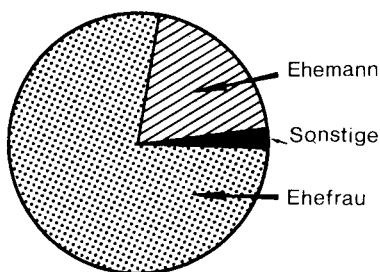
Abb. 3: Die Aufteilung der täglichen Hausarbeit bei erwerbstätigen Ehepaaren ohne Kinder 1984

Haushaltsvorstand 18 bis 30 Jahre alt

Haushaltsvorstand 31 bis 45 Jahre alt



Haushaltsvorstand 46 Jahre u. älter



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

10.3 Die Zufriedenheit mit Haushaltsführung und Arbeitsteilung und die wahrgenommene Arbeitsbelastung

Die Haushaltsführung und die Arbeitsteilung im Haushalt werden im Vergleich zu anderen Lebensbereichen recht positiv bewertet (vgl. Teil II, Kap. 3). Ein hohes Niveau hat vor allem die Zufriedenheit mit der Haushaltsführung, wobei Männer im allgemeinen etwas zufriedener sind als Frauen. Alleinlebende Männer, die bei der Hausarbeit vergleichsweise häufig die Hilfe anderer in Anspruch nehmen, sind mit ihrer Haushaltsführung jedoch unzufriedener als alleinlebende Frauen. Insgesamt stärkere Zufriedenheitsunterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen im Hinblick auf die Arbeitsteilung. Auch mit der Arbeitsteilung im Haushalt sind Männer zufriedener als Frauen, die ja mit dem Großteil der Hausarbeit belastet sind.

Alleinerziehende Mütter sind von allen Frauen am wenigsten mit ihrer Haushaltsführung zufrieden. Sie sind auch mit der Arbeitsteilung im Haushalt relativ unzufrieden. Darin schlägt sich offensichtlich das geringe Potential an Unterstützung durch die übrigen Haushaltsmitglieder (Kinder) nieder. Am positivsten wird die Haushaltssituation von Ehefrauen ohne Kinder bewertet, von jüngeren ebenso wie von älteren. Unter den Männern sind ebenfalls die Ehemänner ohne Kinder mit der Haushaltsführung und der Arbeitsteilung am zufriedensten.

Tab. 4: Die Zufriedenheit¹ mit der Haushaltsführung und der Arbeitsteilung bei Männern und Frauen in unterschiedlichen Haushaltsformen 1984

	Zufriedenheit mit der Haushaltsführung		Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Insgesamt 1980	8,7	8,2	8,4	7,4
1984	8,8	8,4	8,2	7,5
Alleinlebende	8,0	8,4		
Ehemänner/-frauen ohne Kinder	9,2	8,6	8,7	8,2
Unverheiratete Erwachsene ²	8,1	8,2	8,2	7,7
Ehemänner/-frauen mit Kindern	8,8	8,4	8,2	7,3
Erwachsene Söhne/Töchter ³	8,9	8,7	7,8	6,9
Erweiterte Familien ⁴	8,7	8,4	7,8	7,7
Unvollständige Familien ⁵	—	7,9	—	7,1

1 Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

2 Wohngemeinschaften oder eheähnliche Lebensgemeinschaften.

3 Bei den Eltern lebend.

4 Ehepaare oder Elternteile mit Kindern und weiteren Verwandten im Haushalt.

5 Elternteil mit einem oder mehreren Kindern; keine weiteren Personen im Haushalt.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

Haushaltsführung und Arbeitsteilung verlaufen in den Haushalten mit erwerbstätiger Hausfrau anders als in den Haushalten mit nichterwerbstätiger Hausfrau, und dies kommt auch in den Zufriedenheitsunterschieden zum Ausdruck. Die Zeitrestriktionen, die Erwerbsarbeit mit sich bringt, erschweren die Haushaltsführung, und so sind Männer wie Frauen bei Erwerbstätigkeit der Frau vergleichsweise unzufrieden mit der Haushaltsführung.

Die erwerbstätigen Frauen sind auch mit der Arbeitsteilung im Haushalt unzufriedener als die nichterwerbstätigen Hausfrauen. Bei den erwerbstätigen Ehefrauen mit Kindern finden wir die ungünstigsten Bewertungen von Haushaltsführung und Arbeitsteilung. Sie

Tab. 5: Die Zufriedenheit¹ mit der Haushaltsführung und der Arbeitsteilung und die wahrgenommene Arbeitsbelastung bei Ehepaaren mit unterschiedlicher Erwerbsbeteiligung 1984

	Zufriedenheit mit der Haushaltsführung		Zufriedenheit mit der Arbeitsteilung		wahrgenommene Arbeitsbelastung ²	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
<i>Ehepaare ohne Kinder</i>						
beide erwerbstätig	9,0	8,3	8,8	7,7	7,0	7,1
nur der Mann erwerbstätig	9,5	8,7	8,6	8,8	6,3	5,4
beide nicht erwerbstätig	9,2	8,8	8,5	7,9	3,0	5,9
<i>Ehepaare mit Kindern</i>						
beide erwerbstätig	8,8	8,1	8,2	7,0	7,2	7,6
nur der Mann erwerbstätig	8,9	8,6	8,2	7,3	6,9	6,6

1 Durchschnittswerte auf der Zufriedenheitsskala von 0–10.

2 Einschätzung der eigenen Belastung durch Berufs- und Hausarbeit auf einer Skala von „0 = keine Belastung“ bis „10 = oberste Belastungsgrenze“. Angegeben sind die Durchschnittswerte.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

empfinden auch die höchste Arbeitsbelastung von allen Frauen und eine höhere Belastung als die Ehemänner. Dies unterstreicht nochmals, daß verheiratete Frauen bei Erwerbstätigkeit nicht ausreichend von der Hausarbeit entlastet werden.

(Regina Berger)

11 Ehe und Familie

Das Zusammenleben in Familien, gegründet auf eine Eheschließung, ist in allen modernen Gesellschaften der Normalfall. Die meisten Kinder kommen in Ehen bzw. Familien zur Welt, sie wachsen in Familien auf und bilden später durch Eheschließung neue Familien. Die Familie stellt also einen Lebensbereich dar, der jeden berührt, und zu dem jeder seine persönlichen Erfahrungen, Ansichten und Einsichten hat. Einige dieser Alltagserfahrungen werden durch die folgenden Ergebnisse bestätigt. Doch Alltagserfahrungen sind oft ungesichert und widersprüchlich; man denke nur an die beiden Sprichwörter „Gleich und gleich gesellt sich gern“, aber auch „Gegensätze ziehen sich an“. Insofern bedeutet auch die Überprüfung von Alltagswissen über die Familie einen Informationsgewinn.

11.1 Der Stellenwert von Familie

Die familiäre Zugehörigkeit beeinflusst mehr oder weniger stark die gesamte Lebenssituation des Individuums. Im Vordergrund des Familienlebens steht für den einzelnen die Befriedigung emotionaler Bedürfnisse wie Liebe, Zuneigung, Geborgenheit. Die Familie kann Spannungsausgleich und ein emotionales Rückzugsfeld gegenüber Ansprüchen und Erwartungen von außerhalb – wie z. B. durch den Beruf – bieten. In diesem Sinne leisten Ehe und Familie wichtige Beiträge zum subjektiven Wohlbefinden. Doch auch die Kehrseiten des Familienlebens müssen berücksichtigt werden. Konflikte und Spannungen können das individuelle Wohlbefinden beeinträchtigen, und bereits geringfügige Differenzen, die zwischen Fremden nicht störend wirken, werden im Familienleben als bedeutsame Konflikte erlebt.

Insgesamt spielt das Ehe- und Familienleben für das subjektive Wohlbefinden des einzelnen eine wichtige Rolle. Wie schon erläutert, wurden die Bundesbürger nach ihrer Einschätzung unterschiedlicher Lebensbereiche befragt. Unter insgesamt neun Lebensbereichen (Arbeit, Familie, Einkommen, Liebe und Zuneigung, Einfluß auf politische Entscheidungen, Erfolg, Freizeit, Glaube, Gesundheit), die für das Wohlbefinden und die Zufriedenheit wichtig sind, wurde die Familie gleich an zweiter Stelle genannt – erwartungsgemäß stand Gesundheit an erster Stelle. Zwei Drittel der Befragten bezeichneten die Familie 1980 als sehr wichtig, 1984 waren es sogar drei Viertel. Liebe und Zuneigung wurden nicht so häufig als wichtig für das individuelle Wohlbefinden genannt, obwohl diese beiden Bereiche eng miteinander verbunden sind (vgl. Teil II, 1.3). Die Familie scheint jedoch ein breiteres Spektrum von Bedürfnissen zu befriedigen, sie gewährleistet z. B. auch die Versorgung der Familienmitglieder.

11.2 Lebens- und Familienphasen

Für die Familie läßt sich eine Abfolge typischer Entwicklungsphasen bestimmen. Der individuelle Lebenslauf kann anhand dieser Familienphasen in folgende Abschnitte untergliedert werden: Junge Erwachsene in der vorehelichen Phase; junge Verheiratete, die noch keine Kinder haben; Verheiratete mit Kleinkindern, Schulkindern, erwachsenen Kindern; die „nachelterliche Gefährtschaft“ der Ehepaare, deren Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben; schließlich die Phase, die mit der Verwitwung beginnt. Ein Großteil der Bevölkerung durchläuft diese Phasen, doch gibt es daneben auch andere Lebensverlaufsformen. So lebt ein Teil der Ledigen unverheiratet mit einem Partner zusammen. Diese eheähnlichen Gemeinschaften schließen eine spätere Heirat nicht aus, insbesondere wenn sich die Partner entschließen, gemeinsam Kinder zu bekommen. Außerdem sind die Geschiedenen zu erwähnen sowie die Personen, die ihr Leben lang unverheiratet bleiben.

Die jungen Ledigen zwischen 18 und 30 Jahren leben meistens noch im Haushalt der Eltern. Doch fast ein Fünftel aller Ledigen (17 %), hauptsächlich in der Altersgruppe zwischen 18 und 40 Jahren, lebt mit ihrem Partner zusammen. Die jungen ledigen Frauen sind häufig erwerbstätig, ebensooft wie die jungen ledigen Männer. Das ändert sich in der Familienphase mit Kleinkindern, in der Ehefrauen meist als Verdiener ausfallen. Junge Familien mit Kleinkindern weisen daher ein unterdurchschnittliches Einkommensniveau auf, während die jungen Verheirateten ohne Kinder ein überdurchschnittliches Einkommensniveau haben. Die jungen Ehepaare bemühen sich offensichtlich, zunächst ein materielles Polster anzuschaffen, um dann für die anschließende Durststrecke mit den kleinen Kindern besser gerüstet zu sein. In der Phase der nachelterlichen Gefährtschaft, wenn die Kinder das Haus verlassen haben, ist das Einkommensniveau wiederum überdurchschnittlich. Die älteren Verwitweten sind zu 90 % Frauen, meistens leben sie allein (vgl. Tab. 1).

Jede der genannten Lebens- und Familienphasen ist also mit spezifischen Lebensbedingungen verknüpft. Diese wirken sich auf die subjektive Befindlichkeit aus. So fühlen sich ältere Ledige, Geschiedene und ältere Verwitwete oft einsam und unglücklich (vgl. Tab. 1). Entsprechend den unterschiedlichen Lebens- bzw. Familienphasen ändert sich für die Betroffenen auch die Wichtigkeit der Familie (vgl. Tab. 2). Die ledigen Befragten, vor allem die älteren Ledigen, die ohne Partner leben, räumen der Familie einen etwas geringeren Stellenwert ein. Für die unverheiratet mit einem Partner zusammenlebenden Ledigen sind Liebe und Zuneigung sehr wichtig. Dementsprechend stellt die Familie für die jungen Verheirateten ohne Kinder und für die Verheirateten mit Kleinkindern den wichtigsten Lebensbereich dar. Diese Gruppe hat sich gerade erst für die Ehe und für eine eigene Familie entschieden, sie räumen diesem Lebensbereich daher die höchste Relevanz ein.

Gleichzeitig betrachten sowohl die jungen Verheirateten als auch die Verheirateten mit Kleinkindern ihr Leben im Augenblick überdurchschnittlich häufig als sehr glücklich. Besonders unglücklich sind wiederum die Personen, deren Ehe bzw. Familie durch eine

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale in unterschiedlichen Lebens- und Familienphasen 1984

	Insgesamt	Objektive Merkmale					Subjektive Merkmale	
		Einpersonenhaushalt	Frauen	Einkommensposition ¹	Nicht-berufstätige		un-glücklich ²	einsam ³
					Männer	Frauen		
in %								
Junge Ledige ohne Partner lebend (18–30 Jahre)	14	15	39	46	37	38	8	14
Junge Ledige mit Partner lebend (18–40 Jahre)	3		50	36	34	35	7	23
Junge Verheiratete ohne Kinder (18–40 Jahre)	5		46	16	10	15	4	20
Verheiratete mit Kleinkindern (18–45 Jahre)	6		53	71	4	69	2	13
Verheiratete mit Schulkindern (25–65 Jahre)	14		50	69	2	54	4	10
Verheiratete mit erwachs. Kindern (41 Jahre und älter)	16		52	51	11	68	5	9
Verheiratete als Ehepaar allein (41 Jahre und älter)	21		52	38	60	79	10	12
Ältere Verwitwete (61 Jahre und älter)	8	79	87	45	97	96	19	46
Ältere Ledige ohne Partner lebend (31 Jahre und älter)	4	65	48	28	14	50	17	30
Geschiedene (18 Jahre und älter)	4	51	68	39	18	34	20	32
Sonstige (18 Jahre und älter)	5	31	72	53	25	46	22	28
Insgesamt	100	14	54	48	28	62	9	17

1 Anteil der Befragten, deren Haushaltseinkommen in der unteren Hälfte der Verteilung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens der Haushalte liegt (vgl. Teil II, Kap. 4).

2 Leben im Augenblick „sehr unglücklich“ oder „ziemlich unglücklich“.

3 Anteil der Befragten, die der Aussage „Ich fühle mich oft einsam“ ganz bzw. eher zustimmten.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 2: Die Wichtigkeit von „Familie“ und „Liebe und Zuneigung“ nach Lebens- und Familienphasen 1984

	Familie			Liebe und Zuneigung		
	sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig ¹	sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig ¹
	in %					
Junge Ledige ohne Partner lebend (18–30 Jahre)	59	34	6	72	25	3
Junge Ledige mit Partner lebend (18–40 Jahre)	69	28	3	86	12	2
Junge Verheiratete ohne Kinder (18–40 Jahre)	91	7	2	85	14	1
Verheiratete mit Kleinkindern (18–45 Jahre)	89	10	2	85	15	0
Verheiratete mit Schulkindern (25–65 Jahre)	86	13	1	80	20	0
Verheiratete mit erwachs. Kindern (41 Jahre und älter)	81	19	0	68	31	2
Verheiratete als Ehepaar allein (41 Jahre und älter)	75	25	0	63	36	1
Ältere Verwitwete (61 Jahre und älter)	53	39	9	44	47	9
Ältere Ledige ohne Partner lebend (31 Jahre und älter)	30	53	17	44	47	9
Geschiedene (18 Jahre und älter)	63	28	10	65	25	10
Sonstige (18 Jahre und älter)	72	25	3	64	31	4
Insgesamt	73	24	3	69	29	3

1 „Weniger wichtig“ oder „unwichtig“.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Scheidung oder durch den Tod eines Ehepartners aufgelöst wurde. Dies gilt vor allem für die älteren Verwitweten: Fast ein Fünftel von ihnen bezeichnet ihr Leben im Augenblick als unglücklich, während sich nur 7 % als sehr glücklich betrachten. Dagegen gibt es bei den Geschiedenen, von denen sich ebenfalls ein Fünftel unglücklich fühlt, gleichzeitig einen größeren Anteil an Personen, die sich sehr glücklich (19 %) fühlen.

11.3 Zufriedenheit mit der Ehe und dem Familienleben

Die Familie sowie Ehe und Partnerschaft stellen im Vergleich der Lebensbereiche die beiden Bereiche dar, zu denen sich die Bundesbürger am zufriedensten äußern (vgl. Teil II, Kap. 4).

Mit ihrer Ehe bzw. Partnerschaft sind die Befragten sehr zufrieden. Fast jeder zweite gibt auf die Frage, wie zufrieden man mit der Ehe bzw. Partnerschaft ist, den höchstmöglichen Wert an. Der Durchschnittswert auf der elfstufigen Zufriedenheitsskala (0–10) liegt 1984 mit 8,8 höher als in allen anderen Lebensbereichen. Schwankungen ergeben sich jedoch zwischen den Lebensphasen. So sind die in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Ledigen nicht ganz so zufrieden mit ihrem Partner wie die Verheirateten. Vor allem der

Tab. 3: Bewertung von Ehe und Partnerschaft nach Geschlecht und Erwerbsstatus 1984

	Zufriedenheit ¹ mit der Ehe/Partnerschaft		Partner versteht mich	
	Durch- schnitt	Hochzu- friedene	sehr gut	ziemlich gut
	Ø		in %	
Insgesamt	8,8	44	43	51
Männer	8,9	46	46	50
ganztags erwerbstätig	8,9	44	43	53
zeitweise erwerbstätig ²	8,5	44	50	51
nicht erwerbstätig	9,0	52	55	43
Frauen	8,6	42	40	52
ganztags erwerbstätig	8,7	41	47	47
zeitweise erwerbstätig ²	8,5	40	40	52
nicht erwerbstätig	8,7	43	38	54

1 Zufriedenheitsskala von 0–10. „Hochzufriedene“ = 10.

2 Halbtags erwerbstätig oder regelmäßig nebenher erwerbstätig.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 4: Die Zufriedenheit¹ mit dem Familienleben nach Geschlecht 1978 und 1984

	Durchschnittliche Zufriedenheit			Hochzufriedene		
	1978 ²	1984 ²	1984 ³	1978 ²	1984 ²	1984 ³
	Ø			in %		
Insgesamt	8,7	8,4	8,2	39	30	32
Männer	8,9	8,6	8,3	41	33	34
Frauen	8,5	8,3	8,2	36	26	31

1 Zufriedenheitsskala von 0–10. „Hochzufriedene“ = 10.

2 Nur Personen, in deren Haushalt Klein- oder Schulkinder leben.

3 Alle Befragte.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

Anteil Hochzufriedener ist in dieser Gruppe mit 28 % unterdurchschnittlich. Bei den älteren Ehepaaren in der nachelterlichen Gefährtschaft gibt es den größten Anteil an Personen, die mit ihrem Partner hochzufrieden sind. Ein Grund liegt sicherlich in der langen Phase des gemeinsamen Lebens, in der man gelernt hat, sich aufeinander einzustellen. Zu berücksichtigen ist natürlich, daß ein Teil der unglücklichen Ehen inzwischen geschieden wurde, so daß in der Mehrzahl die „besseren“ Ehen bis zu dieser Lebensphase bestehen bleiben.

Das gegenseitige Verständnis der Ehepartner ist, entsprechend der Zufriedenheit mit dem Partner, recht hoch. So geben 51 % an, daß ihr Partner ihre Vorlieben, Abneigungen und Gefühle sowie die verschiedenen Probleme, die sie haben, ziemlich gut versteht; 43 % sagen sogar, daß der Ehe-/Partner sie sehr gut versteht. Dabei unterscheiden sich die unverheirateten nicht von den verheirateten Paaren. Allerdings lassen sich hier geschlechtsspezifische Unterschiede feststellen. Die befragten Frauen sind im allgemeinen mit ihrer Ehe und Partnerschaft etwas weniger zufrieden. Gleichzeitig fühlen sie sich von ihren Partnern weniger gut verstanden als umgekehrt die Männer von ihren Partnerinnen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie erwerbstätig sind oder nicht (vgl. Tab. 3). Dies spiegelt ihre Situation in Familie und Haushalt wider, in der die Frauen aufgrund der bestehenden Rollenerwartungen und der häuslichen Arbeitsteilung gegenüber ihren Männern im allgemeinen benachteiligt sind. So bleibt der Hauptteil der Hausarbeit den Frauen überlassen, auch den erwerbstätigen Frauen, für die das Problem der Doppelbelastung nach wie vor besteht (vgl. Teil II, Kap. 10.3).

Mit dem Familienleben zeigen sich die befragten Personen kaum weniger zufrieden als mit der Ehe. Der Durchschnittswert auf der Zufriedenheitsskala (0–10) beträgt 8,2. Jeder dritte Bundesbürger ist mit seinem Familienleben voll und ganz zufrieden (vgl. Tab. 4). Die

Tab. 5: Die Häufigkeit von Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten nach Lebens- und Familienphasen 1984

	Durch Streit Wohlbefin- den beein- trächtigt	Kein Streit	Es hatten Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten mit ²		
			Ehe-/Partner	Eltern	Kindern
	in %				
Junge Ledige ohne Partner lebend (18–30 Jahre)	52	16	–	80	
Junge Ledige mit Partner lebend (18–40 Jahre)	53	11	79	40	
Junge Verheiratete ohne Kinder (18–40 Jahre)	39	19	73	68	
Verheiratete mit Kleinkindern (18–45 Jahre)	41	14	84	77	69
Verheiratete mit Schulkindern (25–65 Jahre)	37	23	84	67	88
Verheiratete mit erwachs. Kindern (41 Jahre und älter)	31	27	78	60	87
Verheiratete als Ehepaar allein (41 Jahre und älter)	21	41	72	62	60
Ältere Verwitwete (61 Jahre und älter)	15	54			
Ältere Ledige ohne Partner lebend (31 Jahre und älter)	20	43			
Geschiedene (18 Jahre und älter)	33	39			
Sonstige (18 Jahre und älter)	37	23			
Insgesamt	33	29	79	70	78

1 Frage: „Wie stark ist Ihr Wohlbefinden durch Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten in der letzten Zeit beeinträchtigt worden?“ Antwortvorgaben: sehr stark, stark, etwas, gar nicht, es gab keinen Streit.

2 Prozentuierungsbasis sind Befragte, die durch Streit im Wohlbefinden beeinträchtigt wurden.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Familienzufriedenheit liegt allerdings 1984 etwas niedriger als 1978. Wirksam sind hier vermutlich auch Faktoren, die außerhalb der Familie liegen, z. B. finanzielle Probleme, oder verschlechterte Arbeitsmarktchancen. Frauen sind wiederum etwas weniger mit dem Familienleben zufrieden als Männer. Auch hängt die Zufriedenheit mit dem Familienleben mit der Lebens- und Familienphase zusammen. Hochzufrieden sind vor allem ältere Ehepaare der nachehelichen Gefährtenschaft, junge Verheiratete ohne Kinder sowie Verheiratete mit Kleinkindern. Dagegen sind die Verheirateten mit Schulkindern oder erwachsenen Kindern unterdurchschnittlich mit ihrem Familienleben zufrieden. Dasselbe gilt für die jungen Ledigen ohne Partner, die ja meistens noch im elterlichen Haushalt leben. Ein Grund liegt hier im größeren familiären Konfliktpotential. Erst wenn die herangewachsenen Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben, sinkt die Häufigkeit von Streitigkeiten; gleichzeitig steigt dann die Familienzufriedenheit des wieder „alleine“ lebenden verheirateten älteren Ehepaares an. Die älteren Ledigen, die Geschiedenen und die Verwitweten sind dagegen mit ihrer familiären Situation eher unzufrieden.

11.4 Familiäre Konflikte

Konflikte aller Art sind ein normaler Bestandteil des Alltagslebens. So berichten zwei Drittel der Befragten von Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, ein Drittel fühlt sich in ihrem Wohlbefinden dadurch beeinträchtigt. Dabei dominieren familiäre Konflikte. Am häufigsten leiden die jüngeren Ledigen unter Streit (*vgl. Tab. 5*). Die jungen Ledigen ohne Partner erleben häufig Meinungsverschiedenheiten mit den Eltern, während in den eheähnlichen Lebensgemeinschaften die Partnerschaftskonflikte dominieren. Wenig Streit erleben die älteren Ehepaare, die ohne Kinder leben, aber auch die älteren Verwitweten und die Geschiedenen. Hier wird die Ambivalenz des Familienlebens deutlich. So erleben die Gruppen, die mit ihren Familien eher zufrieden sind, trotzdem häufiger Meinungsverschiedenheiten und Streit. Gleichzeitig sind die Personen, die weniger Konflikte erleben, wie die Verwitweten und Geschiedenen, häufiger eher unzufrieden mit ihrem Familienleben, sie fühlen sich z. B. häufig einsam. Lediglich die Ehepaare der nachehelichen Gefährtenschaft sind hiervon auszunehmen. Sie sind überdurchschnittlich zufrieden und erleben weniger Konflikte.

Insgesamt lassen die vorliegenden Ergebnisse den Schluß zu, daß Ehe und Familie weder eine „heile Welt“ darstellen, noch in der Auflösung begriffen, oder zumindest in Gefahr sind. Über die Wichtigkeit der Familie gerade auch für das subjektive Wohlbefinden besteht ein breiter Konsens. Die im historischen Vergleich hohen Scheidungsziffern sind nicht als Indiz für eine geringe Wertschätzung zu werten, sondern im Gegenteil als das Ergebnis hoher Anforderungen und Erwartungen. Werden diese nicht erfüllt, ist heute die Bereitschaft vorhanden, die Ehe aufzulösen, ohne jedoch die Wichtigkeit von Ehe und Familie insgesamt in Frage zu stellen.

(Ute Kerber)

12 Private Netzwerke

Mit „privaten Netzwerken“ wird hier das Geflecht der sozialen Beziehungen bezeichnet, die ein Individuum zu anderen Personen außerhalb des eigenen Haushalts unterhält. Die Bedeutung dieser Beziehungen liegt in einer Vielzahl von Leistungen, die innerhalb von privaten Netzwerken zwischen Personen bzw. zwischen Haushalten ausgetauscht werden:

materielle Hilfen

verschiedene güterbezogene sowie personenbezogene Dienstleistungen

Beratung und Information vielfältiger Art

Geselligkeit

emotionale Unterstützung wie die Vermittlung von Liebe und Zuneigung

soziale Integration durch Einbindung der Individuen in soziale Beziehungen und Vermittlung eines Zugehörigkeitsgefühls.

Diese Leistungen ergänzen zum einen die Leistungen, die innerhalb der privaten Haushalte von den einzelnen Haushaltsmitgliedern für den eigenen Haushalt erbracht werden (vgl. Teil II, Kap. 10 u. 11). Zum anderen deckt sich dieser Leistungskatalog mit Teilbereichen des sozialstaatlichen und Markt-Angebots.

12.1 Häufigkeit von Netzwerkkontakten

Im folgenden soll dargestellt werden, inwiefern die Befragten in Verwandtschafts-, Freundschafts- und Nachbarschaftskontaktnetze einbezogen sind. 90 % der Befragten haben „nähere Verwandte, die außerhalb des eigenen Haushalts leben“. Vor allem zwischen Eltern und Kindern sind häufige Besuche die Regel (vgl. Tab. 1). Etwas seltener ist der Kontakt zu Großeltern und Geschwistern.

Vor allem zwischen Verwandten, die einmal zusammen in einem Haushalt gelebt haben, besteht weiterhin reger Kontakt. Der vergleichsweise häufige Kontakt zu Schwiegereltern weist auf ein weiteres Merkmal verwandtschaftlicher Kontaktnetze hin: Sie werden nicht allein durch die Intimität der Beziehungen zusammengehalten, sondern auch durch zusätzliche Regelungen und Verpflichtungen.

Die Besuchshäufigkeit mit Verwandten des jeweiligen Verwandtschaftsverhältnisses variiert kaum zwischen verschiedenen sozialen Gruppen und Schichten. Die besondere Kontakthäufigkeit zwischen Eltern und Kindern, mit Abstrichen auch zwischen Geschwistern, bestätigt das Fortbestehen einer „erweiterten Kernfamilie“ nach dem Auseinanderfallen des ursprünglichen Haushalts. Die Kontakthäufigkeit innerhalb dieser „erweiterten Kernfamilie“ ist auch weitgehend unabhängig davon, zu wie vielen Verwandten insge-

Tab. 1: Kontakt mit Verwandten

Frage: Haben Sie nahe Verwandte, die einen eigenen Haushalt haben bzw. außerhalb Ihrer Wohnung leben?

Wer ist das und wie oft treffen Sie sich?¹

Verwandte außerhalb d. eigenen Haushalts Art	Häufigkeit	davon treffen sich . . . ²				
		beinahe täglich	mindestens 1 x/Woche	wenigstens 1 x/Monat	seltener	nie
Kind(er)	45	26	37	19	17	1
Eltern	52	25	32	24	18	1
Schwiegereltern	40	19	26	28	22	6
Großeltern	22	10	18	24	42	6
Geschwister	71	10	19	28	40	3
Andere nahe Verwandte	63	4	12	24	56	4

1 Antwortkategorien bezüglich Art der Verwandten und Besuchshäufigkeit waren vorgegeben.

2 Prozentuierungsbasis sind nur diejenigen Befragten, die überhaupt Verwandte des angegebenen Verwandtschaftsverhältnisses haben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

samt Kontaktmöglichkeiten bestehen. Im Gegensatz dazu ist die Kontakthäufigkeit zu Großeltern und den „anderen nahen Verwandten“ deutlich größer, wenn keine oder nur wenige weitere Verwandte vorhanden sind. Unterschiede in der Kontakthäufigkeit zu Verwandten sind ansonsten wohl eher auf andere Faktoren wie die räumliche Entfernung zurückzuführen.

Die Existenz zumindest eines „wirklich engen“ Freundes haben 1978 74 % und 1984 73 % der Befragten bejaht. Dabei gaben 1978 6 % der Befragten an, lediglich einen „wirklich engen“ Freund zu haben, jeweils 14 % hatten zwei bzw. drei, 21 % vier bis fünf und 17 % sogar mehr als fünf enge Freunde.

Freundschaftsbeziehungen werden mit zunehmendem Alter seltener. Darüber hinaus spielt es aber auch eine erhebliche Rolle, in welchen Haushalten die Befragten leben (vgl. Tab. 2). Eine Eheschließung führt zu einer Ausweitung des Freundschaftskreises, wobei jedoch gleichzeitig der Besuchskontakt mit dem besten Freund/der besten Freundin deutlich zurückgeht. Das gleiche gilt umgekehrt für die Phase der Verwitwung bei älteren Befragten: Mit dem Verlust des Partners geht die Zahl der Freunde zurück, während die Häufigkeit des Besuchskontaktes mit dem besten Freund/der besten Freundin zunimmt. Die Ursache für die kontinuierliche Abnahme der Freundschaftsbeziehungen mit steigender Kinderzahl zeigt sich vor allem bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtungsweise:

Tab. 2: Kontakte zu Freunden nach Lebenszyklus und Haushaltsform

Frage: Haben Sie einen oder mehrere wirklich enge Freunde, ich meine außerhalb der Familie? Wie oft treffen Sie sich mit Ihrem besten Freund/Ihrer besten Freundin?¹
Und wie viele enge Freunde haben Sie etwa?²

	Befragte mit wirklich engem Freund %	Durch- schnitt- liche Anzahl der Freunde Ø	beinahe täglich	Besuchshäufigkeit minde- stens 1 x /Woche	wenig- stens 1 x /Monat	seltener
				in %		
18–35 Jahre, ledig						
bei Eltern lebend	91	4,6	58	37	4	1
alleinlebend	94	4,6	39	52	5	4
mit Partner lebend	92	4,6	13	60	21	7
18–35 Jahre, verheiratet						
ohne Kinder im Haushalt	92	5,0	10	44	42	4
mit 1 Kind	85	4,2	10	49	37	5
mit 2 u. mehr Kindern	69	3,8	6	53	32	9
36–64 Jahre, ohne Partner						
alleinlebend	77	4,5	13	50	25	11
in Mehrpersonenhaushalt	72	4,0	15	61	21	4
36–64 Jahre, verheiratet						
mit Kindern u. 18 Jahre	72	4,1	6	47	34	13
mit Kindern ab 18 Jahre	70	5,2	7	45	37	10
ohne Kinder im Haushalt	72	6,7	10	42	36	12
65 Jahre und älter						
mit Partner lebend	54	5,2	5	39	37	19
alleinlebend	56	4,1	29	43	19	8
Insgesamt	73	4,6	19	46	27	8

1 Wohlfahrtssurvey 1984.

2 Wohlfahrtssurvey 1978.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

Die Abnahme findet ganz überwiegend bei Frauen statt, ein Beleg für die größere Anbindung an bzw. Vereinnahmung durch den eigenen Haushalt bei Frauen im Vergleich zu Männern.

Daneben gibt es deutliche schichtspezifische Unterschiede: Befragte, die sich selbst der Arbeiterschicht zuordnen, haben zwar seltener und auch von der Anzahl her weniger

enge Freunde, treffen sich jedoch häufiger mit ihrem besten Freund und verfügen auch über ein „dichteres“ Freundschaftsnetz als Angehörige der Mittel- und Oberschicht. Mit letzterem ist gemeint, daß sich ihre Freunde stärker untereinander kennen.

Im Gegensatz zu Freundschaftskontakten nimmt die Wahrscheinlichkeit „gutnachbarlicher“ Beziehungen mit steigendem Alter sogar zu. Gefragt wurde danach, ob die Befragten Nachbarn haben, „mit denen Sie sich gut verstehen“. Der Anteil derjenigen, die solche Nachbarn haben, nimmt von 57 % in der Altersgruppe der 18- bis 30jährigen kontinuierlich auf 90 % bei den 65jährigen zu. Im Lebenszyklus beginnt die Phase häufiger Nachbarschaftskontakte mit der Bildung einer Familie durch die Geburt von Kindern. Während Ehepaare im Alter bis 35 Jahre ohne Kinder nur zu 67 % gutnachbarschaftliche Beziehungen angaben, waren es bei solchen mit Kindern 84 %. Überraschend gering sind die Stadt-Land-Unterschiede. Zwar sind gute Nachbarschaftsverhältnisse im ländlich-dörflichen Milieu mit 91 % am häufigsten, aber in Großstädten sind sie mit 80 % nicht sehr viel weniger häufig und etwa genauso verbreitet wie in Klein- und Mittelstädten sowie Vororten und Dörfern in Großstadtnähe.

Wohneigentum fördert die Einbindung in die Nachbarschaft. Wohnungs- bzw. Eigenheimbesitzer pflegen gutnachbarliche Beziehungen mit 88 % deutlich häufiger als Mieter mit 77 %. Unabhängig davon nehmen solche Kontakte mit zunehmender Anzahl der Wohnparteien von 87 % bei Befragten in Einfamilienhäusern auf 67 % bei Befragten in Häusern mit 20 und mehr Parteien ab.

Zum Bild des Nachbarn, mit dem man sich gut versteht, gehört jedoch keineswegs immer ein engerer Kontakt. Unter diesem Begriff werden offensichtlich ganz unterschiedliche Nachbarschaftsverhältnisse subsumiert: 19 % der Befragten besuchen solche Nachbarn beinahe täglich, 24 % mindestens einmal pro Woche, 13 % wenigstens einmal pro Monat, aber 28 % besuchen sich noch seltener und 16 % sogar nie. Im Unterschied zur Häufigkeit, mit der die Befragten Nachbarn haben, mit denen sie sich gut verstehen, variiert die konkrete Ausgestaltung dieses Nachbarschaftsverhältnisses in Form der Besuchshäufigkeit nur wenig zwischen verschiedenen sozialen Gruppen, Hausformen und Wohnorten. Mit einer Ausnahme: Ein markanter Unterschied besteht hier zwischen Ehepaaren und Alleinlebenden in der Altersgruppe über 65 Jahren. Für die letztgenannte Personengruppe bieten häufigere Besuchskontakte mit Nachbarn einen gewissen Ausgleich für fehlende sonstige Kontakte.

12.2 Leistungen für andere Haushalte

Tab. 3 zeigt für eine Auswahl personenbezogener und güterbezogener Leistungen, wie häufig sie für Verwandte, Freunde/Bekannte und Nachbarn erbracht werden.

Meist ist die Häufigkeit der Hilfeleistungen bei Verwandten am größten, und bei Nachbarn ist sie immer am niedrigsten. Zwischen 1980 und 1984 sind kaum Veränderungen festzustellen; lediglich die typischen Do-it-yourself-Aktivitäten, Gartenarbeit und Woh-

Tab. 3: Hilfeleistungen in privaten Netzwerken nach Art und Empfänger der Hilfeleistung

Frage: Welche Hilfeleistungen haben Sie in den letzten 2 bis 3 Jahren für Verwandte, Freunde/Bekannte und Nachbarn erbracht? ¹								
Art der Hilfeleistung	erbracht für . . .						Insgesamt	
	Verwandte		Freunde		Nachbarn		1980	1984
	1980	1984	1980	1984	1980	1984	1980	1984
in %								
Personenbezogene Leistungen								
bei persönl. Problemen	18,4	18,6	20,9	24,6	7,9	8,3	32,7	35,7
bei der Beaufsichtigung kleiner Kinder	16,0	16,7	9,0	9,2	7,5	6,3	26,6	28,0
bei der Betreuung kranker oder Behinderter	10,5	11,4	3,6	3,5	4,3	2,5	15,7	15,8
Güterbezogene Leistungen								
bei Wohnungsrenovierung	17,1	19,5	11,3	13,6	3,1	4,3	24,7	29,2
bei Umzug	14,6	15,1	14,7	15,1	3,2	3,0	26,8	27,7
bei Gartenarbeit	13,6	15,4	5,1	6,5	4,2	6,7	19,3	24,4
bei Hausbau/Umbau	8,8	10,2	5,7	5,9	2,2	2,3	14,1	15,5
bei Autoreparatur	5,2	5,9	7,4	7,6	2,1	3,2	10,4	11,5
Insgesamt	52,0	51,9	41,7	42,2	23,8	23,6	68,8	69,3

1 Liste vorgelegt; Mehrfachnennungen möglich; Prozentuierungsbasis der einzelnen Tabellenfelder ist die Gesamtzahl der befragten Personen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

nungsrenovierung, haben signifikant zugenommen. Konstant 31 % der befragten Personen gaben an, keine der genannten Leistungen für andere erbracht zu haben.

Die Daten belegen die große sozialpolitische Bedeutung der privaten Netzwerke: Die häufigste Form der Unterstützung ist Hilfe bei persönlichen Problemen. Die Pflege von Kranken oder Behinderten sowie die Betreuung von Kindern werden vor allem von Verwandten übernommen, während Nachbarn und auch Freunde hier nur eine untergeordnete Rolle spielen. Unter Nachbarn werden auch alle anderen Arbeiten nur in Ausnahmefällen ausgetauscht. Offensichtlich bleiben sie auf die Rolle eines „Nothelfers“ in Alltagsdingen beschränkt.

Art und Anzahl der geleisteten Hilfen insgesamt hängen vor allem von der jeweiligen Leistungsfähigkeit und speziellen Kenntnissen ab. Ältere Befragte leisten generell

weniger Hilfen, aber die Abnahme ist besonders stark bei Hilfen für Freunde (vgl. Teil II, 12.1) und bei umfangreichen handwerklichen Arbeiten, weniger deutlich bei der Kinderbetreuung, der Krankenpflege und der Hilfe bei persönlichen Problemen. Autoreparaturen und Bauarbeiten werden vor allem von qualifizierten Arbeitern geleistet – ein Hinweis darauf, daß ein Teil der Netzwerkhilfe sehr qualifikationsspezifische Leistungen umfaßt. Erwartungsgemäß gibt es auch eine klare geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Handwerkerarbeiten werden im Schnitt von Männern dreimal häufiger als von Frauen, Kinderbetreuung und Krankenpflege doppelt so häufig von Frauen wie von Männern erledigt.

Eine Bezahlung ist bei den Hilfen für Verwandte, Freunde oder Nachbarn weitgehend unüblich (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Bezahlte und unbezahlte Netzwerkhilfe

Tätigkeit	unbezahlt	bezahlt
	in %	
Hilfe bei Verwandten	18,6	0,8
Hilfe bei Freunden/Bekannten	18,2	1,0
Hilfe bei Nachbarn	12,7	0,6

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

12.3 Empfang von Hilfeleistungen

Für die Gesamtheit der befragten Haushalte ist das Potential an Hilfsmöglichkeiten bei den einzelnen Leistungen nur wenig unterschiedlich. Der Anteil derjenigen, die jemanden um Hilfe bitten könnten, liegt mit einer Ausnahme bei etwa 30 % (vgl. Tab. 5). Der Anteil derjenigen, die auch tatsächlich innerhalb des letzten Jahres solche Hilfen in Anspruch genommen haben, schwankt, mit derselben Ausnahme, zwischen 10 und 20 % der befragten Haushalte. Dies zeigt, daß die informelle Netzwerkhilfe für die beteiligten Haushalte auch von wirtschaftlicher Bedeutung ist, wobei entsprechende Möglichkeiten auch häufig genutzt werden.

Daß jedoch jemand für alle diese Leistungen eine Hilfsquelle zur Verfügung hat, ist selten. Lediglich 10 % der befragten Haushalte haben sie für mindestens sieben der neun ausgeführten Hilfen, aber 21 % aller Haushalte können für keine einzige der aufgeführten Leistungen eine Hilfsmöglichkeit innerhalb des privaten Netzwerks finden.

Stärker als von Kontakten allein hängt es von der Anzahl der geleisteten Hilfen für andere ab, ob der betreffende Haushalt selbst ein möglichst großes Spektrum an Hilfen erhalten

Tab. 5: Mögliche und tatsächlich erhaltene Hilfeleistungen in privaten Netzwerken

Frage: Gibt es unter Ihren Verwandten, Nachbarn und Freunden bzw. Bekannten jemanden, den Sie bzw. Ihr Haushalt bei folgenden Tätigkeiten um Hilfe bitten könnten?			
Haben Sie während der letzten 12 Monate unentgeltlich Hilfe erhalten?			
Art der Hilfeleistung	Könnte um Hilfe bitten	Habe Hilfe erhalten	
		a	b
		in %	
Reparatur von Fernseher/Radio	27,9	55,0	11,4
Reparatur von elektr. Küchengerät	34,9	53,2	16,5
Reparatur von Möbeln	29,5	47,3	11,9
Reparatur am Auto	34,1	61,2	18,0
Schneiderarbeiten	31,3	57,8	16,2
Maurerarbeiten	27,0	42,1	9,7
Wohnung tapezieren oder streichen	57,1	55,5	30,2
Beratung in rechtlichen Dingen	33,2	57,2	17,0
Beratung bei der Lohn- oder Einkommensteuererklärung	33,9	65,6	19,4

a Prozentuierungsbasis sind nur diejenigen Haushalte, die überhaupt jemanden um Hilfe bitten könnten.

b Prozentuierungsbasis ist die Gesamtzahl der befragten Haushalte.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

kann bzw. tatsächlich erhalten hat. Die ist ein Beleg dafür, daß der Austausch von Leistungen innerhalb privater Netzwerke zumindest teilweise auf dem Gegenseitigkeitsprinzip beruht und daher selektiv ist.

12.4 Bewertung der empfangenen Hilfeleistungen

Die große Mehrheit der befragten Haushalte, die überhaupt Hilfe erhalten, beurteilt diese als „gerade richtig“ (vgl. Tab. 6). Nur bei einem geringen Teil der Haushalte schießt die Hilfsbereitschaft sogar über das gewünschte Maß hinaus und wird so zu einem unerwünschten Eindringen Außenstehender in die eigene Privatsphäre. Ein Zuviel an Hilfe kommt am häufigsten bei Verwandten vor. Hier ist es offenbar schwieriger als bei Nachbarn und Freunden, ein Übermaß an Fürsorge abzuwehren.

Tab. 6: Die subjektive Beurteilung des Umfangs
erhaltener Hilfeleistungen im Rahmen privater Netzwerke

Frage: Und wie ist das mit Hilfeleistungen, die Ihr Haushalt von Verwandten, Nachbarn und Freunden/Bekannten erhält? Sind diese – eher mehr als gewünscht, – eher zuwenig oder – gerade richtig?								
Beurteilung	Hilfeleistungen von							
	Verwandten		Freunden/ Bekannten		Nachbarn			
	1980	1984	1980	1984	1980	1984	1980	1984
in %								
eher zuwenig ¹			10,9	13,9	10,2	9,2	3,8	2,8
gerade richtig ¹			82,7	81,0	86,7	88,7	82,1	81,1
eher mehr als gewünscht ¹			6,3	5,1	3,1	2,2	3,8	2,8
mache alles selbst	30,0	29,7						

¹ Prozentuierungsbasis ist lediglich der Anteil der Haushalte, der überhaupt Hilfe erhält.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

Zwischen 10 und 14 % meinen jedoch, daß die Hilfeleistungen, die sie erhalten, eher zu wenig sind, wobei von dieser Kritik Verwandte und Nachbarn stärker als Freunde und Bekannte betroffen sind.

Alleinlebende über 65 Jahren liegen in der Häufigkeit, mit der sie zu wenig Hilfe monieren, nur wenig über dem Durchschnitt. Diese Personengruppe gibt auch zu 30 % an, daß ihr Haushalt mehr Hilfe erhält als er selbst anderen Haushalten gibt. Diese Angaben zeigen, daß das Gegenseitigkeitsprinzip in der Netzwerkhilfe nicht so selektiv wirkt, daß leistungsschwache Haushalte allgemein von einer ausreichenden Hilfe innerhalb privater Netzwerke ausgeschlossen bleiben.

(Martin Diewald)

13 Gesellschaftliche Beteiligung

Gesellschaftliche Beteiligung ist eine von vielen Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten und auf die Lebensqualität Einfluß zu nehmen. Dabei lassen sich organisationszentrierte Aktivitäten (z. B. Besuch einer Mitgliederversammlung der Gewerkschaft) und im privaten Rahmen vorgenommene Aktivitäten (z. B. Theaterbesuch) voneinander unterscheiden. Ebenso wie die amtliche Statistik (vgl. Teil I, Kap. 6 und 7) kann die Umfrageforschung lediglich Anhaltspunkte für die vielfältig vorkommenden Beteiligungsformen und -kombinationen liefern. Im folgenden konzentrieren wir uns auf wichtige Organisationen des politischen, beruflichen, religiösen, kulturellen und Freizeitbereichs. Thematische Schwerpunkte bilden dabei die Mitgliedschaft, die Beteiligung der Mitglieder sowie im Zusammenhang damit zentrale Einstellungen und Bewertungen.

13.1 Kirchliche Beteiligung

Konfessionelle Zugehörigkeit ist in der Bundesrepublik traditionell verankert und unverändert weit verbreitet. Daran änderte auch die Austrittswelle Mitte der siebziger Jahre nur wenig. Gegenwärtig sind etwa 50 % der erwachsenen deutschen Bevölkerung Protestanten, 40 % sind Katholiken und 9 % sind konfessionslos¹. Keine andere Organisation kann ähnliche Mitgliederzahlen vorweisen. Die individuelle Bedeutung der Kirchen in unserer Gesellschaft zeigt sich allerdings weniger an der formalen Mitgliedschaft, sondern vielmehr in der Praxis des Kirchgangs. Während die katholische Kirche den Gottesdienstbesuch als religiöse Pflicht des Gläubigen bezeichnet, wird in der evangelischen Kirche die Teilnahme eher auf freiwilliger Basis geregelt.

Die Auswirkungen zeigen sich deutlich am Kirchgangsverhalten. Bei den Katholiken gingen 1984 35 % der Gläubigen wenigstens einmal wöchentlich in die Kirche, bei den Protestanten waren es 5 %. Diese Zahlen entsprechen den Vergleichsdaten von 1978. Vor 30 Jahren zählten dagegen noch 60 % der Katholiken und 18 % der Protestanten zu den regelmäßigen Gottesdienstbesuchern². Bei beiden Konfessionen ist also ein deutlicher Rückgang der Kirchenbindung spürbar. Dafür sind mehrere Erklärungen denkbar: eine Vervielfachung des Freizeitangebots, das in Konkurrenz zu kirchlichen Angeboten steht; die Verbreitung alternativer Sinn- und Deutungsmuster des Lebens; eine gewisse Unvereinbarkeit von kirchlichem und gesellschaftlichem Wertsystem; die durch die Zunahme des gesamtgesellschaftlichen Bildungsniveaus ausgelöste Abnahme der

1 Da das Statistische Bundesamt bei seinen Daten Ausländer und Personen unter 18 Jahren berücksichtigt, kommt es zu etwas anderen Resultaten (vgl. Teil I, Kap. 7).

2 Reigrotzki, E.: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik, Tübingen 1956.

Tab. 1: Einstellung zur Abtreibung und zur Sterbehilfe nach Konfession und Kirchenbindung

	Befragte insgesamt	Katholiken mit ... Kirchenbindung ¹		Protestanten mit ... Kirchenbindung ¹		Konfessionslose				
		insg. hoher	mittlerer geringer	insg. hoher	mittlerer geringer					
in %										
Es sind gegen Abtreibung ²	1978	8	13	27	8	5	21	7	3	2
	1984	13	18	23	13	7	9	17	10	3
Es sind gegen Sterbehilfe ³	1978	12	14	21	13	8	11	12	13	8
	1984	7	7	11	6	5	7	18	7	4

1 Hohe Kirchenbindung: mindestens einmal wöchentlich Gottesdienstbesuch; mittlere Kirchenbindung: mehrmals im Jahr – wenigstens einmal monatlich; geringe Kirchenbindung: seltener oder nie.

2 Gegen Abtreibung: Personen, die auf die Frage nach ihrer Meinung zum Schwangerschaftsabbruch und der Vorgabe von vier Items (Freigabe, Fristenlösung, soziale Indikation, Verbot) sich für das Verbot aussprachen.

3 Gegen Sterbehilfe: Personen, die auf die Frage nach der Behandlung von Todkranken und bei der Vorgabe von vier Auffassungen (aktive Sterbehilfe des Arztes, passive Sterbehilfe des Arztes, Schmerzlinderung, unbedingte Verlängerung des Lebens) sich für die unbedingte Verlängerung des Lebens entschieden.

Datenbasis: Wohlfahrtsurvey 1978, 1984.

selbstverständlichen Akzeptanz von Tradition und Autoritäten; und schließlich der individuelle Bedeutungsverlust von „Glaube“. 1984 bezeichneten beispielsweise 15 % der Befragten „Glauben“ als sehr wichtig für ihr Wohlbefinden. Noch weniger Bedeutung wurde lediglich dem „politischen Einfluß“ zugemessen. Einkommen, Freizeit und Erfolg, um nur einige andere Faktoren zu nennen, wurde eine weitaus größere Priorität eingeräumt (vgl. Teil II, Kap. 1).

Anhand zweier spezifischer Indikatoren – den Einstellungen zur Abtreibung und zur Sterbehilfe – können wir überprüfen, inwieweit die Gläubigen zentrale Dogmen der Amtskirche teilen (vgl. Tab. 1).

Von der katholischen Kirche wurde eine ablehnende Haltung zum Schwangerschaftsabbruch und zur Sterbehilfe weitaus deutlicher formuliert als von der protestantischen Kirche. Bezüglich der Einstellung zum Schwangerschaftsabbruch zeigt sich nun, daß die Trennlinien sowohl zwischen den Konfessionen als auch in Abhängigkeit von der Kirchenbindung innerhalb der Konfessionen verlaufen. Die Bürger, die der Meinung sind, Abtreibung solle verboten werden, befinden sich nach wie vor in der Minderheit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich allerdings von 8 auf 13 % erhöht. Eine konservative Gesetzesreform des § 218 würde demnach nicht dem Meinungsbild der Bevölkerung entsprechen. Die Katholiken sind eher für das Abtreibungsverbot als die Protestanten. Die Befürworter sind allerdings in beiden Konfessionen in der Minderheit. Dies zeigt sich auch in der Gruppe der regelmäßigen katholischen Kirchgänger, einem Kreis, von dem man am ehesten vermuten dürfte, daß er die Meinung der Amtskirche teilt. Lediglich ein Drittel ist gegen Abtreibung. Praktizierte Gläubigkeit kann also durchaus mit von der Amtskirche abweichenden Meinungen einhergehen.

Tab. 2: Zufriedenheit mit der Kirche nach Konfession und Kirchenbindung

	Befragte ins- gesamt	Katholiken mit ... Kirchenbindung ¹				Protestanten mit ... Kirchenbindung ¹			
		insg.	hoher	mittlerer	geringer	insg.	hoher	mittlerer	geringer
		in %							
Es sind mit der Kirche eher unzufrieden ²	25	23	7	17	47	27	1	14	37
Es sind mit der Kirche hochzufrieden ²	9	11	24	7	3	7	23	8	5

1 Hohe Kirchenbindung: mindestens einmal wöchentlich Gottesdienstbesuch; mittlere Kirchenbindung: mehrmals im Jahr – wenigstens einmal monatlich; geringe Kirchenbindung: seltener oder nie.

2 Zufriedenheitsskala von 0–10.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Etwas andere Ergebnisse werden bei der Meinung zur Sterbehilfe deutlich. War beim § 218 noch eine leichte Tendenz zum Konservatismus spürbar, so zeigt sich bei der Sterbehilfe ein Trend zur Liberalisierung. Während 1978 noch 13 % der Befragten der Meinung waren, daß „alle verfügbaren medizinischen Mittel eingesetzt werden sollten, um das Leben des Todkranken zu verlängern“, lag der vergleichbare Anteil 1984 bei 7 %. Protestanten mit hoher Kirchenbindung sind die einzige Gruppe, die in bezug auf Sterbehilfe konservativer wurde, dagegen ist insbesondere bei Katholiken mit hoher und mittlerer Kirchenbindung sowie Protestanten mit mittlerer Kirchenbindung ein spürbarer liberaler Trend feststellbar.

Auskünfte über die Gesamtbewertung einer Institution lassen sich auf vielfältige Weise gewinnen. Die Zufriedenheit mit der Kirche aus der Sicht der Gläubigen ist ein Indikator (vgl. Tab. 2), um ihre Einschätzung zu charakterisieren.

Bei den Protestanten als auch bei den Katholiken sind rund ein Viertel mit der Kirche unzufrieden und etwa ein Zehntel hochzufrieden. Absolut gesehen ist dies für die Kirchen ein positives Ergebnis. Relativiert wird dies zu einem Teil durch den Befund, daß lediglich in zwei („öffentliche Sicherheit“, „Umweltschutz“) von 16 abgefragten Lebensbereichen (vgl. Teil II, Kap. 3) die Quote der eher Unzufriedenen höher und die Quote der Hochzufriedenen niedriger ist.

13.2 Beteiligung in Parteien, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften

Die Mitgliedschaft in Organisationen, die direkt oder indirekt auf den politischen Willensbildungsprozeß Einfluß nehmen, ist in der Bundesrepublik im Vergleich zur konfessionellen Zugehörigkeit nur relativ schwach verbreitet (vgl. Teil I, Kap. 7). 20 % aller Befragten und 40 % der abhängig Erwerbstätigen gaben an, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Ein Parteibuch haben 5 % der wahlberechtigten Bevölkerung. Im Gegensatz zu vergleichbaren Ländern ist dies eine relativ geringe Quote und ein Indiz dafür, daß in der Bundesrepublik die politische Beteiligung der Bürger in der Regel außerhalb der Parteien verläuft.

Äußerst gering ist auch die Mitgliedschaftsquote der Bürgerinitiativen (2 %). Berücksichtigt man allerdings, daß unsere Frage auf die aktuelle Mitgliedschaft abzielte und daß Bürgerinitiativen oft nur einen begrenzten Zeitraum zur Durchsetzung eines spezifischen Anliegens bestehen, so ist damit zu rechnen, daß der Anteil derjenigen, die sich bereits einmal an einer Bürgerinitiative beteiligt haben, höher liegt. Die Mitgliedschaftsquote in Bürgerinitiativen ist unter Umständen auch deswegen so niedrig, weil viele dieser Bewegungen inzwischen von den „Grünen“ integriert wurden.

Die drei genannten Organisationen weisen nicht nur einen unterschiedlichen Organisationsgrad auf, sie unterscheiden sich auch hinsichtlich der internen Beteiligung ihrer Mitglieder. 13 % der Gewerkschaftler, 46 % der Parteimitglieder und 53 % der Angehörigen von Bürgerinitiativen gaben an, wenigstens einmal monatlich eine Zusammenkunft

ihrer Organisation zu besuchen bzw. für die Organisation tätig zu sein. Die Aktivitätsquote verhält sich also umgekehrt proportional zum Organisationsgrad. Die Beteiligung in den drei Vereinigungen hängt natürlich auch mit der Bedeutung, die der Politik individuell beigemessen wird, zusammen. Mit den Indikatoren „politisches Interesse“, und „persönliche Wichtigkeit politischen Einflusses“ kann dies beispielhaft gezeigt werden.

Die größte subjektive Bedeutung hat die Politik bei den Mitgliedern von Bürgerinitiativen. Angesichts der Tatsache, daß Bürgerinitiativen ein oft umstrittenes und aktuelles, für ihre Mitglieder persönlich wichtiges, politisches Anliegen vertreten, ist dieses Ergebnis unmittelbar einleuchtend.

Insgesamt gesehen scheint der politische Bereich für die Bürger an Bedeutung zu gewinnen: Der Anteil derjenigen, die politischen Einfluß als wichtige Determinante des eigenen Wohlbefindens ansehen, ist seit 1980 um zehn Prozentpunkte auf 36 % angestiegen.

Tab. 3: Politisches Interesse und persönliche Wichtigkeit politischen Einflusses

	Sehr starkes/starkes politisches Interesse		Politischer Einfluß persönlich sehr wichtig/wichtig	
	1978	1984	1980	1984
	in %			
Befragte insgesamt	27	29	26	36
Gewerkschaftler insgesamt	36	41	34	45
darunter: Aktive ¹		64		56
Passive		38		43
Nichtgewerkschaftler insgesamt	24	26	25	34
Parteimitglieder insgesamt		69	53	65
darunter: Aktive ¹		78		74
Passive		60		53
Nichtmitglieder insgesamt		26	26	34
Mitglieder von Bürgerinitiativen		82	72	84
Nichtmitglieder		23	26	35

Leerstellen: Für diesen Zeitpunkt wurden keine Daten erhoben.

1 Anteil der Mitglieder, die wenigstens einmal monatlich zu einer Zusammenkunft ihrer Organisation gehen. Wegen zu geringer Besetzungszahlen wurde die Aufspaltung in Aktive und Passive bei den Bürgerinitiativen nicht vorgenommen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

13.3 Beteiligung in Musik-, Gesang- und Sportvereinen

Sport hat in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Mißt man seine Bedeutung am Anteil der organisierten Vereinsmitglieder, ist sein Gewicht in den letzten Jahrzehnten sogar noch gestiegen. 1984 waren rund 28 % der erwachsenen deutschen Bevölkerung in Sportvereinen. 1953 dagegen lag die vergleichbare Zahl noch bei 12 %¹. Es gibt vielschichtige und miteinander verbundene Ursachen für diese Entwicklung: ein differenzierteres, breiter gefächertes Angebot der Vereine, eine verbesserte Werbung der Vereine, ein gestiegenes Gesundheitsbewußtsein in der Bevölkerung, „neue“ Sportarten und nicht zuletzt die kompliziertere „Freizeitinfrastruktur“: Wer Sportstätten benutzen möchte, hat als Vereinsmitglied Vorteile.

Die soziodemographischen Unterschiede in der Mitgliedschaft sind weitgehend bekannt: Die Mitgliedschaft ist bei Jüngeren höher als bei Älteren und auf dem Dorf ausgeprägter als in der Stadt. Letzteres liegt daran, daß Vereine auf dem Dorf traditionell neben der Kirche den gesellschaftlichen Mittelpunkt bilden. Es ist auch allgemein bekannt, daß Männer eher als Frauen in Sportvereinen organisiert sind. Weitere Analysen zeigen

Tab. 4: Mitgliedschafts- und Aktivitätsquoten im Musik-, Gesang- und Sportverein

	Mitgliedschaftsquote		Aktivitätsquote ¹
	1980	1984	1984
	in %		
Sportverein			
Insgesamt	29	28	78
Männer	39	37	76
Frauen	20	20	82
Musik-/Gesangverein			
Insgesamt		7	74
Männer		11	77
Frauen		4	68

Leerstellen: Für den Zeitpunkt wurden keine Daten erhoben.

¹ Anteil der Personen, die mindestens einmal monatlich eine Zusammenkunft besuchen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

1 Reigrotzki, E.: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik, Tübingen 1956.

Tab. 5: Mitgliedschaften und Mitgliedschaftskombinationen

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %		
Keine Mitgliedschaft	45	30	57
Eine Mitgliedschaft	34	35	33
darunter:			
Sportverein	13	14	13
Gewerkschaft	6	9	3
Kirchlicher Verein	4	2	6
Musik-/Gesangverein	2	2	2
Partei	1	1	1
Bürgerinitiative	1	1	1
Zwei Mitgliedschaften	16	25	8
darunter:			
Sportverein + Gewerkschaft	3	5	1
Sportverein + Musik-/Gesangverein	1	2	
Drei Mitgliedschaften und mehr	5	10	2
darunter:			
Sportverein + Partei + Gewerkschaft		1	

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

allerdings, daß die Mitgliedschaft von Frauen von ihrem Erwerbs- und Bildungsstatus abhängt. Erwerbstätige Frauen mit „weiterführender“ Bildung unterscheiden sich in bezug auf die Vereinsmitgliedschaft lediglich geringfügig von Männern mit vergleichbarer Bildung und beruflichem Status (42 zu 46 %). In Vereinen unterrepräsentiert waren und sind, neben alten Menschen (8 %), die Hausfrauen (15 %).

Die Aktivität der Mitglieder von Sportvereinen liegt deutlich über der von Gewerkschafts- und Parteimitgliedern sowie Angehörigen von Bürgerinitiativen: Etwa 78 % beteiligen sich wenigstens einmal monatlich am Vereinsleben. Bei Frauen liegt die Quote etwas höher als bei Männern.

Lediglich 7 % der erwachsenen deutschen Bevölkerung sind in Musik- und Gesangsvereinen organisiert. Dabei handelt es sich vorwiegend um Männer. Mitgliedschaft ohne Beteiligung an Vereinsaktivitäten ist eher die Ausnahme. Die Aktivitätsquote liegt bei 75 % und ist damit in etwa mit der der Sportvereine identisch.

13.4 Beteiligungskombinationen und Häufung von Mitgliedschaften

Abschließend sollen Mitgliedschaftshäufung und Beteiligungskombinationen dargestellt und daraus eine Beteiligungstypologie abgeleitet werden. Ausgeklammert bleibt die konfessionelle Zugehörigkeit, da es sich dabei u. a. wegen der besonderen Form des Beitritts (durch Taufe, die nicht auf eigener Entscheidung beruht) gegenüber anderen Organisationen um „nicht vergleichbare“ Mitgliedschaften handelt.

Generell bleibt zunächst festzuhalten, daß Mitgliedschaftshäufungen zwar bestehen, jedoch nur in relativ geringem Umfang auftreten: 16 % sind in zwei und 5 % in drei und mehr Organisationen Mitglied (vgl. Tab. 5).

Es finden sich deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Im Gegensatz zu den Männern ist bei den Frauen die Mehrheit überhaupt nicht organisiert. Bei Einfachmitgliedschaften kommt bei Männern an erster Stelle der Sportverein und an zweiter Stelle die Gewerkschaft; bei Frauen steht ebenfalls der Sportverein an der Spitze, es folgt mit deutlichem Abstand der kirchliche Verein. Bei Doppelmitgliedschaften ist die häufigste Nennung Sportverein und Gewerkschaft, wobei dies fast ausschließlich für die Männer

Tab. 6: Beteiligungstypologie¹

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %		
Keine Mitgliedschaft	45	30	57
Eine Mitgliedschaft, passiv	18	19	17
Eine Mitgliedschaft, aktiv	14	13	14
Eine Mitgliedschaft, aktiv und ehrenamtlich tätig	2	3	2
Zwei u. m. Mitgliedschaften, passiv	7	13	3
Zwei u. m. Mitgliedschaften, teilaktiv	7	10	4
Zwei u. m. Mitgliedschaften, teilaktiv und ehrenamtlich tätig	3	5	1
Zwei u. m. Mitgliedschaften, aktiv	3	5	1
Zwei u. m. Mitgliedschaften, aktiv und ehrenamtlich tätig	2	2	1

¹ Aktiv: Personen, die wenigstens einmal monatlich zu Zusammenkünften aller Organisationen gehen, denen sie angehören; teilaktiv: Personen, die wenigstens einmal monatlich zu Zusammenkünften eines Teils der Organisationen gehen, in denen sie Mitglied sind; passiv: Personen, die weniger als einmal monatlich zu Zusammenkünften der Organisationen gehen, denen sie angehören.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

gilt. Bei drei und mehr Mitgliedschaften lassen sich zwar viele Kombinationen, jedoch kein dominierender Typus feststellen.

Unter Berücksichtigung zweier weiterer Merkmale gesellschaftlicher Beteiligung – Aktivität der Organisationsmitglieder und Übernahme ehrenamtlicher Posten – lassen sich die bisherigen Informationen verfeinern. Es ergibt sich die in *Tab. 6* dargestellte Beteiligungstypologie.

Ein Großteil der Befragten ist entweder dem Kreis der Nicht- oder dem der passiven Mitglieder zuzuordnen. Für Frauen gilt dies tendenziell in noch stärkerem Ausmaß als für Männer. Lediglich eine ganz geringe Minderheit der erwachsenen Bevölkerung ist in zwei oder mehr Organisationen aktives Mitglied und übt gleichzeitig eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Festzuhalten ist also, daß Vereinsaktivität kein hervorstechendes Lebensstilmerkmal der Bundesbürger darstellt.

(Hans-Michael Mohr)

14 Umweltschutz

Das Thema Umweltschutz hat in der öffentlichen und politischen Diskussion während der letzten Jahre eine erhebliche Bedeutung erlangt. Wir wollen im folgenden zeigen, inwieweit dies der subjektiven Wahrnehmung der Umweltprobleme durch die Bevölkerung entspricht. Für die Durchführung und den Erfolg umweltpolitischer Maßnahmen ist das Problembewußtsein in der Bevölkerung in doppelter Hinsicht bedeutsam: Zum einen übt es Druck auf die politischen Parteien aus, entsprechende Maßnahmen in Angriff zu nehmen; zum anderen setzen umweltpolitische Maßnahmen teilweise am Verhalten jedes einzelnen Bürgers an und sind damit auf deren konkrete Mitarbeit angewiesen, für die ein entsprechendes Problembewußtsein förderlich ist.

Wir ziehen bei der folgenden Darstellung der subjektiven Wahrnehmung von Umweltbelastung und Umweltschutz neben den Wohlfahrtssurveys den Internationalen Umweltfragebogen des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin als Datengrundlage heran.

14.1 Umweltbewußtsein und Zufriedenheit mit dem Umweltschutz

Der Internationale Umweltfragebogen von 1982 dokumentiert eine fast allgemeine Übereinstimmung darüber, daß die Umweltverschmutzung ein dringliches und zunehmendes Problem ist¹:

Tab. 1: Sorge um die Gefährdung der Umwelt

	Lehne ab	Unent- schieden	Stimme zu
„Die Umweltverschmutzung steigt gefährlich an“	5	4	91
„Die Menschheit mißbraucht die Umwelt in gefährlicher Weise“	5	6	89
„Die Gefährdung der Umwelt in der ganzen Welt ist ein großes Problem“	3	6	91

Datenbasis: Internationaler Umweltfragebogen 1982 (N = 1088 Befragte).

1 Kessel, H.: Stand und Veränderung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Diskussionspapier IIUG/dp 83-9 des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin, Berlin 1983, S. 29.

In der Wahrnehmung der Befragten wird die Dringlichkeit des Umweltproblems in der Zukunft sogar noch steigen².

Dieses Problembewußtsein schlägt sich auch in einer geringen Zufriedenheit mit dem Umweltschutz nieder. Sie lag bereits im Wohlfahrtssurvey 1978 auf einem niedrigen Niveau und ist bis 1984 nochmals stark abgesunken (vgl. Tab. 2). Der Umweltschutz ist 1984 der einzige Lebensbereich, mit dem die Mehrheit der Bundesbürger unzufrieden ist (vgl. Teil II, Kap. 3). Nur ein Fünftel der Bevölkerung äußert sich eher zufrieden über den Umweltschutz, 1978 waren es noch doppelt so viele. Die Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz hat sich bei allen Bevölkerungsgruppen zwischen 1978 und 1984 verstärkt, bei Männern wie bei Frauen, bei jungen wie bei alten Menschen, bei Personen mit geringem und hohem Bildungsniveau, bei der Stadt- wie bei der Landbevölkerung.

1978 gab es noch große Stadt-Land-Unterschiede in der Zufriedenheit mit dem Umweltschutz, die sich bis 1984 stark verringert haben. Die Umweltbelastung ist in den Großstädten im allgemeinen höher als auf dem Land, und dies schlug sich 1978 auch in der Zufriedenheit nieder. Damals war fast die Hälfte der Großstadtbewohner mit dem Umweltschutz unzufrieden, aber nur ein Drittel der Dorfbewohner. Dieser Unterschied zeigt, daß 1978 die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz stark durch die am Wohnort wahrgenommene Umweltbelastung geprägt wurde. Inzwischen hat sich offensichtlich ein

Tab. 2: Die Zufriedenheit¹ mit dem Umweltschutz nach der Art des Wohnortes 1978 und 1984

	Eher zufrieden		Eher unzufrieden		Durchschnittliche Zufriedenheit	
	1978	1984	1978	1984	1978	1984
	in %				Ø	
Insgesamt	40	22	39	58	5,0	3,8
Dorf	45	27	32	52	5,3	4,1
Kleinstadt ²	42	21	37	61	5,1	3,8
Mittlere Stadt ³	45	20	35	58	5,2	3,7
Großstadt	34	22	48	61	4,5	3,7
Vorort einer Großstadt	31	18	44	63	4,6	3,6

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher zufrieden“ = Werte von 6–10; „eher unzufrieden“ = Werte von 0–4.

2 Bis 30 000 Einwohner.

3 Bis 100 000 Einwohner.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

2 Vgl. ebd., S. 30 und 32.

Bewußtsein der „Allgegenwärtigkeit“ des Umweltproblems und der Betroffenheit aller – etwa durch die Diskussion um das Waldsterben oder um Gift in Lebensmitteln – in der ganzen Bevölkerung verbreitet. Die Bewohner der Dörfer und Kleinstädte sind 1984 fast genauso unzufrieden wie die Bewohner der Großstädte.

Abgesehen von der Einebnung der Stadt-Land-Unterschiede bestehen auch 1984 weiterhin erhebliche Zufriedenheitsunterschiede in der Bevölkerung. So sind die Jungen 1984 wie bereits 1978 mit dem Umweltschutz unzufriedener als die Älteren, und Personen mit höherem Schulabschluß bewerten den Umweltschutz negativer als Personen mit Hauptschulabschluß. Diese Zufriedenheitsunterschiede hängen eng mit Unterschieden in der Wertorientierung der verschiedenen Generationen und Bildungsgruppen zusammen. Die Anhänger postmaterialistischer Werte, die vor allem unter den jungen

Tab. 3: Die Zufriedenheit¹ mit dem Umweltschutz bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen 1978 und 1984

	Eher zufrieden		Eher unzufrieden		Durchschnittliche Zufriedenheit	
	1978	1984	1978	1984	1978	1984
	in %				Ø	
Insgesamt	40	22	39	58	5,0	3,8
Männer	40	24	40	59	4,9	3,9
Frauen	41	21	38	58	5,0	3,8
18–30jährige	32	15	49	72	4,4	3,1
31–44jährige	43	22	37	60	5,1	3,8
45–64jährige	44	25	34	53	5,2	4,1
Über 64jährige	42	27	36	47	5,2	4,5
Hauptschulbildung	44	25	34	53	5,3	4,1
Mittlere Reife	38	22	41	57	4,8	3,8
Fachhochschulr./Abitur	31	14	52	75	4,3	3,4
Materialisten ²	44	29	35	48	5,2	4,4
Mischtypen ²	40	22	37	56	5,0	3,9
Postmaterialisten ²	22	8	61	86	3,8	2,5

1 Zufriedenheitsskala von 0–10: „Eher zufrieden“ = Werte von 6–10; „eher unzufrieden“ = Werte von 0–4.

2 Vorgabe einer Liste mit vier politischen Zielen: (A) Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande; (B) mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung; (C) Kampf gegen die steigenden Preise; (D) Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung. Materialisten = Nennung von A und C als die Ziele, die persönlich am wichtigsten erscheinen; Postmaterialisten = Nennung von B und D als die beiden wichtigsten Ziele; Mischtypen-Restgruppe.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1984.

und höher gebildeten Personen zu finden sind, äußern sich besonders unzufrieden über den Umweltschutz. Die Zufriedenheitsunterschiede sind aber angesichts der Tatsache, daß es 1984 in allen Bevölkerungsgruppen mehr Unzufriedene als Zufriedene gibt, relativ bedeutungslos geworden. Eine Mehrzahl von Unzufriedenen war 1978 nur bei einem kleinen, klar abgrenzbaren Personenkreis festzustellen – bei den Trägern der postmaterialistischen Werte, d. h. bei jüngeren und besser gebildeten Personen. Insofern kann man sagen, daß bei der Entwicklung des allgemein hohen Problembewußtseins in der Bevölkerung die Träger der neuen Werte die Vorreiter waren (vgl. Tab. 3).

Einen weiteren Beleg dafür, daß das Bewußtsein der Umweltproblematik keineswegs auf einzelne Fragen oder die konkrete Wohnumwelt beschränkt ist³, zeigt Tab. 4. Das Problembewußtsein differiert wenig nach einzelnen Umweltproblemen. Lediglich die Lärmbelastung, das Bevölkerungswachstum und der Hausmüll werden als etwas weniger dringlich angesehen.

Tab. 4: Einschätzung der Dringlichkeit¹ verschiedener Umweltprobleme

Giftige Industrieabfälle	6,6	Energieprobleme	6,1
Atommüll	6,4	Zerstörung von Stadt und Land	5,9
Wasserverschmutzung	6,4	Bevölkerungswachstum	5,2
Luftverschmutzung	6,2	Lärmbelastung	5,1
Ausbeutung der Natur	6,1	Hausmüll	5,0

1 Angegeben sind die Durchschnittswerte einer Skala von „1 = nicht dringend“ bis „7 = sehr dringend“.

Datenbasis: Internationaler Umweltfragebogen 1982 (N = 1088 Befragte).

14.2 Wahrgenommene Zuständigkeit und Veränderungswünsche

Bei diesem starken Problembewußtsein und der hohen Unzufriedenheit ist es erklärlich, daß im Internationalen Umweltfragebogen 43 % der Befragten der Ansicht sind, zur Lösung der Umweltprobleme seien grundsätzliche Änderungen in der Gesellschaft notwendig, wenn sie sich zwischen dieser Lösungsmöglichkeit und der Strategie „bessere wissenschaftliche und technische Entwicklungen“ (48 % der Befragten) entscheiden müßten⁴. Dies muß wohl so interpretiert werden, daß die derzeitige Umweltmisere nicht nur als ein technisches, sondern ebensosehr als ein politisches Problem betrachtet wird. Welche grundsätzlichen gesellschaftlichen Änderungen die Befragten für notwendig erachten, ließ der Fragebogen allerdings offen.

³ Vgl. ebd., S. 31.

⁴ Ebd., S. 36f.

Die Daten des Wohlfahrtssurvey können Aufschluß darüber geben, inwieweit die Unzufriedenheit mit Forderungen nach Veränderungen in der Zuständigkeit für Umweltschutz verbunden ist. Es läßt sich zunächst feststellen, daß die große Mehrheit der Bevölkerung keine Veränderungen in der Zuständigkeit will. Fast drei Viertel der Bürger sehen die gegenwärtige Zuständigkeit für Umweltschutz primär beim Staat und möchten sie auch dort belassen. Die hohe Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz richtet sich somit zwar überwiegend an den Staat, sie ist aber im allgemeinen nicht mit der Forderung nach Verlagerung der Zuständigkeit vom Staat auf andere gesellschaftliche Kräfte verbunden. Dies ist lediglich bei 11 % der Befragten der Fall und trifft in dieser Größenordnung auch für andere staatliche Aufgaben zu (vgl. Teil II, Kap. 19).

Tab. 5: Wahrgenommene und gewünschte Zuständigkeit für Umweltschutz im Vergleich zu anderen staatlichen Aufgaben

Gegenwärtig ist/sind zuständig: und zuständig sollte(n) sein:	Staat	Nichtstaat- liche Kräfte ¹	Staat	Nichtstaat- liche Kräfte
	Staat	Nichtstaat- liche Kräfte	Nichtstaat- liche Kräfte	Staat
in %				
Umweltschutz	72	7	11	10
Öffentliche Verkehrsmittel	73	11	14	2
Versorgung und Entsorgung	74	9	14	3

¹ Antwortvorgaben: Gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen (dazu gehören z. B.: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Massenmedien); private Kräfte (dazu gehören z. B.: Marktwirtschaft, private Unternehmen, Privatkreis, jeder selbst).

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Häufiger als bei anderen staatlichen Aufgaben wird jedoch eine Veränderung in die umgekehrte Richtung befürwortet – eine Verlagerung der Zuständigkeit auf den Staat. Vor allem die Aufgaben „Versorgung und Entsorgung“ und „öffentliche Verkehrsmittel“ stehen dabei in starkem Kontrast zum Umweltschutz. Hier dominieren unter den Veränderungswünschen Forderungen nach Verringerung der staatlichen Zuständigkeit. Ein vergleichsweise großer Personenkreis sieht also die gegenwärtige Zuständigkeit für Umweltschutz gar nicht beim Staat, aber wünscht sie dort. Dabei werden vor allem Institutionen und Gruppen wie z. B. Bürgerinitiativen als die gegenwärtigen Hauptzuständigen genannt, vermutlich weil bei ihnen das stärkste Engagement für den Umweltschutz wahrgenommen wird. Die Forderung, daß nicht diese Gruppen, sondern der Staat für Umweltschutz primär zuständig sein sollte, kann aber nicht als ablehnende Haltung gegenüber Bürgerinitiativen interpretiert werden. Denn nach den Erhebungen mit dem Internationalen Umwelfragebogen werden „Gruppen, die sich für den Umweltschutz

einsetzen (z. B. Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände)" von der Bevölkerung überwiegend positiv eingeschätzt⁵. Im Durchschnitt ergibt sich auf einer Skala von „Eins (sehr dagegen)" bis „Sieben (sehr dafür)" ein Wert von 5,4 im Jahre 1982. Hinter der Forderung nach mehr Staatszuständigkeit steht deshalb wohl eher die Meinung, daß nichtstaatliche Aktivitäten allein nicht ausreichen und der Staat mehr für den Umweltschutz tun sollte.

In Übereinstimmung damit stehen die Ergebnisse des Internationalen Umweltfragebogens zur Bereitschaft der Bürger, mehr Steuern für einzelne öffentliche Ausgabenbereiche zu zahlen. Die Bereitschaft der Bürger, mehr oder weniger Steuern für einen Bereich zu zahlen, kann als Hinweis darauf betrachtet werden, inwieweit sie den jeweiligen Bereich für vernachlässigt halten und meinen, der Staat sollte mehr in diesem Bereich tun. Insgesamt wurden vierzehn Bereiche vorgegeben. Die Zahlungsbereitschaft für Umweltschutz erwies sich als am höchsten, während z. B. „Verkehr" und „Versorgungsbetriebe" nur an neunter bzw. zwölfter Stelle rangierten⁶. Dies unterstreicht nochmals, daß die Umweltbelastung auch in der Wahrnehmung der Bürger zu den gegenwärtig dringlichsten Problemen in der Bundesrepublik wie auch in anderen hochentwickelten Industrienationen gehört.

(Regina Berger/Martin Diewald)

5 Vgl. ebd., S. 38.

6 Ebd., S. 32ff.

D. Sozialstruktur

15 Schichtung und Mobilität

Soziale Schichtung und soziale Mobilität sind Begriffe, die sich auf die vertikale Gliederung der Gesellschaft und die Veränderung der Position von Personen in einer Statushierarchie beziehen. Soziale Schichtung bezeichnet eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflußdifferenzen manifestiert. Unter vertikaler Mobilität werden Statusveränderungen in der Generationenfolge oder im Lebensverlauf verstanden.

Die Bundesrepublik und andere westliche Industriegesellschaften verstehen sich als „offene Mittelschichtgesellschaften“: Die Mehrheit der Bevölkerung wird der Mittelschicht zugerechnet, und die Chancen im Prozeß der Statuszuweisung sind idealerweise an Leistungskriterien geknüpft und gerecht verteilt. Das impliziert, daß auch Arbeiter und ihre Kinder reale und gerechte Chancen haben müssen, beruflich und sozial aufzusteigen, genauso wie Angehörige der Mittel- und Oberschicht sich ihren Status selbst erwerben, d. h. auch mit einem Risiko rechnen müssen, sozial abzustiegen.

Inwieweit die diesem Gesellschaftsverständnis zugrundeliegenden Gleichheitsziele und Gerechtigkeitsvorstellungen in der gesellschaftlichen Realität verwirklicht sind, soll nachfolgend anhand ausgewählter Fragestellungen und Indikatoren empirisch untersucht werden.

15.1 Statuslagen und subjektive Schichtzugehörigkeit

Tab. 1 zeigt, wie sich die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik auf sozioökonomische Statuslagen verteilt, welchen sozialen Schichten sie sich subjektiv zuordnet und welche Bildungs- und Einkommensunterschiede damit verbunden sind.

Die Zuordnung zu sozioökonomischen Statuslagen erfolgt nach der beruflichen Stellung der Erwerbstätigen, dem außerberuflichen Status der Nichterwerbstätigen sowie auch nach deren früherem Erwerbsstatus und dem Alter. Die Ungleichheit der Lebensbedingungen zwischen den so unterschiedenen Statusgruppen äußert sich keineswegs nur in Bildungs- und Einkommensdifferenzen. Allerdings sind Bildung und Einkommen insofern von besonderer Bedeutung, als sie wichtige Mittel für die Gestaltung der gesamten Lebensverhältnisse darstellen.

Tab. 1: Sozioökonomischer Status und Schichtzugehörigkeit

Sozioökonomischer Status	Ins- gesamt	Arbeiter- schicht	Subjektive Schicht		keine der Schichten	Anteil höhere Schulbildung ¹	Netto- haushalts- einkommen Pro-Kopf ² DM
			Mittel- schicht	Obere Mittel-, Oberschicht			
			in %				
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	6	11	73	15	1	32	1500
Beamte	5	7	71	22	–	73	1800
Gehobene, höhere Angestellte	7	9	69	20	2	77	1850
Einf. mittlere Angestellte	15	16	71	12	1	53	1510
Qualifizierte Arbeiter, Meister	9	56	39	4	–	10	1240
Un-, angelernte Arbeiter	6	64	35	–	1	7	1220
Rentner – ehemalige Arbeiter	6	71	28	–	1	3	1090
Rentner – sonstige	10	20	66	13	1	41	1420
Hausfrauen bis 59 Jahre	15	34	57	7	2	26	1080
Hausfrauen 60 Jahre u. älter	8	46	48	5	1	13	1130
Schüler, Studenten, Auszubildende	7	21	51	21	7	87	1100
Arbeitslose	2	42	42	3	12	32	800
Sonstige Nichterwerbstätige	2						
Insgesamt	100	32	56	11	2	38	1330

1 Personen, die mindestens über die mittlere Reife verfügen.

2 Korrigiertes Haushalts-Pro-Kopf-Einkommen. Dabei wird angenommen, daß ein Zweipersonenhaushalt das 1,7fache, ein Dreipersonenhaushalt das 2,3fache und ein Vierpersonenhaushalt das 2,8fache eines Einpersonenhaushalts benötigt, um ein entsprechendes Lebensniveau zu erreichen. Für jedes weitere Haushaltsmitglied erhöht sich das Vielfache um 0,5.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Deutliche Bildungsunterschiede finden sich vor allem zwischen Arbeitern und anderen Erwerbstätigen, aber auch zwischen der älteren und jüngeren Generation. Über eine höhere Schulbildung, d. h. wenigstens die mittlere Reife, verfügt nur ein geringer Anteil der Arbeiter, Rentner, die ehemals als Arbeiter erwerbstätig waren, und der älteren Hausfrauen. Für Beamte, höhere Angestellte sowie Jugendliche, die sich noch in der Ausbildung befinden, stellt das Fehlen eines höheren Schulabschlusses dagegen die Ausnahme dar.

Gemessen am Niveau des korrigierten Haushalts-Pro-Kopf-Einkommens gibt es zwischen den betrachteten Statusgruppen beträchtliche Unterschiede in der Höhe des erreichbaren Lebensstandards. Neben dem sozioökonomischen Status wirken sich auch die Stellung im Lebenszyklus und die davon nicht unabhängige Haushaltsstruktur auf die hier betrachtete Einkommensgröße aus. Über die höchsten Pro-Kopf-Einkommen verfügen Beamte und gehobene oder höhere Angestellte. Unterdurchschnittliche Einkommen ergeben sich für Rentner, die als Arbeiter erwerbsfähig waren, Hausfrauen, Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden, und Arbeitslose.

Während der berufliche und außerberufliche soziale Status, Bildung und Einkommen Indikatoren für die objektive Stellung in der Sozialstruktur und soziale Ungleichheit sind, gibt die subjektive Schichteinstufung Aufschluß darüber, wo sich einzelne Bevölkerungsgruppen innerhalb der hierarchischen Struktur einer Gesellschaft ihrem Bewußtsein nach einordnen, welchem sozialen Milieu sie sich zugehörig betrachten und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben: Mehr als jeder zweite erwachsene Bundesbürger zählt sich zur Mittelschicht, jeder dritte zur Arbeiterschicht und jeder zehnte gibt an, der Oberen Mittel- und Oberschicht anzugehören. Aufschlußreich sind die Zusammenhänge, die zwischen sozioökonomischer Statuslage und subjektiver Schichteinstufung zu beobachten sind. So zeigt sich, daß gegenwärtig oder ehemals als Arbeiter beschäftigte Erwerbstätige und Rentner sich auch in ihrem Bewußtsein nach wie vor mehrheitlich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen. Allerdings ist bemerkenswert, daß immerhin vier von zehn Facharbeitern, Vorarbeitern und Meistern sich als Angehörige der Mittelschicht bezeichnen. Weitergehende Analysen ergeben, daß Arbeiter sich vor allem dann der Mittelschicht zugehörig fühlen, wenn sie ein eigenes Haus besitzen und außerhalb der Industrie beschäftigt sind. Größere Anteile von Befragten, die sich der Oberen Mittel- und Oberschicht zuordnen, finden sich unter den Beamten, vor allem denen der oberen Laufbahngruppen, den höheren Angestellten, den Selbständigen, Schülern, Studenten und Pensionären.

15.2 Intergenerationale Mobilität

Indikatoren der intergenerationalen Mobilität messen Zusammenhänge zwischen dem eigenen sozialen Status und der sozialen Herkunft, gemessen am beruflichen Status des Vaters. Die Art und Stärke dieses Zusammenhangs gibt Aufschluß darüber, wie offen eine Gesellschaft ist und inwieweit von Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit gespro-

chen werden kann. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die folgenden vier Fragestellungen¹:

- Welcher Anteil der Söhne aus bestimmten Herkunftsgruppen verbleibt in diesen Statuskategorien, d. h. in welchem Maße wird der soziale Status vom Vater auf den Sohn vererbt?
- Wie groß sind die Chancen für die Söhne unterschiedlicher Herkunftsgruppen, von einer Generation zur anderen sozial aufzusteigen?
- Wie groß ist das Risiko, in der Generationenfolge sozial abzustiegen?
- Sind herkunftsbedingte Chancenunterschiede auch bei Erwerbstätigen mit gleichem Bildungsniveau zu beobachten?

Um auch Veränderungen der Mobilität zwischen den Generationen im Zeitablauf beobachten zu können, werden zwei Alterskohorten verglichen: männliche Erwerbstätige im Alter von 31 bis 39 Jahren der Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939 bzw. 1940 bis 1948. Für die ältere Kohorte wird die berufliche Stellung des Jahres 1970, für die jüngere die des Jahres 1979 der beruflichen Stellung des Vaters gegenübergestellt, die dieser innehatte, als der Sohn 15 Jahre alt war². Die Analysen beschränken sich auf männliche Erwerbstätige, weil sich ein Vergleich des beruflichen Status von Töchtern und ihren Vätern aufgrund der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Berufsstruktur verbietet. Bei der Interpretation der nachfolgend präsentierten Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß die ältere der beiden hier betrachteten Altersgruppen unter den extrem schwierigen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit in das Berufsleben eingetreten ist und – wie wir aus der Mobilitätsforschung wissen³ – die damit zusammenhängenden Benachteiligungen auch im weiteren Berufsverlauf nicht mehr vollständig ausgeglichen werden konnten.

Bei der Untersuchung der Mobilität zwischen den Generationen ist zu berücksichtigen, daß die Mobilitätschancen auch durch Prozesse des strukturellen Wandels beeinflusst werden. Sowohl durch die Schrumpfung als auch durch die Expansion von Statuskategorien wird Mobilität strukturell erzwungen. Der Indikator „strukturelle Mobilität“ mißt die Differenz im Umfang der Vater- und Sohnkategorie und zeigt damit an, wo und in welchem Umfang Mobilitätsströme durch strukturellen Wandel hervorgerufen werden. Beschäfti-

1 Für die Untersuchung inter- und intragenerationaler Mobilitätsprozesse verwendeten wir als Datenbasis die Studie „Qualifikation und Berufsverlauf“, die 1979 gemeinsam vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dem Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung (BIBB) durchgeführt und dem Sfb 3 über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung freundlicherweise zur Verfügung gestellt wurde. Die nachfolgend verwendeten Mobilitäts-Indikatoren gehen überwiegend auf einen Vorschlag von K.-U. Mayer zurück. Vgl. dazu Mayer, K.-U., Soziale Ungleichheit und Mobilität, Ansätze zu einem System sozialer Indikatoren, in: Zapf, W. (Hrsg.), Lebensbedingungen in der Bundesrepublik, Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York 1977, S. 149–208.

2 Die Kategorien des beruflichen Status wurden so zusammengefaßt, daß sie mit Ausnahme der Selbständigenpositionen eine hierarchische Gliederung darstellen und Bewegungen zwischen den Kategorien als Auf- und Abstiege interpretiert werden können.

3 Vgl. Müller, W., Der Lebenslauf von Geburtskohorten, in: M. Kohli (Hrsg.), Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt/Neuwied 1979.

gungskategorien, die im Vergleich von Vätern und Söhnen geschrumpft sind, sind vor allem selbständige Tätigkeiten, am stärksten in der Landwirtschaft, sowie ungelernte Arbeitertätigkeiten. Deren Anzahl hat sich beispielsweise in der jüngeren der beiden unterschiedenen Alterskohorten, bezogen auf die Häufigkeit ungelernter Arbeitertätigkeiten in der Vatergeneration, um 53 % verkleinert. Für die jüngere Kohorte zeigt sich darüber hinaus auch ein Rückgang bei qualifizierten Arbeitern und einfachen Angestellten. Starke Expansionstendenzen sind dagegen bei den mittleren, gehobenen und höheren Angestellten- und Beamtentätigkeiten festzustellen.

Tab. 2: Strukturelle Mobilität und Statusvererbung bei männlichen Erwerbstätigen

Berufliche Stellung des Vaters	Strukturelle Mobilität ¹		Status-Vererbung ²		Zahl der Fälle	
	1970 ³	1979 ³	1970	1979	1970	1979
	in %					
Landwirte	– 75	– 81	25	18	515	313
Ungelernte Arbeiter	– 37	– 53	22	10	280	138
Angelernte Arbeiter	14	– 8	35	24	561	392
Facharbeiter	3	– 23	41	35	1042	932
Vorarbeiter, einfache Beamte	– 11	– 17	8	12	264	251
Meister, einfache Angestellte	14	– 21	12	11	203	214
Werkmeister, mittlere Angestellte und Beamte	56	61	37	32	432	467
Höhere Angestellte, gehobene Beamte	85	146	26	30	133	167
Leitende Angestellte, höhere Beamte	136	142	29	34	98	155
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	– 27	– 21	29	32	450	440

1 Differenz zwischen der Größe der Sohnkategorie und der Größe der Vaterkategorie in Prozent der Vaterkategorie.

2 Anteil der Immobilien nach Beruf des Vaters.

3 Die Angaben für 1970 beziehen sich auf die Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939, die Angaben für 1979 auf die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1948.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

Diese strukturellen Veränderungen wirken sich nachhaltig auf die Möglichkeiten der Statusvererbung sowie die Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken zwischen den Generationen aus.

Die „Vererbungsquote“ gibt an, welcher Anteil der Söhne in der Statuskategorie des Vaters verbleibt. Je nach Herkunftsgruppe variiert dieser Anteil zwischen 10 % (Meister und einfache Angestellte) und 35 % (Facharbeiter). Erwartungsgemäß sinkt die Vererbungsquote in den schrumpfenden Statuskategorien und bleibt dort weitgehend stabil oder nimmt sogar leicht zu, wo die Beschäftigtenanteile sich vergrößert haben.

Tab. 3: Intergenerationale Mobilität: Auf- und Abstiegsquoten für männliche Erwerbstätige

Berufliche Stellung des Vaters	Aufstiege		Aufstiege in nicht benachbarte höhere Kategorien		Abstiege		Abstiege zu un- und angelernten Arbeitern	
	1970 ¹	1979 ¹	1970	1979	1970	1979	1970	1979
	in %							
Landwirte	– ²	–	–	–	–	–	24	18
Ungelernte Arbeiter	76	88	44	57	–	–	–	–
Angelernte Arbeiter	55	68	22	40	7	3	–	–
Facharbeiter	37	47	30	40	17	12	17	12
Vorarbeiter, einfache Beamte	40	52	36	48	44	30	10	11
Meister, einfache Angestellte	33	46	9	23	48	34	16	9
Werkmeister, mittlere Angestellte u. Beamte	25	38	13	16	30	22	6	5
Höhere Angestellte, gehobene Beamte	24	25	–	–	46	36	4	1
Leitende Angestellte, höhere Beamte	–	–	–	–	64	50	1	2
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	–	–	–	–	–	–	8	4

1 Die Angaben für 1970 beziehen sich auf die Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939, die Angaben für 1979 auf die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1948.

2 Indikator nicht definiert.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

Als sozialer Aufstieg sollen zunächst alle Bewegungen in höhere Statuskategorien gelten, wobei Selbständigenpositionen bei dieser Betrachtung ausgenommen bleiben müssen. Wie an der Quote abzulesen ist, sind die intergenerationalen Aufstiegschancen um so größer, je niedriger der soziale Status des Vaters ist. In diesem Resultat kommen vor allem sogenannte „Boden- und Deckeneffekte“ zum Ausdruck: Wer ganz unten beginnt, kann nur aufsteigen oder seinen Herkunftstatus beibehalten, wer seinen Ausgangspunkt bereits weit oben hat, dem steht nur noch wenig „Aufstiegsraum“ zur Verfügung.

Im Kohortenvergleich ist mit Ausnahme der höchsten Statusgruppe eine Verbesserung der Aufstiegschancen über alle beruflichen Stellungen hinweg zu beobachten. Diese

Tab. 4: Intergenerationale Mobilität: Zugangschancen zu den beiden höchsten Angestellten- und Beamtenkategorien für männliche Erwerbstätige

Berufliche Stellung des Vaters	1970 ¹		1979 ¹	
	Alle Söhne	Söhne mit Abitur, Fachhochschulreife	Alle Söhne	Söhne mit Abitur, Fachhochschulreife
	in %			
Landwirte	4	52	18	84
Arbeiter	5	63	11	74
Einfache Angestellte u. Beamte, Meister	12	75	22	65
Mittlere Angestellte u. Beamte, Werkmeister	25	72	38	73
Gehobene Beamte, höhere Angestellte	50	82	55	75
Höhere Beamte, leitende Angestellte	52	71	54	68
Selbständige außerhalb der Landwirtschaft	18	60	25	55
Insgesamt	12	69	23	69
Zahl der Fälle	3 979	319	3 470	542

¹ Die Angaben für 1970 beziehen sich auf die Geburtsjahrgänge 1931 bis 1939, die Angaben für 1979 auf die Geburtsjahrgänge 1940 bis 1948.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

Tendenz ist auch dann zu erkennen, wenn Aufstieg enger definiert wird und lediglich Bewegungen in nicht benachbarte Kategorien Berücksichtigung finden.

Das Risiko, im Generationenvergleich sozial abzustiegen, ist dementsprechend für die jüngere der beiden betrachteten Kohorten geringer geworden. Der Tendenz nach ist es erwartungsgemäß um so größer, je höher der Status des Vaters ist. Allerdings ist die Gefahr einer „sozialen Deklassierung“, d. h. eines Abstiegs in die Gruppe der un- und angelernten Arbeiter für die Mittelschichtssöhne sehr gering: Der Anteil derjenigen, die un- oder angelernte Arbeiter geworden sind, bewegt sich zwischen 1 und 7 %.

Tab. 4 ist zu entnehmen, wie ungleich die Chancen verteilt sind, Zugang zu den statushöchsten Arbeitnehmerpositionen zu gewinnen: Nur jeder zehnte zwischen 1940 und 1948 geborene Arbeitersohn, aber mehr als jeder zweite Sohn eines höheren Beamten oder leitenden Angestellten nahm 1979 eine entsprechende Position ein.

Die Feststellung, daß die Söhne von Vätern mit einem hohen beruflichen Status über bessere Chancen verfügen, selbst entsprechende Positionen einzunehmen, führt zu der weitergehenden Frage, über welche Mechanismen dieser Zusammenhang vermittelt wird und welche Bedeutung Bildungsabschlüsse für die Statuszuweisung haben. Wie *Tab. 4* zeigt, fallen die Herkunftsunterschiede wesentlich geringer aus, wenn Personen mit gleichen Bildungsabschlüssen, d. h. hier die Söhne mit Abitur oder der Fachhochschulreife, verglichen werden. Allerdings werden die Herkunftsunterschiede in den Zugangschancen zu den statushohen Berufen auch für Personen, die über gleich hohe Bildungsabschlüsse verfügen, lediglich reduziert und nicht vollständig ausgeglichen, wobei die Höhe des erreichten Bildungsabschlusses zudem selbst maßgeblich von der sozialen Herkunft determiniert ist (Teil I, Kap. 2).

Die Abhängigkeit der Zugangschancen von der sozialen Herkunft vor und nach Kontrolle des Bildungsabschlusses bleibt im Vergleich der beiden betrachteten Kohorten unverändert. Allerdings sind die Chancen, eine höhere Angestellten- oder Beamtenposition einzunehmen, für die Angehörigen der jüngeren Kohorten wegen der Zunahme entsprechender Positionen insgesamt größer geworden. Diese Expansion höherer Angestellten- und Beamtenpositionen ist denjenigen Herkunftsgruppen überproportional zugutegekommen, die, wie z. B. die Söhne von Arbeitern und Landwirten, nur über vergleichsweise geringe Zugangschancen zu derartigen Berufen verfügen. Die Verbesserung der Chancen für diese Gruppen ist neben einer Veränderung der Beschäftigtenstruktur auch auf eine überproportionale Vergrößerung des Abiturientenanteils zurückzuführen.

15.3 Intragenerationale Mobilität

Intragenerationale Mobilität umfaßt Veränderungen des beruflichen Status innerhalb der individuellen Erwerbsbiographie. Von besonderem Interesse sind dabei die Chancen und Risiken unterschiedlicher Beschäftigtengruppen, während ihres Erwerbslebens beruflich auf- oder abzustiegen.

Wir beschränken uns an dieser Stelle darauf, den Berufsverlauf in den ersten 10 bis 14 Jahren nach dem Eintritt in das Erwerbsleben zu betrachten und vergleichen zwei Berufseintrittskohorten: Erwerbstätige, die zwischen 1956 und 1960 und Erwerbstätige, die zwischen 1965 und 1969 erstmals berufstätig waren. Für beide Gruppen betrachten wir den beruflichen Status zum Zeitpunkt ihrer ersten Berufstätigkeit nach der Ausbildung und stellen ihm den beruflichen Status gegenüber, den sie 10 bis 14 Jahre später, d. h. 1970 bis 1979, innehatten.

In den Aufstiegsquoten machen sich zunächst wieder die sogenannten Boden- und Deckeneffekte bemerkbar, wenn festzustellen ist, daß ungelernete Arbeiter die besten und höhere Angestellte und gehobene Beamte die schlechtesten Aufstiegschancen haben. Bemerkenswert ist jedoch, daß angelernte Arbeiter und Facharbeiter – obwohl sie theoretisch über mehr Aufstiegschancen verfügen – seltener beruflich aufsteigen als die

Tab. 5: Intragenerationale Mobilität: Berufliche Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken für männliche Erwerbstätige

Berufliche Stellung nach Abschluß der Ausbildung	Aufstiege		Aufstiege in nicht benachbarte Kategorien		Abstiege		Abstiege in nicht benachbarte Kategorien	
	1970 ¹	1979 ¹	1970	1979	1970	1979	1970	1979
	in %							
Ungelernte Arbeiter	58	62	32	33	– ²	–	–	–
Angelernte Arbeiter	25	32	10	23	1	0	–	–
Facharbeiter	30	36	24	29	10	8	1	1
Vorarbeiter, einfache Beamte	27	50	25	48	10	5	1	3
Meister, einfache Angestellte	38	41	7	16	10	9	8	5
Werkmeister, mittlere Angestellte und Beamte	25	37	12	19	5	4	4	4
Höhere Angestellte, gehobene Beamte	15	23	–	–	12	7	4	2
Leitende Angestellte, höhere Beamte	–	–	–	–	19	5	14	3

¹ Die Angaben für 1970 beziehen sich auf Personen, die zwischen 1956 und 1960, die Angaben für 1979 auf Personen, die zwischen 1965 und 1969 erstmals berufstätig waren.

² Indikator nicht definiert.

Datenbasis: Qualifikation und Berufsverlauf, Befragung des IAB und BIBB 1979, eigene Berechnungen.

Erwerbstätigen in den unteren Angestellten- und Beamtenberufen. Dieses Muster bleibt im Prinzip auch dann erhalten, wenn als Aufstieg nur die Bewegungen in höhere, nicht benachbarte Statuskategorien gewertet werden. Allerdings reduziert sich unter diesen Umständen die Aufstiegsquote der ungelernten Arbeiter beträchtlich. Die mit Abstand besten, so definierten Aufstiegschancen haben einfache Beamte. Im Kohortenvergleich haben sich die Aufstiegschancen der Tendenz nach leicht, für einzelne Gruppen sogar deutlich verbessert.

Berufliche Abstiege sind im Vergleich zu Aufstiegen weitaus seltener zu verzeichnen. Allerdings ist bei der Interpretation der insgesamt recht niedrigen Abstiegsquoten zu berücksichtigen, daß die verwendeten Indikatoren zur intragenerationalen Mobilität allenfalls die erste Hälfte des Berufslebens umfassen und das Risiko eines beruflichen Abstiegs möglicherweise gerade in späteren Phasen des Erwerbslebens, die hier nicht erfaßt werden, zunimmt.

Aufschlußreich sind schließlich auch die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den beruflichen Mobilitätschancen und -risiken: Während Männer wesentlich bessere Chancen haben als Frauen beruflich aufzusteigen, ist das Abstiegsrisiko für Frauen größer.

(Heinz-Herbert Noll)

16 Problemgruppen

Die soziale Schichtung im modernen Wohlfahrtsstaat ist dadurch gekennzeichnet, daß es nicht eine einzige homogene Unterschicht oder benachteiligte Klasse gibt. Vielmehr lassen sich verschiedene Bevölkerungsgruppen identifizieren, die in unterschiedlichen Dimensionen der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens Defizite aufweisen. Solche Bevölkerungsgruppen, deren objektive Lebensbedingungen in einem oder mehreren Lebensbereichen unter den vorhandenen oder allgemein akzeptierten Standards der breiten Bevölkerung liegen oder deren subjektives Wohlbefinden stark beeinträchtigt ist, verstehen wir als Problemgruppen. Derart schlechte Lebensbedingungen bezeichnen wir als objektive Problemlagen, starke Beeinträchtigungen des Wohlbefindens als subjektive Problemlagen. Sie sind in der Bundesrepublik Deutschland noch in beachtlichem Umfang festzustellen. Diesen Defiziten wird teilweise durch sozialpolitische Maßnahmen begegnet; man denke z. B. an einkommens- und wohnungspolitische Hilfen. Jedoch finden nicht alle möglichen Mangellagen in wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten Berücksichtigung, wie z. B. Probleme sozialer Isolation oder subjektive Problemlagen.

16.1 Objektive und subjektive Problemlagen

Im folgenden werden fünf objektive und drei subjektive Problemlagen ausgewählt und näher betrachtet. Die Auswahl der objektiven Problemlagen erfolgte nach dem Kriterium, daß sie wichtige Komponenten von Wohlfahrt betreffen, nämlich Einkommen, Wohnverhältnisse, Bildung, Sozialbeziehungen und Gesundheit. Die subjektiven Problemlagen beziehen sich auf wichtige Dimensionen des subjektiven Wohlbefindens, und zwar auf Einsamkeit, Ängste und Sorgen sowie Glück (vgl. Tab. 1).

Der Anteil der von objektiven Problemlagen betroffenen Personen ist teilweise beachtlich hoch: Nach dem allgemein anerkannten Standard der Belegungsdichte einer Wohnung ist jeder zehnte Bundesbürger mit Wohnraum unterversorgt. Ein großer Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung hat keinen beruflichen Ausbildungsabschluß (23 %). In Anbetracht der Tatsache, daß Bildung für die Verteilung von Lebenschancen eine zentrale Bedeutung hat, indem sie z. B. die erreichbare Berufsposition und so auch das Einkommen beeinflusst, befindet sich damit gut jeder vierte in einer benachteiligten Lage. Ein Defizit an Sozialbeziehungen haben vier von hundert Personen, und gesundheitlich beeinträchtigt ist jeder achte Bundesbürger. Auch von subjektiven Problemlagen sind teilweise relativ viele Menschen betroffen: 7 % der Bevölkerung fühlen sich oft einsam. Mit Ängsten und Sorgen ist jede fünfte Person belastet, und jeder siebte fühlt sich gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen.

Tab. 1: Problemlagen und Ausmaß der Betroffenheit

Person ist/hat	1978	1984
	in %	
<i>objektiv</i>		
relativ arm ¹	10,0	9,8
weniger als 1 Wohnraum (ohne Küche) pro Haushaltsmitglied	11,0 ²	9,5
keinen beruflichen Ausbildungsabschluß	30,0	28,1 ³
alleinlebend und ohne enge Freunde	5,0	4,0
dauerhaft krank oder behindert	15,3	13,2
<i>subjektiv</i>		
oft einsam	7,5	7,1
immer wieder Ängste und Sorgen	19,4	21,0
gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	14,4	15,3

1 Als „relativ arm“ werden hier solche Personen bezeichnet, deren Einkommensniveau im untersten Dezil der Verteilung des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens der Haushalte liegt (vgl. Teil II, Kap. 4).

2 Daten des Wohlfahrtssurvey 1980.

3 Der Anteil der Personen ohne beruflichen Ausbildungsabschluß an der erwerbsfähigen Bevölkerung (18–60 Jahre) beträgt 22,8%.

Datenbasis: Wohlfahrtssurveys 1978, 1980, 1984.

16.2 Problemlagen und betroffene Gruppen

Die Untersuchung der Frage, inwieweit verschiedene Problemlagen mit den Sozialmerkmalen Alter, Geschlecht, sozialrechtliche Stellung und Haushaltsform einhergehen, zeigt, daß sich objektive Problemlagen bei einem breiten Spektrum von Bevölkerungsgruppen finden. Diese Gruppen unterscheiden sich aber teilweise deutlich in der Art ihrer Probleme, und sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – häufig nur von jeweils einer Problemlage betroffen.

Unter die von uns gewählte relative Armutsgrenze fallen am häufigsten Arbeitslose (43 %) sowie Familien mit vier und mehr Kindern (33 %). Überdurchschnittlich viele Betroffene gibt es auch unter den unvollständigen Familien (17 %) sowie unter den Hochbetagten (16 %), das sind Personen, die 75 Jahre und älter sind. Fast die Hälfte der kinderreichen Familien und ein Viertel der Arbeitslosen sind darüber hinaus mit Wohnraum unterversorgt. Personen mit Arbeiterberufen leben häufiger in beengten Wohnverhältnissen (16 %) als andere Berufsgruppen.

Frauen, speziell Hausfrauen (52 %) und ältere Menschen (53 %) haben zu einem hohen Anteil keinen beruflichen Ausbildungsabschluß. Ebenso verhält es sich – wie man erwarten kann – bei un- und angelernten Arbeitern. Bemerkenswert ist hier eher die Tatsache, daß 53 % von ihnen einen beruflichen Ausbildungsabschluß vorzuweisen

haben. Eine dauerhafte Krankheit oder Behinderung haben insbesondere Hochbetagte (27 %). Bei ihnen läßt sich darüber hinaus sehr häufig ein Defizit an Sozialbeziehungen feststellen (24 %). Insgesamt sind bei älteren Bundesbürgern häufiger mehrere objektive Problemlagen anzutreffen als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Sie sind also eine Gruppe, deren objektive Lebensbedingungen besonders negativ ausfallen.

Die subjektiven Problemlagen treten vergleichsweise häufig bei solchen sozialen Gruppen auf, die auch schon von objektiven Problemlagen betroffen sind, insbesondere aber dann, wenn sie ein Defizit an Sozialbeziehungen haben. Es fallen besonders die älteren Bundesbürger zwischen 65 und 74 Jahren auf, die neben ihren vergleichsweise schlechten Lebensbedingungen auch stark psychisch beeinträchtigt sind. 10 % dieser Gruppe äußern, einsam zu sein; 32 % geben an, immer wieder Ängste und Sorgen zu haben und 25 % gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen zu sein. Auch die Hochbetagten fühlen sich überdurchschnittlich häufig einsam (13 %). Die Einsamkeit alter Menschen hängt wesentlich damit zusammen, daß sie zu einem großen Teil allein leben. Auch die Häufigkeit, mit der sie Ängste und Sorgen haben und sich unglücklich fühlen, kann darauf zurückgeführt werden. Mit Ängsten und Sorgen müssen sich neben älteren Menschen vor allem Arbeitslose (41 %) sowie unvollständige Familien (30 %) auseinandersetzen. Dies sind auch die Gruppen, die sich vermehrt unglücklich oder niedergeschlagen fühlen (Arbeitslose 25 %, unvollständige Familien 25 %).

Eine genauere Charakterisierung der Problemgruppen kann erreicht werden, indem verschiedene Sozialmerkmale wie Alter, Geschlecht, sozialrechtliche Stellung und Familienstand in ihrer Kombination betrachtet werden. Mit der Kombination dieser Merkmale lassen sich verschiedene Statuslagen definieren. Sie sind in *Tab. 2* aufgeführt. Es ist festzustellen, daß sich Personen in unterschiedlichen Statuslagen auch im Ausmaß ihrer Betroffenheit von Problemlagen unterscheiden.

Rentner, die ohne Partner allein in einem Haushalt leben, weisen überdurchschnittlich häufig mehrere Problemlagen auf. Dabei haben Rentner, die zur Arbeiterschicht gehören, besonders negative Lebensbedingungen und sind extrem stark in ihrem subjektiven Wohlbefinden beeinträchtigt. Sie sind mit Ausnahme der Probleme, arm oder mit Wohnraum unterversorgt zu sein, allen Problemlagen überdurchschnittlich häufig ausgesetzt.

Weitere Problemgruppen stellen die Arbeitslosen und die erwerbs- oder berufsunfähigen Personen dar. Sie lassen sich durch ein erhöhtes Armutsrisiko und durch Defizite in ihrem subjektiven Wohlbefinden kennzeichnen; Erwerbs- oder Berufsunfähige darüber hinaus durch einen fehlenden beruflichen Ausbildungsabschluß und natürlich eine dauerhafte Krankheit oder Behinderung. Keinen Beruf auszuüben, bedeutet für die Betroffenen also nicht nur objektiv eine problematische Lebenssituation, sondern impliziert für viele auch psychische Beeinträchtigungen.

Die Hausfrauen, die der Arbeiterschicht angehören oder früher einen Arbeiterberuf ausgeübt haben, sind ebenfalls eine Gruppe, die sich überdurchschnittlich häufig mit allen acht Problemlagen konfrontiert sieht.

Tab. 2: Problemlagen und betroffene Bevölkerungsgruppen

Bevölkerungsgruppen	Objektive Problemlagen				Subjektive Problemlagen			
	relativ arm	weniger als 1 Person	keinen berufl. Bildungs- abschluß	allein- lebend ohne enge Freunde	krank oder behindert	oft einsam	Ängste und Sorgen	unglücklich oder nieder- geschlagen
	in %							
Insgesamt	10	10	28	4	13	7	21	15
18-39 Jahre, Arbeiterschicht ¹	8	13	19	1	5	5	14	10
40-64 Jahre, Arbeiterschicht	5	15	31	3	15	4	21	15
18-39 Jahre, Mittelschicht ²	4	6	8	1	4	5	11	8
40-64 Jahre, Mittelschicht	4	10	11	1	11	5	15	12
Hausfrau, Arbeiterschicht	17	13	82	9	18	12	39	29
Hausfrau, Mittelschicht	12	9	28	3	10	6	24	17
Rentner mit Partner, Arbeiterschicht	14	-	41	-	25	3	20	20
Rentner ohne Partner, Arbeiterschicht	8	7	62	41	24	22	32	33
Rentner mit Partner, Mittelschicht	8	-	7	-	24	7	21	13
Rentner ohne Partner, Mittelschicht	4	-	36	25	24	15	24	18
Arbeitslose	43	25	28	5	13	13	41	25
Erwerbs- oder Berufsunfähige	15	1	34	10	87	14	54	46
Schüler, Studenten, Auszubildende, Wehr- oder Zivildienstleistende	21	20	78	-	3	5	15	6

1 Zur „Arbeiterschicht“ gehören Personen, die einen Arbeiterberuf haben bzw. früher einen hatten oder Personen, die sich selbst zur Arbeiterschicht zählen.

2 Zur „Mittelschicht“ gehören Personen, die keinen Arbeiterberuf haben bzw. früher keinen hatten oder Personen, die nicht der Arbeiterschicht angehören.
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Als herausragende Kontrastgruppe zu diesen Problemgruppen zeigen sich die jüngeren Altersgruppen, die nicht der Arbeiterschicht angehören. Es sind offensichtlich die Gruppen unserer Gesellschaft, deren objektive und auch subjektive Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Gruppen am besten ausfallen.

16.3 Zusammenhänge zwischen Problemlagen

Wie die dargestellten Ergebnisse schon vermuten lassen, existieren die verschiedenen Problemlagen oft nicht isoliert voneinander. Defizite können mit anderen Mangellagen einhergehen oder sich teilweise sogar bedingen. Solche Zusammenhänge sind sowohl im Verhältnis von verschiedenen objektiven oder subjektiven Problemlagen als auch zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen festzustellen. So sind z. B. Personen mit einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung häufiger mit Wohnraum unterversorgt, und sie haben besonders häufig keinen beruflichen Ausbildungsabschluß. Im subjektiven Bereich, in dem die Zusammenhänge insgesamt stärker sind als im objektiven, zeigt sich z. B., daß sich Personen, die einsam sind, häufig auch unglücklich oder niedergeschlagen fühlen oder immer wieder Ängste und Sorgen haben.

Mit einer Ausnahme gehen alle objektiven Defizite mit einem vermehrten Auftreten von subjektiven Problemlagen einher, d. h. Personen, die objektive Defizite aufweisen, sind vergleichsweise häufig auch in verschiedenen Aspekten ihres subjektiven Wohlbefindens beeinträchtigt. So fühlen sich Personen, die ein Defizit an Sozialbeziehungen oder eine

Tab. 3: Zusammenhänge zwischen objektiven und subjektiven Problemlagen.

Subjektive Problemlagen	relativ arm	Objektive Problemlagen				Befragte insgesamt
		weniger als 1 Raum/ Person	keinen berufl. Bildungs- abschluß	allein- lebend ohne enge Freunde	krank oder behindert	
in %						
Davon sind/haben:						
oft einsam	13	7	9	25	10	7
Ängste und Sorgen	36	21	30	29	41	21
unglücklich oder niedergeschlagen	29	12	25	36	34	15

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 4: Kumulationen von Problemlagen

Anzahl der Problemlagen	Objektiv ¹	Subjektiv ²	Insgesamt
	in %		
0	54	71	42
1	32	18	29
2	12	9	13
3	3	3	9
4	–		4
5 und mehr	–		2
Durchschnitt	0,65	0,43	1,10

1 Alle fünf objektiven Problemlagen.

2 Alle drei subjektiven Problemlagen.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 5: Kumulationen von Problemlagen bei Problemgruppen

Problemgruppen	Mindestens 2 objektive ¹ Problemlagen	Mindestens 2 subjektive ² Problemlagen	Mindestens 3 Problemlagen insgesamt
	in %		
Insgesamt	15	12	15
Hausfrau, Arbeiterschicht ³	40	22	41
Rentner mit Partner, Arbeiterschicht	25	17	16
Rentner ohne Partner, Arbeiterschicht	35	29	40
Rentner mit Partner, Mittelschicht ⁴	3	9	4
Rentner ohne Partner, Mittelschicht	18	14	17
Arbeitslose	44	24	27
Erwerbs- oder Berufsunfähige	48	39	61

1 Von allen fünf objektiven Problemlagen.

2 Von allen drei subjektiven Problemlagen.

3 Zur „Arbeiterschicht“ gehören Personen, die einen Arbeiterberuf haben bzw. früher einen hatten oder Personen, die sich selber zur Arbeiterschicht zählen.

4 Zur „Mittelschicht“ gehören Personen, die keinen Arbeiterberuf haben bzw. früher keinen hatten oder Personen, die nicht der Arbeiterschicht angehören.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

körperliche Krankheit oder Behinderung haben, überdurchschnittlich häufig einsam und unglücklich oder niedergeschlagen. Ebenso muß sich jeder Dritte von ihnen mit Ängsten und Sorgen auseinandersetzen. Auch Armut ist vermehrt mit psychischen Beeinträchtigungen verbunden.

16.4 Kumulationen von Problemlagen

Bei gut jedem zweiten Bundesbürger ist mindestens ein Aspekt seiner objektiven Lebensbedingungen oder seines subjektiven Wohlbefindens als unzureichend oder unbefriedigend zu bezeichnen. Fast ein Drittel der Bevölkerung weist irgendein subjektives und knapp die Hälfte mindestens ein objektives Defizit auf (vgl. Tab. 4).

Insgesamt sind hohe Kumulationen von Problemlagen selten, aber immerhin sind bei fast jedem siebten Bundesbürger im objektiven und bei gut jeder achten Person im subjektiven Bereich mehrfache Benachteiligungen festzustellen. Bei Personen, die verschiedenen Problemgruppen zugeordnet werden können, besteht eine deutlich höhere Kumulation von Problemlagen (vgl. Tab. 5).

16.5 Problemlagen und Lebenszufriedenheit

Wie sehr objektive und insbesondere subjektive Defizite schwerwiegende Probleme darstellen können, zeigt sich darin, daß die betroffenen Personen eine deutlich geringere Lebenszufriedenheit äußern als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Am wenigsten wird die Lebenszufriedenheit durch eine ungenügende Versorgung mit Wohnraum und einen fehlenden beruflichen Ausbildungsabschluß beeinträchtigt. Je mehr Problemlagen bei einer Person zusammentreffen, desto geringer ist ihre Lebenszufriedenheit. Bei einer maximalen Betroffenheit liegt der Durchschnittswert der Lebenszufriedenheit bei 4,4.

Problemlagen wirken sich nicht nur auf die gegenwärtige Lebenszufriedenheit von Personen aus, sondern auch auf ihre Zufriedenheitserwartung. So glauben Personen, die Defizite aufweisen, überdurchschnittlich häufig, daß ihre Lebenszufriedenheit in fünf Jahren niedriger sein wird als sie es gegenwärtig ist. Eine solche eher pessimistische Einschätzung läßt sich nicht bei Personen feststellen, die keinen beruflichen Ausbildungsabschluß haben, und auch nicht bei Personen, die oft einsam sind. Problemlagen gehen offensichtlich aber auch mit dem anderen Extrem, einer eher optimistischen Einschätzung der zukünftigen Zufriedenheit, einher. So erwarten Personen, deren subjektives Wohlbefinden stark beeinträchtigt ist, aber auch Personen, die arm oder mit Wohnraum unterversorgt sind, vergleichsweise häufig eine höhere Lebenszufriedenheit in fünf Jahren. Sie haben also anscheinend die Hoffnung auf eine positive Veränderung ihrer Lage im Laufe der Zeit (vgl. Tab. 6).

Tab. 6: Lebenszufriedenheit der von Problemlagen betroffenen Gruppen

	Durchschnittliche Lebenszufriedenheit ¹	Zufriedenheitserwartung ²		
		optimistisch	keine Veränderung	pessimistisch
		in %		
Insgesamt	7,7	19	56	25
<i>Objektive Problemlagen</i>				
relativ arm	6,8	30	38	32
weniger als 1 Raum/Person	7,4	31	40	30
keinen beruflichen Bildungsabschluß	7,5	16	57	26
alleinlebend ohne enge Freunde	6,8	12	57	31
krank oder behindert	6,9	18	50	32
<i>Subjektive Problemlagen</i>				
oft einsam	6,6	29	46	25
immer wieder Ängste und Sorgen	6,5	25	39	37
unglücklich oder niedergeschlagen	6,1	29	38	34

1 Zufriedenheitsskala von 0–10.

2 Die Zahlen ergeben sich aus dem Vergleich der gegenwärtigen mit der in fünf Jahren erwarteten Lebenszufriedenheit. So gelten hier z.B. „Optimisten“ als Personen, die sich bis in fünf Jahren eine Verbesserung ihrer Lebenszufriedenheit erwarten.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

(Sigrid Breuer)

17 Gastarbeiter

Die Wanderung von ausländischen Arbeitskräften und ihren Familien aus den südeuropäischen Anwerbeländern in die Bundesrepublik ist ein volkswirtschaftlich bedingter und politisch gesteuerter Vorgang, der sowohl auf der individuellen als auch der gesellschaftlichen Ebene erhebliche Folgeprobleme verursacht hat. Die Entstehung einer neuen Unterschicht („Unterschichtung“) sowie die ethnische Pluralisierung und Segmentierung der Gesellschaft stellen Herausforderungen der gesellschaftlichen Integrationsfähigkeit dar. Für den einzelnen Arbeitsmigranten hat seine Entscheidung gewöhnlich die Erfahrung sozialer Entwurzelung, gesellschaftlicher Marginalisierung und kultureller Entfremdung zur Folge.

Voraussetzung einer erfolgreichen Eingliederung der zugewanderten Ausländer in die Gesellschaft der Bundesrepublik ist die Übernahme bestimmter Wertorientierungen, Standards und Verhaltensweisen. Dieser Vorgang wird als Assimilation bezeichnet und auf verschiedenen Dimensionen gemessen. Durch eine Integration ohne Assimilation können die bestehenden strukturellen Probleme nicht gelöst werden.

Inwieweit die Eingliederung der hier lebenden Ausländer dauerhaft gelingt, ist einerseits von den normativen Konzepten der politischen Entscheidungsträger, andererseits aber auch von der Assimilationsbereitschaft der Gastarbeiterbevölkerung abhängig. Sie wird neben vielen anderen Faktoren auch von den Einstellungen und Verhaltensweisen der Deutschen gegenüber Ausländern bestimmt.

Im folgenden wird eine stark an der Assimilation und Integration ausgerichtete wohlfahrtsorientierte Beschreibung der Gastarbeiterbevölkerung vorgenommen, die eine Ergänzung der üblichen sozialstrukturellen Beschreibung darstellt. Die Ergebnisse stammen aus einer Umfrage, die der Sfb 3 im Jahr 1982 unter der erwachsenen Bevölkerung der fünf personenstärksten Gastarbeiternationalitäten durchgeführt hat (vgl. Teil II, Kap. 1). Wegen ihrer besonderen sozio-kulturellen Situation werden in den Tabellen die Türken fast immer gesondert ausgewiesen. Da zwischen den anderen vier Nationalitäten (Griechen, Italiener, Jugoslawen, Spanier) relativ geringe Unterschiede bestehen, werden sie zu der Kategorie „Andere“ zusammengefaßt.

17.1 Konflikte und Kontakte zwischen Ausländern und Deutschen

Fast 37 % der Befragten nehmen „ziemlich starke“ Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen wahr, rund ein Viertel sogar „sehr starke“. Damit werden die ethnischen Konflikte deutlich stärker registriert als die zwischen verschiedenen anderen Gruppen,

beispielsweise zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Darüber hinaus wurden über 20 % der befragten Ausländer in der letzten Zeit in ihrem Wohlbefinden stark oder sogar sehr stark beeinträchtigt, da sie von Deutschen nicht geachtet oder gerecht behandelt wurden.

Die Migration der Gastarbeiter erfolgte vornehmlich als Gruppenwanderung. Darüber hinaus wurde bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Familiennachzug weitgehend vollzogen. Dadurch sind in der Regel genügend Partner der gleichen nationalen Herkunft vorhanden, so daß die ethnische Abgrenzung eine Handlungsalternative zur Assimilationsbereitschaft darstellt. Insbesondere wenn der Eingliederung schwerwiegende institutionelle oder soziale Hindernisse im Wege stehen, wird diese Handlungsalternative verstärkt wahrgenommen.

Tab. 1: Wahrnehmung der Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen

	Alle	Türken	Andere
	in %		
Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen sind . . .			
sehr stark	24,7	25,6	24,0
ziemlich stark	36,7	42,5	32,6
eher schwach	26,2	21,9	29,4
es gibt gar keine	12,4	10,0	14,1
Beeinträchtigung durch Mißachtung und ungerechte Behandlung . . .			
sehr stark	3,7	5,5	2,4
stark	16,6	25,5	10,2
etwas	32,3	39,4	27,1
gar nicht	24,0	18,2	28,2
das kam nicht vor	23,4	11,5	32,1

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

So haben fast 24 % der Befragten keine näheren Kontakte zu Deutschen und geben gleichzeitig an, daß die wenigen bestehenden ausreichend seien. Mehr als 27 % der befragten Ausländer leben in Wohngebieten mit vielen anderen Ausländern zusammen und äußern gleichzeitig, am liebsten in einem Wohngebiet leben zu wollen, in dem überwiegend Landsleute oder zumindest gleich viele Landsleute wie Deutsche leben.

Tab. 2: Kontakte und Kontaktwünsche zu Deutschen¹

	Kontaktwünsche	
	Kontakte reichen aus	gerne mehr Kontakte
	in %	
Ohne nähere Kontakte zu Deutschen	23,6	16,7
Mit näheren Kontakten zu Deutschen	37,7	22,0
	in %	
	Gewünschtes Wohngebiet	
	überwiegend Landsleute	überwiegend Deutsche
Tatsächliche Wohngegend . . .	in %	
mit vielen oder sehr vielen Ausländern	27,6	17,5
ohne bzw. sehr wenige oder wenige Ausländer	30,5	24,4

1 Es wurden nur die Fälle berücksichtigt, bei denen sowohl das Interview der 1. als auch das der 2. Welle durchgeführt werden konnte.

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (1. Welle, N = 808, 2. Welle, N = 770).

17.2 Deutschenkenntnisse und nationale Identität

Kenntnisse der deutschen Sprache sind einerseits eine wichtige Voraussetzung für die Aneignung des notwendigen Wissensbestandes zu kompetentem Handeln in den verschiedenen Lebensbereichen. Andererseits werden mit dem Erlernen der deutschen Sprache auch Wertvorstellungen und Normen des Aufnahmelandes vermittelt.

Der überwiegende Teil der Befragten – fast 80 % – kam erst nach dem 18. Lebensjahr in die Bundesrepublik. Trotzdem haben sowohl nach eigener Einschätzung als auch nach der Beurteilung durch die Interviewer jeweils deutlich mehr als die Hälfte von ihnen so gute Deutschenkenntnisse, daß sie sich im Kontakt mit Deutschen zumindest gut verständlich machen können. Knapp ein Fünftel spricht sogar fließend Deutsch; aber ungefähr der gleiche Anteil spricht gar kein Deutsch oder nur wenige Worte.

Durch den langjährigen Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik entsteht häufig eine kulturelle Entfremdung vom Heimatland. Sie hat auch Auswirkungen auf das Gefühl der nationalen Zugehörigkeit. Mehr als 13 % gaben an, sich ganz oder doch schon mehr als Deutsche zu fühlen. Aber über 27 % fühlen sich nach wie vor ganz als Angehörige ihrer Nationalität; weitere knapp 30 % zumindest in den meisten Beziehungen.

Tab. 3: Deutschkenntnisse von Ausländern

	Alle	Türken	Andere
	in %		
Höchstens wenige Worte Deutsch	18,0	25,7	12,3
Schlechte Verständigungsmöglichkeiten	23,8	28,1	20,6
Gute Verständigungsmöglichkeiten	39,8	32,3	45,5
Fließend Deutsch	18,3	13,8	21,6

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

Tab. 4: Die nationale Identität von Ausländern

	Alle	Türken	Andere
	in %		
Es fühlen sich . . .			
ganz als Deutsche	4,5	3,0	5,6
schon mehr als Deutsche	8,6	4,8	11,4
teils als Deutsche, teils als Angehörige der eigenen Nationalität	30,0	27,9	31,6
meistens als Angehörige der eigenen Nationalität	29,6	30,9	28,6
ganz als Angehörige der eigenen Nationalität	27,3	33,3	22,8

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

17.3 Interethnische Freundschaften und soziale Beteiligung von Ausländern

In der Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 wurde auch die Nationalität der drei Personen ermittelt, mit denen die befragten Ausländer befreundet sind und mit denen sie sich am häufigsten treffen. In diesem Netz der Freundschaftsbeziehungen befand sich bei rund drei Viertel der Befragten keine deutsche Person. Dagegen waren die Freundschaftsnetze von etwas über 5 % der Befragten ausschließlich auf Deutsche bezogen.

Mehr als zwei Drittel der befragten Ausländer sind in keiner von fünf abgefragten Organisationen oder Vereinen Mitglied. Die Mitgliedschaft in deutschen Gewerkschaften kommt mit über 18 % noch am häufigsten vor, gefolgt von der Beteiligung in kirchlichen und religiösen Vereinigungen mit fast 8 %. Dabei dürfte es sich überwiegend um eigenethnische Vereinigungen handeln.

Wenn man die Integration der hier lebenden Ausländer einmal nicht, wie weithin üblich, im Arbeits- und Wohnbereich, sondern als soziale Beteiligung im privaten und Freizeitbereich messen will, dann ist von den fünf abgefragten Organisationen die Mitgliedschaft in deutschen Sport- oder Freizeitvereinen am aussagekräftigsten. Lediglich 6 % der Befragten gaben hier eine Mitgliedschaft an. Dagegen war im Jahr 1984 die entsprechende Mitgliedsquote der deutschen Bevölkerung bedeutend höher (vgl. Teil II, Kap. 13).

Tab. 5: Freundschaften zwischen Ausländern und Deutschen

	Alle	Türken	Andere
Es hatten . . .	in %		
keinen deutschen Freund	75,1	81,0	70,9
einen deutschen Freund	12,2	13,1	11,5
zwei deutsche Freunde	7,3	4,8	9,2
drei deutsche Freunde	5,4	1,2	8,4

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

Tab. 6: Mitgliedschaft in Organisationen und Vereinen

	Alle	Türken	Andere
	in %		
Deutsche Gewerkschaft	18,3	20,2	16,9
Kirchliche und religiöse Vereinigung	7,7	11,9	4,6
Deutsche Sport- oder Freizeitvereine	6,0	4,8	7,0
Partei oder politischer Verein	3,1	6,0	1,0
Sonstige Organisationen	3,3	5,4	1,8
Nirgends Mitglied	67,2	63,1	70,2

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

17.4 Lebenszufriedenheit von Ausländern

Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem Leben im allgemeinen sind Zustände, die auf viele Ursachen zurückzuführen sind. Beispielsweise haben die Familienverhältnisse, die Arbeitsbedingungen und die Wohnsituation einen Einfluß auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Viele Faktoren, die die Lebenszufriedenheit beeinflussen, erfahren ihrerseits wiederum Veränderungen während der Assimilation und Integration. Deshalb ist die allgemeine Lebenszufriedenheit auch geeignet, auf der personalen Ebene Hinweise über den Prozeß der Eingliederung zu geben.

Rund drei Viertel der befragten Ausländer waren mit dem Leben im allgemeinen zufrieden, über 16 % waren unzufrieden. Wenn man dieses Ergebnis mit der Zufriedenheit der deutschen Bevölkerung vergleicht, so zeigt sich ein deutlicher Einfluß der Schwierigkeiten des „Lebens als Fremder“ auf das subjektive Wohlbefinden: Bei den Deutschen liegt der Anteil der Zufriedenen sowohl 1980 als auch 1984 mit jeweils mehr als 87 % erheblich über dem entsprechenden Anteil der Gastarbeiterbevölkerung. Der Anteil der Unzufriedenen liegt mit rund 4 bzw. 6 % deutlich unter dem Anteil der unzufriedenen Ausländer (vgl. Teil II, Kap. 2).

Tab. 7: Die Lebenszufriedenheit¹ von Ausländern

	Alle	Türken	Andere
	in %		
Zufrieden	75,2	71,7	78,2
Unzufrieden	16,3	20,5	13,2

1 Zufriedenheitsskala von 0–10; „zufrieden“ = 6–10; „unzufrieden“ = 0–4.

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

Die bisher dargestellten Ergebnisse waren immer auf die Gesamtheit der fünf befragten Nationalitäten bezogen. Es muß aber beachtet werden, daß sich die Türken in allen angesprochenen Aspekten der Assimilation und Integration deutlich von den anderen vier Nationalitäten unterscheiden: Sie nehmen die Konflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen deutlicher wahr und fühlen sich durch ungerechte Behandlung in ihrem Wohlbefinden stärker beeinträchtigt. Sie verfügen im Durchschnitt über schlechtere Deutschkenntnisse, und das Gefühl der Zugehörigkeit zur eigenen Nationalität ist noch stärker ausgeprägt. Sie sind in geringerem Umfang mit Deutschen befreundet, und ihre Mitgliedsquote in deutschen Sport- oder Freizeitvereinen ist niedriger. Und schließlich sind sie in größerem Ausmaß mit dem Leben unzufrieden.

17.5 Private Netzwerke von Ausländern

Durch die Wanderung in die Bundesrepublik gehen die in der Heimat bestehenden Freundschaftsbeziehungen weitgehend verloren, werden die privaten Netzwerke zwangsläufig zerstört. Ihre Reorganisation im Verlauf des Aufenthaltes in der Bundesrepublik ist eine wichtige Determinante der Lebensqualität.

Funktionierende Freundschaftsbeziehungen und private Netzwerke beeinflussen nicht nur das subjektive Wohlbefinden, sondern darüber hinaus auch die objektiven Lebensbedingungen. So gaben rund 6 % der befragten Ausländer an, durch die Hilfe eines Freundes ihren jetzigen Arbeitsplatz gefunden zu haben. Fast 9 % fanden ihre jetzige Wohnung durch die Vermittlung eines Freundes und bei wiederum rund 6 % vermittelten Freunde sowohl den Arbeitsplatz als auch die Wohnung.

Tab. 8: Die Bedeutung der Freundschaftsbeziehungen für die Vermittlung von Arbeitsplatz und Wohnung

Vermittlung . . . durch Freunde	Alle	Türken	Andere
	in %		
des jetzigen Arbeitsplatzes	5,8	6,1	5,7
der jetzigen Wohnung	8,8	7,1	10,0
von Arbeitsplatz und Wohnung	5,7	7,1	4,7

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

Neben den Freundschaftsbeziehungen sind die Befragten in private Netzwerke gegenseitiger Hilfe und Unterstützung eingebunden, die insbesondere in Deutschland lebende Verwandte und Bekannte bzw. Freunde der eigenen Nationalität umfassen. Nur jeweils rund ein Fünftel der befragten Ausländer mit hier lebenden Verwandten oder Bekannten erbrachte für diese in anderen Privathaushalten lebenden Personen keine von neun abgefragten Hilfeleistungen. Im Durchschnitt wurden jeweils mehr als drei verschiedene Hilfeleistungen angegeben. Am häufigsten wurde Verwandten und Bekannten bzw. Freunden beim Umzug in eine andere Wohnung geholfen, gefolgt von Hilfen im Umgang mit Behörden bei Verwandten bzw. Renovierungsarbeiten in der Wohnung bei Bekannten (vgl. Tab. 9).

Rund zwei Drittel der Befragten mit näheren Kontakten zu Deutschen unterstützen auch deutsche Haushalte mit verschiedenen Hilfeleistungen. Die privaten Netzwerke zwischen den befragten Ausländern und Deutschen sind weniger engmaschig als die zu Verwandten und Bekannten bzw. Freunden der eigenen Nationalität. Im Durchschnitt werden weniger als zwei Hilfen erbracht. Zum überwiegenden Teil erfolgen diese Hilfeleistungen unentgeltlich und können deshalb als echte Nachbarschaftshilfen bezeichnet werden.

Nur ein geringer Teil wird gegen Bezahlung erbracht und rückt damit in die Nähe von „Schwarzarbeit“. Bei den unbezahlten Hilfeleistungen dominiert die Umzugshilfe, bei den bezahlten Hilfeleistungen kommen dagegen Autoreparaturen und Gartenarbeiten am häufigsten vor.

Tab. 9: Private Hilfeleistungen von Ausländern¹

Zahl der Hilfeleistungen	Hilfeleistungen für . . .			
	Verwandte	Bekannte	ohne Deutsche gegen Bezahlung	
	in %			
1 bis 3	35,4	41,5		
4 bis 6	28,1	27,9		
7 bis 9	14,7	10,7		
Zusammen	78,2	80,1	56,3	17,2
Keine Hilfen	21,8	19,9	43,7	82,8

¹ Berücksichtigt wurden jeweils nur Befragte mit näheren Kontakten zu Verwandten (N = 382) bzw. mit häufigen Kontakten zu Bekannten oder Freunden (N = 712) bzw. mit näheren Kontakten zu Deutschen (N = 456).

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

17.6 Rückkehrabsichten von Ausländern

Nur ein geringer Teil von 8 % der befragten Ausländer gab an, innerhalb der nächsten zwölf Monate in ihr Heimatland zurückkehren zu wollen. Dagegen beabsichtigen 44 %, für immer in Deutschland zu bleiben.

Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund vergleichsweise schlechter Lebensbedingungen sowie der vielfältigen Schwierigkeiten des Lebens in Deutschland zunächst überraschend. Hinzu kommt noch die ausländerfeindliche Einstellung eines Teils der deutschen Bevölkerung, die sich vereinzelt sogar in radikalen Aktionen äußert. Die verhältnismäßig geringen Rückkehrabsichten werden trotz dieser Umstände verständlich, wenn man berücksichtigt, daß für viele Ausländer die wirtschaftlichen Probleme im Heimatland das bestimmende Wanderungsmotiv waren und seitdem keine grundlegenden Verbesserungen eingetreten sind. Darüber hinaus hat sich während ihres häufig schon langjährigen Aufenthalts in der Bundesrepublik bereits eine kulturelle Entfremdung vom Heimatland vollzogen.

Tab. 10: Rückkehrabsichten von Ausländern

	Alle	Türken	Andere
Es wollten . . .	in %		
innerhalb der nächsten 12 Monate zurück in ihr Heimatland	8,0	7,8	8,0
noch 1 bis 5 Jahre in Deutschland bleiben	23,1	25,9	21,1
noch 6 bis 10 Jahre in Deutschland bleiben	19,7	18,4	20,6
noch mehr als 10 Jahre in Deutschland bleiben	5,2	6,5	4,2
für immer in Deutschland bleiben	44,0	41,5	46,0

Datenbasis: Sfb 3-Ausländerumfrage 1982 (2. Welle, N = 770).

(Erich Wiegand)

E. Gesellschaftspolitik

18 Bürger und Politik

Das Verhältnis der Bürger in der Bundesrepublik zum Staat und zu einzelnen Politikbereichen wird mit zahlreichen Schlagworten beschrieben: Die Anspruchshaltung oder die Empfängermentalität wird beklagt, von der Entfremdung der Politiker von ihrem (Wahl-) Volk ist die Rede, der Rückzug ins Private ist ebenso ein Thema wie die Bevormundung der Bürger durch den Wohlfahrtsstaat.

Mit einigen zentralen Indikatoren soll dokumentiert werden, welche Einstellungen die Bevölkerung gegenüber Politik und Wohlfahrtsstaat zeigt, und wie damit verbunden öffentliche Leistungen und Aufgaben wahrgenommen und bewertet werden.

18.1 Innovationsbereitschaft, Wertewandel

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich wie in anderen westlichen Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel vollzogen. Dieser findet seinen Ausdruck auch in einer veränderten politischen Kultur. Die verfügbaren Daten machen diesen Einstellungswandel nur begrenzt sichtbar. Anhand zweier Indikatoren wird jedoch deutlich, daß „neue“ Werte inzwischen relativ stabil bei bestimmten Bevölkerungsschichten verankert sind.

Die Materialismus-Postmaterialismus-Dimension bezieht sich darauf, welchen gesellschaftlichen Zielen die Priorität eingeräumt wird. Als postmaterialistisch soll dabei gelten, wenn „Meinungsfreiheit“ und „Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen“ als vorrangig vor „Preisstabilität“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ eingestuft werden. Die umgekehrte Rangfolge der Ziele soll als materialistisch gekennzeichnet werden. Eine Innovationsbereitschaft vermuten wir dann, wenn Personen angeben, daß sie sich im Hinblick auf die Politik zu denen zählen, „die gern einmal etwas Neues wagen“. Die konservative Gegenposition ergibt sich bei den Personen, die in der Politik „gern am Alten und Bewährten festhalten“.

An den Indikatoren ist abzulesen, daß zwar eine Mehrheit der Bevölkerung als politisch innovationsbereit zu bezeichnen ist, daß aber lediglich eine Minderheit, etwa jeder sechste bis jeder zehnte, eine postmaterialistische Wertorientierung aufweist. Beide

Tab. 1: Wertorientierung und politische Innovationsbereitschaft

	Insgesamt			Geschlecht					
				Männer			Frauen		
	1978	1980	1984	1978	1980	1984	1978	1980	1984
	in %								
Wertorientierung									
Materialistisch	42	41	34	35	33	27	43	48	40
Mischtypen	48	47	50	49	53	51	48	42	48
Postmaterialistisch	11	12	16	16	14	22	9	11	12
Innovationsbereitschaft									
„Neues wagen“	54	51	—	60	58	—	48	45	—
„Am Alten und Bewährten festhalten“	37	42	—	33	38	—	40	47	—
„Weiß nicht“	10	7	—	7	5	—	12	9	—

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

Einstellungen sind insofern gut in der Bevölkerung verankert, als wesentliche Verschiebungen im Zeitverlauf 1978 bis 1984 kaum zu erkennen sind. Insgesamt zeichnet sich erwartungsgemäß eine leichte Zunahme der Mischtypen sowie der Postmaterialisten ab, während in der anderen Dimension nur unbedeutende Verschiebungen zu verzeichnen sind.

Faßt man beide Wertdimensionen zusammen, ergibt sich ein breites Spektrum gesellschaftspolitischer Einstellungen, deren Endpunkte von besonderem Interesse sind. Diese stellen eindeutig gegensätzliche Positionen dar; wir wollen sie als „traditionelle“ und „progressive“ politische Einstellungen benennen. Während insgesamt jeder vierte Bundesbürger in diesem Sinne traditionellen Werten verbunden ist (konservativ und zugleich materialistisch), äußert bereits jeder zehnte eine „neue“ Werteinstellung (vgl. Tab. 2).

Zwischen diesen Polen liegt ein breiter und diffuser Mittelbereich, in dem „alte“ und „neue“ Werte gleichermaßen vertreten werden. Es bereitet dabei vielen Personen keinerlei Schwierigkeiten, materialistisch zu sein und Innovationsbereitschaft zu zeigen, während in deutlichem Gegensatz dazu die postmaterialistischen Orientierungen mit einer konservativen Grundhaltung offenbar nicht in Übereinstimmung zu bringen sind; diese Wertekombination ist praktisch nicht vorhanden.

Welche Bedingungen und Lebensumstände führen zu den entgegengesetzten Einstellungen? Für beide Positionen sind in erster Linie die Zugehörigkeit zu bestimmten Altersgruppen und das Bildungsniveau entscheidend. Dies deutet auf eine Wertever-

Tab. 2: Traditionelle und progressive politische Einstellungen

	Traditionell „Am Alten und Bewährten festhalten“ und materialistische Orientierung	Progressiv „Neues wagen“ und postmaterialistische Orientierung
	in %	
Insgesamt	25	11
Männer	18	12
Frauen	31	9
Altersgruppen		
18–24 Jahre	2	30
25–34 Jahre	7	17
35–44 Jahre	19	8
45 Jahre und älter	40	4
Bildungsniveau		
Ohne Abschluß	34	3
Hauptschulabschluß	31	4
Mittlere Reife	15	17
Fachhochschulreife, Abitur	8	34

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980.

schiebung zu neuen Einstellungen hin, die von jüngeren Personen und von den besser Gebildeten getragen wird. Ältere Personen, Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Frauen sind mehr als andere Bevölkerungsgruppen traditionellen Wertorientierungen verhaftet. Im Gegensatz dazu gibt es etwa gleichviel Männer und Frauen mit der progressiven Werteinstellung. Auch die materiellen Lebensverhältnisse wirken sich bezeichnenderweise nur in eine Richtung aus: Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen sind, sicherlich durch den engen finanziellen Handlungsspielraum bedingt, deutlich stärker konservativ-materialistisch orientiert. Aufschlußreich ist aber auch, daß Personen mit neuen Werten in praktisch allen Einkommensgruppen zu finden sind. Progressive Einstellungen hängen demnach nicht unmittelbar von einer materiell überdurchschnittlich sicheren Existenz ab.

18.2 Gesellschaftspolitisches Interesse

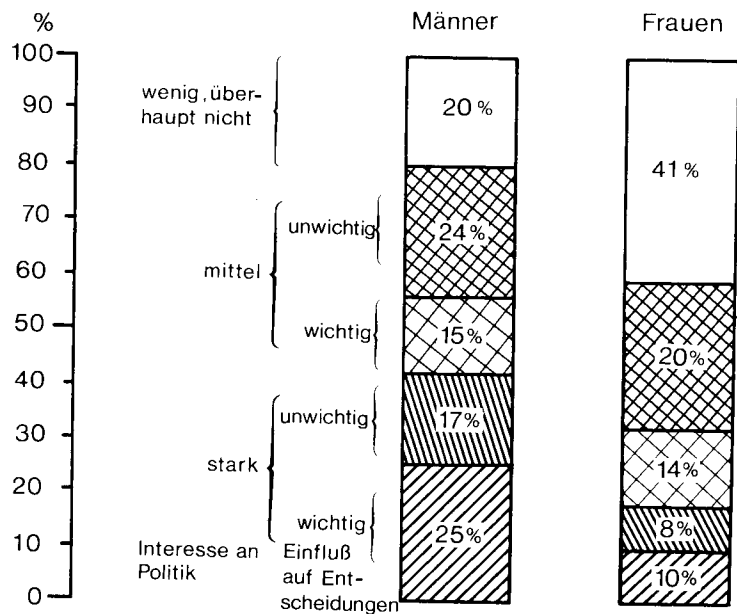
Die Fähigkeit, sich politisch zu äußern, seine Interessen und Rechte offensiv zu vertreten, ist eine wichtige Wohlfahrtskomponente. Verbunden mit dem Interesse an Politik zeigt

sich hier, welche Gruppen ein gesellschaftspolitisches Engagement aufweisen und welche in diesem Sinne politisch „arm“ sind.

Das Interesse der Bundesbürger an Politik kann man insgesamt als groß bezeichnen. Lediglich drei von zehn Bürgern sind wenig oder gar nicht an Politik interessiert. Bei den restlichen 70 % überwiegt ein mittleres Interesse. Aber ebenso wie das starke oder sehr starke Interesse ist dieses letztlich ein unverbindliches Interesse, wenn gleichzeitig die Möglichkeit, auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen, als unwichtig bewertet wird.

Ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Engagement dürfte deshalb in erster Linie dann zu vermuten sein, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: das allgemeine politische Interesse ist hoch, und die Einflußnahme auf politische Entscheidungen bzw. die Möglichkeit dazu wird als wichtig angesehen. Jeder sechste Bundesbürger hat so gesehen ein hohes gesellschaftspolitisches Engagement, wobei sich immerhin jeder vierte Mann, aber nur jede zehnte Frau entsprechend äußern. Frauen sind nicht nur weniger an Politik interessiert als Männer, sie stufen zudem die Wichtigkeit der möglichen Einflußnahme geringer ein (s. Abb. 1).

Abb. 1: Gesellschaftspolitisches Engagement bei Männern und Frauen: Interesse an Politik und Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Im allgemeinen vermutet man das höchste gesellschaftspolitische Engagement bei den besser Gebildeten, weil sie wohl am ehesten ihre Interessen auch formulieren und artikulieren, und, aufgrund der in den letzten Jahren massiv auch in der Öffentlichkeit vorgetragenen Proteste, bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen. Unsere Ergebnisse zeigen, daß diese Vermutungen nur mit Einschränkungen zutreffen. Erwartungsgemäß sind Personen mit Abitur oder mit Fachhochschulreife stärker engagiert als etwa Personen, die über keinen Bildungsabschluß oder über den Hauptschulabschluß verfügen.

Tab. 3: Gesellschaftspolitisches Engagement – Interesse an Politik und Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen

	Interesse an Politik				
	Stark		Mittel		Wenig, gar nicht
	Einfluß auf Entscheidungen wichtig	Einfluß auf Entscheidungen unwichtig	Einfluß auf Entscheidungen wichtig	Einfluß auf Entscheidungen unwichtig	Einfluß auf Entscheidungen wichtig/unwichtig
	in %				
Insgesamt	17	12	14	26	31
Bildungsniveau					
Ohne Abschluß	11	8	10	20	51
Hauptschulabschluß	10	9	14	30	37
Mittlere Reife	18	17	20	25	21
Fachhochschulr., Abitur	40	19	10	19	13
Wertorientierung nach Alter					
Materialistisch					
18–29 Jahre	7	8	8	25	53
30–39 Jahre	8	11	17	30	35
40–49 Jahre	4	9	12	34	41
50 Jahre u. älter	7	9	11	26	48
Postmaterialistisch					
18–29 Jahre	37	12	18	19	14
30–39 Jahre	37	25	17	17	4
40–49 Jahre	48	13	14	13	12
50 Jahre u. älter	55	13	12	18	4

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Unter den Personen, die jünger als 30 Jahre sind, finden wir aber nur dann höhere Anteile mit einem ausgeprägten gesellschaftspolitischen Interesse, wenn wir die jeweilige Wertorientierung unberücksichtigt lassen. Unterscheidet man verschiedene Altersgruppen danach, ob sie eine materialistische oder eine postmaterialistische Werteinstellung zeigen, dann wird gerade das Gegenteil sichtbar: Bei den Materialisten ist meist ein starkes politisches Desinteresse vorhanden und jüngere Bürger mit materialistischer Wertorientierung unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von ihren älteren Mitbürgern. Bei den Postmaterialisten äußern ältere Personen im Vergleich zu jüngeren Mitbürgern ein deutlich stärker ausgeprägtes hohes gesellschaftspolitisches Engagement.

Jüngere sind zwar häufiger als Ältere die Träger neuer Werte, ein verstärktes politisches Bewußtsein scheint damit allerdings nicht unmittelbar verbunden. Ob darin eine Distanzierung von Staat und Politik zu sehen ist, läßt sich nicht zuverlässig beurteilen.

18.3 Interesse an Politik und politische Teilhabe

Jedes Interesse an politischen Ereignissen und Themen spielt sich in gewissem Sinne nur im Privatbereich ab, wenn damit nicht ein öffentliches Engagement, z. B. durch die Mitgliedschaft in Verbänden, Parteien und Gewerkschaften, verbunden ist. Die Mitgliedschaft in solchen Organisationen eröffnet in unserem Parteienstaat die institutionellen Möglichkeiten der politischen Einflußnahme. Daneben zählen auch andere, nichtkonventionelle Aktivitäten – von der Unterschriftenaktion bis zur politischen Demonstration – zu den gesellschaftlich relevanten Möglichkeiten, Interessen wahrzunehmen und öffentlich zu vertreten.

Beide Arten, politisch aktiv zu sein, hängen auch entscheidend vom gesellschaftspolitischen Engagement und der jeweiligen Wertorientierung ab: Postmaterialisten und politisch Interessierte sind häufiger als andere Mitglieder in Parteien und Gewerkschaften und nutzen zudem das Potential nichtkonventioneller Möglichkeiten in beachtlichem Umfang (vgl. Tab. 4).

Obwohl die Frage nach Ursache und Wirkung auch in diesem Zusammenhang nicht eindeutig beantwortet werden kann – treten z. B. politisch Interessierte aus diesem Grund der Gewerkschaft bei oder sind sie mehr als andere an Politik interessiert, weil sie Gewerkschaftsmitglieder sind –, sind einige Unterschiede aufschlußreich. So ist festzustellen, daß unter den Erwerbstätigen Angestellte ein stärkeres politisches Interesse äußern als Arbeiter. Dies wirkt sich jedoch bei den beiden Berufsgruppen unterschiedlich aus: Das Interesse der Arbeiter ist zwar geringer, sie sind aber verglichen mit den Angestellten bei gleich starkem Interesse wesentlich häufiger in Gewerkschaften und auch in Parteien organisiert. Der Wandel des Beschäftigungssystems, der sich u. a. in einer Zunahme der Angestelltentätigkeiten zeigt, könnte damit dazu führen, daß das traditionelle Reservoir der Gewerkschaften allmählich schrumpft. Es wird deshalb auch für die Gewerkschaften immer mehr darauf ankommen, das an sich vorhandene politische Interesse der Angestellten für sich durch zusätzliche Mitgliedschaften zu gewinnen.

Tab. 4: Politische Teilhabe und gesellschaftspolitisches Engagement

	Insgesamt	Wertorientierung			Gesellschaftspolitisches Engagement ¹				
		Mate- rialist	Misch- typ	Post- mate- rialist	Hoch (1)	(2)	(3)	(4)	Niedrig (5)
	in %								
Mitgliedschaft in ²									
Gewerkschaft	20	13	20	23	30	20	20	16	12
Partei	5	3	8	8	19	10	7	2	2
Nichtkonventionelle Möglichkeiten ³									
Unterschriftenaktion	39	25	44	71					
Entscheidung zu beeinflussen versucht	18	14	19	34					
Teilnahme an Demonstration	8	3	7	30					

1 Zu den fünf Gruppen vgl. Darstellung in Tab. 3.

2 1984.

3 1980.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

Zu fragen ist schließlich, ob die Träger neuer Werte, d. h. die junge und besser gebildete Generation, ein anderes Rollenverständnis der politischen Teilnahme besitzen. Sie unterscheiden sich zwar auch in Hinblick auf die traditionellen Mitwirkungsmöglichkeiten, nichtkonventionelle Interessenvertretung steht aber deutlich im Vordergrund.

18.4 Öffentliche und private Lebensbereiche im Urteil der Bürger

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß auch und gerade bei der Zufriedenheitsbewertung markante Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Lebensbereichen auftreten (vgl. Teil II, Kap. 3). Zu fragen ist deshalb: Gibt es bestimmte Gruppen in der Bevölkerung, die den öffentlichen Bereich durchgängig negativ, ihre privaten Angelegenheiten dagegen „einheitlich“ positiv bewerten? Läßt sich die Anspruchshaltung an Staat und Politik in dem Sinne nachweisen, daß gerade die politisch Interessierten und die Träger neuer Werte den wohlfahrtsstaatlichen Aufgabenbereichen besonders kritisch gegenüberstehen?

Das Netz der sozialen Sicherung, die innere Sicherheit und der Umweltschutz sind Bereiche, für die der Wohlfahrtsstaat verantwortlich ist (vgl. Teil II, Kap. 19). Die individuelle Beurteilung dieser Bereiche dokumentiert deshalb auch, inwieweit wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen in der Wahrnehmung der Bürger ihren Aufgaben gerecht werden. Insgesamt scheint sich dabei tatsächlich ein erhebliches Maß an Kritik zu manifestieren, wenn in bestimmten Bereichen, wie vor allem beim Umweltschutz (vgl. Teil II, Kap. 14), derart massiv Unzufriedenheit geäußert wird.

Verglichen mit Aspekten des privaten Lebensraumes schneiden öffentliche Bereiche schlechter ab – eine eindeutige Polarisierung zwischen „öffentlich“ und „privat“ läßt sich allerdings nicht aufrechterhalten. Vielmehr zeichnet sich innerhalb der drei öffentlichen Aufgabenbereiche eine klare Rangordnung ab. Während das Netz der sozialen Sicherung insgesamt positiv beurteilt wird und im Vergleich mit den ausgewählten privaten Bereichen nicht generell negativer abschneidet, trifft dies für den Bereich der inneren Sicherheit nur bedingt und für den Umweltschutz überhaupt nicht zu.

Zwei von drei Bürgern sind mit privaten Aspekten durchgängig zufriedener als mit dem Umweltschutz (vgl. Tab. 5); praktisch jeder zweite Bundesbürger ist mit privaten Bereichen zufriedener als mit der öffentlichen Aufgabe der inneren Sicherheit. Demgegenüber bewertet lediglich jeder vierte sein Einkommen, seinen Lebensstandard, seine

Tab. 5: Öffentliche und private Lebensbereiche –
Vergleich der Zufriedenheitsbewertungen

Private Lebensbereiche	Öffentliche Lebensbereiche		
	Netz der sozialen Sicherung	Innere Sicherheit	Umweltschutz
	in %		
Von jeweils 100 Bürgern sind mit ihrem/ihrer			
Einkommen	40	64	81
Lebensstandard	47	71	85
Freizeit	55	73	86
Wohnung	59	77	90
zufriedener als mit dem einzelnen öffentlichen Bereich			
darunter: mit allen privaten Bereichen sind zufriedener	24	48	68
mit höchstens 1 privatem Bereich zufriedener	17	10	5
mit keinem privaten Bereich zufriedener	24	11	3

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Wohnung und Freizeit generell höher als das System der sozialen Sicherung. Der gleiche Anteil (24 %) ist mit keinem dieser Aspekte des privaten Lebensraumes zufriedener als mit dem sozialen Netz in der Bundesrepublik.

Die Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz ist besonders groß, wobei die postmateriale Wertorientierung und ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Interesse dies zusätzlich verstärken. Weniger eindeutig ist die Lage bei der sozialen Sicherung und der inneren Sicherheit. Für den Bereich der inneren Sicherheit läßt sich zeigen, daß die Träger neuer Werte und die politisch Interessierten differenzierter als andere ihre Einschätzungen abgeben: Die Privatsphäre rangiert nicht eindeutig über dem öffentlichen Bereich.

Insgesamt spricht somit einiges dafür, daß die beiden Lebenssphären öffentlich bzw. privat nicht mit der Dimension Unzufriedenheit – Zufriedenheit zusammenfallen. Unzufriedenheit in der einen Sphäre scheint nicht durch Zufriedenheit in der anderen ausgeglichen werden zu müssen. Der einzelne hat zwar ein gewisses Zufriedenheitsbedürfnis, und insgesamt werden öffentliche Angelegenheiten weniger positiv wahrgenommen, es ist jedoch nicht so, daß ein bestimmtes Maß an Zufriedenheit durch unterschiedliche Einschätzungen der öffentlichen und privaten Sphäre ausgeglichen wird.

Die Bevölkerung beurteilt anscheinend dann einen öffentlichen Bereich in besonderem Maße kritisch, wenn er, wie im Falle des Umweltschutzes, zur öffentlichen Angelegenheit wird, d. h. wenn er auch als Thema der öffentlichen politischen Debatte erscheint. Dann kommt zusätzlich das gesellschaftliche Engagement der Bürger in der Zufriedenheitsbewertung zum Ausdruck. Dies trifft für das soziale Netz und für die innere Sicherheit nur bedingt zu. Auch das System der sozialen Sicherung ist Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung, jedoch nicht in dem Maße wie der Umweltschutz. Die faktische oder potentielle Betroffenheit ist geringer, und zweifellos verhindert das Bewußtsein der Bürger, über „unkündbare Anrechte“ auf Versorgung im Krankheitsfall, im Alter und bei Arbeitslosigkeit zu verfügen, eine durchschlagende negative Einschätzung. Das letztlich dabei erkennbare Vertrauen in die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen wird trotz aller Kritik nicht beeinträchtigt. Es scheint so, als ob die fiskalische Krise der Sicherungssysteme nicht oder noch nicht als existentielles Problem von der Bevölkerung wahrgenommen wird.

(Roland Habich)

19 Öffentliche und private Aufgaben

Der Staat ist im Verlauf seiner Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat immer mehr zum Adressaten der Ansprüche seiner Bürger geworden. Die Vielzahl der öffentlichen Leistungen reicht inzwischen in fast alle Lebensbereiche hinein, und einzelne Bereiche beanspruchen einen beachtlichen Anteil des öffentlichen Haushaltes (vgl. Teil I, Kap. 11). Die aktuelle Diskussion konzentriert sich vor allem auf zwei Aspekte. Auf der einen Seite wird nicht nur eine allgemeine Anspruchssteigerung der Bürger festgestellt, sondern häufig auch eine Ausweitung ihrer Ansprüche in dem Sinne, daß bislang von nichtstaatlichen Gruppen und privaten Kräften wahrgenommene Aufgaben zunehmend an den Staat übertragen werden sollen. Auf der anderen Seite gibt es immer wieder politisch motivierte Maßnahmen, in den verschiedensten Bereichen „weniger Staat“ durchzusetzen. Ein Ziel besteht dabei darin, dem einzelnen Bürger und gesellschaftlichen Gruppen mehr eigenständige Verantwortung zu übertragen.

Politischer Handlungsbedarf nach beiden Seiten ist dann angezeigt, wenn in der Bevölkerung ein Konsens, wer für einzelne Aufgaben und Leistungen in erster Linie die Verantwortung tragen soll, nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden ist. Für eine Reihe von gesellschaftlichen Aufgaben soll deshalb gezeigt werden,

- wie die Bevölkerung die tatsächliche Aufgabenverteilung wahrnimmt: Wer ist dafür in erster Linie zuständig?
- und welchen gesellschaftlichen Akteuren (Staat – Gruppen und gesellschaftlichen Einrichtungen – privaten Kräften) die Zuständigkeit zugewiesen wird: Wer sollte dafür in erster Linie zuständig sein?

Aus dem Ist-Soll-Vergleich wird nicht nur ersichtlich, welche Erwartungshaltungen die Bürger an staatliche und nichtstaatliche Institutionen richten, sondern auch, in welchen Bereichen „weniger Staat“ oder „mehr Staat“ gefordert wird.

Vor dem Hintergrund von Diskussionen über eine (Legitimitäts-)Krise des Wohlfahrtsstaates aufgrund von Politisierung oder Depolitisierung von Wohlfahrtsbereichen, lassen sich die Ansprüche der Bürger an den Wohlfahrtsstaat in einem allgemeineren Sinn charakterisieren: „Mehr Staat“ in einem bestimmten Lebensbereich wird als „Politisierung“ des entsprechenden Wohlfahrtsanspruches verstanden, während „weniger Staat“ als Ausdruck einer „Depolitisierung“ gesehen wird¹. Ansprüche dienen dabei als Ankerpunkt für den Vergleich von Realität und Norm: wer ist, wer sollte zuständig sein.

1 Für wertvolle Anregungen zu dieser Thematik danken wir den Mitarbeiterinnen des Projekts „Depolitisierung und Politisierung von Wohlfahrtsansprüchen“ und dem Projektleiter Max Kaase.

19.1 Öffentliche und private Aufgaben – wer ist tatsächlich zuständig?

Bei den hier vorgestellten Aufgaben handelt es sich um insgesamt 15 ausgewählte Leistungsbereiche, die in unterschiedlichem Ausmaß die Lebensbedingungen der Bevölkerung beeinflussen. Sie unterscheiden sich u.a. darin, daß der Staat für einige Aufgabenbereiche erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen muß, während er in anderen Bereichen in erster Linie allgemeine politische Richtlinien und Rahmenbedingungen vorgibt.

Insgesamt läßt sich zeigen, daß in der Wahrnehmung der Bevölkerung der Staat fast durchgängig als wichtigster zuständiger Akteur gesehen wird; dies sogar in solchen Bereichen, in denen sich seine Rolle eher auf gesetzgeberische Maßnahmen beschränkt. Gruppen und gesellschaftliche Einrichtungen, wie z. B. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen oder Bürgerinitiativen, tragen in der Sicht eines größeren Teils der Bürger nur dort die Hauptverantwortung, wo personale Dienstleistungen im Vordergrund stehen: bei der Betreuung und Hilfe für bedürftige, kranke sowie alte Menschen. Private Kräfte, zu denen neben dem einzelnen Bürger auch private marktwirtschaftliche Unternehmen zählen, werden von einem größeren Teil der Bevölkerung lediglich in drei der ausgewählten Bereiche als die wichtigsten zuständigen Akteure wahrgenommen: dazu zählen die „moralischen Vorstellungen und Leitbilder der Menschen“, der Bereich der Wohnungsverversorgung und die Schaffung und Erhaltung der Arbeitsplätze. Aber private Kräfte werden selbst bei diesen Aufgaben seltener als der Staat für faktisch zuständig gehalten. Der Staat wird von der Mehrheit der Bevölkerung auch dann als entscheidende handelnde Kraft wahrgenommen, wenn er sich selbst weniger als zentralen Akteur versteht (vgl. Tab. 1).

Verschiedene Bevölkerungsgruppen weichen in ihrer Wahrnehmung nur wenig von diesem allgemeinen Muster ab. Wenn es um die Sicherung der materiellen Existenzgrundlagen oder um wichtige Infrastruktureinrichtungen geht, dann sehen jüngere und ältere Bürger, Männer und Frauen, Personen mit niedrigem oder höherem Bildungsniveau in erster Linie staatliche Einrichtungen als zuständige Institution. Lediglich in Aufgabenbereichen, die neben einem hohen finanziellen Beitrag des Staates einen hohen personellen Einsatz benötigen (soziale Dienstleistungen der Betreuung), finden wir einige Unterschiede in der Wahrnehmung der Bevölkerung: Jüngere Bevölkerungsgruppen sehen z. B. weniger häufig als ältere Bürger den Staat als zuständige Kraft, sondern nehmen zum Teil in beachtlichem Ausmaß nichtstaatliche Gruppen als zuständige Instanz wahr.

19.2 Wer sollte für gesellschaftliche Aufgaben zuständig sein?

Stärkere Unterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen ergeben sich bei den Antworten auf die Frage, wer für jede einzelne dieser 15 Aufgaben zuständig sein soll.

Man kann dabei folgende Tendenz erkennen: Jüngere Bürger sind weniger als ältere Bürger, Personen mit höherer Bildung weniger als solche mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Personen mit einer postmaterialistischen Einstellung weniger als Personen mit einer materialistischen Wertorientierung bereit, dem Staat die Hauptzuständigkeit zuzuschreiben.

Trotz dieser Unterschiede bleibt aber letztendlich die zentrale Rolle des Wohlfahrtsstaates unbestritten: In acht der 15 Aufgabenbereiche sollte nach Meinung von jeweils mehr als 75 % der Bürger in erster Linie der Staat zuständig sein, in vier weiteren Bereichen ist immerhin noch jeder zweite Bundesbürger der Auffassung, daß der Staat die Verantwortung zu tragen hätte (vgl. Tab. 2).

Die größte Übereinstimmung über die Rolle des Wohlfahrtsstaates besteht im Bereich der sozialen Sicherung. Für die Sicherung der materiellen Lebensverhältnisse bei Arbeitslosigkeit, im Alter und für sozial Schwache sollte der Staat zuständig sein. In keinem

Abb. 1: Verantwortungszuschreibung bei 15 gesellschaftlichen Aufgaben¹

<i>Gruppe 1:</i> Zentrale staatliche Aufgabenbereiche	<i>Gruppe 2:</i> Staatliche Aufgaben mit Privatisierungs- potential	<i>Gruppe 3:</i> Staatliche und nichtstaatliche (soziale) Dienstleistungen	<i>Gruppe 4:</i> „Private“ Aufgabenbereiche
(1) Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	(1) Öffentliche Verkehrsmittel	(1) Betreuung und Hilfe für kranke Menschen	(1) Rundfunk und Fernsehen
(2) Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	(2) Versorgung und Entsorgung	(2) Betreuung und Hilfe für alte Menschen	(2) Moralische Vorstellungen und Leitbilder
(3) Finanzielle Absicherung im Alter		(3) Betreuung und Hilfe für bedürftige und gefährdete Menschen	(3) Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen
(4) Medizinische Versorgung für alle		(4) Finanzielle Absicherung für sozial Schwache	(4) Angemessener Wohnraum für alle
		(5) Umweltschutz	

¹ Ergebnis aus Analysen zur Frage „Wer sollte Ihrer Meinung nach (für jede Aufgabe) zuständig sein“
Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 1: Aufgaben und Leistungen in der Gesellschaft – Zuständigkeit in der Wahrnehmung der Bevölkerung

	Staat ¹	Gruppen, gesellschaftliche Einrichtungen	Private Kräfte
	in %		
Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	94	5	1
Finanzielle Absicherung im Alter	91	6	3
Finanzielle Hilfe für sozial Schwache	90	9	1
Versorgung und Entsorgung (z.B. mit Strom, Müllabfuhr, Postzustellung)	89	7	4
Öffentliche Verkehrsmittel (z.B. Bus, Straßenbahn, Eisenbahn)	87	8	5
Umweltschutz	83	11	6
Medizinische Versorgung für alle	77	15	7
Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	76	19	5
Angemessener Wohnraum für alle	66	10	24
Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen	65	10	25
Rundfunk und Fernsehen	55	34	12
Betreuung und Hilfe für bedürftige und gefährdete Menschen (z.B. für Behinderte, mißhandelte Frauen, Drogenabhängige, Haftentlassene)	54	42	4
Betreuung und Hilfe für kranke Menschen	50	44	5
Betreuung und Hilfe für alte Menschen	48	45	7
Moralische Vorstellungen und Leitbilder der Menschen	30	47	22

¹ Staat: Dazu gehören z.B. in Bund, Ländern und Gemeinden: Regierung, Gesetzgeber, staatliche und staatlich kontrollierte Einrichtungen, Ämter und Behörden. – Gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen: Dazu gehören z.B.: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Massenmedien. – Private Kräfte: Dazu gehören z.B.: Marktwirtschaft, private Unternehmen, Privatkreis, jeder selbst.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Tab. 2: Aufgaben und Leistungen in der Gesellschaft – gewünschte Zuständigkeit

	Staat ¹	Gruppen, gesellschaftliche Einrichtungen	Private Kräfte
	in %		
Finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit	92	6	2
Finanzielle Absicherung im Alter	89	6	5
Finanzielle Hilfe für sozial Schwache	88	11	2
Versorgung und Entsorgung (z. B. mit Strom, Müllabfuhr, Postzustellung)	77	8	15
Öffentliche Verkehrsmittel (z. B. Bus, Straßenbahn, Eisenbahn)	75	9	10
Umweltschutz	82	9	10
Medizinische Versorgung für alle	78	15	7
Finanzielle Absicherung im Krankheitsfall	77	17	6
Angemessener Wohnraum für alle	69	11	21
Beschaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen	66	11	23
Rundfunk und Fernsehen	41	33	25
Betreuung und Hilfe für bedürftige und gefährdete Menschen (z. B. für Behinderte, mißhandelte Frauen, Drogenabhängige, Haftentlassene)	56	39	5
Betreuung und Hilfe für kranke Menschen	52	41	7
Betreuung und Hilfe für alte Menschen	49	41	10
Moralische Vorstellungen und Leitbilder der Menschen	30	43	27

1 Staat: Dazu gehören z. B. in Bund, Ländern und Gemeinden: Regierung, Gesetzgeber, staatliche und staatlich kontrollierte Einrichtungen, Ämter und Behörden. – Gesellschaftliche Gruppen und Einrichtungen: Dazu gehören z. B.: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Kirchen, Massenmedien. – Private Kräfte: Dazu gehören z. B.: Marktwirtschaft, private Unternehmen, Privatkreis, jeder selbst.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

anderen von uns abgefragten Bereich wird der Staat in diesem Ausmaß in die Pflicht genommen.

Im Kontrast dazu stehen die Bereiche „Betreuung und Hilfe für alte Menschen“, „Rundfunk und Fernsehen“ sowie „moralische Vorstellungen und Leitbilder“, in denen die Mehrheit der Bevölkerung die Zuständigkeit nichtstaatlichen Kräften zuweist.

In den Antworten auf die Frage, wer zuständig sein sollte, dokumentieren sich unterschiedliche Ansprüche an staatliche Institutionen. Diese lassen sich entlang der Trennungslinie Staat – Nichtstaatliche Kräfte zu insgesamt vier Gruppen zusammenfassen (vgl. Abb. 1):

- Die erste Gruppe umfaßt die beschriebenen Aufgaben des Netzes der sozialen Sicherung und schließt die medizinische Versorgung ein. Hier handelt es sich eindeutig um die zentralen staatlichen Aufgabenbereiche.
- In der zweiten Gruppe finden sich die beiden infrastrukturellen Bereiche „Versorgung und Entsorgung“ sowie „öffentliche Verkehrsmittel“. Auch dafür sollte in erster Linie der Staat zuständig sein, aber fast jeder sechste Bundesbürger wünscht die Zuständigkeit bei privaten Kräften. In keinem anderen Bereich ergibt sich eine so große Privatisierungsbestrebung.
- Die dritte Gruppe ist heterogener: Soziale Dienstleistungen, die finanzielle Absicherung für sozial Schwache und auch der Umweltschutz zeichnen sich durch ähnliche Zuweisungen aus: Die Zuständigkeit sollte entweder beim Staat oder auch bei gesellschaftlichen Gruppen liegen; tendenziell wird eine Ausweitung der staatlichen Fürsorge gewünscht.
- Die vierte Gruppe schließlich faßt die Aufgaben zusammen, für die am ehesten die Bezeichnung „private Aufgaben“ zutrifft. Der Wohlfahrtsstaat hat zwar auch in diesen Bereichen seine spezifische Verantwortung, aber jeweils mehr als jeder fünfte Bürger weist die eigentliche Zuständigkeit privaten Kräften zu.

19.3 „Mehr“ oder „weniger“ Staat? Zuständigkeitszuschreibung und -verlagerung bei einzelnen Aufgaben

Von allen möglichen Zuständigkeitsveränderungen, die in einem Ist-Soll-Vergleich auftreten können, sollen hier lediglich die beiden wichtigsten interessieren: die Verlagerung vom Staat zu nichtstaatlichen Gruppen bzw. privaten Kräften („weniger Staat“) sowie die umgekehrte Verschiebung von nichtstaatlichen Kräften zu staatlichen Einrichtungen („mehr Staat“). Verschiebungen zwischen Gruppen/gesellschaftlichen Einrichtungen und privaten Kräften bleiben unberücksichtigt.

Bei einigen Aufgabenbereichen wird der Status quo von der Bevölkerung in besonders hohem Maße akzeptiert. Dazu zählen die Leistungsangebote des Netzes der sozialen Sicherung, die medizinische Versorgung und auch der Aspekt der „Leitbilder“.

Tendenziell „mehr Staat“, d. h. eine Politisierung, scheint von den Bundesbürgern dann gewünscht zu werden, wenn die bisherige staatliche Zuständigkeit als vergleichsweise niedrig wahrgenommen wird, wie z. B. im Bereich des Wohnungs- und Arbeitsmarktes, während Depolitisierung, also „weniger Staat“, bei Aufgaben zu beobachten ist, in denen in der Sicht der Bürger staatliches Handeln dominiert (Infrastrukturbereiche). So gesehen könnte man einen allgemeinen Trend zu einem eher mittleren gewünschten staatlichen Engagement vermuten. Dies trifft aber offensichtlich für den Bereich Rundfunk und Fernsehen nicht zu: Verhältnismäßig wenig Bürger nehmen die Zuständigkeit beim Staat wahr, aber noch weniger wünschen staatlichen Einfluß in diesem Bereich.

Soziale Dienste sind wie der Bereich des Umweltschutzes nicht eindeutig diesem Schema zuzuordnen. Insgesamt zählen soziale Dienste zu den Aufgaben, für die am häufigsten Verlagerungen der Zuständigkeit gewünscht werden. Diese Verschiebungen gehen jedoch in beide Richtungen, wobei – mit Ausnahme des Umweltschutzes (vgl. Teil II, Kap. 14) – ein leichtes Übergewicht für „mehr Staat“ zu verzeichnen ist.

Anhand der drei Aufgaben „öffentliche Verkehrsmittel“, „Betreuung und Hilfe für Bedürftige und Gefährdete“ und „Rundfunk und Fernsehen“, die nach unserer Unterscheidung verschiedene Aufgabenkategorien repräsentieren (vgl. Abb. 2), soll gezeigt werden, wie

Abb. 2: Ist-Soll-Vergleich der Zuständigkeit für einzelne Aufgaben

Aufgaben mit nur geringen Verschiebungen zwischen Ist und Soll	Aufgaben mit deutlichen Verschiebungen zwischen Ist und Soll	
	„Mehr Staat“ in %	„Weniger Staat“ in %
Finanzielle Absicherung	Angemessener Wohnraum	Versorgung und Entsorgung
– bei Arbeitslosigkeit	10,3	14,4
– im Alter	Beschaffung und Erhaltung	Öffentliche Verkehrsmittel
– im Krankheitsfall	von Arbeitsplätzen	14,1
– für sozial Schwache		Rundfunk und Fernsehen
Medizinische Versorgung		17,9
für alle		
Moralische Vorstellungen und Leitbilder	Betreuung und Hilfe	
	– für Bedürftige	12,0
	– für kranke Menschen	9,5
	– für alte Menschen	10,1
	Umweltschutz	2,5
		10,7

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

das jeweilige Veränderungspotential einzustufen ist. Ausgehend vom wahrgenommenen Status quo der Zuständigkeit wird dokumentiert, wie umfangreich der Anteil derjenigen ist, die eine Veränderung nach „mehr“ oder „weniger“ Staat wünschen.

Im Bereich „öffentliche Verkehrsmittel“ wünscht ein beachtlich hoher Anteil der Bevölkerung (14 %) eine Verringerung der staatlichen Verantwortung. Dies ändert allerdings nichts daran, daß die große Mehrheit der Bevölkerung am Status quo festhält. Keine staatliche Zuständigkeit wird vor allem von Personen mit höherer Bildung vertreten.

Im Bereich „Betreuung und Hilfe für Bedürftige und Gefährdete“ finden bei der Zuständigkeitszuschreibung erhebliche Austauschprozesse statt, die im Ergebnis den Status quo nahezu reproduzieren. Für staatliche Verantwortung sprechen sich insbesondere jüngere Bürger sowie überraschenderweise politisch interessierte Personen und solche mit einer postmaterialistischen Orientierung aus.

„Rundfunk und Fernsehen“ ist der einzige Bereich, in dem der Ist-Soll-Vergleich deutlich zugunsten von Gruppen, gesellschaftlichen Einrichtungen und privaten Kräften ausfällt. Fast jeder fünfte Bürger (18 %) ist für einen Abbau staatlicher Zuständigkeit. Dieser Wunsch wird in praktisch allen Bevölkerungsgruppen geäußert. Lediglich unter älteren Bundesbürgern und Personen ohne Bildungsabschluß spricht sich eine Mehrheit für die Verantwortlichkeit des Staates aus.

19.4 Öffentliche und private Aufgaben: Ausbau oder Abbau staatlicher Zuständigkeit?

Alles in allem wird der Staat von der großen Mehrheit der Bevölkerung als die zentrale Instanz für die ausgewählten Aufgaben wahrgenommen. Nach Meinung der Bundesbürger ist er im Durchschnitt für 11 der insgesamt 15 Bereiche zuständig. Läßt sich nun, ausgehend von diesem hohen Niveau staatlicher Verantwortung, eine Ausweitung der Ansprüche der Bürger nachweisen oder wird im Gegensatz dazu eher ein Abbau zugunsten nichtstaatlicher Verantwortungsträger gewünscht?

Trotz den zum Teil beachtlichen Zuständigkeitsverschiebungen in den einzelnen Aufgabenbereichen läßt sich im Endeffekt kein großes Veränderungspotential feststellen. Die tatsächliche Verantwortungsverteilung auf Staat, Gruppen und gesellschaftliche Einrichtungen sowie auf private Kräfte wird nicht in Frage gestellt. So wollen etwa sechs von zehn Bürgern in keinem einzigen Aufgabenbereich dem Staat die Hauptzuständigkeit übertragen, und etwa jede zweite Person will in keinem Bereich staatliche Verantwortung reduzieren. Für eine Beibehaltung des Status quo in allen 15 Aufgabenbereichen spricht sich immerhin jeder vierte Bundesbürger aus; drei von vier wünschen sich darüber hinaus bei mindestens 11 der 15 Aufgaben keine Veränderung. Der dementsprechend seltene Wunsch nach einer Verlagerung der Zuständigkeit bei mehr als zwei Aufgaben geht überwiegend in Richtung „weniger Staat“.

Tab. 3: Ausweitung oder Reduzierung der Ansprüche an den Staat?

	Insgesamt	Männer	Frauen
	in %		
Beibehaltung des Status quo (Ist = Soll)			
bei keiner Aufgabe	3	2	3
bei 1–5 Aufgaben	3	2	3
bei 6–10 Aufgaben	22	25	20
bei 11–14 Aufgaben	49	49	49
bei allen 15 Aufgaben	24	22	25
„Mehr Staat“			
bei keiner Aufgabe	62	62	62
bei 1–2 Aufgaben	26	26	27
bei 3 u. mehr Aufgaben	12	13	11
„Weniger Staat“			
bei keiner Aufgabe	54	50	57
bei 1–2 Aufgaben	28	30	26
bei 3 u. mehr Aufgaben	18	20	17

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984

Insgesamt kann von einer Anspruchssteigerung bzw. -verlagerung an den Staat – zumindest bei den 15 ausgewählten Bereichen – nicht die Rede sein. Das umfangreiche Engagement des Wohlfahrtsstaates, vor allem in den Bereichen der Einkommenssicherung, wird von der Bevölkerung in hohem Maße akzeptiert. Diesen Befund als Beleg für eine zunehmende „Empfängermalität“ zu werten, scheint uns übertrieben. Der Grund für diese hohe Akzeptanz dürfte vielmehr die Einsicht sein, daß der einzelne kaum mehr in der Lage ist, für die materielle Daseinsabsicherung in allen Lebenslagen zu sorgen. In Bereichen, in denen die finanziellen Ressourcen durch den Staat garantiert werden, zeigen die Bürger durchaus die Bereitschaft, eigene Verantwortung zu übernehmen bzw. sie auf nichtstaatliche Gruppen zu übertragen.

(Sigrid Breuer/Roland Habich)

Literaturverzeichnis

1. Publikationen des Statistischen Bundesamtes

Bei den im Teil I enthaltenen Angaben handelt es sich überwiegend um Ergebnisse der amtlichen Statistik. Als grundlegende Quellen dienten folgende allgemeine Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes:

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland (j)
Wirtschaft und Statistik – Monatszeitschrift
Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung (2j)
Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer (j)
Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972
Bildung im Zahlenspiegel (j)
Die Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland 1979
Das Wohnen in der Bundesrepublik Deutschland 1981
Zur Situation der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland 1981
Frauen in Familie, Beruf und Gesellschaft 1983
Strukturdaten über Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland 1983
Zur Situation der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland 1985
Im Blickpunkt: Der Mensch. Ausgabe 1985

Fachserien:

- 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
- 2 Unternehmen und Arbeitsstätten
- 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
- 4 Produzierendes Gewerbe
- 5 Bautätigkeit und Wohnungen
- 6 Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr
- 7 Außenhandel
- 8 Verkehr
- 9 Geld und Kredit
- 10 Rechtspflege
- 11 Bildung und Kultur
- 12 Gesundheitswesen
- 13 Sozialleistungen
- 14 Finanzen und Steuern
- 15 Wirtschaftsrechnungen
- 16 Löhne und Gehälter
- 17 Preise
- 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
- 19 Umweltschutz

2. Publikationen aus dem Sonderforschungsbereich 3

Bei den in Teil II vorgelegten Daten handelt es sich weitgehend um Ergebnisse der drei Wohlfahrtssurveys, die 1978, 1980 und 1984 durch den Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim erhoben worden sind. Neben bisher unveröffentlichten Daten wurden insbesondere folgende Publikationen verwendet:

Berger, R./Glatzer, W.: Wohnbedingungen und wahrgenommene Wohnqualität in der Bundesrepublik Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/1985.

Berger, R./Mohr, H.-M.: Ausgewählte Aspekte der Wohlfahrtsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1978 bis 1984, in: Franz, H.-W. (Hrsg.): Beiträge aus den Sektions- und Ad-hoc-Veranstaltungen des 22. Deutschen Soziologentages, Opladen 1985, S. 296–298.

Berger, R./Mohr, H.-M.: Lebensqualität in der Bundesrepublik 1978 und 1984, in: Soziale Welt, Heft 4/1985.

Glatzer, W.: Soziale Probleme und Zufriedenheit (Kurzfassung), in: Schulte, W. (Hrsg.): Soziologie in der Gesellschaft. Universität Bremen: Tagungsberichte Nr. 3/1981, S. 118–122.

Glatzer, W.: Soziale Probleme und Zufriedenheit, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.): Unbeabsichtigte Folgen sozialen Handelns, Frankfurt/New York 1982, S. 51–86.

Glatzer, W.: Einkommensverteilung und Einkommenszufriedenheit, in: Mannheimer Berichte 22, Mannheim 1983, S. 624–630.

Glatzer, W.: Haushaltsproduktion in der modernen Gesellschaft. Repräsentative Daten zum Lebensstil in der Bundesrepublik, in: Heckmann, F./Winter, P. (Hrsg.): 21. Deutscher Soziologentag. Beiträge der Sektions- und Ad-hoc-Gruppen, Opladen 1983, S. 242–245.

Glatzer, W.: Wohlfahrtssurveys – Neue Daten für sozialwissenschaftliche Theorien und Gesellschaftspolitik, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J. (Hrsg.): Gesellschaftliche Berichterstattung zwischen Theorie und politischer Praxis, Frankfurt/New York 1983, S. 181–200.

Glatzer, W./Berger, R.: Household Composition, Social Networks and Household Production, in: Gaertner, W./Wenig, A. (Hrsg.): The Economics of the Shadow Economy, Berlin, Heidelberg, New York, Tokyo 1985, S. 330–351.

Glatzer, W./Berger-Schmidt, R. (Hrsg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe, Frankfurt/New York (im Erscheinen).

Glatzer, W./Volkert, M.: Lebensbedingungen und Lebensqualität alter Menschen, in: Zeitschrift für Gerontologie Nr. 13/1980, S. 247–260.

Glatzer, W./Zapf, W.: Die Lebensqualität der Bundesbürger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/84, S. 3–25.

Glatzer, W./Zapf, W. (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York 1984.

Habich, R.: Berufliche Wertorientierungen und Wohlfahrtsbeiträge – Relevanz und Auswirkungen beruflicher Ansprüche an die Arbeit, in: Hoffmann-Nowotny, H.-J./Gehr-

mann, F. (Hrsg.): Ansprüche an die Arbeit. Umfragedaten und Interpretationen, Frankfurt/New York 1984, S. 45–73.

Lang, S.: Junge Leute zwischen 18 und 25: Einstellungen und Aktivitäten, in: Materialien zur politischen Bildung, Heft 3/1979, S. 50–55.

Lang, S./Volkert, M.: Wie die Gesellschaft oder doch anders? Einstellungen und Verhaltensweisen von Gewerkschaftsmitgliedern, in: Materialien zur politischen Bildung, Heft 3/1980, S. 63–66.

Noll, H.-H.: Arbeitsplatzsuche und Stellenfindung, in: Knepel, H./Hujer, R. (Hrsg.): Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt, Frankfurt/New York 1985, S. 275–303.

Siara, Ch.: Komponenten der Wohlfahrt. Materialien zu Lebensbedingungen und Lebensqualität, Frankfurt/New York 1980.

Zapf, W.: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität, in: Matthes, J. (Hrsg.): Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt/New York 1979, S. 767–790.

Zapf, W./Bracht, W./Glatzer, W./Habich, R./Herget, H./Siara, Ch.: Der Wohlfahrtssurvey 1980 – Erste Ergebnisse, in: Schulte, W. (Hrsg.): Soziologie in der Gesellschaft. Universität Bremen: Tagungsberichte Nr. 3/1981, S. 150–155.

Zapf, W./Glatzer, W.: Lebensbedingungen und Wohlbefinden, in: Schöne, H. (Hrsg.): Der tiefere Grund. DFG Forschungsalmannach '85, Bonn-Bad Godesberg 1985, S. 117–132.

3. Ergänzende Literatur

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (Hrsg.): Energiebilanzen der Bundesrepublik Deutschland (j).

Ballerstedt, E./Glatzer, W.: Soziologischer Almanach, 3. Aufl., Frankfurt/New York 1979.

Blab, J. u. a. (Hrsg.): „Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen in der Bundesrepublik Deutschland“, Greven 1984.

Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (m).

Dies. (Hrsg.): Arbeitsstatistik-Jahreszahlen (j).

Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (Hrsg.): Geschäftsbericht (j).

Bundesausgleichsamt (Hrsg.): Statistik über Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (j).

Dass. (Hrsg.): Statistik über den Lastenausgleich (vj, hj).

Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): Qualifikation und Berufsverlauf, Berlin 1981.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.): BIB-Mitteilungen (unregelmäßig).

Dass. (Hrsg.): Generatives Verhalten und ausgewählte Lebensbedingungen, bearbeitet von R. Schulz u. a. (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 19), Wiesbaden 1980.

Dass. (Hrsg.): Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft – Demographie (vj).

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzbericht (j).

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Forschung und Technologie (Hrsg.): Umweltforschungsbericht der Bundesregierung, Bonn 1980.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Arbeits- und Sozialstatistik (j).

Dass. (Hrsg.): Einkommens- und Vermögensverteilung 1979, Bonn 1980.

Dass. (Hrsg.): Sozialbericht (j).

Dass. (Hrsg.): Materialband zum Sozialbudget (j).

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Berufsbildungsbericht (j).

Dass. (Hrsg.) Bildung – Wissenschaft – Aktuell, Berichtssystem Weiterbildungsverhalten 1982.

Dass. (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1984/85.

Dass. (Hrsg.): Informationen Bildung – Wissenschaft (m).

Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.): Geschäftsbericht (j).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Münster-Hiltrup (j).

Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.): Daten des Gesundheitswesens, Bonn (j).

Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): Bundesbaublatt (m).

Bundesministerium für Verkehr (Hrsg.): Verkehr in Zahlen (j).

Bundesministerium für Wirtschaft: Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland (m).

Dass. (Hrsg.): Jahreswirtschaftsbericht (j).

Dass.: Leistung in Zahlen (j).

Dass.: Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983, Bonn 1984.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Geschäftsbericht (j).

Dies. (Hrsg.): Monatsbericht, Statistische Beihefte zu den Monatsberichten, Reihe 1 bis 5.

Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden (j).

Ingelhart, R.: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: The American Political Science Review 65/1971, S. 991–1017.

Kessel, H.: Stand und Veränderung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, England und den Vereinigten Staaten. Diskussionspapier II UGup 83–9 des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin 1983.

Kraftfahrt-Bundesamt/Bundesanstalt für Güterfernverkehr (Hrsg.): Statistische Mitteilungen des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (m).

Dies.: Gemeinsamer Jahresbericht des Kraftfahrt-Bundesamtes und der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (j).

Lexikon-Institut Bertelsmann (Hrsg.): Tatsachen über Deutschland, 4. Auflage, Gütersloh 1984.

Luftfahrt-Bundesamt (Hrsg.): Monatsbericht (m).

Mayer, K. U.: Soziale Ungleichheit und Mobilität, in: Zapf, W. (Hrsg.): Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Sozialer Wandel und Wohlfahrtsentwicklung, Frankfurt/New York 1977, S. 149–208.

Müller, W.: Der Lebenslauf von Geburtskohorten, in: Kohli, M. (Hrsg.): Soziologie des Lebenslaufs, Darmstadt/Neuwied 1979.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Gesellschaftliche Daten 1982, Freiburg 1982.

Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Energie und Umwelt, Sondergutachten März 1981, Stuttgart/Mainz 1981.

Ders.: Waldschäden und Luftverunreinigungen, Sondergutachten März 1983, Stuttgart/Mainz 1983.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten (j).

Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Revue 1973–1983.

Transfer-Enquête-Kommission: Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission zur Ermittlung des Einflusses staatlicher Transfereinkommen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, Stuttgart 1981.

Umweltbundesamt (Hrsg.): Daten zur Umwelt 1984, Berlin 1984.

United Nations: Yearbook of World Energy Statistics 1982.

Weltz, F.: Bestimmungsgrößen der Frauenerwerbstätigkeit. Forschungsbericht, München 1971.

Winterstein, H.: Das System der Sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1980.

Abkürzungen:

Hrsg.	Herausgeber
j	erscheint jährlich
hj	erscheint halbjährlich
vj	erscheint vierteljährlich
m	erscheint monatlich



Zeichenerklärung

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

- = nichts vorhanden
- . = kein Nachweis vorhanden
- ... = Angaben fallen später an
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Stichwortverzeichnis

- Abendschulen 57
- Abfallaufkommen, -beseitigung 333 ff.
- Abgabenbelastung 238 f., 308 f.
- Abgeordnete 155 f.
- Abitur 57 f., 72 ff.
- Abtreibungen 183 f.
 - Einstellung zu 463 ff.
- Abwässer 336 f.
- Akademiker 63 ff., 93
- Aktien 115, 117, 289 f.
- Alkoholkonsum 106 f., 181 f.
- Alleinerziehende 44 f.
- Alleinlebende 44 f.
- Alterspyramide 51 f.
- Alters- und Hinterbliebenenversicherung 190 ff., 195 ff.
 - Zuständigkeit 514 ff.
- Amtsgerichte 206 ff.
- Angestellte 83 ff., 98 ff., 227
- Angestelltegehälter 304 ff.
- Ängste und Sorgen 372, 393, 487 ff.
- Anleihen 289 f.
- Anomie 373
- Anwaltsnotare 208
- Apotheker 179 f.
- Arbeit
 - Anforderungen 423 f.
 - Ansprüche 418 f.
 - Haushalt 437 ff.
- Arbeiter 83 ff., 98 ff., 227
- Arbeiterlöhne 304 ff.
- Arbeitgeberleistungen 194
- Arbeitgeberverbände 159, 162 f.
- Arbeitnehmervereinigungen 159 ff., 465 f., 509 f.
- Arbeitsförderung 200 ff.
- Arbeitsgerichte 206 ff.
- Arbeitskämpfe 165 f.
- Arbeitskräfte, Landwirtschaft 251
- Arbeitslose 60 f., 77 f., 85 ff., 99, 200 ff.
- Arbeitslosengeld, -hilfe 78 f., 94 f., 200 ff.
- Arbeitslosenquote 78, 86, 88 ff.
- Arbeitslosigkeit 85 ff., 410 ff.
 - Angst vor 410 ff.
 - Bewertung der finanziellen Absicherung 413 f.
 - Zuständigkeit für finanzielle Absicherung 514 ff.
- Arbeitsmarkt 77 ff., 406 ff., 514 f.
 - Chancen, subjektiv 400 f., 410 f., 414 ff.
 - Problemgruppen 90 ff.
 - Risiken 412 ff.
- Arbeitsorientierung 418 ff.
- Arbeitsplatzmerkmale
 - Wichtigkeit von 421 f.
 - Zufriedenheit mit 426 ff.
- Arbeitsproduktivität 234 f., 262
- Arbeitsteilung im Haushalt 441 ff.
- Arbeitsunfähigkeit 171 f.
- Arbeitsunfälle 174 f.
- Arbeitszeit 134, 305
- Arbeitszufriedenheit 423 ff.
- Architekten 292 ff.
- Armut 487 ff.
- Ärzte 177 ff., 292 ff.
- Ärztedichte 178, 354
- Asylbewerber 36, 51
- Aufgaben, gesellschaftliche
 - Zufriedenheit mit 472 f., 511 f.
 - Zuständigkeit für 474 ff., 513 ff.
- Aufstieg
 - im Lebensverlauf 484 ff.
 - intergenerational 479 ff., 400 f.
- Ausbaugewerbe 268 ff.
- Ausbildung 53 ff., 397 ff., 487 ff.
 - Zufriedenheit mit 402 ff.
- Ausbildungsförderung 75
- Ausfuhr 240 ff., 257 f., 265, 356
- Ausfuhrpreise 240 f.

Ausgaben

- Bundesanstalt für Arbeit 200ff.
- für Gesundheit 186ff., 198ff.
- für Kultur 136
- für Sport und Erholung 135
- für Umweltschutz 348
- Kindergeld 204f.
- Krankenversicherung 198ff.
- öffentlicher Haushalte 215ff.
- privater Haushalte 96f., 102ff.
- Rentenversicherung 195ff.
- Sozialhilfe 202ff.

Ausländer 34, 36, 48ff., 495ff.

- Arbeitslose 90ff.
- Bildungsniveau 72f.
- Deutschkenntnisse 497f.
- Kontakte und Konflikte mit Deutschen 496f.
- Lebenszufriedenheit 500
- Sozialhilfeempfänger 203f.
- Wohnverhältnisse 129
- Zu- und Fortzüge 49, 502f.

Außenhandel 240ff.

Außenhandelsbilanz 242

Außenwirtschaft 240ff.

Aussiedler 36

Aussperrung 165f.

Ausstattung der privaten Haushalte 111ff.

Auszubildende 57ff., 60ff., 275, 294

Autos 108f., 111ff., 312ff.

Autobahnen 311f.

BAföG 75f.

Banken 286ff.

Bargeldumlauf 286

Baufertigstellungen 130ff.

Baugenehmigungen 130ff.

Baugewerbe 260, 268ff.

Baukosten 132f.

Baupreisentwicklung 300f.

Bausparen 114, 117

Bausparkassen 288f.

Bautätigkeit 130ff.

Beamte 83ff., 227

– Altersversorgung 193

– Haushaltseinkommen 98ff.

Beherbergungsgewerbe 283ff.

Behinderte 184f., 391f., 437f., 458, 487ff.

Bergbau 260ff.

Berufe 82ff.

Berufsanfänger 90f., 95

Berufsausbildung 57ff., 60ff., 93

Berufskrankheiten 174f.

Berufsschulen 57ff.

Berufstätige 77ff.

Beschäftigte s. a. *Erwerbstätige*

– Freie Berufe 294

– Gastgewerbe 283ff.

– Handel 277ff.

– Kreditgewerbe 287

– Landwirtschaft 250f.

– Öffentlicher Dienst 226f.

– Produzierendes Gewerbe 261f., 269ff., 273f.

– Versicherungen 290

Besorgnissymptome 372f., 487ff., 395f.

Bestattungen, kirchliche 168ff.

Beteiligung, soziale 150ff., 462ff., 498f.

Betriebe s. a. *Unternehmen*

– landwirtschaftliche 249f.

– forstwirtschaftliche 258

Betriebsergebnis 282, 286

Betten in Krankenhäusern 179, 354

Bevölkerung 33ff.

Bevölkerungsdichte 37ff.

Bevölkerungsentwicklung 34ff.

Bevölkerungsverteilung, räumliche 37ff.

Bevölkerungsvorausschätzungen 51f.

Bewährungshilfe, -aufsicht 214

Bibliotheken 143

Bierkonsum 106f., 181f.

Bilanz (Kreditinstitute) 288f.

Bildung 53ff., 352, 397ff., 477ff., 487ff.

– Zufriedenheit mit 402ff.

- Bildungsabschluß 71, 85, 93, 399f., 487ff.
- Bildungsbereiche 54
- Bildungsbudget, öffentliches 74f.
- Bildungsniveau 70f., 74, 399f., 487ff.
 - Zufriedenheit mit 402ff.
- Bildungsunterschiede 72ff.
- Binnenschiffe 313f.
- Bodennutzung 249
- Branntweinverbrauch 181f.
- Braunkohle 325
- Bruttosozialprodukt 230ff., 235f., 323f., 355
- Bruttowertschöpfung 232
- Bücher 142f.
- Bundesausbildungsförderungsgesetz 75f.
- Bundesbank 246f., 286
- Bundesgerichte 208
- Bundesländer 37f.
- Bundestag 150ff.
- Bundestagswahl 151ff.
- Bundesverfassungsgericht 208f.
- Bürgerinitiativen 465f.

- Chöre 149

- Diebstahlsdelikte 210
- Dienstleistungsbereich 232ff., 276ff.
- Dienstleistungsbilanz 245
- Düngemittel 341, 343

- Ehe/Partnerschaft 440ff., 443ff.
 - Zufriedenheit mit 450f.
- Ehedauer 48
- Ehelösungen 46
- Ehescheidungen 45ff.
- Eheschließungen 45ff.
- Eiererzeugung 256
- Eigentumswohnungen 122f.
- Einbürgerungen 49
- Einfuhr 240ff., 257f., 356
- Einfuhrpreise 240f.
- Einkommen 78f., 237ff., 384ff., 477ff.
 - aus unselbständiger Arbeit 100f., 237ff., 423f.
 - aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 100f., 237ff.
 - Kaufkraft 307f.
 - verfügbares 97ff., 239, 308f.
 - von Arbeitslosen 94f.
 - Zufriedenheit mit 387f.
- Einkommensteuer 219ff.
- Einkommensverteilung 98ff., 384ff.
- Einnahmen
 - der öffentlichen Haushalte 218ff.
 - der privaten Haushalte 96ff.
- Einsamkeit 373, 447f., 487ff.
- Einschulung 55
- Einwohner 34ff., 351
- Einzelhandel 276ff.
- Einzelhandelspreise 300
- Eisenbahnverkehr 315ff.
- Elektrizitätsversorgung 271
- Energieausgaben 107f.
- Energieeinfuhr 326f., 330ff.
- Energiepreise 330f.
- Energieträger 326ff.
- Energie- und Wasserversorgung 260, 270f.
- Energieverbrauch 318f., 322ff.
- Energieverbraucher 329f.
- Entwicklungsländer 242f.
- Erdgas 325f.
- Erdöl 325f., 331f.
- Ernte 252f.
- Ersparnis 97, 113, 239
- Ertrag, Landwirtschaft 252f.
- Erwerbsbeteiligung 80, 406ff.
- Erwerbslose 77f.
- Erwerbspersonen 77f.
- Erwerbspotential 408ff.
- Erwerbsquote 80, 353, 406f.
- Erwerbstätige 77ff., 233, 353, 406ff., 418ff., 423ff.

Erzeugerpreise

- gewerblicher Produkte 301 ff.
- landwirtschaftlicher Produkte 301 f.

Europäische Gemeinschaften

- Steuern 223
- Außenhandel 241 f.

Europäisches Parlament 156 f.

Evangelische Kirche 169 f., 462 ff.

Export 240 ff., 257 f., 265, 356

– Studienabsichten 63 f.

– Verdienste 304 ff.

– Wahlbeteiligung 152 ff.

Freie Berufe 292 ff.

Freiheitsstrafen 210 ff.

Freizeitgüter 109 ff., 134 ff.

Freunde 455 ff., 498 f.

Fruchtbarkeitsziffer 42 f.

Früherkennung von Krankheiten 180

Fahrleistung 315 ff.

Familie 43 ff., 446 ff.

Familienarbeitskräfte 250 f.

Familiengerichte 208 f.

Familienleben 450 ff.

Familienphasen 447 f.

Familienstand 45 ff., 447 f.

Fernseheräte (in Haushalten) 111 ff.

Fernsehprogramm 139 f.

Fernsehteilnehmer 312

Fernwärme 328

Finanzausgleich 223

Finanzen, öffentliche 215 ff.

Finanzgerichte 206 ff.

Fischerei 259

Flächennutzung 249, 251 f.

Fleischerzeugung 254 ff.

Flugzeuge 315

Forstwirtschaft 258

Frauen

- Abgeordnete 154 ff.
- Arbeitslose 90
- Bevölkerung 33 ff.
- Bildungsniveau 72
- Erwerbsquote 80
- Gewerkschaftsmitglieder 161 f.
- Hausfrauen 408 ff., 444 ff.
- Parteimitglieder 158 f.
- Schwangerschaftsabbrüche 183 f.
- Sozialhilfeempfänger 203
- Stellung im Beruf 83 ff.
- Straffälligkeit 211 ff.

Gas 325 ff.

Gastarbeiter 48 ff., 92, 495 ff.

Gastgewerbe 283 ff.

Gebietsreform 39

Geburten 35 f., 41 ff., 50

Geburtenstarke Jahrgänge 41

Geburtenüberschuß, -defizit 35 f., 351

Geflügelbestand 254

Gehälter 304 ff.

Geldstrafen 212

Geldvermögen 115 ff.

Gemeinden 39

Gemüseanbau 252 f.

Genußmittel 106 f., 181 f.

Gerichte 206 ff.

Gesamtschulen 55 ff.

Geschlechtskrankheiten 174

Gestorbene 34 ff., 41 ff.

Gesundheit 171 ff., 346 f., 354, 391 ff.

– Arztbesuch 392 f.

– Ausgaben 186 ff., 198 ff.

– Beeinträchtigung 391 ff., 487 ff.

– Berufe 177 ff.

– Medikamenteneinnahme 392 ff.

– Sorgen um 393 f.

– Zufriedenheit mit 394 ff.

Getreideanbau 252 f.

Gewerbsteuer 220

Gewerkschaften 160 ff., 465 ff., 509 f.

Gewinne s. *Kostenstruktur*

Glück 370 ff.

Gottesdienstbesucher 168 ff., 462 f.

- Großhandel 276 ff.
- Großhandelspreise 300
- Großstädte 37 ff.
- Grundbesitz 113 f., 118
- Grundsteuer 220
- Grundstoff- und Produktionsgüter-
gewerbe 261 ff.
- Güterverkehr 316 f.
- Güterwagen 313 f.

- Handel 233, 276 ff.
 - Personalkosten 310
- Handelsbilanz 245
- Handelspartner (Außenhandel) 241 f.
- Handelsvermittlung 276 ff.
- Handwerk 260, 271 ff.
- Handwerkliche Tätigkeiten 437 ff., 457 f.,
460
- Hauptschule 55 ff.
- Hausarbeit 437 f.
 - Aufteilung 440 ff.
 - Belastung 443 ff.
- Hausfrauen
 - Erwerbswünsche, -absichten 408 ff.
 - Arbeitsteilung im Haushalt 444 f.
- Haushalte, öffentliche 215 ff.
- Haushalte, private 44 f.
 - Einnahmen und Ausgaben 96 ff.
 - Einkommen 96 ff., 384 ff.
 - Energieverbrauch 329
 - Leistungen 437 ff., 457 ff.
 - Umweltbelastung durch 337 ff.
- Haushaltsgeräte 111 ff.
- Haushaltsgröße 44 f.
- Haushaltstypen 101 f., 437 f.
- Haus- und Grundbesitz 113 f., 117
- Hebammen 178 f.
- Heilpraktiker 178 f.
- Heiratsalter 45 ff.
- Heizöl 328
- Hilfeleistungen 454 f., 501 f.
 - personenbezogene 457 f.
 - güterbezogene 457 f.
- Hochschulabsolventen 67
- Hochschulen 63 ff.
- Hochschulreife 57 f., 72 ff.
- Hörfunk s. *Rundfunk*
- Hotels 283 f.
- Hühnerbestand 254

- Import 240 ff., 257 f. 356
- Individualverkehr 313, 315 f.
- Industrie 260 ff., 329 f., 337 ff.
- Infektionskrankheiten, melde-
pflichtige 173 f.
- Innere Sicherheit
 - Zufriedenheit mit 511 f.
- Insolvenzen 268
- Investitionen 235 ff., 260, 265 f., 355
 - für Umweltschutz 347 f.
- Investitionsgüter 261 ff.
- Investitionsquote 236

- Jugendherbergen 147
- Jugendhilfe 194
- Jugendkriminalität 211 f.
- Jugendstrafen 211 f.

- Kanalisation 337
- Kapitalbilanz 245 f.
- Kartoffelanbau 252 f.
- Kartoffelverzehr 106 f.
- Kaufkraft der Einkommen 307
- Katholische Kirche 168 f., 462 ff.
- Kernenergie 326 f.
- Kinder
 - Altersaufbau 40 f.
 - Ausbildung 53 ff.
 - Ausländer 48 ff.
 - Geburten 41 ff.
 - Haushaltsgröße 44 f.
 - in unvollständigen Familien 44 f.
 - Unfälle im Straßenverkehr 320 f.
 - Vorsorgeuntersuchungen 180
 - Wohnverhältnisse 130

- Kindergeld 204f.
- Kino 138
- Kirche 167f., 462ff.
 - Zufriedenheit mit 464f.
- Kirchenbindung 462f.
- Kläranlagen 337
- Kohle 325f.
- Kohlenmonoxid 339f.
- Kollegs 57
- Konfession 167f., 462ff.
- Konflikte, persönliche 452f., 495f.
- Konkurse 268
- Kontakte 454ff., 487ff., 495ff.
- Körpergewicht 181
- Körperschaftsteuer 220
- Kostenentwicklung im Gesundheitswesen 198ff.
- Kostenstruktur. *s. a. Personalkosten*
 - Baugewerbe 270f.
 - Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 267
 - Energie- und Wasserversorgung 272
 - Gastgewerbe 286
 - Handel 282f.
 - Handwerk 275
- Kraftfahrzeuge
 - Bestand 312f.
 - in Haushalten 111ff.
 - Kosten 108f.
- Kraftfahrzeugsteuer 220
- Kraftstoffe 108f., 328
- Kranke 171ff., 391ff., 487ff.
- Krankenhäuser 179
- Krankenpflegepersonal 177ff.
- Krankenversicherung, gesetzliche 186ff., 198ff.
 - Zuständigkeit 514ff.
- Krankheitsarten 173
- Krebsvorsorge 180
- Kreditaufnahme
 - öffentliche Haushalte 223ff.
 - private Haushalte 118f.
- Kreditinstitute 286ff.
 - Kreditvolumen 288f.
- Kriegsopferversorgung 194
- Kultureinrichtungen 136ff.
- Kündigung 88
- Kurzarbeit 88
- Landtagswahlen 156
- Landwirtschaft 232ff., 248ff.
- Lärm 341f.
- Lärmschwerhörigkeit 174f., 347
- Lastenausgleich 194f.
- Lebendgeborene 41ff.
- Lebensbereiche 418ff., 446
 - Wichtigkeit von 363ff.
 - Zufriedenheit in 377ff., 510ff.
- Lebenserwartung 33
- Lebenshaltungsindex 296ff.
- Lebensphasen 447ff.
- Lebensqualität 361ff.
- Lebensunterhalt 70f.
- Lebensversicherung 113ff., 290f.
- Lebenszufriedenheit 361ff., 371, 374ff., 500
- Lehrer 59f.
- Lehrstellen 60ff.
- Leistungsbilanz 245f., 330, 332
- Liebe und Zuneigung 446ff.
- Löhne 304ff.
- Lohnsteuer 219f., 238f.
- Lokomotiven 313
- Luftfahrzeuge 314
- Luftverkehr 314f., 317
- Luftverschmutzung 337ff.
- Mietbelastung 107f., 126ff.
- Mieten 103ff., 107f., 126ff.
- Mietwohnungen 123f.
- Mikrozensus 33f.
- Milcherzeugung 254ff.
- Mineralöl 326ff.
- Mineralölsteuer 220

Mitbestimmung 163 ff.
Mitgliedschaften 158 ff., 462 ff., 499, 509
– Gewerkschaften 160 ff., 465 f., 499, 509
– Parteien 158 f., 465 f., 499, 509
– Vereine 148 f., 467 f., 499
Mithelfende Familienangehörige 83 ff.
Möbel 114 f.
Mobilität 477 ff.
– intergenerationale 479 ff.
– intragenerationale 484 ff.
Monatsverdienste (Angestellte) 306 f.
Mordfälle 210
Müllbeseitigung 335 f.
Museen 138
Müttersterblichkeit 177

Nachbarn 457
Nachbarschaftshilfe 458 ff.
Nachrichtenwesen 312
Nahrungs- und Genußmittel 102 ff.
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe 261 ff.
Nahverkehr 316
Naturschutzgebiete 348 f.
Netzwerke, soziale 454 ff., 501 f.
Notare 208, 293

Obsternte 252 f.
Offene Stellen 85 ff.
Öffentlicher Dienst 226 ff.
Öffentlicher Verkehr 315 f.
Öffentliche Sicherheit 511 f.
OPEC-Länder 241 f., 330, 332
Organisationsmitgliedschaft 467 ff.

Parteien 158 f.
Parteimitgliedschaft 158 f., 465 f., 509
Pensionen 191
Personal
– Hochschulen 68 f.
– öffentliche Haushalte 226 ff.

Personalausgaben (öffentliche Haushalte) 217 f.
Personalkosten 309 f.
– Kreditgewerbe 287 f.
– Versicherungen 290
Personenkraftwagen 312 ff.
Personenverkehr 315 f.
Personenwagen 312 f.
Pferdebestand 254
Pflanzen, gefährdete 345 f.
Pflanzenschutzmittel 341
Politik 150 ff., 504 ff.
– Beteiligung 465 ff.
– Einfluß 466 f., 506 ff.
– Innovationsbereitschaft 504 ff.
– Interesse 466, 506 ff.
– Wichtigkeit 466
Postmaterialismus 383, 421 f., 473 f., 504 ff.
Preise, Preissteigerungen 295 ff., 329 ff.
Primärenergie 322 ff.
Privater Verbrauch 97, 101 ff., 235 f., 355
Problemgruppen, -lagen 487 ff.
– des Arbeitsmarkts 90 ff.
– Lebenszufriedenheit 493
– Wohnungsbereich 434 ff.
Produktion
– Landwirtschaft 251 ff.
– Produzierendes Gewerbe 263 f.
Produktivität 234 f., 261 f.
Produzierendes Gewerbe 232 ff., 260 ff.
– Personalkosten 309 f.
– Umweltschutzinvestitionen 347 f.
Prüfungen
– Berufsausbildung 61 ff.
– Hochschulen 65 ff.

Raucher, Rauchgewohnheiten 181
Reallöhne 307
Realschulen 55 ff.
Rechtsanwälte 208, 292 ff.
Rehabilitation 185 f.
Reisen 110, 144 ff.

- Religionszugehörigkeit 167 ff., 462 ff.
- Renten 195 ff.
- Rentenversicherung, gesetzliche 195 ff.
 - Zuständigkeit 514 ff.
- Rentner 99 f., 195 ff.
- Richter 208
- Rinderbestand, -schlachtungen 254 ff.
- Rohrfernleitungen 311 f., 317
- Rundfunk
 - Programm 139
 - Teilnehmer 312
 - Zuständigkeit 514 ff.
- Saisonverläufe (Handel) 281 f.
- Säuglingssterblichkeit 35, 177, 354
- Schadstoffemissionen 337 ff.
- SchichtEinstufung, subjektive 400 f., 477 ff.
- Schienenennetz 312
- Schienenfahrzeuge 313 f.
- Schiffahrt 317
- Schiffe 314
- Schlachtungen 254 ff.
- Schlepper 250
- Schmuck 114 f.
- Schulabgänger 57 f.
- Schulden der öffentlichen Haushalte 223 ff.
- Schulden der privaten Haushalte 118 f.
- Schuldendienst 217, 225
- Schulen 55 ff.
- Schüler 55 ff., 74 f., 352
- Schwangerschaftsabbrüche 183
 - Einstellung zu 463 ff.
- Schweinebestand, -schlachtungen 254 ff.
- Schwerbehinderte 184 f.
 - Arbeitslose 90 ff.
- Selbständige 83 ff., 98 ff.
- Selbstmordfälle 177
- Selbstversorgungsgrad 256 f.
- Sonderschulen 57
- Sozialbeiträge 195 ff., 202, 238 f., 308 f.
- Sozialbeziehungen 454 ff., 487 ff., 495 ff.
- Sozialbudget 190 ff.
- Soziale Herkunft 480 ff.
- Sozialer Wohnungsbau 131 f.
- Soziale Schichtung 477 ff.
- Soziale Sicherung
 - Ausgaben 190 ff.
 - Zufriedenheit 413 ff., 510 ff.
 - Zuständigkeit 514 ff.
- Soziale Ungleichheit 477 ff.
- Soziale Vergleiche 362
 - Einkommen 389 f.
 - Wohnung 433 f.
- Sozialgerichte 206 ff.
- Sozialhilfe 202 ff.
- Sozialprodukt 230 ff., 235 ff., 323 f.
- Sozialversicherung 190, 413 f.
- Sparbücher 113 ff.
- Spareinlagen 288 f.
- Sparkassen 287
- Sport 135, 148
- Staat
 - Zuständigkeit 474 ff., 511, 513 ff.
- Staatsanwälte 208
- Staatsquote 216
- Staatsschulden 223 ff.
- Staatsverbrauch 235 f., 355
- Status 477 ff.
 - sozialer Status 479
 - Statuslagen 477 ff., 488 ff.
- Stäube 339 f.
- Steinkohle 325 f.
- Stellung im Beruf 83 ff., 98 ff., 399, 423 ff., 478 ff.
- Sterbefälle 41 ff.
- Sterbehilfe
 - Einstellung zu 463 ff.
- Sterblichkeit 35
- Steuerbelastung 219, 308 f.
- Steuerberater 292 f.
- Steuereinnahmen 218 ff.
- Steuerermäßigungen 194
- Steuerpflichtige 219 ff.

Steuerquote 219
 Strafgefängene 211ff.
 Strafgerichte 206ff.
 Straftaten 210ff.
 Strafvollzug 213f.
 Straßennetz 311f.
 Straßenverkehr 315ff.
 Straßenverkehrsdelikte 212f.
 Straßenverkehrsunfälle 318, 320f.
 Streiks 165f.
 Streusalz 341
 Stromverbrauch 328
 Studenten 63ff., 74f., 352
 Studienabsichten 63f.
 Studienfächer 66f.
 Stundenlohn (Industriearbeiter) 306
 Subventionen 218

Tabaksteuer 220
 Tabakwaren (Konsum) 106f.
 Tanker 313f.
 Tarifpartner 159ff.
 Taufen 168ff.
 Taxi- und Mietwagenverkehr 315
 Teilzeitarbeit 91
 Teilzeitbeschäftigte
 – Gastgewerbe 285
 – Handel 278f.
 – öffentlicher Dienst 227
 Telefonanschlüsse 111ff., 312
 Telexanschlüsse 312
 Theater 136f.
 Tiere, gefährdete 345f.
 Tierhaltung 254
 Tierische Produktion 254ff.
 Todesursachen 176f.
 Totschlagsdelikte 210, 213
 Tourismus 144ff.
 Transferleistungen des Staates 97,
 100f.
 Trauungen, kirchliche 168ff.
 Tuberkulose 173f.

Übertragungsbilanz 245ff.
 Umsatz
 – Baugewerbe 269
 – Bergbau und Verarbeitendes
 Gewerbe 262, 264f.
 – Energie- und Wasserversorgung 271
 – Gastgewerbe 286
 – Handel 279ff.
 – Handwerk 274f.
 Umsatzsteuer 220, 222
 Umweltbelastung 333ff.
 Umweltschutz 347ff., 471
 – Investitionen 347f.
 – Zufriedenheit 471ff., 510ff.
 – Zuständigkeit 474ff.
 Unfälle 174ff., 318ff.
 Unfallursachen 320
 Unfallverletzte Personen 171f., 318ff.
 Unfallversicherung 191, 291
 Unglück 370ff.
 Universitäten 63ff.
 Unternehmen
 – Baugewerbe 269f.
 – Bergbau und Verarbeitendes
 Gewerbe 261f.
 – Energie- und Wasserversor-
 gung 271f.
 – Gastgewerbe 283ff.
 – Handel 276ff.
 – Handwerk 272ff.
 – Kreditinstitute 286f.
 – Versicherungen 290f.
 Urlaub 109ff., 134f., 144ff.

Verarbeitendes Gewerbe 260ff.
 Verbraucherpreise 296ff.
 Verbrauch, privater 96f., 101ff., 235f.,
 355
 Verbrauchsgüter produzierendes
 Gewerbe 261ff.
 Verdienste 304ff., 423ff., 427
 Vereinsmitgliedschaft 148, 467ff., 499
 Verfahren bei Gerichten 208f.

- Verkehr 311ff.
 - Energieverbrauch 318f., 329
 - Infrastruktur 311f.
 - Luftverschmutzung 337ff.
 - Unfälle 176f., 318ff.
 - Verkehrslärm 341
 - Wertschöpfung 232ff.
 - Zufriedenheit 431ff.
 - Zuständigkeit 474ff., 514ff.
- Vermögen 97, 100f., 113ff.
- Vermögensbildung (Förderung) 194
- Vermögensdelikte 213
- Verschuldung s. *Schulden*
- Versicherungen 290ff.
- Vertriebene 36
- Verurteilte 211ff.
- Verwaltungsgerichte 206ff.
- Verwandte 454f.
- Verweildauer in Krankenhäusern 179
- Videogeräte (in Haushalten) 111ff.
- Viehbestand 254
- Volkseinkommen 237ff.
- Volkshochschulen 69
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 228ff.
- Volkszählung 33f.
- Vorsorgeuntersuchungen 180
- Vorstrafen 214
- Wertewandel 421f., 504ff.
- Wertorientierung 422, 473f., 504ff.
- Wertpapiere 113ff., 289f.
- Wertschöpfung 232ff.
- Wirtschaftskreislauf 229f.
- Wirtschaftsordnung 228
- Wirtschaftswachstum 231f., 323f.
- Wohlbefinden 363ff., 370ff., 374, 395f. 487ff.
- Wohlfahrtsstaat 511
 - Zuständigkeiten 513ff.
- Wohlfahrtssurvey 366ff.
- Wohnbedingungen 120ff., 429ff.
- Wohngeld 194
- Wohnraumversorgung 120f., 128ff.
- Wohnstatus 435f.
- Wohnumfeld 125f., 431ff.
 - Lärmbelästigung 341
- Wohnungen 120ff., 429ff.
 - Ausstattung 122ff., 429ff.
 - Belegung 128f., 487ff.
 - Bestand 120f.
 - fertiggestellte 130ff., 357
 - Größe 121ff., 128ff.
 - Mieten 103ff., 107f., 126ff.
 - Modernisierung 123f.
- Wohnungsbautätigkeit 130f.
 - Selbsthilfe, Hilfeleistungen 457ff.
- Wohnzufriedenheit 429ff., 432ff.
- Wachstumsraten 232
- Wahlberechtigte 151f.
- Wahlbeteiligung 150ff.
- Wahlen 150ff.
- Waldfläche 258f.
- Waldschäden 343ff.
- Warenkorb 296ff.
- Wassergefährdende Stoffe
 - Transport 337
- Wassergewinnung, -versorgung 336f.
- Weinanbau 252f.
- Weinkonsum 107f., 181f.
- Weiterbildung 68ff., 397f.
- Zahlungsbilanz 245ff.
- Zahnärzte 177f.
- Zeitungen, Zeitschriften 140ff.
- Zigarettenkonsum 106f., 181ff.
- Zivilverfahren bei Gerichten 208f.
- Zufriedenheit
 - Definition 361f., 370ff.
 - in Lebensbereichen 377ff., 510ff.
 - Zufriedenheitserwartungen 363f., 375f., 493f.
 - Zufriedenheitsmessung 363, 377
- Zulassungen von Kraftfahrzeugen 313f.

